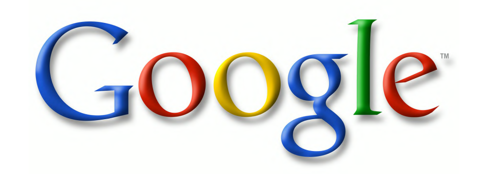




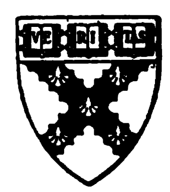
Silvio Gesell

Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform.

Preis: Mk. 3.—

Verlag von Silvio Gesell
in Hauts-Geneveys (Schweiz).
Leipzig: Bernhard Hermann.
1906.




VE RI TAS


HARVARD

Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag

durch die

Geld- und Bodenreform

(zugleich eine Erledigung der Interessen-Politik und der Volkswirtschafts-Wissenschaft),

von

Silvio Gesell,

Landwirt in Hauts-Geneveys, Kanton Neuchâtel (Schweiz);
früher Kaufmann in Buenos Aires.

Verlag von Silvio Gesell in Hauts-Geneveys (Schweiz).
Leipzig: Bernhard Hermann.
1906.

Vorwort.

Ich weiß es wohl, und niemand braucht es mir zu sagen: der Titel dieses Buches klingt abschreckend prahlerisch, wenigstens in Anbetracht des heutigen Zustandes in der Volkswirtschaftswissenschaft, denn wenn die vorliegende Schrift das alles einlösen soll, was ihr Titel explicite und implicite verspricht, so muß sie die Lösung geben für alle Hauptfragen der nationalökonomischen Wissenschaft.

Und das scheint doch viel zu sein für ein Buch von so bescheidenem Preis und Umfang, dazu noch aus der Feder eines unbekannten obskuren Bäuerleins. Denn dieser Probleme sind gar viele; so, um nur einige zu nennen — das Zinsproblem, das Wertproblem, das Lohnproblem, das Papiergeldproblem usw.

Darum beschleicht mich auch ein Unbehagen, jedesmal wenn mein Auge den Titel streift, trotzdem ich mir bewußt bin, daß ich alle diese Probleme (oder vermeintlichen Probleme) tatsächlich gelöst habe und daß der Titel nicht lügt, sondern vollauf durch die Schrift gerechtfertigt wird. Und dieses Unbehagen stumpft sich, wie ich merke, mit der Zeit nicht ab, sondern wächst und entwickelt sich zu einem inneren Drang, möglichst schnell ein öffentliches und reumütiges Bekenntnis abzulegen, auf welchen verbotenen und heterodoxen Wegen ich eigentlich hinter die Lösung all dieser Probleme gelangt bin. Denn, so sage ich mir, ist es einmal bekannt, daß es sich hier um einen gewöhnlichen Glückszufall (etwa wie die Entdeckung der X-Strahlen) handelt, so wird sich das Prahlerische des Titels verwandeln in das, was dieser eigentlich verkünden soll, in eine frohe Botschaft für das arbeitende Volk. Zugleich hoffe ich dadurch die Verzeihung für meine impertinente Einmischung in rein wissenschaftliche Angelegenheiten zu erwirken und die Skepsis der Fachleute von vornherein etwas zugunsten dieser Schrift zu beeinflussen, denn die Erfahrung gibt dem pessimistischen Glaubenssatz nur zu viel Nahrung, daß wir für den wissenschaftlichen Fortschritt nur wenig von der menschlichen Erkenntniskraft, sondern fast alles von dem tollen, blinden Zufall erwarten müssen.

Ich schüttle also das Verdienst an den Lösungen, die der Titel verspricht, ausdrücklich von mir ab, und erkläre die Sache für einen glücklichen Fund, mich selbst für den ehrlichen Finder.

So darf ich auch erwarten, daß man mir die Mängel in der Darstellung oder Beschreibung meines Fundes, wie auch die grobe, bäuerliche Ausdrucksweise verzeihen wird, denn ich bin kein Schriftsteller von Beruf, sondern nur ein glücklicher Finder, den nur die Gewissenhaftigkeit veranlaßt, den Melkstuhl gegen die Feder zu tauschen, um seinen Fund dem rechtmäßigen Eigentümer, d. h. dem arbeitenden Volke, abzuliefern.

Wer die Wahrheit kennet und saget sie nicht,
Der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht.

Der Fund oder Zufall, der mich zu den genannten Problemlösungen geführt hat, ist nun einfach dieser: Wie es wohl heute jeder denkende Privatwirtschafter tut, suchte ich zu einer widerspruchslosen Vorstellung der Volkswirtschaft zu gelangen und auf dem Wege der theoretischen Erkenntnis den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung wirtschaftlicher Handlungen zu ergründen, um auf diese Weise meine Interessen möglichst vor Überraschungen und Schaden zu sichern. Anlaß dazu boten mir übergenug die überall in der Welt betriebenen Währungs- und zollpolitischen Quacksalbereien. So begann ich nun meine Untersuchungen und führte sie in den Hauptzügen zu Ende, und zwar ohne mich eines Führers zu bedienen und ohne (hier ist der glückliche Zufall) eine Ahnung davon zu haben, daß es in der Welt ein Wertproblem gibt.

Statt also, wie es die regelrecht auf den Hochschulen erzogenen Forscher ausnahmslos tun, auf der Voraussetzung des sogen. „Wertes" zu schaufeln und zu graben, habe ich naiver Bauer ohne dieses Hilfsmittel (oder diesen Hemmschuh) gearbeitet, und zwar, da mir das Fundament des Wertes fehlte, war ich gezwungen, wohl oder übel, einen anderen Stütz- und Ausgangspunkt zu suchen. Und als solchen wählte ich das, was mir als Kaufmann zunächst lag: den Tausch und sein Produkt, den Preis.

O, du toller, göttlicher Zufall, wie hast du mich begünstigt, beglückt! Ich hatte, wie man so sagt, einen guten Griff getan, ich hatte das greuliche Chaos der Volkswirtschaft beim richtigen Ende erfaßt. Ich wickelte und wickelte, und ohne auf einen Knoten zu stoßen, entwickelte ich den wüsten Knäuel bis an das andere Ende — die ganze Volkswirtschaft zerfiel vor mir in einzelne Tauschhandlungen, in Preise. Von Problemen keine Spur. Dem geheimnisvollsten Wesen der Volkswirtschaftslehre, dem sogen. „Wert" bin ich überhaupt nicht begegnet, obschon ich die ganze Volkswirtschaft kreuz und quer durchforscht habe und niemand aus dem Wege gegangen bin.

Die in die „Wertlehre" Eingeweihten werden das Gesagte zu würdigen wissen. Welchen Vorsprung hatte ich glücklicher Unbefangener gegenüber denen, die das „Wertproblem" immer vor sich herwälzen müssen, die ein „Problem" zur Grundlage und zum Ausgangspunkt ihres weiteren Forschens nehmen müssen, die die Probleme mit Problemen zu lösen haben, denen das „Wertproblem" jeden noch so vernünftigen Gedanken notwendigerweise in baren Unsinn verwandelt!

Denn man vergegenwärtige sich doch, wie das „Wertproblem" heute aussieht und welcher Platz dem „Werte" heute in der Wissenschaft eingeräumt wird. „In der Lehre vom Wert", sagt Zuckerkandel, „ist beinahe alles streitig, von den Benennungen angefangen."[1]) „Die Lehre vom Wert ist für die nationalökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung." Knies.

Nach diesen Aussagen ist der „Wert" das Fundament, auf dem der Forscher zu bauen hat; gleichzeitig ist aber dieses Fundament vorerst nur

[1]) Dieses Zitat, wie auch die nachfolgenden entlehne ich der Schrift Dr. Friedrich Gottls: Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie, kritische Studien zur Selbstbesinnung des Forschens im Bereiche der sogen. Wertlehre. Jena, Gustav Fischer.

ein Tanzseil für die Phantasie, da, von den Benennungen angefangen, ja noch alles streitig ist.

Daß unter solchen Umständen sicher jedes Wort unter der Hand sich in ein Problem verwandelt, ist klar, ebenso, daß für die volkswirtschaftliche Wissenschaft die Sprache, die Möglichkeit, sich auszudrücken, fehlt!

Aber auch die in die Wertlehre nicht Eingeweihten werden den großen, mir begegneten Glückszufall ermessen können, wenn sie folgendes Zitat lesen:

> „Die Lehre vom Wert steht sozusagen im Mittelpunkt der gesamten nationalökonomischen Doktrin. Fast alle wichtigen und schwierigen Probleme, zumal die großen Fragen der Einkommensverteilung, der Grundrente, des Arbeitslohnes, des Kapitalzinses, greifen mit ihren Wurzeln auf sie zurück. Eine endgültige und streitlose Erledigung des Wertproblems müßte daher unsere Wissenschaft mit einem Ruck fast an allen Punkten vorwärts bringen."
>
> v. Boehm Bawerk. Grundzüge der Theorie d. w. Güterwerts.

Es würde demnach genügen, daß man das Wertproblem beseitigt, um der Volkswirtschaftslehre auf allen Punkten einen „Ruck" nach vorwärts zu geben.

Wenn es mir nun gelungen wäre, das Wertproblem zu lösen? Wäre nicht dadurch allein schon der Titel dieses Buches gerechtfertigt?

Und ich habe das Wertproblem endgültig gelöst, wenn es auch nur eine negative Lösung ist, denn aus der vorliegenden Schrift, die alle Teile der Volkswirtschaft systematisch durchforscht, ohne dabei irgendwo auf den sogen. „Wert" zu stoßen, läßt sich mit Sicherheit folgern, daß der Wert keine Substanzpartikel der Volkswirtschaft bildet, daß der „Wert" also weiter nichts ist als ein Phantasiegespinnst, eine Bierhalluzination, ein Spuk, ein sinnloser Laut.

> „Gewöhnlich glaubt der Mensch, wenn er nur Worte hört,
> Es müsse sich dabei doch auch was denken lassen."

Nachgedacht hat man nun übergenug über diese vier Buchstaben (zum deutschen Wortschatz läßt sich Wert nicht rechnen), aber alle diese Gedanken vereinigt, vermögen doch nicht, das ökonomische Substanzgesetz umstoßend, ein Substanzpartikelchen zu bilden, das doch unbedingt nötig ist, wenn der „Wert" in der Volkswirtschaft einen Platz beanspruchen, oder gar das Fundament abgeben soll.

Hauts Geneveys (Schweiz), Oktober 1905.

Silvio Gesell.

Inhalt.

B. Theorie der Geldreform.

Einleitung.

Was ist der volle Arbeitsertrag?

Wenn wir vom Rechte auf den „vollen" Arbeitsertrag und von seiner Verwirklichung sprechen wollen, so müssen wir uns vorher darüber verständigen, was wir als „vollen" Arbeitsertrag ansehen oder erklären wollen, denn sonst werden wir uns unmöglich einigen können über die Mittel, die angewendet werden müssen, um jenes Recht zu verwirklichen.

„Ein Recht verwirklichen" heißt einer Person irgend eine Sache rechtmäßig zusprechen und sie vor den Angriffen schützen, die dritte Personen auf dieselbe Sache machen könnten. Es gehören also dazu: Kläger (Berechtigte), Beklagte (Nichtberechtigte) und Richter. Erhebt nun jemand Klage darüber, daß das Maß seines Arbeitsertrages nicht „voll" war, so muß er: 1) sich an einen Richter wenden, 2) den Beklagten namhaft machen und 3) den Beweis erbringen für die Berechtigung seiner Klage.

Das wäre nun in bezug auf das Recht, das uns hier beschäftigt, eine heikle Sache, denn wo ist der Maßstab, mit dem man nachmessen könnte, ob der Arbeitsertrag wirklich nicht voll war; wo ist der Richter, der ohne gesetzlich anerkannten Maßstab die Begriffe „voll", „halbvoll", „übervoll" in bezug auf den Arbeitsertrag juristisch auszulegen wagen wird? Und wo ist schließlich der Beklagte, den man wegen falschen Maßes zur Verantwortung ziehen könnte? Man vergegenwärtige sich doch, worin der Arbeitsertrag überhaupt besteht! Das, was ich mit dem Gelderlös meines verkauften Arbeitsproduktes auf dem Markte an Gebrauchsgegenständen (oft von wildfremden Menschen) erstanden, das ist mein Arbeitsertrag — ein Gemisch aus 1000 verschiedenen Gegenständen fester, flüssiger, gasförmiger, manchmal sogar ätherischer Natur (Konzert z. B.), Produkte fremder Menschen, fremder Länder, Arbeitsprodukte, an denen Unzählige beteiligt sind. Ob dieser Ertrag voll, halb- oder übervoll ist — wer kann das sagen? Ob möglicherweise eine Übervorteilung beim Verkauf gegen Geld, oder beim Einkauf der Gebrauchsgegenstände stattfand?

Wenn es sich nur um das Recht auf das volle Arbeits*produkt* handelte, dann wäre ja die Sache einfacher, dann würde jeder sagen: Seht da dieses Ding; ich habe es gemacht, ohne meine Arbeit wäre es nicht da, folglich kann es nur mir gehören, und ich stecke es ein. — Dann brauchte nur jeder dieses Eigentum zu achten, und das Recht auf das volle Arbeits*produkt* wäre verwirklicht. Aber mit der heutigen Entwicklung der Arbeitsteilung wäre jedem nur wenig mit dem Rechte auf das volle Arbeitsprodukt geholfen, denn nicht auf das Arbeitsprodukt hat es heute der arbeitende Mensch abgesehen, sondern auf die mit dem Arbeitsprodukte einzutauschenden Gebrauchs*gegenstände*, und was nun, wenn er beim Tausch übervorteilt wird? Bei der Urwirtschaft, bei der jeder seine Produkte selbst verbraucht, fällt Produkt und Ertrag in eins zusammen, und das Recht auf das Produkt bedeutet für ihn Recht auf den Ertrag. Was hilft es aber heute z. B. einem Arzt, daß er das Recht auf sein volles Arbeitsprodukt genießt, wenn dann bei der Umwandlung seines Honorars

oder Lohnes in Gebrauchsgegenstände die Plünderung losgeht in Form von Zöllen, Monopolen, Zinsen, Rente, Profiten, Raub und Diebstahl?

Also, wo ist das Maß, womit der Richter den Arbeitsertrag nachmessen kann; wo der Beklagte, gegen dessen Angriffe der Berechtigte geschützt werden soll? Einen solchen Maßstab gibt es nicht, und so darf daher auch das Recht auf den vollen Arbeitsertrag nicht aufgefaßt werden. Da der Arbeitsertrag gar nicht in eigenen Arbeitsprodukten besteht, sondern in den auf dem Wege freihändigen Tausches erworbenen Produkten anderer, so ist der Arbeitsertrag schon nicht mehr ein Produkt der Arbeit, sondern das eines Vertrages, und bei Verträgen bildet doch der Vertrag selbst das Recht. Stellt man aber das Recht über den Vertrag, so fällt letzterer fort, und dann hätten wir in bezug auf das Recht auf den vollen Arbeitsertrag folgendes: Das „Recht" anerkennt keinen Vertrag zwischen Käufern und Verkäufern, wenn dieser dem „Recht" widerspricht. Da es sich aber bei solchen Verträgen regelmäßig nur um das Tauschverhältnis (Preise) handelt, so könnten Rechtsverletzungen nur durch den geforderten Preis stattfinden. Das „Recht" müßte also für alle Fälle das Tauschverhältnis angeben. Es müßte also ein allgemeines großes Preisverzeichnis angelegt werden. Was das aber bedeutet, wird jedem klar, wenn er bedenkt, daß für das Tauschverhältnis rein persönliche, wie auch zeitliche und örtliche Umstände, neben der stetig wechselnden Qualität der Waren, die wichtigsten Bestimmungsgründe abgeben. Wie aber, wenn der Verkäufer nicht mit dem Kodexpreis zufrieden ist und den Verkauf verweigert? Soll er dann zum Verkauf gezwungen werden? Das hebt dann das Eigentumsrecht, die Kraft, die den Staat im Innersten zusammenhält, auf. Gesetzlicher Verkaufszwang[1]) und Eigentum sind Gegensätze. Heben wir aber das Eigentum auf, so wird das Recht auf den vollen Arbeitsertrag seines Zweckes beraubt, der doch offenbar darin besteht, das Eigentumsrecht auf den Arbeitsertrag zu schützen.

Als Versuche einer solchen Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag kann man bezeichnen: Die Maximalpreise Robespierres, das Arbeitsgeld Owens, die Normalarbeitszeit Rodbertus' etc.; ja selbst die Fiktion eines Geldes mit sogenanntem festen inneren Wert (!), welches die wissenschaftliche Grundlage unseres herkömmlichen Geldsystems bildet (eine nette Grundlage), kann als ein solcher utopistischer Versuch angesehen werden. Arbeitsprodukt = x Mark = Arbeitsertrag = Produkt.

Ein Recht, durch das dem Einzelnen sein voller Arbeitsertrag gesichert werden soll, kann es also nicht geben; und wenn die Forderung auf ein solches Individualrecht erhoben würde, müßten wir es für unmöglich erklären, einen Richter anzustellen, der darüber zu entscheiden hätte, ob beim Tausch der Produkte der Ertrag dem Produkte voll entspricht. Ein Individualrecht auf den vollen Arbeitsertrag ist Schimäre.

Jedoch, wenn es auch kein Individualrecht auf den vollen Arbeitsertrag geben kann, so ist ein Kollektivrecht dagegen sehr wohl denkbar; denn betrachten wir Arbeit und Tausch vom Standpunkt der Kollektivität, so fällt Produkt und Ertrag, genau wie bei der Urwirtschaft, in eins zusammen, und alle persönlichen, örtlichen, zeitlichen und qualitativen Umstände, die den Einzelarbeitsertrag beeinflussen, fallen fort. Was der eine weniger einträgt, gewinnt der andere, die Gesamterträge entsprechen immer

---

[1]) Nicht zu verwechseln mit materiellem Verkaufszwang.

genau dem Gesamtprodukt. Vorausgesetzt natürlich, daß sämtliche Arbeitsprodukte zur Verteilung innerhalb der Kollektivität der Arbeiter gelangen. Ist diese Voraussetzung erfüllt, so ist der Kollektivarbeitsertrag „voll“, und das Recht auf diesen verwirklicht.

Um das Kollektivrecht auf den vollen Arbeitsertrag zu verwirklichen, ist nichts von alledem nötig, was das Individualrecht verlangt. — Kein Richter, kein Kläger, kein Beklagter, kein gesetzlich anerkannter Maßstab zum Nachmessen, ob der Arbeitsertrag dem Arbeitsprodukte voll entsprach. Kein Preiskodex, kein Verkaufszwang, kein Attentat auf das Eigentum. Nur eine Bedingung ist zu erfüllen: Es dürfen keine Arbeitsprodukte an Nichtarbeiter abgegeben werden; mit andern Worten: das arbeitslose Einkommen muß abgeschafft werden. Ist dies erreicht, so ist damit auch der Beweis erbracht, daß das Kollektivrecht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklicht worden ist. Einen anderen Beweis als diesen kann es nicht geben.

Mit der Verwirklichung des Kollektivrechtes auf den vollen Arbeitsertrag werden jedoch auch alle „Ansprüche“ des Individuums auf seinen vollen Arbeitsertrag, soweit sie überhaupt mit dem Eigentumsrecht verträglich sind, befriedigt, denn durch die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens wächst, gleichzeitig mit dem kollektiven Arbeitsertrag (Lohnfonds) auch der Einzelertrag und zwar in gleichem Verhältnis. Betrug das arbeitslose Einkommen 20, 30 oder 40 Prozent des Gesamtarbeitsproduktes, so steigt der Einzelarbeitsertrag auch um 20, 30 oder 40 Prozent — denn das Tauschverhältnis der Produkte wird ja dadurch nicht berührt. Dieses Tauschverhältnis wird nach wie vor durch Nachfrage und Angebot bestimmt werden, und zwar wird diejenige Arbeit den geringsten Ertrag geben, zu der der Andrang verhältnismäßig am größten ist.

Christen und Kommunisten mögen darüber streiten, ob es richtig, gerecht, moralisch ist, daß eine Arbeit darum schlechter entlohnt wird, weil sie von vielen gemacht werden kann, daß eine andere Arbeit höhere Erträge gibt, nur weil sie wenige machen können. Wir haben es hier nicht mit dem Christentum zu tun, sondern mit dem Eigentum, und solange das Eigentum besteht, wird man nicht verhüten können, daß für ein gutes Buch bessere Preise erzielt werden, als für ein gewöhnliches. Will man dem Austausch der Produkte eine brüderliche, christliche Unterlage geben, so schaffe man das Eigentum zuerst ab. Beides, Christentum und Eigentum, läßt sich unmöglich vereinigen.

Es wird also immer mehr oder weniger große Unterschiede in der Größe der Einzelarbeitserträge geben, aber diese Unterschiede sind vom Eigentumsrecht auf das Arbeitsprodukt unzertrennbar. Das liegt daran, daß die Produkte verschieden sind und muß in letzter Linie darauf zurückgeführt werden, daß das System der Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot im Grunde genommen Wucher ist. Weil das Angebot klein ist und die Nachfrage groß, erhöhe ich den Preis. Ich tue das und kann es tun, weil dem kleinen Angebot gegenüber die Nachfrage sich in einer „Notlage“ befindet. Aber die Ausbeutung der Notlage ist Wucher. Daran läßt sich aber wieder nichts ändern, ohne das Vertragsrecht beim Tausch und somit das Eigentumsrecht anzutasten. Übrigens ist jedem der Ertrag der verschiedenen Arbeiten bekannt, und wenn trotzdem jemand für sich das Straßenkehren als Beruf wählt, so gibt er damit öffentlich seine Ansicht kund, daß er lieber eine Stunde die Straße kehrt, als fünf Minuten Ballet zu tanzen oder Unterricht in französischer Gram-

matik zu geben. Ob aber wieder nicht gerade dadurch jeder zu erkennen gibt, daß er mit dem erwarteten Ertrag seine Arbeit voll bezahlt erachtet? Denn jeder sucht doch das Ziel mit der geringsten Mühe zu erreichen. Dem Außenstehenden mag der Ertrag der Arbeit des einen kärglich und der des anderen übervoll erscheinen, aber nicht dem unmittelbar Beteiligten, denn dieser hat immer seinen persönlichen Maßstab in seinen Muskeln und geistigen Fähigkeiten. Er ganz allein ist imstande, Produkt und Ertrag gegeneinander abzuwägen, er ganz allein kann ein Urteil abgeben, wie hoch er die Mühe rechnet, eine Straße zu kehren oder ein mathematisches Problem zu lösen. Lassen wir ihn also; er ist in bezug auf seinen Arbeitsertrag gleichzeitig Abschätzer, Richter und Gerichtsvollzieher. Und dort scheint mir das Ideal eines Rechtszustandes zu sein, (der das Eigentum anerkennt), wo jeder sich seinen Arbeitsertrag selbst zumißt. Denn ein guter Richter muß alles verstehen und die geheimsten Triebfedern unserer Handlungen kennen. Wären uns aber alle diese Triebkräfte bekannt, so würden wir vielleicht die Entdeckung machen, daß die auffälligen Unterschiede im Arbeitsertrag gar nicht bestehen, weil z. B. die Produktion der Kartoffeln dem Bauer neben dem materiellen Ertrag noch die Gesundheit eintrug, während die mit den Kartoffeln eingetauschten Kohlen dem Grubenarbeiter neben der schrecklichen Arbeit unter der Erde noch die Gesundheit kosteten.

So zerbrach ich mir lange Zeit den Kopf, warum mein Nachbar die Mistjauche auf dem Kopfe in einem Kübel auf das Feld trug, wobei er sich regelmäßig von oben bis unten besudelte, statt Faß und Wagen zu benutzen. Als ich ihn schließlich um Auskunft bat, warum er die schauerliche Arbeit auf so schauerliche Weise ausführte, antwortete er: So dauert das Vergnügen länger; mit dem Wagen wäre ich ja gleich fertig! Also, wie will der Außenstehende Produkt und Ertrag gegeneinander abwägen? Was der eine um nichts in der Welt machen würde, betrachtet der andere als ein Vergnügen, für das er unter Umständen noch gern etwas bezahlen würde.

Wir müssen also zugeben, daß mit der Verwirklichung des Kollektivrechtes auf den vollen Arbeitsertrag auch die Rechte des Individuums berücksichtigt werden, soweit von „Recht" hier überhaupt die Rede sein kann und sich das mit dem Eigentumsrecht verträgt.

Das arbeitslose Einkommen, dessen Abschaffung die einzige, aber notwendige Voraussetzung der Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag bildet, setzt sich zusammen aus **Zins und Rente.**

Neben Zins und Rente gibt es zwar in unserer heutigen Volkswirtschaft noch mancherlei Einkommen, das oft schwer auf sichtbare Arbeit zurückzuführen ist; geht man jedoch der Sache auf den Grund, so findet man, daß, wo es sich z. B. um Unternehmer, Kaufleute und Erfinder handelt, in der Regel durch irgend eine Einrichtung, die die geistige Arbeit des Unternehmers usw. darstellt, die Herstellung der Waren vereinfacht, oder die Produktions- und Handelsspesen ermäßigt worden sind. Ein Kaufmann, der einen oder eine Reihe von Zwischenhändlern ausschaltet, ein Erfinder, der mehrere Handgriffe überflüssig macht, streichen gewiß oft recht erkleckliche Summen ein, aber diese Summen bedeuten doch immer nur einen Teil, oft sogar nur einen ganz winzigen Teil des Zuwachses, den der allgemeine Arbeitsertrag infolge jener Einrichtungen

erfahren hat. Wenn nun aber jemand den allgemeinen Arbeitsertrag vermehrt, kann man dann noch sagen, daß sein Einkommen ein arbeitsloses sei? Es kommt doch immer nur auf den Ertrag an; die Arbeit, wenn wir sie ganz sparen könnten, würde niemand vermissen. Ob nun jemand wie ein Stier von früh bis spät arbeitet, oder ob er, um dasselbe Produkt zu erzielen, seine Maschine mit einer Neuerung versah, die ihr Produkt verzehnfacht — was geht das die anderen an? Die Größe der Arbeit wird von der Kollektivität mit dem Produkt gemessen, nicht mit dem daran verausgabten Schweiß, oder gar mit der Fabrikuhr.

Alle, die den kollektiven Arbeitsertrag vermehren, gehören also zur Kollektivität der Arbeiter; ihr Einkommen ist kein arbeitsloses, sie stehen der Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag nicht im Wege. Ihr Einkommen, und wenn es noch so groß erscheint, wird niemals das Maß überschreiten können, um welches der allgemeine Arbeitsertrag oder Lohnfonds durch ihre Arbeit vergrößert wurde.

Es verbleibt also als wirklich arbeitsloses Einkommen nur der Kapitalzins und die Grundrente.[1]) Gelingt es mir, den Nachweis zu liefern, daß diese beiden Abzüge vom allgemeinen Arbeitsertrag (Lohnfonds) abgeschafft werden können, so wird man meine Aufgabe als gelöst erklären müssen.

Wenn dann als Nebenprodukt der Reformen, die zur Erreichung unseres Zieles eingeführt werden müssen, der Einzelarbeitsertrag noch um ein Erkleckliches erhöht wird, weil:

1. die Handelsspesen durch die Beschleunigung und Sicherung des Warenaustausches ganz außerordentlich herabgesetzt werden;

2. die Arbeitslosigkeit, die Arbeiterreserven, die Wirtschaftskrisen unmöglich werden,

so steht das zwar nicht unmittelbar in Beziehung zum Rechte auf den vollen Arbeits*ertrag*, wohl aber zu einem verwandten Begriff, dem „Rechte auf das volle Arbeits*produkt*.“ Das Recht auf den vollen Arbeits*ertrag* setzt voraus, daß kein arbeitsloses Einkommen den Kollektivarbeitsertrag schmälert, das Recht auf das volle Arbeits*produkt* dagegen verlangt, daß sämtliche Produkte innerhalb der Kollektivität ohne Abzug zur Verteilung gelangen. Nun wird aber durch den Tausch, bzw. durch die mit dem Tausch verbundene Arbeit (die auch ihren vollen Ertrag beansprucht) wieder ein Teil, sogar ein recht bedeutender Teil (man rechnet mit 25—30—35 %) wieder verbraucht, so daß entsprechend weniger Produkte zur Verteilung unter die eigentlichen Produzenten gelangen. Die Arbeit des Kaufmanns ist ja, so wie die Dinge heute liegen, ganz unentbehrlich; aber es ist keine Arbeit, die das Gesamtprodukt erhöht, im Gegenteil, es ist eine zerstörende Arbeit, und je mehr der Kaufmann arbeiten muß, um den Tausch der Produkte zu vermitteln, um so weniger Produkte bleiben für die Verteilung übrig. Um also das Recht auf das volle Arbeitsprodukt zu verwirklichen, dürfte der Austausch (wozu die Ortsveränderung der fertigen Waren, also die Fracht, auch noch zu rechnen wäre) überhaupt keine Arbeit verursachen, was allerdings unmöglich ist.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, muß das Recht auf das volle Arbeitsprodukt allerdings als ein Ideal angesehen werden; aber diesem Ideal, so unerreichbar es ist, nähern wir uns mit unseren Reformen fast bis an den Sockel.

---

[1]) Die staatlichen Sinekuren fallen im Arbeiterstaat selbstverständlich fort.

Eine ganz andere Sache wieder ist das „Recht des Einzelnen auf volle Ausnutzung seiner Arbeitskraft“. Die Verwirklichung dieses Rechtes verlangt, daß die Marktverhältnisse dem Arbeiter für die volle Ausnutzung seiner Arbeitskraft keine Schranken setzen, so daß der Arbeiter nach Maßgabe seiner Arbeitskraft auch seinen Arbeitsertrag vergrößern kann — wenn ihm das als notwendig oder wünschenswert erscheint. Unbegrenzter Absatz, die Verhinderung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrisen — das sind die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses Rechtes. Und diese Voraussetzungen werden mit unseren Reformen voll erfüllt werden. Diese werden also ein dreifaches Recht verwirklichen:

Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag.

Das Recht auf das volle Arbeitsprodukt.

Das Recht des Einzelnen auf volle Ausnutzung seiner Arbeitskraft.

In Ziffern ausgedrückt, liefert uns das Gesagte folgende Rechnung:

1. Vor der Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag:

Einzelbeiträge zum Kollektivarbeitsprodukt:		
Landwirtschaft		2000
Industrie		2000
Kunst, Wissenschaft, Staatsbetrieb		1000
Kollektivarbeitsprodukte		5000
ab: Kapitalzins	1000	
Grundrenten	1000	2000
Kollektivarbeitsertrag oder Lohnfonds		3000

Dieser Lohnfonds (den man sich in Waren, nicht in Geld vorzustellen hat) kommt durch den Tausch zur Verteilung unter die oben bezeichneten verschiedenen Arbeiterkategorien, zu denen aber noch die Kaufleute treten, die die Verteilung vermitteln. Der Einzelertrag wird durch die Berufswahl nach dem Grundsatze bestimmt, daß Nachfrage und Angebot das Tauschverhältnis der Produkte bestimmen. Die Größe des Lohnfonds hängt ab von der Produktivität der Arbeit einerseits und von den Abzügen durch Zins und Rente andererseits.

2. Nach der Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag:

Einzelbeiträge zum Kollektivarbeitsprodukt:	
Landwirtschaft	2000
Industrie	2000
Kunst, Wissenschaft, Staatsbetrieb	1000
Kollektivarbeitsprodukt	5000
ab: Kapitalzins	—
Grundrenten	—
Kollektivarbeitsertrag oder Lohnfonds	5000

Der Lohnfonds oder der Kollektivarbeitsertrag ist also gleich dem Kollektivarbeitsprodukt. Die Verteilung erfolgt nach dem gleichen Grundsatz wie bei Nr. 1. Der Arbeitsertrag ist „voll“, weil kein arbeitsloses Einkommen den Lohnfonds geschmälert hat. Eine Veränderung kann der Lohnfonds nur durch eine Veränderung im Kollektivarbeitsprodukte erfahren.

Abteilung I.

Die Bodenreform

oder

Die Abschaffung der Privatgrundrente,

des ersten und wichtigsten Bestandteils

des arbeitslosen Einkommens.

Abteilung I.

Die Bodenreform.

1. Abschnitt. **Die Grundrententheorie.**

Der Grundbesitzer hat es in der Hand, seinen Boden bebauen zu lassen oder es nicht zu tun. Die Erhaltung seines Besitzes ist von der Bebauung unabhängig. Der Boden verdirbt nicht unter der Brache, im Gegenteil, er wird dadurch besser; bot doch die Brache unter der Dreifelderwirtschaft die einzige Möglichkeit, den erschöpften Boden wieder fruchtbar zu machen.

Ein Grundbesitzer hat also gar keine Ursache, seinen Besitz (Acker, Bauplatz, Erz- und Kohlenlager, Wasserkraft, Wald usw.) anderen zur Benutzung zu überlassen ohne Entgelt. Wird dem Grundbesitzer für solche Benutzung keine Vergütung (Pachtzins) angeboten, so läßt er den Boden brach. Er ist vollständig Herr über seinen Besitz.

Hier kann ich schon mit Nutzen für das Verständnis der später zu besprechenden Geldreform die Bemerkung einschalten, daß neben dem Grund und Boden auf dem Erdenrund nur noch das Gold die Fähigkeit hat, den Zerstörungselementen der Natur zu trotzen, d. h. durch die Brache nicht zu leiden. Vergräbt man einen Goldschatz auf einem Stück Brachland, so würde man noch nach tausend Jahren Land und Gold völlig unversehrt wiederfinden. Alles andere dagegen wird durch die Natur früher oder später zerstört. Die Häuser stürzen ein, wenn sie nicht fortdauernd unterhalten werden, die Rohstoffe und Fabrikate verderben, die Maschinen verrosten und veralten, ja man kann sagen, daß das bewegliche Kapital zum größten Teil schon im Laufe des ersten Jahres in Schutt zerfallen würde, wenn es nicht in der Produktion verbraucht und umgestaltet würde. Da, wie wir sehen werden, die Möglichkeit der Beseitigung des Kapitalzinses sich ganz allein auf diese Eigenschaft der Realkapitalien stützt, so bitte ich diesem hochinteressanten Umstand schon hier volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Darum wird auch jeder, der Boden braucht und sich an die Grundbesitzer wendet, sich regelmäßig und selbstverständlich zu einer Leistung (Pachtzins) bequemen müssen. Und wenn wir die Erdoberfläche und ihre Fruchtbarkeit vervielfältigen — es würde doch keinem Grundbesitzer einfallen, ohne Entgelt den Boden anderen zu überlassen. Der Zins ist eine selbstverständliche Voraussetzung jeder Pachtung, weil der Druck des Wettbewerbs im Angebot von Pachtland niemals bis zur Unentgeltlichkeit des Bodens reichen kann.

Wieviel wird nun der Grundbesitzer fordern können? Die Grundrententheorie Ricardos beantwortet diese Frage.

Diese Theorie soll viel älteren Ursprungs sein: es heißt, man habe sie in alten englischen Schriften gefunden. Es ist aber das Verdienst Ricardos, ihr allgemeine Anerkennung verschafft zu haben. Theorien sind ja an sich billig wie Gedanken, das Verdienst liegt darin, die Anerkennung der Theorie zu erzwingen.

Hier ist sie: Wenn die ganze Erdoberfläche für die Ernährung der Menschen nötig wäre, wenn in der Nähe und Ferne überhaupt kein freies

Land mehr zu finden, die gesamte Erde in Kultur und Besitz genommen wäre, dann würde die Abhängigkeit der Besitzlosen von ihren Grundherren eine ebenso unbedingte sein, wie zur Zeit der Leibeigenschaft, und dementsprechend würden auch die Grundbesitzer ihre Forderungen bis zur Grenze des überhaupt Erreichbaren heraufschrauben: d. h. sie würden das volle Arbeitsprodukt, die volle Ernte, für sich beanspruchen und davon dem Arbeiter, wie einem Sklaven, aus Gnaden soviel abtreten, wie zu seiner Erhaltung und Fortpflanzung nötig wäre. In diesem Falle wäre die Voraussetzung erfüllt für das unbedingte Walten des sogenannten „ehernen Lohngesetzes". Der Bauer wäre auf Gnade und Ungnade den Grundbesitzern ausgeliefert, und die Grundrente wäre gleich dem Ertrag des Ackers, abzüglich der Futterkosten für Bauer und die Zugtiere und abzüglich des Kapitalzinses.

Diese unentbehrliche Voraussetzung für den ehernen Lohn und infolgedessen auch für die Gleichheit zwischen Rente und Ernte trifft jedoch nicht zu, denn die Erde ist größer, sogar sehr viel größer und fruchtbarer, als wie zur Erhaltung ihrer heutigen Bewohner nötig ist. Sogar bei der jetzigen extensiven Bewirtschaftung ist sicherlich kaum ein Drittel der Fläche ausgenutzt, das übrige ist brach und vielfach herrenlos. Ginge man überall zur intensiven Kultur über, so würde vielleicht ein Zehntel der Erdoberfläche schon genügen, um die Menschheit mit dem Maß von Lebensmitteln zu versorgen, das den Arbeitern heute durchschnittlich zur Verfügung steht. Neun Zehntel der Erdoberfläche könnten in diesem Falle brach liegen. (Was allerdings nicht bedeuten soll, daß man sich damit begnügen würde. Wenn jeder Arbeiter sich satt essen will und sich nicht mit Kartoffeln begnügt, wenn jeder Arbeiter ein Reitpferd halten will, einen Hof mit Pfauen, Tauben; wenn er einen Rosengarten, einen Teich zum Baden haben will, dann könnte unter Umständen die Erde noch zu klein sein.)

Entsumpfung, Berieselung, Bodenmischung, Rigolen, Sprengung von Felsen, Mergelung, Anwendung künstlicher Düngemittel, Wahl der Kulturpflanzen, Veredelung der Pflanzen und Tiere, Vernichtung von Schädlingen bei Obstbäumen, Weinbergen; Verfolgung der Wanderheuschrecken, Ersparnis an Arbeitstieren durch Eisenbahnen, Kanäle, Automobile; bessere Ausnutzung der Futterstoffe durch Austausch; Einschränkung der Schafzucht durch die Baumwollkultur, Vegetarismus usw. usw.

Durch absoluten Mangel an Boden ist also heute niemand gezwungen, sich an die Grundbesitzer zu wenden, und weil dieser Zwang fehlt (aber auch nur darum), ist auch die Abhängigkeit der Besitzlosen vom Grundbesitzer begrenzt. Nur haben die Grundbesitzer das Beste des Bodens in Besitz, und in der Nähe wenigstens sind nur solche Striche noch herrenlos, deren Urbarmachung sehr viel Arbeit kostet. Auch fordert die intensive Kultur beträchtlich mehr Mühe, und nicht jedermanns Sache ist es, auszuwandern, um die herrenlosen Länder in der Wildnis zu besiedeln; ganz abgesehen davon, daß die Auswanderung Geld kostet und daß die Produkte jener Ländereien nur mit großen Unkosten an Fracht und Zoll auf den Markt gebracht werden können.

Das alles weiß der Bauer, das alles aber weiß auch der Grundherr. Ehe also der Bauer sich zur Auswanderung entschließt, oder ehe er das in der Nähe liegende Moor entsumpft und urbar macht, ehe er zur Gartenwirtschaft übergeht, fragt er den Grundherrn, was er an Pachtzins für seinen Acker fordern würde. Und ehe der Grundherr diese Frage be-

antwortet, greift er erst zu Papier und Tinte und rechnet. Er berechnet den Unterschied zwischen dem Ertrag der Arbeit auf seinem Acker und dem Ertrag der Arbeit auf Ödland, Gartenland und herrenlosem Lande in Afrika, Amerika, Asien und Australien. Denn diesen Unterschied will er für sich haben, den kann er als Pacht für seinen Acker fordern. Die Rechnung ist mehr lang als schwierig; jeder, der über einen Zoll- und Frachttarif verfügt, die Höhe des Kapitalzinses kennt und landwirtschaftliche Kenntnisse besitzt, vermag die Rechnung zu machen. Es sind einfache Additionsrechnungen.

Hier ist ein Beispiel:

1. Rechnung des Auswanderers:

Reisegeld für sich und seine Familie	1000 Mk.
Unfall und Lebensversicherung während der Reise	200 „
Krankenversicherung für die Akklimatisation, d. h. die Summe, welche die Krankenversicherung für das besondere Risiko des Klimawechsels berechnen würde	200 „
Nationalitäts-, Sprachen- und ev. Religionswechsel	5 „
Besitznahme, Abgrenzung und Roden des Urwaldes	595 „
An Betriebskapital wird die gleiche Summe vorausgesetzt, die der Bauer in Deutschland braucht; es ist also nicht nötig, diese hier anzuführen	—
Kosten der Ansiedelung	2000 Mk.

Diese Kosten des Auswanderers, die der Pächter in Deutschland spart, werden dem Betriebskapital zugerechnet, dessen Zinsen als Betriebsunkosten verrechnet werden: 5 % von 2000 =	100 Mk

Nehmen wir nun an, daß der Ansiedler mit gleicher Arbeit dieselben Produkte erzeugt, wie auf dem heimischen Boden, dessen Konkurrenz hier in Betracht steht, so muß berücksichtigt werden, daß es der Bauer, wie jeder Arbeiter, gar nicht direkt auf diese Produkte abgesehen hat, sondern auf das, was er mit seinen Produkten an Gebrauchsgütern eintauschen kann. Diese interessieren ihn allein; um sich diese zu beschaffen, arbeitet er. Der Ansiedler muß also seine Produkte auf den Markt bringen, und den Gelderlös muß er wieder in Waren umsetzen und diese nach Hause schleppen.

Der Markt für diesen Austausch der Produkte ist nun in der Regel weit ab; nehmen wir an, es wäre Deutschland, wo ja große Massen landwirtschaftlicher Produkte eingeführt werden müssen, so hat der Auswanderer zu zahlen:

Fracht für Fuhrwerk, Bahn, Seeschiff und Kahn	200 „
Einfuhrzoll in Deutschland	400 „
Fracht für Kahn, Seeschiff, Bahn und Fuhrwerk auf die eingetauschten Gebrauchsgüter	200 „
Zoll darauf bei der Einfuhr in seiner neuen Heimat	100 „
[1])Summa:	1000 Mk.

[1]) Will der Ansiedler diese Kosten sparen und verkauft er seine Produkte auf dem Platze, so erhält er einen entsprechend niedrigeren Preis.

D. h. für die Produkte seiner Arbeit auf dem herrenlosen Lande in Amerika wird er 1000 Mk. weniger an Tauschgütern einheimsen, als der Acker bei gleicher Arbeit in der Heimat abwirft. Wenn ich also, so rechnet der Grundherr, für diesen Acker 1000 Mk. an Pacht fordere, so steht sich wirtschaftlich der Pächter nicht schlechter dabei, als wenn er auswandert.

Der gleiche wirtschaftliche Unterschied zugunsten des obigen im Wettbewerb stehenden Ackers ergibt sich, wenn Ödland urbar gemacht werden soll, nur treten hier anstelle der Fracht- und Zollkosten die Zinsen für das in der Urbarmachung aufgewendete Kapital (Entwässerung des Moores, Mischung der verschiedenen Bodenschichten, Entsäuerung mit Kalk und Düngung). Bei der intensiven Kultur treten an die Stelle von Zinsen und Frachten höhere Kulturkosten.

Mehr als 1000 Mk. wird der Bauer nicht zahlen, denn sonst wandert er aus, weniger brauche ich nicht zu fordern, weil ja mit dieser Summe erst das herrenlose Land (wie auch das Ödland und die intensive Kultur) den Wettbewerb eröffnet. Also fordere ich 1000 Mk.

Dieser Pachtzins oder die Grundrente ist also weiter nichts als der Unterschied zwischen den in Gebrauchsgüter umgewandelten Produkten der Arbeit auf den verschiedenen Bodenflächen. Alle Unterschiede des Bodens in bezug auf Fruchtbarkeit, Klima, Marktnähe, Zölle, Frachten usw. werden durch die Grundrente ausgeglichen. (Man beachte, daß ich die Arbeitslöhne hier nicht anführe; es geschieht mit Bedacht.)

Die Grundrente verwandelt in wirtschaftlicher Beziehung den Erdball in eine für den Pächter, Unternehmer, Kapitalisten durchaus gleichartige, eintönige Masse. So sagt Flürscheim[1]): „Wie alle Unebenheiten des Meeresbodens durch das Wasser zu einer glatten Fläche umgewandelt werden, so ebnet die Rente den Boden". Und zwar setzt sie (und das ist das Interessante) den Ertrag der Arbeit für alle Bebauer des Bodens gleichmäßig auf den Ertrag herab, den man vom Ödland in der Heimat oder vom herrenlosen Boden in der fernen Wildnis erwarten kann. Die Begriffe fruchtbar, unfruchtbar, lehmig, sandig, sumpfig, mager, fett, gut- und schlechtgelegen, werden durch die Grundrente in wirtschaftlicher Beziehung wesenlos. Die Grundrente macht es für alle Arbeiter völlig gleichgültig, ob sie Schiffelland in der Eifel, Gartenboden in Berlin, Weinberge am Rhein bearbeiten.

Dies ist die Grundrententheorie Ricardos, in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft einer der Lehrsätze, der, den Zweifeln entrückt, als unanfechtbare Wahrheit allgemein anerkannt, als Gemeingut angesehen werden kann.

---

2. Abschnitt. **Einflüsse, denen der Arbeitsertrag auf Freiland ausgesetzt ist.**

Der Reinertrag der Arbeit auf Frei- und Ödland (der nicht mit dem „vollen" Arbeitsertrag zu verwechseln ist) liefert den Maßstab für den Lohn im allgemeinen, und als solchen Reinertrag bezeichneten wir die nach Verzinsung des Kapitals mit dem Gelderlös der verkauften Produkte eingetauschten Gebrauchsgegenstände (Waren).

---

[1]) Clue to the Economic Labyrinth.

Zu den Umständen, die diesen Ertrag beeinflussen, müssen wir in erster Linie die Entfernung rechnen zwischen dem herrenlosen Boden und dem Orte, wo die Produkte verbraucht, die eingetauschten Gebrauchsgegenstände erzeugt oder von allen Teilen der Welt zusammengebracht werden. Wie wichtig die Entfernung ist, sehen wir am besten am Preisunterschied zwischen einem Acker in der Nähe der Stadt und einem gleichguten weit ab vom Markte. Worin liegt der Preisunterschied begründet? In der Entfernung.

Handelt es sich z. B. um die kanadische Weizenregion, wo noch heute gutes Heimstättenland zur freien Verfügung steht, so muß das Getreide zuerst vom Felde mittelst Fuhrwerks nach der mehr oder weniger entfernten Bahn gebracht werden, die es nach Montreal befördert, wo die Umladung auf Seeschiffe stattfindet. Diese bringen das Getreide nach Europa, etwa nach Rotterdam, wo wieder eine Umladung auf Rheinschiffe nach Mannheim, und von hier auf Bahnwagen nötig wird, um den Markt (Stuttgart, Straßburg, Zürich usw.) zu erreichen, wo es nach der Verzollung zu denselben Preisen verkauft werden muß, wie die an Ort und Stelle gewachsene Frucht. Es ist eine lange Reise und sie kostet viel Geld, aber das, was nun von dem Marktpreis nach Abzug der Zölle, der Fracht, Versicherung, Maklergebühren, Stempel, Zinsen des Geldvorschusses, Säcke usw. usw. übrig bleibt, das ist erst der Gelderlös, mit dem den Ansiedlern in der Einöde von Sascachevan nur wenig gedient wäre. Dieser Gelderlös muß nun in Gebrauchsgegenstände umgesetzt werden — Salz, Zucker, Tuch, Waffen, Maschinen, Bücher, Kaffee, Möbel usw. usw., und erst nachdem alle diese Gegenstände glücklich im Hause des Ansiedlers eingetroffen sind und die Fracht darauf bezahlt ist, kann der Arbeiter sagen — das ist mein reiner Arbeitsertrag. —

Wie sehr nun dieser Arbeitsertrag von den Frachtsätzen abhängig sein muß, geht aus obiger Darstellung klar hervor.

Diese Frachtsätze sind nun in den letzten Jahrzehnten andauernd herabgegangen, wie folgende Tabelle zeigt:

Frachtkosten für 1000 kg Getreide von Chicago nach Liverpool:

1873 = Mk. 67.—
1880 = „ 41.—
1884 = „ 24.— [1]

Das sind also schon von Chicago bis Liverpool Mk. 43.— Frachtersparnis für jede Tonne Weizen, 1/6 des damaligen, 1/4 des jetzigen Preises. Aber die Strecke Chicago—Liverpool ist nur eine Teilstrecke der Reise Sascachevan—Mannheim, also sind obige Mk. 43.— auch nur ein Teil der wirklichen Frachtersparnis. Diese Ersparnis kommt aber auch der Rückfracht zustatten, so daß der Ansiedler in Kanada heute an Frachten für jede Tonne Getreide und ihr Tauschprodukt wohl Mk. 80.— spart. (1873 war übrigens die Grenze des Freilandes noch nicht so weit zurückgeschoben.)

Diese Frachtersparnis kommt nun dem Ansiedler und durch die Rückwirkung auch dem allgemeinen Arbeitslohn zugute, und wenn die Löhne nicht im gleichen Verhältnis gestiegen sind, so liegt das in erster Linie gerade an dieser Rückwirkung auf den gemeinen Arbeitslohn, durch die das bestehende Tauschverhältnis zwischen den Produkten der Landwirtschaft und Industrie verschoben wird. Durch diese Verschiebung verteilt sich der Gewinn des Ansiedlers auf alle Arbeiter. Denn erhält der

[1]) Mulhall, Dictionary of Statistics.

Ansiedler infolge der Frachtersparnis ein Mehr von 80 Mk. per Tonne Weizen, während der Lohn der Industriearbeiter unverändert bleibt, so findet durch Auswanderung eine Verschiebung der Arbeiter von der Industrie zur Landwirtschaft statt. Hierdurch verschiebt sich aber auch das bestehende Verhältnis im Angebot der landwirtschaftlichen Produkte zugunsten der Industrieprodukte. Der Preis ersterer sinkt, der der letzteren steigt, und durch diese Verschiebung der Preise, die mit einer Lohnverschiebung verknüpft ist, gleicht sich der Ertrag der Arbeit des Ansiedlers und der des Industriearbeiters aus. Rechnet man 1 Industriearbeiter auf 1 Landarbeiter, so gehen von den 80 Mk. Frachtersparnissen also dem Ansiedler 40 Mk. durch die allgemeine Lohnerhöhung und die erhöhten Preise bei seinen Einkäufen wieder verloren.

Wie hoch wir aber auch die Summe einschätzten, die die Frachtersparnisse ausmachen, sie würde bei weitem nicht ausreichen, um mit ihrer Hilfe sämtlichen Arbeitern eine Lohnerhöhung zu gewähren, die der Mehreinnahme des Ansiedlers von 40 Mk. pro Tonne Weizen entspricht. Rechnen wir auf den Ansiedler nur 10 Tonnen Weizen, so ergibt das eine Summe von 400 Mk. auf den Ansiedler und eine entsprechende Lohnerhöhung von 400 Mk. für sämtliche Arbeiter. Eine ungeheure Summe, der gegenüber die Summe der Frachtersparnisse verschwindend klein ist. Woher kommt nun das Geld zur Deckung dieses Fehlbetrages? Antwort: von den Grundrenten, die infolge der billigen Frachten auf das auswärtige Getreide allgemein um 40 Mk. per Tonne Land (1 Tonne Land = die Landfläche, auf der 1 Tonne Weizen wächst) fallen müssen — eine Summe, die ebenso ungeheuer ist, wie die der um 400 Mk. erhöhten Löhne.

In Zahlen ausgedrückt, erhalten wir über das Verhältnis zwischen Arbeitsprodukt auf Freiland, Lohn und Grundrenten folgende 2 Rechnungen, auf die ich des Lesers volle Aufmerksamkeit lenken möchte.

Nr. 1. Frachtsatz Mk. 67.— vom Jahre 1873.

Arbeitsprodukt auf Freiland in Sascachevan:

10 Tonnen Weizen, in Mannheim zu 250 Mk. verkauft . . .		Mk. 2500
hiervon ab:		
Fracht auf den Weizen 10 × 67 = ...	Mk. 670	
Fracht auf die eingetauschten Waren	„ 670	„ 1340
		Mk. 1160
Kapitalzins		„ 160
Reinertrag der Arbeit auf Freiland		Mk. 1000

Da diesem Reinertrag der Arbeitslohn in Deutschland entsprechen muß, so kostet die Bewirtschaftung von 10 Tonnen

Land[1]) an Lohn	Mk. 1000
das Arbeitsprodukt, 10 Tonnen Weizen à 250 Mk.	„ 2500
	Mk. 1500
hiervon ab Kapitalzins wie oben	„ 160
Überschuß — Pacht oder Rente	Mk. 1340

[1]) Dänisches Maß; bedeutet so viel Land wie nötig ist, um 1 Tonne Weizen (oder das Äquivalent) zu bauen. Da sich dieses Maß für volkswirtschaftliche Berechnungen vorzüglich eignet, so werde ich stets nach Tonnen und nicht nach Hektar rechnen.

Nr. 2. Frachtsatz Mk. 24.— vom Jahre 1884.

Arbeitsprodukt auf Freiland in Sascachevan:

10 Tonnen Weizen, in Mannheim zu 250 Mk. verkauft			Mk. 2500	
hiervon ab:				
Fracht auf den Weizen. . .	Mk. 240			
Rückfracht auf die Tauschware	„ 240	Mk. 480		
Kapitalzins (wie bei Nr. 1)		„ 160	Mk. 640	
			Überschuß Mk. 1860	Mk. 1860
Gegenüber dem Reinertrag von Rechnung Nr. 1 .			„ 1000	
ergibt sich also ein Mehrerlös von			Mk. 860	
Von diesem Mehr geht durch die allgemeine Lohnerhöhung die Hälfte beim Umsatz des Gelderlöses durch die im Preise gestiegenen Waren wieder verloren, also				„ 430
			Reinertrag	Mk. 1430
Da diesem Reinertrag der Arbeit auf Freiland der Lohnsatz entsprechen muß, so kostet jetzt der Lohn für die Bewirtschaftung von 10 Tonnen Land in Deutschland nicht mehr 1000, sondern				Mk. 1430
während das Arbeitsprodukt — 10 Tonnen Weizen wie oben verkauft werden muß, wodurch der Überschuß (Pacht, Rente)				„ 2500
herabgesetzt wird auf				Mk. 1070

Woher das Geld für die, durch die Frachtermäßigung veranlaßte allgemeine Lohnerhöhung kommen muß, ist also klar. Aus den Taschen der Grundrentner kommt das Geld. Daher auch die Klagen der Grundrentner, daher die sogenannte Not der Landwirtschaft (recte Not der Rentner), daher der Ruf nach Schutz, nach Zöllen.

Durch die Zölle wird der Einfluß der billigen Frachten auf die Grundrente wieder aufgehoben; durch die Zölle wird der Ertrag der Arbeit auf dem konkurrierenden Freiland wieder auf die frühere Höhe herabgesetzt; durch die Zölle wird eine Erhöhung der Löhne verhindert. Die Not der Rentner kann eben nur auf Kosten der Arbeiter beseitigt werden.

In pseudofreiländlerischen Zeitungen wird den Agrariern oft der Rat gegeben, sie sollten, statt nach Staatshilfe zu schreien, doch lieber auf dem Wege der Selbsthilfe, durch verbesserte Produktionsmethoden, sich aus ihrer Notlage zu reißen suchen. Der Rat ist leichtsinnig, denn abgesehen davon, daß verbesserte Produktionsmethoden nicht so wie Brot zu kaufen sind, sondern erst erfunden werden müssen, würde ihre Anwendung ja auch wieder den Ansiedlern auf Freiland im gleichen Maße zu statten kommen. Und es ist doch nicht die absolute Menge des Ackerproduktes, sondern die relative, die die Rente bestimmt. Die Grundrentner haben es aber einzig und allein auf die Rente abgesehen; das Ackerprodukt ist ihnen völlig gleichgültig. Dabei ist noch hier wohl zu beachten, daß durch Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Technik, die die Fruchtbarkeit vermehren (billige Kunstdünger, neue Kulturpflanzen etc.), die Fläche des Ackerbodens v e r r i n g e r t wird, die zur Erzielung der Nahrungs-

mittel nötig ist. Es müßte also eine dieser Verringerung entsprechende Fläche Boden wieder aufgegeben werden, natürlich zuerst die abgelegensten, wodurch aber wieder die Grenze des Freilandes näher gerückt wird, die Frachtkosten des konkurrrierenden Freilandes verbilligt, verringert werden. Dadurch würde sich aber die Not der Grundrentner erst recht fühlbar machen.

Den Grundrentnern ist durch den Fortschritt in der landwirtschaftlichen Technik nicht zu helfen, und es ist unehrlich, wenn von den Pseudofreihändlern die „Not der Grundrentner" auf rückständige Technik zurückgeführt wird. Wenn die Grundrente, das arbeitslose Einkommen, durch technische Verbesserungen gehoben werden könnte, so wäre ja der alte freihändlerische Grundsatz Unsinn, daß alle Verbesserungen der Technik der Arbeit zugute kommen.,

Den Grundrentnern kann nur durch den Rückschritt in technischer und politischer Hinsicht geholfen werden. Das liegt im Wesen der Grundrente begründet. Wenn die Technik der Landwirtschaft so weit gediehen wäre, daß die Hälfte der deutschen Ackerbaufläche genügen würde für die Ernährung des Volkes, so läge die andere Hälfte als Freiland brach zur Verfügung der Arbeiter, und wer würde dann noch Pacht für den Boden zahlen? Der höchste Triumph der Technik und des Fortschrittes würde mit dem völligen Ruin der Grundrentner verbunden sein. Der Arbeitsertrag, auch der der Landwirte, würde steigen, wir hätten eine blühende Landwirtschaft und hohe Löhne, aber magere Rentner, bankerotte Hypothekenbanken. Kulturhindernisse dagegen, Reaktion und Abschliessung, das kommt der landwirtschaftlichen Grundrente zu statten; chinesische Mauern, Zölle, versandete Kanäle, Seeräuber, die die Schiffahrt unsicher machen, Abschaffung der Freizügigkeit, Gesetzlosigkeit, Aufruhr in den Kolonien, mordende Scharen von Eingeborenen, die die Ansiedlung auf Freiland unmöglich machen, das ist Wasser auf die Mühle der Grundrentner. Der Not unserer Grundrentner kann dauernd nur durch die Sklaverei abgeholfen werden, und wenn unsere Pseudofreihändler diese logische Folgerung der Ricardoschen Grundrententheorie offen proklamieren wollten, statt ihre Zuflucht zur Heuchelei und falschen Lehrsätzen zu nehmen, so würden sie der Sache des Freihandels einen besseren Dienst erwiesen haben. Die Wahrheit ist immer die beste Waffe.

Die Grundrentner, die sogenannten Agrarier, in Deutschland behaupten, daß der deutsche Getreidezoll zum Teil vom Ausland bezahlt wird. Eine Theorie, die von den Pseudofreihändlern immer bestritten worden ist. Nach der Ricardoschen Grundrententheorie und nach obiger Darstellung haben aber die Agrarier insofern recht, als durch die Zölle der Ertrag der Arbeit auf dem ausländischen Freiland herabgesetzt wird. Wenn aber die Agrarier gleichzeitig behaupten, daß durch die Zölle die Löhne steigen werden, so ist das eines jener Verbrechen, welches eigentlich nur auf der Guillotine Sühne finden kann, eine Sünde wider den heiligen Geist, eine Ausbeutung der künstlich genährten Unwissenheit des Volkes zur Erlangung persönlicher Vorteile. Nach der Ricardoschen Grundrententheorie, die allen Rentenpolitikern, also auch den Agrariern, bekannt ist und von keiner Seite bestritten wird, hat der deutsche Arbeiter seinen Rückhalt bei den Lohnverhandlungen nicht im fetten Marschboden, auf den deutschen Gütern, sondern im Ödland, im Freiland Amerikas, und alles, was den Ertrag der Arbeit auf jenem Freiland schmälert, trifft unmittelbar den Lohn des deutschen Arbeiters. Das wissen die Agrarier und darum ist ihre Behauptung Verbrechen.

---

3. Abschnitt. Die landwirtschaftliche Grundrente und ihre Beziehung zum allgemeinen Lohngesetz.

Die Beziehung der Grundrente zum allgemeinen Lohngesetz.

Wenn der Grundbesitzer 1000 Mk. an Pacht aus seinem Boden herausschlagen kann, so wird er sich mit weniger sicher nicht begnügen wollen, falls er den Boden mit Hilfe von Lohnarbeitern selbst bewirtschaften will. Wenn der Acker nach Abzug der Lohnausgaben nicht mindestens 1000 Mk. Ertrag lieferte, so würde der Grundbesitzer die Arbeiter entlassen, um den Boden für 1000 Mk. zu verpachten.

Dem Lohnarbeiter wird also unter keinen Umständen die Arbeit einen höheren Ertrag liefern als dem Pächter oder dem Ansiedler auf herrenlosem Boden, auch schon darum nicht, weil der Pächter (oder Ansiedler) sonst lieber als Tagelöhner arbeiten würde.

Andererseits aber wird der Lohnarbeiter nicht um geringeren Lohn oder Ertrag arbeiten, als der ist, den er als Pächter oder Ansiedler verdienen könnte, denn sonst würde er sich ein Stück Boden pachten oder auswandern. Zwar fehlt es ihm wohl oft an eigenem Kapital zur Bewirtschaftung oder Auswanderung, aber dieses Kapital, ob es sein eigenes oder geborgtes ist, muß er auf alle Fälle mit 4 oder 5 Prozent verzinsen und diesen Zins sorgfältig vom Ertrag seiner Arbeit abziehen. Denn das, was dem Ansiedler nach Verzinsung des Kapitals noch übrig bleibt, das allein gehört ihm, als Arbeiter. Es ist auch durchaus nicht nötig, daß jeder Arbeiter in der Lage sei, mit der Auswanderung drohen zu können, um für sich den allgemeinen Lohnsatz zu erobern. Es genügt, wenn der Überschuß auswandern kann, um alle zurückbleibenden Arbeiter in den Genuß dieses Lohnsatzes zu bringen.

Ist der Bruttoertrag der Arbeit des Ansiedlers auf Freiland oder Ödland 1000 Mk., der Zins des Wirtschaftskapitals 200 Mk., so ist der Reinertrag 800 Mk., und um diesen Punkt herum wird sich also der allgemeine Lohnsatz drehen. Höher kann der Lohn des Tagelöhners nicht steigen, denn sonst verlassen die Ansiedler die Wildnis, um sich den Arbeiten zuzuwenden, die diesen höheren Ertrag liefern, niedriger kann er nicht sinken, sonst findet die umgekehrte Bewegung statt.

Und daß der Lohn der Industriearbeiter von diesem allgemeinen Lohnsatz beherrscht wird, liegt auf der Hand. Denn wäre der Arbeitsertrag in der Industrie größer als der Ertrag der Arbeit auf herrenlosem Boden, so würden sich die Landarbeiter der Industrie zuwenden, die Produkte der Landwirtschaft würden mangeln und im Preise steigen, während die Produkte der Industrie, im Übermaß angeboten, im Preise fallen würden. Die Preissteigerung dort und der Preisfall hier würden zu Lohnverschiebungen führen, bis sich der Ausgleich gebildet hätte. Und dieser Ausgleich müßte bei der großen Anzahl von Wanderarbeitern, denen es gleich ist, ob sie Zuckerrüben bauen oder Kohlen schaufeln, sehr bald eintreten.

Es ist also unbestreitbar, daß, wenn der Arbeitsertrag des Arbeiters auf Frei- und Ödland den Arbeitsertrag des Landarbeiters bestimmt, auch der Arbeitslohn im allgemeinen vom Ertrag des Ödlandes bestimmt wird.

Darüber hinaus kann der Lohn nicht steigen, denn das Öd- und Freiland ist ja die einzige Stütze, der letzte Rückhalt, die der Land-

arbeiter oder Pächter bei den Lohn- und Pachtverhandlungen mit dem Grundherrn hat. Nimmt man ihm diese Stütze (etwa durch die Aufhebung der Freizügigkeit), so verliert er den Boden unter den Füßen und er muß sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Weil aber das Öd- und Freiland die einzige Stütze ist, so können andere Umstände den Lohnsatz auch nicht unter diesen Ertrag drücken.

Der Ertrag der Arbeit auf Öd- und Freiland ist darum gleichzeitig das Maximum und Minimum des allgemeinen Arbeitslohnes.

Dabei widerspricht es dieser allgemeinen Regel nicht, daß die Löhne qualifizierter Arbeiter höher stehen und stark voneinander abweichen. Die Art der Arbeit schließt den Wettbewerb des Tagelöhners und seinen nivellierenden Einfluß aus. Als Minimum für die qualifizierte Arbeit wird aber der allgemeine Lohnsatz immer gelten, denn nur in der Erwartung eines höheren Lohnes verläßt man die sichere Scholle, um sich als Arzt, Mechaniker, Pastor, Chemiker, General, Opernsänger usw. durchzuschlagen.

Es versteht sich darum auch von selbst, daß alle Schwankungen im Ertrage der Arbeit auf Öd- und Freiland sich auf den allgemeinen Arbeitslohn übertragen und daß bei der großen Zahl von Umständen, die diesen Ertrag beeinflussen, von einem sogenannten „ehernen“ Lohn nicht die Rede sein kann.

Zwar ist hier die Erklärung noch nicht vollständig, warum die Theorie des „ehernen Lohngesetzes“ fallen gelassen werden mußte, denn es ist noch nicht gezeigt, daß die Rolle, die der Grundbesitz für ein solches Lohngesetz nicht durchführen konnte, nicht vielleicht vom Kapital zu Ende gespielt werden kann. Daß jedoch das Kapital diese Macht nicht besitzt, beweisen die öfters eintretenden Lohnschwankungen, und warum es diese Macht nicht hat, werden wir später zeigen (s. Zinstheorie). Hätte das Kapital die Macht, den Arbeitsertrag des Arbeiters auf Ödland auf das den „ehernen Lohnsatz“ ausmachende Minimum herabzusetzen, so müßte der im Zinsfuß sich ausdrückende Kapitalertrag die Schwankungen mitmachen, die das Arbeitsprodukt der Arbeit auf Öd- und Freiland aufweist. Und das ist nicht der Fall, denn wie wir später zeigen werden (s. Zinstheorie), ist der hier in Frage kommende reine Zins (s. d.) eine außerordentlich unbewegliche, fast eherne Größe.

---

4. Abschnitt. Einfluss des Kapitalzinses auf Lohn und Rente.

Der Ansiedler auf Freiland in Amerika oder sonstwo muß sein Betriebskapital verzinsen. Einerlei, ob dieses Kapital sein Eigentum ist oder ob er es vom Kapitalisten geborgt hat; den Zins muß er fein säuberlich vom Ertrag seiner Arbeit trennen — er hat mit der Arbeit nichts zu tun, er unterliegt ganz anderen Gesetzen.

Diese Trennung des Kapitalzinses vom Ertrag seiner Arbeit und von der Grundrente muß aber auch der Landwirt in Deutschland vornehmen — wie wir das übrigens in den beiden Rechnungen im vorigen Kapitel getan haben.

Wenn nun sowohl der Ansiedler auf Freiland, wie auch der deutsche Landwirt gleichmäßig vom Zins belastet wird, so könnte man annehmen, daß die Grundrente nicht von der Höhe des Zinsfußes abhängig ist, da doch der Unterschied zwischen dem Ertrage der Arbeit auf Freiland und auf deutschem Ackerboden die Rente bestimmt.

Dies ist jedoch ein Irrtum, denn außer dem Freiland konkurriert auch noch das Ödland mit dem deutschen Ackerland. Und wenn bei dem Freiland in Amerika Fracht- und Zollsatz die Hauptelemente der Rentenberechnung sind, so fallen diese beim Ödland wieder ganz fort, und an ihre Stelle tritt der Zinsfuß als Grundlage aller Berechnungen. Denn für die Urbarmachung des Ödlandes muß Kapital aufgewendet, und das Kapital muß verzinst werden. Handelt es sich z. B. um die Trockenlegung der Zuider See, um die Entsumpfung der Moore, um das Ausroden von Urwäldern, um die Berieselung von Wüsten, um das Abtragen und Sprengen von Felsen, so wird man zuerst fragen, wieviel Zins die Kapitalaufwendung verschlingen wird, und dann wird man diese Summe vergleichen mit dem, was man für gleichfruchtbaren Boden an Pacht zahlen muß. Steht nun der Zinsfuß hoch, so wird der Vergleich ungünstig ausfallen, und man wird das Moor unberührt lassen; steht der Zinsfuß dagegen niedrig, so wird das Unternehmen rentabel. Fiele nun der Zinsfuß von 4 auf 1 Proz. z. B., so würden gleich eine Menge von Bodenverbesserungen rentabel, die man heute nicht unternehmen kann. Zu 1 Proz. verzinst, würde es sich lohnen, den Nilfluß vom Mittelmeer abzulenken und dieses trocken zu legen, die Ostsee und Nordsee abzudeichen und auszupumpen; zu 1 Proz. verzinst würde es sich lohnen, Mergel aus Westindien, Guano aus Peru, Soldatenknochen aus Port Arthur, Wasser aus dem Jordan auf die Lüneburger Heide zu bringen und diese 3 Meter tief umzupflügen. Zu 1 Proz. verzinst, würde es sich lohnen, die Lüneburger Heide unter Glas zu legen und Kaffee, Kakao und Pfeffer darauf zu bauen. Kurz, zu 1 Proz. verzinst, würde alles Ödland, würden die großen Wasserflächen rentabel in Kulturboden verwandelt werden können. (Diese Einzelheiten sind selbstredend „cum grano salis“ aufzufassen.)

Wo bliebe aber dann wieder die landwirtschaftliche Grundrente, wenn auf diese Weise die Ackerfläche über den Bedarf hinaus ganz in der Nähe vervielfältigt würde? Warum dann noch weit nach Sascachevan ziehen, warum von dort mit großen Frachtspesen das Getreide nach Europa verfrachten, wenn man, mit einer geringen Ausgabe an Zins, Getreide an Ort und Stelle, wo es konsumiert wird, bauen kann?

Man sieht also die innige Freundschaft, die zwischen Zins und Rente besteht. So lange Ödland, Wasserflächen, Wüsten vorhanden sind, die mit Kapital urbar gemacht werden können, ist hoher Zins der letzte Rückhalt der Grundrentner, denn die Produkte des deutschen Moores, der Lüneburger Wüste, der trockengelegten Ostsee, lassen sich nicht durch Zölle absperren — sie sind deutsche Produkte. Fällt der Zins, so fällt auch die Rente; die Beseitigung des Zinses würde zwar die Grundrente nicht ganz beseitigen (infolge eines sehr verwickelten Vorganges, den ich hier nicht zu entwickeln brauche), aber es wäre der härteste Schlag, der die Grundrentner treffen könnte.[1])

[1]) Vorausgesetzt, daß es nicht an Ödland fehlt.

Es ist übrigens klar, es muß so sein, denn ein Sinken des Zinses wäre ein Kulturfortschritt, und der Rente kann nur die Rückständigkeit dienlich sein.

Ein Sinken des Zinsfusses würde aber nicht allein die Anbaufläche vergrößern, sondern es auch ermöglichen, von der bereits vorhandenen Ackerfläche durch ausgedehnteren Gebrauch der Maschinen, durch Anlage von Wegen, Ersatz der Hecken durch Zäune, Anlage von Pumpstationen für Bewässerung trockener Wiesen, Rigolen des Bodens, Anlage von Obstgärten und tausend anderen Verbesserungen, dem Boden doppelte und dreifache Erträge abzugewinnen, wodurch wiederum eine entsprechende Verringerung der Anbaufläche notwendig würde und das für die Rente so gefährliche Freiland auf Schußweite herangerückt käme.

Die Herabsetzung des Zinses hätte auch zur Folge, daß die für den Transport des Weizens aus dem Auslande nötigen Anlagen (Häfen, Kanäle, Seeschiffe, Eisenbahnen, Silos) entsprechend niedrigere Tarife einführen könnten und daß dann auch wieder die Frachtkosten für die Produkte des Freilandes sinken würden. Und jeder Schilling, der hier gespart wird, reißt eine gleich große Lücke in die Grundrente. Die Zinsen des Anlagekapitals bilden aber einen sehr bedeutenden Teil der Transportkosten, und zwar verhielten sich bei den europäischen Eisenbahnen, bei einer durchschnittlichen Verzinsung von 3,8 Proz. die eigentlichen Transportkosten 1888 (Unterhaltung der Bahn, Beamten, Kohlen etc.) zu den Zinsen wie 135 zu 115[1]. Die Zinsen (115) erreichen also fast die Hälfte der Transportkosten (250), so daß eine Herabsetzung des Zinsfußes von 4 auf 3 Proz. eine Herabsetzung des Frachttarifes um fast $^1/_8$ gestatten würde.

Transportkosten	gleich	4,	die Kapitalzinsen	gleich	4 =	Tarif	= 8
„	„	4,	„	„	3 =	„	= 7
„	„	4,	„	„	2 =	„	= 6
„	„	4,	„	„	1 =	„	= 5
„	„	4,	„	„	0 =	„	= 4

d. h. bei 0 Zins würden die Eisenbahnfrachten um die Hälfte herabgesetzt werden können; bei den Seefrachten ist das Verhältnis der Betriebskosten zu den Kapitalzinsen nicht das gleiche, immerhin spielt auch hier der Kapitalzins in Form von Kanalgeldern (Suez-Kanal usw.) eine bedeutende Rolle, abgesehen davon, daß bei den Kohlen der Zins der Grubeneinrichtung und der Kohlenbahnen auch wieder einen erheblichen Teil der Preise ausmacht.

Eine Herabsetzung oder gar eine völlige Beseitigung des Zinses würde also die Frachtkosten um die Hälfte herabsetzen, und dadurch wieder würde die Grenze des Freilandes wirtschaftlich um 50 Proz. näher gerückt, die Konkurrenz des ausländischen Weizens entsprechend verschärft; die Löhne würden steigen, die Rente sinken.

Hohe Zinsen, das ist es, was den Grundrentnern frommt: hohe Zinsen, hohe Grundrenten. Hohe Zinsen, hohe Grundrenten — niedrige Löhne.

Wenn man hier einwendet, daß niedrige Zinsen der „Landwirtschaft" wieder zugute kommen, so ist das ja wahr und sehr erfreulich. Aber was hat die Landwirtschaft an sich mit der Grundrente zu tun?

Der Wegfall der Zinsen begünstigt die Landwirtschaft insofern, als er den Ertrag der Arbeit allgemein, also auch den Ertrag der persönlichen

---

[1]) Mulhall's Dict. of Statistics.

Arbeit der Landwirte hebt; aber wenn der Landwirt heute gleichzeitig Arbeiter, Kapitalist und Grundrentner ist, würde der Wegfall des Zinses seinen Arbeitslohn erhöhen, seinen Kapitalzins beseitigen und die Grundrente bedeutend herabsetzen. Die Rechnung wäre, je nachdem es sich um Groß- oder Kleinbetrieb handelt, verschieden. Ein Bauer, der allein, ohne Arbeiter, sein Feld beackert, würde wahrscheinlich durch die Beseitigung von Zins und Rente Vorteil haben, weil sein Arbeitsertrag höher steigen würde, als der Verlust an Zins und Rente; bei Großbetrieb aber würde sich der Landwirt viel schlechter stehen, weil seine persönliche Arbeit mit der Größe des Betriebes an Bedeutung gegenüber seinem Einkommen aus Zins und Rente abnimmt.

Hier ist noch ein Umstand zu bedenken, der für die Agrarier ganz besondere Bedeutung hat — ihre starke Verschuldung. Geht nun der Zins herab, so gehen auch die Zinslasten der Agrarier herab — das ist klar, aber erzielen diese daraus einen Vorteil? Ja und Nein. Ja, wenn die Schulden ihr eigenes Kapital (mit Ausschluß des Bodens) übersteigen; nein im anderen Falle. Und zwar verhält sich das so. Geht der Zins herab, so fällt im gleichen Maße auch der des Kapitals, das der Landwirt gebraucht — ein Vorteil ist also nicht da. Übersteigt die Verschuldung dieses Kapital, so ist der Überschuß als ein Pfand auf die Grundrente zu betrachten, und was er hier spart, das verliert er nicht wieder am Minderertrag seines Kapitals. Zwar geht, wie oben gezeigt, auch die Grundrente herunter, aber dies ganz unabhängig von den Schulden, die auf dem Grundbesitz lasten.

Beispiele:

Grundrente	Kapital	Hypothek	Grundrente	Kapital	Hypothek
10 000	100 000	100 000	10 000	100 000	200 000
Zinsfuß 4 %	Grundrente	10 000	Zinsfuß 4 %	Grundrente	10 000
	Kapital	4 000		Kapital	4 000
	Einnahmen	14 000		Einnahmen	14 000
ab:	Hypoth.-Zins.	4 000	ab:	Hypoth.-Zins.	8 000
	Überschuß	10 000		Überschuß	6 000
Zinsfuß 3 %	Grundrente	10 000	Zinsfuß 3 %	Grundrente	10 000
	Kapital	3 000		Kapital	3 000
	Einnahmen	13 000		Einnahmen	13 000
ab:	Hypoth.-Zins.	3 000	ab:	Hypoth.-Zins.	6 000
	Überschuß	10 000		Überschuß	7 000
Gewinn	Verlust	Profit	Gewinn	Verlust	Profit
1000	1000	0	2000	1000	1000

Es kommt also darauf an, ob der grundbesitzende Landwirt mehr oder weniger Zins zu zahlen hat, als wie er selbst einnimmt. Im ersteren Fall ist ihm eine Herabsetzung des Zinsfußes unmittelbar vorteilhaft, im anderen Falle nachteilig. Ob der durch das Sinken des Zinsfußes bedingte Rückgang der Grundrenten den Vorteil ausgleicht, den der schwer

verschuldete Grundbesitz im allgemeinen aus einem Niedergang des Zinsfußes zieht, ausgleichen würde, könnte nur auf Grund einer sehr eingehenden Berechnung entschieden werden. Da die Berechnung aber für unsere theoretische Erkenntnis ohne weiteren Vorteil wäre, so will ich den direkten Interessenten diese Arbeit überlassen.

Ich weiß, die Agrarier sind heute allgemein der irrigen Meinung, daß eine Herabsetzung des Zinsfußes ihnen günstig sein muß, und daß sie mit tausend Freuden jeder Reform zustimmen werden, von der sie eine Erleichterung ihrer Schuldenlasten erwarten können. Sie erwarteten einen niedrigeren Zins von der Silberwährung und Doppelwährung und stimmten dafür, und sie würden darum auch für meine später zu besprechende Geldreform stimmen, wenn ich sie im Zweifel ließe über die Rückwirkung des Zinses auf die Rente. Ich würde sogar wahrscheinlich in den Agrariern begeisterte Anhänger der Geldreform finden, sobald es mir gelungen sein würde, sie davon zu überzeugen, daß mit der Geldreform der Zinsfuß sinken muß. Aber ich kämpfe mit offenem Visier, ich will niemand im Zweifel lassen über das, was ihn persönlich mit der Geld- und Bodenreform erwartet. Ich will niemand hinterrücks angreifen, ich heuchle nicht und rechne jedem Vor- und Nachteil vor. Darum sage ich es hier nochmals: das Sinken des Zinsfußes ist für die Grundrente ein schwerer Nachteil, und die Grundrenter tun wohl, solange sie nur an sich denken wollen, alles zu vermeiden, was auf den Zinsfuß drücken kann.

Die Geldreform und die Bodenreform lassen sich am besten gleichzeitig durchführen; sie können aber auch einzeln durchgeführt werden, und es wäre darum möglich, daß die Grundrentner eines Tages ihre Stimmen für oder gegen die Geldreform abzugeben hätten. Ich empfehle also jedem Grundrentner in seinem eigenen unmittelbaren Interesse, sich mit Händen und Füßen gegen die Geldreform zu wehren — vorausgesetzt natürlich, daß der Betreffende nur blindlings auf seinen unmittelbaren Vorteil bedacht ist, daß er sich nicht schämt, von Zins und Rente, statt von seinem Arbeitsertrag zu leben.

5. Abschnitt. Die Rohstoff- und Baugrundrente und ihre Beziehung zum allgemeinen Lohngesetz.

Die Rohstoff- und Baugrundrente und ihre Beziehung zum Lohn.

Ob der Weizen aus Kanada, aus Argentinien, aus Sibirien oder vom Felde des Nachbarn, ob es zollbelasteter Weizen der geplagten deutschen Auswanderer ist oder zollgeschützter Weizen des behäbigen pommerschen Gutsbesitzers; was fragt der Müller danach? Ist die Qualität die gleiche, so ist auch der Preis der gleiche.

Ebenso verhält es sich mit allen übrigen Dingen. Niemand erkundigt sich nach den Kosten der Waren, jedem ist es einerlei, woher die konkurrierenden Waren stammen. Ob der eine dabei reich geworden, der andere zugrunde gegangen ist — ist die Qualität die gleiche, so ist der Preis der gleiche. Am klarsten sieht man das an den Münzen. Wer erkundigt sich danach, wo, wie und wann das Gold gewonnen wurde, aus

dem die einzelnen Münzen gemacht sind. An den einen klebt das Blut der erschlagenen und beraubten Feinde, an den anderen der Schweiß des Prospektors, jedoch alle kursieren unterschiedslos.

So ungleich auch die Kosten sein mögen, die auf den einzelnen konkurrierenden Waren lasten, der Preis ist immer der gleiche.

Das weiß jeder, der Rohstoffe braucht, das weiß auch wieder der Besitzer des Bodens, auf dem die Rohstoffe gefunden oder gewonnen werden können.

Wenn also z. B. die Stadt Pflastersteine für eine neue Straße braucht, so berechnet gleich der Besitzer des zunächst liegenden Steinbruchs, wie weit es von der neuen Straße bis zur nächsten freien Fundstätte dieses Materials ist. Dann berechnet er die Fuhrkosten, die von dort zur Verbrauchsstätte erwachsen würden, und der Preis ist fertig. Und diesen Preis wird die Stadt bezahlen müssen, denn erst von diesem Preise ab kann der Wettbewerb einsetzen, und der Wettbewerb bestimmt doch den Preis. (Der Arbeitslohn im Steinbruch, da er als gleich für beide Steinbrüche angenommen wird, kann hier ganz weggelassen werden.)

Fehlt jedoch der Wettbewerb ganz, d. h., fehlt eine freie Fundstätte in erreichbarer Entfernung und verlangt infolgedessen der Steinbruchsbesitzer Phantasiepreise für seine Pflastersteine, dann springen entweder die Surrogate (Ersatzmittel) ein, in diesem Falle also Holzpflaster, Makadam, Kies, Asphalt, Eisenbahn usw., oder man unterläßt den Bau der Straße.

In letzterem Falle wäre also der Nutzen, den die Stadt von dem Bau der neuen Straße erwartet, der erste und letzte Konkurrent des Steinbruchbesitzers. Hier hätte das Gesetz des ehernen Lohnes der Stadt gegenüber Anwendung gefunden.

So besaß ich selbst einen Haufen gesammelter Feldsteine, der bei der Feldbestellung hinderlich war, so daß ich öfters die Kosten berechnet hatte, die das Fortschaffen des Haufens verursachen würde. Nun baute die Gemeinde einen Weg bis an mein Feld, und der Unternehmer, der Steine brauchte, erkundigte sich, was ich wohl für meine Feldsteine forderte. Ich sagte ihm: dort unten im Tale, 4 km von hier, liegt die nächste Kiesgrube. Der Unternehmer verlangt 3 Franken für den Festmeter. Die Fuhrkosten den Berg hinauf betragen 4 Franken, das macht zusammen 7 Franken den Festmeter. Am Seestrand, 10 km von hier, können Sie Kies umsonst laden, aber die Fuhrkosten betragen von dort hierher über 7 Franken. Also wissen Sie, wie viel Sie mir für meine Feldsteine zu zahlen haben. So wurde ich das Hindernis auf meinem Felde los, sparte die Kosten seiner Beseitigung, empfing einen Haufen Gold bar, den Dank des Unternehmers für den „kulanten“ Preis und als Zugabe eine neue Straße zu meinem Felde.

Solcher Geschäfte werden täglich tausende gemacht, man kann sagen, daß die meisten Vermögen auf ähnliche Weise erworben werden.

Und wie es sich hier mit den Pflastersteinen verhält, so auch mit allen anderen Rohstoffen ohne Ausnahme. Braucht ein Unternehmer Ton für eine Zementfabrik, Lehm für eine Ziegelei, Lohe für die Gerberei, Kohlen, Eisenerze, Holz, Wasser, Bausteine, Kalk, Sand, Erdöl, Mineralwasser, Luft für seine Windmühle, Sonne für sein Sanatorium, Schatten für sein Sommerhaus, Wärme für seine Reben, Kälte für seine Eisbahn, so wird sich der in dieser Beziehung bevorzugte Grundbesitzer diese Gaben der Natur ebenso bezahlen lassen, wie der Besitzer obiger Feldsteine, und zwar immer nach genau den gleichen Grundsätzen.

Die Umstände mögen in jedem einzelnen Falle andere sein, der Wettbewerb der Ersatzstoffe mag der Gewinnsucht des Grundbesitzers hier eine engere Grenze setzen als dort, aber schließlich bricht immer und überall das nämliche Gesetz durch, wonach der Grundbesitzer alle Vorteile, die die Produkte, die Lage, die Natur seines Besitzes bieten, so ausbeutet, daß der Käufer für seine eigene Arbeit nur so viel anrechnen kann, wie wenn er die Stoffe vom Wüst-, Öd- und Freiland herbeischaffen müßte.

Es ergibt sich aus dieser Betrachtung der für das allgemeine Lohngesetz sehr wichtige Satz:

Das Tauschverhältnis zwischen allen Rohstoffen ohne Ausnahme wird regelmäßig bestimmt durch das Produkt der Arbeit auf Wüst-, Öd- und Freiland, unter Belastung dieser Produkte mit allen Zoll- und Frachtspesen, die mit dem Austausch verbunden sind, und mit dem Kapitalzins.

Der Konsument muß alle Produkte der Erde, alle Rohstoffe immer so bezahlen, wie wenn sie mit schweren Unkosten auf Ödland erzeugt, vom herrenlosen Lande herangeschleppt worden wären.

Wenn das Minimalprodukt der Erde übereinstimmte mit dem Minimum dessen, was der Mensch zum Lebensunterhalt braucht, so wären mit dem Privatgrundbesitz alle Voraussetzungen für das Walten des „ehernen" Lohngesetzes erfüllt, aber wie schon gesagt, ist das nicht der Fall. Deshalb, aber auch nur darum allein, kann sich der Lohn von diesem Minimum entfernen.

Genau demselben Gesetze folgend, wenn auch von anderen Umständen bestimmt, gestaltet sich die städtische Grundrente, die in den modernen Industriestaaten fast an die ländliche Grundrente heranreicht und diese ohne den ihr durch die Getreidezölle gewährten Schutz an manchen Orten vielleicht schon überholt hätte.

So ist z. B. der Boden, auf dem Berlin gebaut ist, im Jahre 1901 auf 2911 Millionen geschätzt worden (s. Deutsche Volksstimme 12, 1904), was zu 4 Proz. einer Grundrente von 116 Millionen entspricht. Diese Summe auf die 4 Millionen Hektar der Provinz Brandenburg verteilt, gibt für sich allein schon ca. 30 Mk. Rente für den Hektar. Rechnet man noch die Grundrente der übrigen Städte der Provinz hinzu, so erreicht man vielleicht 40 Mk. pro Hektar, eine Summe, die bei der dürftigen Qualität des Bodens und den großen Wasser-, Sumpf- und Waldflächen der Provinz das Mittel der ländlichen Grundrente vielleicht schon übersteigt. Freilich nimmt die Provinz Brandenburg mit ihrem mageren Boden einerseits und der Hauptstadt des Reiches andererseits eine Ausnahmestelle ein, aber diese Zahlen zeigen doch, welche Bedeutung die städtische Grundrente heute erlangt hat.

Diese Zahlen werden manchen gewiß überraschen, und wie irgend jemand ganz richtig bemerkte, ist es heute zweifelhaft, ob der Großgrundbesitz noch in Schlesien und nicht etwa in Berlin zu suchen sei.

Wie erklärt sich diese eigentümliche Erscheinung; wodurch wird die Höhe der Baugrundrente bestimmt; wie verhält sich diese zum allgemeinen Lohngesetz?

Zunächst ist hier die Frage zu beantworten, was die Menschen veranlaßt, sich trotz der hohen Grundrente in den Städten zusammenzurotten

warum sie sich nicht auf das Land verteilen? Nach obigen Angaben berechnet, beträgt die Grundrente für die Bewohner Berlins 58 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung, für Familien von 5 Personen im Durchschnitt also 290 Mk. jährlich, eine Ausgabe, die auf dem Lande so gut wie ganz wegfällt, denn die ländliche Grundrente, die für die Wohnung hier in Anrechnung kommt, ist allein mit den Düngestoffen der Familie reichlich bezahlt. Ganz abgesehen von den gesundheitlichen Vorteilen des Landlebens und den trotz hoher Kosten dennoch erbärmlichen Wohnungsverhältnissen in der Stadt. Es müssen also gewichtige Gründe sein, die der Stadt den Vorzug geben.

Wenn wir die gesellschaftlichen „Vorzüge" der Stadt durch ihre Nachteile (schlechte Luft, Staub, Lärm und die sonstigen endlosen Beleidigungen unserer Sinne) als ausgeglichen und bezahlt erachten, so bleiben nur noch die mit der Stadt verbundenen wirtschaftlichen Vorteile übrig, um Deckung für das Mehr der Ausgaben einer Berliner Familie zu liefern. Das Ineinandergreifen der einzelnen Industrien, die gegenseitige Unterstützung, die ein Teil dem anderen gewährt, muß dem isolierten Industriellen auf dem Lande gegenüber Vorteile aufweisen, die die 116 Millionen an Grundrente aufwiegen. Wenn das nicht wäre, so bliebe die Ausdehnung unerklärlich, die die Städte erfahren haben.

Auf dem Lande kann sich keine Industrie entwickeln, die, für die „Saison" arbeitend, heute viele, morgen wenige oder gar keine Arbeiter beschäftigt — denn der Arbeiter muß das ganze Jahr arbeiten. In der Stadt gleicht sich der wechselnde Bedarf an Arbeitern der einzelnen Industrien mehr oder weniger aus, so daß, wenn die eine Fabrik Arbeiter entläßt, die andere solche wieder anwirbt. Dadurch hat der Arbeiter in der Stadt eine größere Sicherheit gegen Arbeitslosigkeit als auf dem Lande.

Auf dem Lande fehlt dem Industriellen der Gedankenaustausch, die Anregung, welche der Verkehr mit den anderen Gewerbetreibenden mit sich bringt; auch die Arbeiter selbst, die in den verschiedenen Fabriken die verschiedensten Arbeitsverfahren kennen lernen und deren Vorteile ausbeuten, gewähren dem Unternehmer einen bedeutenden Vorsprung seinem Wettbewerber vom Lande gegenüber. Dieser, der ganz auf sich selbst angewiesen ist, und dessen Arbeiter den Verkehr anderer Arbeiter, aus anderen Industrien, aus anderen Ländern entbehren müssen, verfällt also leicht in die „Routine" großväterlicher Vorschriften. Auch fehlt ihm nur zu oft die „Absatzgelegenheit", die die Stadt dem Unternehmer in ungleich höherem Maße bietet, weil die Käufer hierher aus allen Teilen des Reiches und der Welt zusammenströmen, weil sie hier auf gedrängtem Raume alles finden, was sie brauchen. Der Unternehmer in der Stadt erhält den Besuch der Käufer aus allen Ländern; diese machen ihn auf die Wünsche der Konsumenten aufmerksam, geben ihm wertvolle Auskünfte über die Marktverhältnisse, Preise usw. Dies alles entbehrt der Wettbewerber auf dem Lande. Statt den Besuch der Käufer zu erhalten, muß er sich selbst auf Reisen begeben und Zeit und Geld opfern, um die Kundschaft zu besuchen; auf Umwegen, die oft viel an Zuverlässigkeit zu wünschen übrig lassen, zieht er die Erkundigungen ein über den Preisstand der Rohstoffe, über die Marktverhältnisse im Auslande, über die Zahlungsfähigkeit der Kundschaft usw.

Dann muß er von allen Materialien, die er verarbeitet, bedeutend größere Posten auf Lager nehmen, als sein Wettbewerber in der Stadt, der hier alles nach Bedarf kaufen kann, und wenn dem Landbewohner aus Unachtsamkeit ein Stoff, manchmal nur eine Schraube, ausgeht, so ruht der ganze Betrieb, bis daß aus der „Stadt" das Fehlende angekommen ist. Ist etwas an der Maschine in Unordnung, so muß aus der „Stadt" wieder ein Mann mit Werkzeugen bestellt werden, und bis dieser ankommt, ruht wieder der Betrieb.

Kurz, der Nachteile gibt es so viele beim Betriebe, bei der Arbeiterschaft, beim Einkauf der Rohstoffe, beim Absatz der Fabrikate, daß der Unternehmer vom Lande, der doch mit der Stadt konkurrieren muß, unmöglich dieselben Löhne wie diese bezahlen kann, so daß alles das, was er und seine Arbeiter an der Grundrente sparen, am Arbeitsertrag wieder zugesetzt werden muß.

Und so sehen wir denn auch auf dem Lande sich nur solche Industrien entwickeln, bei denen der Raumbedarf so groß ist, daß die erwähnten Nachteile durch die Grundrentenersparnis ausgeglichen werden, oder die ihrer Natur nach überhaupt nicht in der Stadt betrieben werden können (Sägereien, Ziegeleien, Walzwerke), oder die dort aus Gesundheitsrücksichten polizeilich verboten wurden (Kalköfen, Pulvermühlen, Gerbereien usw.), oder deren technischer Betrieb so einfach ist, daß dieser die Anwesenheit des Besitzers nicht erfordert, der die kaufmännische Leitung nach der Stadt verlegt. Sonst aber dominiert die Stadt allgemein.

Woher also die Mittel kommen, um die 116 Millionen Grundrenten der Stadt Berlin zu bezahlen, wissen wir, und wo die Grenze für die Entwickelung der Städte ist, wissen wir auch. Die Vorteile der Gesellschaftsarbeit sind hier in Geld umgerechnet und von den Grundrentnern einkassiert worden.

Wächst die Stadt, so wachsen ihre wirtschaftlichen Vorteile, und so wächst auch die Grundrente; steigt die Grundrente im Mißverhältnis zu den Vorteilen der Stadt, so wird das Wachstum der Stadt unterbrochen.

Willst du die Vorteile genießen, die die Stadt für dein Gewerbe bietet, so bezahle diese Vorteile den Grundrentnern; sonst, wenn du diese Kosten sparen willst, so kannst du deine Werkstelle, deinen Laden, dein Tanzlokal draußen im Walde, auf dem Felde errichten. Rechne nach, was dir vorteilhafter ist und handle danach. Niemand hindert dich daran, draußen vor den Toren dich niederzulassen. Kannst du es erreichen, daß deine Kundschaft den langen Weg zu dir durch Schnee, Staub, Morast und Regen zurücklegt, um dort draußen denselben Preis zu bezahlen wie im Zentrum der Stadt, um so besser für dich. Hältst du das für unwahrscheinlich, so zahle die Grundrente und siedle dich in der Stadt an. Du kannst es aber auch anders versuchen — verkaufe deine Waren draußen billiger. Es werden dann immer noch etliche Leute zu dir kommen der billigen Preise wegen, aber wo bleibt der Vorteil der Rentenersparnis, wenn du diese an den billigeren Preisen zusetzest?

Also immer das gleiche Gesetz. Genau wie bei der landwirtschaftlichen und Rohstoffgrundrente. Alle Vorteile der Stadt (worunter die Arbeitsteilung noch zu erwähnen ist), der gesellschaftlichen Arbeit, werden vom Grundbesitz eingezogen. Wie der deutsche Weizen zu Preisen ver-

kauft wird, als ob er in Sibirien gewachsen und an der Grenze verzollt worden wäre, so müssen die in der Stadt erzeugten Güter wieder zu Preisen ausgetauscht werden, als wenn sie mit all den in Geld umgerechneten Nachteilen einer über das ganze Land verzettelten Produktion belastet wären.

Die ländliche Grundrente nimmt alle Vorteile der Lage und der Natur vorweg, sie läßt dem Bebauer Wüst- und Ödland zurück; die städtische Grundrente nimmt alle Vorteile der Herde, der Gesellschaft, der Organisation, der Zivilisation, des Staates, der Gesetzgebung in Anspruch, sie setzt die Leistungsfähigkeit der städtischen Industrie und des Handels für die Konsumenten auf die Rangstufe des isolierten Gewerbes auf dem Lande herab.

---

6. Abschnitt. Erster allgemeiner Umriss des Lohngesetzes.

Aus Öd-, aus Wüst- und Freiland schließ Dich an!
Das halte fest mit Deinem ganzen Herzen;
Dort sind die letzten Wurzeln Deiner Kraft.

Das, was nach Abzug der Rente und des Kapitalzinses an Produkten übrig bleibt, bildet den Lohnfonds, in den sich alle Arbeiter (Tagelöhner, Geistliche, Kaufleute, Ärzte, Knechte, Könige, Handwerker, Künstler usw. usw.) zu teilen haben. Die Verteilung geschieht nach Maßgabe der persönlichen Fähigkeiten durch Nachfrage und Angebot. Wäre die Berufswahl vollkommen frei (sie ist es nicht, könnte es aber sein), so würde bei der Verteilung tatsächlich jeder das „größte" Stück erhalten. Denn jeder sucht doch das größte Stück zu erwischen, und über die Größe der Stücke entscheidet „Nachfrage und Angebot", in letzter Linie also die Berufswahl.

Die relative Größe des Lohnes hängt also von der Berufswahl, von der Person ab; die absolute Größe des Lohnes ist dagegen hiervon unabhängig und wird von der Größe des Lohnfonds bestimmt. Je größer die Beiträge der einzelnen Arbeiter zum Lohnfonds sind, um so größer wird auch der Anteil eines jeden ausfallen. Die Anzahl der Arbeiter ist dabei gleichgültig. Denn mit der Anzahl wächst zwar die absolute Größe des Lohnfonds, aber gleichzeitig auch die Zahl der Anteilberechtigten.

Wie groß nun die Beiträge zum Lohnfonds der einzelnen Arbeiterkategorien sind, wissen wir:

1. Der Beitrag der Landwirte ist gleich der Summe von Produkten, die diese auf Ödland bauen, vom Freiland in Sibirien auf den Markt schaffen können. Abzüglich Fracht, Zins und Zoll, die wir hier direkt in Produkte umgerechnet uns vorzustellen haben.

2. Der Beitrag der sonstigen Rohstoffproduzenten ist gleich der Summe von Produkten, die diese von den schlechtesten, entlegensten und darum herrenlosen Fundstätten dem Markte zuführen können. Abzüglich Zins.

3. Der Beitrag der Industriearbeiter, der Kaufleute, der Ärzte, Künstler etc. ist gleich der Summe von Produkten, die diese ohne die Vorteile des städtischen Gesellschaftsbetriebes in isolierten, zerstreuten und verstreuten Betrieben erzeugen könnten. Abzüglich Zins.

Werfen wir alle diese Produkte zusammen und verteilen diese nach dem Grundsatz, daß Nachfrage und Angebot das Tauschverhältnis bestimmen, so erhält jeder genau das, was er heute tatsächlich mit dem Betrage seines Lohnes auf den Märkten und in den Läden an Produkten erlangen kann.

Der volle Unterschied zwischen diesem Betrag und dem wirklichen Produkte der Arbeit bildet die Grundrente und den Kapitalzins.

Was können nun die Arbeiter (immer im weitesten Sinne zu verstehen) tun, um den Lohnfonds zu vergrößern, um eine absolute Lohnerhöhung zu erreichen? Mehr, schneller und länger arbeiten? Die Arbeitsstunden übersteigen ja jetzt schon das Maß menschlicher Widerstandsfähigkeit, wie das am jämmerlichen Verfall der Rasse zu beobachten ist. Sollen sie bessere Arbeitsmethoden, besseren Samen, bessere Maschinen, wirksameres Dynamit gebrauchen? Der Wettbewerb sorgt aber schon dafür, daß kein Fortschritt in der Technik unbenützt bleibt. Wenn es bekannt wäre, wie man die Technik verbessern könnte, so würde es keiner Aufforderung bedürfen, um solche Verbesserungen anzuwenden. Sollen sie klingende Lohnerhöhungen fordern, mehr Geld? Wenn das der Fall wäre, so brauchte man ja nur zur Silber- oder Kupferwährung überzugehen, um doppelt so — hochklingende — Löhne auszahlen zu können. Oder sollen sie etwa streiken?

Unsinn, nichts als Unsinn. Durch keins dieser Mittel wird das Ödland ertragreicher, keins rückt uns das Freiland in Kanada näher, keins vermag den wirtschaftlichen Unterschied zwischen Öd-, Wüst- und Freiland einerseits und dem Ackerland, Bergwerken und Bauplätzen andererseits zu beeinflussen. Keins kann der Grundrente irgend etwas anhaben.

Eine Lohnerhöhung (wenn wir vom Zins absehen) kann nur auf Kosten der Grundrente durchgeführt werden. Nur dadurch, daß die Grundrente in den Lohnfonds ausgeschüttet wird, kann man den Lohn nominell und materiell in die Höhe treiben.

Und diese Aufgabe löst allein **die Bodenreform.**

---

7. Abschnitt. **Die Bodenreform.**

Die Abschaffung der Privatgrundrente durch die Bodenreform.

Unter Bodenreform ist die Rückführung des Privatgrundbesitzes in den Gemeinbesitz (Staat) unter Aufrechterhaltung der privaten Bewirtschaftung zu verstehen. Es handelt sich also nicht um Verstaatlichung der Landwirtschaft, sondern nur um Verstaatlichung des Bodens, der Grundrente.

Die Grundbesitzer sollen auch entschädigt werden. Auf dem Wege des gewöhnlichen Enteignungsverfahrens soll der gesamte Privatgrundbesitz einschließlich der Bauplätze, Bergwerke, Wasserkräfte, Wälder usw. aufgehoben und sollen die Besitzer bezahlt werden. Es handelt sich also auch nicht um eine Beraubung der Grundbesitzer zugunsten der anderen Bürger.

Die Unterlage für die Berechnung des Enteignungspreises des Bodens soll der erzielte oder erzielbare Pachtzins, zusammen mit dem Zinsfuß für Pfandbriefe, abgeben. Es sei der erzielte Pachtzins 1000, der Zinsfuß 4, so ist der dem Grundbesitzer zu zahlende Preis 1000 × 100 : 4 = 25 000, denn 25 000 zu 4 Proz. = 1000. Diese Summe, hier also 25 000, erhält der Grundbesitzer in verzinslichen Staatspapieren.

Unmittelbar gewinnt und verliert also niemand durch den Rückkauf des Grundbesitzes. Der Grundbesitzer zieht aus den Staatspapieren an Zins, was er früher an Rente aus dem Grundbesitz zog, und der Staat zieht an Grundrente aus dem Grundbesitz das, was er an Zins für die Staatspapiere zahlen muß.

Der bare Gewinn für den Staat erwächst erst aus der allmählichen Tilgung der Schuld mit Hilfe der später zu besprechenden Steuern und Einnahmen aus der Geldreform.

Nach der Enteignung wird der Boden, entsprechend den Zwecken der Landwirtschaft, der Bauordnung und der Industrie, parzelliert und öffentlich meistbietend verpachtet, und zwar auf 1—5—10 jährige oder lebenslängliche Frist, je nach dem Höchstgebot. Dabei sollen dem Pächter auch gewisse allgemeine Bürgschaften gegeben werden für die Beständigkeit der wirtschaftlichen Grundlagen der Pachtberechnung, so daß der Pächter nicht von seinem Pachtvertrag erdrosselt werden kann, und zwar läßt sich das in der Weise erreichen, daß dem Pächter bestimmte Mindestpreise für seine Produkte gewährleistet werden, sei es, daß die Währung einfach diesen Preisen angepasst wird, sei es, daß bei einer allgemeinen Lohnerhöhung die Pacht entsprechend ermäßigt wird. Kurz, da es sich nicht darum handelt, die Bauern zu plagen, sondern eine blühende Landwirtschaft mit einem gesunden Bauernstand zu erhalten, so wird man alles das tun, was nötig ist, um Bodenertrag und Pachtsins dauernd in Übereinstimmung zu bringen.

Der Zweck der Bodenreform ist ebenso schwerwiegend wie vielseitig:

1. soll das Recht auf den vollen Arbeitsertrag durch die Verstaatlichung der Grundrente seiner Verwirklichung um ein gutes Stück näher gebracht werden;

2. soll die Grundrente den Privatinteressen entrückt und dadurch die Ursache beseitigt werden, warum die Verhandlungen in den Volksvertretungen überall immer mehr in Gesetzlosigkeit ausarten, dem Bürgerkrieg entgegentreiben müssen (s. die Getreidezollverhandlungen im Reichstage; die Geschichte der Kanalvorlage im preußischen Landtage);

3. sollen durch die Verstaatlichung der Grundrente alle Bürger ein gleiches persönliches Interesse an dem wirtschaftlichen Gedeihen des Landes erhalten; dem jetzigen tatsächlich vaterlandslosen Proletariat soll ein wirkliches greifbares Vaterland beschafft, der allgemeinen Wehrpflicht eine vernünftige Begründung gegeben, der Meuterei vorgebeugt werden;

4. soll jedem durch die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt nötigenfalls auch als Bauer durch Pachtung einer Landparzelle zu bestreiten, der Rücken gesteift werden, sowohl bei den Verhandlungen um den Lohn oder Preis seiner Produkte, wie auch sonst in jeder Lebenslage, so daß dann kein Bürger mehr in völlige Abhängigkeit von einem anderen ge-

raten kann. Der trotzige Stolz der freien Bauern soll dadurch zu einer allgemeinen Bürgertugend, und der jetzige widerliche Mischmasch von Fürsten, Herren und Knechten beseitigt werden.

---

8. Abschnitt. Die Bodenreform in der Praxis.

Soweit es sich um landwirtschaftliche Zwecke handelt, ist die Ausführbarkeit der Bodenreform durch die Erfahrung nach allen Seiten schon bewiesen. Die Bodenreform verwandelt den gesamten Grundbesitz in Staatsdomänen oder Pachthöfe, und Pachthöfe gibt es in allen Teilen des Reiches, sowohl private wie staatliche. Durch die Bodenreform wird eine Sache verallgemeinert, die bereits „ist", und alles was „ist", muß auch möglich sein.

Man hat gegen die Pachtgüter eingewendet, daß ihre Bewirtschafter eher zum Raubbau neigen, als die heutigen grundbesitzenden Bauern, die ein persönliches Interesse an der qualitativen Erhaltung des Bodens haben. Man sagt, der Pächter sauge den Boden aus, um ihn dann aufzugeben und weiterzuziehen.

Das ist ungefähr die einzige Einwendung, die man gegen die Pächter erhebt; in allen anderen Beziehungen ist kein Unterschied zu finden zwischen Pächter und Grundbesitzer, wenigstens so weit es sich um die Interessen des Landbaues handelt. Denn beide verfolgen dasselbe Ziel: mit der geringsten Mühe die höchsten Barerträge zu erzielen.

Daß übrigens der Raubbau keine Eigentümlichkeit des Pächters ist, kann man in Amerika sehen, wo die Weizenfarmer den eigenen Boden bis zur Erschöpfung aussaugen. Durch ihre Besitzer ausgesaugte Weizenfarmen kann man zu hunderten für geringes Geld kaufen.

Jedoch auch den Raubbau durch die Pächter kann man sehr leicht verhindern, indem man:

1. dem Pächter den Hof lebenslänglich durch den Pachtvertrag sichert (Erbpacht);
2. durch gewisse Vertragsbestimmungen den Raubbau unmöglich macht.

Wenn der Raubbau eine Eigentümlichkeit der Pachthöfe ist, so trifft die Schuld regelmäßig den Besitzer, der dem Pächter den Raubbau gestattet, um sich selbst für einige Jahre wenigstens in den Genuß eines entsprechend höheren Pachtzinses zu setzen. In diesem Falle treibt nicht der Pächter, sondern der Grundbesitzer den Raubbau. Oft auch wünscht der Grundbesitzer nicht durch langjährige Kontrakte sich die Gelegenheit für einen günstigen Verkauf zu nehmen, und läßt sich darum nur auf kurzfristige Pachtverträge ein. Für solche findet er aber naturgemäß keinen Pächter, der eine auf Verbesserung gerichtete Bodenbehandlung im Auge hat. Die Schuld am Raubbau trifft darum auch in diesem Falle nicht das System der Landpachtung, sondern das des Grundbesitzes.

Wünscht der Grundbesitzer den Raubbau nicht, so braucht er das im Pachtvertrag nur zu bemerken. Ist der Pächter kontraktlich verpflichtet, die geernteten Futterstoffe selbst zu verfüttern und entsprechend viel Vieh zu halten, kann der Pächter kein Heu, Stroh und Mist verkaufen, so ist der Boden allein dadurch schon vor Raubbau geschützt.

Wenn man zudem dem Pächter durch den Pachtvertrag die volle Sicherheit gibt, daß er den Hof, wenn er es wünscht, auf Lebenszeit bewirtschaften kann, hat man dem Pächter ein Vorpachtrecht für seine Witwe oder Kinder eingeräumt (Erbpacht), so ist Raubbau nicht mehr zu befürchten, es sei denn, daß der Pachtzins zu hoch bemessen ist, und daß der Bauer kein Interesse an der Fortdauer seines Kontraktes hat. Für diesen Fall wäre aber obige Pachtklausel zur Verhinderung des Raubbaues genügend. Diese läßt sich auch allen Kulturen in der Weise anpassen, daß dem Pächter, dessen Boden sich nicht für die Viehhaltung, aber wohl für Getreidebau eignet, die Verpflichtung auferlegt wird, dem Boden in Form künstlicher Dünger die Nährsalze wieder zuzuführen, die er durch den Verkauf von Getreide dem Boden entzieht.

Und im übrigen mag noch hier erwähnt werden, daß seit Entdeckung der künstlichen Dünger der Raubbau nicht mehr die Bedeutung hat wie damals, als man nur die Brache kannte, als Mittel, um den ausgeraubten Boden wieder allmählich fruchtbar zu machen. Damals gehörte ein ganzes Menschenalter dazu, um ein erschöpftes Feld wieder instand zu setzen. Heute erreicht man dasselbe mit künstlichen Düngern im Handumdrehen.

Wenn man als abschreckendes Beispiel auf die Pächterwirtschaft in Irland hinweist, so muß hier an die grundverschiedenen Verhältnisse erinnert werden, die die Bodenreform dadurch schafft, daß die Grundrenten unter der Bodenreform nicht mehr in die Privattaschen wandern, sondern in die Staatskasse, um von dort zurück in irgend einer Form (Steuererlaß, Eisenbahnbau, Witwenpensionen usw.) dem Volke wieder zugute zu kommen. Wenn all das Geld, welches die englischen Landlords jahraus, jahrein seit 300 Jahren in Form von Pacht Irland entzogen haben, um es zu verprassen, dem irischen Volke erhalten geblieben wäre, so sähe es sicher anders aus in Irland.

Andere Beispiele, wie das russische „Mir" und die deutschen Gemeindewiesen, werden angeführt als abschreckende Beispiele der Pachtung, aber hier bestehen der Bodenreform gegenüber ebenso wesentliche Unterschiede wie beim irischen Beispiel. Beim „Mir" wird regelmäßig alle paar Jahre, so wie durch Tod und Geburt die Zahl der Gemeindemitglieder sich verändert hat, das Land neu verteilt, so daß niemand längere Zeit im Besitze desselben Grundstückes bleibt. Alles, was daher der Bauer tun würde, um den Boden zu verbessern, käme wohl dem „Mir", aber nicht dem Bauer ausschließlich zugute. Dieses System führt also notwendigerweise zum Raubbau, zur Verwahrlosung, zur Verarmung von Boden und Volk. — Der Mir ist eben weder Kommunismus noch Individualismus, er hat die Nachteile beider Systeme ohne ihre Vorteile. Wenn die russischen Bauern den Boden kommunistisch nach dem Vorbilde der Mennoniten bebauten, so würde das gemeinsame Interesse sie alles das tun lehren, was der Grundbesitzer sonst für die Verbesserung des Bodens zu tun pflegt. Lehnen sie jedoch solchen Kommunismus ab, so müssen sie auch die Folgerungen ziehen und alle Vorbedingungen für die volle Entfaltung des Individualismus erfüllen.

Ganz das Gleiche haben wir in vielen deutschen Gemeindewiesen, und wenn diese allgemein wegen ihres schlechten Zustandes verschrieen sind, so liegt das immer nur an der Kurzfristigkeit der Pachtverträge, die nur Raubbau zuläßt. Es sieht hier fast so aus, als ob die Gemeinde-

räte absichtlich das Gemeindeeigentum in Mißkredit bringen wollten, um so eine Aufteilung herbeizuführen, wie sie das ja schon früher mit dem gleichen Mittel erreicht haben. Wäre dieser Verdacht begründet, so müßte man den schlechten Zustand der Gemeindeäcker wieder auf das System des Privatgrundbesitzes zurückführen, denn nur die Hoffnung, den Gemeindebesitz aufzuteilen, hätte dessen Vernachlässigung verursacht. Wenn man den Vorschlag einer Aufteilung der Gemeindewiesen als Hochverrat ahndete und die Wiesen als unveräußerliches Eigentum der Gemeinden erklärte, so würde diesem Übelstand gleich abgeholfen sein.

Der Pächter muß vor allen Dingen die Sicherheit haben, daß alles, was er an Geld und Arbeit für die Verbesserung des Bodens aufwendet, auch ihm, unmittelbar ihm selbst zugute kommt, und auf diese Sicherheit muß darum der Pachtvertrag zugespitzt sein. Das ist sehr leicht durch die Erbpacht durchzuführen.

Übrigens lassen sich die wichtigsten Arbeiten, die zur Verbesserung des Bodens verrichtet werden, gar nicht vom Einzelbesitzer und unter voller Aufrechterhaltung des Prinzips des Privatgrundbesitzes durchführen. Wie will z. B. ein Privatmann eine Straße querfeldein durch das Besitztum seines ihm vielleicht feindlich gesinnten Nachbarn nach seinem Acker bauen? Wie soll man quer durch das Eigentum von 1000 Privatleuten eine Eisenbahn, einen Kanal bauen? Hier versagt der Grundsatz der Teilung und des Privatgrundbesitzes so vollständig, daß man ihn jedesmal gesetzlich durch Enteignung aufheben muß. Die Deiche zum Schutze gegen Hochwasser entlang der Küste und den Flüssen, die kann kein Privatmann bauen. Dasselbe ist der Fall bei der Entwässerung sumpfigen Bodens, wo man meistens keine Rücksicht auf Marksteine nehmen kann, sondern die Anlage dem Gelände und nicht den Eigentumsverhältnissen anpassen muß. Hier in der Schweiz hat man durch Ablenkung der Aar in den Bieler See 30000 Hektar Land trocken gelegt, und an dieser Arbeit waren 4 Kantone beteiligt. Der Privatgrundbesitzer hätte hier schlechthin nichts tun können. Wie will der Privatgrundbesitzer am Nil sich das Bewässerungswasser verschaffen? Wie will man das Prinzip des Privatgrundbesitzes auf Waldungen ausdehnen, von denen das Klima, die Wasserverhältnisse, die Schiffahrt, die Gesundheit des ganzen Volkes abhängen? Selbst die Sorge um die Verproviantierung des Volkes kann man dem Privatgrundbesitzer nicht in Ruhe überlassen. In Schottland z. B. haben unter dem Schutze der Grundbesitzerrechte einige Lords eine ganze Provinz entvölkert, die Dörfer mitsamt den Kirchen niedergebrannt, um das Ganze in einen Jagdpark zu verwandeln. Dasselbe können auch in Deutschland die Großgrundbesitzer tun, dieselben, die angeblich die Sorge um die Ernährung des Volkes veranlaßt hat, Zölle für die Verteuerung des Brotes zu fordern. Die Interessen der Jagd, der Fischerei, des Vogelschutzes sind mit den reinen Grundsätzen des Privatgrundbesitzes unverträglich. Und was bei Bekämpfung von Landplagen, wie z. B. Maikäfer oder Heuschrecken der Privatgrundbesitz leistet, das hat man am besten in Argentinien gesehen. Dort begnügte sich jeder Grundbesitzer damit, die Heuschrecken von seinem Felde auf das des lieben Nachbarn zu treiben — mit dem Erfolg, daß sich die Tiere ins Unendliche vermehrten und drei Jahre hintereinander die Weizenernte völlig vernichteten. Erst als der Staat unter Nichtachtung des Privatgrundbesitzes eingriff und die Heu-

schrecken vernichten ließ, wo man sie traf, da verschwanden die Heuschrecken. Ähnlich verhält es sich in Deutschland mit allen Landplagen. Was will der einzelne Weinbergsbesitzer z. B. gegenüber der Reblausplage?

Der Privatgrundbesitz versagt eben überall dort, wo der Privatmann, der Eigennutz versagt, und das trifft in den weitaus meisten Fällen zu, wo es sich um Verbesserungen oder den Schutz des Bodens handelt. Ja, wenn man den Aussagen der Agrarier Glauben schenken wollte, müßte man den Privatgrundbesitz überhaupt und allgemein als bankerott erklären, denn die sogen. Not der Landwirtschaft (sprich: Not der Grundrentner) läßt sich ja angeblich nicht anders als durch den gewaltsamen Eingriff des Staates, durch Zölle beseitigen. Was könnte nun der Privatmann, als solcher, zur Hebung solcher Not tun?

Der Privatgrundbesitz führt durch das Erbrecht mit Notwendigkeit zur Parzellierung oder zur hypothekarischen Verschuldung. Ausnahmen kommen nur beim „fils unique“ vor.

Die Parzellierung führt zu den Miniaturwirtschaften, die die allgemeine Bettelei zur Folge haben, und die hypothekarische Belastung bringt den Grundbesitzer in so enge Berührung mit der Währung, dem Zins, dem Lohne, den Frachttarifen, den Zöllen, daß wahrhaftig heute schon kaum vom Privatgrundbesitz noch mehr als der Name übrigbleibt. Nicht mehr Privatgrundbesitz, sondern Grundbesitzpolitik haben wir heute.

Nehmen wir an, die Preise der Produkte gingen infolge einer der herkömmlichen Pfuschereien im Währungswesen stark abwärts, wie das schon einmal durch die Einführung der Goldwährung erreicht worden ist. Wie will da der Bauer den Zins für seine Hypothek auftreiben? Und wenn er den Zins nicht bezahlt, wo bleibt sein Eigentum? Wie will er sich schützen anders als durch seinen Einfluß auf die Gesetzgebung, die ihm gestattet, die Währung und dadurch auch die Last seiner Hypothek nach Wunsch zu gestalten? Und wenn der Zinsfuß steigt, wie will er sich auch wieder des Hammerschlags des Auktionators erwehren?

Der Grundbesitzer muß sich eben an die Gesetzgebung klammern; er muß Politik treiben, die Zölle, die Währung, die Bahntarife beherrschen, sonst ist er verloren. Ja, was wäre der Grundbesitzer ohne das Heer? Der Proletarier wirft, falls ihm die Fremdherrschaft der Gelben noch unangenehmer als die der Blauen ist, sein Handwerkszeug in die Ecke und wandert mit Frau, Kindern und einem Bündel Windeln aus. Das kann auch der Grundbesitzer — wenn er den Grundbesitz im Stiche läßt. Aber das wollen sie nicht, darum brauchen sie das Heer. Der Grundbesitz, d. h. die Renten machen sie zu Patrioten. (Ist der Grundbesitz hypothekarisch belastet, so geht ein Teil des agrarischen Patriotismus auf die Pfandbriefbesitzer über.)

Also der Privatgrundbesitz bedarf zu seiner Existenz der Politik, schon weil er an sich bereits ein Produkt der Politik ist. Man kann sagen, daß der Privatgrundbesitz die Politik verkörpert; daß Politik und Privatgrundbesitz eins sind. Ohne Politik kein Privatgrundbesitz und ohne Privatgrundbesitz keine Politik. Mit der Bodenreform ist die Politik im wesentlichen erschöpft und erledigt.

Mit der Bodenreform verliert die Landwirtschaft jede Beziehung zur Politik. Wie heute schon die Pächter als solche kein unmittelbares Interesse haben an der Währung, an den Zöllen, an den Löhnen, dem Zins,

an den Tarifen, an den Landplagen, an den Kanalbauten, kurz an der hohen, gar so niedrigen Politik, weil in den Pachtbedingungen der Einfluß all dieser Umstände schon diskontiert wird; so wird auch mit der Bodenreform der Bauer kühl bis ans Herz hinan den Unterhandlungen im Reichstage folgen. Er weiß, daß jede politische Maßnahme, die die Grundrente beeinflußt, in den Pachtbedingungen sich widerspiegeln wird. Erhebt man Zölle, um die „Landwirtschaft" zu schützen, so weiß auch der Bauer, daß man ihm diesen Schutz in einem erhöhten Pachtzins ankreiden wird — folglich ist ihm der Zoll gleichgültig.

Unter der Bodenreform kann man, ohne Privatinteressen zu berühren, die Preise der Feldfrüchte so hoch treiben, daß es sich noch lohnen wird, jede Sanddüne, Geröllhalde usw. zu bebauen, ja selbst den Kornbau in Blumentöpfen könnte man rechnerisch möglich machen, ohne daß die Bebauer fruchtbaren Landes einen Privatvorteil aus den hohen Preisen ziehen würden. Denn der Pachtzins würde der steigenden Grundrente auf dem Fuße folgen. Den Patrioten, die in Sorge sind um die Verproviantierung des Landes im Kriegsfalle, empfehle ich das Studium dieser hochinteressanten Begleiterscheinung der Bodenreform.

Die Höhe der Eisenbahntarife, überhaupt die Frachtkosten, die Kanal- und Eisenbahnpolitik berühren den Pächter nicht unmittelbarer als jeden anderen Bürger; würde ihm die Politik besondere Vorteile auf der einen Seite einbringen, so würde die Erhöhung der Grundpacht ihm von der anderen Seite diese Vorteile wieder in eitel Dunst verwandeln.

Kurz, die Politik ist mit der Bodenreform dem Landwirt persönlich gleichgültig geworden; das Gemeinwohl allein interessiert ihn noch an der Gesetzgebung; er betreibt objektive statt subjektiver Politik. Objektive Politik ist aber Wissenschaft, keine Politik mehr.

Man könnte hier einwenden, daß wenn die Pächter sich langjährige oder lebenslängliche Pachtkontrakte (Erbpacht) sichern können, wie das ja für die gute Bebauung des Bodens nötig ist, das Privatinteresse an der Politik doch noch lebhaft genug bliebe, um wie bisher das Gemeinwohl in der Gesetzgebung erst in zweiter Linie zur Sprache kommen zu lassen.

Der Einwand ist richtig, aber wenn dies als Übelstand empfunden wird, um wieviel mehr trifft dieser Vorwurf den heutigen Privatgrundbesitz, der es gestattet, den Profit aus den Gesetzen im Verkaufspreis des Bodens gleich in bar einzukassieren, wie man das jetzt an den durch die Zölle hochgetriebenen Bodenpreisen wird sehen können. Jedoch läßt sich mit der Bodenreform auch diesem letzten Rückhalt der Politik der Boden entziehen, und zwar in der Weise, daß der Staat für den Fortbestand der Elemente, die den Pachtzins bestimmen, während der ganzen Dauer des Pachtkontraktes Gewähr leistet, so daß der Pächter die Sicherheit hat, immer den Pachtzins aus dem Erlös seiner Produkte herausschlagen zu können, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das läßt sich sehr leicht erreichen, und zwar einerseits dadurch, daß die Getreidezölle (nach dem Vorschlag, den schon Graf Kanitz im Interesse der Grundrentner machte) einem bestimmten Minimalpreise angepaßt werden, andererseits, daß man die Grundpacht den Bewegungen des Arbeitslohnes anpaßt. Nehmen wir an, der Pachtzins wäre berechnet auf Grund eines Weizenpreises von 200 Mk. die Tonne und eines Arbeitslohnes von 500 Mk. jährlich. Kann sich dann noch etwas an der Grundpacht ändern, so lange beide Preise unverändert bleiben? Und wenn nun der Lohn von 500 Mk. auf 600 steigt, und wenn dem Pächter der Unterschied an der Pacht ver-

gütet wird, so ist der Pächter einerseits absolut sicher gestellt, andererseits aber wird er alles Privatinteresse an den Zöllen usw. verlieren.

Ob es nötig oder nützlich sein würde, behufs Ausscheidung der Privatinteressen aus der Politik oben angedeutete Maßregeln zu ergreifen, würde die Erfahrung zeigen. Würde man sich dafür entscheiden, so müßte in den Pachtkontrakten angegeben werden, daß der Hof für 1—2 oder mehrere Mann berechnet ist, damit dementsprechend die Pacht erhoben werden könnte. Wäre z. B. die Pacht für einen Hof, den der Pächter allein bewirtschaftet (1 Mann) gleich 500 Mk., und es würde eine allgemeine Lohnsteigerung von 100 Mk. festgestellt, so würden dem Pächter 100 Mk. vom Pachtzins erlassen werden. Im entgegengesetzten Falle würde der Pachtzins erhöht werden.

Wenn wir alle die hier besprochenen Umstände berücksichtigen, so würde für einen Pachtkontrakt unter der Bodenreform ungefähr folgendes Schema zustande kommen.

Anzeige!

Die hier unter dem Namen „Lindenhof" bekannte Bauernwirtschaft wird zur öffentlichen Pachtauktion ausgeschrieben. Die Verpachtung erfolgt am Martinstag öffentlich und meistbietend.

Der Hof ist auf die Arbeitskraft eines Mannes berechnet; Land, Haus und Stallungen sind in gutem Zustand.[1]) Bisherige Pacht 500 Mk.

Bedingungen.

Der Pächter hat sich kontraktlich für die Erfüllung folgender Bedingungen zu verpflichten:

1. Der Pächter darf keine Futterstoffe verkaufen; er muß so viel Vieh halten wie nötig, um die gesamte Ernte an Heu und Stroh selber zu verfüttern. Der Verkauf des Stallmistes ist untersagt.

2. Der Pächter ist verpflichtet, die durch den Getreideverkauf dem Boden entzogenen Nährsalze diesem in Form künstlicher Düngemittel wieder zuzuführen, und zwar für jede Tonne Getreide 100 kg Thomasschlacke oder deren Äquivalent in Phosphatgehalt anderer Düngemittel.

3. Die Baulichkeiten in gutem Zustande zu erhalten.

4. Die Pachtsumme im Voraus zu entrichten oder einen Bürgen zu stellen.

Die Staatsverwaltung verpflichtet sich ihrerseits dem Pächter gegenüber:

1. Dem Pächter, so lange er seine Verpflichtungen erfüllt, den Hof nicht zu kündigen.

2. Der Witwe und direkten Erben des Pächters ein Pachtvorrecht in Form eines Nachlasses von 10 Proz. auf das in der Pachtauktion erzielte Höchstgebot einzuräumen.

3. Den Kontrakt auf Verlangen des Pächters jederzeit gegen eine von diesem zu zahlende Entschädigung von einem Drittel der jährlichen Pachtsumme zu lösen.

4. Die Getreidezölle so zu bemessen, daß der Preis des Korns während der ganzen Dauer des Pachtkontraktes nicht unter 200 Mk., franko verzollt, an den deutschen Grenzen fallen kann, oder nach Beseitigung des Zolles den Pachtzins entsprechend zu ermäßigen.

---

[1]) In Dänemark berechnet man das Land nach Tonnen Weizen; d. h., so viel Land, wie nach der Bodenqualität nötig ist, um eine Tonne Weizen zu erzeugen, nennt man eine Tonne. Ähnlich könnte man hier den Boden nach Arbeitskraft bemessen, und ein, zwei, fünf Mann Land sagen.

5. Die Eisenbahntarife für Getreide während der Dauer des Pachtkontraktes nicht zu verändern.

6. Eine genaue Lohnstatistik zu führen und bei steigenden Löhnen die Pachtsumme entsprechend zu ermäßigen, dafür aber bei fallenden Löhnen den Pachtzins zu erhöhen.

7. Etwa notwendig werdende Neubauten gegen eine den Zins des Kapitales ausgleichende Pachterhöhung herrichten zu lassen.

8. Den Pächter ohne weitere Zahlung von Prämien gegen Unfall und Krankheit, gegen Hagel, Überschwemmung, Viehseuchen, Feuer, Rebläuse und sonstige Landplagen zu versichern.

Die für den Nachweis der Ausführbarkeit der Bodenreform entscheidende Frage ist nun die: Wird man zu obigen Bedingungen überhaupt Pächter finden? Nehmen wir an, es meldeten sich nur wenige, und der Wettbewerb der Interessenten wäre dementsprechend bei der Pachtauktion nur schwach — was wäre die Folge? Der Pachtzins wäre niedrig, er entspräche nicht der zu erwartenden Grundrente, und die Pächter würden entsprechend größere Gewinne erzielen! Ganz recht; aber muß dieser größere Gewinn nicht anspornend auf alle diejenigen zurückwirken, die sich gerne dem Ackerbau widmen möchten, aber zaghaft zurückhielten, weil sie die neuen Verhältnisse nicht zu übersehen vermochten und darum erst die Erfahrung sprechen lassen wollten?

Es unterliegt darum keinem Zweifel, daß der Zudrang zu den Pachtauktionen schon nach kurzer Erfahrungszeit den Pachtzins auf die Höhe der wirklich erzielbaren Grundrente hinauftreiben würde, und dies um so sicherer, als das Risiko der Pacht unter den neuen Verhältnissen gleich Null wäre, der Reinertrag der Pachtung nie unter den Durchschnittsarbeitslohn fallen könnte. Dem Bauer wäre der Durchschnittslohn für seine persönliche Arbeit unter allen Umständen gesichert, und er hätte obendrein den Vorteil der Freiheit, Unabhängigkeit und Freizügigkeit.

Es sei nur noch bemerkt, daß nach Einführung der Bodenreform in jeder Ortschaft ein Bauer wird angestellt werden müssen, der für die Erfüllung der Pachtkontrakte zu sorgen hat. Dann wird man jährlich in jeder Provinz (Kreis, Regierungsbezirk) einen illustrierten Katalog über die zur Pachtauktion gelangenden Höfe ausarbeiten, der alles enthalten wird, was gewöhnlich die Pächter wissen müssen, über Umfang und Lage des Hofes, Kulturen, Produktenpreise, Gebäude, bisherigen Pachtzins, Schulverhältnisse, Klima, Jagd, Gesellschaft usw. usw. Kurz, da es nicht Zweck der Bodenreform ist, die Bauern zu übervorteilen und zu plagen, so wird man nichts unterlassen, um die Pächter sowohl über alle Vorteile, wie auch über alle Nachteile des Hofes zu unterrichten — was seitens der Privatgrundeigentümer heute niemals geschieht. Diese zählen immer nur alle Vorteile auf; über die oft versteckten Mängel, wie z. B. Feuchtigkeit der Wohnung, Nachtfröste usw., muß sich der Pächter, so gut es geht, unter der Hand zu erkundigen suchen.

Man wendet gegen die Bodenreform ein, daß durch das System der Pachtung die Grundrente zwar dem Volksganzen zugute kommt, der Landwirtschaft aber unmittelbar entzogen wird. Die „Landwirtschaft“ verarmt also und wird nicht mehr in der Lage sein, die gleichen Löhne zu bezahlen! Was soll auch aus der Industrie werden, wenn die Herren Landwirte keine Grundrenten einheimsen und ihre Einkäufe auf den Ertrag ihrer persönlichen Arbeit beschränken müssen? Der Absatz wird fehlen und die große Krankheit der Neuzeit, „Überproduktion“, wird noch größer werden!

Das alles ist Schwindel, ganz gewöhnliche Bauernfängerei, von Grundbesitzern erdacht, um das Stimmvieh für die Zollpolitik zu gewinnen. Wenn heute ein Grundbesitzer einen Teil der Grundrenten der Landwirtschaft zuführt, so geschieht das unter dem Namen „Betriebskapital", und kein Grundbesitzer wird sein Betriebskapital vergrößern, wenn sich dasselbe nicht „rentiert", also mindestens den Zins der Staatspapiere einbringt. Rentiert sich aber das Betriebskapital, und läßt sich dasselbe mit Vorteil vergrößern, so braucht das Bargeld dazu nicht von Grundrenten herzurühren, sondern jedes Geld, das man spart oder borgt, leistet denselben Dienst. Wenn die Grundbesitzer von der Leidenschaft besessen wären, ohne Rücksicht auf die Rentabilität dem Boden immer einen Teil der Grundrenten zuzuführen, so müßten die Güter frei von Hypotheken sein, und alle Betriebseinrichtungen müßten von einem Überfluß an Betriebskapital zeugen. Und je größer das Gut, je größer die Grundrenten, um so reichlicher müßte das Gut mit allem versehen sein. Aber es ist nicht so; die Grundrenten fließen vom Lande ab nach der Stadt, wo sie verzehrt, oft verpraßt werden. Sie reichen für die Lebensansprüche gewöhnlich nicht aus, und das Fehlende muß dann durch Hypotheken, und sobald diese Quelle versiegt, durch Zölle und Politik eingebracht werden. Wenn es eine Eigentümlichkeit der Grundrentner wäre, dem Lande einen Teil der Renten wieder zuzuführen, so müßte im Lauf der Jahrhunderte auch den Wohnungen der Gutsarbeiter davon etwas zugute gekommen sein. Aber wie sieht es in dieser Beziehung aus? Arbeiterställe und Schweinepaläste! so ungefähr äußerte sich der Kaiser nach einem Besuche auf einem ostelbischen Gute.

In bezug auf den für die Industrie so wohltätigen Konsum der Grundrentner sei nur kurz erwähnt, daß der Industrie der Taler der Grundrentner gleich 3 Mk. gilt, und daß der Taler auch noch 3 Mk. gelten wird, wenn der Staat die Grundrenten in Form einer allgemeinen Witwen-, Kranken-, Krüppel- und Alterspension wieder in Umlauf bringt. Der Konsum bleibt derselbe, nur die Konsumenten werden andere sein. Wenn es sich nur darum handelt, die Produkte zu verschenken ohne Gegenleistung, so glaube ich, wird man sympathischere Konsumenten finden, als die dreisten, nimmersatten, agrarischen Bettler.

Und nun der Lohn der Arbeiter! Hat man jemals gehört, daß die Grundbesitzer darum höhere Löhne zahlen, weil es ihre Mittel erlaubten, weil sie durch die Zölle dazu instand gesetzt wurden? Keinen Pfennig mehr, als wie sie nach Lage des Arbeitsmarktes gerade zahlen müssen. Nicht nach den Wünschen, nach Wohl- oder Übelwollen richtet sich der Lohn, sondern nach der Wucht der Verhältnisse; mit der Knute würden die Grundbesitzer die Arbeiter zahlen, wenn sie es könnten. Nicht nach den Renten richtet sich der Lohn, sondern umgekehrt, vom Lohne gehen die Renten ab.

Mit dem Gesagten glaube ich, das Verhältnis der Bodenreform zur Landwirtschaft genügend klargelegt zu haben, um jeden instand zu setzen, sich in die neuen Verhältnisse, die die Bodenreform auf dem Lande schafft, zurecht zu finden. Summarisch aufgezählt, würde die Bodenreform auf dem Lande folgende Wirkungen haben: Keine Privatgrundrenten, folglich auch keine „Not der Landwirtschaft", keine Zölle und keine Politik mehr. Kein Privatgrundbesitz, daher auch keine Hypotheken, keine Teilung, Erbschaft, Abfindungen. Keine Grundherren, keine Knechte. Allgemeine Ebenbürtigkeit. Kein Grundbesitz — folglich absolute Freizügigkeit mit ihren wohltätigen Folgen für Gesundheit, Charakter, Religion, Bildung, Glück und Lebensfreude.

Beim Bergbau läßt sich die Bodenreform womöglich noch leichter durchführen als im Ackerbau, da man hier von der Pachtung absehen und die Förderung der Bergprodukte einfach in Verding (Akkord, Submission) geben kann. Der Staat gibt den Abbau an einen Unternehmer oder an Arbeitergenossenschaften in Akkord; er bezahlt für jede Tonne einen nach dem System der Mindestforderung vereinbarten Lohn oder Preis — und verkauft seinerseits die Produkte meistbietend in Auktion. Der Unterschied zwischen beiden Preisen fließt als Grundrente in die Staatskasse.

Dieses höchst einfache System kann ohne weiteres angewendet werden, überall wo keine maschinellen Einrichtungen dauernder Art nötig sind — also z. B. in den Torflagern, Braunkohlengruben, Kies-, Lehm- und Sandgruben, Steinbrüchen, Petrolfeldern usw. Es ist dasselbe System, das heute schon ganz allgemein in den Staatsforsten eingeführt ist und sich dort in jahrhundertelanger Praxis bewährt hat. Die Forstverwaltung akkordiert mit den Arbeitern in öffentlichem Verding den zu zahlenden Lohn für den Festmeter und zwar erhält der Mindestfordernde den Zuschlag, dann wird das von den Arbeitern gefällte und in Haufen bestimmter Größe geschichtete Holz öffentlich, meistbietend verkauft. Betrug ist so gut wie ausgeschlossen, da, sobald das Maß nicht richtig ist, die Käufer Klage erheben. So wäre es auch im Bergbau. Die Käufer würden selbst die Arbeit in der Grube kontrollieren. Für die Arbeiter wäre es ein Leichtes, sich zu gemeinsamer Arbeit ohne Unternehmer zu vereinigen (was sie allerdings heute noch lernen müßten), da kein nennenswertes Kapital hier nötig ist. Die Grube gehört dem Staat; die Arbeiter brauchen also nur ihr Handwerkszeug.

In den Kohlengruben, wie überall im Tiefbau, wird die Sache durch die Maschinenanlage einigermaßen kompliziert, doch es lassen sich verschiedene Wege einschlagen, die alle gangbar sind:

1. Der Staat liefert die Maschinenanlage; er versichert die Arbeiter gegen Tod und Invalidität und verfährt im übrigen wie oben, d. h. er gibt die Förderung an einzelne Arbeiter in Verding (Akkord). Dieses System ist bei den Privat- und Staatsbergwerken heute allgemein im Gebrauch.

2. Der Staat liefert wie oben die Maschinenanlage und gibt den ganzen Betrieb in Akkord an Arbeitergenossenschaften. Dieses System ist, so viel ich weiß, nicht in Anwendung. Seine Anwendung hätte für kommunistisch gesinnte Arbeiter Vorteile, weil die Arbeiter so lernen würden, sich selbst zu regieren.

3. Der Staat überläßt den Arbeitergenossenschaften den ganzen Bergbau mitsamt der Maschinenanlage. Er bezahlt der Arbeitergenossenschaft einen in öffentlichem Verding akkordierten Preis für die geförderten Produkte und verkauft wie bei 1 und 2 die Produkte wieder meistbietend in öffentlicher Auktion.

Ein 4. System, wonach den Arbeitern auch noch der Verkauf überlassen wird, würde sich nicht empfehlen, weil der Verkaufspreis von zu vielen Umständen beeinflußt wird.

Für ganz große Bergwerke mit tausenden von Arbeitern würde sich System 1 wohl am besten eignen, für mittlere Betriebe System 2 und für ganz kleine Betriebe System 3.

Der Unterschied zwischen Erlös und Förderkosten würde wieder als Grundrente in die Staatskasse wandern.

Für den Verkauf der Produkte sind zwei Systeme zu verfolgen:

1. Fester Preis, jahraus, jahrein, für alle Produkte, bei denen die Natur der Verhältnisse eine unbeschränkte Förderung zuläßt, so daß man die Gewißheit hat, daß auch die Nachfrage, die sich zu dem festen Preis einstellt, stets befriedigt werden kann. Gleichmäßige Qualität der Produkte ist für dieses System Voraussetzung.

2. Öffentliche Auktion; überall dort, wo die Produkte von ungleichmäßiger Beschaffenheit sind und wo die Produktion sich nicht jeder beliebigen oder möglichen Nachfrage anpassen läßt.

Würde man die Produkte zu festen Preisen verkaufen, und wäre man dabei nicht in der Lage, jedes gewünschte Quantum zu liefern, so würden sich Spekulanten die Sache zu Nutzen machen. Ist die Qualität verschieden, so kann nur die öffentliche Auktion Beschwerden vermeiden.

Ein Bodenprodukt eigentümlicher Art bilden die Wasserkräfte, die in vielen Gegenden schon jetzt eine große Rolle spielen und deren Bedeutung mit den Fortschritten der Technik nur wachsen kann. Für größere Kraftwerke, die der Stadt Licht und Kraft für die Strassenbahn liefern, wäre die Verstaatlichung wohl das Einfachste, besonders weil der ganze Betrieb solcher Werke seiner Einfachheit wegen sich dazu eignet. Bei kleinen Wasserkräften, die unmittelbar an Industrien angeschlossen sind, wie Mühlen und Sägereien, wäre der Verkauf der Kraft zu einem einheitlichen, mit den Kohlenpreisen parallellaufenden, auf Pferdekräfte umgerechneten Preise angezeigt.

Etwas mehr Schwierigkeit bietet die Bodenreform in der Stadt, vorausgesetzt, daß man einerseits keine Willkürwirtschaft betreiben, andererseits dem Staate die volle Rente sichern will. Kommt es nicht genau darauf an, so ist das System der Erbpacht, wie es für den größeren Teil der Stadt London in Anwendung ist, ausreichend. Nach diesem System ist dem Pächter der Boden zu beliebiger Ausnutzung für eine lange Frist (50 — 70 — in London 99 Jahre) gegen einen jährlichen, im Voraus für die ganze Pachtzeit bestimmten Zins gesichert, so daß der Boden zu Bauzwecken verwendet werden kann. Die Rechte des Pächters sind veräußerlich und erblich, so daß auch die auf dem Boden errichteten Häuser verkäuflich sind. Geht nun im Laufe der Zeit (und in 100 Jahren kann sich manches ändern) die Grundrente herauf, so hat der Pächter den Gewinn (der, wie das in London der Fall ist, sehr groß sein kann); geht die Grundrente herunter, so hat der Pächter den Verlust zu tragen (der ebenfalls sehr groß sein kann). Da die auf dem Boden errichteten Häuser gleichzeitig als Pfandobjekt für die richtige Bezahlung des Pachtzinses dienen, so kann der Pächter dem Verluste nicht entrinnen; der volle Mietsertrag der Häuser dient dem Grundbesitzer als Sicherheit.

Wie wir aber an der Geschichte Babylons, Carthagos, Roms, Venedigs, Lissabons, Wisbys usw. ersehen, ist die Geschichte der Städte sehr wechselvoll, und es gehört oft nicht viel dazu, um einer Stadt den Lebensnerv abzuschneiden. Die Entdeckung des Seeweges nach Indien brachte Venedig, Genua, Nürnberg zu Fall und lenkte den Verkehr nach Lissabon: jetzt mit der Eröffnung des Suezkanals ist Genua wieder neu erstanden. Ähnlich wird es wohl auch Konstantinopel mit der Eröffnung der Bagdadbahn ergehen, während St. Petersburg vielleicht durch die kommenden politischen Umwälzungen veröden wird. Die kurzsichtige, sogenannte schutzzöllnerische Handelspolitik, die jetzt in Deutschland eingeschlagen wurde, mit den entsprechend schlechten Handelsverträgen, genügt vielleicht, um die industrielle Entwickelung zu hemmen und um sämtliche à la hausse gerichteten Rentabilitätsberechnungen der Bauunternehmer zu durchkreuzen.

Auch das muß hier wieder berücksichtigt werden, daß unsere heutigen Währungsgesetze niemandem eine Gewähr dafür geben, daß nicht morgen auf Betreiben der Interessenten eine à la baisse gerichtete Währungspolitik getrieben wird, wie das ja schon einmal 1871 geschehen ist, wo man dem Silber das Prägerecht entzog. Die Möglichkeit ist also heute

gesetzlich nicht ausgeschlossen, daß morgen auf „Wunsch" derselben Leute wie damals, auch dem Golde das freie Prägerecht entzogen wird und dann das Angebot von Gold so beschränkt wird, daß alle Preise um 50 Proz. fallen und das Vermögen der Privat- und Staatsgläubiger um 100 Proz. auf Kosten der Schuldner vermehrt wird. In Österreich hat man das mit dem Papiergeld, in Indien mit dem Silbergeld getan, warum sollte man dasselbe Kunststück nicht auch wieder einmal mit dem Golde versuchen? An Raublust fehlt es ja nicht in den Kreisen, die sich von Renten und Zinsen erhalten.

Also irgend eine Gewähr dafür, daß die Grundrenten die der Pachtung zugrunde gelegte Höhe während der ganzen Pachtzeit beibehalten werden, ist nicht vorhanden. Durch den Einfluß der Politik und tausendfältiger wirtschaftlicher Umstände, wozu noch die Möglichkeit tritt, daß die jetzige Landflucht mit der Bodenreform sich in eine Stadtflucht verwandelt, wird in jede langfristige Pachtung ein erhebliches Risiko getragen, und dieses Risiko muß der Verpachter, hier also der Staat, in Form eines erheblich reduzierten Pachtzinses bezahlen.

Dann ist auch die Frage zu beantworten, was nach Ablauf der Pacht aus den Gebäuden wird. Fallen dem Staate vertragsmäßig die Gebäude unentgeltlich zu, dann wird vom Pächter der Bau von vornherein auf eine die Pachtzeit nicht übersteigende Dauerhaftigkeit berechnet, so daß der Staat in den meisten Fällen die Gebäude auf Abbruch wird verkaufen müssen. Es hat ja auch Vorteile, wenn die Häuser nicht für die Ewigkeit gebaut werden, denn bei jedem Umbau können die Fortschritte der Bautechnik berücksichtigt werden, aber die Nachteile überwiegen doch stark, wie das bei den französischen Eisenbahnen der Fall ist. Dort ist auch das Eisenbahngelände vom Staate an Privatgesellschaften auf 99 Jahre verpachtet worden mit der Bedingung, daß nach Ablauf des Vertrages das Ganze kostenlos an den Staat zurückfallen soll. Aber auf diesen Umstand sind nun alle Bahnbauten, wie auch die Reparaturen, zugespitzt. Man will dem Staate nicht mehr als gerade nötig überlassen, sozusagen einen Greis in den letzten Zügen, altes, verbrauchtes, ausgeleiertes Gerümpel, eine Ruine. Und so kommt es, daß infolge dieses leichtsinnigen Vertrages die französischen Eisenbahnen allgemein einen verwahrlosten Eindruck machen — und das jetzt schon, lange vor Ablauf des Vertragstermins. Ähnlich würde es sicherlich auch ergehen, wenn die Baustellen unter der Bedingung verpachtet würden, daß nach Ablauf des Vertrages die Gebäude dem Staate zufallen.

Besser schon wäre die Bedingung, daß die Gebäude abgeschätzt und vom Staate bezahlt würden. Aber wie soll die Abschätzung erfolgen? Diese kann von zwei Gesichtspunkten aus geschehen:

1. nach der wirtschaftlichen Brauchbarkeit (Bauplan, Anlage);
2. nach den Baukosten.

Will man ohne Rücksicht auf Brauchbarkeit die Entschädigung einfach nach den Baukosten und dem baulichen Zustand berechnen, so würde der Staat manches nutzlose, verpfuschte Gebäude teuer bezahlen müssen, um dasselbe abreißen zu lassen. Die Baumeister würden unüberlegte, leichtsinnige Pläne entwerfen, wohl wissend, daß, wie auch der Bau sich bewährt, der Staat die Kosten zahlen wird. Jedoch, wenn man von den Baukosten absieht und andere Elemente bei der Abschätzung zuläßt, so

müßten auch die Baupläne dem Staate zur Genehmigung vorgelegt werden. Das führt jedoch wieder zum Bureaukratismus, zur Bevormundung, zur Schablone. Darum scheint mir das System am vorteilhaftesten, wonach die Baustellen auf unbeschränkte Zeit in Erbpacht gegeben werden, und zwar nicht zu einer für alle Ewigkeit im Voraus berechneten Pacht, sondern zu einer in regelmäßigen Abständen von 3—5—10 Jahren von Staatswegen vorgenommenen Grundrentenschätzung. So wäre das Risiko der Bauunternehmer in bezug auf den Pachtertrag gleich Null, und der Staat würde die volle Rente einheimsen, ohne sich um die Gebäude weiter kümmern zu müssen. Die ganze Sorge um die beste Ausnutzung des Baugeländes würde auf denen ruhen, die es angeht, auf den Bauunternehmern. Auf mathematische Genauigkeit bei der Schätzung der Grundrente und des Pachtzinses kann man natürlich nicht rechnen. Man würde jedoch den Pachtzins immer so berechnen können, daß der Unternehmer das Interesse an der Sache nicht verliert und der Staat auch nicht zu kurz kommt. Wenn man 90 oder 95 Proz. der geschätzten Grundrente als Pachtzins erhöbe, so könnte man sich allseitig zufrieden geben.

Für die Ermittelung der Grundrente in den verschiedenen Stadtteilen wäre es angezeigt, wenn der Staat in jeder Straße ein Mietshaus für eigene Rechnung errichtete, nach einem auf den höchsten Mietsertrag berechneten Bauplan. Von den eingehenden Mietsbeträgen würde man den Zins der Baukosten, (so lange Zins bezahlt wird), die Reparaturen, die nötigen Abschreibungen, die Feuerversicherung usw. abrechnen und den Rest als Normalgrundrente von allen anderen Grundstücken derselben Straße (oder gleicher Lage) als Pachtzins erheben.

Mathematisch genau wäre natürlich auch so die Grundrente nicht zu ermitteln, da manches hier auf den Bauplan des Normalmietshauses ankäme. Dieser Bauplan müßte darum als Normalplan immer besonders sorgfältig angelegt werden; aber wie er auch ausfallen würde, Grund zur Klage von seiten der Bauunternehmer könnte er nicht geben, da etwaige Mängel dieses Planes nur einen Minderertrag der Miete zur Folge haben könnten. Dieser Minderertrag würde aber direkt auf die Grundrente des Normalhauses drücken und so in einem entsprechend niedrigeren Pachtzins für sämtliche Grundstücke wieder zum Vorschein kommen.

Durch dieses System würde das persönliche Interesse der Bauunternehmer immer aufs Engste mit dem guten baulichen Zustand ihrer Häuser, mit wohlüberlegten Bauplänen verknüpft sein — denn jeder Vorzug ihrer Häuser gegenüber dem Normalmietshause würde ihnen persönlich zugutekommen.

Zu erwähnen ist noch, daß der Zinsfuß des Baukapitals, der der Berechnung des Anteils der Grundrente an dem Mietzins zugrunde gelegt wird, das Wichtigste an der ganzen Sache ist, und daß man sich im Voraus, d. h. vor Unterzeichnung der Pachtverträge, wird darüber einigen müssen, nach welcher Methode dieser Zinsfuß jedesmal ermittelt werden soll. Ob man das Baukapital mit 4, $3^1/_2$ oder 3 Proz. verzinst, ist doch für die Berechnung der Grundrente von wesentlicher Bedeutung.

Ist z. B. das Baukapital 200 000 Mk., der Mietsertrag . .	20 000 Mk.
und der Zinsfuß 4 Proz., so ist der Kapitalzins	8000 „
und die Grundrente, d. h. die zu zahlende Pacht	12 000 Mk.

Bei 3 Proz. würden nur 6000 Mk. vom Mietsertrag abgehen, was den Pachtzins bis auf 14 000 Mk. erhöhen würde, eine Differenz, die, wenn sie nicht auf eine unanfechtbare, vertragsmäßige Grundlage sich stützt, ein Mordgeschrei verursachen würde. Für die Stadt Berlin z. B. würde die Anwendung eines Zinsfußes von 3 Proz. statt eines solchen von 4 Proz. schon einen Unterschied in der Pachtberechnung von 20 Millionen wenigstens ausmachen. Es ist also klar, daß man in dieser Beziehung nichts der Willkür oder dem Gutdünken überlassen kann.

Im 2. Teil dieser Schrift, der über die Geldreform handelt, werde ich die Methode für die Ermittelung des reinen Kapitalzinses eingehend besprechen, und ich verweise hier darauf. Unabhängig davon möchte ich aber hier den Vorschlag zur Diskussion stellen, als Zinsfuß für das Gebäudekapital, die Durchschnittsdividende aller an der Börse verhandelten einheimischen Industriepapiere zu nehmen. Dadurch würde dem Baukapital der Durchschnittsertrag des Industriekapitals gesichert, was die Bauindustrie von jedem Risiko befreien und diesem Zweige der Industrie zum Wohle der Mieter große Kapitalien zuführen würde. Denn jeder, der eine sichere Anlage dem Hazard vorzieht, würde sein Kapital in Häusern anlegen.

Dieser Zinsfuß käme natürlich nur bei der Berechnung der Grundrente des Normalmietshauses zur Anwendung.

Das Normalmietshaus von 500 Quadratmeter Grundfläche hat an Miete eingebracht	20 000 Mk.
Das Baukapital beträgt nach den üblichen Abschreibungen	200 000 „
Der Durchschnittszinsfuß der Börsenpapiere war	3,25 Proz.
Von der Miete gehen also als Kapitalzins ab	6 500 Mk.
somit bleibt als Grundrente 20 000 ·/. 6500 =	13 500 Mk.

oder 13 500 : 500 = 27 Mk. für den Quadratmeter. Nach einem Toleranzabzug von 10 Proz. würden also ca. 25 Mk. Pacht für den Quadratmeter der in der gleichen Straße liegenden Häuser erhoben.

In groben Umrissen und ohne auf die Klauseln einzugehen, die nur die Erfahrung vorschreiben kann, erhalten wir als Muster eines Pachtkontraktes zwischen Staat und Bauunternehmer folgendes:

1. Der Staat übergibt dem Bauunternehmer das Grundstück Nr. 12 der Claudiusstraße in Erbpacht.

2. Die Pacht wird berechnet nach der für das in der gleichen Straße befindliche Normalmietshaus ermittelten Grundrente nach einem Toleranzabzug von 10 Proz.

3. Als Grundrente für dieses Normalmietshaus wird angesehen: Der in öffentlicher Pachtauktion erzielte Mietzins, abzüglich ? Proz. Abschreibungen, Reparaturen und Versicherungen und abzüglich Kapitalzins.

4. Als Zinsfuß für die Berechnung des Baukapitalzinses wird der jährliche Durchschnittzins der an der Berliner Börse verhandelten Industriepapiere angenommen werden.

9. Abschnitt. **Die Finanzen der Bodenreform.**

Also der Staat kauft den gesamten Privatgrundbesitz auf und zwar Ackerboden, Wald, Bauplätze, Bergwerke, Wasserkräfte, Kiesgruben, kurz alles. Der Staat bezahlt auch das Gekaufte, er entschädigt die Grundbesitzer, er beraubt niemand. Wie könnte auch der Bodenreformer, der dem Volk den politischen Frieden bringen will, mit einem Raubzug seine Arbeit beginnen? Wie könnte er eine Klasse der Bevölkerung berauben, um die andere zu bereichern?

Der zu bezahlende Preis richtet sich nach dem Pachtzins, den das Grundstück bisher einbrachte oder einbringen würde. Der ermittelte Pachtzins wird dann zum Zinsfuß der Pfandbriefe kapitalisiert und der Betrag den Grundbesitzern in verzinslichen Titeln der Reichsanleihe ausbezahlt. Kein Pfennig mehr noch weniger.

Wiederholt ist der Vorschlag gemacht worden, Papiergeld zu fabrizieren und damit zu bezahlen. Ein solches Verfahren würde von einem direkten Raube nicht zu unterscheiden sein, da die Ausgabe von Papiergeld in solcher Masse den Preis dieses Geldes auf einen geringen Bruchteil des ursprünglichen Preises herabdrücken würde. Das Papiergeld, das dem Inhaber keinen Zins einträgt, würde von diesem sofort zu Markte getragen werden, um damit irgend etwas zu erstehen. Es würde sich eine gewaltige Nachfrage zeigen, die durch die sofort einsetzende allgemeine Preissteigerung noch angefacht würde, während das Angebot unverändert geblieben wäre und sich womöglich angesichts der zu erwartenden Preissteigerung spröde verhalten würde. Solche unüberlegten, kindlichen Vorschläge können nur die Papierwährung wie auch die Bodenreform in Mißkredit bringen. Das Angebot des Papiergeldes, wie das des Geldes überhaupt, bedarf einer sorgfältigen täglichen Anpassung an das Angebot von Waren, jedes mehr oder weniger führt zu Verschiebungen im Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld, die wiederum von unzähligen Schädigungen der einen zugunsten der anderen begleitet sind. Durch die Bezahlung mit verzinslichen Titeln werden solche Nachteile vermieden, da man sie nicht verkauft, sondern sie der Zinsen wegen aufbewahrt. Auch würde der Verkauf solcher Titel nur deren Kurs drücken, niemals aber den Preis des Geldes berühren.

Wie kann aber der Staat solche gewaltigen Summen verzinsen? Antwort: Mit dem Pachtzins des Bodens, der ja nunmehr in die Staatskasse fließt. Dieser Ertrag entspricht der Summe der zu zahlenden Zinsen, kein Pfennig mehr, kein Pfennig weniger, da ja die Schulden die kapitalisierte Grundrente des Bodens darstellen.

Angenommen, der Boden bringt jährlich 5 Milliarden an Pacht ein, dann hat der Staat als Entschädigung bezahlt bei einem Zinsfuß von 4 Proz.: $5\,000\,000\,000 \times 100 : 4 = 125$ Milliarden. Diese Summe zum gleichen Fuß verzinst gibt aber auch 5 Milliarden. Also Soll=Haben.

Vor der Größe dieser Zahlen braucht niemand zu erschrecken. Das Meer ist noch größer, und es läuft doch niemals über. Die Größe des „Soll" mißt man mit dem „Haben". An sich ist nichts groß noch klein. Vom Monde, der aus eitel Gold besteht, sagt man, daß er klein sei. Die Franzosen, die schon mit 35 Milliarden Staatsschulden und ebensoviel Hypothekenzinsen belastet sind, häufen noch immer Milliarden auf Milliarden an Titeln fremder Staatsschulden auf. Das Becken ist eben groß und faßt viel. Ebenso wäre es mit der Schuld der Bodenreform. Dem großen „Soll" wird ein gleich großes „Haben" entsprechen. Es wäre darum auch völlig überflüssig, eine Berechnung dieser Summe im voraus vorzunehmen; diese Frage interessiert höchstens den Papierfabrikanten, der die Titel der

Schulden zu liefern hat. Sind es 100 Milliarden, gut; sind es 500 Milliarden, auch gut. Es ist für die Finanzen des Reichs nichts als ein Durchgangsposten. Diese Milliarden werden durch die Staatskassen pilgern, ohne Spur zu hinterlassen. Erschrickt denn ein Bankier, dem man ein Vermögen in Verwahrung gibt? Erschrickt der Präsident der Reichsbank vor den Riesensummen, die durch sein — Tintenfaß — gehen? Ich wette, Herr Dr. Koch schläft ebenso gut, wie der Direktor der Bank von Helgoland. Sind denn etwa die Schulden des preußischen Staates drückender geworden, seitdem dort mit Schuldscheinen die Eisenbahnen gekauft wurden?

Gewiß, die Einwendung ist berechtigt, daß mit der Übernahme der Bodenreformschuld ein Risiko verbunden ist, insofern als die Höhe der Grundpachten von schwankenden Elementen der Volkswirtschaft (Zölle, Eisenbahntarif, Löhne, Währung) bestimmt wird, während die Zinsen der Schulden, wie auch die Schuld an sich, auf dem Papier festgesetzt sind.

Das ist wahr, aber betrachten wir uns doch einmal diese schwankenden Elemente der Grundpacht! Wenn der Staat heute im Interesse von Privatleuten (Agrarier) und auf Kosten der anderen Volksklassen die Zölle erhöht, um die Renten der Agrarier zu erhöhen, wird er das nicht auch im eigenen Interesse, im Interesse seiner Zahlungsfähigkeit, im Interesse des Volksganzen tun können? Und wenn der Staat im Interesse derselben edlen Bettler und auf Kosten der arbeitenden Klassen Felsblöcke in die Kanäle wälzt, die Eisenbahnfrachten auf ausländisches Getreide erhöht, nur um die Grundrenten zu erhöhen, wird er das nicht auch wieder im eigenen Interesse tun können? Und wieder, wenn der Staat auf Drängen derselben privilegierten Klasse eine internationale Münzkonferenz einberuft, um durch eine Währungspfuscherei schlimmster Art die Schulden des Grundbesitzes auf Kosten der Witwen und Waisen (die ihr Erbteil in „sicheren" Pfandbriefen anlegten und der „Sicherheit" wegen den Grundbesitzern schon den niedrigsten Zinsfuß bewilligten) herabzusetzen, wird da nicht auch der Staat im eigenen Interesse und in dem der Gesamtheit zu demselben Kunststück greifen können?

Allerdings, die Geld- und Bodenreformer verzichten von vornherein und für alle Zeiten auf solche Währungspfuscherei (wie sie auch die entgegengesetzte Spitzbüberei, die Goldwährung, verurteilen) aber als Illustration für die Politik des Privatgrundbesitzes und als Abwehr für etwaige auf das „Risiko" der Bodenreform sich stützende Angriffe der Agrarier, wollte ich die Sache doch hier erwähnen.

Jene schwankenden Elemente der Grundpacht, mit alleiniger Ausnahme des Arbeitslohnes, gehören also zur Domäne der staatlichen Monopole, ihre Höhe wird durch denselben Staat bestimmt, der ein unmittelbares Interesse daran hat, daß die Grundpacht unverändert bleibe. Außerdem ist hier zu beachten, daß wenn auch der Staat nichts täte, um ein Sinken der Grundpachten zu verhüten, dies ganz allein dem Arbeitsertrag zugute kommen und dadurch die Steuerkraft des ganzen Volkes entsprechend gehoben würde. Sollte man also im Interesse des internationalen Handels und des Völkerfriedens von Zöllen, Kanalsperren und hohen Eisenbahnfrachten absehen wollen, so könnte ein etwaiger Ausfall in den Grundpachten durch direkte Steuern sehr leicht gedeckt werden.

Die Frage, ob man die künstliche Erhöhung der Bodenpreise durch die Zölle nicht bei Berechnung des Entschädigungspreises des Bodens wird berücksichtigen müssen, lasse ich hier, als reine Machtfrage, unerörtert.

Unser heutiger Staat, der immer nur zwischen Lips und Tulian, zwischen Zins und Rente, lawieren kann, wäre freilich für eine solche Steuerpolitik viel zu schwach und schwächlich, aber mit der Bodenreform werden wir auch einen starken Staat haben, einen Staat, der den Willen und die Macht haben wird, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wie ich das noch ausführlich beweisen werde.

In der ganzen Welt gibt es heute nicht einen einzigen Staat, der im Innern stark genug wäre, um die Staatsausgaben allein auf dem Wege direkter Besteuerung zu decken. Überall, in den Republiken wie in den Monarchien, sieht sich der Staat aus Rücksicht auf die Kapitalisten genötigt, die Staatsgelder durch indirekte Steuern zu erschleichen. Vom Marktgeld der Hausfrau stiehlt er heimlich, wie eine untreue Köchin, einen Teil; wie eine Kupplerin benutzt er die Lasterhaftigkeit der Trinker und Raucher, um ihnen im Rausche die Taschen zu leeren, wie der erste beste Wucherer benutzt er die Zwangslage, in der sich die Bürger befinden, um sie durch Bahn-, Post-, Salz- und andere Monopole zu plündern. Ein stolzer und ehrenhafter Staatsmann verachtet solche Taschendiebereien, er geht gerade aus und läßt sich die ausgeschriebenen Steuern von den Bürgern bar auf den Tisch ausbezahlen.

Wo ein Wille, ist auch ein Weg; darum braucht auch niemand um die Zahlung der Zinsen der Bodenreformschuld in Sorge zu sein. Die Zinsen werden bezahlt werden.

Aber mit der Verzinsung allein haben wir wenig gewonnen; wir wollen auch die Schuld tilgen und zwar schnell tilgen, damit der Zweck der Bodenreform, die Rückführung der Grundrente in den Staatssäckel, erreicht werde. Es läge ja auch nur wenig oder gar keine Grazie in einer sozialpolitischen Finanzoperation, die sich damit begnügt, die Grundrente in Kapitalzins zu verwandeln, denn ob die Arbeit unter dem Titel Zins oder Rente geplündert wird, was kann ihr das verschlagen?

Also die Bodenreformschuld muß getilgt werden, und zwar jetzt, von der gegenwärtigen Generation. Wir wollen, daß unsere Gebeine einst ungestörter Ruhe sich erfreuen sollen, wir wollen nicht von den kommenden Generationen als verfluchtes Geschlecht beurteilt werden, wollen nicht, daß unsere Gebeine ausgescharrt und geschändet werden. Wir wollen unsere eigenen Schulden zahlen und nicht wie Bruder Liederlich nach dem Grundsatz leben: „Nach uns die Sündflut".

Um die Bodenreformschuld zu zahlen, müssen wir Steuern, ja Steuern, direkte Steuern erheben. Eine schwere, empfindliche und einträgliche Kapital- und Einkommensteuer, schwer genug, um die ganze Bodenreformschuld in einer Generation zu bezahlen. An dieser Schuldentilgung haben sich alle zu beteiligen, alle ohne Ausnahme, und jeder nach seiner Kraft. Wie sich auch jeder heute an der Verteidigung des Landes, jeder nach seiner Kraft und Befähigung beteiligen muß. Und man wird diese Steuern auch mit Freuden, ja wahrhaftig mit Freuden zahlen können, denn Staatsschulden sind im Grunde doch Privatschulden, da sie von Privatleuten verzinst und getilgt werden. Aus den Taschen der Bürger stammt all das Geld, mit welchem heute der Staat seine Schulden verzinst. Die Tilgung einer Staatsschuld ist also von der Tilgung privater Schulden nicht zu unterscheiden. Wenn wir also Steuern bezahlen, um die Schulden des Staates zu bezahlen, so ist das genau dasselbe, wie wenn wir Geld zur Sparkasse brächten. Manche Eltern sparen, um ihren Kindern etwas hinterlassen zu können, aber was bedeutet das, wenn gleichzeitig der Staat verarmt, wenn der Staat den Kindern das Erbe der Eltern für die Staats-

bedürfnisse wieder abnimmt. Bereichern dagegen die Eltern den Staat, indem sie für Rechnung des Staates den gesamten Grundbesitz aufkaufen und die dadurch entstehenden Schulden bezahlen, so brauchen sie entsprechend weniger für ihre Kinder zu sparen, denn in einem reichen, gut dotierten Staate sind alle Bürger reich.

1000 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung entfallendes Staatseigentum ist in vielen Fällen sogar besser, als eine gleiche Summe Privateigentum, denn dieses kann man verlieren (z. B. durch eine Gutschrift für einen Freund), jenes nicht. Allgemein bekannt ist, daß die Erhaltung des Eigentums fast so schwer ist wie der Erwerb, wenigstens im Handel und in der Industrie.

Jedoch zur Beruhigung der Kleingläubigen, die die Steuer nicht als Sparpfennig und noch weniger als ein Vergnügen betrachten, will ich erwähnen, daß wir für die Tilgung der Bodenreformschuld nicht auf die Steuer allein angewiesen sein werden, wenn wir zusammen mit der Bodenreform auch die nachher zu besprechende Geldreform einführen. Mit dieser Reform werden dem Staate jährlich 5 Proz. der gesamten in Umlauf befindlichen Geldsummen zufließen.[1]) Diese Summe wird zwar ganz erheblich kleiner sein, als der jetzige Geldbestand, vielleicht nur ein Drittel desselben betragen, aber das wären immerhin noch ca. 3 Milliarden, und 5 Proz. von 3 Milliarden machen 150 Millionen jährlich. Diese Summe wird man also von der Schuldentilgungssteuer abziehen können.

Dann werden die 3 Milliarden nach Aufhebung des Prägerechtes für das Gold durch Umtausch gegen gemünztes Gold in Umlauf gebracht. Da mit der Zwangszirkulation (nicht mit Zwangskurs zu verwechseln), die das eigentliche Wesen der Geldreform ausmacht, alle Geldreserven überflüssig werden, so wird man die 3 Milliarden einschmelzen und meistbietend zu Industriezwecken verkaufen. Der Ertrag (Papiergeld) wird, da er im Verkehr fehlen wird, durch Rückkauf von Titeln der Bodenreformschuld wieder in Umlauf gesetzt. Diese Titel wird man verbrennen, wodurch wieder eine erkleckliche Summe an der jährlichen Verzinsung gespart wird, und diese Ersparnis (120 Millionen) wird auch wieder von der Schuldentilgungssteuer abgehen. Durch die Geldreform werden also 150 + 120 = 270 Millionen jährlich, und ein einmaliger Betrag von drei Milliarden für die Bodenreform-Schuldentilgung frei.

Aber die Geldreform würde noch in anderer Beziehung die Tilgung der Schuld erleichtern. Indem sie das gesamte Geldwesen unter die unmittelbare und unfehlbare Kontrolle des Staates bringt, wird sie jede Hausse- und Baissebewegung im Keime ersticken und Wirtschaftskrisen unmöglich machen. Sie wird die Nachfrage auf dem Waren- und Arbeitsmarkt immer haarscharf dem Angebot anpassen, Arbeitslosigkeit dadurch für immer beseitigen. Sie wird auch den Austausch der Waren (Handel) derart beschleunigen, sichern und verbilligen, daß die Handelsspesen auf einen geringfügigen Bruchteil des heutigen, auf 25—30, ja 40 Proz. der Verkaufspreise geschätzten Betrages dieser Spesen herabgesetzt werden.

Durch das Ineinandergreifen all dieser Umstände werden aber die Einnahmen des Staates aus seinen verschiedenen Monopolen beträchtlich steigen, während auch die Steuerkraft des ganzen Volkes in ungeahnter Weise sich heben wird.

---

[1]) Ich will hier nun gleich bemerken, daß diese Staatseinnahme aus der Geldreform nicht den Zweck der Reform ausmacht, sondern als völlig unbeabsichtigte Nebenwirkung nebenher geht.

Ferner wird, und darin liegt die Glanzleistung der Geldreform, sobald die Grundsätze der Geldreform zu internationaler Anerkennung gelangt sein werden, der Zinsfuß nach und nach fallen und sogar die Möglichkeit gegeben sein, daß der Zins auf Null, ja sogar unter Null (negativer Zins) fallen wird.

Die internationale Einführung der Geldreform würde sich genau wie die Goldwährung von selbst und ohne irgend einen Vertrag allen Völkern aufzwingen, denn wie die deutschen Silberverkäufe alle anderen Nationen zwangen, dem Silber das Prägerecht zu entziehen, so würden auch wieder deutsche Goldverkäufe die ganze Welt zur Aufhebung des Prägerechtes (Entmünzung des Goldes) zwingen. Damit ergibt sich aber wieder von selbst die Notwendigkeit, das Papiergeld nach wissenschaftlichen, soliden Grundsätzen zu verwalten, und diese heischen eben die Geldreform, wie ich sie vorschlage.

Kann man aber den Zinsfuß der Schuldentitel durch Konversion nur um 1 Proz. herabsetzen, so brauchen wir für die Tilgung der Bodenreformschuld überhaupt keine Steuer mehr zu erheben; denn der Überschuß der Pachteinnahmen über die Zinsenausgaben würde jährlich 1 Proz. der Schuld ausmachen. Dieses 1 Proz., zusammen mit den obigen Einnahmen und der nicht zu vergessenden Akkumulation, würde in 40 oder 50 Jahren die ganze Schuld tilgen. Geht jedoch der Zins um 2 Proz. herunter, dann wird die volle Hälfte des Pachtzinses für die Schuldentilgung frei!!

Rechnen wir also mit der Geldreform und deren internationaler Einführung, so wird diese allein die Mittel liefern, um die Bodenreformschuld mit der wünschenswerten Schnelligkeit zu tilgen; rechnen wir ohne die Geldreform, so werden wir uns mit der direkten Steuer behelfen.

Wahrscheinlich ist es auch noch, daß die Pachtzinsen mit der jährlich dichter werdenden Bevölkerung steigen werden, zumal in den Städten, Bergwerken, Wäldern, aber mit diesem Umstand kann man nicht rechnen. Bis jetzt steigen ja die Grundrenten fortgesetzt in den Städten und Bergwerken, aber wie viel hiervon auf Rechnung der meistens von Grundbesitzern geleiteten Baupolitik der Städte (Spekulation) gesetzt werden muß, läßt sich gar nicht übersehen. Mit der Bodenreform hört nun jedes Privatinteresse an der Erhöhung der Grundrente auf, und so werden die Stadträte bei Aufstellung der Stadtpläne nicht mehr ihren Eigennutz zum Stadtarchitekten ernennen, sondern einfach das Interesse der Bürger. Und dieses Interesse verlangt, daß man durch Schnellbahnen die Stadt möglichst dezentralisiert. Die Dezentralisation, wenn sie Schnellbahnen zu verdanken ist, drückt aber auf die Grundrente.

Auch das ist zu überlegen, ob durch die Bodenreform, durch die Entlastung des Landes von den Hypotheken, durch die Leichtigkeit, womit man ein Stück Land wird pachten können, die jetzige Landflucht sich nicht in eine Flucht aus der Stadt verwandeln wird! Träfe das zu, so würde in Zukunft eher eine Verminderung der städtischen Grundrente zu erwarten sein.

Kurz, es gibt viele Umstände, die die städtische Grundrente herabdrücken können, ja selbst mit dem Element der wachsenden Bevölkerungsdichtigkeit kann man nicht mit Sicherheit rechnen. Das System des „fils unique“ kann sich mit der Kenntnis der ihm zugrunde liegenden unappetitlichen Manipulationen auch auf Deutschland ausdehnen, und dann ist es auf ewig aus mit der Grundrentensteigerung.

Darum wollen wir mit dieser unsicheren Einnahmequelle nicht rechnen, umsomehr, als wir es gar nicht nötig haben, die Finanzen der Bodenreform auf Luftgebilden zu begründen.

Wir rechnen also mit der Steuer; die anderen oben besprochenen Einnahmen benutzen wir, um die Steuer zu ermäßigen, brauchen aber nicht damit zu rechnen. Wenn wir zusammen mit der Bodenreform auch die Geldreform durchführen, so können wir auch mit den genannten Einnahmen mit Bestimmtheit rechnen — aber die Bodenreform kann auch selbständig für sich allein durchgeführt werden. Allerdings brauchen wir dann Steuern, direkte Kapital- und Einkommensteuern.

Salus publica suprema lex. Dem Wohl des Vaterlandes opfert der brave Mann mit Freuden sein Leben; wird er da demselben Zwecke nicht auch sein Geld opfern? Lieb Vaterland, magst also ruhig sein; fest stehen die Finanzen der Bodenreform.

Freilich müßte man sich erst darüber einigen, was man als das öffentliche Wohl ansieht. Menger[1]) erblickt in der Erhaltung und Förderung des individuellen Daseins der Staatsbürger das wahre öffentliche Wohl. Aber das ist heute nicht die Ansicht der herrschenden Klassen. Hier heißt es „für Kaiser und Reich“ oder „für Thron und Altar“, beides Dinge, die dem einzelnen oft gleichgültig, wenn nicht feindlich gesinnt sind. So knallt man augenblicklich für „Thron und Altar“ die russischen Bürger, Frauen und Kinder haufenweise nieder; für Kaiser und Reich peitscht man sie durch, für das öffentliche Wohl schickt man sie nach Sibirien

Gelingt es aber, die oben bezeichnete Ansicht Mengers über das wahre öffentliche Wohl zur herrschenden zu machen, so dürfte meine Frage, ob man neben dem Leben auch das Eigentum der Bürger dem Staate opfern darf, unumwunden, freudig und ohne Mordgeschrei bejaht werden. Ich wenigstens vermag nicht zu begreifen, wie man dem Wohle des Staates das Leben der Bürger, aber nicht deren Eigentum opfern kann. Freilich, in Familien, die von Zins und Rente leben, und die völlig unfähig sind (körperlich und geistig), das Geld für ihre Bedürfnisse durch Arbeit zu erwerben, da nimmt der Besitz, das Geld, eine ganz phantastische, gigantische Bedeutung an. Es wird zu einem Körperorgan, dessen Amputation den Tod bedingt. Und so sehen wir ja auch nur zu oft, daß Leute, die ihren Besitz durch irgend ein Unglück verlieren, sogleich entschlossen in den Tod gehen. Solche Leute (und leider besteht die herrschende Klasse zum großen Teil aus solchen wirtschaftlichen Krüppeln), werden es darum auch für ganz selbstverständlich halten, daß man das Geld höher als das Leben stellt.

Die Mobilmachung wird in allen Ländern fast regelmäßig von einer Anleihe begleitet, d. h. die für die Kriegsführung nötigen Leiber requiriert man ohne Entschädigung einfach vom häuslichen Herde weg, während die Requisition des demselben Zwecke dienenden Eigentums als Zeichen niedrigster Barbarei verpönt ist. Als Zeichen höchsten Patriotismus wird nicht die Tatsache betont, daß die Frauen ihre Söhne in den Freiheitskrieg sandten, sondern daß sie ihr — Geld, ja sogar den goldenen Flitter — auf dem Altar des Vaterlandes opferten! Daß die Preußen 100000 Franzosen getötet und angeschossen haben, das haben die Bourgeois verziehen und vergessen, aber die alte Pendule und die Möbel, die die Soldaten als Heizmaterial verfeuerten, das haben diese Kretins heute noch nicht vergessen. Jenes war Leben, dieses aber Eigentum! — Wenn der Straßenräuber den Wanderer mit den Worten anhält „Geld oder das Leben“, so zeigt er, daß er die Eigentumsgesetze verachtet, aber das Leben seiner Mitmenschen zu erhalten sucht. Wenn derselbe Straßenräuber seine Handlungen nach den heutigen Staatsgrundsätzen leitete, so würde er den Wanderer, ohne eine Wort zu verlieren, töten und dann berauben!

Was ist das Eigentum? Was ich an mich reißen und verteidigen kann! sagt Stirner. Und gegen diese Auslegung läßt sich umso weniger etwas einwenden, je brutaler sie abgefaßt ist. Wenn ich also nicht zu den stärksten gehöre, so kann mein Eigentum nie viel mehr betragen als die Knochen, die mir der Löwe großmütig zum Benagen zurückgelassen. Die Nachlese, das ist das Eigentum aller,

---

[1]) Anton Menger: Neue Staatslehre. 4. Aufl. S. 22.

die nicht zu den stärksten gehören. Es nützt nichts, daß man sich gegen diese Auslegung des Eigentumsbegriffes sträubt; es ist einfach so. Wer vielleicht noch im Zweifel ist, den erinnere ich an den neuesten Raubzug der Agrarier, an die Erhöhung der Zölle. Der Rechen der Grundrentner hatte infolge verbilligter Seefrachten einige Zähne verloren, und die Nachlese für die Schwachen war etwas reichlicher als sonst ausgefallen. Das erweckte den Neid der Grundbesitzer, und so ließen sie den Rechen mit den neuen Zöllen wieder ausbessern, damit die Nachlese nicht so üppig ausfalle! Übrigens ist ja auch die Weltgeschichte da zum Beweise, daß das Eigentum Raub ist. Dies gilt vom Einfall der Juden in das gelobte (d. h. begehrte) Land, bis zur Vertreibung der Hereros, Hottentotten, Indianer, Buren, Australneger usw. Proudhon sagt „Eigentum ist Diebstahl", doch das ist falsch, denn Diebstahl ist eine heimliche verächtliche Handlung, während das Eigentum auf gewalttätigen Raub mit offenem Visier zurückzuführen ist. Das Eigentum braucht niemand als etwas Unehrenhaftes zu verbergen; im Gegenteil, es ist ein Beweis der Kraft und Klugheit.

Also, was ich an mich reißen und verteidigen kann, das ist mein Eigentum. Auf die Verteidigung also kommt es an. Denn was nützt mir eine Sache, die ich an mich gerissen habe, aber nicht verteidigen kann? Was nützen die Zölle, wenn die Agrarier sie nicht gegen jede neue Reichstagswahl verteidigen können? Also die Verteidigung, das ist das Eigentum. Aber wie nun, wenn der Eigentümer seine Sache nicht allein verteidigen kann, wenn er dazu der Mithilfe seiner Mitbürger bedarf? Geht mit dieser Hilfe nicht auch schon das Eigentum in den Mitbesitz der anderen über? Gemeinsame Verteidigung heißt somit gemeinsames Eigentum. In einem Lande mit allgemeiner Wehrpflicht haben darum auch alle wehrfähigen Männer Rechtsansprüche auf das gesamte, gemeinsam verteidigte Eigentum. Die Krone der Könige ist kommunistisches Eigentum des Heeres. Wenn wir heute trotz allgemeiner Wehrpflicht kein gleiches Eigentum haben (wenigstens in Bezug auf den Grundbesitz), so liegt das daran, daß die Eigentümer die Waffen monopolisiert haben. Man darf dabei nicht einseitig an die Kartätschen denken, sondern, und zwar in erster Linie, an die geistigen Waffen — an Kanzel, Beichtstuhl, Schule, Lehrmittel (Hölle, Himmel, Morallehre, Geschichte usw.) Alles, die ganze Staatsorganisation ist darauf zugeschnitten, den herrschenden Klassen die Beute gegen Lüsternheit der Spießgesellen zu sichern. Würde man die Kinder in der Schule, die Eltern in der Kirche lehren, daß die Erde ein Arbeitsprodukt Gottes ist, mit dem nicht geschachert und gewuchert werden darf, daß Kauf und Verkauf von Land Simonie ist, würde man den Reichtum inmitten des Elendes von den Kanzeln herab nach Christus Lehre als Todsünde brandmarken, dann wäre es bald aus mit dem Grundbesitz. (Demnach hätte Proudhon doch nicht Unrecht, wenn er das Eigentum für Diebstahl erklärt und nicht für Raub. Denn wenn man zu Fälschungen religiöser Lehren greifen muß und die Macht der Bildung und der Wissenschaft mißbraucht, um den Raub zu verteidigen, so nimmt solcher Raub schon mehr den Charakter des Diebstahls an.)

Mancher biedere Handwerksmeister würde sich höchlichst wundern, wenn man ihm nachzuweisen suchen wollte, daß der Grundsatz, wonach er seine Preise bestimmt, dem des Raubritters bedenklich ähnlich ist. Dieser Grundsatz ist, daß Nachfrage und Angebot die Preise bestimmen. Ist das Angebot klein und die Nachfrage (Bedarf, Verlegenheit, Not usw.) groß, flugs fällt der biedere Handwerksmeister über die Käufer her und plündert sie; dafür muß er es aber auch ertragen, daß im entgegengesetzten Falle die Käufer ihm das Fell über die Ohren ziehen. Anders handelte aber auch der Raubritter nicht, denn auch er beschränkte die Plünderung, auf daß der Kaufmann die Straße nicht völlig zu meiden brauchte. War die Nachfrage groß, d. h. blieb dem Kaufmann kein anderer Weg offen, so plünderte der Raubritter gründlich, sonst aber, bei Konkurrenzstraßen, mußte er sich mit einer geringen Abgabe (Zoll) begnügen.

In Deutschland wird das Apothekergewerbe auf Grund eines Privilegs betrieben, wodurch dem einzelnen Apotheker ein größerer Absatz gesichert wird, als wenn hier Gewerbefreiheit herrschte. Dieser größere Absatz würde nun dem Apotheker die Möglichkeit bieten, seine Arzneien um so billiger zu verkaufen. Er tut aber das Gegenteil; er beutet das Privileg aus, um neben dem großen Absatz noch „Apothekerpreise" zu fordern. Dabei handelt es sich hier noch meistens um Käufer, die mit Ach und Weh sich heranschleppen, um Leute die oft die letzten Pfennige zusammenscharren müssen, um die seligmachenden Pillen zu erlangen! Verglichen

hiermit scheint mir die Tat des Straßenräubers eine edle Handlung.[1]) Die Verhältnisse, die Konjunkturen ausbeuten, das ist der Grundsatz des Warenaustausches, der Beziehungen der Menschen untereinander. Und diese Verhältnisse sind nur zu oft: Not, Verlegenheit, Unglück, Leichtsinn, Krankheit, Alter und Tod. Die Pacht, die Wohnungsmiete, die Bahntarife, der Zins, der Zoll, die Handelsverträge, das alles kennt nur zur Richtschnur die Ausbeutung der Verhältnisse.

Wie die Parteien, so die Steuergesetze. Hätten die Sozialisten die Macht in Händen, so würden sie die progressive Einkommensteuer bis zur völligen Konfiskation der großen Einkommen zuspitzen. Was ist nun das alles?

Kann man da noch zwischen Raub, Diebstahl, Eigentum so scharf unterscheiden, wie zwischen Innen- und Außenseite der Gefängnistür? Macht, Gewalt, das ist das Eigentum, und die Grenze, wo der Gebrauch der Macht in Mißbrauch übergeht, läßt sich heute mit den Worten: Hie Eigentum, hie Diebstahl, gar nicht bezeichnen.

Das Eigentum wird erst dann von Raub und Diebstahl schärfer zu unterscheiden sein, wenn die Waffen gleichmäßig verteilt, wenn alle Monopole und Privilegien abgeschafft sein werden, kurz, wenn die Macht und Gewalt der Staatsorganisation nicht mehr zu Privatzwecken mißbraucht, sondern dazu benutzt wird, „um das individuelle Dasein der Bürger zu erhalten und zu fördern." Eigentum wird dann nur mehr aus Produkten eigener Tätigkeit bestehen und überhaupt auf Arbeitsprodukte beschränkt bleiben. Nicht mehr durch Gewalt und Teilung wird Eigentum entstehen, sondern durch Arbeit. Und zu dieser gesetzlichen Bestimmung des Begriffes Eigentum wird uns die Bodenreform und die mit ihr verknüpfte Abschaffung aller Privilegien führen.

Mit der Bodenreform wird Eigentum nicht mehr Diebstahl, sondern Arbeit sein.

10. Abschnitt. Die Wirkung der Bodenreform.

Nicht erst dann, wenn der letzte Titel der Bodenreformschuld eingelöst und verbrannt sein wird, werden sich die Wirkungen der Bodenreform zeigen, sondern gleich vom Tage an, wo die Enteignung gesetzlich beschlossen wird. Und zwar in erster Linie in der Volksvertretung, in der Politik.

Ähnlich wie es beim Turmbau in Babel der Fall war, werden sich die Volksvertreter nicht mehr verstehen, ja sie werden sich selbst nicht mehr wiedererkennen; sie werden als ganz andere Menschen, mit ganz neuen Idealen nach Hause zurückkehren. Das, was sie bisher vertraten, was sie verteidigten oder angriffen, wofür sie 1000 neue gewichtige oder auch frevelhaft leichtsinnige Gründe zusammengetragen hatten, existiert nicht mehr. Wie durch Zauberschlag hat sich die Gesetzjobberei, das wüste Schlachtfeld, in einen Friedhof verwandelt. Die Privatgrundrente existiert nicht mehr, und was war das Parlament anderes als eine Börse, wo à la hausse und à la baisse der Grundrente gejobbert, spekuliert und agitiert wurde. Eine Animierkneipe für höhere Zölle nannte es jemand, der dabei war! Es ist Tatsache, daß in den Parlamentsverhandlungen der letzten Jahre sich alles fast ausschließlich direkt und indirekt um die Grundrente drehte, und wenn behauptet wird, die Regierung dächte bei jeder Gesetzesvorlage immer in erster Linie an den Eindruck, den die Vorlage auf die Sozialdemokratie machen wird, so kann man diese Betrachtung ohne weiteres als unwahr

[1]) Es soll hier dem einzelnen Apotheker, dem einzelnen Gewerbe natürlich kein Vorwurf gemacht werden. Das Grundgesetz des Warenaustausches soll hier durch ein möglichst drastisches Beispiel beleuchtet werden. Dieses Gesetz zwingt jeden, einerlei welchem Stande er angehört, zehnmal am Tage zu Handlungen, die ihm die Schamröte ins Gesicht treiben.

bezeichnen. Zuerst denkt die Regierung an die Interessen der Grundrentner, ihrer Verwandten und Freunde. Die Grundrente bildet den Standpunkt, von dem aus sich die Regierung auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu orientieren sucht; die Grundrente ist der Pol, um welchen alle Gedanken der Regierungsmänner sich drehen, sowohl hier, wie überall in der Welt. Ob bewußt oder unbewußt, bleibt sich gleich. Ist die Grundrente in Sicherheit, dann ist alles in Ordnung.

Die langen und wüsten Verhandlungen bei Beratung der Kornzölle drehten sich um die Grundrenten. Jetzt, bei den Handelsverträgen, waren es die Interessen der Grundrentner, die allein Schwierigkeiten bereiteten. Bei den langwierigen beschämenden Verhandlungen um den Mittellandkanal war wieder allein der Widerstand der Grundrentner zu überwinden. Alle die kleinen, so selbstverständlichen Freiheiten, deren man sich heute erfreut, wie z. B. die Freizügigkeit, die Abschaffung der Leibeigenschaft und Sklaverei, mußten gegen die Grundrentner erkämpft werden, und zwar mit den Waffen. Denn zu Kartätschen griffen die Grundrentner, um ihre Interessen zu verteidigen. In Nordamerika war der lange mörderische Bürgerkrieg nur ein Kampf gegen die Grundrentner. Die Reaktion auf allen Gebieten geht zielbewußt von den Grundrentnern aus; ja, wenn es von den Grundrentnern abhinge, so wären die Freizügigkeit, das allgemeine Wahlrecht, der Volksschulunterricht und die Universitäten schon längst den Interessen der Grundrente geopfert worden.

Das alles hört nun mit einem Schlage auf. Wie Schnee wird die Politik der Agrarier an der Sonne der Bodenreform vergehen, verdampfen, versinken. Mit der Privatgrundrente verschwindet jedes private, klingende Interesse an der Politik; im Parlament wird sich niemand mehr die Taschen füllen können. Der Quell, der den Fonds für das Scheckbuch speiste, ist versiegt. Mit der Privatgrundrente verschwindet jedes Privatinteresse an der Politik; Politik aber, die nicht mehr von Privatinteressen geleitet wird, sondern von der höheren Warte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern Wissenschaft, reine Wissenschaft. Die Volksvertreter werden sich also in alle Staatsangelegenheiten wissenschaftlich vertiefen und eine Arbeitsweise sich aneignen müssen, bei der alle Leidenschaften schweigen, und wo man mit nüchternem Sinne die nüchterne Materie mit Hilfe der Statistik und Mathematik prüfen wird.

Doch nicht allein die Politik der Agrarier ist erschöpft, sondern auch die ihrer Gegner. Wozu sandte man denn die Sozialisten, die Freisinnigen und die Demokraten in den Reichstag? Damit sie die Interessen des Volkes gegen die räuberischen Gelüste der Grundrentner schützen sollten. Die Verteidiger werden aber überflüssig, sowie die Angreifer verschwinden. Das ganze liberale Parteiprogramm ist mit der Bodenreform als etwas völlig Selbstverständliches erledigt. Es denkt niemand mehr daran, dieses Programm anzutasten, überhaupt noch zu prüfen und zu kritisieren. Jedermann ist und denkt selbstverständlich liberal. Welchen Profit könnte der einzelne auch noch von der Politik erwarten? Was war Reaktion, was war das konservative Parteiprogramm? Grundrente, weiter nichts als Grundrente war es.

Selbst die reaktionären Agrarier von gestern denken heute liberal, fortschrittlich. Es waren doch Menschen wie alle anderen, weder besser noch schlechter; Räuber, wenn es ging, biedere Bauern, wenn sich die

Angegriffenen zur Wehr setzten. Es waren Lang- und Rundschädel, Slawen, Germanen, Romanen, keine besondere Rasse. Einig waren sie nur durch das gleiche materielle Interesse. Allerdings ein starker Kitt. Mit der Bodenreform geht die ganze Klasse im großen Mischmasch unter. Ja, die Junker von gestern sind sogar demokratisch gesinnt, denn was ist ein Graf ohne Land? Grundbesitz und Aristokratie (was man heute so nennt) sind ein und dasselbe. Jedem Aristokraten kann man an den Gesichtszügen ablesen, wieviel Hektar Land er besitzt, wieviel Rente sein Land abwirft.

Ich reiste einst mit drei Basken, die vor Jahren als Tagelöhner nach dem Feuerland auswanderten und pfiffig genug gewesen waren, sich die ganze Insel anzueignen. Vom Tagelöhner war keine Spur mehr zu sehen; im Gegenteil, im Benehmen, in der Gesinnung, in der Sprache -- jeder Zoll ein Edelmann, ein Grundrentner. Und zwar alle drei ganz gleichmäßig, obschon sie nicht verwandt waren.

Hebt man den Grundbesitz auf, so fallen damit auch alle Waffen, Zinnen und Burgen. Selbst der König geht mit der Bodenreform verloren. Ein König muß von Grundbesitzern umringt sein, sonst geht er zu Grunde, er friert, er erstarrt. Was soll auch ein König zwischen kotbedeckten Viehbauern, Schustern, Fabrikanten, karbolisierten Ärzten, bebrillten Gelehrten und spöttischen Künstlern? Ach, es wird im Bodenreformstaat gar zu einsam für einen Monarchen. Auch braucht der Monarch Schwiegersöhne für seine Prinzessinnen. Soll er sie dem Sohne eines amerikanischen Petroleum-, Weizen- oder Schweinekönigs anvertrauen? Das wäre ja Sodomie! Zwar bleiben ihm zur Gesellschaft noch die Soldaten. Aber auch diese sind so plebejisch geworden. Söhne von Pächtern, mit grobem, von der Arbeit breitgedrücktem Knochenbau, nichts für schlanke Prinzessinnen, für die Reproduktion des Fürstengeschlechts. Nein, mit der Bodenreform stirbt die Monarchie aus, aus Mangel an ebenbürtigem Geblüt. Und das scheint mir für das Königtum der einzig würdige Untergang.

Also, was sollen die Politiker noch im Reichstag? Es ist ja alles so einfach, so selbstverständlich geworden, seitdem die Grundrente nicht mehr jeder Neuerung im Wege steht. Der Entwickelung die Bahn frei! Das war der Ruf des Freisinns. Und jetzt ist sie frei. Nirgendwo kollidiert die Gesetzgebung noch mit Privatinteressen. Zwar besteht das mobile Kapital weiter, und dieses hat mit der Umwandlung des Grundkapitals in Mobilkapital (Staatsschulden) sogar um mehr als hundert Milliarden zugenommen. Aber das mobile Kapital unterliegt, weil exportfähig und international, ganz anderen Gesetzen als das Grundkapital. Zölle sind dem Mobilkapital nutzlos. Und gelänge es auch den Kapitalisten, durch irgendwelche reaktionäre Gesetze (ich könnte kein Beispiel nennen) die Macht des Kapitals zu erhöhen, so könnte dies nur auf Kosten des Lohnes erfolgen. Sinkt aber der Lohn unter das internationale Niveau, so strömt mobiles Kapital vom Ausland herein (braucht nicht in Form von Geld zu sein), um die niedrigen Löhne auszubeuten. Aber dadurch würden die Nachfrage nach Arbeitern und damit auch wieder die Löhne steigen! Es geht also nicht. Außerdem muß das mobile Kapital, schon um dem Wettbewerb des Auslandes Stand zu halten, den Fortschritt nach jeder Richtung fördern, und dies zwingt es, mag es wollen oder nicht, in die Bahn der Freiheit.

Mit der Beseitigung der Privatgrundrente werden Land und Stadt politisch nicht mehr getrennte Wege gehen, sondern vereint den gleichen Zielen zustreben. Würde z. B. die Landwirtschaft durch irgendeine Entwick-

lung einseitig begünstigt, so würden die Arbeiter von der Industrie zur Landwirtschaft übergehen und bei den öffentlichen Verpachtungen den Pachtzins jenen Vorteilen entsprechend in die Höhe treiben, wodurch das Gleichgewicht zwischen dem Ertrag der Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft wiederhergestellt würde. Und umgekehrt natürlich. Der Boden stände eben jedermann zu völlig gleichen Bedingungen zur Verfügung. Es ist darum vollkommen ausgeschlossen, daß mit der Bodenreform die Landwirtschaft noch in Interessengegensatz zur Industrie treten kann. Die Landwirtschaft und die Industrie werden durch die Bodenreform erst zu einer homogenen wirtschaftlichen und politischen Masse verschmolzen werden. Eine überwältigende Majorität, mit der alles, gegen die nichts erreicht werden kann.

Es würde zu weit führen, hier die Wirkung der Bodenreform auf politischem Gebiete bis in die äußersten Folgerungen zu verfolgen. Ich muß mich hier auf diese groben Umrisse beschränken. Sie genügen übrigens, um zu zeigen, daß mit der Bodenreform die heutige Parteipolitik wesenlos, ja daß die Politik überhaupt nach heutigen Begriffen erledigt wird. Politik und Grundrente ist eins. Zwar wird damit das Parlament nicht überflüssig, aber es wird von jetzt ab ganz andere Aufgaben zu lösen haben — Aufgaben, bei denen das Privatinteresse völlig ausgeschlossen sein wird. Es werden wissenschaftliche Kongresse abgehalten werden, und statt daß man Vertreter in das Parlament schickt, die über alles und jedes zu urteilen haben, und sich auch ein Urteil über alles erlauben, wird man Fachmänner für jede einzelne Frage entsenden. Auf diese Weise erhalten dann alle Fragen eine fachgemäße, wissenschaftliche Behandlung. Was wird nicht heute alles vom Parlamentsvertreter verlangt? Er soll über Militär und Marine, über Schule, Religion, Kunst und Wissenschaft, über Heilkunde (Impfzwang), Handel, Eisenbahnen, Post, Jagd, Landwirtschaft usw. usw., kurz, über alles und jedes rechtsprechen. Sogar über die Währungsfrage, wahrhaftig über die Währungsfrage, haben diese Allerweltskerle entscheiden müssen (Goldwährung), obschon mehr als 99 Proz. unter ihnen keine blasse Ahnung davon haben, was das Geld ist, was es sein soll und sein könnte.

Kann man da diesen geplagten Wesen einen Vorwurf daraus machen, daß sie schließlich in keiner Frage zu vertiefter Erkenntnis gelangen?

Diese seltsamen Figuren werden nun mit der Bodenreform verschwinden. Mädchen für alles wird das Volk zu den Beratungen nicht mehr entsenden, sondern Fachmänner, deren gesetzgeberische Vollmachten auf ihr Fach und die besondere, zur Verhandlung stehende Frage beschränkt bleiben. Mit der Frage ist auch das Mandat erledigt.

Ebenso tiefgreifend, wie in politischer Beziehung, wird die Bodenreform die allgemeinen sozialen Verhältnisse beeinflussen, und zwar auch gleich vom Tage der Enteignung an.

Das Bewußtsein, daß nun jeder dem vaterländischen Boden gegenüber völlig gleichberechtigt ist, wird jeden mit Stolz erfüllen und schon in seinem Äußeren einen Ausdruck finden. Das trotzige Selbstbewußtsein der Bauern wird zur allgemeinen Bürgertugend werden. Jeder wird den Nacken steif halten, selbst den gehorsamen und unterwürfigen Staatsbeamten wird der Mut zur Opposition nicht fehlen; wissen sie doch alle, daß sie im Boden einen Rückhalt haben, eine treue Mutter, die allen, die da draußen Schiff-

bruch leiden, eine Zuflucht gewährt. Denn der Boden wird allen, allen ohne Ausnahme, immer unter völlig gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen, dem Armen wie dem Reichen, Männern wie Frauen, jedem, der den Boden bearbeiten kann.

Man wird hier wohl einwenden, daß auch heute die Gelegenheit nicht fehlt, Boden zu pachten und zu bebauen, jedoch darf man nicht vergessen, daß die Grundrenten heute in die Privattaschen fließen, und daß dadurch jeder unmenschlich viel und schwer arbeiten muß, nur um sein Brot zu verdienen. Mit der Bodenreform wandert die Grundrente in die Staatskasse und kommt so direkt jedem zugute. in Form einer entsprechenden Steuerentlastung. Dadurch wird aber die Arbeit weniger, die jeder für seinen Lebensunterhalt leisten muß. Statt 10 Hektar zu bebauen, werden 6 oder 7 genügen, und mancher in der Stadtluft geschwächte Beamte wird als Bauer sein Leben machen können. Dies wird natürlich noch viel mehr der Fall sein, wenn wir mit der Geldreform auch noch den Kapitalzins beseitigt haben werden. Dann werden 4 Hektar genügen, wo jetzt 10 bebaut werden müssen, nur um das Leben zu fristen.

Dieses Selbstbewußtsein wird natürlich den gesamten Verkehr der Menschen umwandeln, die Sitten, Gebräuche, Redewendungen; selbst die Gesinnung, die Religion, wird eine edlere, freiere werden. Die Frauen werden den Männern gegenüber selbständiger werden; bei der Zuchtwahl werden körperliche und geistige Vorzüge statt der Hektare den Ausschlag geben; die monströsen Interessenehen, diese kapitalistische Sodomie, werden vom Lande verschwinden.

Nach Beseitigung der Privatgrundrente, und noch mehr nach Beseitigung des Zinses wird jede normal gebaute Frau imstande sein, ihr Brot und das ihrer Kinder in der Landwirtschaft zu verdienen. Wenn zu dem Zwecke 4 Hektar statt 10 genügen, dann genügt auch die Kraft einer Frau, wo man heute nur einen vollen Kerl gebrauchen kann. Ob die Rückkehr der Frau zur Landwirschaft nicht der „Frauenfrage" die glücklichste Lösung geben würde?

Jeder wird über das gesamte deutsche Reich, und, mit der Verallgemeinerung der Bodenreform, über die ganze Welt verfügen. Verglichen damit, sind die jetzigen Könige die reinen Bettler. Jedes neugeborene Kind, ob ehelich oder unehelich, wird 540,932 Quadratkilometer, 54 Millionen Hektar Land zu seiner Verfügung haben. Und jeder wird freizügig, keiner mehr wie die Pflanze an die Scholle gebunden sein. Jeder, dem das Klima nicht zusagt, dem die Gesellschaft nicht gefällt, der irgend eine lächerliche Handlung in seinem Leben beging und der Fopperei ausgesetzt ist, kurz jeder, der aus irgend einem Grunde einen Platzwechsel wünscht, löst seinen Pachtkontrakt und zieht fort. Dadurch werden die verschiedenen deutschen Stämme, die, wie zurzeit der Leibeigenschaft, an der Scholle kleben und von der schönen Welt nie etwas anderes als ihren Kirchturm gesehen, nie jemand anders als ihren Pastor gehört haben, in Bewegung geraten, neue Sitten, neue Arbeitsmethoden, neue Religionen, neue Gedanken kennen lernen. Die verschiedenen Stämme werden sich kennen lernen und auch einsehen, daß keiner besser als der andere ist, daß wir allesamt nur eine schmutzige, lasterhafte, qualmende, nach Alkohol riechende Gesellschaft gebildet haben. Und da, wie bekannt, man sich der Laster in der Regel vor Fremden mehr schämt als in der Heimat vor Bekannten und Verwandten, so ist anzunehmen, daß der Verkehr mit Fremden die Sitten strenger und reiner machen wird.

Viele Leute, die sich zuhause nachlässig kleiden, greifen zur Bürste und Stiefelwichse, wenn sie ausgehen. Was sie den Hausgenossen versagen, gewähren sie den Fremden. — Der Bauer schämt sich nicht, mit kotbedeckten Ochsen durchs Dorf zu fahren; geht es aber zur Stadt, dann wird das Gespann geputzt — Gegen

Leute, die man mit „Sie" anredet, ist man in der Regel höflicher als gegen die anderen, mit denen man mehr vertraut ist. — Mancher Ehegatte beträgt sich höflich, galant gegen wildfremde Frauen, zuhause aber ist er ein Flegel, usw. usw.

Aber die Bodenreform dringt umgestaltend in das innerste Wesen des Menschen: Den gemeinen Knechtsinn, der aus der Zeit der Leibeigenschaft noch dem Menschen anhaftet (dem Herrn nicht weniger als dem Knechte), weil der Privatgrundbesitz, diese Grundlage der Leibeigenschaft, fortbesteht, diesen knechtischen Sinn wird der Mensch mit dem Privatgrundbesitz endgültig abschütteln; er wird sich wieder aufrichten wie eine junge Tanne, die, vom niederzwingenden Gewichte des Schnees befreit, kerzengerade wieder emporschnellt. „Der Mensch ist frei, und wär' er in Ketten geboren." Allen Einflüssen paßt sich der Mensch an, und jeder Schritt auf der Bahn der Anpassung kommt durch Vererbung dem kommenden Geschlechte zugute. Nur in bezug auf die Knechtschaft findet keine Vererbung statt. Nicht einmal Narben wird darum auch der Privatgrundbesitz im Charakter der Knechte zurücklassen.

Wie erstaunlich schnell der Mensch, und vorzüglich die Frau, die Servilität, die Sklavenketten, abzulegen weiß, sobald die ökonomischen Verhältnisse es gestatten, erkennt man am besten an den Dienstmädchen. Mit jedem Punkt, den das Angebot der Nachfrage gegenüber auf dem „Gesindemarkt" verliert, wächst auch die Selbstachtung, die Würde der Mädchen, steigt auch die Achtung der Hausfrau vor dem Mädchen. Schritthaltend mit dem Lohne, ist auch die Behandlung besser geworden. Der Mensch wird eben in seinem Tun und Denken von äußeren Verhältnissen bestimmt; er achtet eine Sache gering, die er haufenweise auf der Straße findet, selbst wenn es sich um einen Menschen handelt. Wird jedoch der Mensch selten, muß man lange suchen, um eine oft wirklich unentbehrliche Hülfe fürs Haus zu finden, so schätzt und ehrt man diese Hülfe. Die Größe der Achtung, die man einem Menschen zollt, wird wie der Preis der Ware durch Nachfrage und Angebot bestimmt.

Von dieser wurzelechten, weil wirtschaftlich begründeten Freiheit, die uns die Bodenreform bringt, dürfen wir daher mit Recht alle die Früchte erwarten, die wir bisher umsonst von der Religion, von der Moral, vom Christentum einzuheimsen hofften. Muß der politische Friede im Innern nicht auch nach außen sich bemerkbar machen, wie die Zufriedenheit im innern Menschen sich in seinen Gesichtszügen widerspiegelt? Der herrische, gemeine, rohe Ton, der sich als natürliche Frucht der gemeinen Gesinnung, die die Grundrente groß zieht, in den politischen Verhandlungen einbürgert, muß auch unsere auswärtige Politik beeinflussen. Wir sind durch den ewigen Widerstreit der Interessen, den der Privatgrundbesitz mit sich bringt, gewöhnt worden, in jedem Nachbarn, in jedem Menschen einen Feind zu erblicken, und so sehen wir auch in jedem Nachbarvolk nur Feinde, die uns Böses wollen und gegen die wir uns wappnen müssen, wenn es nicht angeht, augenblicklich über sie herzufallen und sie zu erschlagen. Denn, nicht als Menschen und Brüder stehen sich die Völker gegenüber, sondern als Grundbesitzer. Schafft man hüben und drüben den Privatgrundbesitz ab, so wird damit der Zankapfel beseitigt. Es bleiben dann anstelle der Grundrentner nur Menschen, die vom gegenseitigen Verkehr nur Befruchtung ihrer Industrie, ihrer Religion, ihrer Kunst, Moral, Gesetzgebung, niemals aber Schaden erwarten können. Mit der Bodenreform wird jedes Privatinteresse an der Höhe der Grundrenten beseitigt, und wenn das in allen Nachbarländern der Fall ist, wer würde dann noch ein Interesse haben an den Grenzzöllen, die den Verkehr der

Völker verpesten, Zwietracht stiften, zu Repressalien führen und alle Interessen so verwirren, bis sich die Völker nicht anders als durch Pulver und Blei wieder Luft machen können. Mit der Bodenreform bürgert sich der Freihandel von selbst ein. Nun lassen wir den vollen Freihandel nur einige Jahrzehnte sich frei entwickeln und entfalten, und wir werden bald sehen, wie innig das Interesse der Völker mit der Förderung und Aufrechterhaltung dieses Handels verknüpft ist, mit welcher Liebe gute Beziehungen zu den Nachbarvölkern vom ganzen Volke gepflegt werden, wie die Familien hüben und drüben durch Bande der Blutsverwandtschaft fest aneinander gekettet werden, wie die Freundschaft zwischen Künstlern, Gelehrten, Arbeitern, Kaufleuten, Geistlichen alle Völker der Welt zu einer einzigen, großen Gesellschaft verketten wird, zu einem Völkerbund, den die Zeit und die Privatinteressen immer nur inniger und fester schnüren, bis zum Verschmelzen der Teile zusammenschweißen können.

Ohne Privatgrundrenten gibt es keinen Krieg mehr, weil es keine Zölle mehr gibt. Die Bodenreform ist daher gleichzeitig Weltfreihandel und Weltfriede.

In bezug auf das allgemeine Lohngesetz ist nur zu sagen, daß mit der Bodenreform und nach Tilgung der Schuld

die gesamten Grundrenten in den Lohnfonds

ausgeschüttet werden und daß dann der allgemeine Arbeitsertrag gleich sein wird dem gesamten Arbeitsprodukt, abzüglich Kapitalzins.

(Fortsetzung der Darstellung des Lohngesetzes im II. Teil.)

---

11. Abschnitt. Die Theorie der Bodenreform.

Der Bodenreformer beansprucht die ganze Erdkugel, er betrachtet sie als ein Glied des Menschen, als ein untrennbares, anatomisches Hauptorgan, und zwar die ganze Erdkugel, nicht einen Teil derselben; und die Frage, die er zu beantworten hat, ist die, wie jeder in den Vollgebrauch dieses Hauptorgans gelangen kann.

Teilung der Erde ist ausgeschlossen, denn durch die Teilung erhält jeder nur einen Teil, während er doch das ganze braucht. Kann man die Ansprüche der einzelnen Familienmitglieder auf die Suppenschüssel damit befriedigen, daß man diese zerschlägt und jedem eine Scherbe hinwirft? Außerdem müßte bei jedem Begräbnis, bei jeder Geburt die Teilung von neuem beginnen, ganz abgesehen, daß die Teile durch Lage, Qualität, Klima usw. sämtlich verschieden sind und darum niemand zufrieden gestellt werden kann. Denn während der eine seinen Teil auf sonniger Höhe haben möchte, sucht der andere die Nähe einer Bierbrauerei auf. Die Teilung (heute in der Regel durch Erbschaft) nimmt jedoch keine Rücksicht auf solche Wünsche, und so muß der Bierphilister täglich von der sonnigen Höhe herunter, um unten im Tale sein Bäuchlein zu füllen,

während der andere nach der sonnigen Höhe lechzt und in der Talluft geistig und körperlich verkümmert.

Durch die Teilung wird niemand befriedigt; die Teilung kettet den Menschen an die Scholle, besonders wenn, wie das in der Regel der Fall ist, der Austausch der Teile (Umsatz) durch Umsatzsteuern erschwert wird. So möchte mancher wohl aus Gesundheitsrücksichten wegziehen, mancher, der mit der Nachbarschaft verfeindet ist, täte aus Sicherheitsrücksichten wohl, eine andere Gegend aufzusuchen, aber sein Grundbesitz läßt ihn nicht los.

Die Umsatzsteuer beträgt vielerorts in Deutschland 1—2—3 Proz.; hier in Neuenburg sind es 4 Proz. und im Elsaß gar 5 Proz. Bedenkt man, daß in der Regel die Grundstücke zu $^3/_4$ hypothekiert sind, so bilden die 5 Proz. Umsatzsteuer schon 20 Proz. der Anzahlung, oder des Kapitals des Käufers. Wenn also jemand nur 5mal seinen Platz wechselt — was für die gute Entwicklung des Menschen durchaus nicht zu viel ist — so löst sich sein ganzes Kapital in Steuern auf.

Für junge Landwirte ist der hohe Norden vortrefflich; mit dem Alter, wenn der Stoffwechsel träger wird, ist ein gemäßigtes Klima manchmal vorzuziehen, während ganz alte Leute in warmen Ländern sich am wohlsten fühlen. — Wie soll man nun mittels Teilung all diesen und tausend anderen Wünschen gerecht werden? Soll jeder seinen Acker im Koffer herumschleppen? Sollen sie ihren Teil hier verkaufen, um ihn dort wieder zu kaufen? Was das bedeuten würde, weiß jeder, der dem Grundstückshandel nicht unausgesetzte Aufmerksamkeit schenken kann, aber durch die Verhältnisse gezwungen wird, seinen Platz mehrmals zu veräußern. Es geht ihm wie dem Bauer, der eine Kuh zu Markte führte und nach einer Reihe von Tauschgeschäften schließlich einen Kanarienvogel heimbrachte. Darum muß gewöhnlich der Grundbesitzer für den Verkauf „die Gelegenheit abwarten". Aber während er hier die Gelegenheit für den Verkauf, und dann dort wieder die Gelegenheit für den Kauf abwartet, vergeht die Zeit, so daß er gewöhnlich auf die Vorteile, die er vom Ortswechsel erwartet, verzichten muß. Wie mancher Bauer möchte gern in die Nähe der Stadt ziehen, um seinen begabten Kindern den Besuch der Schulen zu ermöglichen, wie mancher möchte die Nähe der Stadt fliehen, um seine Kinder in jungfräulicher Natur groß zu ziehen! Wie mancher gute Katholik, den sein Erbteil unter die Ketzer verpflanzt hat, sehnt sich in die Nähe eines katholischen Kirchhofes, wo er hoffen darf, daß seine Gebeine eines Tages die Gesellschaft rechtgläubiger Knochen genießen werden. Der Grundbesitz beraubt sie all dieser Genüsse; der Grundbesitz macht aus ihnen Kettenhunde, armselige Proletarier, Leibeigene, Sklaven des Bodens.

Und wie mancher, der gern bis an sein Lebensende die Scholle bebauen möchte, auf der schon seit Urzeiten seine Väter den Pflug führten, wird von einem Gläubiger, einem Wucherer, vom Steuerexekutor vertrieben. Die Eigentumsgesetze verjagen ihn von seinem Eigentum.

Und wie mancher, der von seinem Vater sein „Teil" geerbt und seine 9 Geschwister nur durch Übernahme einer Hypothek von 90 Proz. hat auszahlen können, wird jetzt durch die Hypothek erdrosselt. Eine geringe Lohnsteigerung, ein schwacher Rückgang der Grundrente (der allein schon durch eine Herabsetzung der Schiffsfrachten herbeigeführt werden kann) genügt, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, den Hypothekenzins zu zahlen, genügt, um die ganze Wirtschaft unter den Hammer zu bringen.

Er rackert sich ab, er rechnet, schwitzt und politisiert — sein Eigentum zieht ihn unnachsichtlich in die Tiefe.

Viel schlimmere Folgen noch für die „Teilhaber“ hat die Teilung der Erde in Form von Kollektivbesitz, so wie ihn der Gemeindebesitz darstellt. Ein Verkauf seines Anteils ist dem einzelnen nicht möglich, und das Verlassen der Gemeinde ist mit dem Verluste des Anteils verknüpft. Die Umsatzsteuer verwandelt sich hier in eine Umzugssteuer von 100 Proz. Es gibt Gemeinden, die nicht nur keine Steuern erheben, sondern noch bares Geld verteilen. Um nun diese Einnahmen nicht zu verlieren, bleibt mancher in der Gemeinde, trotzdem ihm die klimatischen, politischen, kirchlichen, geselligen Umstände, die Bier- und Lohnverhältnisse nicht zusagen. Und ich bin überzeugt, daß es nirgends mehr Prozesse, Zank und Mordtaten gibt, daß nirgends unglücklichere Leute leben müssen, als gerade in solchen reichen Gemeinden. Auch bin ich überzeugt, daß die Lohnverhältnisse in solchen Gemeinden schlechter als anderswo sein müssen, weil die für den Erfolg der Industrie so nötige und von den persönlichen Fähigkeiten bestimmte, freie Berufswahl durch die hier aufgehobene Freizügigkeit ganz außerordentlich beschränkt wird. Jeder ist hier auf die Industrie angewiesen, die sich am Orte hat entwickeln können, und während der eine vielleicht als Astronom oder Tanzlehrer in der Welt sein Glück gemacht hätte, muß er hier, weil er seine Gemeinderechte nicht verlieren will, als Holzhacker sein Leben fristen.

Auf die gleichen Nachteile der „Teilung der Erde“, nur noch im Verhältnis wachsend, stoßen wir, wenn wir die Erde unter die einzelnen Völker verteilen. Keinem Volke genügt der ihm angewiesene Teil, keinem Volke kann dieser Teil genügen, muß doch zu seiner gedeihlichen Entwicklung jedes Volk wie jeder einzelne Mensch die ganze Erdkugel besitzen. Da nun der Teil nicht genügt, so sucht man durch Eroberung den Besitz zu vergrößern. Aber zur Eroberung gehört militärische Kraft, und es ist ein durch die Geschichte der Jahrtausende bestätigtes Gesetz, daß diese Kraft mit der Größe des Gebietes, auf das sie sich verteilt, abnimmt, wodurch die Möglichkeit ausgeschlossen wird, daß sich alle Völker der Erde auf dem Wege der Eroberung einigen können. Die Eroberung beschränkt sich darum gewöhnlich auf kleine Happen, die dann bei einer passenden Gelegenheit wieder verloren gehen. Und was der eine durch die Eroberung gewinnt, verliert der andere; und da dieser andere das gleiche Bedürfnis nach Ausdehnung empfindet, so bereitet er sich auf Rückeroberung vor und lauert auf Gelegenheit, über den Nachbar herzufallen.

So hat nun schon so ziemlich jedes Volk versucht, sich durch Eroberung in den ersehnten Besitz der Erdkugel zu setzen, immer mit dem gleichen Mißerfolg. Das Schwert wird, wie jedes Handwerkszeug, stumpf durch den Gebrauch. Und welche Opfer werden diesen kindischen Versuchen immer und immer wieder gebracht. Ströme von Blut, Berge von Leichen, Meere von Geld und Schweiß. Dabei keine Spur eines Erfolges. Die politische Weltkarte sieht heute aus wie ein Bettlerrock, geflickt und zerfetzt; neue Grenzzäune erheben sich alle Tage, und eifersüchtiger denn je bewacht jeder seinen Knochen, seine von den Vätern geerbte Bettelsuppe. Kann man heute noch mit vernünftigen Gründen hoffen, daß einmal ein Eroberer erstehen wird, der uns alle vereint? Un-

sinnig wäre solche Hoffnung. Die Teilung führt zu Krieg, und der Krieg kann nur zusammenflicken. Die Nähte reißen immer wieder auf. Der Mensch braucht die ganze Erde, die ganze Kugel, keinen zusammengeflickten Fetzen. Und zwar jeder einzelne Mensch, jedes einzelne Volk; und so lange diesem Elementarbedürfnis des Menschen nicht genügt wird, gibt es Krieg. Mann gegen Mann, Volk gegen Volk, Kontinent gegen Kontinent. Wobei noch zu beachten ist, daß der aus solchen Ursachen entbrannte Krieg stets und regelmäßig das Gegenteil dessen erzeugen muß, was die Kriegführenden bezwecken. Trennung statt der Einigung; Verkleinerung statt Vergrößerung, Abgründe statt Brücken.

Es ist ja wahr, daß mancher Philister sich am „gemütlichsten" in einer verräucherten Bierkneipe fühlt, daß mancher Spießbürger sich unsicher, unbehaglich fühlt oben auf dem Gipfel des Berges. Auch von den Stockpreußen erzählt man, daß sie der Vereinigung mit dem deutschen Reiche mit Widerwillen zugestimmt haben; der neue Glanz blendete sie: Die Bettlerinstitution der Erdteilung erzeugte eben ein Bettlergeschlecht. Borussia, der immer nur Kupferstücke zugeworfen wurden, erschrak, als ihr aus Versehen ein Nickel in den Schoß fiel.

Darum sagen die Bodenreformer: Weg mit diesen veralteten, stumpfen Werkzeugen, weg mit den Kanonen, weg mit dem Puppenspiel. Heraus mit den Zaunpfählen, nieder mit den Grenzen, ins Feuer mit den Grundbüchern. Keine Teilung und Zertrümmerung der Erdkugel, keine Scherbe. Suum cuique — jedem das Ganze.

Wie kann man nun dieser Forderung ohne Kommunismus, ohne internationale Verbrüderung und ohne Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit der einzelnen Volkshaufen genügen?

Sehen wir zu, wie die Bodenreformer diese Fragen beanworten, wie sie das scheinbar Unmögliche mit einfachen Mitteln erzielen.

Das Grundeigentum wird aufgehoben, der Boden als Gemeingut erklärt. Dann wird der Boden für die Zwecke der Arbeit parzelliert, und die Parzellen öffentlich meistbietend verpachtet. Das Pachtgeld wandert in eine gemeinsame Kasse, um von hier wieder auf alle gleichmäßig verteilt zu werden.

Das ist in großen Zügen die Forderung der Bodenreformer.

Wird nun mit der Verwirklichung dieser Forderung nicht schon jedem das ganze, innerhalb der Staatsgrenze gelegene Land zugänglich gemacht und als sein Eigentum erklärt? Erhält nach diesem System nicht jeder das Land zugewiesen, wonach er sich sehnt, wird nicht hierdurch jeder Wunsch, ja jede Laune und Grille berücksichtigt? Wird das Umzugsgut durch dieses System nicht um den ganzen Ballast des Grundeigentums erleichtert und die Freizügigkeit nicht nur gesetzlich, sondern auch materiell eingeführt?

Sehen wir näher zu. — Ein Bauer bewirtschaftet in der norddeutschen Tiefebene einen großen Hof mit seinen Buben. Jedoch, da diese nichts von der Landwirtschaft wissen wollen und in die Stadt ziehen, um ein Gewerbe zu betreiben, so wird der Hof zu groß für den Bauer, dessen Leistungsfähigheit überdies durch Alter und Gebrechlichkeit abgenommen hat. Er möchte also einen kleineren Hof bewirtschaften und dies mit der Erfüllung eines Jugendtraumes verbinden, nämlich auf Bergen zu wohnen,

die ihm wohl oft geschildert wurden, die er aber nie gesehen hat. Auch möchte er nicht weit von Frankfurt wohnen, weil sich seine Söhne dort niederließen.

Das wäre nun heute eine ziemlich schwierige, für einen Bauer fast unausführbare Sache. Erstens muß er seinen Hof in Norddeutschland verkaufen und die Gelegenheit dazu abwarten. Dann weiß er nicht, ob er auch gleich dort in der Gegend von Frankfurt einen Hof käuflich finden wird. Und zwar einen Hof, der seinen Bedürfnissen und Wünschen entspricht. Er wünscht, wie gesagt, entsprechend seiner verminderten Leistungsfähigkeit einen kleinen Hof, entsprechend seinem Alter einen warmen, sonnigen Platz, entsprechend seinen Jugendträumen eine waldige, bergige Gegend.

Nach Einführung der Bodenreform ist die Sache anders. Grundeigentum hat er nicht, er ist also frei, freizügig, wie ein Zugvogel. Selbst den Ablauf seines Pachtkontraktes braucht er nicht abzuwarten, da er gegen Zahlung einer Buße den Vertrag alle Tage lösen kann. Er bestellt sich also den illustrierten Katalog, den die einzelnen Provinzen regelmäßig über die zur Pacht stehenden Höfe ausgeben und notiert sich diejenigen Höfe, die seinen Verhältnissen am besten entsprechen. An Auswahl wird es nicht fehlen, denn rechnen wir mit einer durchschnittlichen Pachtdauer von 20 Jahren, so würde von je 20 Höfen jährlich einer frei, oder jährlich etwa 150 000 Höfe in Durchschnittsgröße von 10 Hektaren — und zwar große und kleine, für alle Verhältnisse, im Gebirge, in der Ebene, am Rhein, an der Elbe, an der Weichsel, in katholischen und protestantischen Gegenden, in konservativen, liberalen, sozialistischen Kreisen, im Morast, im Sande, am Meer, für Viehzüchter oder Zuckerrübenbauer, im Walde, im Nebel, an frischen Bächen, in verräucherten Industriegegenden, in der Nähe der Stadt, der Brauerei, der Garnison, des Bischofs, der Schule, im französischen und polnischen Sprachgebiet, für Lungenkranke, für Herzleidende, für starke und schwache, alte und junge — kurz gesagt, eine Auswahl von jährlich 150 000 Höfen, die zu seiner Verfügung stehen, die sein Eigentum darstellen, die er nur zu bearbeiten braucht. Wird da nicht jeder sagen können, daß er das ganze Reich besitzt? Was fehlt ihm denn noch zum Besitze des Reiches? Mehr als einen Hof kann er doch nicht gleichzeitig bewohnen und besitzen. Denn besitzen heißt darauf sitzen. Auch wenn er ganz allein die Erde bewohnte, müßte er sich doch für einen Platz entschließen.

Aber die Pacht, der Pachtzins? Gewiß, man wird ihm eine Pacht abfordern, aber diese Pacht ist die Gegenleistung der Grundrente, die kein Produkt des Bodens, sondern ein Produkt der Gesellschaft bildet. Vom Baugrund der Stadt Berlin werden jährlich 120 Millionen an Renten erhoben; ohne die Stadt würde man von demselben Boden als Kartoffelland vielleicht nur ebensoviele Hunderte erheben können. Es ist also die Stadt, nicht der Boden, der die 120 Millionen erzeugt. Und der Mensch hat ein Recht auf die Erde, nicht auf die Menschen. Wenn also der Bauer die Rente, die er in den Preisen seiner Feldfrüchte von der Gesellschaft erhebt, wieder in Form von Pacht an die gleiche Gesellschaft abträgt, so wirkt er einfach als Rendant, als Rentenerheber, als Steuerempfänger; sein Recht auf den Boden wird dadurch nicht verkümmert. Er giebt der Gesellschaft zurück, was ihm diese im Preise der Boden-

produkte über seine Arbeit hinaus bezahlt hatte. Da nun aber der Pächter auch wieder Mitglied der Gesellschaft ist, so kommt auf ihn auch wieder sein Anteil an den Pachtsummen. Er bezahlt also tatsächlich auch nicht einmal Pacht; er liefert nur die von ihm einkassierten Renten zur genauen Verrechnung mit der Gesellschaft an diese ab.

Wir müssen also zugeben, dass mit der Bodenreform das Recht jedes Einzelnen auf das ganze deutsche Gebiet in absoluter Form geschützt und verwirklicht wird.

Aber mit der deutschen Scherbe ist dem zivilisierten Menschen nicht genügt. Er reklamiert das Ganze, die Erdkugel, als sein Eigentum, als ein anatomisches Glied seiner Persönlichkeit.

Auch diese Schwierigkeit löst die Bodenreform. Denken wir uns die Bodenreform auf alle Länder ausgedehnt; ein Gedanke, der alles Absonderliche verliert, wenn wir überlegen, daß so manche nationale Einrichtung, sobald sie sich als gesund erweist, die Grenzen des Landes überschreitet und sich die ganze Welt erobert. Ich brauche hier nur an die allgemeine Wehrpflicht, den obligatorischen Schulunterricht, den Parlamentarismus, den Weltpostverein usw. usw. zu erinnern! Also angenommen, die Bodenreform sei international eingeführt und durch Verträge dadurch ergänzt worden, daß einwandernde Bürger anderer Staaten als gleichberechtigt angesehen werden, was ja schon heute in Bezug auf die Gesetze so ziemlich allgemein der Fall ist. Was fehlt dann noch für die Verwirklichung des Rechtes jedes einzelnen Menschen auf den Besitz der ganzen Erdkugel? Die ganze Welt bildet von nun an sein uneingeschränktes Eigentum: er kann überall, wo es ihm gefällt, sich ansiedeln, und zwar völlig umsonst, denn die Pacht, die er bezahlt, wird, wie gesagt, nicht vom Boden erhoben, sondern als Gegenleistung der Rente, die er in den Preisen der Produkte von der Gesellschaft erhebt.

Also durch die Bodenreform, sobald sie international durchgeführt wird, kommt jeder einzelne Mensch in den Besitz der ganzen Erdkugel. Sie gehört ihm, sie ist, wie sein Kopf, sein absolutes Eigentum. Sie ist mit ihm verwachsen. Sie kann ihm nicht auf Grund eines protestierten Wechsels, einer Hypothek, einer Gutschrift für einen verkrachten Freund, abgenommen, amputiert werden. Er kann machen was er will, trinken, spielen, spekulieren; sein Eigentum ist unantastbar. Ob er das Erbe seiner Väter mit 12 Geschwistern teilen muss, oder ob er fils unique ist; für das Grundeigentum ist das gleichgültig geworden. Ganz unabhängig von seiner Person und seinen Handlungen bleibt die Erde sein Eigentum. Liefert er die im Preise der Ackererzeugnisse einkassierte Rente nicht an die Gesellschaft ab, so wird man ihn unter Vormundschaft stellen, aber die Erde bleibt darum nicht weniger sein Eigentum.

Durch die Bodenreform kommt jedes Kind als Grundeigentümer zur Welt, und zwar hält jedes Kind, ob ehelich oder unehelich geboren, wie das Christuskind zu Prag die Erdkugel in der Hand. Die schwarzen Hottentottenkinder, die rötlichen Indianer, die goldenen Japaner, die rosigen Europäer, allen ohne Ausnahme gehört die Erde ungeteilt.

Die Frage, ob die Grundrente nicht, statt in die Staatskassen, in eine internationale Weltkasse abzuliefern sei, wollen wir hier nur berühren, die Beantwortung jedoch den nächsten Generationen überlassen. Einzelne Länder sind ja von Natur sehr begünstigt worden mit Kohlenlagern, Petrolquellen usw., und sind imstande,

von den umliegenden Völkern unverhältnismäßig hohe Renten zu erheben. Dies würde vielleicht zu allerlei Reibungen Anlaß geben, sicherlich zu einer Anhäufung von Krüppeln und Bettlern, die von allen Seiten durch die hohen Renten angezogen würden. Dies könnte dadurch verhindert werden, daß die Grundrenten, soweit sie eine auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Durchschnittssumme übersteigen, den stiefmütterlich bedachten Gegenden zugeführt würden, in Form von Bodenmeliorationen großen Stils — Berieselung von Wüsteneien, Kanalisierung von Landengen, Aufforstung der Gebirge usw.

---

12. Abschnitt. Die Moral der Bodenreform.

Staub bist Du, und in Staub wirst Du zerfallen. Das scheint wenig, aber man unterschätze die wirtschaftliche Bedeutung dieses Staubes ja nicht. Denn dieser Staub ist ein Bestandteil der Erde, die den Grundbesitzern gehört. Um zu werden und zu wachsen, brauchst Du Bestandteile der Erde; schon ein geringer Fehlbetrag an Eisen in Deinem Blut bringt Dich um Deine Gesundheit. Ohne die Erde und (falls diese den Grundbesitzern gehört) ohne Erlaubnis der Grundbesitzer darf niemand geboren werden. Das ist durchaus keine Übertreibung. Die Analyse Deiner Asche ergibt einen gewissen Prozentsatz erdiger Bestandteile, die niemand aus der Luft gewinnen kann. Diese erdigen Bestandteile gehörten einmal der Erde oder ihren Eigentümern, sie sind von diesen gekauft oder gestohlen worden. Eins von beiden.

In Bayern wird die Erlaubnis zum Heiraten von einem gewissen Einkommen abhängig gemacht. Die Erlaubnis zur Geburt wird gesetzlich allen denen versagt, die den Staub nicht bezahlen können, der für den Aufbau ihres Knochengerüstes nötig ist.

Ohne Erlaubnis der Grundbesitzer darf aber auch niemand sterben, denn in Staub wirst Du zerfallen, und dieser Staub beansprucht Platz auf der Erde, und was nun, wenn der Grundbesitzer Dir diesen Platz versagt? Wer daher ohne Erlaubnis auf dem Boden eines Grundbesitzers stirbt, der bestiehlt den Grundbesitzer. Und der Diebstahl wird doch unter die himmelschreienden Sünden klassifiziert. Den Mammon darf jeder heute anbeten, aber Diebstahl? Wer darum seine Begräbnisstelle nicht bezahlen kann, fährt geradeswegs in die Hölle, wo Heulen und Zähneknirschen das Knistern des ewigen Feuers begleiten. Darum sagt auch das spanische Sprichwort: Er hat nicht, wo er zum Sterben hinfallen darf. Und die Bibel: Des Menschen Sohn hat nicht, wo er sein Haupt hinlegen kann.

Aber zwischen Wiege und Sarg liegt das ganze lange Leben, und das Leben ist ja bekanntlich nichts als ein Verbrennungsprozeß. Der Körper ist ein Ofen, worin eine konstante Hitze erhalten werden muß, wenn der Lebensfunken nicht sofort erlöschen soll. Diese Wärme sucht man innerlich durch Nahrungszufuhr, äußerlich durch Kleidung und Wohnung als Schutz gegen die Wärmeausstrahlung zu erhalten.

Nun gehören aber wieder die Nahrungsmittel, wie auch die Kleiderstoffe und das Wohnungsmaterial zu den Produkten der Erde, und was nun, wenn die Eigentümer dieser Erde Dir diese Stoffe verweigern?

Ohne die Erlaubnis der Erdbesitzer wird also niemand essen, sich kleiden, überhaupt leben dürfen.

Das ist auch durchaus keine Übertreibung. Die Amerikaner versagen den Chinesen die Einwanderung, die Australier weisen von ihren Küsten alle ab, deren Haut nicht hellweiß ist; selbst schiffbrüchige Malayen, die an der australischen Küste Schutz suchten, wurden mitleidlos wieder ausgewiesen.[1] Und wie verfährt bei uns die Polizei mit allen, die nicht über die Mittel verfügen, sich die Produkte der Erde zu kaufen? Du hast nichts, Du lebst aber, folglich stiehlst Du. Deine Körperwärme, die nur die Frucht eines mit Bodenprodukten unterhaltenen Feuers sein kann, verrät Deine Missetat, verrät, daß Du stiehlst! Marsch ins Gefängnis! Darum pflegen ja auch die Handwerksburschen sich einen unantastbaren eisernen Geldfonds zuzulegen, darum stellen sie sich, im Vollbewußtsein ihrer Schuld, mit den Worten vor: Entschuldigen Sie, ein armer Reisender.

Häufig hört man die Redensart: Der Mensch habe ein natürliches Recht auf die Erde. Das ist aber Unsinn, denn dann könnte man auch sagen, der Mensch habe ein Recht auf seine Glieder. Von „Rechten“ wollen wir hier nicht reden, sonst könnte man ja auch sagen, die Tanne habe ein Recht, ihre Wurzeln in die Erde zu senken. Kann der Mensch im Luftballon sein Leben verbringen? Die Erde gehört zum Menschen, sie bildet einen organischen Teil des Menschen, wir können uns den Menschen ohne die Erde ebensowenig denken, wie ohne Kopf und Magen. Wie der Kopf, so ist auch die Erde ein Teil, ein Glied des Menschen. Wo beginnt der Verdauungsapparat des Menschen und wo hört er auf? Etwa am Mund und After? Falsch, ganz falsch! Dieser Apparat fängt nirgendwo an und hat auch kein Ende, er bildet einen geschlossenen Kreis ohne Anfang und Ende. Die Stoffe, die der Mensch braucht, sind im Rohzustand unverdaulich — sie müssen vorher bearbeitet werden, eine Vorverdauung durchmachen. Und diese Vorarbeit verrichtet nicht der Mund, sondern die Pflanze. Diese sammelt und verwandelt die Stoffe, so daß sie auf ihrem weiteren Weg durch den Verdauungskanal assimiliert werden können. Die Pflanzen mit ihrem Standort in der Erde gehören also ebenso zum Menschen, wie der Mund, die Zähne, der Magen.

Jedoch ist dem Menschen nicht wie der Pflanze mit einem Teile der Erde gedient, der Mensch braucht die ganze Erde, und zwar braucht jeder einzelne Mensch die ganze Erde ungeteilt. In Tälern und Inseln wohnende oder durch Mauern und Zölle abgeschlossene Völker verkümmern, sterben aus. Handelsvölker dagegen, die mit allen Produkten der Erde ihr Blut würzen, bleiben frisch, vermehren sich und erobern die Welt. Die leiblichen und geistigen Bedürfnisse der Menschen senken ihre Wurzeln in jedes Krümelchen der ganzen Erdrinde; sie umfassen die Erde wie mit Polypenarmen. Alles braucht der Mensch, nicht einen Teil. Er braucht die Produkte der Tropen, der gemäßigten Zone und des hohen Nordens, er braucht für seine Gesundheit die Gebirgs-, See- und Wüstenluft. Zur Blutauffrischung braucht er schwarze, weiße, rote und gelbe Weiber; zur Geistesauffrischung braucht er den Verkehr und die Erfahrung aller Völker der Erde. Er braucht alles, selbst die Götter der verschiedenen Völker braucht er als Vergleichsobjekte für seine Religion. Die ganze

[1]) Land Values, 1905 S. 138.

Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ des Menschen, jedes einzelnen Menschen.

Dürfen wir nun gestatten, daß einzelne Menschen Teile dieser Erde, Teile von uns selbst, als ausschließliches und ausschließendes Eigentum in Beschlag nehmen, Zäune errichten und mit Hunden und dressierten Sklaven uns von Teilen der Erde abhalten, uns ganze Glieder vom Leibe reißen? Bedeutet ein solches Vorgehen nicht dasselbe, wie eine Amputation an uns selbst?

Man wird vielleicht diesen Vergleich nicht gelten lassen wollen, weil das Abschneiden eines Grundstückes nicht mit Blutverlust verbunden ist! Blutverlust! Wäre es doch nur gemeiner Blutverlust! Eine gewöhnliche Wunde heilt; man schneidet ein Ohr, eine Hand ab, der Blutstrom versiegt, die Wunde vernarbt. Aber die Wunde, die uns die Amputation eines Grundstückes am Leibe hinterläßt, eitert ewig, vernarbt nie. An jedem Zinstermin, am Martinstag springt die Wunde immer wieder auf, und das rote goldene Blut fließt in Strömen ab. Bis aufs Weiße wird da der Mensch geschröpft, blutleer wankt er einher. Die Amputation eines Grundstücks von unserem Leibe ist die blutigste aller Operationen, sie hinterläßt eine jauchige, klaffende Wunde, die nur unter der Bedingung heilen kann, daß das geraubte Glied wieder angesetzt wird.

Aber wie? Ist nicht die Erde schon zerstückelt, in Scherben zerschlagen, zerteilt und verteilt? Und hat man darüber keine Urkunden ausgestellt, die geachtet werden müssen? Unsinn, nichts als Unsinn!

Wer hat die Urkunden ausgestellt, wer hat sie unterschrieben? Ich selbst habe in meinem Namen niemals in die Teilung der Erde, meiner Glieder, eingewilligt; und was andere für mich ohne meine Zustimmung getan haben, was geht das mich an? Für mich sind alle diese Urkunden Makulatur. Ich habe die Einwilligung zu der Amputation nicht gegeben, die aus mir einen Krüppel macht. Darum fordere ich meine geraubten Glieder zurück und erkläre jedem den Krieg, der mir einen Teil der Erde vorenthält.

Aber hier auf diesen vergilbten Pergamenten steht die Unterschrift deiner Vorfahren! Ganz recht, ich lese dort meinen Namen — aber ob der Name gefälscht wurde, wer weiß es? Und wenn auch die Unterschrift echt wäre, wofür sogar die Möglichkeit eines Beweises fehlt, so sehe ich neben der Unterschrift ein Loch, das vom Dolch herrührt, mit dem die Unterschrift erpreßt wurde. Denn es ist doch sonnenklar, daß die Unterschrift erpreßt wurde, da doch niemand ohne unmittelbare Lebensgefahr einzelne seiner Glieder opfert. Der Fuchs beißt sich auch wohl ein Bein ab, aber nur, wenn er in der Falle sitzt. Und schließlich: ist denn heute jemand verpflichtet, die Schulden seiner Vorfahren anzuerkennen, sind die Kinder für die Sünden ihrer Vorfahren haftbar? Dürfen die Eltern ihre Kinder verstümmeln, darf der Vater seine Tochter verkaufen? Unsinn, alles Unsinn.

Den Kindern der Säufer wird ein Vormund bestellt: und wer sagt, daß nicht alle diese Grundbuchurkunden im Rausche unterschrieben wurden? Nach dem statistisch ermittelten durchschnittlichen Alkoholkonsum mußten ja unsere Vorfahren in einem ewigen Rausche gelebt haben. Es waren Säufer, die die Erde verjubelt haben, Säufer, wie die alten Germanen, die im Rausche Weib und Kind aufs Spiel setzten. Nur versoffenes Gesindel

verkauft sich oder seine Glieder, nur versoffenes Gesindel kann die Grundbuchurkunden freiwillig unterschrieben haben. Denke man sich doch nur, es käme vom Monde herunter ein Mann mit einer Schnapsflasche, um hier Land für den Mond zu kaufen! Würde man ihm erlauben, Teile dieser Erde, große und kleine, fortzuschleppen? Und doch ist es völlig gleich, ob die Erde auf den Mond fortgetragen wird, oder ob ein Grundeigentümer sie in Beschlag nimmt. Der Grundeigentümer läßt nach Einziehung der Grundrente ja doch nur Öd- und Wüstland zurück. Wenn unsere Grundeigentümer die gesamte Ackerkrume Deutschlands aufrollten und nach dem Monde schleppten — für den Rest des Volkes wäre das gleichgültig. Trotz der Hungersnot führten die in Paris prassenden russischen Grundbesitzer riesige Mengen Getreide aus Rußland aus, so daß selbst die Kosaken in Not gerieten, und man im Interesse der Ordnung ein Ausfuhrverbot erließ.

Kann man also anderes annehmen, als daß die Unterschriften im Grundbuch mit dem Dolche erpreßt, mit der Schnapsflasche erschwindelt wurden? Das Grundbuch, das ist das Verbrecheralbum Sodoms und Gomorrhas, und wenn irgend ein Grundbesitzer die Verantwortung für die Handlungen seiner Vorfahren übernehmen möchte, so müßte man ihn gleich wegen Betrugs und Erpressung einsperren.

Jakob erpreßte von seinem Bruder für einen Teller Linsen dessen ganze Viehweide, als dieser, dem Verhungern nahe, von der Wolfsjagd heimkehrte. Sollen wir nun diesem Wucher die sittliche Weihe geben, dadurch, daß wir die Nachkommen Esaus mit der Polizei von der Benutzung jener Weide abhalten?

Jedoch, wir brauchen nicht bis auf Esau zurückzugreifen, um die Urgeschichte unserer Urkunden aufzudecken. „Die Besiedelung der meisten Länder hat ursprünglich auf dem Wege der Okkupation, der Eroberung, stattgefunden, und auch später hat oft genug das Schwert die bestehende Teilung wieder verändert.“ [1])

Und wie wird heute unter unseren Augen die Okkupation betrieben? Für eine Flasche Schnaps für sich, und eine alte Krinoline für seine Gemahlin, veräußerte der schwarze Hererokönig das von ihm den Hottentotten entrissene Land. Millionen von Hektaren, die ganze Weide ihrer Herden. Wußte er was er tat, als er mit dem Schnapse im Kopfe das verräterische + unter das Schriftstück setzte? Wußte er, daß dieses Schriftstück nunmehr als wertvolles Dokument wie ein Heiligtum in eisernem Schranke aufbewahrt, von einer Schildwache Tag und Nacht behütet würde? Wußte er, daß nunmehr er und sein ganzes Volk auf jenes unbeholfene Kreuz genagelt würden, daß er von da ab für jede seiner Kühe eine Rente würde zahlen müssen — er, seine Kinder, seine Enkel, heute, morgen, ewig? Das wußte er nicht, als er das von den Missionaren erlernte Zeichen des Kreuzes auf das Schriftstück malte. Wie kann man auch mit dem Christuszeichen betrogen und bestohlen werden? Und wenn er die Bedeutung des Schriftstückes kannte, warum hat man den Lumpen als Volksverräter nicht an den ersten besten Baum geknüpft? Aber er wußte es nicht, das geht ganz klar daraus hervor, daß, als er an der Praxis den Inhalt des Dokumentes verstehen lernte, er sich erhob, um das „betrügerische Gesindel“ (in den deutschen Zeitungen nennt man die unglücklichen Ein-

---

[1]) Anton Menger: Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. 4. Aufl. S. 2.

geborenen, die ihren „Freiheitskrieg“ mit den ihnen zur Verfügung stehenden Waffen führen, in der Regel — Mordbrenner, Diebe, Gesindel usw.) zu vertreiben. Freilich nutzlos, denn nun wurde eine Hetz- und Treibjagd veranstaltet, und die wenigen, die nicht zur Strecke gebracht wurden, hat man in die Wüste gedrängt, wo sie verhungern werden. (s. die Proklamation des Generals Trotha.)

Das auf diese Weise okkupierte Land hat man nun, laut offizieller Auskunft, wie folgt verteilt:[1])

1. Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika .	135 000	Quadratkilometer
2. Siedelungsgesellschaft	20 000	„
3. Hanseatische Land-, Minen- u. Handelsgesellschaft	10 000	„
4. Kaoko Land- und Minengesellschaft	105 000	„
5. Southwestafrika Co. Ltd.	13 000	„
6. South Afrika Territories Ltd.	12 000	„
Sa.	295 000	Quadratkilometer

gleich 900 Millionen Morgen Land.

Was haben diese 6 Personen wohl für die 900 Millionen Morgen Land gegeben? Einen Schnaps, ein Linsengericht. So ging es und geht es in Afrika, in Asien, in Australien.

In Amerika hat man es noch bedeutend einfacher gemacht, da hat man das Schriftstück mit dem + als Unterschrift gespart: Man schickte den General Roca, den nachherigen Präsidenten, mit einer Bande Soldaten gegen die Indianer aus, um diese von den fruchtbaren Weideplätzen der Pampa zu vertreiben. Man knallte die Mehrzahl nieder, schleppte die Weiber und Kinder nach der Hauptstadt als billige Arbeitskräfte, und trieb den Rest über den Rio Negro. Das Land wurde dann unter die Soldaten verteilt und verschrieben, die dann in der Regel nichts Eiligeres zu tun hatten, als ihre Rechte zu verkaufen — für Schnaps und bunte Tücher.[2])

So, nicht anders entstanden die heiligen, unantastbaren Rechte der heutigen Besitzer des besten, fruchtbarsten Bodens, den es vielleicht in

---

[1]) s. Deutsche Volksstimme. 20. Dezember 1904.

[2]) Im Hamburger Fremdenblatt vom 22. Dez. 1904 finde ich folgende Notiz: „Latifundien in Argentinien Hamburg, 22. Dez. Wie der hiesige Generalkonsul mitteilt, haben kürzlich Verkäufe von großen Ländereien in Argentinien stattgefunden, die deutlich zeigen, wie sehr der Wert von Grund und Boden auch in diesem Lande steigt. Antonio Devoto kaufte in dem Territorium der Pampa von der englischen Gesellschaft South American Land Company ein Areal von 116 Leguas mit 12 000 Stück Hornvieh, 300 000 Schafen usw. für 6½ Millionen Dollars = etwa 50 000 Dollars per Legua von 2500 ha. José Guazzone, der Weizenkönig genannt, kaufte im Bezirk Navarria in der Provinz Buenos Aires 5 Leguas à 200 000 Dollars. — Die Jewish Colonisation Society kaufte 40 Leguas, teils in Piqué, teils in der Pampa Central zum Preise von 80 000 Dollars per Legua, die der Verkäufer Herr Federico Leloir im Jahre 1879 für 400 Dollars per Legua erstand. — Alle diese Ländereien der Pampa, die im Jahre 1878 von den Indianerhorden befreit wurden, sind 1879/80 von der Regierung zu 400 Dollars die Legua von 2500 ha öffentlich verkauft worden; sie eignen sich besonders für Viehzucht, und ihr Wert hat sich seitdem um das 150—200fache gesteigert, ein gutes Zeichen für das Gedeihen und die Zukunft des Landes.“

Hierzu ist noch zu bemerken, daß die berechnete 200fache Preissteigerung nur nominell zu verstehen, materiell aber bedeutend größer ist. Die 400 Dollars die Legua von 2500 Hektaren waren in moneda corriente zahlbar, wovon 30 auf einen heutigen peso gingen. Die Preissteigerung ist also 30 × 200 = 6000fach. Es wird erzählt, daß die Soldaten ihre Landanteile für Streichhölzchen (Cajas de fósforos) verkauften.

der Welt gibt. Der Tummelplatz von Millionen von Schafen, Pferden und Kühen, der Boden für eine schon im Entstehen begriffene, große Nation, befindet sich heute im Privatbesitz einer Handvoll Leute, die nichts weiter dafür gegeben haben als eine Flasche — Schnaps.

In Nord-Amerika waren die in jüngster Zeit besiedelten Ländereien meistens unbewohnt. Da konnte sich jeder einfach nehmen, so viel er brauchte. Jeder Erwachsene, Mann oder Frau, hatte da das Recht auf 160 Acker Land, so daß Familien mit 6 erwachsenen Kindern 1000 Acker = 400 Hektar beanspruchen konnten. Mit der Verpflichtung, einige Bäume zu pflanzen und zu pflegen, durfte jeder die doppelte Anzahl Acker (also 320) in Besitz nehmen. Nach einer Reihe von Jahren (6) wurden Besitztitel ausgeschrieben, und das Land war dann verkäuflich. Durch Ankauf solcher „Heimstätten" für billiges Geld (für eine Sache, die man so ohne weiteres überall in Besitz nehmen kann, konnte nicht viel gefordert werden) sind dann die Riesenfarmen von tausenden von Hektaren entstanden. Preis: eine Flasche Schnaps, ein protestierter Wechsel, ein Linsengericht. So besitzen zwei Luxemburger Bauern, die Herren Müller & Lux in Kalifornien heute einen Landsitz so groß, daß das Königreich Preußen und das Fürstentum Lippe bequem darin Platz finden würden. Preis: eine Flasche Schnaps, ein Linsengericht.

Die Northern-Pacific-Eisenbahn erhielt von der Regierung die Konzession für den Bau der Eisenbahn umsonst, dazu noch die Hälfte des Landes, das sich rechts und links der Bahn hinzieht, und zwar 40 Meilen landeinwärts. Man denke: 40 Meilen rechts und links der ganzen 2000 Meilen langen Bahn! Preis? Ein Schnaps? Nein, weniger als ein Schnaps — umsonst!

Bei der Kanada-Pacific-Bahn verhält es sich ähnlich. In der von dieser Bahngesellschaft ausgegebenen Broschüre „Die neue Weltstraße nach dem Orient" heißt es S. 5: „Die Gesellschaft übernahm den Bau der 1920 Meilen, wofür sie von der Regierung eine Anzahl wertvoller Vorrechte und Freiheiten, ferner 25 Millionen Dollars in Geld, 25, (sage und schreibe fünfundzwanzig Millionen) Morgen Ackerland und 638 Meilen schon fertiger Eisenbahn erhalten hat."

Wer nun etwa glaubt, daß als Preis dieser Leistungen die zu bauende Eisenbahn anzusehen wäre, der irrt sich gewaltig. Die erwähnte Broschüre sagt: die ganze Bahn sollte Eigentum der Gesellschaft sein. Aber wo, so wird man fragen, ist denn die Gegenleistung der geschenkten 25 Millionen Acker Land, der 25 Millionen Dollars in Geld, der 638 Meilen fertiger Eisenbahn und der wertvollen Freiheiten? Antwort: ein Schnaps, ein Linsengericht, das Risiko für die Verzinsung des Kapitals.

So gingen hier durch einen Federstrich 25 Millionen Morgen Ackerland in den Privatbesitz über, in einem der fruchtbarsten, schönsten und gesündesten Länder. Man hatte sich nicht einmal die Mühe gegeben, sich das Land anzusehen, das da verschenkt werden sollte. Erst während des Bahnbaues »entdeckte« man die außerordentliche Fruchtbarkeit des Bodens, den Reichtum der Kohlenlager, die Schönheit der Landschaft, die Erze der Berge. Und das war nicht in Afrika, sondern in dem sonst durch seine treffliche Verwaltung rühmlichst bekannten Kanada.

So entsteht heute der Privatgrundbesitz in Ländern, von denen Europa so abhängig ist, wie von den eigenen Äckern.

Sollen wir nun, nachdem wir wissen, wie der Privatgrundbesitz heute entsteht, noch weiter danach forschen, wie er gestern entstand? Peor es menearlo, schlimmer wird es, jemehr man darin herumrührt. Sollen wir die Kirche fragen, auf wieviel Grad die Hölle geheizt worden war, als die Sterbende ihren Landbesitz der Kirche vermachte? Sollen wir die Grafen, Fürsten, Freiherren fragen, durch welche hochverräterischen Mittel sie vom schwächlichen, kranken Kaiser die Umwandlung des mit der Heeresfolge belasteten Lehens in lastenfreies Besitztum erwirkten; wie sie den Einfall räuberischer Nachbarn als hochwillkommene Gelegenheit benutzten, um vom Kaiser Vorrechte und Grundbesitz zu erpressen? Peor es menearlo. Es stinkt, wenn man darin herumrührt. Sollen wir die englischen Landlords fragen, wie sie eigentlich zum Grundbesitz in Irland gelangten? Raub, Mord, Hochverrat und Erbschleicherei, das wären die Antworten auf diese Fragen. Und wer mit diesen Antworten etwa nicht zufrieden gestellt ist, dem werden die alten Mären und Trinklieder, der jämmerliche, körperliche und geistige Zerfall der Rasse die gewünschte volle Auskunft über die Herkunft des Privatgrundbesitzes geben. Er wird sich überzeugen, daß unsere Ahnen eine Bande von Säufern waren, die das Erbe ihrer Nachkommen verjubelt haben und die sich den Teufel um das Schicksal der folgenden Geschlechter kümmerten. Nach uns die Sündflut, das war ihre Devise.

Sollen wir nun die „altehrwürdigen" Zustände, die diese lustigen Brüder geschaffen haben, aufrecht erhalten, aus Pietät für die Flaschen, die dabei geleert wurden, aus Dankbarkeit für das verseuchte Blut, für die verkrüppelten Glieder, die sie uns hinterlassen?

Die Werke der Toten sind für uns nicht maßgebend; jedes Zeitalter hat seine eigenen Aufgaben zu erfüllen, übrigens auch gerade genug damit zu tun. Das tote Laub der Bäume fegt der Herbststurm fort, den toten Maulwurf auf dem Wege vernichten die Insekten, und den Mist der weidenden Herden verscharren die Käfer; kurz die Natur sorgt dafür, daß das Abgestorbene vernichtet werde, damit die Erde immer jung und frisch bleibe. Die Natur haßt alles, was an den Tod erinnert. Ich habe noch niemals beobachtet, daß das bleiche Gerippe einer dürren Fichte dem aufstrebenden jungen Geschlechte als Stütze und Leiter gedient hätte. Ehe noch das Samenkorn keimt, hat den dürren Baum der Sturm schon gestürzt. Im Schatten der alten Bäume kann das junge Geschlecht nicht gedeihen; kaum aber sind die alten gefällt, so wächst und gedeiht die junge Generation.

So laßt uns also mit dem Toten auch seine Werke und Gesetze begraben. Errichtet aus den alten Urkunden und Grundbüchern einen Scheiterhaufen und legt den Toten darauf. Der Sarg ist ein schlechtes, allzuenges Bett, und was sind die Gesetze und Grundbücher für uns anderes als Särge, worin die geistige Hülle unserer Vorfahren gebettet liegt?

Fort also ins Feuer mit dem vermoderten Plunder. Der Asche, nicht der Leiche entsteigt der Phönix.

13. Abschnitt. Was die Bodenreform nicht kann!

So schwere Folgen auch die Bodenreform nach sich ziehen wird, so kann man ihre Wirkung doch übertreiben. Und das tun die Bodenreformer allgemein, die englischen sowohl wie die amerikanischen und deutschen. Die Bodenreform gilt ihnen als „Universalmittel", mit welchem „die" soziale Frage gelöst werden soll.

Ein Universalmittel ist die Bodenreform nun freilich nicht. Henry George, der der Bodenreformbewegung den Anstoß gab, war der Meinung, daß mit der Bodenreform auch

der Zins, die Wirtschaftskrisen, die chronische Arbeitslosigkeit

verschwinden würden. Zwar vertrat er diese Meinung nicht mit der Entschlossenheit und dem Gedankenreichtum, mit denen er seine Hauptforderung stützte, und in dieser Lauheit müssen wir den Beweis erblicken, daß er selbst noch schwere Zweifel hegte und einen völlig klaren Einblick in diese Verhältnisse vermißte. Aber seine Jünger haben diese Zweifel nicht.

Bei Henry George waren es nicht viel mehr als Meinungen oder Glaubenssätze, bei seinen Jüngern aber sind es Axiome geworden. Nur Michel Flürscheim macht hier eine Ausnahme, wodurch er aber wieder allen anderen Bodenreformern entfremdet wurde, trotzdem er es gewesen war, der den Gedanken der Bodenreform von Amerika nach Deutschland verpflanzte. Sicher der beste Beweis, daß die Ansichten Georges über Zins und Krisen bei seinen Jüngern als unantastbare Wahrheit gelten, mit denen man wohl denkt, über die zu denken aber als eine Art Apostasie angesehen wird.

Die Bodenreform beeinflußt die Verteilung der Produkte, aber die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrisen sind keine Probleme der Verteilung, sondern solche des Tausches (oder Handels), und auch der Zins ist, obschon er vielleicht stärker noch als die Grundrente die Verteilung der Produkte beeinflußt, doch nur ein Tauschproblem, denn die Handlung, die die Höhe des Zinses bestimmt, nämlich das Angebot von greifbaren vorrätigen Produkten gegen solche künftiger Produktion ist ein Tausch, nichts als ein Tausch. Bei der Grundrente dagegen findet kein Tausch statt; der Grundrentner steckt einfach den dem Qualitätsunterschied des Bodens entsprechenden Teil der Ernte ein, ohne irgend etwas in Tausch zu geben. Die Rente ist ein Teil der Ernte, kein Tausch, darum kann auch das Studium der Grundrente keinen Anhaltspunkt für die Lösung des Zinsproblems geben.

Die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Wirtschaftskrisen und des Zinses lassen sich nur beantworten, wenn man die Bedingungen untersucht, unter denen der Tausch überhaupt stattfinden kann, wenn man den Gründen nachspürt, warum der Kaufmann heute die ihm angebotenen Waren verschmäht, warum er morgen dieselben Waren sucht, warum der Kapitalist heute alle Industriepapiere veräußert, um sie morgen wieder zu kaufen. Diese Untersuchung hat George nicht angestellt; an eine solche Untersuchung denken seine Jünger auch nicht. Darum ist es ihnen ganz unmöglich, für

den Zins, die Krisen und die Arbeitslosigkeit

stichhaltige Erklärungen zu geben. Die Zinstheorie Georges, eine un-

glaublich grobe, sogenannte Fruktifikationstheorie, sowie die Krisentheorie Georges, eine ebenso oberflächliche Konsumtheorie (Mißverhältnis zwischen Konsum und Einnahmen der Reichen) vermögen nicht eine einzige Erscheinung zu erklären, die den Zins, die Arbeitslosigkeit und die Krisen begleiten.

Und das ist bisher der schwache Punkt der Bodenreform gewesen. Auf der einen Seite die Behauptung, die Bodenreform löse für sich allein die ganze „soziale Frage", auf der anderen Seite die Unfähigkeit, für die schwersten Schäden unserer Volkswirtschaft eine befriedigende, der Kritik standhaltende Erklärung zu bringen. Und nicht allein eine Erklärung hätten die Bodenreformer bringen müssen, sondern auch das Mittel, um die genannten Schäden unserer Volkswirtschaft zu beseitigen. Den Arbeitern aber, denen die Bodenreform die Erlösung aus ihrer schrecklichen Lage bringen soll, ist mit der Beseitigung der Grundrente allein nicht geholfen. Sie wollen den vollen Arbeitsertrag, d. h. die Beseitigung der Grundrente und des Kapitalzinses; dazu eine Volkswirtschaft, die Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit unmöglich macht.

Diese Übertreibung der Wirksamkeit der Bodenreform hat der ganzen Bewegung unberechenbaren Schaden verursacht. Hätte man sich damit begnügt, die wirklich nachweisbaren ökonomischen und politischen Folgen der Bodenreform dem Volke aufzutischen, so hätten die Sozialisten die Bodenreform den übrigen Abschlagszahlungen ihres Programms angegliedert, und statt einer Handvoll unentschlossener Anhänger dieser Reform hätten wir ihrer jetzt 3 Millionen 780 Tausend 742. Mehr noch. Denn die Aufnahme der Bodenreform in das Parteiprogramm der Sozialisten würde dieser Partei unzählige Freunde zugeführt haben, die jetzt abseits stehen, weil das sozialistische Programm keine einzige Forderung von Bedeutung enthält, die, wie die Bodenreform, ohne Störung der Volkswirtschaft jeden Tag, heute, morgen früh, oder morgen abend durchgeführt werden könnte.

Die jetzige deutsche Bodenreformbewegung ist überhaupt ganz entartet und zu einem verwässerten Hof- und Salonsozialismus geworden. Sie schadet der Sache mehr, als daß sie ihr nützt. Lebte Henry George noch, so würde er sich jede Berufung auf seinen Namen sicherlich verbitten.

Wir werden jetzt die Verhältnisse untersuchen, unter denen der Zins, die Krisen und die Arbeitslosigkeit zustande kommen und die Mittel prüfen, die für die Beseitigung dieser Übelstände zu ergreifen sind. Es handelt sich hier um Fragen, die in dem üblen Rufe stehen, zu den verwickeltsten aller volkswirtschaftlichen Fragen zu gehören. Die Sache ist jedoch nicht so schlimm. Die Fragen sind nur wissenschaftlich verwickelt worden; in Wirklichkeit liegen die Tatsachen schön glatt nebeneinander, und wir brauchen nur beim richtigen Ende anzufangen, um sie aneinander zu reihen.

Abteilung II.

Die Geldreform.

A. Die Geldreform in der Praxis.

B. Theorie der Geldreform.

Abteilung II.

A. Die Geldreform in der Praxis.

1. Abschnitt. Allgemeine Orientierung.

Jedermann hat schon vom Schlaraffenland gehört. Das, was uns dieses Märchen erzählt, ist gewiß wunderbar, aber wunderbarer noch scheint mir die Wirklichkeit. Im Schlaraffenland muß man den Mund aufsperren, um die gebratenen Tauben zu fangen, man muß den Pumpenschwengel bewegen, um Wein zu erlangen, ja man muß sich sogar bücken und pst! pst! rufen, um die gebratenen Fische ans Ufer zu locken.

Das ist doch, verglichen mit dem Leben unserer Schlaraffen, verhältnismäßig ein ärmliches, mühseliges Dasein. Der Rentner braucht sich nicht zu bücken, er braucht nicht zu pumpen, ja er braucht auch nicht einmal Wünsche zu „hegen", denn alles, was sich in ihm regt und noch bevor es sich zu einem bewußten Wunsche verdichten kann, erraten seine dienstbaren Geister. Und um sich das nötige Geld zu verschaffen, braucht unser Schlaraffe nicht im Schweiße seines Angesichtes Bäume zu schütteln; er hat es leichter. Er reißt von einem Blatte Papier kleine Stücke (Coupons) ab und wirft sie der Dienerschaft als Bezahlung hin. Dabei ist noch das Erstaunliche zu bemerken, daß an dem Papierblatt alle Jahre, wie bei einem Baume die Blätter, das Abgerissene wieder zuwächst, so daß unser Schlaraffe in Gestalt eines Papierblattes ein „Tischlein deck dich" bei sich führt, das nicht allein für Speise sorgt, sondern alles das, was zu einem üppigen Leben gehört, mit nie versagender Pünktlichkeit liefert.

Das Schlaraffenland brauchen wir also nicht zu suchen, wir wohnen schon mitten drin. Nur in einer Beziehung hat das Märchenland einen Vorzug. In Schlaraffia spart man die schwere Mühe, sich beneiden zu lassen, weil dort für alle ohne Ausnahme das Recht auf den vollen Müßiggangsertrag verwirklicht ist, während in unserem „Suum cuique" jedem Schlaraffen ein Heer von Bedienten zugewiesen ist, das schwer um ein elendes Dasein kämpfen muß. Allerdings ein wesentlicher Unterschied, aber fühlbar nur für die Dienerschaft. Und auch das ist als ein wesentlicher Vorzug des Märchenlandes zu verzeichnen, daß alle Errungenschaften des Müßigganges allen Bewohnern des Landes gleichmäßig zugute kommen, während in unserem Lande das Los der Schlaraffen nur dadurch würdiger, schöner und leichter gestaltet werden kann, daß man die der Dienerschaft aufgeladene Bürde vergrößert.

Wenn nun in unserem Lande die Rede von Umgestaltungen und Verbesserungen ist, so wird die erste Frage wohl lauten: Sollen die Verhältnisse zu Gunsten des Schlaraffen oder zum Besten seiner Dienerschaft geändert werden? In Schlaraffia wird man jede neue Errungenschaft des Müßigganges allgemein mit lautem Schnarchen fröhlich begrüßen; in

unserem Lande werden solche Erfolge immer mit gemischten Gefühlen betrachtet. Erleichtert man unseren Schlaraffen das Gehen in der Weise, daß sie immer nur bergab zu gehen brauchen, sowohl beim Ausgang wie auf dem Heimweg, so weiß die Dienerschaft, daß sie dafür immer wird bergauf laufen müssen. Jeden Vorteil des Schlaraffen müssen seine Diener bezahlen; eine notwendige Folge der Wechselbeziehung, auf die das System begründet ist.

Ähnlich verhält es sich auch mit unserem herkömmlichen, aus dem Altertum stammenden Gelde. Auch hier erinnert manches an unsere Schlaraffen und ihre Diener, auch hier sehen wir, daß jeder Vorteil, den wir dem Käufer (Geld) einräumen, vom Verkäufer (Ware) bezahlt werden muß. Wir haben für die Anfertigung des Geldes das schönste, kostbarste Material gewählt, das die Erde überhaupt bietet. Aber was ist die Folge gewesen? Sowie heute jemand mit Geld in der Tasche als Käufer auftritt, kann er, ein wirklicher Schlaraffe, das ganze Volk sozusagen zu seiner Dienerschaft zählen. Ganz gleich, was er kauft, an wen er sich wendet, immer sehen wir das gleiche Schauspiel: Der Käufer betrachtet sich als Gönner und Wohltäter, der Verkäufer als Wohltatenempfänger. Der Käufer geht; der Verkäufer rennt. Der Käufer ruft; der Verkäufer springt herbei. Der Käufer steckt die Waren ein; der Verkäufer dankt. Der Käufer tritt ohne Gruß in den Laden; der Verkäufer grüßt höflich. Zur verabredeten Stunde ist der Verkäufer pünktlich am Platze; der Käufer hat die Zeit verschlafen. Bei schlechtem Wetter bleibt der Käufer zu Hause; für den Verkäufer giebt es überhaupt kein Wetter. Der Käufer handelt etwas vom Preise ab; der Verkäufer bedankt sich dafür mit einer Zugabe. Der Käufer wirft den Verkäufer zur Tür hinaus; der Verkäufer kommt durch Hintertüren zurück. Kurz, es ist eine ganz andere Sache, ob man kauft oder verkauft, ob das, was man anbietet, Geld oder Ware ist. Und wer es nicht glaubt, der mag es versuchen! Als Käufer ist J e d e r Schlaraffe, als Verkäufer Diener.

Daß dies aber durchaus nicht am Charakter der Personen liegt, ist klar, denn, sowie das Geld im Kasten des Verkäufers klingt, tritt dieser, der noch eben dem Stande der Dienenden angehörte, seinerseits als Herr auf und läßt sich als Schlaraffe bedienen.

Zur Erklärung dieses eigentümlichen Gebarens bleibt nur die Annahme übrig, daß irgend etwas allgemein und regelmäßig die Stellung des V e r k ä u f e r s in den Verhandlungen mit dem Käufer s c h w ä c h t, daß irgend etwas die Stellung des K ä u f e r s gegenüber dem Verkäufer s t ä r k t, und zwar muß dieses Etwas an den Dingen haften, die zwischen Käufern und Verkäufern ausgetauscht werden, und zwar das die Stellung Stärkende am Gelde (Käufer), und das die Stellung Schwächende an den Waren (Verkäufer).

Wenn es sich nun um eine Reform oder Änderung des Geldes handelt, so wird man auch hier als erste wohl die Frage stellen: welche Position soll durch die Reform gestärkt werden, die des Geldes oder die der Ware; die des Käufers oder die des Verkäufers; die der Schlaraffen oder die der Diener?

Sollen wir durch Reformen des Geldes die Position der Verkäufer noch weiter schwächen, damit sie noch früher die Läden öffnen, noch später schließen; damit sie noch lauter ihre Waren anbieten, mehr Geld

für Reklame ausgeben, elastischere, gewandtere, geschmeidigere Reisende anstellen? Denn das ist ja klar, je schwächer die Position der Ware dem Gelde gegenüber sein wird, um so mehr Mühe wird sich der Verkäufer geben müßen, um so größere Ansprüche wird der Handel an die Person des Verkäufers und an seine geistigen Fähigkeiten stellen. Umso bequemer aber werden es auch wieder die Käufer haben. Der Verkäufer wird höflich bis zur Unterwürfigkeit werden, er wird alle Sprachen Babylons, alle Dialekte des Reiches erlernen, um jeden Käufer in seiner Dorfsprache anreden zu können, er wird aus Rücksicht auf seine Kundschaft mit allen religiösen und politischen Ansichten zurückhalten, ja mit der Zeit in dieser Beziehung ganz farblos werden. Er wird Kredit geben, wenn der Käufer zu faul war, Geld einzustecken; er wird Buch führen und dienstfertig alle die tausend kleinen täglichen Einkäufe buchen.

Es kommt also bei einer Reform des Geldes ganz darauf an, auf wen wir dabei Rücksicht nehmen wollen, auf den Käufer oder den Verkäufer, auf das Geld oder auf die Ware, auf den Unternehmer, der die Arbeiter bezahlt, oder auf die Arbeiter, die die Ware liefern.

Die Stellung des Käufers (Gold) ist ja schon heute gegenüber dem Verkäufer (Käse, Kartoffeln, Fische, Pulver, Schwefelsäure usw.) eine außerordentlich feste und bevorrechtete, aber wir können auf dieser Bahn fortschreiten. Wenn es so gewünscht wird, können wir es erreichen, daß die Verkäufer platt auf den Bauch vor uns niederfallen und uns die Füße küssen. Wir können es ganz gut einrichten, daß die Warenerzeuger ihre Abnehmer in ihren täglichen Gebeten namentlich aufführen; wir können erreichen, daß die Namen der Käufer noch vor dem Namen des Fürsten in den Kirchengebeten jeden Sonntag von den Geistlichen mit lauter Stimme gegen Himmel gesandt werden, daß in jedem Laden ein Geistlicher angestellt wird, der den Käufern vollkommenen Ablaß erteilt.[1])

Das alles und noch viel mehr können wir erreichen, wenn es so gewünscht wird. Wenn Käufer und Verkäufer damit einverstanden sind, so können wir das Geld so einrichten, daß die Verkäufer allgemein nicht zu Vierfüßlern, nein, zu kriechendem Gewürm herabgewürdigt werden.

Wir können aber auch umgekehrt verfahren und durch Reformen des Geldes die Stellung der Käufer schwächen, die der Verkäufer stärken. Wir können das Geld so einrichten, daß der Käufer auf dem Bauche sich nähern muß, daß der Verkäufer auf ihm herumtrampelt. Wir können das

---

[1]) Den Scherz beiseite lassend, wollen wir in diesem Zusammenhang erinnern an die vielfache Umwerbung des chinesischen Staatsmanns Li Hung Tschang, als dieser vor Jahren Europa bereiste, und man in ihm den Überbringer großer Aufträge vermutete, ferner an die Ehrungen, die den reichgewordenen Amerikanern mit Rücksicht auf ihre große Kaufkraft zuteil werden.

Der Kaufmann erschien früher in der Gesellschaft fast nur als Verkäufer, da er seine Waren in der Regel außerhalb der Stadt und des Landes kaufte Dieser Stellung als Verkäufer entsprach auch seine Stellung in der Gesellschaft. Er wurde zu der Gesellschaft der Henker und Abdecker gezählt. Merkur, der Gott der Kaufleute und Spitzbuben! Mein Großvater pflegte noch zu sagen, wenn einer seiner Buben irgend einen bösen Streich vollführt hatte: „Du wirst sicher noch einmal Kaufmann werden"; oder: „behüte Dich Gott, das Du kein Kaufmann werdest!" — Heute hat sich das geändert, weil die Rolle, die der Kaufmann als Käufer und Wohltatenspender spielt, ihn in unmittelbarere Beziehung zu der Gesellschaft bringt. Man sieht den Kaufmann heute nicht nur Ware verkaufen, sondern auch Ware kaufen.

jetzige Verhältnis umwerfen. Wir können die Verkäufer (Ware) ins Schlaraffenland versetzen und die Käufer (Geld) zu Dienern herabwürdigen.

Aber wozu schließlich solche Herabwürdigungen; wozu Herren und Knechte, wozu solche Unterordnung? Können wir nicht Käufer und Verkäufer gleichstellen? Wäre die Gleichstellung der Unterordnung nicht vorzuziehen, so daß Käufer und Verkäufer als gleichstarke Vertragsschließende sich gegenüberstehen? Sollen wir, wenn es sich um eine Reform des Geldes handelt, nicht die Stellung der Käufer und die der Verkäufer gleichstellen, so daß sich beide auf halbem Wege entgegentreten, daß keiner mehr zu laufen braucht, während der andere geht, daß bei Verabredungen nicht der eine im Bette bleibt, während der andere, dem schlechten Wetter trotzend, auf dem Platze erscheint? Das wäre doch offenbar das richtige.

Stärken wir unsere Stellung als Käufer, so schwächen wir unsere Stellung als Verkäufer, und da, mit alleiniger Ausnahme der Rentner, alle Käufer auch wieder Verkäufer sind, so hat die Begünstigung des einen auf Kosten des anderen keinen vernünftigen Sinn für alle, die nicht Rentner sind. Wir erschweren durch solche künstlichen Vorrechte nur die Verhandlungen beim Austausch der Erzeugnisse; wir vermehren die ohnehin schon fabelhaften Unkosten des Handels, und da alle Unkosten Arbeit darstellen, so vermindern wir durch Vergeudung dieser Arbeit den allgemeinen Lohnfonds, wir setzen dadurch den Arbeitsertrag herab.

Das richtige scheint doch zu sein, daß man weder dem Käufer noch dem Verkäufer ein Vorrecht erteile, damit auf diese Weise der Handel flott und ohne viel Geschichten abgewickelt werde, denn je schneller die Waren abgehen, je geringer die Handelsspesen, umso höher der Lohn. Denn schließlich, der Kaufmann, der, um den Absatz seiner Ware zu erleichtern, vor seinen Kunden sich tausendmal demütigt, der alle Sprachen der Welt erlernt, tausend Kunststücke zur Reklame ersinnt, der tut das nicht zum Vergnügen. Der arme Teufel, von dem der Kaufmann mit Gold in der Tasche die Waren ersteht, in letzter Linie immer der Arbeiter, der muß alles mit Zinseszins erstatten. War der Kaufmann oder Unternehmer als Verkäufer Sklave, als Käufer ist er Sklavenhalter, und seinen Sklaven wird er mit Wollust jeden Streich zehnmal wiedergeben, den er selbst als Verkäufer erdulden mußte.

Seit Einführung des Geldes hat man schon mehrere Reformen durchgeführt, alle ohne Ausnahme aber waren diese Reformen auf eine Stärkung der Stellung des Käufers zugespitzt; immer ist man bei solchen Reformen darauf bedacht gewesen, das Geld sicherer, leichter, schöner, bequemer zu machen; niemals, ich wiederhole es, niemals hat man dabei eine Sekunde an die Rückwirkung gedacht, die solche Positionsstärkung auf die Verkäufer, die Ware, und in letzter Linie auf die Quelle aller Waren, auf die Arbeit, haben muß. Niemals hat man bei Reformen des Geldwesens auf die Wechselbeziehungen des Geldes zur Arbeit, des Käufers zum Verkäufer, Rücksicht genommen. Niemals, auch 1872 nicht, als man den ganzen kleinstaatlichen Münzenplunder in eine Reichsmünze umgoß. (Man nannte dieses Reförmchen eine Großtat. Es handelte sich dabei aber gar nicht einmal um eine „Reform“, sondern nur um eine „Refonte“ [Umguß]). Nicht mit einer Silbe sind damals diese Wechselbeziehungen erwähnt worden.

Man nahm als vollkommen selbstverständlich an, daß jede Verbesse-

rung des Geldes als Ware, auch eine Verbesserung des Geldes als Tauschmittel bedeute, daß eine Verschönerung, Sicherung, Erleichterung des Geldes auch den Handel, den Tausch der Waren gegen Geld erleichtern müsse. Es entsprach das so ganz den kindischen und kindlichen Ansichten, die man damals, wie auch wohl noch heute allgemein im Volke über das Geldwesen hatte. Ursprünglich gebrauchte man als Geld oder Tauschmittel das Vieh. Vom einseitigen Standpunkte des Käufers war dieses Geld natürlich höchst unbequem. Ganz abgesehen davon, daß dieses Geld nicht teilbar war, mußte man es füttern, pflegen, hüten. Auch hatte der Verkäufer von Waren gar keine besondere Eile, in den Besitz dieses Geldes (also Vieh) zu gelangen, denn wenn er auch seine Waren (Häute, Weizen, Öl, Wolle usw.) vor Dieben hüten und vor den Zerstörungselementen der Natur schützen mußte, so hatte er nach Verkauf der Waren das Geld (Vieh) zu hüten. Er wünschte freilich seine Waren zu verkaufen, um mit dem Gelde (Vieh) wieder das einzukaufen, was er persönlich brauchte, aber einen anderen Vorteil als diesen erwartete er vom Tausch nicht. Eine besondere, aus der Beschaffenheit seiner Waren entspringende Eile hatte er nicht beim Verkauf. Hütete er vor dem Verkauf seine Waren, so wußte er, daß er nach dem Verkauf das Geld (Vieh) würde hüten müssen. Als Waren betrachtet, war es ihm ziemlich gleichgültig, ob er Geld (Vieh) oder Ware besaß.

Diese Gleichgültigkeit hatte zur Folge, daß der Verkäufer in dem Käufer keinen Gönner oder Wohltäter erblickte, sondern einfach einen Mann, der am Zustandekommen des Tausches das gleiche, aus dem Charakter der Waren und des Geldes entspringende Interesse hatte. Zerschlugen sich die Verhandlungen, so ging es nicht zu wie heute, wo nur der Warenbesitzer seine oft schweren, zerbrechlichen Sachen mit Unkosten wieder auf Lager nehmen muß, während der Käufer sein Geld zur Bank zurückträgt, wo es ihm gleich wieder Zins heckt, sondern beide — der Käufer und der Verkäufer, hatten gleichmäßigen Schaden, denn beide mußten ihre Sachen wieder auf Lager nehmen, dieser sein Öl (Ware), jener sein Vieh (Geld). Die Stellung der Käufer und Verkäufer war eine gleichmäßig schwache, so daß beide sich entgegenzukommen und durch gegenseitige Nachlässe den Handel zu erleichtern suchten. Der Handel ging damals, das geht aus diesen Verhältnissen klar hervor, leichter und schneller von statten, weil die Käufer im Bewußtsein ihrer Schwäche allgemein nachgiebiger waren, und an der glatten Abwickelung des Geschäftes ebenso unmittelbar interessiert waren wie die Verkäufer.

Wir ersehen aus diesem Beispiel, was die Wechselwirkung zwischen Kauf und Verkauf für merkwürdige Erfolge zeitigt. Vom einseitigen Standpunkt des Käufers betrachtet, war das Vieh ein unbequemes, plumpes, barbarisches Geld; vom Standpunkt des Verkäufers aber betrachtet, war es dem Golde vorzuziehen, da es die Käufer gefügiger machte und so das Zustandekommen des Handels unter gerechten, billigen Bedingungen gewährleistete.

Das Vieh war, als Ware betrachtet, ein schlechtes Tauschmittel (Geld), als Tauschmittel betrachtet war es besser als das Gold.

Diese eigentümlichen, höchst bemerkenswerten Verhältnisse blieben die gleichen, als man später an Stelle des Viehs andere Waren zu Geld

erhob. Thee, Salz, Eisen, Tabak, Felle, Pulver usw. usw. haben als Tauschmittel gedient, aber durch keine einzige dieser Waren konnte die Stellung des Käufers auf Kosten der Verkäufer gestärkt werden — denn, hütete der Verkäufer den Speck, das Tuch, die Waffen usw., so hütete der Käufer den Thee, das Pulver, das Salz. Regnete es auf die Waren, so regnete es auch auf das Geld (Pulver, Salz); zerschlugen sich auf dem Markte die Verhandlungen über den Preis (Tauschverhältnis), so luden Käufer und Verkäufer fluchend, schimpfend, schwitzend ihren Kram nachdenklich wieder auf und fuhren nach Hause — wenn sie, wie es wohl gewöhnlich der Fall war — nicht vorzogen, in letzter Stunde noch sich gegenseitig durch Nachlässe entgegenzukommen und so den Tausch zu ermöglichen.

Wir werden in der Folge auf diese Verhältnisse (die ich jedem als Fundgrube volkswirtschaftlicher Leitsätze zum Studium empfehle) zurückkommen; vorläufig möchte ich hier die Aufmerksamkeit des Lesers auf einige Sätze lenken, die wir hier schon von diesen Verhältnissen ableiten können, Sätze, die merkwürdig mit allem kontrastieren, was er bisher wohl über das Wesen eines brauchbaren Tauschmittels, eines guten Geldes gehört, gelesen und gedacht hat.

1. Das nach unseren Begriffen schlechte Geld, weit entfernt, den Handel zu erschweren, erleichtert ihn.
2. Das nach unseren Begriffen schlechte Geld sucht die Ware auf, anstatt sie abzustoßen.
3. Das nach unseren Begriffen schlechte Geld führt zu billigeren und gerechteren Handelsbedingungen.

Und so wird der Leser vielleicht hier schon zu Anfang unserer Betrachtungen es verstehen, wie man durch aufeinanderfolgende Verbesserungen des Geldes (nach heutigen Begriffen) den Handel erschweren, die Stellung der Waren schwächen, die Arbeiter zu Sklaven machen kann. Und er wird einen Sinn finden in der sonst ganz unverständlichen Aussage Proudhons: Merkwürdigerweise hält man das Gold für den Schlüssel, während es nur Riegel des Handels ist". Und auch das wird er vielleicht verstehen, wenn ich sage: Man kann in der Verbesserung des Geldes (nach unseren Begriffen) zu weit gehen! Und wir sind mit dem Übergang von der Waren- zur Edelmetallwährung tatsächlich schon viel zu weit gegangen in der Verbesserung (!) des Geldwesens. Wir müssen zurück, und wenn wir wirklich unser Geld als T a u s c h m i t t e l den Bedürfnissen des Handels anpassen wollen, so müssen wir unser Geld als W a r e ganz bedeutend verschlechtern, d. h. es den Waren wieder näher bringen, von denen es sich zu weit entfernt hat. Das Geld, wenn es als Tauschmittel brauchbar sein soll, wenn es die Waren und ihre Verfertiger und Verkäufer nicht herabwürdigen soll, darf nicht besser sein als diese Waren.

Wenn wir die Spaten, Mistgabeln, Äxte und Schaufeln, um sie zu verbessern, aus Gold machten, so würden wir alle sagen: Das ist zu weit gegangen, das ist schon keine Verbesserung, denn vom Wunsche beseelt, die Werkzeuge zu schonen, würde man sie weniger gebrauchen.

Was ist aber das Geld anderes als ein Werkzeug, um die Waren vom Produzenten zum Konsumenten zu leiten? Mit der Gabel heben wir den Mist vom Boden auf den Wagen; mit dem Gelde holen wir den Guano von Peru und bringen ihn aufs Feld zur Verbesserung des Mistes! Und man glaube nicht, daß die Waren, zu deren Austausch wir das Gold

gewählt haben, durchschnittlich schöner, besser, goldähnlicher sind als Guano! Betrachte man den ersten besten vorüberfahrenden Frachtzug, dann wird man ungefähr ein Bild haben von den Waren, die das Gold vom Produzenten zum Konsumenten schafft. Stroh, Häute, Kohlen, Bretter, Lumpen, Schwefelsäure, Chlorkalk, Petroleum, Kies, Zement, Wagenschmiere, Weizen, Ammoniak usw. Aus derartigen Stoffen bestehen allgemein die Stapelartikel des Marktes. Stinkende, faulende, zerbrechliche, feuergefährliche, gesundheitsschädliche, explodierende Dinge. Und in solche Misthaufen soll der Kaufmann sein schönes Gold stecken? Er tut es, aber die Bedingungen sind auch danach berechnet.

Man wird hier einwenden, daß in dem Preise des Goldes alle seine Vorzüge als Ware diskontiert sind, und das ist wohl auch die allgemeine Ansicht gewesen, als man von der Warenwährung zur Edelmetallwährung überging; aber wenn das der Fall wäre, so bliebe der seltsame Unterschied im Gebaren der Käufer und Verkäufer ja unerklärt.

Ich werde später ausführlich zeigen, daß die Vorzüge, die das Metallgeld — als Ware — allen übrigen Waren gegenüber besitzt, nicht im Preise diskontiert werden können, sondern daß diese Vorzüge in einer Begleiterscheinung des Metallgeldes — dem Zins — zum Vorschein kommen.

Vorläufig will ich nur einige Fragen stellen, durch die der Leser vielleicht stutzig gemacht wird in seinen bisherigen Ansichten über unser wunderschönes, prächtiges Tauschmittel, über unser goldenes Vehikel unserer stinkenden Produkte:

1. Als man noch nach Vieh, nach Salz oder Pulver die Preise der Waren berechnete und mit diesen voluminösen, gefährlichen und vergänglichen Produkten bezahlte, wie machte es da der Sparer? War das Geld damals auch Sparmittel? Legte man sich einen Berg von Salz oder Pulver zurück, um davon im Alter zu zehren und zu leben?
2. Warum ist, mit der Einführung des Metallgeldes, das Tauschmittel der Waren gleichzeitig Sparmittel geworden? Hat man damals vor 3000 Jahren wohl überlegt, welchen Einfluß diese Doppelverwendung des Tauschmittels auf den Austausch der Erzeugnisse ausüben mußte? Hast du selbst jemals versucht, dir Klarheit in dieser überaus wichtigen Frage zu verschaffen?
3. Als man noch mit Waren als Tauschmittel den Handel betrieb, wie machten es da die Kaufleute in unsicheren Zeiten, bei Kriegsgerüchten? Zogen sie damals, wie das heute allgemein der Fall ist, das Geld (Waren) vom Markte zurück, um es in einem Geldschrank einzuschließen? Und warum nicht?
4. Und wenn sie letzteres nicht tun konnten, sondern aus Furcht, daß ihr Geld (Tabak, Pulver, Salz usw.) verdürbe, unbekümmert um die Kriegsgerüchte Waren kauften und verkauften, wie konnte damals eine Krise ausbrechen?
5. Wenn man damals für verkaufte Erzeugnisse mit anderen Erzeugnissen als Geld (Tabak, Pulver, Salz usw.) bezahlt wurde, mußte da nicht jeder sofort und genau so viel Ware kaufen, als wie er verkauft hatte, und wenn das geschah, wie konnte es da überhaupt zur Zuvielerzeugung und zur Arbeitslosigkeit kommen?
6. Und wenn jemand weniger Ware kaufte, als wie er gegen Geld

(Tabak, Pulver usw.) verkauft hatte, wenn er also sparte, machte er die Verleihung solcher Ersparnisse unbedingt abhängig von einem Zins? War der Zins eine selbstverständliche Voraussetzung eines Darlehens, wie das doch heute der Fall ist? Bewahrte der Sparer wirklich und selbstverständlich seine Überschüsse an Geld (Tabak, Pulver, Salz usw.) lieber zu Hause auf, 1—5—10 Jahre lang, als daß er gegen Sicherheit jemand das Geld zinsfrei geliehen hätte? Würde er selbstverständlich lieber 1—5—10 Jahre lang die Lagerkosten für seine Ersparnisse (Pulver, Salz, Tabak usw.) bezahlt haben, um nach Jahr und Tag doch nur verdorbenen Tabak, feuchtes Pulver, nasses Salz zu besitzen, statt diese Stoffe zu Bedingungen auszuleihen, die ihm zwar keinen Zins sicherten, dafür aber ihn von Lagerspesen befreiten und ihm die Rückzahlung in vollwichtigem Salz, trockenem Pulver, frischem Tabak gewährleisteten?

Aus diesen wenigen Fragen ersehen wir schon, wie der Übergang zur Edelmetallwährung und wie der damit sich einbürgernde Mißbrauch des Tauschmittels als Sparmittel alle Verhältnisse verwickelt, wie die Krisen, die Arbeitslosigkeit, der Zins usw. vom Chaos unserer Volkswirtschaft sich als Begleiterscheinungen der Edelmetallwährung in erkennbaren, wenn auch noch undeutlichen Umrissen sich abheben. Mit der Edelmetallwährung hat man ein „Übergeld", ein Sonntagsgeld geschaffen, das für den täglichen Gebrauch viel zu schön, zu fein und zart ist. Um Mist zu laden, ist eine eiserne Gabel besser als eine goldene; um Steine, Kalk, Guano, Schwefelsäure gegen Holz, Jauche, Stroh, Schweine, Lumpen, Dynamit zu tauschen, ist das Gold zu fein, zu zart, zu schön. Wir brauchen dafür ein derberes Geld.

Aus den vorangehenden Betrachtungen wird der Leser ungefähr erkannt haben, wohinaus die Geldreform will, und er wird hoffentlich nicht mehr erschrecken, wenn ich ihn jetzt mit dem Reformgeld bekannt mache, das in sich alle die üblen, unangenehmen Eigenschaften vereinigt, die in so reichlichem Maße dem Guano, Dynamit, Kalk, Kohlen, Lumpen, Stroh, kurz all den Stapelartikeln des Marktes, von der Mutter Natur zugeteilt worden sind.

Als Material für das Reformgeld nehmen wir statt des glänzenden Goldes:

1. den Raumbedarf des Strohes, des Holzes, der Kohlen;
2. die Explosionsgefahr des Pulvers, des Dynamits, des Gases;
3. die Feuersgefahr des Spiritus, des Äthers, des Holzes;
4. den Gestank des Guanos, des Chlorkalkes, der Häute;
5. die Seuchengefahr der Lumpen, des Viehes, der Wanderarbeiter;
6. die Zerbrechlichkeit des Glases, des Porzellans, der Möbel;
7. die Zerstörungsarbeit der Ratten, der Fäulnis und der Motten;
8. die Vergänglichkeit der Mode, der Farben, des Geschmackes;
9. die umstürzlerische Bedeutung der Erfindungen;
10. den alles zerstörenden, alles zernagenden Zahn der Zeit.

Wir mischen das alles schön zusammen und prägen daraus das neue Geld, das Reformgeld.

Und ich stehe dafür, daß sich dieses Geld nicht seiner Herkunft schämen wird, daß es den Handel mit so schmutzigen Dingen nicht als „Mésalliance" betrachten wird, daß es trotz Kriegs- und Krisengerüchten ruhig auf dem Markte bleiben, sich niemals verkriechen wird, daß es den

Waren niemals vorgezogen, den Waren unbegrenzten Absatz, der Arbeit unbegrenzte Betätigungsgelegenheit verschaffen wird.

Äußerlich wird dieses Geld dürftig, ja ärmlich erscheinen, innerlich aber wird es voll Kraft und Leben sein.

---

2. Abschnitt. Wie das Reformgeld beschaffen ist.

(Vergl. hierzu die Muster S. 82 und 83.)

Das Reformgeld wird in Zetteln von ursprünglich 1000, 100, 10 und 1 Mk. ausgegeben, dazu noch Zettel von 1 Mk., die zum Zerstückeln eingerichtet und bestimmt sind, das Kleingeld in jedem beliebigen Betrag von 1—100 Pfg. zu liefern. Letztere Zettel ersetzen also allein für sich die jetzigen Münzen von 1, 2, 5, 10, 20 und 50 Pfg.

Ich bitte den Leser, die beigedruckten Muster von Reformgeld zu studieren und auch die Rückseite (Gebrauchsanweisung) zu beachten. Eine Menge Fragen werden sich ihm aufdrängen, und er wird sich das Verständnis der nachfolgenden Ausführungen sicherlich bedeutend erleichtern, wenn er versucht, diese Fragen durch eigene Überlegung zu beantworten, wenn er sich in die Verhältnisse hineinzudenken sucht, die dieses merkwürdige Geld schaffen müssen. Um ihn vor einem voreiligen Urteil zu bewahren, rate ich ihm, nicht allzu ausschließlich den Standpunkt des Käufers einzunehmen, sondern dabei auch an den Verkäufer zu denken, überhaupt die Wechselbeziehungen zwischen Kauf und Verkauf keinen Augenblick aus dem Auge zu lassen.

Wie der Leser sieht, erleidet der Inhaber des Reformgeldes durch das Aufbewahren des Geldes einen Verlust, der im genauen Verhältnis zur Aufbewahrungsdauer wächst und für das ganze Jahr 5 Proz. ausmacht. Wenn es also jemand z. B. einfallen würde, einen 100 Mk.-Zettel am 1. Januar einzuschließen, so würde er am Ende des Jahres nur mehr 94.80 Mk. vorfinden. Auf die 100 Mk. hat er 5 Mk. verloren. Ein anderer, der z. B. am 1. Juni einen Zettel für 97.90 Mk. annimmt und ihn Ende des Monats für 97.50 Mk. wieder ausgibt, verliert 40 Pfg. Gibt der Betreffende das Geld aber innerhalb derselben Woche wieder aus, so verliert er gar nichts. Wer also Waren verkauft hat und den Erlös gleich dazu benutzt, um einen anderen Verkäufer von seinen Waren zu befreien, verliert nichts. Nur wer die Verkäufer auf dem Markte warten läßt und das Geld aufbewahrt, verliert. Der Verlust ist übrigens nur nominell, denn das, was der Inhaber des Geldes verliert, gewinnt der Staat, der den jährlichen Abgang von 5 Proz. der gesamten umlaufenden Geldmasse durch eine jährliche Neuausgabe ersetzt und diese zu den regelmäßigen Einnahmen schlägt.

Über den Zweck dieser Einrichtung werde ich gleich ausführlich berichten; vorgreifend möchte ich hier nur erwähnen, daß der Zweck kein fiskalischer ist und daß die Einnahme, die die Geldreform dem Staate liefert, als unbeabsichtigte Nebenwirkung von verhältnismäßig ganz untergeordneter Bedeutung zu betrachten ist.

Muster des Kleingeldes.

Geld!

Ausgegeben am 15. Juni

1 1	1 11	1 21	1 31	1 41	1 51	1 61	1 71	1 81	1 91
1 2	1 12	1 22	1 32	1 42	1 52	1 62	1 72	1 82	1 92
1 3	1 13	1 23	1 33	1 43	1 53	1 63	1 73	1 83	1 93
1 4	1 14	1 24	1 34	1 44	1 54	1 64	1 74	1 84	1 94
1 5	1 15	1 25	1 35	1 45	1 55	1 65	1 75	1 85	1 95
1 6	1 16	1 26	1 36	1 46	1 56	1 66	1 76	1 86	1 96
1 7	1 17	1 27	1 37	1 47	1 57	1 67	1 77	1 87	1 97
1 8	1 18	1 28	1 38	1 48	1 58	1 68	1 78	1 88	1 98
1 9	1 19	1 29	1 39	1 49	1 59	1 69	1 79	1 89	1 99
1 10	1 20	1 30	1 40	1 50	1 60	1 70	1 80	1 90	1 100

Gebrauchsanweisung:

(Bildet die Rückseite des Reformgeldes.)

1. Man schneide nach Bedarf ab, und zwar von der letzten Reihe anfangend von unten nach oben.
2. Niemand ist verpflichtet, für mehr als 1 Mark von diesem Kleingeld in Zahlung zu nehmen.
3. Kaufleute, bei denen sich größere Mengen Abschnitte sammeln, erhalten an den Staatskassen, unentgeltlich, gummierte mit Datum versehene Unterlagen, auf die sie die Abschnitte aufkleben und zu 1 Markzetteln wieder vereinigen können.
4. Solche aufgeklebten Zettel dürfen jedoch nicht mehr in Umlauf gesetzt werden; alle Staatskassen tauschen sie jederzeit nach Abzug des dem Datum entsprechenden Kursverlustes gegen neue um.
5. Mit Schluß des Jahres ist dieser Zettel nicht mehr kursfähig; unter Nachzahlung von 5 Pfg. wird er gegen einen neuen an allen Staatskassen umgetauscht.

Das Reichsgeldamt.

Muster des Reformgeldes

für Zettel von 1000, 100, 10 und 1 Mark.

Geld!

Dieser Zettel gilt für alle Staatskassen und im Privatverkehr am:

Januar		Februar		März		April		Mai		Juni	
1—7	100.—	1—4	99.60	1—4	99.20	1	98.80	1—6	98.30	1—4	97.90
8—14	99.90	5—11	99.50	5—11	99.10	2—8	98.70	7—13	98 20	5—11	97.80
15—21	99.80	12—18	99.40	12—18	99.—	9—15	98.60	14—20	98.10	12—18	97.70
22—28	99.70	19—25	99.30	19—25	98.90	16—22	98 50	21—27	98.—	19—25	97.60
29—31	99.60	26—28	99.20	26—31	98.80	23—29	98.40	28—31	97.90	26—30	97.50
						30	98 30				

Juli		August		September		Oktober		November		Dezember	
1—2	97.50	1—5	97.—	1—2	96.60	1—7	96.10	1—4	95.70	1—2	95.30
3—8	97.40	6—12	96.90	3—9	96.50	8—14	96.—	5—11	95.60	3—9	95.20
9—15	97.30	13—19	96.80	10—16	96.40	15—21	95.90	12—18	95.50	10—16	95.10
16—22	97.20	20—26	96.70	17—23	96.30	22—28	95.80	19—25	95 40	17—23	95.—
23—29	97.10	27—31	96.60	24—30	96.20	29—31	95.70	26—30	95.30	24—30	94.90
30—31	97.—									31	94.80

Das Reichsgeldamt.

Gebrauchsanweisung:

(Bildet die Rückseite des Reformgeldes.)

1. Den Kursverlust von Woche zu Woche trägt der jeweilige Inhaber. Wochenschluß Sonnabends 4 Uhr.
2. Mit Schluß des Jahres wird dieser Geldbrief außer Gebrauch erklärt; unter Nachzahlung des Fehlbetrages von Mark 5.20 kann er gegen einen neuen Geldbrief von 100 Mark an den Staatskassen umgetauscht werden.
3. Eine Einlösung oder ein Tausch dieses Geldes gegen Gold oder sonstige Waren findet an den Staatskassen nicht statt.
4. Der Staat übernimmt die Verantwortung, daß die Geldausgabe immer so den Bedürfnissen des Marktes angepaßt wird, daß jeder für eine Mark stets so viel Ware kaufen kann, als er selbst dafür gab.
5. Anderes Geld als dieses nimmt keine Staatskasse an; den bisherigen Goldmünzen usw. wird die staatliche Gewähr für Gewicht und Feingehalt entzogen.
6. Zahlungen im Auslande werden in bisheriger Weise durch die Wechselmakler, die Börse und die Privatbanken durch Ausstellen von Wechseln vermittelt. Für kleinere Beträge sind Postanweisungen zu benutzen.

Wie aus der Inschrift hervorgeht, handelt es sich beim Reformgeld nicht um eine Schatzanweisung, wie sie unsere als Geld umlaufenden Kassenscheine, auch nicht um ein Zahlungsversprechen, wie es unsere Reichsbanknoten darstellen. Es handelt sich überhaupt nicht um ein Zahlungs- oder Lieferungsversprechen irgend einer bestimmten Ware (Gold, Silber usw.). Dem Inhaber „zahlt" das Geldamt direkt nichts, gar nichts, es verspricht ihm auch nichts, weder für heute oder morgen, noch überhaupt.

Mit dem Reformgeld kann man „zahlen", das Geld selbst ist aber unbezahlbar. Denn an und für sich soll das Reformgeld „Geld" sein.

Dieser Umstand soll nicht vertuscht, sondern im Gegenteil hervorgehoben werden. Das Reformgeld ist kein Versprechen auf Lieferung irgendwelcher anderer Schätze, sondern es ist an sich das Geld, der Schatz.

Der Inhaber des Reformgeldes hat also nichts, gar nichts vom „Reichsgeldamt" zu erwarten. Er hat in dem Stück Papier alles in Händen, worauf er rechtlichen Anspruch erheben kann. Für die „Einlösung" des Reformgeldes ist der Inhaber gänzlich auf die Verfertiger oder Besitzer von Waren angewiesen, die diese gegen Geld zum Zwecke des Austausches verkaufen müssen. Wären keine Verkäufer von Waren da, so hätte der Inhaber einen Fidibus in der Hand. Mehr nicht. Auch dieses soll nicht vertuscht, sondern im Gegenteil betont werden.[1])

An Abnehmern wird es jedoch dem Inhaber des Reformgeldes solange nicht fehlen, wie überhaupt Waren erzeugt und zum Verkauf angeboten werden. Als solche Abnehmer kann der Inhaber auch die verschiedenen staatlichen Betriebe betrachten. Er kann mit dem Reformgeld seine Steuern bezahlen, Zölle entrichten, mit der Bahn fahren, Briefmarken kaufen, Telegramme versenden, Eisenbahnfrachten, Gerichtsbußen, Schulgelder bezahlen und in den Staatsforsten und Bergwerken Holz und Kohlen kaufen. Auch ist er sicher, daß er als Inhaber und Besitzer dieses vom Staate ausgegebenen Geldes nicht als Käufer dem Wettbewerb anderen fremden oder privaten Geldes ausgesetzt sein wird, denn der Staat weist von seinen Kassen alles andere Geld ab und entzieht den etwa im Privatverkehr noch umlaufenden Goldmünzen den staatlichen Schutz.

Der Inhaber des Reformgeldes weiß also, daß es nicht an Abnehmern fehlen wird, daß jeder, der Waren erzeugt hat, für den Verkauf derselben auf die Besitzer des Reformgeldes angewiesen ist, daß man nur mit Reformgeld Ware kaufen kann, weil es anderes Geld nicht mehr gibt.

Ich wiederhole es also hier und betone es mit Nachdruck, daß das Reformgeld kein Zahlungsversprechen, keinen Schuldschein des Staates vorstellt, sondern an und für sich Geld ist, Geld sein soll. Geld! so steht oben auf dem Zettel; nicht etwa: die Bank zahlt dem Inhaber . . . ., nein, der Zettel selbst, das viereckige Stück bedruckten Papieres, das ist das Geld, die **Ware**,[2]) die als Tauschmittel der übrigen Waren dienen, um deren Besitz man sich reißen, für deren Erlangung man im Schweiße des Angesichts arbeiten soll. Die Sache ist von grundsätzlicher, umstürz-

---

[1]) Wo in diesem Abschnitt das Angebot usw. von Waren erwähnt ist, sind darunter selbstredend auch alle käuflichen Leistungen (Dienste, Unterricht usw.) zu verstehen.

[2]) Die hier noch fehlende Erklärung, wie ein Stück Papier die Eigenschaften einer so wichtigen Ware, wie es das Geld ist, annehmen kann, findet der Leser im letzten Teile dieses Buches.

lerischer, wissenschaftlicher Bedeutung, und man wird es mir verzeihen, wenn ich es, selbst auf die Gefahr hin, langweilig zu erscheinen, nochmals wiederhole, daß sich der Staat dem ausgegebenen Gelde gegenüber durchaus nicht als Schuldner betrachtet, sondern als Gläubiger. Er denkt nicht daran, auf das ausgegebene Geld Zinsen zu zahlen, sondern er wird im Gegenteil eine jährliche Einnahme daraus ziehen. Übrigens genau so, wie heute schon die Notenausgabe der Reichsbank nicht als zinsenfressende Schuld, sondern als ein köstliches Kapital und Vorrecht gilt.

---

3. Abschnitt. **Wie der Staat das Reformgeld in Umlauf setzt.**

Der Staat setzt das Reformgeld durch das „Reichsgeldamt" in der Weise in Umlauf, daß er das bisherige Metallgeld zum freiwilligen Umtausch an den Staatskassen annimmt, und zwar al pari, für eine Mark in Gold eine Mark in Reformgeld.

Wer damit nicht einverstanden ist, mag sein Gold behalten. Niemand zwingt oder drängt ihn zum Tausch. Es wird ihm nur gesagt, daß nach Ablauf einer bestimmten Zeit (1—2—3 Monate) sein Gold kein G e l d, sondern nur noch Metall, Gold, sein wird.

Der Staat anerkennt dann nur noch das Reformgeld als Zahlmittel an seinen Kassen an. Gold und Silber sind dann dem Staate gegenüber nichts anderes als Waren — wie Holz, Tran, Guano, Eisen. Und wie man heute die Zölle, die Steuern, nicht mit einer Fuhre Stroh, mit einer alten Hose bezahlen kann, sondern nur mit dem vom Staate gemünzten Gelde, so auch mit dem Reformgeld.

Im übrigen braucht der Staat das Gesetz, den gesetzlichen Zwang nicht, um sein Geld auch dem Privatverkehr aufzuzwingen. Das überläßt er einfach der Macht der Verhältnisse. Der Staat stellt es jedem frei, Gold oder Silber in Tausch für Waren anzunehmen; er stellt es aber auch jedem frei, aus Gold und Silber Münzen von xbeliebiger Größe, Feingehalt oder Gewicht herzustellen und zu verkaufen. Den Handel mit Gold gibt er, wie den Handel mit jeder beliebigen Ware frei, vogelfrei. Er entzieht den etwa im Privatverkehr umlaufenden Münzen die staatliche Gewähr für Gewicht und Feingehalt. Mehr tut der Staat nicht, um das Gold aus dem Privatgeldverkehr zu werfen, mehr braucht er auch nicht zu tun. Es genügt.

Wenn also jemand Gold in Zahlung nimmt, so wird er dieses immer zuerst in einer Scheideanstalt auf den genauen Feingehalt untersuchen lassen und die Kosten der Untersuchung bezahlen müssen. Dann muß er sich auch danach erkundigen, welchen Preis er selbst wieder beim Verkauf des Goldes lösen wird, falls er Geld für irgendwelche Zahlung braucht. Und er muß sich auf große Preisschwankungen gefaßt machen. Denn der Preis keiner Ware macht solche Sprünge, wie das Gold nach seiner Entmünzung machen wird. Findet er dann, daß das eine kostspielige, langwierige Sache ist, so bleibt es ihm unbenommen, als reuiger Sünder in den Schoß des Staatsgeldes zurückzukehren.

---

4. Abschnitt. Was mit der Geldreform bezweckt wird.

Die Geldreform ist begründet auf der Erkenntnis, daß

einerseits der Austausch der Produkte nur so lange ungestört von statten gehen kann, als das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld (Preis des Geldes) unverändert bleibt und daß

andererseits irgend eine Ware, und demnach auch das Geld, nur so lange einen über Ort und Zeit hinweg festen Preis haben kann, als wie auf irgend eine Weise ein dauernder Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot in der betreffenden Ware künstlich erzwungen wird; sei es, indem man das Angebot der Nachfrage, sei es, indem man umgekehrt die Nachfrage dem Angebot dauernd und scharf anpaßt, auf den Leib zuschneidet.

Der feste Preis, den wir für das Geld brauchen und wünschen, kann demnach nicht von einer natürlichen Eigenschaft einer Ware (des Goldes z. B.) erwartet werden, sondern er kann nur das Ergebnis einer fortlaufenden Handlung sein. Diese Handlung gehört zur öffentlichen Verwaltung des Geldes; sie kann nicht Privatpersonen, der Privatindustrie überantwortet werden, da diese oft ein Interesse gerade an den Schwankungen des Geldpreises haben.

Da die Nachfrage nach Geld in dem Angebot von Waren besteht und von deren Erzeugung abhängig ist, so kann keine Rede davon sein, den festen Preis des Geldes durch Einwirkung auf das Warenangebot, auf die Nachfrage nach Geld zu erzwingen. Wir können den Produzenten nicht vorschreiben, wie viel ein jeder arbeiten soll, arbeiten darf. Wir müssen umgekehrt verfahren; wir müssen die Warenerzeugung und die Nachfrage nach Geld sich frei entfalten lassen und ihrem Ergebnis das Geldangebot anpassen.

Darum fordert die Geldreform: Anschmiegung des Geldangebots (nicht mit Geldproduktion zu verwechseln) an die durch das fortlaufende Angebot von Waren vertretene Nachfrage nach Geld, um auf diese Weise den festen Preis zu erzwingen. Also nicht die Arbeit und Warenerzeugung sollen dem Gelde angepaßt und untergeordnet werden, sondern das Angebot von Waren wird uns sagen, wie viel Geld wir zum Angebot bringen müssen. Wir wollen also das Angebot von Geld nicht dem Zufall, den Spekulanten, Wucherern, Kapitalisten und Privatinteressen überlassen, sondern wir wollen die sachlichen Bedürfnisse des Handels, der Arbeit, des Warenaustausches darüber bestimmen lassen, wie viel Geld angeboten werden soll. Nur so können wir einen festen Geldpreis erzwingen und erwarten.

Jede andere Annahme, daß es auch Geld geben kann, das die Bedingungen für seinen festen Preis sozusagen von Natur aus als „Eigenschaft“ mit sich und in sich selbst herumträgt, etwa wie die Nuß ihren Kern, müssen wir in das große Gebiet volkswirtschaftlicher Träumereien, der Bierhalluzinationen verweisen. Alle Eigenschaften der Waren können wir ausnahmslos mit unseren Sinnen wahrnehmen; andere als diese gibt es nicht, und wenn wir mit unseren Sinnen allein den Preis eines Kanarienvogels nicht bestimmen können, so ist das ein voller Beweis, daß der Preis nicht zu den Eigenschaften der Waren zu zählen ist. Demnach ist es un-

möglich, einen Körper zu finden, einen Gegenstand herzustellen, dem von Hause und von Natur aus der erwünschte feste Preis anhaftet.

Der Preis ist immer das Ergebnis einer Handlung, nämlich des vorangehenden Handels, und dieser Handel ist gewöhnlich der Brennpunkt von Tausenden von Umständen, die wir in die Worte „Nachfrage und Angebot“ zusammenfassen.

Soll nun der Ware, die wir zu Geld machen, der feste Preis als Eigenschaft anhaften, so müßten sich in ihr selbst alle Einflüsse ausgleichen, die äußerlich auf ihre Nachfrage und innerlich auf ihr Angebot einwirken. Das heißt, das Angebot dieses Geldes müßte selbsttätig mit der Nachfrage (das ist das Angebot der Waren) steigen und fallen, sich automatisch, aus eigenem Antriebe, und oft gegen den Willen und das Interesse seines Besitzers, sich der Nachfrage anschmiegen. Ein verschwommener, nebelhafter Gedanke.

Der in der Währungsliteratur aller Länder und Sprachen immer noch hier und da spukende Ausdruck „fester, innerer Wert des Goldes“ ist nichts als eine hohle, sinnlose Phrase, ein Zufluchtsort für alle Währungspolitiker, die sich entweder durch eigene Zweifel oder durch die Kritik anderer in die Enge getrieben fühlen und keine andere Rettung kennen, als sich mit einer dunklen Wolke undurchdringlicher Phrasen zu umgeben. (Ähnlich dem Tintenfisch, der sich bei Gefahr seinen Verfolgern unsichtbar macht, indem er durch Ausstoßen einer dunklen Flüssigkeit das Wasser im Umkreis trübt.) In der Wissenschaft weiß niemand etwas von „festem“ Wert, geschweige von festem „inneren“ Wert. Phrase, Schall, Schwindel!

Um nun, so räsoniert die Geldreform weiter, das Angebot des Geldes den natürlichen Schwankungen im Warenangebot anpassen zu können, um das Geldangebot dem Warenangebot auf den Leib zuschneiden zu können, um eine vollkommene Anschmiegung des Geldangebots an die Warenerzeugung unter allen denkbaren Umständen zu erzwingen, ist zweierlei vonnöten;

1. absolutes Staatsmonopol für die Geldfabrikation;
2. absolute Beherrschung des Angebotes der gesamten ausgegebenen Geldmasse durch den Staat.

Die erste Forderung ist jedermann ohne weiteres verständlich. Soll der Geldpreis auf ein bestimmtes Ziel gerichtet werden, so darf niemand dem Staate dabei ins Handwerk pfuschen.

Die zweite Forderung, die eigentlich schon in der ersten enthalten ist und das eigentliche Wesen der Geldreform ausmacht, bedarf für die meisten Leser einiger Worte der Erklärung.

Einfluß auf seinen Preis kann das vom Staate ausgegebene Geld nur dann haben, wenn es auch angeboten und zwar gegen Waren angeboten wird, denn wie schon der Philosoph Hume vor 150 Jahren richtig bemerkte: „Geld, das nicht angeboten wird, hat auf den Markt denselben Einfluß, wie wenn es nicht da wäre.“ Was würde es also nützen, wenn wir dem Staate die Vollmacht gäben, Geld nach Bedarf herzustellen, wenn dem Staate dabei die Mittel fehlen, das Angebot des Geldes gegen Waren zu erzwingen? Dabei muß der Staat auch wieder die Sicherheit haben, daß, wenn genug Geld in Umlauf ist, nicht noch aus Privatreserven Geld dem Markte zuströmen kann. Denn was würde es auch wieder nützen, wenn der Staat versuchen wollte, einen etwaigen Geldüberschuß dem Markte zu entziehen und er dabei auf den Widerstand dieser Privat-

reserven stößt? Millionen von großen und kleinen Reserven — die, wie die Erfahrung lehrt, sich immer dann auf den Markt ergießen, wenn schon zu viel Geld in Umlauf ist, wenn eine Hausse in Aussicht steht, und die sich anderseits vom Markte zurückziehen, wenn es so wie so schon an Geldangebot fehlt, wenn eine Baisse erwartet wird.

Die Privatreserven wirken genau wie ebensoviele kleine und große Emissionsbanken, und es ist klar, daß von einem Monopol im Geldangebot nicht die Rede sein kann, so lange es Privatgeldreserven gibt. So lange es von den Inhabern des Geldes allein abhängt, ob sie das Geld anbieten wollen oder nicht, ist der Staat nicht Herr im Hause, er kann weder Hausse noch Baisse vermeiden. Das Monopol der Geldfabrikation allein genügt nicht, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Eine Anpassung des Geldangebots an das Warenangebot läßt sich so nicht erzwingen.

Aus diesem Grunde (wie aus vielen anderen, die wir im Laufe dieser Darstellung kennen lernen werden) fordert die Geldreform die Auflösung sämtlicher Privatgeldreserven, fordert sie das Zwangsangebot der gesamten im Verkehr sich befindenden Geldmasse, den regelmäßigen, nur vom Staate beherrschten Umlauf des Geldes. Ob das Geld angeboten werden soll oder nicht, soll nicht mehr dem Zufall, der Laune der Bankiers, der Profitsucht der Spekulanten, der zitternden Kleingläubigkeit der kleinen und großen Kapitalisten überlassen werden.

Das in Umlauf befindliche Geld soll unter allen Umständen, unter allen Verhältnissen, ohne irgend eine Rücksicht auf persönliche, wirtschaftliche politische Verhältnisse angeboten werden, in Umlauf bleiben — so lange der Staat es im Umlauf läßt. Von der höheren Warte des Handels, der Arbeit, des Warenaustausches aus, soll die Frage beantwortet werden, ob zu viel, zu wenig, ob genug Geld angeboten wird.

Der Angebotszwang erweist sich demnach als Korrelat des Geldmonopols, einer zielbewußten, vom öffentlichen Interesse geleiteten Geldverwaltung, und die Geldreform nimmt darum keinen Anstand, es stolz und frei zu verkünden, daß nur unter Zuhülfenahme des Angebotszwanges und nach Auflösung der Privatgeldreserven ein fester Preis für das Geld erzielt werden kann.

Auf Grund dieser Erkenntnis verweist die Geldreform jeden Versuch, den Geldpreis unter Umgehung des Angebotszwanges befestigen zu wollen, in das Gebiet der tastenden, unglückschwangeren Experimentenmacherei.

---

5. Abschnitt. Die Wirkung der Geldreform.

Eine so radikale Reform wie der Geldangebotszwang, in einer Sache von so großer Bedeutung wie das Geld, ein so energischer Eingriff in das Zentralnervensystem der Volkswirtschaft, kann natürlich nicht ohne mannigfache Erscheinungen verlaufen. Und in der Tat — die Wirkungen der Geldreform sind ebenso vielseitig wie überraschend, sowohl auf dem Gebiete der Praxis, wie in der Wissenschaft.

Zunächst wird die Geldreform ihren eigentlichen Zweck, den festen Preis des Geldes, mit unfehlbarer Sicherheit erreichen. Wir werden aber

später sehen, daß es genügt, dem Gelde einen dauernd festen Preis zu verleihen, um:

1. Wirtschaftskrisen, Absatzstockungen, allgemeine Arbeitslosigkeit unmöglich zu machen.
2. Zahlungseinstellungen, soweit sie nicht auf persönliche Umstände zurückzuführen sind, zu verhindern,
3. die Schutzzölle, soweit sie durch Preisrückgang der Waren nötig erscheinen, überflüssig zu machen und dadurch den Freihandel herbeizuführen, bezw. zu ermöglichen,
4. die Klagen der Gläubiger und Schuldner (Agrarier), daß sie durch die Währung geschädigt würden, für immer verstummen zu lassen.

Als weitere unmittelbare Folgen der Geldreform, die vom Angebotszwang herrühren, aber vom Geldpreis unabhängig sind, sind zu nennen:

a) ein beständig wachsender Druck auf den Zinsfuß, mit der Aussicht und Möglichkeit, daß der Zins in absehbarer Zeit ganz verschwindet — was jedoch die internationale Einführung der Geldreform voraussetzt,
b) eine vollständige Umgestaltung des Handels, Sicherung und Beschleunigung des Warenaustausches, Überflüssigwerden und Schließung der Mehrzahl der Läden, gewaltige Verminderung der Handelsunkosten,
c) Einführung der Barzahlung,
d) Unterdrückung des Wuchers und der Spekulation,
e) gewaltige Erleichterung des Sparens; allerdings nicht des Geldsparens,
f) automatischer Arbeitsnachweis,
g) Erhebung der Arbeit und Ware auf die Rangstufe des baren Geldes.

Das wären die hauptsächlichsten Wirkungen der Geldreform in Bezug auf die Volkswirtschaft.

Für die Wissenschaft wird die Geldreform an und für sich mehr Aufklärung bringen, als die gesamte volkswirtschaftliche Literatur. Die Geldreform wird die Volkswirtschaft mit Taten lehren, ein unendliches Material an neuen Tatsachen zu Tage fördern, neue Vergleichspunkte, Anhaltspunkte, Ruhepunkte, einen wirklichen theoretischen Aussichtsturm für das gesamte Gebiet der Volkswirtschaft schaffen. Verborgene Tatsachen von höchster Wichtigkeit wird sie ans Licht bringen. Eine wahre Fundgrube von Wegweisern.

Die Geldreform wird zeigen:

a) warum bisher die Quantitätstheorie versagte;
b) warum bei Darlehen das Angebot regelmässig und ausnahmslos hinter der Nachfrage bleibt;
c) warum überhaupt Zins bezahlt wird;
d) wo die Bestimmungsgründe für die Zinshöhe zu suchen sind;
e) daß das Zinsmaximum auch gleichzeitig das Zinsminimum ist;
f) daß der Zinsfuß nicht 2, sondern 3 Elemente enthält;
g) wie die Wirtschaftskrisen entstehen;
h) wie man den Preis des Geldes messen soll;
i) wie man die Qualität des Geldes messen soll;
k) warum man aus Papier Geld machen kann;
l) was eine Mark deutscher Reichswährung ist.

Das ist in der Hauptsache das, was ich in der Geldreform gefunden habe. Ich habe aus dieser Fundgrube nur das geholt, was ich für meine Zwecke brauchte. Andere, die die Volkswirtschaft mit anderen Zwecken, von anderen Ausgangspunkten aus durchforschen, werden in der Geldreform sicherlich auch noch manchen Schatz, manches vielgesuchte „missing link“ (fehlendes Glied in der Kette) entdecken.

Dadurch, daß das bisherige Metallgeld nach Belieben der Inhaber angeboten oder zurückgehalten werden konnte, verwirrte es alle Verhältnisse derart, daß es unmöglich wurde, auf irgend einem Gebiete der Volkswirtschaft zu klaren Ergebnissen zu gelangen. Die Geldreform beseitigt diesen Übelstand und wirft dadurch ein helles Licht in die dunkelsten Ecken der Volkswirtschaft.

---

6. Abschnitt. Wie das Reformgeld verwaltet wird.

Nachdem das Reformgeld in Umlauf gesetzt und das Metallgeld ausser Gebrauch (Kurs) erklärt worden, wird es sich für das zu gründende Reichsgeldamt nur mehr darum handeln, den Preis des Geldes zu beobachten und durch Vermehrung oder Verminderung des Geldumlaufs den Preis des Geldes fest auf einem Punkt zu erhalten.

Für die Ermittelung des Geldpreises wird das Geldamt die später zu besprechende „Statistik für die Ermittelung des Durchschnittspreises aller Waren“ führen und je nach den Ergebnissen dieser Statistik, je nachdem der Durchschnittspreis Neigung nach oben oder nach unten zeigt, den Geldumlauf vergrössern oder verkleinern.

Da das Geldamt weiß, daß jede in Umlauf befindliche Mark auch fortlaufend angeboten wird, so braucht es sich um das Geldangebot nicht zu kümmern. Das Geldangebot wird immer und unter allen Umständen der Geldmasse entsprechen.

Privatgeldreserven sind mit der Geldreform unmöglich; die gesamte Geldmasse ist in ununterbrochener, durch kein Ereignis zu störender Bewegung. Im Verkehr befindet sich also immer nur genau so viel Geld, wie der Verkehr unmittelbar beansprucht. Wäre weniger als dieses Minimum vorhanden, so würde die Nachfrage nach Waren nicht genügen, und die Warenpreise würden sofort fallen; wäre mehr als dieses Maximum vorhanden, so würde die Nachfrage nach Waren die normale Höhe überschreiten, und die Preise würden sofort steigen. Mit dem Reformgeld läuft die Nachfrage nicht neben dem Gelde als selbständiger Wille einher, sondern das Reformgeld ist an sich die Nachfrage. Eine andere Nachfrage als das Reformgeld gibt es dann nicht mehr. Die Masse des ausgegebenen Reformgeldes ist gleichzeitig auch die Grenze, das kongruierende Maximum und Minimum der Nachfrage.

Genügt also die Nachfrage nicht, um den Preisstand der Waren aufrecht zu erhalten, so vermehrt das Geldamt die ausgegebene Geldmasse; im entgegengesetzten Falle zieht das Geldamt Geld aus dem Verkehr.

Da das Geld an sich die Nachfrage darstellt, so genügt es, die Geld-

ausgabe zu vermehren oder zu vermindern, um die Nachfrage dauernd und scharf dem Angebot von Waren auf den Leib zuzuschneiden.

Um die Geldausgabe zu vergrößern, kauft das Reichsgeldamt Titel der Reichsschuld, oder es übergibt das Geld der Staatskasse, die es an Stelle der entsprechend zu vermindernden Steuern verwendet.

Das ist also eine einfache Sache, aber noch einfacher wird die Verminderung des Geldumlaufes sein. Denn da die Gesamtmasse des Geldes stetig abnimmt, und zwar um 5 Proz. jährlich, so braucht man nur eine Weile zu warten. Der etwaige Überschuß verbraucht sich selbsttätig im Verkehr. Genügt das aber nicht, so kann durch Verkauf von Titeln der Reichsschuld, durch einen Steuerzuschlag usw., nachgeholfen werden.

Da, wie gesagt, alle Privatreserven verschwinden, die gesamte Geldmasse in ununterbrochenem, schnellen Umlauf sich befindet, so wird es sich niemals um große Summen handeln können, die ausgegeben oder zurückgezogen werden müssen. Wie ein Fluß mit gleichmäßigem Gefäll auch ein gleichmäßiges Bett hat, so wird das Reformgeld, weil es gleichmäßig umläuft (fließt), den Markt gleichmäßig mit Geld versorgen.

Das Geldamt beherrscht also mit dem Reformgeld das Geldangebot in absoluter Weise. Es ist Alleinherrscher, sowohl über die Geldfabrikation, wie auch über das Geldangebot.

Unter dem Reichsgeldamt brauchen wir uns nicht ein großartiges Gebäude für hunderte von Beamten, wie etwa die Reichsbank, zu denken. Das Reichsgeldamt betreibt keine Bankgeschäfte. Abgesehen von dem Drucken des Geldes, das am besten wohl von der Reichsdruckerei besorgt werden kann; abgesehen von dem jährlichen Umtausch der Zettel, der von allen staatlichen Kassen (Steuer-, Post-, Eisenbahn-, Zollämtern) vermittelt wird, wird das später noch zu besprechende statistische Bureau für die Ermittelung des Durchschnittswarenpreises die Hauptsache an der ganzen Sache sein. Daneben noch ein invalider Feldwebel, der den Geldumlauf den Ergebnissen der erwähnten Statistik anzupassen hat. Mehr ist nicht nötig. Einfach, billig, wirksam.

Und mit diesem billigen Apparat läßt sich der deutsche Markt so wirksam und scharf mit Geld versehen, daß niemals ein Pfennig zu viel, niemals ein Pfennig zu wenig in Umlauf bleiben wird. Und das heute, morgen, zu allen Zeiten, beim Schall der Fanfaren, wie beim Schlagen der Schamade.

Mit diesem einfachen und billigen Apparat wollen wir die schwere Arbeit der Goldgräber, das Kapital der Banken, die Tätigkeit der Reichsbank ersetzen. Und mehr als ersetzen. Wir wollen mustergültige, für alle Welt vorbildliche Arbeit liefern.

---

7. Abschnitt. **Was mit dem Gold gemacht wird.**

Da das Reformgeld als Geld an sich, nicht als Lieferungsversprechen von Geld zu betrachten ist, da das Geldamt das Reformgeld nicht „einlöst“, auch nicht einzulösen verspricht, noch einzulösen gedenkt, weder

heute oder morgen, noch überhaupt, braucht das Geldamt nichts zu besitzen, um das Reformgeld „einzulösen". Solange Waren erzeugt werden, wird man Geld brauchen, und solange wir nicht den reinen Kommunismus einführen, wird die Arbeit — Waren — liefern, die man verkaufen, tauschen muß. Zu diesem Verkauf und Tausch ist Geld unentbehrlich. Also wozu das Geld einlösen, wenn der Verkehr es doch gebraucht? Ebensogut könnte man alle Jahre die Eisenbahnschienen einlösen, d. h. einschmelzen, um sie gleich darauf wieder mit Kosten neu anfertigen zu müssen. Die Hauptsache beim Gelde ist, daß weder Überschuß noch Mangel an Geld entstehen kann, und um das zu verhüten, ist keine der heutigen Emissionsbanken mit Mitteln versehen, die sich in Bezug auf Wirksamkeit mit den Waffen der Geldreform messen können.

Darum wird auch das Reichsgeldamt die ihm zum Umtausch gegen Reformgeld freiwillig eingelieferten Gold- und Silbermünzen nicht ewig als toten Schatz aufbewahren müssen. Diese Münzen werden eingeschmolzen und in Barrenform öffentlich, meistbietend per Kilo für Industriezwecke gegen Reformgeld verkauft. Und zwar nicht überstürzt, etwa um den Preis dieser Metalle zu drücken, um dem Auslande Verlegenheiten zu bereiten. Nein, der Verkauf soll nach und nach, im Laufe vieler Jahre geschehen, so daß man möglichst hohe Preise dafür erzielt und der Handel mit den Goldwährungsländern möglichst wenig darunter leidet.

Jedoch ist anzunehmen, daß man dabei nicht lange auf den Auslandshandel wird Rücksicht zu nehmen brauchen, weil die deutsche Geldreform sich auch im Auslande einbürgern wird.

Dann wird die Zeit gekommen sein, wo man an die Errichtung des „internationalen Geldamtes" schreiten wird, welches wir später beschreiben werden.

---

8. Abschnitt. Wie die Beteiligten die Geldreform von ihrem verschiedenen Standpunkt aus beurteilen.

Geduld! Ich werde die tausend Bedenken, die die Theorie gegen die Geldreform vorbringt, sämtlich über die Klinge springen lassen; vorläufig wollen wir sehen, was die Praxis dazu sagt.

I. Der Arbeiter.

Das wäre also das Reformgeld, das von jetzt ab den Warenaustausch zu vermitteln hat, mit dessen Hilfe ich meine Produkte gegen die Produkte anderer werde tauschen müssen. Ziemlich dürftig, sparsam, sogar ärmlich sieht es aus, im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem schönen, glitzernden Golde. Doch, was schadet das; das Geld ist doch kein Spielzeug, keine Schmucksache. Es soll dem Handel, ganz prosaischen, nüchternen Zwecken dienen, und ausgeben muß ich es ja doch wieder. Wenn es also seinen Zweck erfüllt, was geht mich dann noch sein Äußeres an. Im Gegenteil, je unscheinbarer es ist, um so leichteren Herzens werde ich mich, werden

sich alle davon trennen, und wenn sich jeder leicht vom Gelde trennt, also Waren damit kauft, so werde ich ja meine Produkte um so leichter los. Übrigens, sind denn etwa meine eigenen Produkte, die ich für das Geld lieferte, schöner, besser als dieses Geld. Es war doch auch kein Gold, was ich für das Geld hergab, von Glanz und Schimmer keine Spur.

Ich empfinde es auch als eine Wohltat, daß das Geld jetzt so wenig wiegt. Ich trage doch jetzt meinen Monatslohn in der Tasche und merke nichts davon; in Silber, Nickel und Kupfer wäre mir das Gewicht lästig, und Gold sahen wir Arbeiter ja doch nur selten. Die kleinste goldene Münze betrug 10 Mk., und Ausgaben von 10 Mk. hat der Arbeiter nur ausnahmsweise. Es hat etwas für sich, dies moderne Papiergeld.

Und wie sauber dies Geld bleiben wird; alle Jahre wird das Geld gegen neues umgewechselt; ja das Kleingeld wird immer nur ganz kurze Zeit umlaufen; es wird vielleicht 8—14 Tage im Verkehr bleiben und dann durch neues ersetzt werden. Man rühmte der Goldwährung die Sauberkeit nach, aber wir Arbeiter hatten doch nur wenig Vorteile davon. Für uns war die Goldwährung eine Kupfer- oder Nickelwährung, und diese Münzen waren unappetitlich genug.

Zwar werde ich jährlich an meinem Geldbestand 5 Proz. verlieren, aber was sind 5 Proz. vom Geldbestand des Arbeiters? Mehr als den Wochenlohn besitzt der Arbeiter doch selten in barem Gelde. Beträgt dieser Lohn nun 20 Mk., so verliert er darauf im Laufe eines ganzen Jahres 5 Proz., also 1 Mk.! Also so gut wie nichts im Vergleich mit den anderen indirekten Steuern. Übrigens kommt dieser Verlust ja direkt dem Staate zugute, so daß ich um so weniger Steuern anderer Art werde zu bezahlen brauchen.

Soweit wäre mir die Reform eher von Vor- als von Nachteil. Man sagt aber, daß die Reform bestimmt ist, in Verbindung mit der Bodenreform das Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu verwirklichen. Aber das werde ich an dem Erfolg erst nachprüfen können. Ich habe keine Zeit, mich in diese Fragen zu vertiefen. Treffen diese Erwartungen zu, na, dann um so besser!

II. Der Käufer.

Komisch! So plump dieses Reformgeld auf den ersten Blick aussieht, so bequem ist es beim Einkauf. Ich kaufte heute einen Hut. Der Krämer verlangte dafür Mk. 2.91. Ein sonderbarer Preis, sagte ich: Warum verlangen Sie nicht, wie früher, eine runde Summe, also 3 Mk. O! antwortete der Kaufmann, die Summe ist ja rund, kugelrund. Ich habe den Preis gleich auf das Zahlmittel abgerundet, wie ich das früher auch tat. Ihr Geld lautet heute auf Mk. 0.97 und $3 \times 0.97 = 2.91$ Mk. Unsere Berechnungen ergeben durchaus nicht mit Vorliebe runde Zahlen. Unsere Preise lauteten nur darum immer auf runde Beträge, weil wir Rücksicht nahmen auf die Bequemlichkeit des zahlenden Käufers. Ihr Hut z. B. hat mich genau Mk. 2.17 gekostet. An sich gibt es keine runden Zahlen — sie sind immer nur rund oder eckig in bezug auf die Zahlmittel. Und auf das heutige Zahlmittel ist mein Preis von Mk. 2.91 abgerundet worden. Glauben Sie denn, fuhr der Kaufmann fort, daß das

Theaterbillet gerade darum 3 Mk. kostet, weil man es nicht auch für Mk. 3.07 oder Mk. 2.94 verkaufen könnte? Man richtete sich früher einfach nach den Zahlmitteln, überall, wo es nicht auf 1 Promille ankam, und dasselbe tun wir auch heute. Und darum kostet der Hut heute Mk. 2.91 und nicht Mk. 2.95 oder 3.—.

Natürlich, bei großen Beträgen, und wo es auf ein Promille ankommt, da rechnen wir auch scharf, da können wir die Bequemlichkeit beim Zahlen nicht so hoch anrechnen, da fallen die Preise aus, wie die Berechnung ausfällt, da nehmen wir das Geld zum genauen Tageskurs. Aber wo der Verkäufer scharf rechnet, da muß es auch der Käufer tun. Und wenn dieser imstande ist, nachzurechnen, ob 10 Zentner Stroh zu 2.93 abzüglich 2 Proz. Skonto und 3 Promille Kommission, zuzüglich Mk. 13.14 Eisenbahnfracht und 3 Proz. Wägegeld = Mk. 26.47 ist, da wird er wohl auch im Stande sein, sein Geld zusammenzurechnen. Wir haben übrigens zur Erleichterung dieser Arbeit staatlich gewährleistete Vervielfältigungstabellen, die Sie auf jedem Ladentisch finden werden; sie machen das Nachzählen des Geldes zur Spielerei. Nehmen wir an, Sie hätten mir z. B. Mk. 2375.— zu zahlen — eine Summe, die ich aus der Luft greife.

Nun nehmen Sie die Tabelle, suchen das Datum, also den 1. Juni, und finden da:

24 × 97.90 = 2349.60			
2 × 9.79 = 19.58	2369.18		
5 × 0.97 = . . .	4.85	2374.03	
Kleingeld		0.97	
		Mk. 2375.00.	

Sie sehen, eine höchst einfache Sache, eine wahre geistige Erholung für jeden Kaufmann. Ach! könnte ich nur oft mir diese Erholung leisten!

So sprach der Kaufmann. Zum Danke für die Aufklärung kaufte ich ihm noch für 36 Pfg. Stiefelwichse ab und bezahlte, indem ich mit einer der an jedem Ladentisch hängenden Scheren von einem Zettel 36 Pfg. abschnitt. Ein höchst einfaches Verfahren in der Tat. Früher hätte ich dazu mindestens vier verschiedene Münzen gebraucht; eine von 20 Pfg., eine von 10 Pfg., eine von 5 Pfg. und eine von 1 Pfg. In der Regel fehlte mir aber die eine oder die andere Münze, und wenn ich ein Fünfzigpfennigstück hingab, so mußte ich auf Rückzahlung warten. Jetzt habe ich in einem Zettel alle Münzen von 1 bis 100 vereinigt; jetzt habe ich wirklich teilbares Geld, wie es der Verkehr braucht. Wirklich, je plumper es aussieht, um so bequemer ist es in Wirklichkeit. Ganz abgesehen davon, daß es nichts wiegt, daß man die größte und kleinste Summe mit gleicher Bequemlichkeit mit sich herumtragen kann, daß man auch jeden beliebigen Betrag einfach in Briefen versenden kann. Früher brauchte man dazu Briefmarken; auch ein Beweis, daß das Metallgeld nicht den Bedürfnissen des Verkehrs in bezug auf Teilbarkeit entsprach.

Fällt mir jetzt Geld aus der Hand, so rollt es nicht fort, es verliert sich nicht zwischen den Ritzen der Dielen. Es fällt, und wo es fällt, bleibt es liegen. Auch ist es wegen seiner schärferen Flächenbegrenzung und grelleren Farbenabtönung viel besser sichtbar. Es fällt nicht durch ein Loch in der Hosentasche, und geht wirklich etwas verloren — nun

so hat der Staat den Gewinn, und der Verlust an Geld verwandelt sich in einen entsprechenden Steuererlaß.

Kurz, von meinem Standpunkt als Käufer und Inhaber von Reformgeld kann ich keine Nachteile entdecken. Dagegen aber eine Reihe kleiner Vorteile.

III. Der Verkäufer.

Merkwürdigerweise wurde der Umstand, daß das Reformgeld keine auf 0 und 00 endigende Summe darstellt, allgemein als das Hindernis bezeichnet, woran die ganze Sache scheitern würde. Wenn aber das ein ernstliches Hindernis für den Kauf von Waren wäre (also für den Verkauf des Geldes), so bleibt die Frage offen, wie es möglich ist, daß man heute Ware verkaufen kann, die doch auch keine auf 0 und 00 endigenden Summen darstellt? Ich verkaufe das Salz zu 17, den Zucker zu 13, den Kaffee zu 29 usw., d. h. meine Preise richten sich nicht, wie im Theater, nach den Zahlungsmitteln, sondern nach dem, was mir der Wettbewerb zu nehmen erlaubt. Und wenn die Preise nicht auf 0 und 00 lauten, welchen Nutzen bieten dann solche auf runde Summen lautenden Zahlmittel? Was nützt eine runde Schachtel für einen eckigen Gegenstand, was nützt ein grader schlanker Meterstab, wenn das, was ich messen muß, krumm ist? Was nützt es dem Verkäufer, von schönen runden Summen zu träumen, wenn das, was er verkauft, zerbrechlich, schmutzig, feuergefährlich ist und stinkt? Wahrlich, es gehört viel Oberflächlichkeit dazu, für den Verkäufer einen Vorteil von der Beschaffenheit der Zahlmittel zu erwarten! Ja, wenn mit dem Golde auch die Waren zu Gold würden!

Um den Irrtum zu erkennen, in den wir bei Beurteilung dieser Sache so leicht verfallen, ist es gut, sich klar darüber zu werden, was denn eigentlich eine runde Summe ist.

Zur Zeit, als man noch nach dem System der Zwölfteilung rechnete, waren Dutzend und Gros in der Ein- und Mehrzahl die runde Zahl. Durch das System der Zehnteilung sind 12 — 36 — 144 — 288 zu eckigen Zahlen geworden. Wenn wir im Duodezimalsystem für 1 das Zeichen a, für 10 b, für 11 c und für die übrigen Ziffern die heutigen Zeichen gebrauchen, dann würde man für 12 a0, für 24 20 schreiben. Gros oder 144 würde a00 und 12 Groß oder 1728 a000 geschrieben. Unsere heutige Zahl 100 würde aber 84 (nämlich 8 Dtzd. + 4 Einer), und 1000 würde 6c4 (nämlich 6 Gros 11 Dtzd. 4 Einer) geschrieben.

Absolut runde Zahlen gibt es also nicht, sondern nur mit Bezug auf das Rechensystem sind die Zahlen rund oder eckig.

Mit sich selbst verglichen ist jede Zahl rund, und der Preis einer Ware von 11.33 ist rund, wenn die Summe von 11.33 auf den Ladentisch gelegt wird. Haben wir aber erkannt, daß es absolut runde Zahlen nicht gibt, so müssen wir auch zugeben, daß das häufige Vorkommen auf mit 0 endigender Preise (10 Pfg.-Briefmarken z. B.) nur die Folge einer gewaltsamen Anpassung der Preise an die Zahlmittel ist. So z. B. kostet eine Weltpostkarte in Deutschland 10 Pfg., in Frankreich 10 Centimen, oder nach unserem Gelde 8 Pfg. Die französische Postverwaltung büßt so

20 Proz. ihrer Einnahmen ein (im Vergleich zum deutschen Tarife), nur infolge dieser gewaltsamen Anpassung des Tarifes an die Zahlmittel des Publikums. Ob dies vernünftig, billig ist, will ich nicht untersuchen. Aber wir Krämer können nicht aus Bequemlichkeit die Preise, wie die Post, auf beliebige Beträge abrunden; uns schauen die Hausfrauen auf die Finger, und wenn der Konkurrent die Wichse für 9 verkauft, so kann ich nicht 10 fordern.

Übrigens ist es eine alte Erkenntnis, daß alle Waren schließlich mit Waren bezahlt werden. Das eigentliche Zahlmittel ist also die Ware selbst. Welchen Vorteil kann es also bieten, zwischen zwei Waren, zwischen zwei holprige Dinge, einen runden Kiesel einzuschieben? Kann man auf Rädern die Treppen leichter ersteigen, als auf spitzen Schuhsohlen?

Und wenn auch das Geld dem Verkäufer wirkliche Schwierigkeiten machte, so müßten diese schon recht groß sein, um die Beachtung des Warenverkäufers zu verdienen. Schwierigkeiten, ernste Schwierigkeiten, bereitet das Geld dem Verkäufer dann, wenn es — als Ware betrachtet — besser als die zu verkaufenden Waren ist, wenn sich der Käufer schwer vom Gelde trennt. Dann muß der Verkäufer seinen Witz gebrauchen, um das Publikum zum Kaufe zu veranlassen! Schwierigkeiten, ernste Schwierigkeiten, Sorgen und Gefahren bereitet das Geld dem Krämer, wenn, wie das unter der Goldwährung die Regel war, durch die Schwankungen im Geldangebot die Warenpreise herauf und heruntergedrückt werden; einmal eine allgemeine Preissteigerung, dann gleich darauf der Preisfall eintritt, mit seinem Begleiter, der Krise, dem Krach. Befreie man mich von diesen Plagen, dann will ich gern meine Kasse nachrechnen und auf der Multiplikationstabelle nachsehen, wieviel $17 \times 0{,}97$ ist. Ach! könnte ich nur täglich einen Haufen Reformgeld zusammenzählen!

Aber in einer Beziehung nimmt mit der Geldreform mein Geschäft eine Entwicklung, die wirklich ernste Beachtung verdient. Einmal zahlen meine Kunden jetzt meistens bar, weil sie ein direktes unmittelbares Interesse daran haben, möglichst schnell zu bezahlen, und weil sie selbst wieder bar bezahlt werden. Dann aber nimmt das Detaillieren, das Zerstückeln der Waren in kleine und kleinste Teile, der Pfennigverkauf auffällig ab. Die Käufer trennten sich früher ungern vom Geld, einmal weil ihnen das Geld ja Zeit ließ, dann weil sie wohl auch Geld auf Zins in der Sparkasse hatten, dann auch wieder, weil es angenehmer war, Geld im Hause zu haben, als Waren, und schließlich, weil niemand sicher war, daß das Geld, das er ausgab, von der anderen Seite wieder eingehen würde. Der Geldumlauf war ja so unregelmäßig, die Geldeingänge so unsicher, daß jeder, der nicht mit festem Einkommen rechnete, gern eine Geldreserve anlegte. Und diese Reserve suchte er dadurch zu bilden, daß er dort, wo er Kredit genoß, diesen auch benutzte, daß er nur das Nötigste, für den unmittelbaren Konsum Bestimmte kaufte und das Gekaufte anschreiben ließ. Statt eines Kilos kaufte er ein Gramm, statt eines Sacks ein Kilo. Niemandem wäre es eingefallen, sich einige Vorräte zuzulegen, niemand dachte daran, eine Vorratskammer in seinen Bauplan aufzunehmen. Als Vorrat galt allgemein und ausschließlich das Geld.

Jetzt scheint sich das zu ändern. Weil das Geld selbst einen jeden ununterbrochen an seine Pflichten als Zahler erinnert, sucht jeder zu bezahlen, sowie er selbst bezahlt wird. Der Geldumlauf, der jetzt zwangs-

weise vor sich geht, ist gesichert. Er kann nicht mehr durch Gerüchte ins Stocken geraten. Der regelmäßige Geldumlauf hat regelmäßigen Absatz zur Folge, und da jeder auch gern so schnell wie möglich das Gekaufte bezahlt, so sind die Geldeinnahmen auch regelmäßig geworden. Man kann jetzt auf die Einnahmen rechnen, und es ist nicht mehr nötig, Geldreserven anzulegen — ganz abgesehen davon, daß diese Reserven heute in sich selbst zerfallen, also unmöglich sind. Statt der Geldreserven legt man Vorräte an, man zieht den Besitz von Waren dem Besitze des Geldes vor, wie man aus demselben Grunde auch die Barzahlung den Kreditkäufen vorzieht. Statt in mikroskopischen Portionen werden die Waren jetzt in Originalpackung und in Posten gekauft. Statt eines Liters ein Faß, statt eines Meters ein Stück, statt eines Kilos ein Sack.

Man sollte nun meinen, wir Krämer lebten jetzt in Saus und Braus, sozusagen im siebenten Himmel. Aber weit gefehlt. Ich persönlich habe diese Entwicklung glücklicherweise scharf beobachtet und mein Geschäft den veränderten Verhältnissen angepaßt. An Stelle meiner Krämerpreise habe ich Grossopreise gesetzt und so meine Kundschaft nicht nur erhalten, sondern gewaltig erweitert. Aber meine Konkurrenten, die im alten Schlendrian weiterwursteln wollten, denen die Einsicht fehlte, haben ihre Läden schließen müssen. Die Kundschaft war plötzlich verschwunden. Wo früher 20 Krämer waren, da ist jetzt nur mehr einer, und dieser eine hat trotz 20fachem Absatz weniger Arbeit als früher. Mir ist die Ladenmiete schon um 90 Proz. herabgesetzt worden, weil so viele Läden leer stehen und zu Wohnzwecken umgebaut werden müssen. Wenn ich nun auch so wenig Miete zahle und 20mal mehr verkaufe, so ist mein Verdienst bei weitem nicht im gleichen Verhältnis gewachsen, der Konkurrenz wegen, die infolge des so sehr vereinfachten Geschäftsganges sich mit geringem Verdienst begnügt. So rechne ich jetzt, statt mit 25 Proz. durchschnittlichem Profit, mit nur 1 Proz. Kommission. Da ich alles in Originalpackung abgebe und bar bezahlt werde, bei Ablieferung der Ware, so kann ich scharf rechnen. Keine Buchhaltung, keine Rechnungen, keine Verluste. Außerdem ist mein Lager trotz 20fachem Absatz nicht größer geworden. Mit meinen Kunden habe ich regelmäßige Lieferungen abgemacht, und die Waren liefere ich gleich von der Bahn weg ab. So ist der ganze Kramhandel zum einfachen Kommissionsgeschäft geworden.

Meine Konkurrenten, die ihr Geschäft haben schließen müssen, sind ja zu bedauern, besonders die älteren unter ihnen, die kein Gewerbe mehr erlernen können. Da ihr Ruin unmittelbar durch die Geldreform, also durch einen Eingriff des Staates verursacht wurde, so wäre es meiner Ansicht nach gerecht und billig, wenn man diese Leute durch eine Staatspension entschädigte. Und das kann der Staat auch gut tun, denn durch die Beseitigung dieser Zwischenhändler, durch die Verbilligung der Waren ist ja die Steuerkraft des Volkes ganz außerordentlich gewachsen. Hat es der Staat seinerzeit für billig gehalten, den Grundrentnern durch die Getreidezölle ihre Renten zu erhöhen und zu sichern, trotzdem die sogen. Not dieser Grundrentner nicht auf staatliche Eingriffe zurückzuführen war, so wäre in diesem Falle eine Pension nicht mehr als gerecht.

Summa summarum muß ich gestehen, daß die Geldreform eine gewaltige Vereinfachung des Krämergeschäftes bedeutet, da sie von 20 Krämern 19 überflüssig gemacht hat. Den 19 Krämern hat ja die Sache bös mit-

gespielt, aber etwas Ähnliches mußte ja doch einmal kommen. Auf die Dauer konnten der splitterweise erfolgende Verkauf und die damit verbundenen schweren Unkosten, sowie auch der Kreditunfug nicht bestehen bleiben. Ein Preisaufschlag von 25 Proz. an Handelsspesen für das Detaillieren der täglichen Bedürfnisse! Das war ja geradezu lächerlich, unhaltbar in einer Zeit, wo die Arbeiter schwere Kämpfe führen, oft um eine Lohnerhöhung von 5 Proz. zu erreichen.

Die Schweiz mit 3 Millionen Einwohnern beschäftigte im Jahre 1900 26837 Geschäftsreisende, die zusammen an Patenttaxen Frs. 322200.— zahlten. Rechnet man nur 5 Frs. per Kopf und Tag, so kosten die Handlungsreisenden der Schweiz jährlich Frs. 48977525.—.

In Deutschland sind ungefähr 45000 Geschäftsreisende beständig unterwegs. (In der Schweiz wird dieses Gewerbe vielfach als Nebengewerbe betrieben, daher die verhältnismäßig große Zahl, daher habe ich auch nur 5 Frs. per Tag gerechnet.) Von sachverständiger Seite hat man berechnet, daß jeder dieser 45000 Mann 14 Mk. täglich verbraucht (Gehalt, Reise, Gasthof), was sicherlich nicht zu hoch gegriffen ist. Das macht 600000 Mk. täglich und 219 Millionen jährlich. Dazu noch die sonstigen Geschäftsreisen. Man kann sagen, daß $^{9}/_{10}$ aller Reisen „Geschäftsreisen" sind, und daß $^{9}/_{10}$ aller Hôtels Geschäftsreisenden dienen.

Wer hätte aber gedacht, daß das Detaillieren und Kreditieren der Waren mit unserem schönen Metallgeld zusammenhing, daß man das Geld erst verschlechtern müßte, um der Ware allgemeine Achtung zu verschaffen? Man hatte ja schon versucht, mit den Konsumvereinen das Publikum gegen die Plünderung durch die Krämer zu schützen. Der Erfolg war aber ein sehr bescheidener geblieben, besonders wenn man bedenkt, wieviel guter Wille diesen Vereinen allgemein vom Publikum entgegengebracht wurde, wie viel Arbeit ehrenhalber (!) und unentgeltlich dabei verrichtet wurde. Die Zahl der Läden hatte nicht abgenommen, und wenn auch ihr Absatz vielleicht geringer war, so mußte die geringere Masse die Geschäftsunkosten tragen. Die kleinen Leute, die sich hier verproviantierten, mußten also um so höhere Preise zahlen. Das war für sie der Vorteil, den ihnen die Konsumvereine brachten.

Jetzt bietet jeder Privatladen, die Privatindustrie allen die gleichen Vorteile, die der Konsumverein früher der Elite des Käuferpublikums bot.

Fürwahr eine ganz eigentümliche Entwicklung!

IV. Der Kaufmann.

Ich kaufe Ware, um sie mit Gewinn abzusetzen. Den Verkaufspreis kann ich nicht nach dem berechnen, was mich die Ware gekostet hat, sondern zu dem Preise, den sie am Tage des Verkaufs selbst mich kosten würde, zu dem ich also das Verkaufte ersetzen kann. Denn auf dieser Grundlage arbeitet die Konkurrenz. Kaufte ich eine Ware gestern zu 10, die ich heute für 9 kaufen kann, so verliere ich 1 Mark, denn ich muß den Verkaufspreis nach letzterem Preise berechnen. Auch für die Inventur kommen die Tagespreise, nicht die Kostenpreise, in Anrechnung, und oft genug kam es vor, daß ich durch einen allgemeinen Preisrückgang einen bedeutenden Teil meines Warenkapitals verlor. Ich habe hier für 100000 Mark Waren; davon ist ein Drittel bezahlt, für den Rest habe ich Wechsel unterschrieben. Muß ich nun infolge eines Preisrückganges

von 10 % von meinem Warenlager 10000 Mark abschreiben (und das kam oft genug vor), so verliere ich dadurch ein Drittel meines Kapitals, denn ich muß auch den Verlust auf die mir kreditierten Waren tragen. Wiederholt sich das, dann bin ich mein Kapital los, und das umso sicherer, als mit einem Preisrückgang auch die Zahlungseinstellungen sich vervielfachen und ich auch von meinen Außenständen bedeutende Abschreibungen machen muß. Wie viele Kaufleute sind nicht so ruiniert worden!

Jetzt, mit diesem Reformgeld soll das nicht mehr vorkommen, wenigstens nicht solche allgemeinen Preisstürze für alle Waren. Es mag sein, daß die Stecknadeln, die Seide, die Straußenfedern im Preise fallen, dann steigen aber andere Waren im Preise, und so gleichen sich die Verluste und Gewinne aus. Auf mein Warenkapital haben diese Preisschwankungen geringen oder gar keinen Einfluß. Zwar steht die Probe auf das Exempel noch aus, aber es leuchtet mir ein, daß wenn das Reichsgeldamt die Ausgabe des Geldes so dem Angebot von Waren anpaßt, daß jede allgemeine Vermehrung des Warenangebots von einer Vermehrung des Geldangebots begleitet wird, daß dann auch die schrecklichen Preisstürze vermieden werden müssen.

Wir hatten zwar unsere alte Reichsbank, die ebenfalls satzungsgemäß „ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken hatte, den Geldumlauf den Verkehrsbedürfnissen anzupassen". Aber niemand war da, der die Arbeit der Reichsbank kontrolliert hätte, niemand war übrigens da, der hätte sagen können, was unter „Verkehrsbedürfnissen" zu verstehen war. Auch die Reichsbank selbt wußte es sicherlich nicht. Verkehrsbedürfnisse! Ja was sind Verkehrsbedürfnisse, was ist überhaupt der „Verkehr"? Womit mißt man die Bedürfnisse des Verkehrs? Woran sollen wir erkennen, wann die Reichsbank ihre Aufgabe erfüllt hat oder nicht erfüllt hat.

Blanko-Vollmacht hatte also die Reichsbank; alles was sie tat, und wäre es auch der größte Unsinn gewesen, war immer gut getan. Niemand konnte ihr am Zeuge flicken. Beweisen Sie uns, daß wir den Geldumlauf (?) nicht den Verkehrsbedürfnissen (?) angepaßt haben! Ja, aber die allgemeine Hausse, die allgemeine Baisse? Was geht uns das an, wir haben, wie die Statuten uns vorschreiben, den Geldumlauf den Verkehrsbedürfnissen angepaßt und unsere Hauptaufgabe damit erfüllt! Sehen Sie doch, wie die Preise steigen, passen Sie auf, wie sie morgen fallen werden! Das kommt daher, weil wir den Geldumlauf den Verkehrsbedürfnissen anpassen. Die Verkehrsbedürfnisse, das sind für uns einfach die Gesuche um Bewilligung von Lombarddarlehen und Wechseldiskontos. Nehmen diese Gesuche zu, so bedeutet das für uns, daß die Verkehrsbedürfnisse (!) wachsen; nehmen diese Gesuche ab, so gehen die Verkehrsbedürfnisse zurück. Einen anderen Maßstab für die Verkehrsbedürfnisse kennen wir nicht, hat man uns auch nicht gegeben. Steigen die Preise, so liegt das nicht an uns, sondern daran, daß der Bedarf (?) an Waren gestiegen ist; gehen die Preise herab, so ist eben der Bedarf (?) geringer geworden. Das ist alles.

So die Reichsbank. Übrigens hätte die Reichsbank mit ihren Befugnissen nicht viel mehr erreichen können. Hätte man ihr auch die Stabilität der Warenpreise als den eigentlichen Maßstab für die Verkehrsbedürfnisse gegeben, hätte man ihr vorgeschrieben, alle Gesuche um Dar-

lehen einfach abzuweisen, wenn die Preise stiegen, so hätte sie damit doch nur wenig erreichen können. Sie war ja nicht Herr im Hause, sie mußte ja mit der Konkurrenz der Millionen von kleinen und großen Emissionsbanken, das sind die Privatgeldreserven, rechnen.

Stiegen die Preise, eröffnete sich eine Aussicht auf allgemeine Hausse, gerade dann stürzten sich die Privatreserven auf den Markt, denn heute kaufen, mit der Aussicht, das Gekaufte teuer verkaufen zu können, das ist ja vom Standpunkt der Privatgeldreserve klug, vernünftig gehandelt. Und was hätte es da genützt, wenn die Reichsbank zum Rückzug geblasen hätte?

Fielen aber die Preise, waren die Aussichten trübe und à la baisse, gerade dann zogen sich die Privatreserven zurück, und was hätte es da auch genützt, wenn die Reichsbank Papiergeld fabriziert hätte? Sie hätte ganze Berge davon in ihren Gewölben aufstapeln können, niemand hätte sie angetastet. Denn heute für 10 kaufen, was man voraussichtlich morgen für 9 erstehen kann, das tut kein Geschäftsmann. Zwar versuchte in solchen Fällen die Reichsbank durch Herabsetzung des Diskontos das Geld in Fluß zu bringen, aber damit jagte sie das Geld einfach über die Grenze. Die Kapitalisten entzogen dem deutschen Markt das Geld, um es im Ausland zu höherem Zinssatz anzulegen. Und umgekehrt natürlich im entgegengesetzten Falle. Trotz 35jähriger Erfahrung hatte man nicht eingesehen, daß die Warenpreise mit dem Zinsfuß sich nicht regulieren lassen, daß obigem Spiel der Kräfte gegenüber die Diskontopolitik der Reichsbank Fiasko machen mußte.

Wir Kaufleute mußten aber die Folgen tragen; wäre es den Reichsbankaktionären dabei an den Kragen gegangen, vielleicht hätten ihnen ihre eigenen Interessen die Augen geöffnet, vielleicht hätten sie eingesehen, wie unsäglich stümperhaft die Statuten der Reichsbank abgefaßt waren, wie unwirksam das Notenmonopol, wie schwach die Reichsbank, trotz der Millionen, für den Kampf um die Herrschaft bewaffnet war!

Jetzt soll das anders werden. Dem Reichsgeldamt hat man einen festen Maßstab für die Bemessung der „Verkehrsbedürfnisse“ gegeben, und durch die Auflösung der Privatreserven, sowie durch das Zwangsangebot des umlaufenden Geldes, hat man den Staat zum absoluten Beherrscher des Geldangebots erhoben. Niemand kann mehr dem Geldamt ins Handwerk pfuschen.

Man prophezeite, daß mit der Geldreform die Käufer weniger herrisch, anspruchsvoll, mäkelig würden, und ich muß gestehen, daß ich in der kurzen Zeit des Bestehens der Geldreform bedeutsame Änderungen im Benehmen der Käufer beobachtet habe. Am neulichen Sonnabend unterhandelte ich seit einer Stunde mit dem Käufer einer Nähmaschine, und der Mann konnte sich nicht entschließen. Immer entdeckte er neue Mängel an meiner guten Maschine. Schließlich machte ich ihn auf den baldigen Wochenschluß für den Geldkurs aufmerksam. Das half; das brachte das Gebäude seiner Bedenken ins Wanken. Er sah nach der Uhr, betrachtete seine Geldbriefe und rechnete aus, daß wenn er noch länger zögerte, er 10 Pfg. einbüßen würde. Da ließ er alle Bedenken fallen, zahlte und ging. Nun verlor ich zwar die 10 Pfg., aber das gewann ich an der Zeit 1000 mal wieder!

Ein anderer, ein wohlhabender Mann, kaufte und sagte, er habe ver-

gessen, Geld einzustecken; ich möchte es doch anschreiben. Auf meine Bemerkung, daß es sich doch aus Rücksicht auf den Wochenschluß lohnen würde, nach Hause zu gehen und das Geld zu holen, weil er doch sonst einen Kursverlust erleiden würde, dankte er mir für meine Aufmerksamkeit, ging nach Hause, und zwei Minuten später hatte ich das Geld. Und ich konnte nun meinerseits den Handwerker bezahlen, der zu gleicher Zeit Ware ablieferte. In diesem Falle wäre es also reine Bequemlichkeit von seiten meines Kunden (Käufers) gewesen, wenn er mich nicht bezahlt hätte, und die Folge dieser Bequemlichkeit wäre gewesen, daß ich aus Unvermögen den Handwerker nicht hätte bar bezahlen können. Wieviel Arbeit, Gefahr und Sorge ist doch durch diese Wirkung der Geldreform aus der Welt geschafft worden! Von meinen drei Buchhaltern habe ich infolge der Barzahlung schon zwei entlassen können. Glücklicherweise hatten beide die Schwindsucht, und sie werden wohl bald sterben. Um sie für die Entlassung zu trösten, versprach ich ihnen ein anständiges Begräbnis auf meine Kosten. Aber es ist doch sonderbar, daß das vielbesprochene Problem der Barzahlung durch die Geldreform, vielleicht als gänzlich unbeabsichtigte Nebenwirkung, gelöst wurde. Es ist ja auch klar, zahlen kann jeder bar, wenn er selbst bar bezahlt wird. Und das ist heute der Fall, weil jeder ein persönliches, unmittelbares Interesse daran hat, bar zu bezahlen, um so den Verlust am Geldkurs möglichst von sich abzuwälzen. Es war also kein Armutsproblem, das Problem der Barzahlung, sondern ein Problem des Egoismus. Man brauchte nur ein persönliches unmittelbares Interesse mit der Barzahlung zu verbinden. Es war ja auch bekannt, daß die reichen Leute mit geordneten Finanzen nicht mehr als die armen Teufel die Barzahlung übten.

Übrigens, was diesen Kursverlust anbetrifft, so trage ich ihn gern; mir persönlich als Kaufmann wäre es sogar lieber, wenn der Kursverlust von 5 Proz. auf 10 Proz. im Jahre gebracht würde, denn dadurch würden die Käufer sicherlich noch bescheidener werden, als sie schon geworden sind, und die Buchungen würden wohl ganz wegfallen, so daß ich auch den letzten Buchhalter entlassen könnte. Ich erkenne jetzt an der Praxis die Wahrheit des Satzes: Je verachteter das Geld, umso geschätzter die Ware und ihr Verfertiger, umso leichter der Handel. Der Arbeiter kann nur dort geachtet werden, wo das Geld nicht besser ist, als er selbst und seine Produkte. Mit 5 Proz. ist das noch nicht ganz der Fall, aber wohl mit 10 Proz., und vielleicht wird man im Interesse der Arbeiter den Kursverlust von 5 auf 10 Proz. erhöhen.

Übrigens, was sind für mich 10 Proz. bei einem durchschnittlichen Kassenbestand von 1000 Mark?

Hundert Mark im Jahr! Eine Bagatelle, verglichen mit meinen sonstigen Geschäftsunkosten. Ich kann ja auch noch einen erheblichen Teil dieser Summe dadurch sparen, daß ich mich selbst immer möglichst schnell des Geldes zu entledigen suche und bar, nötigenfalls auch im Voraus bezahle.

Im Voraus bezahlen! Das erscheint ja auf den ersten Blick lächerlich, aber im Grunde genommen ist es nur die Umkehrung des früheren Systems. Da ging die Ware voraus und das Geld folgte nach. Jetzt geht das Geld voraus und die Ware folgt. Die Vorausbezahlung verpflichtet den Schuldner zur Lieferung von Ware und Arbeit — also einer

Sache, über die er unmittelbar verfügt; die Nachbezahlung verpflichtet den Schuldner zur Lieferung von Geld — also einer Sache, die er nur auf indirektem Wege erlangen kann. Es ist also für beide Teile vorteilhafter und sicherer, wenn das Geld vorangeht und die Ware folgt, statt daß wie bisher die Ware die Pionierdienste verrichten mußte.

Die Vorausbezahlung! Braucht man mehr, um die Handwerker glücklich zu machen, um sie mit allem nötigen Kapital zu versorgen? Wenn die Handwerker nicht auf Kredit zu liefern gehabt hätten, dann wäre ihnen der Kampf mit dem Großkapital auch leichter geworden!

V. Der Kassenbeamte.

Bei Einführung der Geldreform wurden wir Kassenbeamten allgemein bemitleidet. Man prophezeite uns allgemein eine schreckliche Arbeitslast, regelmäßige, große Fehlbeträge und was sonst noch alles? Und was muß ich sehen? Wegen Arbeitsmangels wurden zuerst die Arbeitsstunden eingeschränkt. Statt 10 Stunden arbeite ich jetzt 6. Dann wurde nach und nach die Beamtenzahl eingeschränkt, die älteren wurden pensioniert, die jüngeren entlassen. Aber auch das genügte nicht. Und so ist die Mehrzahl der Bankgeschäfte und Agenturen einfach aufgelöst worden.

Eigentlich hätte man diese Entwicklung auch vorhersehen können. Die Bankiers waren aber so sehr von ihrer Unentbehrlichkeit überzeugt! Das Wechselgeschäft und der Scheck, diese Brotherren der Kassenbeamten, sind so gut wie verschwunden. Nach Ausweis des Reichsgeldamtes beträgt die gesamte im Umlauf befindliche Geldmasse noch nicht $^1/_3$ unseres früheren Geldbestandes. Und zwar, weil das jetzige Geld 3 mal schneller die Zirkulationsbahn durchläuft. Trotz dieses geringen Geldbestands kann jeder bar zahlen und bezahlt jeder bar. Trotz der Verminderung des Geldbestandes um $^2/_3$ ist es, als ob man ihn verhunderfacht hätte. Kaum 1 Proz. der früheren Beträge gehen jetzt noch durch die Hände der Banken. Das Geld bleibt eben im Verkehr, auf dem Markte, in den Händen des Publikums, der Kaufleute, des Unternehmers. Es geht von Hand zu Hand, ununterbrochen, es hat gar keine Zeit, sich in den Banken zu sammeln. Das Geld ist keine Ruhebank mehr, wo der Produzent von den Strapazen des Verkaufes seiner Produkte aufatmen und in Gemütsruhe abwarten kann, bis seine persönlichen Bedürfnisse ihn an den Umsatz des Geldes erinnern. Der Ruhepunkt im Warenaustausch ist jetzt die Ware selbst. Das Geld hetzt und jagt den Inhaber, genau wie früher der Produzent von seinen Produkten gehetzt und gejagt wurde, bis er sie glücklich an den Mann gebracht hatte. Woher der Name Bank, Bankiers? Von den Bänken, auf denen die Inhaber des Geldes sichs bequem machten, während die Inhaber der Waren umherstanden oder unmutig hin und her liefen. Jetzt, mit dem Reformgeld hat man dem Gelde Beine gegeben und ihm Pfeffer in die Hosen gestreut. Jetzt laufen die Inhaber des Geldes, und die Warenverkäufer sitzen auf Bänken.

Und weil das Geld jetzt so elastisch und beweglich geworden ist, weil jeder sich zu bezahlen beeilt, braucht niemand sich noch mit Wechseln

zu behelfen. Das bare Geld hat die Wechsel ersetzt. Und weil das bare Geld so elastisch und mobil geworden, braucht auch niemand mehr Geldreserven; die Regelmäßigkeit des Geldumlaufes ersetzt die Reserve. Die Quelle ist an die Stelle der Zisterne getreten.

Diese Reserven aber wieder führten zum größten Humbug des Jahrhunderts, zum Scheck. Ja wirklich, ich sag's als Kassenbeamter, der Scheck war Humbug, höherer Unsinn! Das Geld ist doch dazu da, um zu bezahlen; das Gold sollte ja das denkbar bequemste Zahlmittel sein; warum benutzte man es nicht dazu? Warum den Scheck an die Stelle des baren Geldes treten lassen, wenn das bare Geld so allen Anforderungen genügt, wie man das dem Golde nachrühmte? Verglichen mit dem baren Gelde ist der Scheck doch ein außerordentlich plumpes Zahlmittel, wenigstens wenn man ihn mit Papiergeld vergleicht. Er ist an die Innehaltung verschiedener Förmlichkeiten gebunden; die Einlösung erfolgt an einem bestimmten Ort, und die Sicherheit der Einlösung hängt von der Sicherheit des Ausstellers und der Bank ab. An manchen Orten muß der Scheck auch noch mit einer Stempelmarke geschmückt werden. Und das nannte man Fortschritt? Man hoffte sogar, es bald den Engländern nachmachen zu können, die die Droschke mit einem Scheck bezahlen! Als ob das eine Ehre oder ein Vorteil für den Droschkenkutscher wäre! Der Scheck par excellence, der Idealscheck ist doch, für den Empfänger wenigstens, das bare Geld, denn dieser Scheck kann in jedem Laden, in jedem Wirtshaus eingelöst werden, er ist an keine Förmlichkeiten, an keinen Ort gebunden und seine Sicherheit steht außer Zweifel. Wir waren so stolz auf unser so schönes goldenes Geld, wir dachten damit die Vollkommenheit erreicht zu haben, wir waren so verblendet, daß wir überhaupt den Widerspruch nicht bemerkten, der in dem Gebrauch des Schecks liegt. Das Gold war für den gewöhnlichen Gebrauch zu gut, darum suchten wir ein Ersatzmittel, den Scheck. Das ist wie der Mann, der mit einem alten Rock und einem neuen Regenschirm spazieren geht, und dem es leid tut, den Schirm aufzuspannen, weil dieser naß werden würde. Er versteckt ihn darum unterm Rock.

Und merkwürdig, dieselben enthusiastischen Freunde des Scheckwesens, sie waren die ersten, die den Umstand, daß das Reformgeld nicht auf runde Summen lautet, als größten Übelstand dieser Reform zu verschreien suchten.

Sie scheuten sich nicht, uns Kassenbeamten ganze Bündel von Schecks aufzuhalsen, deren Gesamtbetrag für den Kassenbeamten nur dadurch zu ermitteln ist, daß er sie in langen Reihen einzeln aufzeichnet und addiert. Eine schauerliche Arbeit fürwahr. Dagegen ist das Aufzählen des Reformgeldes reine Spielerei. Die Stücke braucht man nur zu zählen, da sie alle von gleichem Betrage sind.

Dabei mußten die Schecks wieder mit den verschiedenen Banken verrechnet, jeder Scheck auf das Konto des Ausstellers eingetragen werden. Und dazu die Zinsrechnung. Am Ende des Vierteljahrs mußte ein Rechnungsauszug eingesandt werden, worin jeder einzelne Scheck aufgeführt wurde. So wurde jeder Scheck zehnmal gebucht. Und das nannte man Fortschritt. Welche Verblendung! Die Schwerfälligkeit der Goldwährung und die Unregelmäßigkeit des Geldumlaufs machten die Bankdepots nötig und diese den Gebrauch der Schecks, aber statt diesen Umstand als

schweren Übelstand der Goldwährung zu bezeichnen, bildete man sich noch etwas darauf ein.

Und neben den Schecks diese schweren Säcke mit Gold, Silber, Kupfer, Nickel, und obendrein das Papiergeld. Elf verschiedene Münzsorten, 1, 2, 5, 10, 20 Mark, 1, 2, 5, 10, 20, 50 Pfg.! Allein für das Kleingeld unter 1 Mark 6 verschiedene Münzen von 3 verschiedenen Metallen. Also Schecks zu Hunderten, 11 Münzsorten und 10 verschiedene Banknoten.

Jetzt mit dem Reformgeld habe ich 4 Sorten und keine Schecks. Und alles federleicht, sauber, immer neu. Früher brauchte ich für meine Kasse eine Stunde, jetzt nur wenige Minuten.

Man fragt mich, wie ich den Kursverlust an meinem Kassenbestand verrechne. Nun, die Sache ist ja höchst einfach. Am Wochenschluß, Sonnabends 4 Uhr rechne ich meine Kasse zusammen, berechne den Kursunterschied nach dem, was das Geld die nächste Woche gilt und verrechne diesen Unterschied unter die Ausgaben. Bei den Privatbanken geht diese Ausgabe auf Rechnung der Geschäftsunkosten, für die eine entsprechend niedrigere Verzinsung der Bankdepots Deckung schafft.

Bei den Staatskassen ist der Verlust rein nominell, da der Kursverlust am gesamten Geldumlauf ja dem Staate unmittelbar zugute kommt.

Offen gestanden, vom Standpunkt der Kassentechnik betrachtet, finde ich in der Geldreform nichts Nachteiliges, und den besten Beweis haben wir ja darin, daß neun Zehntel aller Kassenbeamten überflüssig wurden. Eine Maschine, die neun Zehntel der Arbeiter überflüssig macht, muß doch gut arbeiten?

VI. Der Ausfuhrhändler.

Man hatte die Goldwährung eingeführt, angeblich, um den internationalen Handel zu fördern. Kaum jedoch machte sich die Wirkung der Goldwährung in Übereinstimmung mit der Quantitätstheorie in einem scharfen Rückgang aller Warenpreise fühlbar, da erscholl auch schon der Ruf nach Schutz! Schutz wovor? Vor der Goldwährung? Nein, so weit drang die Einsicht nicht; Schutz vor dem ausländischen Wettbewerb forderte man.

Und man errichtete Grenzmauern in Gestalt von Schutzzöllen, um den Handel mit dem Auslande zu erschweren. D. h., um den internationalen Handel zu fördern, führte man die Goldwährung ein, und da diese ihren Einzug in Begleitung einer Baisse und schweren Krise machte, so ließ man den internationalen Handel fahren und suchte hinter Zollmauern Schutz — vor den Folgen der Goldwährung. Heißt das nicht den Zweck den Mitteln opfern? Es ist das eine höchst merkwürdige Geschichte, würdig des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Bierverbrauchs von 10 Litern täglich.

Aber selbst dann, wenn sich die Goldwährung ohne Preisrückgang, ohne Krise hätte einführen lassen, wäre sie doch für den Außenhandel von geringem Vorteil geblieben. Man macht auf die Zunahme des Außenhandels seit Einführung der Goldwährung aufmerksam und will die Ur-

sache in der Goldwährung sehen. Aber der Außenhandel ist gestiegen, weil die Bevölkerung gestiegen ist, und er ist nicht einmal im Verhältnis zur Zunahme der Industriebevölkerung gestiegen. Auch trifft diese Zunahme in erhöhtem Maße die Papierwährungsländer (Rußland, Österreich, Asien, Südamerika), während der Handel gerade mit den Goldwährungsländern (Frankreich, Nordamerika) sich sehr schwer entwickelt. (England, als Durchfuhrland, kann man hier nicht klassifizieren).

Die Goldwährung hätte einen Sinn, wenn man sie ohne Zölle, ohne Krise, ohne Baisse international einführen könnte, und die Initiative in dieser Sache hat einen Sinn, wenn sie ein Staat ergreift, der die Macht hat, allen Ländern die Goldwährung aufzubürden. Gibt es eine solche Macht nicht, und ist man auf Hoffnungen angewiesen, dann konnte man doch ebensogut die Initiative für die Einführung einer internationalen Papierwährung ergreifen. Der Deutsche, der jetzt seine Waren mit Gold kauft und der sie gegen Papier-Rubel, Papier-Gulden, Papier-Pesetas, Papier-Liras, Papier-Pesos, Papier-Reis usw. verkaufen muß, steht er sich besser, als wenn er seine Waren ebenfalls in Papier-Mark kaufen würde? Wenn der Verkaufspreis in einer vom Einkaufspreis abweichenden Geldart berechnet werden muß, dann ist es völlig gleichgültig, ob die Geldart beim Einkauf aus Papier, Gold oder Silber bestand.

Übrigens, selbst bei internationaler allgemeiner Einführung der Goldwährung sind ihre Vorteile eigentlich von untergeordneter Bedeutung. Man dachte mit der Goldwährung die kaufmännischen Berechnungen zu erleichtern, man dachte, daß man nur eine Geldsumme zu nennen brauchte, um auch gleich ihre volle Bedeutung für alle Länder ermessen zu können. Kindliche Ansichten! Erstens beseitigt die Goldwährung ja die Schwankungen im Wechselkurs nicht. Der Goldimport wechselt mit dem Goldexport ab in jedem Lande. Es handelt sich vielleicht nur um geringe Beträge, aber sie genügen, um bedeutende Wechselkursdifferenzen nötig zu machen. Denn der Wechselkurs schwankt zwischen den Kosten der Goldeinfuhr und Goldausfuhr; Kosten, die bis zu 3 Proz. ausmachen können. Seefracht, Seeversicherung, Zinsverlust und Profit bei der Ausfuhr des Goldes; dieselben Kosten bei der Wiedereinfuhr. Dazu noch die Kosten der Umprägung. Denn der Weg ins Ausland, sagt Bamberger ganz richtig, ist für das Gold der Weg in den Schmelztiegel. Das sind aber Kosten, die selbst bei kleineren Geschäften berücksichtigt werden müssen. Wenn aber der Kaufmann überhaupt schon mit dem Wechselkurs rechnen muß, wo bleibt dann der Vorteil für die kaufmännischen Berechnungen?

Der andere vermeintliche Vorteil der internationalen Goldwährung ist noch viel trüglicherer Natur; denn die Bedeutung einer beliebigen Geldsumme für irgend ein Land kann man doch erst dann ermessen, wenn man die Warenpreise, die Löhne usw. des betreffenden Landes kennt. Erbe ich z. B. von meiner Großmutter Schulden, die ich bezahlen will oder muß, so werde ich nicht in Deutschland bleiben, sondern dorthin ziehen, wo Geld am leichtesten zu verdienen ist. Der Betrag der Schuld nimmt mit meiner Auswanderung nicht nominell, aber wohl tatsächlich ab. Ein Mann mit 1000 Taler Schulden ist ein armer Tropf in Deutschland; in Amerika bedeutet diese Schuld gar wenig. Umgekehrt natürlich liegt die Sache, wenn ich statt Schulden ein Vermögen erbe. Also was bedeutet die Goldwährung hier? So fragt z. B. der Auswanderer,

dem man Haufen von Gold verspricht, sofort nach den Preisen der von ihm verfertigten und verbrauchten Sachen. Erst dann, wenn er diese kennt, kann er sich einen Begriff von der genannten Geldsumme machen. Vom Gold springen seine Gedanken gleich auf die Warenpreise; diese, nicht das Gold, liefern die Bank, auf der er ausruhen kann. Muß man aber erst tausende von Warenpreisen kennen, um die Bedeutung einer Geldsumme zu ermessen, dann ist es gleichgültig, ob die Geldsumme auf Gold oder Papier lautet. Und tatsächlich weiß man heute nicht einmal ungefähr, um was es sich bei Nennung einer Geldsumme handelt; einerlei, ob vom goldenen Dollar oder vom papiernen Rubel gesprochen wird.

Aber all' diese Geschichten haben für den Kaufmann herzlich wenig Bedeutung. Was gelten diese kleinen arithmetischen Schulexempel gegenüber den tausend unwägbaren Umständen, auf denen die Wahrscheinlichkeitsrechnung des Kaufmanns sich aufbaut? Die Abschätzung des Bedarfs an einer Ware, die Bestimmung ihrer Qualität, ihre Konkurrenzfähigkeit mit hundert anderen Artikeln, die Schwankungen der Mode, die Aussichten in der Zollpolitik, die Tragfähigkeit des einzelnen Artikels in Bezug auf den Profitsatz usw., das sind die Elemente, mit denen der Kaufmann rechnet; das Ausrechnen der Preise, die Umrechnung in fremde Münze usw., das überläßt der Kaufmann den Lehrlingen.

Viel wichtiger als die Münzsorten der verschiedenen Länder, mit denen der Kaufmann im Verkehr steht, sind die Zolltarife und deren Abänderungen, und wenn die einzelnen Länder, um die Goldwährung zu schützen, vom Freihandel abgegangen sind, so muß ich sagen, daß mir jede Art der Währung, selbst die Muschelwährung der Kaffern, sobald daneben Freihandel besteht, lieber wäre als Goldwährung in Verbindung mit Schutzzöllen. Und es ist doch Tatsache, daß überall, wo die Goldwährung hinkam, die Schutzzölle nachfolgten.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß im internationalen Handel Ware mit Ware bezahlt wird, und daß etwaige Saldos nur in verschwindend kleinem Maßstab mit Barmitteln bezahlt werden können.

Stundungen, Wechsel, Anleihen, Aktien, vermitteln hier den Zahlungsausgleich. Viel wichtiger für die Zahlungsbilanz als das Vorhandensein exportfähiger Barmittel ist die Politik der Emissionsbanken. Auch hier, wie überall, sollte es heißen: Der Krankheit vorbeugen ist besser, als Arzneien anzuwenden. Die Emissionsbank muß an den Bewegungen des Wechselkurses ersehen, ob sie zuviel Geld ausgegeben, dadurch die Preise gehoben, den Export erschwert, den Import erleichtert hat. Sie muß in diesem Falle rechtzeitig auf eine Herabsetzung der Preise durch Beschränkung des Geldangebots hinarbeiten. Und im entgegengesetzten Falle muß sie die umgekehrte Politik betreiben. Tut sie das und sind ihre Manöver wirksam, so muß sich die Zahlungsbilanz immer ausgleichen, und die Bildung eines Saldos wird vermieden. Somit ist die „Exportfähigkeit“ der nationalen Tauschmittel zum mindesten überflüssig. Zum mindesten sage ich, denn die Export- und Importfähigkeit des Geldes kann zu schweren Schäden Anlaß geben. Diese Exportfähigkeit entzieht ja den Emissionsbanken das Monopol der Geldversorgung. Es unterwirft den nationalen Markt der Herrschaft fremder, manchmal feindlicher Gewalten. Jede Währungspfuscherei des Auslandes wirkt zurück auf das

Inland, und unmöglich ist es, sich dagegen zu wehren — anders als mit Zöllen. Führen fremde Staaten die Papierwährung ein und vertreiben dadurch das Gold, so kommt dieses Gold, Beschäftigung suchend, hierher geströmt und treibt die Preise hoch zu einer Zeit, wo sie so wie so schon zu hoch stehen. Schaffen fremde Länder die Papier- oder Silberwährung ab, um die Goldwährung einzuführen, so strömt das Gold ab, zu einer Zeit, wo es so wie so schon daran fehlt. Welche Schwierigkeiten sind durch solche Pfuschereien nicht den verschuldeten deutschen Landwirten entstanden?

Das war übrigens in der Theorie alles längst klargestellt, die Geldreform hat aber erst die praktische Bestätigung geliefert. Wir haben doch jetzt die reine Papierwährung; Papiergeld, das vom Gold völlig losgelöst ist. Nicht einmal das Versprechen der Goldeinlösung enthält das Reformgeld. Trotzdem ist der Wechselkurs aufs Ausland fest wie nie zuvor. Zuerst richtete das Geldamt seine ganze Politik auf die Befestigung der durchschnittlichen Warenpreise. Es zeigte sich dabei, daß, während die Warenpreise fest blieben, der Wechselkurs aufs Ausland stieg und fiel. Das kam daher, daß die Preise im Auslande, wo noch die Goldwährung herrscht, nach alter Weise auf und abgingen. Im Auslande wollte man diese Erklärung nicht gelten lassen und man behauptete, unsere Papierwährung wäre daran schuld. Nun hat das Geldamt dem Auslande den Beweis geben wollen, daß die Schwankungen vom Golde herrühren und das Geldamt hat die festen Preise im Inlande fahren lassen, um dafür seine Politik auf die Befestigung des Wechselkurses zu richten. Zog der Wechselkurs an, so ließ das Geldamt den Geldstand vermindern, ging der Wechselkurs zurück, dann wurde der Geldstand vergrößert. Und da mit dem Reformgeld das Geld selbst die Nachfrage nach Waren darstellt, so folgten die Preise der Waren und ebenso der Wechselkurs am Schnürchen. So hat man nun dem Auslande gezeigt, daß ein fester Wechselkurs und stabile Warenpreise von der Goldwährung unmöglich erwartet werden können und daß beides sich nur vereinigen läßt, wenn in allen Ländern die Warenpreise fest bleiben. Also auf die Befestigung der Inlandwarenpreise muß man überall hinarbeiten, um einen festen Wechselkurs aufs Ausland zu erzielen. Eine nach gleichen, international gültigen Grundsätzen geleitete Inlandwährung kann allein den festen internationalen Wechselkurs bringen.

Das scheint man jetzt endlich auch im Auslande begriffen zu haben, und es heißt, daß eine internationale Papierwährungskonferenz einberufen und ein internationales Geldamt gegründet werden soll.

Irgend etwas muß geschehen. Wir wollen Freihandel, festen Wechselkurs aufs Ausland und feste Warenpreise fürs Inland. Durch einseitig nationale Einrichtungen lassen sich diese Wünsche vereint nicht erfüllen; wir müssen uns international verständigen. Und die Geldreform scheint mir berufen zu sein, den Boden für eine solche Verständigung zu liefern. Denn das Reformgeld ist gehorsam, plastisch, willig. Man kann damit machen, was man will; irgend einem Ziele zustreben.

VII. Der Unternehmer.

Absatz, Absatz, das ist es, was wir Unternehmer brauchen, regelmäßigen, gesicherten Absatz, Aufträge auf lange Zeit im voraus, denn auf Regelmäßigkeit des Absatzes der Produkte ist die Industrie angewiesen. Wir können doch nicht jeden Augenblick unsere eingearbeiteten Leute entlassen, jedesmal, wenn der Absatz stockt, um kurze Zeit darauf neue, ungeschulte Leute einzustellen. Auch können wir nicht aufs Geratewohl fürs Lager arbeiten, wenn die festen Bestellungen fehlen. Absatz, gesicherten Absatz!

Wenn wir dazu noch durch die Barzahlung und durch feste Preise für Rohstoffe und Fabrikate vor Verlusten geschützt sind, dann haben wir alles, was wir brauchen und nicht durch unsere eigene Tätigkeit erreichen können. Verschaffe man uns nur regelmäßigen Absatz, passende öffentliche Einrichtungen für den Tausch unserer Produkte — mit den Schwierigkeiten der Technik werden wir dann schon fertig werden. Absatz, Barzahlung, feste Preise — das übrige können wir selbst schaffen.

Das waren unsere Wünsche, als von der Einführung der Geldreform die Rede war. Und diese Wünsche sind erfüllt worden.

Was ist Absatz? Verkauf. Was ist Verkauf. Tausch der Waren gegen Geld. Woher das Geld? Vom Verkauf von Waren.

Wenn nun, wie das mit dem Reformgeld der Fall ist, das Geld den Inhaber sozusagen zum Kaufe zwingt, und ihn durch den Verlust, den er durch jede Verzögerung des Kaufes erleidet, unausgesetzt an seine Pflichten als Käufer erinnert — so folgt der Kauf dem Verkauf auf dem Fuße, und zwar zu allen Zeiten, unter allen denkbaren Verhältnissen. Wenn jeder so viel kaufen muß, wie er selbst verkauft hat — wie könnte da der Absatz noch stocken?

Wie die Ware das Angebot darstellt, so stellt jetzt das Geld die Nachfrage dar. Die Nachfrage schwebt nicht mehr in der Luft, sie wird nicht mehr wie ein Rohr in der Wüste von jedem politischen Lufthauch hin und her bewegt. Die Nachfrage ist keine Willensäußerung der Käufer, der Bankiers, der Spekulanten; sie läuft nicht, wie ein Hund an der Leine, neben den Geldbesitzern her — sondern das Geld ist jetzt die personifizierte Nachfrage, die materialisierte Nachfrage, die Inkarnation der Nachfrage. Jetzt laufen die Geldbesitzer neben der Nachfrage einher; das Geld führt den Geldbesitzer wie einen Hund an der Leine.

Und es ist nur gerecht und billig, daß es so ist. Denn geht es uns Warenproduzenten oder Warenbesitzern etwa besser? Beherrschen wir das Angebot unserer Produkte oder werden wir umgekehrt durch die Natur unserer Produkte zum Angebot gezwungen? Befiehlt uns nicht die Natur unserer Produkte, der Gestank, der ihnen entströmt, der Raum, den sie beanspruchen, die Feuersgefahr, die ihnen anhaftet, die Fäulnis, der sie unterworfen sind, der Modewechsel, die Zerbrechlichkeit und tausend andere Umstände, daß wir diese Produkte verkaufen, und zwar immer sofort nach ihrem Entstehen? Wenn also das Angebot von Waren so unter einem natürlichen, materiellen Zwang steht, fordert es da nicht die Billigkeit, daß auch die Nachfrage nach Waren, das Angebot von Geld unter Zwang gestellt werde?

Eine heroische Tat war es, als man mit der Geldreform diese Frage bejahte. Bis dahin hatte man immer nur an den Käufer gedacht, jetzt

hat man sich besonnen, daß die Verkäufer auch Wünsche haben, und daß alle Wünsche des Käufers nur auf Kosten der Verkäufer erfüllt werden können. Lang genug hat es gedauert, bis man zu dieser so einfachen Erkenntnis gelangte.

Fehlt es jetzt an Absatz, und neigen die Preise nach unten, so sagt man nicht mehr = es ist zu viel gearbeitet worden, wir haben Überproduktion, sondern man sagt, es fehlt an Geld, an Nachfrage. Dann setzt das Reichsgeldamt mehr Geld in Umlauf, und da das Geld jetzt nicht mehr und nicht weniger als die personifizierte Nachfrage ist, so gehen die Preise herauf auf ihren normalen Stand. Man fabriziert also heute die Nachfrage, genau wie wir das Angebot fabrizieren. Wir arbeiten und werfen unsere Produkte auf den Markt — das Angebot —; das Reichsgeldamt betrachtet das Angebot und wirft ein entsprechendes Quantum Geld auf den Markt — die Nachfrage. Nachfrage und Angebot sind jetzt Arbeitsprodukte. Von privater Handlung, von Wünschen, Hoffnungen, Konjunkturen und Spekulationen ist bei der Nachfrage keine Spur mehr. So groß wie wir die Nachfrage haben wollen, genau so groß wird sie bestellt und gemacht. Unser Produkt, das Warenangebot ist die Bestellung für die Nachfrage, und das Reichsgeldamt führt die Bestellung aus.

Wir sind nicht mehr ein Spielball in den Händen der Kapitalisten, der Bankiers, der Spekulanten; wir brauchen nicht mehr in fatalistischer Gottergebenheit zu warten, bis daß — wie man zu sagen pflegte, — die Konjunkturen sich besserten. Wir beherrschen jetzt die Nachfrage, denn das Geld, dessen Produktion und Angebot wir in absoluter Weise kontrollieren, ist an sich die Nachfrage. Das kann nicht oft genug wiederholt, nicht schwer genug betont werden. Wir sehen jetzt die Nachfrage, wir können sie greifen und messen — wie wir auch das Angebot sehen, greifen und messen können. Gute Ernte, viele Kartoffeln, großes Angebot von Kartoffeln. Wir sehen das Angebot dort vor uns auf dem Markte.

Jetzt sagt uns das Geldamt = so viel Geld ist in Umlauf, verglichen mit gestern ein Mehr von so und so viel = und nun wissen wir, daß auch die Nachfrage heute größer als gestern sein wird. Wir sehen, greifen und messen heute die Nachfrage, genau wie wir das Angebot messen. Viel Ware — viel Geld — das ist die Politik des Reichsgeldamtes.

Eine ganz erstaunlich einfache Sache.

Das war doch früher mit unserem zwar schönen, aber trägen Gold nicht der Fall. Geld war keine Nachfrage, sondern nur ein Werkzeug zur Nachfrage. Im Juliusturm in Spandau lagen 120 Millionen, die in 35 Jahren nicht einmal angeboten wurden. Nicht ein einziges Mal. Die Nachfrage war vom Gelde getrennt, ein Willensakt, eine launische Handlung des Zufalls, der Raubsucht, optimistischer Hoffnungen, pessimistischer Befürchtungen. Sie war bald groß, bald klein, je nach den Wünschen der Geldinhaber, die obendrein oft ein persönliches Interesse daran hatten, daß entweder die Nachfrage klein blieb, um ihnen billigen Einkauf zu ermöglichen, oder daß die Nachfrage sich vergrößerte, damit sie teuer verkaufen konnten. Die Spekulation, der Wucher, der Schwindel waren nur allzuoft die Nachfrage, und das Geld war nur das willenlose Werkzeug solcher Nachfrage. Zuweilen waren die Banken mit Geld überfüllt, während

draußen die Waren verschleudert werden mußten, wegen = Mangel an Geldangebot.

Fragte man nach der Ursache der Erscheinung, so hieß es „Überproduktion". Daß diese Überproduktion nur auf einer Unterproduktion oder einem Unterangebot von Geld beruhte — für diese Erkenntnis war in unserem biergefüllten Schädel kein Raum mehr. Wie hätten wir mit unserem chronischen Dusel auch auf diesen Gedanken kommen können? Hatte unser Geld damals nicht einen „festen inneren Wert" (!) und mußte man „darum" nicht notgedrungen die Ursache aller Preisschwankungen bei den Waren suchen? Zwar wußte niemand, worin dieser geheimnisvolle innere Wert des Goldes bestand, aber man dachte, die anderen wüßten es, und man gab sich damit zufrieden.

Stiegen also die Preise, so wurde die Schuld daran, die Ursache in einer ungenügenden Warenproduktion gesucht; fielen umgekehrt die Preise, so trugen die Produzenten die Schuld, die blindlings, in unersättlicher Geldgier darauflos gearbeitet hatten. Natürlich, denn am Gelde mit „festem inneren Wert", am Golde konnte das unmöglich liegen.

Eigentlich stiert ja der höhere Blödsinn dieser Theorie aus den Augen, aber trotzdem sind wir Unternehmer mit dieser Theorie an der Nase herumgeführt worden, wie Bullen. Aber verdienten wir Bierphilister eine bessere Behandlung? Jedes Volk hat die Einrichtungen, die es sich gibt. Ein Biervolk, eine Bierwährung. Doch das gehört nun glücklicherweise der Geschichte an.

Woher es kommt, daß mit der Geldreform auch die festen Bestellungen so reichlich einlaufen, daß der Betrieb auf Monate im voraus gesichert ist? Der Kaufmann sagte, das Publikum zöge jetzt den Besitz von Waren dem des Geldes vor. Man warte jetzt mit dem Kauf nicht mehr bis zum unmittelbaren Bedarf, sondern man schaffe sich jetzt die Sachen an, wenn man gerade das Geld dazu hat. In jedem Hause befinde sich eine besondere Vorratskammer, und wer zu Weihnachten z. B. Geschenke zu machen hat, der wartet nicht mehr mit dem Kauf bis zum Weihnachtsabend, sondern er kauft dann, wann er gerade die Gelegenheit hat. Darum werden die Weihnachtssachen jetzt während des ganzen Jahres gekauft und für meine Puppenfabrik treffen jetzt Bestellungen während des ganzen Jahres ein. Das frühere Hasten und Jagen während der Weihnachtszeit verteilt sich jetzt auf das ganze Jahr. Und so geht es in allen Industrien. Wer einen Winterrock braucht, wartet nicht bis zum ersten Schneefall; er bestellt ihn, wenn er gerade das Geld dazu im Sacke hat, auch wenn das Thermometer an dem Tage 30 Grad im Schatten zeigt. Denn das Geld brennt dem Käufer im Sacke, wie dem Schneider das Tuch auf Lager brennt. Das Geld läßt dem Inhaber keine Ruhe, es schmerzt und juckt und erinnert ihn unausgesetzt daran, daß der Schneider nichts zu tun hat und daß er froh wäre, wenn man ihm jetzt schon für den kommenden Winter einen Anzug bestellte — selbst wenn man diesen Anzug mit noch schlechterem Gelde, als das Reformgeld ist, bezahlte. Denn kein Geld ist so schlecht, daß es nicht noch besser wäre, als unverkauftes Tuch.

Infolge dieses eigentümlichen Verhaltens des Publikums ist der größere Teil der kaufmännischen Niederlagen überflüssig geworden, denn wenn die Käufer lange Zeit im voraus sich mit allem versehen und nicht

mehr auf unmittelbarer sofortiger Lieferung bestehen, so hat der Kaufmann nicht mehr nötig, die Waren auf Lager zu nehmen. Er hält ein Musterlager, und das Publikum bestellt ihm das Gewünschte. Der Kaufmann sammelt so die Bestellungen, und treffen dann die Waren ein, so liefert er sie gleich von der Bahn aus ab. Natürlich verkauft er sie um so billiger.

Dieser Wegfall der Läden, wo man bisher immer alles vor dem unmittelbaren Bedarf kaufen konnte, hat zur Folge, daß auch die saumseligsten Käufer gezwungen werden, rechtzeitig zu überlegen, was sie an Waren wohl brauchen werden, um sich diese Waren durch Vorausbestellung rechtzeitig zu sichern. Und so haben wir nun durch die Geldreform es endlich erreicht, daß die Abschätzung des Warenbedarfs nicht mehr von den Kaufleuten, sondern von den Konsumenten selbst vorgenommen wird. Ein ganz gewaltiger Vorteil für alle Beteiligten. Der Kaufmann mußte bisher merkwürdigerweise im voraus den Bedarf des Publikums abschätzen, um seine Bestellungen zu machen. Daß er sich dabei irren konnte, ist klar. Jetzt schätzt das Publikum selbst seinen Bedarf ab, und da jeder schließlich den persönlichen Bedarf, sowie die Mittel dazu besser kennt, als der Kaufmann, so kommen Irrtümer sicherlich seltener vor.

So ist nun der Kaufmann ein bloßer Musterreiter geworden, und der Fabrikant ist sicher, daß die Aufträge, die ihm vom Kaufmann zugehen, nicht die persönliche Ansicht des Kaufmanns über den Warenbedarf widerspiegeln, sondern den unmittelbaren Bedarf der Konsumenten, den wirklichen Warenbedarf, darstellen. Er hat jetzt in den Bestellungen ein untrügliches Bild von den Wandlungen, die im Geschmack, in den Bedürfnissen des Volkes vorgehen, und er kann sich immer rechtzeitig diesen Wandlungen anpassen. Früher, als die Bestellungen immer nur die persönliche Ansicht der Kaufleute wiedergaben, da waren plötzliche Umschläge, war der sog. Modenwechsel an der Tagesordnung.

Auch dadurch hilft mir die Geldreform über manche Schwierigkeiten hinweg.

Aber schließlich, wenn die Arbeit des Unternehmers so sehr erleichtert wird, wenn der Unternehmer mit festen Preisen, mit festen Bestellungen rechnet, wenn der Unternehmer nur mehr Techniker, nicht mehr Kaufmann zu sein braucht, so wird doch der Unternehmergewinn darunter leiden müssen! An tüchtigen Technikern fehlt es ja nicht, und wenn die kaufmännische Leitung eines industriellen Unternehmens so wenig Schwierigkeiten mehr bietet, so wird jeder brauchbare Techniker auch ein brauchbarer Unternehmer. Nach den Gesetzen der Konkurrenz muß dann aber auch wieder der Unternehmergewinn auf den gleichen Stand des Technikerlohnes herabgehen. Eine unangenehme Nebenerscheinung für so viele, deren Erfolge von ihrem kaufmännischen Genie herrührten. Mit der Geldreform sind die kaufmännischen Genies überflüssig geworden, denn die Schwierigkeiten sind verschwunden, für deren Überwindung die vergleichsweise seltene, aber gerade darum so schwer bezahlte kaufmännische Begabung nötig war.

Wem wird nun der Wegfall des hohen Unternehmergewinnes zugute kommen? Irgendwo muß er zum Vorschein kommen. Entweder in herabgesetzten Warenpreisen oder in heraufgesetzten Löhnen. Ein Drittes gibt es nicht.

VIII. Der Wucherer.

Es war und ist auch heute nicht unehrenhaft, sich einen Regenschirm, ein Buch zu borgen; ja selbst wenn man diese Gegenstände zurückzugeben vergaß, so wurde es so gar übel nicht genommen, und der Geschädigte suchte selbst nach einer Entschuldigung für den Übeltäter. Eine Buchführung über verborgte Gegenstände bestand in keiner Familie.

Aber wie ganz anders war es früher, wenn jemand Geld auf „Pump" haben wollte, und wenn es auch nur 5 Mk. waren! Welch verlegene Gesichter auf beiden Seiten! Wie wenn man dem „Angepumpten" einen Zahn hätte ausziehen wollen, wie wenn man sich schwerer sittlicher Gebrechen bezichtigen müßte!

Auf der Geldverlegenheit lastete ein Makel, ein sittlicher Makel, und man mußte schon dicker Freundschaft sicher sein, um in einer Geldverlegenheit sich freimütig an einen Bekannten wenden zu dürfen. Geld! Wie kommt der Mann in Geldverlegenheit? Regenschirme, eine Jagdflinte, selbst ein Reitpferd will ich Dir leihen, aber Geld! Wie kommst Du in Geldverlegenheit? Du lebst wohl liederlich?

Mein Gott, und es war doch so leicht, in Geldverlegenheit zu geraten! Krise, Arbeitslosigkeit, Zahlungseinstellungen und tausend andere Ursachen brachten jeden, dessen Finanzen nicht eben glänzend bestellt waren, einmal in Verlegenheit. Und wer dann bei solchen Gelegenheiten nicht die nötige Dickfelligkeit besaß und sich keiner Absage aussetzen wollte, der kam zu mir, dem Wucherer, und ich machte mein Geschäft.

Und diese schöne Zeit ist jetzt vorbei. Mit dieser verdammten Geldreform ist das Geld auf die Rangstufe der Regenschirme herabgesetzt worden, und die Bekannten und Freunde helfen sich jetzt gegenseitig aus, als ob es sich mit dem Gelde um eine ganz gewöhnliche Sache handelte. Zurückgelegte Geldvorräte hat niemand und kann auch niemand haben, da ja das Geld unter Zwangsumlauf steht. Aber gerade weil man keine Reserven haben kann, braucht man auch keine. Das Geld läuft ja jetzt mit größter Regelmäßigkeit um.

Tritt jedoch einmal ein unvorhergesehener Geldbedarf ein, so wendet man sich an einen Bekannten, wie man sich an ihn um einen Regenschirm wendet, wenn man von einem Gewitter überrascht wird. Gewitter und Geldverlegenheit stehen moralisch auf gleicher Stufe. Und der Angepumpte entspricht dem Begehren ohne viel Umstände, ohne dabei schmerzlich sein Gesicht zu verziehen. Er tut es sogar gern, weil es erstens auf Gegenseitigkeit beruht, zweitens, weil er unmittelbaren Vorteil davon hat. Denn das Geld schrumpft ja in seinem Besitze zusammen, während ihm sein Freund die Summe ohne Verlust zurückzuzahlen verspricht. Daher das veränderte Benehmen.

Man kann nicht gerade sagen, daß man jetzt leichtsinnig mit dem Gelde umspringt, aber es ist doch lange nicht mehr so spröde wie früher. Man achtet es, ja, hat es doch Arbeit gekostet, es zu verdienen, aber man achtet es doch nicht höher als diese Arbeit, als sich selbst. Ist es doch als Ware nicht besser, als jede andere Ware, ist doch der Besitz des Geldes mit den gleichen Verlusten verknüpft, wie wenn man einen Vorrat an Waren besäße! Die Ware, die Arbeit ist bares Geld — und darum ist es aus, für immer aus mit meinem Geschäft.

Ebenso schlecht wie bei mir, geht es auch im Pfandhaus. Jeder, der etwas Geld besitzt, für das er keinen unmittelbaren Gebrauch hat, ist jetzt bereit, Geld auf Pfand herzugeben, und noch obendrein ohne Zins. Ist doch das Geld an sich schlechter geworden als die gewöhnlichen Pfandobjekte. Braucht jemand schnell 10 Mk., so hat er nicht nötig, seine Verlegenheit zu verbergen und durch Seitengassen zum Pfandleiher zu schleichen. Beim Nachbarn kehrt er ein und läßt sich auf sein Pfand das Geld vorstrecken. Und jede Ware, die man bei Geldfülle auf Vorrat kaufte, ist so gut, wenn nicht besser als bares Geld. So ist jetzt Ware Geld und Geld Ware, aus dem ganz einfachen Grunde, weil beide gleich schlecht sind. Ganz gemeine, vergängliche Produkte in diesem vergänglichen irdischen Jammertal. Alle schlechten, üblen Eigenschaften der Waren haben in dem Verlust, dem das Geld unterliegt, ihren natürlichen Ausgleich und niemand zieht noch das Geld den Waren vor.

Aber gerade darum ist auch die Arbeit immer begehrt, und weil sie begehrt ist, hat jeder arbeitsfähige, arbeitswillige Mann in seiner Arbeitskraft bares Geld in der Tasche.

O, es ist aus mit dem Wucher!

Aber ich werde mich nicht so ohne weiteres in mein Schicksal ergeben; ich werde den Staat auf Schadenersatz verklagen. Das Geld war früher, wie auch heute noch, eine staatliche Einrichtung, und ich lebte davon. Ich war also sozusagen ein Staatsbeamter. Nun hat mir der Staat durch Reformierung des Geldes, also durch einen gewaltsamen Eingriff, mein Gewerbe verdorben und mich um mein Brot gebracht. Ich habe also Anspruch auf Schadenersatz.

Man hat den Grundrentnern, als diese — ohne staatlichen Eingriff — in Not gerieten, geholfen, indem man durch die Kornzölle die sogen. Not der Landwirtschaft beseitigte, die Grundrenten auf Kosten des Volkes erhöhte; warum soll ich mich nicht auch an den Staat wenden in meiner Not? Ist etwa der Brotwucher besser, ehrenhafter als der Geldwucher? Beide, ich der Jud und du der Graf, sind Wucherer — einer so schmutzig wie der andere. Im Gegenteil, mir scheint es, als ob du noch etwas schmutziger, gieriger wärest als ich. Denn der Brotwucher *erzeugt* oft erst die Not, die zum Geldwucher führt. Hat man also die „Not der Brotwucherer“ durch Staatshilfe beseitigt und damit den Wucher unter Staatsschutz gestellt, so wird man nicht umhin können, auch den Geldwucherer in seiner Not zu schützen. Denn Wucher bleibt Wucher, ob es sich um Land oder Geld handelt. Was verschlägt es dem Landwirt, ob er bei der Pacht des Bodens, oder aber beim Borgen des Geldes umwuchert wird? Beide, Geld- und Bodenwucherer nehmen genau so viel, wie sie erlangen können —, keiner der beiden schenkt etwas. Haben die Grundrentner ein gesetzliches Recht auf Rente, so haben die Geldrentner ein gesetzliches Recht auf Zins.

Aus diesem Dilemma wird man sich nicht mit der Phrase retten können, daß zwischen Geld und Boden, Zins und Rente, ein Unterschied liegt, denn wer hätte mich daran gehindert, durch Tausch des Geldes gegen Land, die Not des Wucherers in eine Not der Landwirtschaft umzukehren?

Ich werde also mich einfach auf die Kornzölle berufen, und der Notschrei der Wucherer wird im Rechtsstaat nicht ungehört verhallen!

IX. Der Spekulant.

Mit der Bodenreform ist uns schon die Spekulation mit Baustellen, Bergwerken und Ackerland unmöglich gemacht worden, und jetzt mit der Geldreform wird mir das Geschäft mit Börsenpapieren und Waren auch noch entrissen. Wo immer ich auch hier den Fuß hinsetze, sinke ich ein. Und das nennt man Fortschritt, soziale Gerechtigkeit? Biederen, harmlosen Bürgern die Existenz zu untergraben und noch dazu unter Mitwirkung des Staates, desselben Staates, dem ich so treu gedient habe, wie meine ordengeschmückte Brust, meine Ehrenämter und Ehrentitel es beweisen? Ein Raubstaat, kein Rechtsstaat ist das!

Neulich ließ ich den Zeitungen auf meine Kosten die telegraphische Meldung zugehen, daß zwischen zwei südamerikanischen Republiken (ich entsinne mich der Namen nicht mehr) ernste Reibereien ausgebrochen seien, und daß man Verwicklungen mit fremden Mächten für möglich hielt. Glauben Sie vielleicht, daß die Nachricht Eindruck auf die Börse gemacht hat? Keine Spur. Ich sage Ihnen, die Börse ist unglaublich dickfellig geworden. Hat doch selbst die Nachricht von der Eroberung Carthagos durch die Japaner die Börse nicht aufzuregen vermocht! O, ich sage Ihnen, dieses Phlegma ist schrecklich anzusehen! Eigentlich ist ja nichts Wunderbares daran, aber sie sticht so sehr gegen das frühere Benehmen der Börse ab, daß es schwer ist, sich damit abzufinden.

Mit der Geldreform hat das Geld aufgehört, die Hoch- und Zwingburg der Kapitalisten zu sein, wohin sie sich beim geringsten Alarm zu flüchten pflegten. Bei der geringsten Gefahr realisierte man die Papiere, d. h. man verkaufte sie gegen Geld und glaubte, sich so vor jedem Verluste gesichert zu haben.

Diese Verkäufe waren natürlich mit einem Kursverlust verbunden, der umso größer war, je größeren Umfang die Verkäufe nahmen.

Nach einiger Zeit, wenn ich glaubte, daß nichts mehr zu holen war, verbreitete ich beruhigende Nachrichten. Die eingeschüchterten Spießbürger wagten sich wieder aus der Burg hervor, und bald trieben sie mit ihrem eigenen Geld die Kurse der Papiere hoch, die sie in überstürzter Eile zu billigen Preisen an meine Helfershelfer verkauft hatten. Das war dann ein Geschäft!

Und jetzt mit dieser unglückseligen Geldreform? Bevor der Spießbürger seine Papierchen verkauft, muß er sich fragen, was er dann mit dem Erlös, mit dem Gelde anfängt. Denn dieses Geld bietet doch keinen Ruhepunkt mehr, man kann es doch nicht nach Hause nehmen und einfach warten. Zum reinen Transitlager ist das Geld geworden. Also was machen wir mit dem Erlös der Papiere, die wir gefährdet glauben, die wir verkaufen wollen? Gewiß, wir glauben Ihnen, die Aussichten sind schlecht für unsere Papiere, aber sind denn die Aussichten für das Geld, das Sie uns in Tausch geben, etwa besser? Sagen Sie uns, was sollen wir mit dem Gelde kaufen? Zuerst müssen wir das wissen, dann wollen wir verkaufen. Staatspapiere wollen wir nicht kaufen, denn andere haben sich schon darauf geworfen und den Kurs hochgetrieben. Sollen wir mit Verlust unsere Papiere verkaufen, um andere Papiere zu übertriebenen Kursen, also auch mit Verlust, zu kaufen? Verlieren wir schon beim

Einkauf der Reichsanleihen, so können wir ebenso gut an unseren Papieren verlieren. Besser also, wir warten mit dem Verkauf ein Weilchen.

So spricht jetzt der Spießbürger, und das ist es, was uns das Geschäft verdirbt. Dies verdammte Warten! Denn erstens geht durch das Warten der Eindruck unserer Nachrichten verloren, die Betäubung läßt nach, und zweitens treffen in der Regel von anderer Seite beruhigende Nachrichten ein, durch die unsere Alarmmeldungen als arge Übertreibung entlarvt werden, und dann ist es überhaupt vorbei. Denn den ersten Eindruck muß man ausbeuten.

Und dann steckt ja unser Spekulationskapital auch in diesem Ludergeld. Das Geld verfault uns ja in der Kasse. Ich muß natürlich mein Geld immer verfügbar halten, um im passenden Augenblick meinen Schlag zu machen. Wenn ich es dann nach einiger Zeit nachzähle, ist schon ein erheblicher Teil abgefault. Ein regelmäßiger, sicherer Verlust gegenüber einem unsicheren Gewinn.

Ich hatte zu Anfang des Jahres in barem Gelde 10 Millionen. In der Meinung, es wie früher jeden Tag gebrauchen zu können, ließ ich das Kapital (?) in barem Gelde da liegen. Jetzt sind wir schon Ende Juni angelangt, und es war mir nicht möglich, die Börse zu Verkäufen in größerem Maßstabe zu bewegen. Und so liegt das Geld noch da, unberührt. Was sage ich, unberührt? 250 000 Mk. fehlen schon daran. Ich habe da unwiederbringlich eine große Summe verloren, und die Aussichten für die Zukunft sind nicht besser geworden. Im Gegenteil, je länger der Zustand anhält, umso phlegmatischer wird die Börse. Schließlich lehrt ja auch die Erfahrung die Spießbürger, daß, wenn Niemand verkauft, die Kurse nicht weichen, trotz der trüben Aussichten, und daß Nachrichten und Aussichten allein nicht genügen, um einen Kursrückgang zu begründen. Tatsachen sind dazu nötig. Auf tausend Kriegsgerüchte kommt aber z. B. kaum ein Krieg.

Wie prächtig war es dagegen früher! Da liegt, als klassisches Muster für meine Stimmungsberichte, ein Artikel vom Lokal-Anzeiger vom 9. Februar vor mir:

> „Ein schwarzer Dienstag! Panischer Schrecken durchzuckte heute unsere Börse auf die Nachricht, daß der Sultan sich eine Magenstörung zugezogen hatte. Große Verkaufsaufträge aus den Reihen der Provinzkundschaft trafen mit einem bedeutenden Verkaufsandrang unserer Platzspekulation zusammen, und unter der Wucht dieses Druckes eröffnete der Markt in teilweise demoralisierter und deroutierter Haltung. „Sauve qui peut“ war heute in der Eröffnungsstunde die weit verbreitete Losung.“

Und jetzt? Immer diese ewige langweilige Frage: „Was mache ich mit dem Gelde; was soll ich kaufen, wenn ich jetzt meine Papiere verkaufe?“ Dieses Ludergeld! Wie schön war es mit der Goldwährung! Da fragte niemand: Was fange ich aber mit dem Erlös an? Man verkaufte, auf Geheiß der Börsianer, die schönen Papiere ja gegen Geld, das doch noch viel schöner war; man freute sich, das ausgelegte Geld einmal wieder zu sehen, um es nachzuzählen, um mit den Händen darin zu wühlen. Hatte man Gold, dann war man sicher; am Gold konnte man unmöglich verlieren, weder beim Kauf noch beim Verkauf, das hatte ja,

wie die Gelehrten sich ausdrückten, seinen „festen inneren Wert“! Dieses famose Gold mit festem, inneren Wert, dem gegenüber alle übrigen Waren und Papiere auf und niedergingen, wie das Quecksilber an der Skala des Barometers. Famoser „innerer Wert“ des Goldes! Wie gut ließ sich damit spekulieren!

Jetzt sitzen die Kapitalisten auf ihren Papieren, als ob sie mit ihrem „Prussien“ darauf angenagelt wären, und ehe sie verkaufen, immer die gleiche Frage: „Bitte, sagen Sie mir zuerst, was ich mit dem Ludergeld, dem Erlös meiner Papiere, anfangen soll!“ Die alte Börsenherrlichkeit hat jetzt ein Ende, mit dem Golde ist die Sonne am Himmel der Spekulation untergegangen.

Ein Trost bleibt mir jedoch; ich bin im Unglück nicht allein. Auch meinen in Waren arbeitenden Kollegen ist es ähnlich ergangen; auch ihnen hat die Geldreform das Geschäft verdorben. Früher waren die gesamten Warenbestände des Landes bis zum Augenblick des unmittelbaren Konsums immer verkäuflich; sie waren in den Händen der Kaufleute. Kein Mensch dachte daran, über den unmittelbar fühlbaren Hunger hinaus sich Vorräte zuzulegen. Man hatte ja Gold mit „festem inneren Wert“, das alle Vorräte ersetzte, an dem man niemals etwas verlieren konnte. Wer Gold in Vorrat hatte, der hatte alles was er brauchte zu seiner Verfügung. Also wozu Vorräte anlegen, die die Motten zerfressen?

Aber gerade weil alles, alles immer feilgehalten wurde, konnte man so vortrefflich spekulieren; denn auf der einen Seite, beim Konsumenten, waren nicht für 24 Stunden Vorräte, auf der anderen Seite lagen alle Vorräte bei den Kaufleuten zum Verkauf ausgelegt. Die Sache war also einfach, man kaufte, was da war, und ließ dann die Nachfrage an sich herantreten. Der Profit war meistens sicher.

Und jetzt? Die Waren, die früher in den Läden feilgehalten wurden, sie sind unter Millionen von Vorratskammern verteilt, und wie könnte man diese wieder in den Handel zurückbringen? Und womit diese Vorräte bezahlen? Mit Reformgeld? Aber, um sich des Geldes zu entledigen, haben ja die Privatleute die Vorräte gekauft. Diese Vorräte sind keine Waren mehr, es sind unverkäufliche Güter. Und gelänge es auch dem Spekulanten etwa, die neuerzeugten Waren an sich zu reißen, so würden darum doch die Preise nicht gleich anziehen, denn die Vorräte sind ja da; man lebt nicht mehr wie früher von der Hand in den Mund. Bevor diese Vorräte aufgezehrt sind, hat sich die Nachricht verbreitet, daß die Spekulation sich gewisser Bestände bemächtigt hat. So ist dann jeder auf der Hut, und ehe noch die Spekulanten ihre Waren absetzen konnten, haben die Produzenten den Ausfall gedeckt. Dabei ist noch zu bedenken, daß auch das Kapital der Warenspekulanten immer in der Geldform flüssig gehalten werden muß und durch den Kursverlust des Reformgeldes zusammenschrumpft. Zinsverlust, Kursverlust, Lagergelder und kein Profit — wer soll das aushalten?

Wie konnte man doch eine Reform einführen, die den Staat direkt schädigt? Denn wir hatten große Einkommen und bezahlten entsprechend hohe Steuern. Woher nun der Staat das Geld für die sozialen Wohlfahrtseinrichtungen holen wird, ist mir ganz rätselhaft. Der Staat hat da den Ast abgesägt, der die besten Früchte trug. Das Gold hatte nach Aussage all unserer Fachmänner und Gelehrten einen festen inneren Wert. Nie-

mand, der gegen Gold Waren verkaufte und mit Gold Waren kaufte, konnte jemals etwas verlieren. Genau so, wie niemand falsch messen kann, der einen guten Meterstab gebraucht. Denn, nach Aussage der Gelehrten, heißt tauschen soviel wie messen, und wie ein Stück Leinwand immer das gleiche Maß ergibt, ob man an dem einen Ende anfängt, oder an dem anderen, vorausgesetzt daß man den gleichen Meterstab gebraucht — so muß beim Kauf und Verkauf der Waren immer das gleiche Quantum herauskommen — vorausgesetzt, daß man sich des Goldes dabei bedient. Denn das Gold hat ja, das kann nie scharf genug betont werden, einen festen inneren Wert. So lange wir also Gold hatten, war das Publikum durch den inneren festen Wert des Goldes vor jedem Verlust geschützt. Wir Spekulanten, die wir uns bereicherten, konnten das also niemals auf Kosten des Publikums tun, denn das hätte ja der Behauptung widersprochen, daß das Gold einen festen inneren Wert hat. Unsere Vermögen stammten also nicht aus den Taschen des Publikums; (das hätte der Theorie widersprochen). Woher sie kamen, weiß ich nicht, aber kommt nicht alles vom Himmel?

Und solche himmlischen Gaben, solche famosen Steuerobjekte hat man mit der Geldreform zu nichte gemacht!

X. Der Einbrecher.

Ich habe am Leben keine Freude mehr. Die Geldreform hat mir mein Gewerbe verdorben. Vorräte finde ich wohl in jedem Haus, aber was macht ein Einbrecher mit so gemeinen Dingen. Soll ich mich mit einem Mehlsack herumschleppen? Dann kann ich auch mein Brot als Dienstmann verdienen.

Auch ist es verdächtig, nachts mit schweren Bündeln durch die Straßen zu ziehen. Geld braucht der Einbrecher, und Geld finde ich jetzt so wenig. Jeder hat Eile, sich des Geldes zu entledigen. Reserven hat niemand. Geht heute Geld ein, so fragt sich schon der Bezahlte, was er mit dem Gelde anfangen wird. Früher zog jeder das Bezahlen möglichst in die Länge, um sich an dem Anblick des Geldes zu erfreuen. Und wenn ich dann meinen Besuch machte, so fand ich etwas vor. Wem macht aber heute noch der Anblick des Geldes Freude? Fort aus dem Hause damit. „Frau, sieh mal nach, ob wir nicht noch jemand etwas schulden, es hat einer eben seine Rechnung bezahlt!" So heißt es jetzt überall, in jedem Hause, und die Folge ist, daß man jetzt überall höchstens die Tageseinnahme findet. So ist jetzt nirgendwo eine größere Ansammlung von Geld zu finden. In den Matratzen, den Strümpfen, den Koffern, kein Pfennig mehr! Was soll ich also noch auf dieser Welt! Schon mit dem früheren Scheckwesen hatte man mir große Schwierigkeiten gemacht, weil man die Barbestände bei den Banken aufbewahrte und mit Schecks bezahlte. Man machte das aus Rücksicht auf mich, denn bequem war es für keinen der Beteiligten. Der bequemste Scheck ist doch immer das bare Geld.

Heute ist das Scheckwesen ja wieder eingegangen, weil niemand Geldvorräte, nicht einmal in der Bank, haben will und übrigens auch keine Geldvorräte braucht. Weil jeder bestrebt ist, so schnell, wie er

selber bezahlt wird, seine Schulden zu bezahlen, wird jeder bar bezahlt, und so hat jeder in der Regelmäßigkeit der Geldeinnahmen die unerschöpflichste Reserve. Aber was nützt das mir, dem Einbrecher? Diese Reserve ist wie eine Quelle, sie liefert wohl Wasser, aber sie kann keines fassen. Ich kann in diese Quelle nicht einbrechen.

Und wenn ich durch Glückszufall auch einmal einen guten Griff machen sollte — so muß ich noch sehr vorsichtig mit dem Raube umgehen. Da niemand vernünftigerweise eine größere Summe lange Zeit aufbewahrt, so ist der einfache Besitz einer solchen Summe schon ein Verdachtsgrund. Da niemand mehr als die täglichen Einnahmen an Geld besitzt, so kann jeder heute über die Herkunft jeder Mark getreue Auskunft geben, genau wie man über die Herkunft der Kühe im Stall genaue Auskunft geben kann. Und das muß der Einbrecher zu seiner Verteidigung auch tun können. „Wo haben Sie das Geld her", so fragt man mich auf der Polizei. Früher antwortete ich einfach: „Ich habe es von meiner Urgroßmutter vor 50 Jahren geerbt, und da man nirgendwo vor Einbrechern sicher ist, habe ich es immer bei mir getragen." Jetzt aber genügt diese Ausrede nicht.

O, mein Gewerbe ist mühselig und gefährlich, härter als manches Gewerbe. Wenn es nicht so lächerlich und entwürdigend wäre, zu arbeiten, damit die Kapitalisten den Vorteil haben, so würde ich wieder zu meinem früheren Handwerk zurückkehren. Es heißt übrigens, daß mit der Geldreform die Löhne, die schon seit der Bodenreform sich ständig gebessert hatten, bedeutend gestiegen und daß die Zeiten für die Kapitalisten schlecht geworden sind. Wenn das wahr ist, so werde ich muskelschwacher Mensch vielleicht auch noch mein Brot mit Arbeit verdienen können. Eine Unehre wäre die Arbeit ja nicht mehr, wenn sie nicht mehr wie Sklavendienste von Kapitalisten ausgebeutet wird.

XI. Der Sparer.

Die Geldreform wirft alle Prophezeiungen über den Haufen; alles, was man von ihr erwartet hatte, erweist sich als falsch. Man hatte gesagt, niemand könne mehr sparen, und der Zins würde, Gott weiß wie hoch, steigen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Wenn ich jetzt eine Summe Geld erübrigt habe, so mache ich es genau wie früher — ich bringe sie zur Sparkasse, und die Sparkasse schreibt mir die Summe in mein Buch ein. In dieser Beziehung hat sich nichts geändert. Man sagte, das Geld würde auch im Sparkassenbuch den Kursverlust mitmachen: aber das ist Unsinn. Die Sparkasse schuldet mir so viel Mark deutscher Reichswährung, nicht aber die Zettel, die ich ihr lieferte. Und die Mark der Reichswährung steht über den Zetteln. Wenn ich jemandem einen Zentner Kartoffeln für ein Jahr borge, so wird er mir doch nicht dieselben, inzwischen verfaulten Kartoffeln zurückgeben, sondern einen Zentner neuer Kartoffeln. Ebenso ist es mit der Sparkasse. Ich borge ihr 100 Mk. und sie verpflichtet sich, mir 100 Mk. zurückzuerstatten. Und das kann auch die Sparkasse tun, denn auch sie gibt das Geld zu den gleichen Bedingungen wieder aus, und die Handwerker und Bauern, die sich in der Sparkasse mit Geld für ihr Gewerbe versehen,

die behalten das Geld doch nicht zu Hause. Sie kaufen damit das, was sie brauchen, und der Kursverlust verteilt sich auf diese Weise auf sämtliche Personen, durch deren Hände das Geld im Laufe des Jahres gegangen ist.

Also in Bezug auf die zurückzuerstattende Summe ist alles beim alten geblieben. Aber ich sehe, daß ich jetzt bedeutend mehr sparen kann als früher. Das kommt daher, daß ich erstens jetzt regelmäßige Arbeit habe, daß meine Produkte regelmäßig abgesetzt werden, und zweitens, daß ich für mein Geld mehr Ware erhalte. Die Preise der Arbeitsprodukte sind nicht gefallen, und doch erhalte ich für mein Geld ein Drittel mehr Produkte als früher! Wie ist das zu erklären? Der Kaufmann sagte, daß dieses Drittel, das ich mehr erhalte, von den bedeutend verringerten Handelsspesen herrührt. Der Handel wäre durch die Geldreform von Grund auf umgeändert worden. Das läge daran, daß ich, wie übrigens alle, ihre Gewohnheiten als Käufer geändert hätten.

Und wie ging es mir früher mit meinem Sparkassenbuch? Bei jedem politischen Gerüchte stockte der Absatz, fehlte die Arbeit, und dann mußte ich zur Sparkasse gehen und Geld abheben. Das warf mich dann immer weit zurück, und manchmal waren Jahre nötig, um die Lücken auszufüllen, die eine Krise in mein Sparkassenbuch gerissen hatte. Jetzt habe ich regelmäßige Arbeit, es kommen keine Rückschläge mehr vor, die mich zwingen, das sauer ersparte Geld wieder von der Sparkasse zurückzuziehen.

Mit erstaunlicher Regelmäßigkeit bringe ich jetzt monatlich meinen Überschuß zur Sparkasse. Aber wie es mir ergeht, so scheint es allen zu ergehen, denn es herrscht immer ein ganz ungewöhnliches Gedränge an der Kasse. Die Sparkasse hat schon wiederholt den Zinsfuß herabgesetzt, und sie kündigt eine neue Ermäßigung für nächsten Monat an. Sie begründet das damit, daß die Eingänge die Abgänge fortgesetzt übersteigen. Von 4 Proz. ist der Zinsfuß in diesem ersten Jahre seit Einführung der Geldreform schon auf 3 Proz. gefallen, und es heißt, daß bei internationaler Einführung unserer Reform der Zins auf Null fallen wird. — Und es wird wohl so kommen, wenn die jetzigen Verhältnisse andauern.

Denn während die Eingänge an der Sparkasse fortgesetzt zunehmen, gehen die Gesuche um Darlehen zurück, weil die Handwerker, Bauern, Unternehmer aus denselben Gründen, die mir das Sparen erleichtern, jetzt mit den eigenen Überschüssen ihren Wirtschaftsbetrieb erweitern können.

Die Nachfrage geht zurück, das Angebot wächst — natürlich muß da der Zins fallen. Denn der Zins gibt uns das Verhältnis an, in welchem bei Darlehen das Angebot zur Nachfrage steht.

Der Rückgang des Zinsfußes ist ja bedauerlich vom Standpunkt der schon beschriebenen Seiten meines Sparkassenbuches, aber umso erfreulicher ist er vom Standpunkt der unbeschriebenen. Und diese sind bei weitem in der Mehrzahl. Denn Zins! Was ist denn Zins? Wer bezahlt den Zins? Was ich heute spare, das ist das, was mir von meinem Lohn übrig bleibt, nachdem ich in meinen persönlichen Ausgaben meinen Teil entrichtet habe von den Zinsen, die der Staat und die Gemeinde ihren Gläubigern zahlen müssen, die von den Kapitalisten gefordert werden für die Benutzung der Häuser, Maschinenanlagen, Vorräte, Rohstoffe, Eisenbahnen, Kanäle, Gas- und Wasseranlagen usw. Fällt der Zins, so wird

alles entsprechend billiger, und ich werde entsprechend größere Summen sparen können. Meinen Verlust an Zinsen auf die schon gesparten Summen werde ich also zehnfach wiedergewinnen durch meine größeren Ersparnisse. Mein Hauszins beträgt 25 Proz. meines Lohnes und besteht zu zwei Dritteln aus Zins für das Baukapital. Geht nun der Zinsfuß von 4 auf 3–2—1 oder 0 Proz. zurück, so spare ich dann $^1/_4$—$^1/_2$—$^3/_4$ usw. des Hauszinses, oder 4—16 Proz. meines Lohnes — allein am Hauszins! Das Häuserkapital macht aber kaum ein viertel aller Kapitalien aus, deren Zinsen ich mit meiner Arbeit aufbringen muß. Durch den Rückgang des Zinses auf 0 würde ich also 4×16 Proz. = 64 Proz. meines Lohnes sparen können. Was geht mich da noch der Zins an? Statt 100 Mk. werde ich ja 640 Mk. auf meinen Lohn jährlich sparen können, allein schon dadurch, weil der Zins auf 0 gefallen ist.

Bei meinen früheren Ersparnissen von durchschnittlich 100 Mk im Jahre hatten sich,
bei 4 Proz. und mit Zinseszins, in 10 Jahren . . . . . Mk. 1236.72
angesammelt.

Fällt der Zins auf Null, so werde ich in 10 Jahren
ohne Zins und Zinseszins in der gleichen Zeit . . . . Mk. 6400.00
sparen können.

Also, weit entfernt, mir zu schaden, würde mir der völlige Wegfall des Zinses das Sparen ganz außerordentlich erleichtern. Zwar werde ich so niemals von meinen „Renten" leben können, sondern im Ruhestand von meinen Ersparnissen zehren müssen — trotzdem werde ich mich so noch bedeutend besser stehen, als bei hohen Zinsen. Rechne ich, daß ich 20 Jahre lang arbeite und spare, um dann in den Ruhestand zu treten, so
würde ich mit 4 Proz. Zins und Zinseszins . . . . . Mk. 3024.48
ohne Zins und Zinseszins aber . . . . „ 13800.00
besitzen. Und wenn ich nun von der ersten Summe 4 Proz. beziehe, so macht das 120 Mk. im Jahre aus. Überschreite ich diese Summe und greife das Kapital an, so ist bei einer jährlichen Ausgabe von 360 Mk. in 10 Jahren das Kapital erschöpft, während ich mit den 13800 Mk. 20 Jahre lang 690 Mk. jährlich ausgeben kann, oder 40 Jahre lang 360 Mk. jährlich.

So erweist sich also die alte Theorie, daß der Zins das Sparen erleichtere, als Schwindel. Der Zins macht das Sparen für die große Masse unmöglich. Fällt der Zins auf 0, so wird jeder sparen können, während jetzt nur besonders befähigte oder entsagungsmutige Personen diese bürgerliche Tugend üben können.

Genau umgekehrt verhält es sich natürlich für die Kapitalisten oder Rentner, wenn der Zins auf 0 fällt. Da ihr Eigentum keine Zinsen mehr einträgt, und da sie gleichzeitig von den durch die Beseitigung des Zinses erhöhten Löhnen keinen Vorteil haben (weil sie ja nicht arbeiten), so müssen sie notgedrungen von ihrem Besitze zehren, bis er eben aufgezehrt ist. Zwischen Sparer und Rentner liegt eben der ganze Unterschied der Arbeit, und der Zins muß von der Arbeit aufgebracht werden. Rentner und Sparer, das ist nicht das Gleiche; es sind Gegensätze; keine Berufsgenossen, sondern Gegner.

Um Zinsen von meinen Ersparnissen von 3024.48 Mk. beziehen zu

können, müßte ich meinerseits erst 10776.00 Mk. (also 13800 ·/. 3024.00) Zinsen an die Rentner bezahlen.

Die Rentner mögen den Rückgang des Zinses beklagen; wir Sparer oder sparenden Arbeiter müssen dagegen ein solches Ereignis freudig begrüßen. Wir werden niemals von Renten leben können, wohl aber von unseren Ersparnissen, und zwar mit Behaglichkeit bis an unser Lebensende. Wir werden unsern Erben auch kein Kapital an barem Gelde hinterlassen, besonders, wenn wir uns in eine Rentenversicherung einkaufen.

Leibrenten: Die Schweizerische Rentenanstalt in Zürich bietet den Versicherten auf Lebzeiten für je 1000 Mk. Einlage:

bei einem Alter von 50 Jahren Mark 68.40 jährlich
„ „ „ „ 60 „ „ 90.19 „
„ „ „ „ 70 „ „ 128.74 „

Nach Wegfall des Zinses würden die Versicherten die gleichen jährlichen Prämien abzüglich des heutigen Zinses $3^1|_2$ oder 4 Proz. erhalten, also bei:

50 Jahren für je 1000 Mark Einlage jährlich Mark 33.40
60 „ „ „ „ „ „ „ „ 55.19
70 „ „ „ „ „ „ „ „ 83.74

Da mit dem Wegfall von Zins und Rente die Leibrentenversicherung zweifellos ganz allgemein geübt werden wird, so wird man wahrscheinlich die Forderung stellen, die Versicherungsgesellschaften unter Staatsaufsicht zu stellen.

Aber haben wir für unsere Nachkommen nicht genug gesorgt, wenn wir ihnen wirtschaftliche Einrichtungen hinterlassen, die ihnen den vollen Arbeitsertrag sichern? Allein die Bodenreform verdoppelt das Einkommen des Arbeiters, und die Geldreform verdoppelt dies Einkommen noch einmal. Dadurch allein, daß ich für die Einführung dieser beiden Reformen gestimmt habe, erschloß ich meinen Nachkommen eine Quelle, die ihnen so viel einbringt wie ein Kapital, das 3 mal meinen früheren Lohn abwirft.

XII. Der Konsumverein.

Seit Einführung der Geldreform hat das öffentliche Interesse für unsere Bestrebungen merkwürdig abgenommen, und fast täglich höre ich von neuen Auflösungen von Konsumvereinen. Es ist das wieder eine jener überraschenden Folgen des Reformgeldes, an die man wohl ursprünglich gar nicht gedacht hat. Eigentlich ist aber gar nichts Wunderbares an der Sache. Das Publikum kauft bar, legt sich Vorratskammern an, kauft die Waren in Posten, in Originalpackung. Der Kaufmann braucht nichts mehr zu stunden; er führt keine Bücher und hat auch kein Lager, weil die Waren meistens direkt von der Bahn aus abgeliefert werden. Die „Scheu vor dem Leeren" hat sich von der Geldkassette zur Vorratskammer verzogen.

Natürlich hat durch das Zusammenwirken all dieser Umstände der Handel sich ganz außerordentlich vereinfacht, und während früher nur die tüchtigsten unter den Geschäftsleuten den Gefahren des Kreditierens entgingen und die Vorteile des Kredits genossen; während man früher überhaupt nur die wirtschaftlich tüchtigsten Bürger, fleißige, sparsame, ordnungsliebende, rührige Männer für den Handel gebrauchen konnte, kann jetzt eigentlich auch der einfachst begabte Mensch Handel treiben. Kein Lager, keine Wage, keine Irrtümer, keine Buchführung, keine Abschätzung des Bedarfs. Dabei Barzahlung, bares Geld bei Ablieferung der Ware,

keine Wechsel, keine Schecks, kein Humbug, sondern bares Geld! Nicht einmal eine Rechnung wird verlangt. Hier die Kiste, der Sack, hier das Geld; die Sache ist erledigt, vergessen und nach neuen Geschäften kann der Kaufmann ausschauen.

Eine solche Arbeit kann schließlich jeder Handlanger verrichten, und nach den Gesetzen des Wettbewerbs muß damit auch der Lohn dieser Arbeit auf den Lohn der Handlangerarbeit fallen!

Was soll also noch der Konsumverein? Sein Zweck, die Verminderung der Handelsspesen, ist mit der Geldreform erledigt. Wen soll noch der Verein vereinen? Unser Verein bestand aus einer Auslese derjenigen Konsumenten, die imstande waren, bar zu bezahlen und deren Einkäufe gleichzeitig bedeutend genug waren, um den langen Weg zu unserer Niederlage zu rechtfertigen. Durch die Entwicklung, die der Handel genommen hat, ist aber keine solche Auslese mehr möglich, weil jeder heute als Konsument diese Eigenschaften besitzt, weil alle bar zahlen, weil alle ihre Einkäufe postenweise besorgen. Wäre etwa in Afrika ein Verein von Negern, in München ein Verein von Biertrinkern möglich? Aus demselben Grunde hat die Geldreform den Konsumvereinen die Existenzbedingungen entzogen.

Übrigens geht auch nicht viel mit den Konsumvereinen verloren. Als Pflanzstätte sozialer Gedanken haben sie sich nicht bewährt, weil sie schon als Verein sich in Gegensatz mit dem übrigen Volke setzen. Früher oder später wären sie auch mit dem natürlichen Gegengewicht, mit dem Verein der Produzenten in Kampf geraten, und dabei wären praktische und theoretische Fragen aufgeworfen worden, die allein mit dem allgemeinen, internationalen Kommunismus, mit der Abschaffung des Eigentums hätten gelöst werden können. Welchen Preis z. B. wird der Verband deutscher Konsumvereine dem Verbande deutscher Pantoffelfabrikanten bewilligen wollen? Allein die Polizei könnte diese Frage beantworten.

Auch kann man nicht leugnen, daß dem System höchst bedenkliche Elemente der Sittenverderbnis anhaften, denn wo die Verwaltung von öffentlichen bezw. Vereinsgeldern keiner wirksamen Beaufsichtigung unterworfen werden kann, da stellt sich leicht mit der Zeit auch der Dieb ein. Und man kann doch nicht erwarten, daß die Vereinsmitglieder jede Rechnung nachprüfen und die Übereinstimmung der Lieferung mit dem Muster untersuchen. Auch Privatabmachungen können nicht vermieden werden, durch die den Vereinsbeamten zum Schaden des Vereins Vorteile zugewendet werden, und wenn es auch nur in Form eines besonders großen Musters für die Prüfungsanstalt des Vereins, d. h. die Küche der Frau Sekretär wäre. Wenn es sich immer nur um Waren ohne Qualitäten, wie z. B. das Geld, handeln würde, dann wäre die wirksame Beaufsichtigung der Beamten schon leichter, aber wo gibt es neben dem Gelde noch eine Ware, bei der es neben der Menge nicht auch noch auf die Beschaffenheit ankäme?

Also einerseits Kommunismus, Abschaffung des Eigentums, andererseits Korruption der Beamten, das ist es, was wir von einer Verallgemeinerung des Systems zu erwarten haben, und darum begrüße ich es als einen Fortschritt, daß wir den Zweck der Konsumvereine, die Verbilligung der Handelsspesen mit der Geldreform erreichen können, einfach durch veränderte Handelsgebräuche. Jetzt werden die Waren wieder den Händen

ihrer unmittelbaren Eigentümer übergeben. Ware und Eigentum sind unzertrennlich; die Einschiebung von neutralen Personen, die Bestimmung der Preise, der Qualitäten usw. durch Mittelspersonen für Rechnung Dritter führt nicht allein zur Bestechung, sondern ist an sich schon eine Korruption des Begriffs Ware, eine Korruption der Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot.

Und ist es nicht merkwürdig, daß das natürliche Ziel des Konsumvereins, der Verein sämtlicher Vereine, einfach durch die Auflösung der Vereine erreicht wurde? Denn der ideale Konsumenten-Verein ist immer der offene Markt, wo Eigentümer mit Eigentümer unterhandeln, wo die Qualität der Waren von den Beteiligten selbst abgeschätzt wird, wo man nicht an einzelne Niederlagen, Dörfer, Städte gebunden ist, wo die Vereinszahlmarken (das Geld) für das ganze Reich Kurs haben und wo jedes Mißtrauen schwindet, jede Bestechung ausgeschlossen, jede öffentliche Aufsicht überflüssig ist, weil keine Privatpersonen mit Sonderinteressen den Tausch für Rechnung Dritter und Abwesender vermitteln. Vorausgesetzt natürlich, daß der offene Markt die Waren nicht stärker verteuert als die Verwaltung des Konsumvereins! Und diese Voraussetzung ist mit der Geldreform erfüllt worden. Der Handel ist durch die Geldreform derart beschleunigt, gesichert und dadurch verbilligt worden, daß der Handelsgewinn vom gemeinen Arbeitslohn nicht mehr zu unterscheiden ist. Also was wollen jetzt noch die Konsumvereine?

XIII. Der Soldat.

Da ist er, der Juliusturm, vor dem ich mit dem Gewehr so manche Nacht fluchend und frierend auf und ab spaziert bin; der Juliusturm, der den Kriegsschatz enthielt. Hundert Millionen in Gold! Jetzt, mit der Geldreform hat man ihn geleert, und mit dem Golde hat man Armbänder für das Hofpersonal, Pantoffelschnallen für die Damen gemacht. Und diesen Haufen Nürnberger Tand nannte man einen Kriegsschatz, vor dieser Jahrmarktsbude mußte ich lange Winternächte Wache stehen! Mit diesem Flitterkram hoffte man den Feind zu schlagen? Unsinn, mehr als Unsinn, Blödsinn war das.

Geld, was braucht der Soldat Geld? Geld braucht man zum Tausch der Produkte. Der Soldat aber, der nur zerstört, nichts als Scherben schafft, der hat nichts zu tauschen, der braucht kein Geld. Mit Pulver und Blei erwirbt der Soldat seinen Lebensunterhalt, tauscht er alles ein, was er braucht. Geld in der Rechten, das Gewehr in der Linken, welcher Widerspruch! Welch komische Figur!

„Er wirbt nicht lange, er zeigt nicht Gold
Im Sturm erringt er der Minne Sold“.

Und wenn der Soldat so das höchste Gut erwirbt, so wird er wohl auch alles übrige auf gleiche Weise erwerben. Der Soldat ist von Natur aus auf die Produkte der Spießbürger angewiesen, und so lange diese ihn brauchen und bewaffnen, werden sie sich auch seine Brandschatzung gefallen lassen müssen.

Darum pfeife ich auf das Geld, so lange ich noch eine Waffe habe.

Geld braucht man zum freihändigen Erwerb der Güter. Der Bestimmung des Preises geht der Handel voran. Aber wie will man mit einem Manne verhandeln, der bis an die Zähne bewaffnet ist? Kann der Rekrut, den man vom Felde weg für den Kriegsdienst holt, unterhandeln? Und was weiß, was braucht der Soldat zu wissen von Preisen? Soll er seinen Tornister mit Börsenzetteln und Preislisten füllen?

Der Soldat braucht kein Geld, aber auch das Verpflegungsamt braucht es nicht! Wenn der Staat das Recht hat, die Männer zu greifen, wo er sie findet, wenn er so ohne weiteres den Müttern die Söhne entreißen kann, um sie als Füllungsmaterial für Festungsgräben zu benutzen, so wird wohl derselbe Staat auch die sonst benötigten Sachen nehmen können, wo er sie findet. Hört im Kriege das Eigentum an Leib und Seele auf, so hört das Eigentum an Sachen auch auf. Das wenigstens ist meine Meinung als Soldat und Mensch, der sein Leben wohl dem Vaterland opfern will, es aber doch noch etwas höher schätzt als Geld. Von dem Augenblick an, wo es ans Leben der Bürger geht, soll es kein Eigentum mehr geben, und wo das Eigentum verschwindet, da hat das Geld keinen Zweck mehr. Bei einem Schiffbruch, wo man ums Leben kämpft, wo im Rettungsboot nicht Platz für alle ist, da würde es dem schlecht gehen, der das Boot mit seinen Geldsäcken füllen wollte. Man würde ihn mit den Geldsäcken über Bord werfen. Das Eigentum ist ein Erzeugnis des Friedens; mit der Kriegserklärung verschwindet es, wenn es nicht durch Lüge und Heuchelei geschützt wird. Darum ist ein Geldkriegsschatz auch überflüssig, und der Gedanke, der ihm zugrunde liegt, Heuchelei. Es ist eine Entweihung der Vorstellung vom Vaterland, eine Entwürdigung der allgemeinen Wehrpflicht, eine Entehrung des Soldaten. Zum Teufel, für was ziehe ich denn in den Krieg, wenn in dem Lande, für das ich kämpfe, das Geld höher gestellt wird, als das Leben? Wenn zur Verteidigung des Vaterlandes Geld nötig ist, so nehme man es einfach dort, wo man es findet, wie man den Mann nimmt, wo man ihn findet. Der Mutter, die einen Sohn hat, nimmt man den Sohn, und der Mutter, die sechs Söhne hat, nimmt man die sechs. So mache man es mit den Sachen auch. Wer eine Million besitzt, dem nehme man die Million, und wer 10 — und 100 Millionen hat, dem nehme man die 100 Millionen. Wenn man sich zu dieser Auffassung nicht aufschwingen kann, so ist es Lüge und Heuchelei, von einem Vaterland zu sprechen, dem man als Soldat sein Leben opfern soll. Dann soll man es der Wahrhaftigkeit zuliebe gleich offen sagen: „Ihr zieht aus, um für den König und das Geld zu kämpfen."

Dem Soldaten gebe man Requisitionsscheine, die er ausfüllt, und die nach Friedensschluß, mit der Wiederherstellung des Eigentums, geprüft, mit Preisen versehen und bezahlt werden. Dann braucht sich der Soldat nicht mit Geld zu belasten, und man wird ihm entsprechend mehr Proviant mitgeben können. Allein die 100 Millionen im Juliusturme wogen in Gold 40 000 Kilo, und in Silber über eine Million Kilo. Eine Million Kilo Patronen wäre doch entschieden besserer Ballast.

Von der Einwirkung eines solchen Kriegsschatzes auf die Währung wollen wir gar nicht reden. Der Zweck ist ein fiskalischer, und vom Standpunkt der Währung ist jede Vermehrung des Geldangebots, die nicht von der Aufrechterhaltung der Währung verlangt wird, Pfuscherei und

Schwindel. Der Markt, nicht die Geldbedürfnisse des Staates sollen angeben, wieviel Geld angeboten werden darf. Wenn 100 Millionen, also das Geld für einen etwa 10tägigen Kriegszug, als Kriegsschatz nützlich sind, dann müßten die vollen 5 Milliarden aus Paris, also das Geld für einen langen Feldzug, noch besser sein. Wohin würde das aber geführt haben, wenn man den deutschen Markt mit einem solchen Goldberg überschwemmt hätte?

In der Schweiz hat man auch einen Kriegsschatz, aber dieser besteht nicht in Gold und Pantoffelschnallen, sondern in Weizen. Das ist ein gesunder, wenn auch ein kostspieliger Gedanke, denn der „Bundesweizen" muß alle Jahre erneuert, d. h. gegen frischen Weizen neuer Ernte umgetauscht werden, und dieser Umtausch, wie auch die Aufbewahrung, kosten immer einen Haufen Geld. Aber wenn es zum Klappen kommt, dann hat die Heeresverwaltung verdaulichen Weizen, kein unverdauliches Gold. Was würde in Deutschland der Goldschatz genützt haben, wenn die Getreidezufuhren abgeschnitten worden wären? Wie nützlich wäre dagegen in diesem Falle ein Reichskriegsschatz von 100 oder 1000 Millionen in Weizen gewesen. Zur Aufbewahrung eines solchen Schatzes würde zwar eine Militärwache nicht ausreichen, es würden ca. 10 Proz. an Lagerkosten jährlich daraufgehen, aber es wäre Brot, kein Gold.

Übrigens, die Geldreserve im Juliusturme war ja nur das vergrößerte Spiegelbild der kleinen bürgerlichen Privatgeldreserve. Der Staat betrieb im Großen, was der Spießbürger im Kleinen betrieb. Hier 100 Millionen im Juliusturme, dort 100 Mk. im Koffer. Ans Geld, als letzten Rettungsanker klammerten sich alle, der Staat und die Bürger. Ein wunderlicher Gedanke! Gold, mein Gott, was ist denn Gold? Material für Armbänder, für Nürnberger Tand, mehr nicht. Warum hängen an den Relingen der Auswandererschiffe Rettungsboote, aber keine Pantoffelschnallen? Warum gibt man auf den Schiffen jedem Passagier als Kopfkissen einen Rettungsgürtel, nicht ein goldenes Armband? Warum bauen wir Kriegsschiffe, warum begnügen wir uns nicht mit einem Kriegsschatz? Wir lachen über den Schwarzen, der sich mit einem Amulett aus der Haut eines Missionars vor feindlichen Kugeln zu schützen sucht; aber war der Schatz im Juliusturme wirklich mehr als ein solches Amulett?

Nun, mit der Geldreform ist der Glaube an die Zauberkraft des Goldes verschwunden, und der Kriegsschatz ist aufgelöst worden. Aber nicht allein der Reichskriegsschatz ist aufgelöst worden, sondern auch die Millionen kleiner Privatkriegsschätze. An ihre Stelle ist etwas Bestimmteres, Wirksameres getreten, nämlich Vorräte. Man zieht seit Einführung der Geldreform Vorräte dem baren Gelde vor, denn, verderben auch diese mit der Zeit, müssen sie vor Mäusen geschützt werden, mit dem Reformgeld steht es nicht besser. Und weil man doch einmal das Geld in Lebensmittel umsetzen muß, so ist es besser, gleich solche anzuschaffen, statt Geld aufzubewahren. Und so haben sich denn nach Auflösung der Millionen kleiner und großer Kriegsschätze ebenso viele kleine und große Vorratskammern gebildet, die, zusammengerechnet, eine ungeheure Masse von Lebensmitteln, wirkliche Kriegsschätze, ausmachen. Diese Kriegsschätze sind da, wenn man sie braucht; der Staat braucht sich nicht darum zu kümmern, braucht kein Geld dafür auszugeben, nicht für ihre regelmäßige Erneuerung zu sorgen. Nicht 100 armselige Millionen sind hier,

sondern 100 × 100 Millionen. Nicht in Gold, das, wenn es darauf ankommt, versagen würde, sondern in wirksamen, verdaulichen Dingen. Kein Flitter, kein Tand, keine Schimäre, keine Steine — sondern Brot.

Dabei wird ohne die Staats- und Privatgeldreserven mit dem Reformgeld im Kriegsfall mehr und besseres Geld in Umlauf bleiben, als mit den goldenen Staats- und Privatgeldschätzen. Das Geld wird auch in Kriegszeiten umlaufen, und zwar kein Pfennig zu viel, noch zu wenig, sondern genau so viel, wie der Handel braucht, um den allgemeinen Preisstand der Waren auch in Kriegszeiten nicht zu verändern.

XIV. Der Gläubiger.

Daß ich nicht gut auf die Geldreform zu sprechen bin, wer kann es mir verdenken; hat mir doch diese Reform den Zinsfuß herabgedrückt, droht sie sogar bei internationaler Einführung den Zins ganz zu beseitigen! Aber ich muß gestehen, sie hat auch für mich Gutes geleistet, mir manche Sorge verscheucht. Ich kann wenigstens wieder schlafen.

Was war früher die „Mark deutscher Reichswährung", die mir der Staat, die Gemeinden, der Privatmann schuldeten in Form von Staatsschuldscheinen, Wechseln, Hypotheken, Obligationen? Niemand wußte darüber Auskunft zu geben, und wenn man mich gefragt hätte, ich hätte es auch nicht sagen können. Was war ein preußischer Taler vor der deutschen Münzreform? Auf dem Taler stand XXX ein Pfund fein; d. h. aus einem Pfund Feinsilber prägte Preußen 30 Taler. War nun ein Taler der 30. Teil von einem Pfund Feinsilber? Mit nichten, denn dann wäre der 30. Teil von einem Pfund Feinsilber auch heute noch ein Taler. Sind 60 Stück ein Schock, dann ist auch, nachdem man zum Dezimalsystem übergegangen ist, ein Schock immer noch 60 Stück. Wenn ein Taler dasselbe war wie eine bestimmte Menge Silber, warum belastete man den Staat mit dem Silber; warum ließ man nicht den Privatmann im Besitz des Silbers? Dieser hatte dann ja alles in der Hand, worauf er gesetzlich Anspruch erheben konnte.

Also was war damals ein Taler, und was ist heute eine Mark d. R.-W.? Auch letztere ist durchaus nicht identisch mit einem Häufchen Gold; wenigstens würden die Besitzer des Goldes lange Gesichter machen, wenn man im Entscheidungsfalle so den Begriff „Mark d. R.-W." bestimmen wollte! Was würde ich mit dem Golde anfangen, wenn Gold kein Geld wäre, wenn ich für meine Pfandbriefe, Obligationen usw. einfach so und so viel Kilo Gold erhielte? Ich bin doch kein Goldschmied. Ich will Geld, kein Gold.

Der Staat machte aus Gold Geld, solange die Mehrheit im Reichstage damit einverstanden war. Aber er konnte auch eines Tages sagen: wir heben das freie Prägerecht für das Gold auf und erklären das Gold als Geld außer Gebrauch. Wie es übrigens mit dem Silber geschah, und wie man es jetzt mit der Geldreform getan hat. Man hat sich bei beiden Reformen zu der Ansicht bekannt, daß der Taler kein Häufchen Silber und die Mark kein Körnchen Gold war, sondern Geld, und daß bei Aufhebung des Prägerechtes der Staat die Inhaber und Gläubiger des Geldes vor Schaden zu bewahren hat. Das war recht artig gehandelt, aber man

war durch kein Gesetz, durch keinen vorhergegangenen gleichen Fall gehalten, so zu handeln; im Gegenteil, diese Schadloshaltung der Inhaber der Münzen widersprach der Geldtheorie, die bis dahin allgemeine Anerkennung genoß, nämlich, daß die Münzen weiter nichts sind als Goldbarren, deren Gewicht und Feingehalt durch den Stempel der Münze gewährleistet wird.

Nach dieser Theorie, die öffentlich unwidersprochen blieb, hätte der Staat einfach den Münzen die Geldfunktion entziehen und jeden im Besitz seiner „Goldbarren“ lassen können. Einen Anhaltspunkt, um eine Entschädigungsklage anstrengen zu können, boten weder die Gesetze, noch die als Gemeingut geltende allgemeine Begriffsbestimmung des Geldes.

Übrigens, um ein Entschädigungsrecht nachweisen zu können, hätten die Besitzer des Goldes den Begriff „Mark deutscher Reichswährung“ neu bestimmen und dieser neuen Begriffsbestimmung wissenschaftliche Anerkennung verschaffen müssen. Denn, war die Mark deutscher Reichswährung nicht ein Körnchen Gold, sondern etwas anderes, so mußte man doch angeben, genau angeben können, was es war, um danach die Höhe der Entschädigung abmessen zu können. Wie hätte man den Schaden sonst nachweisen können? Gold blieb doch Gold, wie ein Taler der XXX. Teil von einem Pfund fein blieb, auch wenn man dem Silber 100 mal das Prägerecht entzog.

Die Geldreform hat nun die Frage entschieden, was eine Mark deutscher Reichswährung sein soll; und was sie sein soll, das wird sie nun auch in aller Zukunft sein. Und ich muß gestehen, daß man uns Kapitalisten dabei auf höchst anständige, ich möchte fast sagen freigebige Weise behandelt hat, indem man uns freistellte, an den Staatskassen die goldenen Münzen gegen Reformgeld umzutauschen. Durch kein Gesetz war man dazu verpflichtet, keine Geldtheorie legte dem Staate die Pflicht auf, die vollwichtigen goldenen Münzen „einzulösen“. Auf den Banknoten ja, und ebenso auf den Scheidemünzen, da lastete die Pflicht der Einlösung gegen Gold, aber das Gold selbst brauchte der Staat nicht „einzulösen“. Wenn der Staat auch eine Einlösungspflicht dem Golde gegenüber gehabt hätte, so hätte man doch vor allen Dingen bestimmen müssen, womit der Staat das Gold einzulösen hat. Daß man das nicht tat, daß man diese Frage überhaupt nicht erörterte, beweist wohl am besten, daß die Gläubiger und Kapitalisten mit der Begriffsbestimmung, wonach die Mark d. R.-W. ein Körnchen Gold von so und so viel Gramm fein war, sich einverstanden erklärten. Es war also mehr als anständig, daß der Staat das Gold übernahm und die Verluste bei der Veräußerung dieses Metalls auf seine Rechnung nahm. Man hätte auch anders handeln können, denn der Staat braucht ja das Gold nicht; er übernimmt es nur, um die Münzen einzuschmelzen und dann in Barrenform meistbietend für gewerbliche Zwecke zu verkaufen. Und dieser Verkauf, trotzdem er sehr vorsichtig betrieben wird, bringt dem Staat bedeutend weniger Papiergeld ein, als er selbst dafür gegeben hat. Nun kann zwar der Staat diesen Verlust tragen, weil ihm ja das Papiergeld nichts kostet, aber es ist doch eine Mindereinnahme. Jedoch nicht hier, in dieser effektiven Metallmasse liegt die Bedeutung der Sache, sondern in der Anerkennung, daß auch unsere Goldforderungen, die die baren Metallbestände vielleicht 100 mal übersteigen, und von denen manche erst in 100 Jahren fällig sind, auch in

Papiergeld bezahlt werden sollen, und zwar auf Heller und Pfennig, eine Mark in Reformgeld für eine Mark in Gold.

Ich bin also in dieser Beziehung völlig sichergestellt, und ich kann wieder schlafen. Ich weiß jetzt, was eine Mark d. R.-W. ist, daß ich das, was ich in Waren für eine Mark gegeben, auch immer in Waren dafür erhalten soll, heute, morgen, immer. Ich erhalte weniger Zins als früher, und vielleicht erhalte ich mit der Zeit gar keinen Zins mehr, aber mein Eigentum ist mir wenigstens sichergestellt. Was nützen die Zinsen, wenn das Kapital immer auf dem Spiele steht? Wie gingen doch mit den Preisen der Waren auch die Kurse der Industriepapiere auf und ab, und allgemein anerkannt war der Satz, daß es schwerer hielt, ein Vermögen zu erhalten, als ein Vermögen zu erwerben. Die großen Vermögen der Spekulanten setzten sich in der Hauptsache aus den Trümmern der Vermögen anderer zusammen. Und von den Goldfunden, von der Möglichkeit großer Goldfunde wollen wir gar nicht reden. Die Wissenschaft konnte jeden Tag der Herkunft des Goldes auf der Erdoberfläche auf die Spur kommen und dann diese Spur verfolgen. Auch wurde von der Einheit der Substanz gesprochen, und man versicherte, daß das Gold nur eine besondere Form dieser Substanz wäre. Man mußte also darauf gefaßt sein, daß man eines schönen Tages jeden beliebigen Stoff in Gold „umformen" würde. Eine heikle Geschichte! „Neunzig Tage von heute ab zahlen Sie an meine Order die Summe von Tausend Mark d. R.-W", so lauteten die Wechsel in meiner Mappe. „Warten Sie", sagt nun der Schuldner, „hier ist etwas Asche im Ofen, ich will Ihnen die 1000 Mark d. R.-W. gleich fabrizieren. Ich brauche hier nur auf den Knopf zu drücken. Hier, sehen Sie, hier sind die 1000 Mark d. R.-W., es ist sogar etwas mehr geworden!"

Und dabei unsere Gesetze, die für ähnliche Fälle nichts vorgesehen hatten und eine in Zukunft vielleicht notwendig werdende neue Begriffsbestimmung für die „Mark d. R.-W." dem Ermessen der Volksvertretung überließen, einer Vertretung, die vielleicht in der Mehrheit aus unseren Schuldnern bestehen könnte. Tableau![1])

Noch gefährlicher erschien mir meine Lage als Gläubiger, wenn ich an die Möglichkeit dachte, daß andere Staaten die Goldwährung abschaffen könnten, während unser Staat die freie Goldprägung aufrecht erhielt. Denken wir uns nur den Fall, daß die Vereinigten Staaten die widerspruchsvolle Frage = „ob Silber" oder „ob Gold" zur Münze nach den Gesetzen zugelassen werden soll, in dem Sinne entschieden hätten, daß, um unparteiisch den Gläubigern und Schuldnern gegenüber zu bleiben, beide Metalle entmünzt werden müßten, falls sie beide miteinander sich nicht vertragen konnten. Dies wäre sicherlich das Vernünftigste gewesen, um die Widersprüche in den Währungsgesetzen der Vereinigten Staaten zu beseitigen und um das Gesetz vor dem Vorwurf der Parteilichkeit zu schützen. Aber wohin hätte das geführt? Die in Amerika nutzlos gewordenen Goldmassen hätten sich über Deutschland ergossen und hier alle Preise in die Höhe getrieben, vielleicht um 50 Proz., möglicherweise auch um 100 und 200 Proz. So daß ich an meinem Kapital durch die allgemeine Preissteigerung einen größeren Verlust erlitten hätte, als ich jetzt durch den Rückgang des Zinsfußes erleide.

---

[1]) Diese Verhältnisse finden sich eingehend behandelt in meiner Schrift: Das Monopol der schweiz. Zentralnotenbank.

O, es war eine gefährliche Kapitalanlage, die Anlage in Papieren, die in Mark d. R.-W. zurückzahlbar waren. Doch jetzt ist alle Gefahr vorüber. Ob die Vereinigten Staaten zur Papierwährung oder Doppelwährung übergehen, ob die Bank von England ihre Geldbestände in Umlauf setzt, ob Japan und Rußland die Goldwährung aufrecht erhalten, was ficht uns das an? Ob viel, ob wenig Gold „gefunden" wird, es wird dafür kein Pfennig mehr, kein Pfennig weniger Geld in Umlauf gesetzt; ob das vorhandene Gold angeboten wird oder nicht, was kann das der deutschen Währung noch verschlagen? Unter allen Umständen erhalte ich für eine Mark d. R.-W. an Waren soviel, wie ich selbst dafür gab, denn so ist der Begriff „Mark d. R.-W." jetzt gesetzlich und wissenschaftlich bestimmt worden. Und wenn die Volksvertretung schließlich auch in ihrer Mehrheit aus Schuldnern bestünde, die einen persönlichen Vorteil davon hätten, die Mark zu verkleinern, sie könnten ihren Gelüsten nicht ohne offenen Treubruch und ohne Diebstahl fröhnen. „Hier ist der Durchschnittspreis aller Waren, ein fester unveränderlicher Maßstab für das Geld. Nun habt ihr die Mark verkleinert, jedermann sieht's und kann es nachmessen. Ihr tatet das in eurem persönlichen Interesse, um weniger zurückzugeben, als ihr schuldet! Diebe seid ihr, Diebe, Diebe!"

Aber bei hellichtem Tage, vor jedermanns Auge zu stehlen, das tut man nicht. Im Trüben, heißt es, ist gut fischen! Trüb war die Währung früher, ein Eldorado für Diebe; jetzt ist das Wasser geklärt und für jedermann durchsichtig.

XV. Der Schuldner.

Man mußte schon der Familie der Dickhäuter entstammen, wenn man sich nicht beleidigt fühlen sollte durch die Schimpfnamen, womit wir Agrarier im Parlament, in der Presse und im Privatleben betitelt wurden. Brotwucherer, Spitzbuben, Bettler!

Daß die Sozialisten über uns herfielen, weil wir ihnen das Brot verteuerten, läßt sich begreifen. Ihnen gegenüber spielten wir die Rolle der Angreifer; sie hatten uns nichts getan, was unseren Angriff auf ihre an sich schon magere Kasse rechtfertigte. Daß aber auch die anderen Parteien, die uns durch so manches Gesetz schwer geschädigt hatten, um sich selbst zu bereichern, in das Lied der Sozialisten einstimmten, das finde ich einfach lächerlich. Das beweist, daß diese Parteien überhaupt noch nicht wissen, was Politik ist. Politik ist Macht, und wer die Macht hat, macht die Politik und beutet sie aus zu seinem Profit. Früher hatten die liberalen Parteien die Macht und beuteten sie aus; jetzt ist die Reihe an uns. Also wozu die Schimpfnamen; sie fallen ja auf alle zurück, die jemals die Macht gehabt haben und die sie in Zukunft haben werden.

Dabei waren die Liberalen entschieden die Angreifer in diesem Streite. Sie griffen uns mit der Goldwährung an; wir suchten die Doppelwährung wieder herzustellen, um uns zu verteidigen. Als uns das nicht gelang, nahmen wir Zuflucht zu den Zöllen. Warum hatte man uns die Doppelwährung genommen, auf die unsere Hypotheken lauteten; warum zwang man uns, mehr zurückzuzahlen, als wir erhalten hatten? Warum fälschte man den Sinn und Inhalt unserer Schuldurkunden, indem man uns die

Wahl zwischen Gold und Silber nahm? Warum beraubte man uns zu gunsten unserer Gläubiger all der Chancen, die in der Möglichkeit lagen, unsere Schulden mit dem billigeren von zwei Metallen zu bezahlen? Ob ich nach freier Wahl meine Schuld mit 1000 Kilo Kartoffeln oder mit 100 Kilo Baumwolle zahlen kann, oder ob ich dagegen nur mit Kartoffeln zahlen muß, ist doch durchaus nicht gleichgültig. Ohne irgend eine Entschädigung hatte man uns die Gewinnmöglichkeiten dieser Kontraktklausel genommen. Nach freier Wahl hätte ich sonst mit 160 Pfd. Silber oder mit 10 Pfund Gold bezahlen können, und mit dem billigsten der beiden Stoffe hätte ich natürlich bezahlt, wie ich ja auch mit dem billigsten der beiden Stoffe bezahlt wurde. Wie viel diese Gewinnmöglichkeiten oder Chancen bedeuteten, das sahen wir nachher am Preisstand des Silbers im Vergleich zum Gold. Um 50 Proz. war das Gold im Vergleich zum Silber teurer geworden: statt 100000 Mk. betrugen meine Schulden 200000 Mk. — nicht nominell, sondern, was viel schlimmer ist, effektiv. Doppelt so viel meiner Produkte mußte ich jährlich aufbringen für die Verzinsung meiner Schuld. Statt 50 Tonnen Weizen mußte ich diesem Zwecke jährlich 100 Tonnen widmen. Wären wir bei der Silberwährung geblieben, so hätte ich die 50 Tonnen, die ich an Zins mehr zahlen mußte, für die Schuldentilgung verwenden können, und ich wäre meine Schulden längst los gewesen.

Ist nun eine solche Behandlung der Schuldner, die die Liberalen gutbießen, kein unerhörter Betrug?

Wenn nicht alle Schuldner wie ein Mann dagegen protestierten, wenn der Widerspruch auf die Agrarier und sonstigen Pfandschuldner beschränkt blieb, so ist das damit zu erklären, daß die meisten anderen Schuldner, die mit Personalkredit arbeiteten, in dem bald nach Einführung der Goldwährung eingetretenen großen Krach durch Bankrott sich ihrer Schulden entledigten und darum an der Sache kein Interesse mehr hatten.

Als wir dann, unter Berufung auf den Umstand, daß der Weizen unter der Goldwährung von 265 Mk. auf 140 Mk. heruntergegangen war, die Wiedereinführung der Silberwährung forderten, weil wir für unsere Pfandbriefe ja Silber und kein Gold erhalten hatten, da lachte man uns aus und sagte, wir verstünden nichts von der Währung, von den Bedürfnissen des Handels. Die Goldwährung hätte sich vortrefflich bewährt (Beweis der große Krach und der Rückgang der Preise!) und man dürfte nachträglich nichts mehr daran ändern, sonst wäre Gefahr, daß das ganze Wirtschaftsgebäude einstürzen könnte und daß die Eigentumsbegriffe total verwilderten. Wenn es uns wirtschaftlich schlecht ginge, trotz den Segnungen der Goldwährung, so läge das an unseren rückständigen Betriebsmethoden; wir sollten die neuen Maschinen probieren, mit Kunstdünger arbeiten, Handelsgewächse bauen, um so mit geringeren Kosten mehr Erträge zu gewinnen und trotz niedrigeren Preisen bestehen zu können. Wir wären im Irrtum; der „Wert“ des Goldes wäre fest, nur der „Wert“ der Waren wäre gefallen infolge verminderter Produktionskosten! Denn das Gold habe einen „festen, inneren Wert“, und alle Preisschwankungen kämen von den Waren her!!

Na, wir suchten die guten Ratschläge auszuführen und mit geringeren Produktionskosten zu arbeiten. Auch der Staat half uns mit billigen Bahntarifen und niedrigen Fahrpreisen für die polnischen Arbeiter. Und wir

erzielten auch tatsächlich mit gleicher Arbeit größere Ernten. Aber was half das, wenn mit den größeren Ernten die Preise fielen, von 265 Mk. auf 140 Mk., wenn wir für die größeren Ernten weniger Geld lösten? Geld brauchten wir, Geld forderten unsere Gläubiger; keine Kartoffeln und Zuckerrüben! Sie bestanden auf ihrem, gesetzlich zu ihren Gunsten gefälschten Schein und forderten Gold!

Geld, mehr Geld, billiges Geld, dazu hätte uns die Silberwährung verholfen, aber da man uns diese versagte, so suchten wir nach anderen Mitteln, um aus unseren Produkten mehr Geld herauszuschlagen. Und so kamen wir auf die Idee der Zölle.

Hätte man uns die Silberwährung gelassen, so wären die Zölle nicht nötig gewesen, und die ganze Verantwortung für die Zölle wälzen wir darum von uns ab auf die, die uns Brotwucherer, Bettler, Diebe nannten; auf die, die uns mit der Goldwährung bestohlen haben.

Diese ganze häßliche und schmutzige Geschichte, die so viel böses Blut geschaffen und volksverhetzend wirkte, wäre vermieden worden, wenn man sich die Mühe gegeben hätte, bei der Münzreform den Begriff Taler oder Mark gesetzlich zu bestimmen, wenn man die Fälle aufgezeichnet hätte, die den Staat zur Entmünzung des Silbers oder Goldes berechtigen sollten.

Bei der kolossalen Bedeutung der Sache, war es leichtsinnig, liederlich von beiden Seiten, so blindlings den Taler, die Mark als Grundlage ihrer Geschäfte zu benutzen und die Beantwortung der Frage: „was ist eine Mark d. R.-W.?" zu einer politischen Frage, zu einer Machtfrage zu machen.

XVI. Im Arbeitsamt.

Seit Einführung der Geldreform hat die Anmeldung von Arbeitslosen auf einmal aufgehört, und ich und meine Beamten sind überflüssig geworden. Das Geld selbst sucht jetzt die Ware auf, und Ware ist Arbeit. Wer Geld hat, sucht es jetzt unter allen Umständen unterzubringen, sei es durch Kauf von Waren, durch neue Unternehmungen oder durch das Verleihen an andere, die es persönlich gebrauchen können. Und zwar (und hierin liegt der Unterschied gegen früher) geschieht dies unter allen Umständen, ohne irgendwelche Rücksicht auf persönliche oder politische Verhältnisse; ja selbst der Rückgang im Zinsfuß, der völlige Wegfall des Zinses und des Profites kann das Angebot des Geldes nicht verhindern. Selbst den Fall angenommen, daß die kaufmännische Anschaffung von Waren einen Verlust statt Profit brächte, könnte dies das Angebot des Geldes nicht verhindern. Es verhält sich mit dem Gelde jetzt genau wie mit den Waren im allgemeinen; auch diese werden angeboten, selbst wenn der Verkauf Verlust bringt.

Wer in den Besitz von Geld gelangt ist, muß es wieder in Umlauf setzen, einerlei, was dabei herauskommt, ob Gewinn, ob Verlust. Einerlei; das Geld befiehlt, es duldet kein Gefängnis, es zerbricht die Ketten. Den Spekulanten, den Bankier, der das Geld zum Zwecke des Angriffs, oder auch nur zur eigenen Verteidigung am Umlauf verhindern will, schlägt es nieder. Mit der Kraft des Dynamits zersprengt es die Geldkasten, die Gewölbe der Banken, wie auch den Koffer des Stallknechts, um die Frei-

heit zu erlangen und sich auf den Markt zu stürzen. Wer Ware verkauft und Geld dafür eingelöst hat, muß dieses Geld wieder in Waren umsetzen. Und Warenumsatz heißt Warenabsatz, und wo Waren abgesetzt werden, da ist Arbeit.

Das Geld ist also zu einem Automaten für Arbeitsnachweis geworden. Das Geld ist jetzt materielle Nachfrage, und Nachfrage ist Absatz, Absatz aber ist Arbeit. Die Geldreform hat uns also eine — automatische und organische Arbeitsversicherung gebracht. Keine bureaukratische, kapitalistische Arbeitsversicherung, sondern die Versicherung, die der Arbeitsteilung von Natur aus anhaftet, weil ja die Arbeit Waren erzeugt und die Waren nur das eine Interesse haben — sich gegenseitig auszutauschen. Durch das Dazwischentreten des Goldes war der Tausch zwei fremden Gewalten, dem Zins und Profit tributpflichtig geworden, anorganischen Elementen, die den Tausch der Produkte störten. Zins und Profit waren die selbstverständliche Voraussetzung des Tausches der Produkte und der Arbeit; konnte beim Tausch kein Zins oder Profit herausgeschlagen werden — so stockte der Warenaustausch, weil das Gold die Vermittlung versagte.

Jetzt, mit der Geldreform, kann von solchen Bedingungen überhaupt keine Rede sein. Wie ein hungriger Löwe einhergeht, suchend, wen er verschlinge, so stürzt sich das Reformgeld, ohne jede Rücksicht, auf die Ware, und Ware ist Arbeit. Denn ob ich Ware kaufe oder einen Arbeiter unmittelbar beschäftige, bleibt sich gleich. Der Kaufmann, dem ich die Ware abkaufte (mit Reformgeld natürlich), wird sein Lager zu ergänzen und sich seines Geldes zu entledigen suchen — indem er dem Unternehmer neue Waren bestellt.

Eine lächerlich einfache Arbeitsversicherung; ein lächerlich einfacher Arbeitsnachweis. Jede Mark, die der Staat in Umlauf setzt, ersetzt ein Arbeitsgesuch; je 1000 solcher Zettel ersetzen ein Arbeitsamt. Wer Ware verkauft und Geld dafür einlöst, kauft (direkt, oder indirekt durch den, dem er das Geld leiht) sofort wieder Ware, so daß also jeder so viel Ware kauft, wie er verkauft, und jeder soviel Ware verkauft, als wie er kauft. Bleibt dabei ein Überschuß, so sinken die Preise, und ein allgemeiner Preisfall ist für den Staat das Zeichen, die Geldschleusen zu öffnen. Es kann also überhaupt kein Rest verbleiben. So viel Waren erzeugt werden, so viel werden auch verkauft. Wie soll da noch Absatzstockung, Überproduktion, Krise und Arbeitslosigkeit möglich sein? Alle diese Erscheinungen können doch nur da beobachtet werden, wo man zeitweise oder allgemein und regelmäßig weniger Ware kauft als man selbst erzeugt.

Es versteht sich wohl von selbst, daß die Geldreform dem einzelnen Unternehmer den Absatz der Produkte nicht gewährleisten kann, sondern nur der Allgemeinheit. Erzeugt jemand schlechte Waren, fordert jemand zu hohe Preise, arbeitet jemand darauf los, ohne die Marktbedürfnisse zu befragen, so wird ihm auch die Geldreform die Waren nicht absetzen können. Das Wort „unbegrenzter Absatz", das hier wiederholt gebraucht wird, gilt für die Gesamtheit; weder Zinsforderungen noch Konjunkturen werden nach Einführung der Geldreform dem Absatz noch im Wege stehen könnnen. Jeder wird sofort und genau so viel kaufen müssen, wie er selbst verkauft hat, und wenn jeder das tut, so kann kein Überschuß bleiben. Hat jemand persönlich keinen Warenbedarf, so hört er auf zu arbeiten oder er verleiht den Geldüberschuß an andere, die mehr Waren

kaufen müssen, als sie selbst augenblicklich zu verkaufen haben. Ist die Konkurrenz in einer Ware (Zuckerrüben, Eisen, Tanzunterricht usw.) zu groß, so gehen die Preise derselben herunter, während alle anderen Waren im Preise unverändert bleiben. Lohnt sich die Produktion zu den herabgesetzten Preisen nicht, so wird jeder wissen, was er tun soll.

Wie war es früher? Der Kaufmann mußte für sein Geld Zins zahlen und machte also den Kauf von Waren abhängig von einem Zinsertrag. War es nach Lage der Verhältnisse nicht möglich, den Zins auf den Verkaufspreis der Waren zu schlagen, so ließ er die Produkte der Arbeiter unberührt, und diese feierten — wegen Mangels an Absatz. Kein Zins — kein Geld; kein Geld — kein Austausch der Produkte; kein Tausch — keine Arbeit.

Zins war die selbstverständliche Voraussetzung des Geldumlaufes, der Arbeit. Sogar die Reichsbank hätte ohne Zins kein Geld ausgegeben, selbst dann nicht, wenn allgemein anerkannt worden wäre, daß Geld auf dem Markte fehlte — obschon sie statutengemäß ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken hatte, den Geldumlauf den Verkehrsbedürfnissen anzupassen. Auch bei der Reichsbank kamen selbstverständlich die Verkehrsbedürfnisse erst dann zur Berücksichtigung, nachdem die Zinsbedürfnisse des Geldes befriedigt waren. (Ich mache der Reichsbankverwaltung daraus keinen Vorwurf; kein Gott hätte mit den stümperhaft zugestutzten Vollmachten der Bank Vernünftiges schöpfen können.)

Heute hat der Geldumlauf überhaupt nichts mehr zur Voraussetzung; der Geldumlauf stellt keine Bedingungen mehr. Geld ist = Absatz; einerlei, was dabei herauskommt.

Der Kaufmann hatte natürlich den Profit im Sinne, d. h. der Verkaufspreis mußte den Einstandspreis übersteigen. Das war die natürliche, selbstverständliche, übrigens vollberechtigte Voraussetzung jeder kaufmännischen Operation. Dabei war der bezahlte oder gestundete Einstandspreis in jedem Falle eine bekannte, unabänderliche Größe (ausgenommen bei Konsignationsgeschäften), während für den Verkaufspreis nur Aussichten, Möglichkeiten, Hoffnungen, kurz Wahrscheinlichkeitsrechnungen vorlagen. Der Verkaufspreis war immer aleatorisch, d. h. jede kaufmännische Handlung war im Grunde genommen ein Hasardspiel, der ganze Handel eine Spielbank à la Montecarlo. Denn zwischen Kauf und Verkauf liegt Zeit, während deren sich manches auf dem Markte ändern konnte.

Der Kaufmann studierte vor jedem Kauf die Marktverhältnisse, die Konjunkturen, die Politik im Innern, die Politik im Ausland. Glaubte er, daß andere dasselbe glaubten, was er glaubte, nämlich daß eine allgemeine Hausse in Aussicht stehe, so beeilte er sich zu kaufen, um mit möglichst großen Lagerbeständen an der erwarteten Preissteigerung beteiligt zu sein. Hatte er sich nicht geirrt, hatte er, so wie er glaubte, viele Glaubensgenossen, und kauften darum viele, so mußte schon ganz allein darum und ohne jeden anderen Grund das eintreten, was sie von Gott weiß welchen Umständen erwarteten, nämlich eine allgemeine Preissteigerung. Denn das ist doch klar, wenn jeder an eine kommende Hausse glaubt, so kauft jeder, der eine Geldreserve besitzt, und wenn alle Geldreserven zu Käufen verwendet werden, so müssen die Preise steigen.

In diesem Falle hat man den unmittelbaren Beweis, daß der Glaube an und für sich schon selig macht.

Umgekehrt natürlich verhielt es sich beim „Glauben“ an eine Baisse. Wenn Müller glaubte, daß die Kaufmannschaft allgemein an eine kommende Baisse glaubte, so suchte er sich seiner Warenbestände zu entledigen, indem er einerseits den Verkauf zu forcieren suchte, nötigenfalls durch Preisermäßigung (!), anderseits, indem er nichts bestellte und seine Aufträge auf günstigere Zeiten verlegte. Aber, so wie er, handelten auch wieder seine „Glaubensgenossen“, und darum, darum ganz allein traf das ein, was sie befürchteten. Ihr Glaube hatte sie ruiniert. Denn unter der Goldwährung geschah immer alles, was man glaubte. Der Glaube regierte absolut. Der Glaube an eine Hausse und Baisse genügte vollständig zu seiner materiellen Begründung!

Vom Glauben, von der Stimmung, vom Wetter hing es ab, ob Geld angeboten wurde oder nicht, ob die Arbeiter feiern mußten oder ob sie mit Nachtarbeit und Überstunden arbeiten durften. Vom Glauben! Das Angebot der gesamten Geldreserven hing vom Glauben ab!

Jetzt, mit der Geldreform, ist das ganz anders geworden. Das Geld fragt den Besitzer nicht nach seinem Glaubensbekenntnis, nicht nach seiner Stimmung. Das Geld befiehlt einfach, es erteilt die Bestellung selbstherrlich; der Kaufmann ist zum Schreiber degradiert.

Aber gerade darum, weil der Glaube aus dem Handel ausgemerzt wurde, weil Glaube, Hoffnung und Liebe zum Profit ganz ohne Einfluß auf den Geldumlauf bleiben, bleibt auch die Nachfrage auf dem Markte stets sich selber gleich und erweisen sich alle kaufmännischen Hoffnungen und Befürchtungen als Privatvergnügungen ohne irgend einen Einfluß.

Die Nachfrage nach Ware und die Arbeit gehen nicht mehr neben dem Gelde, als Willensakte einher, sie sind der Botmäßigkeit der Geldbesitzer nicht mehr unterstellt, sondern das Geld ist die Nachfrage selbst.

Es war früher selbstverständlich und natürlich, daß jeder Arbeiter auf „die Suche nach Geld, d. h. nach Arbeit“ ging. Nur ausnahmsweise ging das Geld auf die Suche nach Arbeit. Das Geld ließ die Ware, die Arbeit an sich herankommen. Niemand fand daran Anstoß, niemand verwahrte sich gegen diesen Verstoß gegen die Gesetze der Gleichberechtigung. Jeder gab sich mit diesem Vorrecht des Geldes zufrieden. Wahrscheinlich weil man glaubte, daß dieses Vorrecht mit dem Geldwesen untrennbar verbunden sei. Während der Arbeiter und der Besitzer von Waren durch jeden Aufschub des Verkaufes schweren Schaden erlitten, der mit jedem Tage wuchs, heckte das Geld dem Käufer Zinsen. Also war es natürlich, ganz normal und selbstverständlich, daß, wenn die Käufer säumten, die Verkäufer sich aufmachten, um die Käufer persönlich zum Kauf zu veranlassen!

Heute ist auch diese Anschauung ihrer Selbstverständlichkeit entkleidet worden. Auch in dieser Beziehung ist es anders geworden. Denn dem Geldbesitzer brennt das Geld in der Tasche ebenso sehr, wie den Arbeiter die Vergänglichkeit seiner Arbeitskraft (die sich nicht aufstapeln läßt) an die Notwendigkeit erinnert, diese möglichst bald an den Mann zu bringen. Der Geldbesitzer wartet also nicht mehr ruhig ab, daß ihn der Warenbesitzer (Arbeiter) aufsucht. Er sieht sich um, steht früher auf, geht der Ware auf halbem Wege entgegen.

Im Eisenbahnwagen hörte ich kürzlich einen Mann mit Stelzfuß, der auf der Suche nach Arbeit war, sagen: „Es müßte eine Einrichtung erfunden werden, die uns die Arbeit zuträgt, statt daß wir uns auf die

Suche begeben müssen, so oft wir Arbeit brauchen. Namentlich für einen Krüppel, wie ich bin." Da dachte ich an das Reformgeld.

Und wenn sich zwei gegenseitig suchen, so treffen sie sich eher und sicherer, als wenn das Suchen nur einseitig betrieben wird. Es stände schlecht um die ganze Tierwelt, wenn sich die Weibchen vor den Männchen zu verbergen suchten; wie würde der Unke im Teiche die Unke finden, wenn diese nicht auf seinen Ruf aus dem Schlamme hervorkröche?

Dabei hatte aber früher der Besitzer des Geldes ein Interesse, sich vor dem Besitzer der Ware zu verbergen, denn durch langes Suchen wurde dieser nòch mürber. Mit dem Schlafrock und in Pantoffeln, um sich den Anschein zu geben, daß ihn der Arbeiter oder Warenverkäufer im Schlafe gestört, daß er gar keine Eile habe, so trat der Käufer dem Verkäufer entgegen.

Also das Geld sucht jetzt die Ware unter allen Umständen. Das Geld ist plötzlich hungrig geworden. Die Entfettungskur hat das Geld flink gemacht, seinen Spürsinn geschärft. Es läuft zwar den Waren nicht nach, denn die Ware verkriecht sich nicht, sie kann sich nicht verbergen, beide treffen sich aber auf halbem Wege.

Sucht die Ware das Geld, so sucht jetzt auch das Geld die Ware. Und findet das Geld keine Ware, so wartet es nicht gemächlich ab, bis der Zufall ihm das Gewünschte in den Weg wirft, sondern es geht den Spuren der Ware nach bis zur Quelle, und das ist die Arbeit.

Und so kommt es, daß das Geld zum Automaten für Arbeitsversicherung und Arbeitsnachweis geworden ist und daß ich überflüssig geworden bin.

XVII. Der Mutualist.

Mit der Geldreform ist unser ganzes Programm erschöpft und erledigt. Das Ziel, wonach wir tastend strebten, ist erreicht. Was wir mittels komplizierter, unklarer Einrichtungen, durch Warenbanken und Genossenschaften zu erwirken hofften, nämlich einen vollkommenen Austausch der Produkte, das bringt uns in der denkbar einfachsten Weise die Geldreform. Wie sagte doch Proudhon: [1])

> „In der sozialen Ordnung ist die Gegenseitigkeit die Formel der Gerechtigkeit. Die Gegenseitigkeit ist in der Formel ausgedrückt: Tue anderen, was du willst, daß man dir tue; in der Sprache der politischen Ökonomie ausgedrückt: Tauscht die Produkte gegen andere Produkte, kauft euch eure Produkte gegenseitig ab. Die Organisation der gegenseitigen Beziehungen, das ist die ganze soziale Wissenschaft. Gebt dem sozialen Körper eine vollkommene Zirkulation, d. h. einen exakten und regelmäßigen Tausch der Produkte gegen Produkte, und die menschliche Solidarität ist eingeführt, die Arbeit organisiert."

Gewiß, so ist es; Meister Proudhon hat recht, wenigstens so weit es sich um Arbeitsprodukte, nicht um den Boden handelt; aber wie hätte man das erreichen können? Das, was Proudhon selbst zur Erreichung

---

[1]) Diehl: Proudhon, S. 43 u. 90.

dieser vollkommenen Zirkulation vorschlug, war ja ganz unausführbar; sogar im Kleinen hätte eine Warenbank, wie sie Proudhon vorschwebte, kaum bestehen können; wie aber die ganze Volkswirtschaft auf diese Weise organisieren?

Übrigens hätten wir uns fragen müssen, warum eigentlich von Natur aus die Volkswirtschaft nicht schon organisiert ist, was eigentlich in unserer Volkswirtschaft der vollkommenen Zirkulation der Produkte im Wege steht, warum wir uns nicht die Produkte gegenseitig so abkaufen, wie es der exakte, regelmäßige Tausch der Produkte verlangt? Diese Fragen hätten wir doch vor allen Dingen beantworten müssen, ehe wir daran gingen, Vorschläge zu machen!

Zwar wußten oder ahnten wir, daß am Metallgeld etwas nicht in Ordnung war; nicht umsonst nannte Proudhon das Gold „einen Riegel des Marktes, eine Schildwache, die die Tore des Marktes besetzt und deren Losung ist, niemand durch zu lassen“![1] Aber, warum das so war, was eigentlich am Metallgeld falsch war, das wußten wir nicht, das haben wir nie untersucht. Und doch hätten hier unsere Untersuchungen beginnen müssen, wenn wir festen Boden unter den Füßen behalten wollten. Diese Unterlassung führte uns von vornherein auf Abwege. In der Erhebung der Arbeit, bezw. der Ware auf die Rangstufe baren Geldes (d. h. des Goldes) erblickte Proudhon die Lösung der sozialen Frage. Warum aber mußten die Produkte im Range „erhöht“ werden, was war denn am Golde (damals Geld), was es über die Rangstufe der Arbeit erhob?

Hier in diesem Gedanken, die Waren auf die Rangstufe des Goldes zu erhöhen, war der Irrtum Proudhons. Er hätte den Satz umkehren und sagen sollen: Wir wollen, daß Geld und Waren auf gleicher Rangstufe zirkulieren sollen, daß das Geld den Waren in keiner Lage und unter keinen Umständen vorgezogen werde, damit so Waren zu Geld und Geld zu Waren werden. Nun gut, so laßt uns

das Geld doch auf die Rangstufe der Arbeit herabsetzen.

Wir können doch am Charakter der Waren im allgemeinen nichts ändern, wir können den Waren im allgemeinen nicht die Vorzüge geben, die das Gold als Ware besitzt. Wir können nicht verhindern, daß der Limburger stinkt, daß der Tabak, der Guano stinkt, daß alles stinkt. Wir können dem Dynamit nicht die Gefährlichkeit nehmen, nicht verhindern, daß das Glas bricht, daß das Eisen rostet, das Pelzwerk von Motten zerfressen wird. Den Waren haften ausnahmslos Mängel an, sie verderben, unterliegen Angriffen der Zerstörungselemente der Natur, nur das Gold ist frei davon. Dabei hat das Gold noch das Vorrecht, Geld zu sein, daß es als Geld überall verkäuflich ist, daß es sich ohne nennenswerte Kosten von einem Orte zum anderen bringen läßt usw. Wie wollen wir nun erreichen, daß die Waren dem Golde gleich gestellt werden?

Aber umgekehrt können wir verfahren und sagen: Das Geld ist plastisch, man kann damit machen, was man will, da es ja unentbehrlich ist. Setzen wir es auf die Rangstufe der Waren herunter, geben wir ihm Eigenschaften, die alle üblen Eigenschaften der Waren im allgemeinen ausgleichen.

---

[1] Mülberger: Proudhon, seine Werke und sein Leben.

Diesen vernünftigen Gedanken hat nun die Geldreform ausgeführt, und die Folgen zeigen zu unserer Freude und Genugtuung, wie viel Wahrheit und richtige Beobachtung doch in den kernigen Aussprüchen Proudhons steckte, wie nahe er an der Lösung unseres Problems vorbeirannte.

Mit der Geldreform ist das Geld auf die Rangstufe der Ware herabgesetzt worden, und die Folge ist nun auch, daß die Ware dem Gelde in jeder Lage, zu allen Zeiten gleichgestellt wird. Kauft euch euren Kram gegenseitig ab, sagte Proudhon, wenn ihr Absatz und Arbeitsgelegenheit haben wollt. Das geschieht nun. In der Ware ist nun zugleich Nachfrage und Angebot verkörpert, genau wie zur Zeit des Tauschhandels, denn wer damals eine Ware auf den Markt brachte, brachte eine andere Ware heim. Es ging also immer ebensoviel Ware hinaus wie herein. Dadurch nun, daß mit der Geldreform der Gelderlös sich beim Verkauf von Waren sofort wieder in einen Kauf von Waren verwandelt, löst das Angebot einer Ware eine gleich große Nachfrage aus. Der Verkäufer, der froh ist, seinen Plunder los zu sein, sieht sich durch die Beschaffenheit des Geldes gezwungen, den Erlös seiner Ware unter allen Umständen dem Verkehr wiederzugeben, entweder durch persönlichen Kauf von Waren, durch den Bau eines Hauses, durch eine gediegene Erziehung seiner Kinder, durch Veredelung seines Viehstandes usw. usw., oder aber, wenn nichts hiervon ihn reizt, durch Verleihung seines Geldes an andere, die augenblicklichen Bedarf an Waren, aber kein Geld haben. Entweder — oder, ein Drittes, die Aufbewahrung des Geldes, Abhängigkeit des Darlehens vom Zins, die Bedingung eines Profits für den Kauf von Waren, die vorsichtige Verzögerung des Kaufes, das spekulative Abwarten besserer Konjunkturen usw. usw., das alles gibt es jetzt nicht mehr. „Der Bien muß", so heißt es jetzt. Du warst durch die Natur deiner Produkte gezwungen, sie zu verkaufen, nun bist du durch die Natur des Geldes gezwungen worden, zu kaufen. Schlag auf Schlag, mit mechanischer Präzision folgt Kauf auf Verkauf, geht das Geld von Hand zu Hand. Regelmäßig, wie die Erde im Weltraum um die Sonne kreist, so zieht das Geld seine Kreise auf dem Markte, in guten wie in schlechten Zeiten, beim Schall der Fanfare, wie beim Schlagen der Schamade. Regelmäßig, wie der Arbeiter seine Kraft, sein Produkt anbietet, wie die Ware nach Absatz ausschaut, ebenso regelmäßig erscheint auch die Nachfrage auf dem Markte.

Der Käufer mag sich wohl anfänglich darüber beklagt haben, daß man ihn jetzt sozusagen zwingt, sich seines Geldes zu entledigen; er nannte diesen Zwang eine Beschränkung seiner Freiheit, ein Attentat auf das Eigentum. Es kommt eben darauf an, für was man das Geld hält. Der Staat erklärt das Geld für eine öffentliche Verkehrseinrichtung, für deren Verwaltung die objektiven Interessen des Verkehrs maßgebend sein sollen. Diese Interessen fordern, daß dem Verkauf von Waren ein entsprechender Kauf von Waren auf dem Fuße folge. Da nun der Wunsch, es möge ein jeder aus eigenem Antriebe und im allgemeinen Interesse das Geld immer gleich wieder in Umlauf setzen, erfahrungsgemäß nicht genügt, um Regelmäßigkeit im Geldumlauf zu erzielen, so hat man den unmittelbar mit dem Gelde verbundenen materiellen Umlaufszwang eingeführt. Das hat geholfen.

Wer übrigens damit nicht einverstanden ist, wer sich die Freiheit nicht nehmen lassen will, mit seinem Eigentum nach Gutdünken und

eigenem Ermessen umzuspringen, der kann ja einfach seine eigenen Produkte, sein absolutes Eigentum, bei sich zu Hause aufbewahren, um sie erst im Augenblick zu verkaufen, wo er andere Produkte braucht. Wenn er lieber Heu, Kalk, Hosen, Tabakspfeifen, kurz was auch sein Arbeitsprodukt sein mag, aufbewahrt, als sie im voraus gegen Reformgeld zu verkaufen, so kann er es ja tun, niemand hindert ihn daran, niemand wird sich darüber beklagen. Nur, wenn er durch das Geld von der Last seiner Produkte befreit wurde, muß er sich der Pflichten erinnern, die er als Verkäufer und Besitzer von Geld übernommen hat, d. h., er soll auch anderen die Wohltaten des Geldverkehrs zukommen lassen. Der Tausch der Produkte beruht doch auf der Wechselseitigkeit.

Das Geld soll kein Ruhepunkt im Warenaustausch sein, sondern einfach ein Durchgangsprodukt. Der Staat fabriziert das Geld auf seine Kosten und er übt die Oberaufsicht über dieses Verkehrsmittel nicht, damit es zu anderen, dem Warenaustausch völlig fremden Zwecken mißbraucht werde. Die Unentgeltlichkeit der Benützung des Geldes wäre auch eine Unbilligkeit, weil die Kosten der Instandhaltung von den allgemeinen Staatseinnahmen getragen werden müssen, während viele Bürger nur wenig Gebrauch vom Gelde machen (Urwirtschaftler z. B.). Darum erhebt der Staat für die Benützung des Geldes eine Gebühr von 5% im Jahre. So ist nun der Staat sicher, daß das Geld nicht zum Spiel, zur Spekulation, als Sparmittel mißbraucht wird. Nur der, der jetzt wirklichen Bedarf an Geld, an Tauschmitteln hat, wer Waren erzeugt und diese gegen andere Waren tauschen will, benutzt noch das Geld. Für alle anderen Zwecke ist es zu kostspielig geworden. Namentlich vom Sparmittel ist das Tauschmittel jetzt scharf getrennt worden.

Es ist eine billige Forderung, die die Geldreform an den stellt, der seine Produkte verkaufte: kaufe jetzt, damit auch andere ihre Produkte los werden. Aber nicht allein billig ist diese Forderung, sondern auch klug. Damit man andere Produkte kaufen kann, muß man seine eigenen Produkte verkaufen. Kauft also, so könnt ihr alle eure Produkte verkaufen Will ich als Käufer Herr sein, so bin ich natürlich als Verkäufer Sklave. Ohne Kauf kein Verkauf, und ohne Verkauf kein Kauf.

Kauf und Verkauf zusammen bilden den Tausch der Produkte; sie gehören infolge dessen auch unmittelbar zusammen. Durch das Metallgeld waren Kauf und Verkauf oft zeitlich von einander getrennt, durch das Reformgeld fallen sie zeitlich und regelmäßig wieder zusammen. Das Metallgeld trennte die Produkte, indem es zwischen Kauf und Verkauf die Zeit, die Spekulation, den Profit und tausend dem Tausche fremde Elemente schob, das Reformgeld vereinigt dagegen die Produkte, indem es den Kauf dicht auf den Verkauf folgen und fremden Elementen keine Zeit und keinen Raum läßt. Das Metallgeld war, wie Proudhon sagte, ein Riegel für den Markt, das Reformgeld dagegen ist der Schlüssel.

XVIII. Der Zinstheoretiker.

Die Geldreform bringt mich um mein ganzes geistiges Kapital. Meine schönsten Theorien werden durch diese wahrhaft diabolische Reform zum alten Eisen geworfen. Hat doch der Zins, der sich seit historischen

Zeiten immer auf gleicher Höhe erhielt, ohne alle Rücksicht auf meine Theorien den Weg auf Null eingeschlagen. Und die zinsfreien Darlehen, die uns immer als utopische Träumereien erschienen, werden jetzt als durchaus möglich, ja als wahrscheinlich betrachtet. Zinsfreie Darlehen! Das Ende des Kapitals! Geld, Maschinen, Häuser, Fabriken, Waren, Rohstoffe kein Kapital mehr! Ich muß gestehen, es flimmert mir vor den Augen.

Die so einleuchtende „Nutzungstheorie“[1]) die bestechende „Fruktifikationstheorie“, die aufwieglerische „Ausbeutungstheorie“, die etwas philisterhafte, aber sehr beliebte „Enthaltsamkeitstheorie“ und wie ich sie alle benannt hatte, alle, alle gehen mit der Geldreform in die Brüche.

Es war doch so einleuchtend, so natürlich, so selbstverständlich sogar, daß der Verleiher eines Produktionsmittels sich für diese „Leistung“ einen Zins ausbedingen konnte. Und doch sinkt der Zinsfuß, er sinkt, sinkt bis auf null. Und die Kapitalisten (wenn man sie so überhaupt noch nennen kann) geben sogar Zeichen der Freude, wenn sie jemanden finden, der ihnen das Geld abnimmt unter der einzigen Bedingung einfacher Wiedererstattung der vollen Summe. Sie sagen, die Konkurrenz wäre gewachsen und es wäre für sie doch vorteilhafter, ihr Geld zu verleihen, statt es zu Hause auf Vorrat für künftigen Bedarf aufzubewahren. Denn zu Hause ginge ja jährlich ein Teil des Geldes durch Kursverlust verloren. Viel besser wäre es, das Geld zu verleihen, wenn auch ohne Zins, gegen Pfand und Wechsel, die man ja gegen Bargeld wieder verkaufen oder diskontieren kann, wenn man Bargeld gebraucht. Man hat auf diese Weise zwar keinen Zins, aber man hat auch keinen Verlust am Kurs des Geldes.

Zinsfreie Darlehen wären also jetzt nicht allein vorteilhaft für den Nehmer, sondern auch für den Geber! Wer hätte das jemals gedacht? Und doch ist es so. Was soll auch der Sparer machen? Man spart für künftige Zeiten, fürs Alter, für eine Reise nach Jerusalem, für Zeiten der Not, für die Hochzeit, für den Krankheitsfall, für die Kinder, usw. usw. Aber was macht man mit dem Gesparten in der Zwischenzeit, bis man es braucht?

Kauft man Tuch, Lebensmittel, Holz usw. auf Vorrat, so steht man nicht besser, als wenn man Reformgeld aufbewahrt — denn alles das verfault, verdirbt, verrostet. Man denkt vielleicht hier an Gold und Edelsteine, die sich unbegrenzt und unversehrt aufbewahren lassen, aber wohin würde es führen, wenn solche Verwendung der Ersparnisse allgemein geübt würde? Wohinauf würde der Preis dieser Dinge in guten Jahren steigen, wenn jedermann Ersparnisse macht, wohinab würde dieser Preis sinken, wenn etwa bei Fehlernten und Krieg die Ersparnisse (also Gold und Edelstein) massenhaft zu Markte getragen würden? Die Edelsteine, sagt man, sind das, was man zuletzt kauft und zuerst verkauft. Das Experiment würde man nicht oft wiederholen; diese Ersparnisform würde kläglich versagen. (Dasselbe ist der Fall mit dem Wein, von dem gesagt wird, er werde immer besser).

Dann ist es doch wahrhaftig viel besser, man legt seine Ersparnisse in Privat- und Staatsschuldscheinen, Wechseln usw. an, die, wenn sie

[1]) Diese Benennungen entlehne ich dem Buche von Boehm-Bawerk: Der Kapitalzins in geschichtlicher Darstellung.

auch keine Zinsen abwerfen, doch alle Tage und ohne Verlust wieder in Bargeld umgesetzt werden können.

Aber, wird man fragen, warum da nicht lieber Häuser, Industriepapiere kaufen? Aber das ist ja eben das Seltsame, daß man auch Häuser kauft, obschon sie auch keinen Kapitalzins mehr abwerfen, daß man auch Häuser baut, obschon man keinen Zins erwartet. Man kauft und baut Häuser und begnügt sich mit den jährlichen Abschreibungen am Baukonto, die die Mieter als einzigen Mietzins zahlen! Man steht sich so oft noch besser, als wenn man Staatspapiere kauft, denn man hat eine regelmäßige, mit dem Zerfall des Hauses (der Fabrik, Maschinenanlage, Schiffe usw.) Schritt haltende Einnahme und behält dabei noch ein Pfand des Eigentums in Händen. Darum wird, trotzdem der Mietzins kaum mehr als die Deckung für Reparaturen und Abschreibungen liefert, viel gebaut und die Häuser werden als gute Sparanlage betrachtet!

Ich gestehe, der Boden wackelt mir unter den Füßen, mir flimmerts vor den Augen, ich kann es kaum fassen, daß jemand ein Haus zum Vermieten baut, trotzdem er selbst nur Abschreibungen, aber keinen Kapitalzins als Miete erwartet. Es galt doch allgemein als wissenschaftlich erwiesen, daß das Geld nur darum Zins abwarf, weil die Produktionsmittel Zins abwarfen, daß die zinswerbende Kraft des Geldes im Grunde eine übertragene oder erborgte war! Und jetzt scheint es, daß es sich umgekehrt verhielt, denn wie hätte sonst eine Reform des Geldes überhaupt Einfluß auf den Zins haben können?

Eigentlich war es ja mehr als leichtfertig, zu sagen: Das Geld wirft Zins ab, leichtfertig, weil man mit dem Gelde Produktionsmittel kaufen kann, die Zins abwerfen; denn hier fehlt ja die Erklärung, warum man Produktionsmittel, die Zins abwerfen, gegen Geld verkauft, das man für steril erklärt? Gibt denn ein Ochse Milch, wenn man ihn gegen eine Kuh tauscht? Oder wird der Handwerksbursche zum Kaiser, bloß weil er beim Trödler eine alte Hose des Kaisers gekauft hat?

Hohle Worte haben hier offenbar die Stelle der Begriffe eingenommen. Es ist offenbarer Unsinn, von übertragenen und erborgten Eigenschaften zu sprechen; solche Übertragung von Eigenschaften und Kräften ist ebenso unmöglich in der Volkswirtschaft, wie in der Chemie.

Wenn das Geld an sich nicht die Kraft hatte, Zinsen zu erheben, woher kamen dann die Einnahmen aus dem Banknotenmonopol? Die Hauptverwendung des Geldes liegt in dem Tausch der Waren. Sicherlich wohl 99 Proz. des Geldes dienen diesem Zwecke, und nur 1 Proz. dem Kauf und Verkauf von Häusern, Fabriken usw. Von „übertragener“ zinswerbender Kraft könnte aber bei diesen 99 Proz. nicht die Rede sein, weil die Waren keinen Zins abwerfen, sondern im Gegenteil dem Gelde tributpflichtig sind. Somit müßten 99 Proz. der Geldmasse darum Zins einbringen und diese Eigenschaft auf alles, womit das Geld in Berührung kommt, „übertragen“ können, bloß weil 1 Proz. der Geldmasse im Handel mit zinstragenden Produktionsmitteln Verwendung findet!!

Wenn das Geld aus eigener Kraft keinen Zins erheben konnte, dann waren zinszeugende Produktionsmittel und unfruchtbares Geld einfach inkommensurable Größen, Dinge, die keinen Vergleich zuließen und also nicht tauschfähig gewesen wären. Es gibt ja manches, was mit Geld nicht zu kaufen ist.

Und welchen Preis zahlte man für einen Acker, der 1000 Mk. Rente abwarf? Man rechnete, daß 100 Mk. 5 Mk. Zins einbringen, und der Preis des Ackers war dann so oft mal 100, wie 5 in 1000 geht. Woher kam nur der Satz von 5 vom Hundert? Hier ist der Haken!

Von übertragener Kraft kann also keine Rede sein; die zinszeugende Kraft mußte dem Gelde als Eigenschaft anhaften. Aber wo war diese Eigenschaft des Metallgeldes verborgen?

Früher wäre es schwer gewesen, diese Eigenschaft zu entdecken; jetzt mit dem Reformgeld als Vergleichsobjekt muß es eine Leichtigkeit sein, denn da mit dem Reformgeld das Geld die zinszeugende Eigenschaft offenbar verloren hat, so brauchen wir nur einfach dort zu suchen, wo beide Geldarten voneinander abweichen, um auch die Quelle des Zinses zu lokalisieren. Das Reformgeld weicht aber vom früheren Metallgeld darin ab, daß das Reformgeld einem ihm anhaftenden Angebotszwang unterliegt, während das frühere Geld in dieser Beziehung völlig frei war.

Hier also, in der absoluten Freiheit des Geldbesitzers, sein Geld nach Belieben und Gutdünken anbieten zu können, in der Willkür der Kapitalisten und Sparer, die das Geldangebot beherrschten, hier müssen wir den Platz finden, wo hinein der Zins seine Wurzeln senkte.

Und, fürwahr, lange brauchen wir nicht zu suchen!

Ist das Geld nötig, unentbehrlich für den Austausch der Produkte der Arbeitsteilung, für den Handel? Ja oder nein?

Wenn ja; was machen die Verfertiger der Waren, wenn sie ihre Produkte nicht gegen Geld verkaufen können? Legt sich der Zimmermann selbst in seine Särge, ißt der Bauer die Kartoffeln etwa alle selbst? Nichts davon; sie suchen durch Preisermäßigung den Verkauf möglich zu machen, das Geld durch Nachgiebigkeit in ihren Forderungen heranzulocken. Jeder Verfertiger oder Besitzer von Waren muß seine Waren verkaufen, und um den Verkauf zu ermöglichen, sind alle ohne Ausnahme bereit, etwas vom Preis ihrer Produkte abzulassen; umsomehr sind sie dazu bereit, je mehr die Natur ihrer Produkte, der Rost, die Feuersgefahr, die Fäulnis, der Gestank usw. sie zum Verkauf, zum möglichst baldigen Verkauf zwingt.

Ist das so? Ja oder nein?

Also ja! Gut denn; wenn nun die Kapitalisten und Sparer das Geld dem Verkehr entzogen haben und es nur dem Handel, dem Warenaustausch = gegen Zinszahlung zurückgeben, so finden sie ja in der Bereitwilligkeit der Warenbesitzer, etwas von ihrem Produkte für die Benutzung des Geldes abzutreten, das Terrain für die Erhebung des Zinses vorbereitet. „Ihr braucht Geld, um euren Kram gegenseitig auszutauschen"; hier in unseren eisernen Schränken ist es eingeschlossen. Wollt ihr uns etwas für seine Benutzung zahlen, wollt ihr uns Zins zahlen, so könnt ihr es bekommen, zu 4 Proz. im Jahre, sonst schließen wir es ab, und ihr könnt sehen, wie ihr dann auskommt. Zins ist unsere Bedingung. Überlegt euch die Sache — wir können warten, wir sind nicht durch die Natur unseres Geldes gezwungen, das Geld herzugeben.

Die Sache ist klar. Es hängt von den Geldbesitzern ab, ob sich der Handel mit oder ohne Geld behelfen muß; gleichzeitig erklärt man den Gebrauch des Geldes für obligatorisch, weil der Staat die Steuern in Geld erhebt; also können die Geldbesitzer einen Zins jederzeit erpressen. Es

verhält sich hier genau wie mit einer Brücke über einen Fluß, der den Markt in der Mitte durchschneidet und die von einem Zöllner bewacht ist. Gestützt darauf, daß die Brücke für die Verbindung der beiden Markthälften unentbehrlich ist, gestützt darauf, daß der Zöllner die Brücke öffnen oder schließen kann, ist er in der Lage, von jeder Ware einen Zoll zu erheben.

Der Zins war also ein Zoll, ein Barrièregeld, das die Warenverfertiger für die Benutzung des Tauschmittels an die Besitzer des Geldes zu zahlen hatten. Kein Zins = kein Geld, so hieß es. Kein Geld = kein Tausch der Produkte; kein Tausch = Arbeitslosigkeit; Arbeitslosigkeit = Hunger. Ehe wir aber verhungern, zahlen wir lieber den Zins.

Die zinszeugende Kraft des Metallgeldes war also keine „erborgte" oder „übertragene" Kraft; es war eine Eigenschaft des Metallgeldes und beruhte in letzter Linie darauf, daß man für Herstellung des Geldes einen Stoff ausgesucht hatte, der unter allen Produkten der Erde eine Ausnahmestellung einnimmt, insofern als er sich unversehrt und unbegrenzt ohne Unkosten aufbewahren läßt, während alle anderen Produkte menschlichen Fleißes, alle Waren ohne Ausnahme faulen, veralten, verrosten, zerbrechen, explodieren, stinken, Raum beanspruchen usw.

Und so wird es auch verständlich, nun habe ich auch die Erklärung, warum man einen Acker gegen eine Summe Geldes vertauschte, denn beide, Acker und Geld, warfen jeder aus eigener Kraft eine Rente ab; man brauchte nur an Geld so viel zu nehmen, wie nötig um die Rente des Ackers zu decken, dann war das Tauschverhältnis beider Dinge gegeben. Acker und Geld waren also völlig ebenbürtige, kommensurable Größen. Wie beim Acker keine Rede von erborgter oder übertragener Zinskraft sein konnte, so auch nicht beim Gelde.

Die fadenscheinige, hohle Phrase von „übertragener Kraft" hatte mir also einen bösen Streich gespielt; das leere Wort, das so oft an die Stelle der Begriffe tritt, hatte mich wie einen Bullen an der Nase herumgeführt.

Also das Geld, das Tauschmittel, wäre ein Kapital an sich!

Laßt uns nun einen Augenblick überlegen, wohin wir kommen müssen, wenn wir ein Kapital zum Tauschmittel aller Produkte erheben!

1. Kapital kann das Geld nur auf Kosten der Waren sein, denn von den Waren erhebt ja das Geld den Tribut, der es zu einem Kapital stempelt.

2. Wenn die Waren Zins zahlen müssen, so können sie selbst unmöglich Kapital sein, denn wäre die Ware Kapital, so gut wie das Geld, so könnte keines der beiden sich dem anderen gegenüber als Kapital aufspielen, und in ihrem gegenseitigen Verhältnis wenigstens würden sie aufhören, Kapital zu sein.

3. Wenn uns daher die Waren im Handel als Kapital erscheinen, weil sie im Verkaufspreis neben dem Kostenpreis und Handelsgewinn noch den Kapitalzins erheben, so muß das so erklärt werden, daß dieser Zins dem Produzenten oder Arbeiter vom Kaufmann im Einstandspreis bereits abgezogen wurde. Die Ware spielt hier nur den Kassenboten des Geldkapitals. Ist der Verkaufspreis gleich 10 Mk., der Handelsgewinn 3, der Zins 1 — so erhält der Arbeiter 6 Mk. ausgezahlt.

Hieraus geht hervor, daß wenn das Tauschmittel, das Geld an sich kein Kapital wäre, daß dann auch der gesamte Warenaustausch ohne Zins-

verrechnung von statten gehen würde! Somit hätte Proudhon doch recht gehabt, denn er hatte das immer behauptet.

Betrachten wir nun die Wirkung, die ein Kapital als Tauschmittel auf die Produktion von Produktionsmitteln haben muß.

Wie sind die Produktionsmittel (Maschinen, Schiffe, Rohstoffe usw.) entstanden? Kommt es noch vor, daß ein Mann seine eigenen Produktionsmittel mit eigenen, auf seinem Boden gefundenen Rohstoffen verfertigt? Ausnahmsweise vielleicht noch hier und da, sonst aber ist die Regel, daß für die Beschaffung der eigenen Produktionsmittel eine Summe Geldes ausgelegt werden muß. Das Gründungskapital aller größeren Unternehmungen besteht in einer Summe Geldes, die vorn im Hauptbuch auf dem ersten Blatte eingetragen wird. Wenn nun das Geld, das für diese Produktionsmittel ausgelegt wird, an sich ein Kapital ist, wenn die Besitzer des Geldes durch einfaches Einschließen des Geldes das Zustandekommen irgend eines Unternehmens verhindern können, so werden sie selbstverständlich kein Geld hergeben für Unternehmungen, die keinen Zins abwerfen. Das ist klar und selbstverständlich. Wenn ich aus dem Handel mit Waren 5 Proz. meines Geldes ziehen kann, so werde ich mich doch nicht mit weniger in der Fabrikation begnügen. Kann man das Erz an der Oberfläche sammeln, so wird man doch keinen Stollen bauen.

Es folgt daraus, daß nur gerade so viel Häuser gebaut werden, als wie diese Häuser in der Miete Deckung für den allgemeinen Geldzins liefern. Hat man zufällig mehr gebaut, ist das Angebot von Wohnungen größer als die Nachfrage, so gehen natürlich die Mieten herunter und die Häuser bringen den erforderlichen Zins nicht ein. Dann werden sofort alle Bauhandwerker entlassen und die Bautätigkeit wird so lange unterbrochen, bis sich durch Bevölkerungszuwachs die Nachfrage nach Wohnungen so weit wieder gehoben hat, daß die Mieten den vollen Geldzins abwerfen! Dann erst kann die Bautätigkeit wieder einsetzen.

Genau so verhält es sich mit den industriellen Unternehmungen. Sind diese so zahlreich geworden, daß die Nachfrage nach Arbeitern (die sie verkörpern) die Löhne hochgetrieben haben, so daß der Unternehmer den Kapitalzins beim Verkauf der Produkte nicht herausschlagen kann, so wird die Gründung neuer Unternehmungen so lange unterbrochen, bis durch den Nachwuchs an Arbeitern und das dadurch bedingte größere Angebot an Arbeitskräften die Löhne herabgehen und dem Geldzins Platz machen.

Wenn also uns die Arbeitsmittel als Kapital erscheinen, so kommt das daher, daß deren Herstellung, welche das Geldkapital vermittelt, durch denselben Vermittler so weit künstlich beschränkt wird, daß sie immer den Arbeitsuchern gegenüber eine Monopolstellung einnehmen. Es sind regelmäßig weniger Arbeitsmittel als Arbeiter da, so daß schon aus Mangel an Werkstätten eine Arbeiterreserve verbleiben muß, die den Lohn unter den Erlös des Arbeitsproduktes drückt.

Das Bild erscheint noch einfacher und klarer, wenn man den Unternehmer einfach als einen Pfandleiher betrachtet, der dem Arbeiter das nötige Geld vorstreckt für Maschinen und Rohstoffe, und den der Arbeiter mit seinen Produkten bezahlt.

Das Geld beherrschte also absolut den Warenaustausch und die Pro-

duktionsmittel. Alles war dem Gelde zinspflichtig. Es schob sich zwischen Konsument und Produzent, zwischen Arbeiter und Unternehmer, es trennte alle, deren natürliches Interesse es ist sich zu vereinigen, und die entstandenen Verlegenheiten beutete es aus. Die Beute nannte man Zins.

Nun wird es mir auch klar, warum mit der Geldreform der Zinsfuß fortgesetzt fällt und sich 0 nähert.

Das Geld kann dem Markte nicht mehr entzogen werden; ohne Rücksicht auf den Zins muß es angeboten werden, sei es direkt gegen Waren, sei es als Darlehen. Es kann sich nicht mehr trennend zwischen die Produzenten einschieben; gegen den eigenen Wunsch, ohne Rücksicht auf seine lüsterne Raubsucht, muß es seines Amtes walten und den Austausch der Produkte vermitteln. Es beherrscht den Austausch der Waren nicht mehr als Räuber und Despot, sondern es dient ihm, dient ihm sogar umsonst.

Nun werden die Waren nicht mehr vom Markte ausgeschloßen, die Arbeiter feiern nicht mehr, sowie der Zinsfuß fällt; ohne Rücksicht auf den Zins geht der Tausch der Produkte vonstatten.

Und wo so regelmäßig gearbeitet wird, da wird gespart. Fabelhafte Summen werden da zurückgelegt, zur Sparkasse gebracht und als Darlehen angeboten. Und wenn das so Jahr für Jahr vorwärts geht, wenn die Arbeiter durch keine Krise mehr gezwungen werden, von ihren Ersparnissen zu zehren — da kommt mit Notwendigkeit der Zeitpunkt, wo für das von den Sparkassen angebotene Geld die Abnehmer fehlen und wo es heißt: wir haben genug Häuser gebaut, es fehlen die Mieter; wir haben genug Fabriken, es fehlen die Arbeiter. Wozu noch mehr bauen, wenn wir jetzt schon Mühe haben, den Zins zu zahlen.

Aber, dann wird es von der Sparkasse her heißen: Wir können das Geld nicht brach liegen lassen, wir können es nicht aufbewahren. Das Geld zwingt uns, es auszuleihen. Wir verlangen nicht gerade 5—4—3 Proz.; wir sind willig, auf Verhandlungen einzugehen. Wenn wir euch das Geld zu 2 Proz. (1 oder 0 Proz.) lassen, so könnt ihr die Mieten entsprechend herabsetzen, und dann werden die, die sich mit einer Stube begnügten, zwei Stuben mieten, und die fünf Stuben hatten, werden deren zehn mieten. Und dann werdet ihr wieder Häuser bauen können. Bedarf ist da, es kommt nur auf den Preis an. Also nehmt das Geld zu 2 Proz., wenn ihr es zu 3 nicht mehr gebrauchen könnt, baut lustig drauf los, geht mit den Mieten herunter, ihr könnt nichts verlieren, wir werden euch mit umso billigerem Gelde versehen. Und habt keine Angst, daß euch und uns das Geld ausgehen wird, denn je mehr wir mit dem Zins, ihr mit der Miete heruntergeht, umso größere Summen werden auch die Sparer beiseite legen und uns zuführen. Habt auch keine Angst, daß durch diese großen Geldmassen etwa die Preise hochgetrieben werden. Jeder Pfennig davon ist vorher dem Umlauf entzogen worden — die Masse des Geldes ist unverändert geblieben. Die, die das Geld sparten, haben mehr Ware erzeugt und verkauft als verbraucht — es ist also ein Rest von Waren da, der der Geldmasse entspricht, die wir euch anbieten.

Nehmt also das Geld und fürchtet euch nicht; geht der Zins herunter, den eure Mietskasernen einbringen, wir werden mit unserem Geldzins folgen und sollte der Zins sogar auf 0 fallen. Denn auch bei 0 Proz. müssen wir das Geld ausleihen. Habt ihr verstanden: wir müssen.

Aber nicht wir allein müssen, auch ihr müßt. Wenn ihr etwa im Interesse der bereits bestehenden Bauten eine Vermehrung nicht wünscht und darum unser Angebot ablehnt, so machen wir euch darauf aufmerksam, daß andere Unternehmer da sind, die keine Häuser besitzen und keine Rücksichten zu nehmen brauchen. Ihnen werden wir das Geld zum Bauen geben, und die Neubauten werden entstehen, ob ihr es wünscht oder nicht; ob der Hauszins euch gefällt oder nicht.

Auch mit den gewerblichen Unternehmungen verhält es sich so. Ist das Geld zu 0 Proz. zu haben, so ist auch kein Unternehmer mehr imstande, Zins aus seinem Unternehmen zu schlagen, sei es in Form eines Lohnabzuges, sei es in Form eines Preiszuschlages. Denn so will es das Gesetz der Konkurrenz.

Und so hätten sich die Tatsachen wieder als der beste Lehrmeister bewährt. Alle unsere Spekulationen über die Ursache des Zinses schlugen fehl, weil uns das Vergleichsobjekt fehlte. Jetzt mit der Geldreform konnten wir Vergleiche anstellen und da fand sich auch gleich, was wir bisher umsonst suchten. Zwar ist die Erklärung der Zinserscheinung noch sehr unvollständig; aber wir haben jetzt den Faden erfaßt, der uns aus dem Labyrinth dieser Erscheinungen führen wird. Wir brauchen dem Faden nur zu folgen, es ist eine materielle Arbeit, mehr nicht, die noch da zu bewältigen ist.

(Die vollständige Zinstheorie folgt im letzten Teile dieses Buches.)

XIX. Der Krisen-Theoretiker.

Ebenso schlecht wie meinem Kollegen, dem Zinstheoretiker, ergeht es mir mit der Geldreform; meine ganze Theoriensammlung wurde durch diese Reform zu Schanden gemacht.

Es war doch so natürlich, daß auf die Zeit der Blüte eine Periode des Zerfalles eintreten mußte. So ist es in der Natur, so konnte es nicht anders in der Volkswirtschaft sein, denn der Mensch gehört doch auch zur Natur, sowie alles was er macht. Ist der Ameisenbau, die Bienenwirtschaft ein Naturprodukt, so gehört auch die Menschen- oder Volkswirtschaft zur Natur. Der Mensch wächst und vergeht, warum sollte die Volkswirtschaft nicht auch wachsen und in einer Krise in Trümmer zerfallen? Das römische Reich ging zu Grunde, darum muß auch die Volkswirtschaft regelmäßig alle paar Jahre in einer Krise zu Grunde gehen. Auf den Sommer folgt der Winter, ebenso folgt in der Volkswirtschaft auf den Boom die Krise!

Das war doch eine schöne, poetische Theorie! Wie einfach konnte man damit den biergefüllten Bäuchen am Stammtisch das verwickelte Problem der Arbeitslosigkeit erklären! Und einfach muß eine Theorie sein, das ganze Licht unserer Wissenschaft müssen wir in einem Brennpunkt vereinigen, damit es sich Bahn brechen kann durch den Tabaksqualm und den Bierdunst. Wiegenlieder, keine Theorien braucht man für kleine Kinder.

Dann hier diese famose Theorie: Infolge „spekulativer Käufe" waren die Preise gestiegen, eine „fieberhafte" Tätigkeit entspann sich auf allen Gebieten; mit Überstunden und Nachtschichten suchte man der steigenden

Nachfrage zu begegnen; die Löhne stiegen. „Natürlich" war das nur ungesunde „Treibhausvegetation" und mußte früh oder spät mit einem Krach endigen. Und der Krach, die Krise kam. Es fehlte natürlich die Nachfrage für eine so ungeheure Menge von Produkten aller Art, und wenn die Nachfrage fehlt, so gehen die Preise herunter. Alles, ohne nennenswerte Ausnahmen, die Produkte der Industrie, der Landwirtschaft, des Bergbaues, der Forstwirtschaft, alle gingen im Preise herunter. Damit stürzte natürlich das ganze Spekulationsgebäude ein. Die geldgierigen Arbeiter hatten eben mit ihren Überstunden den ganzen „Arbeitsvorrat" aufgezehrt. Der Lohnfonds (?) war erschöpft. Darum fehlte es jetzt an Arbeit, darum mußten die Arbeiter neben einem Gebirge von Brot und Kleidern hungern und frieren!

Wie überzeugend klang auch die Malthusianische Krisentheorie; sie hatte nicht umsonst so viele Liebhaber gefunden. Ihr habt die guten Zeiten zu nichts besserem benutzen können als Hochzeiten zu feiern, und euer elendes Geschlecht habt ihr ins Maßlose vermehrt. Wohin man blickt, Kinderwäsche, Windeln, Wiegen. Es wimmelt in den Straßen, in den Schulen wie in einem Kaninchenstall. Jetzt sind euch in euren eigenen Kindern die Konkurrenten bei der Arbeit entstanden, die euren Lohn herabdrücken. Die niedrigen Löhne drücken aber wieder auf die Preise, wodurch jedes Geschäft mit Verlust abschließen muß, wodurch jede Unternehmungslust im Keime erstickt wird.

Die Fortpflanzung ist an sich eine Sünde, eine verbotene Frucht, sie ist mit dem Makel der Erbsünde behaftet. Aber doppelt sündhaft ist sie bei so armen Teufeln. Übt Enthaltsamkeit, überlaßt die Sache den Heiden, schickt eure Töchter ins Kloster, dann werden nicht mehr Arbeiter vorhanden sein, als zur Bewältigung der Arbeit nötig sind. Dann werden auch mit den höheren Löhnen die Preise steigen, was die Unternehmungslust fördert. Maß in allem, in der Produktion und in der Reproduktion, sonst haben wir eben Überproduktion an Produkten und Konsumenten!

Und diese modernere Theorie, mein eigentliches Paradepferd: Durch die Anhäufung des Reichtums in verhältnismäßig wenig Händen, durch das Mißverhältnis zwischen Kauf- und Produktionskraft der breiten Massen steht der Konsum im Mißverhältnis zur Produktion. Daher die Überlastung des Marktes mit unverkäuflichen Produkten, daher die sinkenden Preise, die Arbeitslosigkeit, die Unternehmungsscheu, die Krise. Die reichen Leute können ihr Einkommen nicht verzehren und die Arbeiter haben nichts zu verzehren. Wären die Einkommen nur richtig verteilt, so würde der Konsum mit der Produktion Schritt halten und es könnte darum keine Krise ausbrechen!

Wie einleuchtend doch das klang. Und auf den Klang, den Schall, den Rauch kommt es an. An den Verstand dieser mit der Saugflasche, mit Drogen und Bier aufgepäppelten und von Sorgen erdrückten Menge kann man sich doch nicht mehr wenden. Er hält einen herzhaften Stoß ja gar nicht mehr aus.

So hatte ich für jede Gesellschaft, für jeden Geschmack eine Krisentheorie auf Lager. Stieß ich dabei ausnahmsweise auf kritischen Widerstand, so flocht ich meine Reservetheorie ein, durch die ich die Krise mit der Währung in Verbindung brachte. Gewöhnlich genügte dann schon das Wort „Währung", um jeden Widerspruch niederzuschlagen. Genug,

genug hieß es, wir wissen, was Bamberger sagte, daß neben der Liebe die Währungsfrage die meisten Verrückten gemacht hat, und wir wollen einer Krisentheorie zuliebe unseren Verstand nicht auf eine vielleicht gefährliche Widerstandsprobe stellen!

Dabei war gerade diese Theorie verhältnismäßig die einfachste und auch die beste: Die Waren, so führte ich aus, werden fast ausschließlich kaufmännisch verhandelt, d. h. sie müssen zum Zwecke des Austausches an Kaufleute verkauft werden. Der Kaufmann kauft aber die Waren nur unter der Bedingung, daß er sie voraussichtlich teurer wird verkaufen können. Der erwartete Verkaufspreis muß höher stehen als der vom Arbeiter oder Unternehmer geforderte Einstandspreis. Wenn nun die Warenpreise Neigung zum Sinken zeigten, so wußte der Kaufmann überhaupt nicht mehr, wie viel er bezahlen oder anlegen durfte, während der Unternehmer ohne baren Verlust mit seinen Forderungen nicht unter den Kostenpreis gehen durfte. Der Konsument kauft und bezahlt den geforderten Preis. Er freut sich, wenn der Preis fällt; er ärgert sich, wenn er steigt. Eine Grenze für den Preis liefert nur sein eigenes Einkommen. Anders beim Kaufmann. Dieser soll einen Preis erzielen, der eine bestimmte Höhe, den Einstandspreis überragt; und ob er diesen Preis erzielen wird, das weiß er nicht. Der Verkaufspreis ist aleatorisch, ungewiß, der Einstandspreis ist aber mit der Übernahme der Ware eine feste, bestimmte Größe.

Wenn die Warenpreise im allgemeinen fest sind oder gar steigen, dann ist alles gut, dann wird der Erlös wahrscheinlich mit Überschuß den Einstandspreis decken, und der Kaufmann kann getrost seine Bestellungen machen. Wenn aber die Preise sinken, sinken, immer weiter sinken, um 1—2—5—10—20—30 Proz., wie wir das schon öfters beobachtet haben, dann verliert der Kaufmann jeden festen Boden unter den Füßen, und das Vernünftigste, was ein vorsichtiger Kaufmann dann machen kann — ist warten. Denn nicht auf Grundlage des Einstandspreises kann der Kaufmann seine Verkaufspreise berechnen, sondern er muß sich dabei nach den Tagespreisen richten. Und wenn in der Zeit zwischen Kauf und Verkauf der Waren die Einstandspreise fallen, so muß auch er mit den Verkaufspreisen heruntergehen, und er hat einen Verlust. Also ist das Beste in solchen Zeiten niedergehender Preise, mit dem Kauf zu warten. Die Waren werden also nicht durch den Bedarf als Triebkraft ausgetauscht, sondern durch den Profit.

Aber dieses „Warten", die Verzögerung in den gewohnten Bestellungen des Kaufmannes, bedeutete für den Unternehmer eine Absatzstockung, und da er in der Regel auf regelmäßigen Absatz angewiesen ist, weil er die Produkte, des Raumes und der Fäulnis wegen, nicht auf Lager nehmen kann, so entließ der Unternehmer seine Arbeiter.

Aus Mangel an Arbeit und Geld konnten nun wiederum diese Arbeiter nicht kaufen, wodurch dann die Preise noch weiter sanken. Und so war, durch den Niedergang der Preise ein circulus vitiosus, ein fehlerhafter Kreis, entstanden.

Darum, so war die Moral, müssen wir verhüten, daß die Preise sinken; wir müssen mehr Geld fabrizieren, damit es nicht an Geld fehlt, um die Waren zu kaufen, damit angesichts der großen Barbestände der

Banken, der großen Barreserven der Privatleute, kein Kaufmann sich mehr vor Geldmangel, vor einer Baisse zu fürchten braucht.

Also die Doppelwährung oder Papiergeld!

Im Grunde genommen befriedigte mich selbst ja keine einzige dieser Theorien. Die erste Theorie, die die Krise als eine Art Naturereignis betrachtet, ist eigentlich zu naiv, um eine Widerlegung zu verdienen. Die zweite Theorie, die die Spekulation, das Gründertum, für die Krise verantwortlich machen will, untersucht nicht, ob die Geldreserven der Privatleute und Spekulanten, ohne die ja die Spekulation nicht möglich wäre, nicht eigentlich die Ursache der Spekulation und infolgedessen auch Ursache der Krise sind. Was hat es für einen Sinn, eine Reichsbank zu gründen, ihr das Notenmonopol zu verleihen, damit sie „den Geldumlauf den Bedürfnissen des Verkehrs" anpassen kann, wenn es einfach von der „Spekulation" abhängt, trotz Notenmonopol und Reichsbank die Preise hochzutreiben, jedesmal wenn es ihr beliebt? Und weil diese Theorie an dieser Frage vorbeigeht, schlägt sie den falschen Weg ein, Wünsche statt Forderungen zu formulieren. Man möge doch in Zukunft alle Spekulation sein lassen, das ist alles, was sie als Schutz vor Krisen zu empfehlen weiß.

Diese Theorie untersucht auch nicht, wo der eigentliche Beweggrund der „fieberhaften Tätigkeit, der Überstunden und Nachtschichten" ist. Denn ohne diese gesteigerte Arbeit würde alle Spekulation im Sande verlaufen. Was würde es nützen, wenn der Unternehmer dem Arbeiter Überstunden vorschlüge und dieser ihm antwortete: Meine jetzige Arbeitszeit genügt, um meine Bedürfnisse zu decken. Wenn also der Arbeiter sich heute zu der „fieberhaften Tätigkeit" bereit erklärt, so kommt das nur davon, daß er fieberhafte Bedürfnisse hat, die er mit dem Produkte der Überstunden befriedigen will. Die Spekulation, die die Geldreserven auf den Markt bringt, erklärt nur die allgemeine Preissteigerung, läßt aber die Frage unbeantwortet, warum der Konsum nicht Schritt hält mit der Produktion und warum der Absatz gewöhnlich urplötzlich abfällt.

Diese Nichtbeantwortung der Frage, warum der Konsum nicht regelmäßig der Produktion entspricht, ist ja der gemeinsame wunde Punkt aller meiner Theorien, aber am lautesten schreit diese Frage um Antwort bei der dritten Theorie, der Übervölkerungstheorie. Hier wird als Ursache der Krise die Überproduktion infolge Übervölkerung angegeben, was doch so viel heißt wie: die zu großen Brote kämen von dem zu großen Hunger! Offenbarer Unsinn, besonders wenn man bedenkt, daß die Waren zum Zwecke des Austausches erzeugt werden und daß die hungernden Arbeiter fähig und willig sind, andere Produkte für die von ihnen benötigten in Tausch zu geben. Handelte es sich nur um eine einseitige Überproduktion (z. B. Särge), so hätte die Sache überhaupt keine Erklärung nötig, aber von allem ist zuviel vorhanden, von landwirtschaftlichen Produkten sowohl, wie von gewerblichen.

Ebenso unbefriedigend ist die Theorie, die den Unterkonsum verantwortlich machte für die Krise; der Unterkonsum infolge ungleicher Verteilung des Einkommens. Sie erklärte nicht, warum der Absatz heute ins Blaue hinein wächst, um nach einer Weile urplötzlich abzufallen, warum einer ständigen, gleichmäßigen Ursache (hier also die ungleiche Verteilung des Einkommens) eine stoßende Wirkung (Boom und Krise)

gegenüberstand. Wäre jene Verteilung des Einkommens die Ursache der Krise gewesen, so müßte sich diese als eine ununterbrochene Erscheinung dargeboten haben, eine chronische Krise, eine Arbeiterreserve von unantastbarem ehernem Bestande, also das Gegenteil von dem, was man beobachtete.

Aber auch die Annahme, daß das Einkommen der wohlhabenden Klassen allgemein ihre persönlichen Bedürfnisse überstieg, war unzutreffend, wie ja die hypothekarische Verschuldung der Groß- und Kleingrundbesitzer, die Not der Grundrentner, die agrarische Bettelei um Staatsschutz beweist. Die Bedürfnisse kennen überhaupt keine Grenzen; das geht ins Unendliche. Die Bedürfnisse der Weber im Eulengebirge waren doch mit Kartoffelschalen nicht eigentlich befriedigt, und mit der Herzogswürde, die die amerikanischen Krämerkönige für ihre Töchter erwarben und mit Milliarden bezahlten, war deren Würdebedürfnis ungesättigt. Sie strebten nach der deutschen Kaiserkrone und häuften Milliarde auf Milliarde, arbeiteten Tag und Nacht, sparten vielleicht am eigenen und sicher am Leibe ihrer Arbeiter, um diese Krone zu erreichen. Und wenn sie diese erreicht hätten, dann wäre ein kleiner, schwarzer Pfaff gekommen und hätte gesagt, das alles wäre vergänglich, sie sollten arbeiten, sparen, Milliarden sammeln und sie der Kirche vermachen, auf daß sie würdig befunden würden, einzutreten in das Reich Gottes. Zwischen Kartoffelschalen und dem Opferstock der Kirche ist ein Meer von Bedürfnissen, das alles verschlingt, was die Menschen erzeugen können.

Auch ist kein Mann so reich, daß er nicht darauf bedacht wäre, noch reicher zu werden; im Gegenteil, die Geldgier wächst mit dem Erfolg im Erwerb.

Wie wären sonst die gewaltigen modernen Vermögen zustande gekommen, wenn ihre Besitzer bei der ersten Million gesagt hätten: Wir haben jetzt genug erworben, wir wollen andere arbeiten lassen! Kein reicher Mann ließ seine Überschüsse brach liegen, solange sich eine Gelegenheit für eine rentable Anlage bot. Der Zins war allerdings die Voraussetzung der Geldausgabe des Kapitalisten, aber in dieser Beziehung handelte der reichste Mann nicht anders als der kleinste Sparer. Kein Zins, kein Geld, so hieß es auf der ganzen Linie. Alle machten die Wiederausgabe der Geldüberschüsse abhängig vom Zins, und wenn wir alle Bürger in bezug auf ihr Einkommen nivelliert hätten, so würden wir nichts an der Tatsache geändert haben, daß der Sparer, der mehr Waren erzeugte und verkaufte, als was er verbrauchte, den Geldüberschuß nicht eher wieder in Umlauf brachte, bis ihm Zins bezahlt wurde. Es mußte sich also durch die Tätigkeit der Sparer jedesmal ein Produktenüberschuß mit Absatzstockung und Arbeitslosigkeit zeigen, sobald Handel und Industrie keinen Zins abwarfen. Die Ursache der Krise lag also darin, daß einerseits die Kapitalisten die Geldanlage vom Zins abhängig machten, andererseits darin, daß wenn der Vorrat an Häusern, Maschinenanlagen und sonstigen Produktionsmitteln eine bestimmte Grenze überschritt, dann auch der Zins fiel, den diese einbringen müssen, um das in ihnen verausgabte Geld zu verzinsen. (Der Wettbewerb der Hausbesitzer den Mietern gegenüber wirkt wie der Wettbewerb der Besitzer gewerblicher Unternehmungen den Arbeitern gegenüber — er drückt auf den Zins. Hier setzt er den Mietzins herunter, dort setzt er den Arbeitslohn herauf.) Traf nun Letzteres

ein, so konnten die Unternehmer kein Geld verzinsen und die Kapitalisten hatten kein Interesse daran, es ohne Zins herzugeben. Sie warteten dann lieber die Krise ab, die die Lage klären und den alten Zinssatz wieder herstellen würde und erfahrungsgemäß auch wieder herstellte. Sie standen sich alle besser, für kurze Zeit ganz auf den Zins zu verzichten, um dadurch in den Genuß eines höheren Zinsfußes zu gelangen, als ihr Kapital zu niedrigem Zinsfuß auf lange Jahre festzulegen. Ein gewisses Zinsminimum ließ sich durch ein einfaches Warten immer erpressen.

Also mit dem Mißverhältnis zwischen Konsum und Einkommen der wohlhabenden Klassen, zwischen Kaufkraft und Produktionskraft der Arbeiter als Ursache der Krise, ist es nichts.

Der wirklichen Ursache der Krise am nächsten kam die zuletzt erwähnte Theorie, die die Krise mit der Währung in ursächlichen Zusammenhang brachte.

Daß, so lange die Preise abwärts neigten und der Verkauf der Waren und Produkte nur Verluste brachte, niemand daran dachte, neue Unternehmungen zu gründen oder bestehende zu erweitern, daß auch kein Kaufmann Waren kaufte, um sie unter dem Einstandspreis losschlagen zu müssen und daß unter solchen Verhältnissen eine Krise unvermeidlich blieb, ist ja klar und einleuchtend. Aber diese Theorie beantwortet die Frage eigentlich nur mit neuen Fragen. Sie erklärt richtig die Krise als gleichbedeutend mit einem allgemeinen Preisrückgang, aber sie gibt keine befriedigende Auskunft auf die Frage, woher der Preisrückgang kam. Zwar behauptete sie, die Baisse käme von einem Mangel an Geldvorrat, und darum schlug sie auch eine Vermehrung der Geldproduktion (Bimetallismus, Papiergeld) vor, aber der Nachweis fehlt, daß mit oder nach Vermehrung des Geldvorrats auch das Angebot dieses Geldes sich dem Angebot von Waren anpassen würde, namentlich ob auch dann Geld angeboten werden würde, wenn der Zins herunterginge. Und darauf käme es doch an.

Dies sah man übrigens auch ein und darum schlug man vor, das Geld völlig von jedem Metall zu trennen (Aufhebung des Prägerechts für Silber und Gold), um dann die Geldproduktion (nicht Geldangebot) so zu regeln, daß, wenn die Preise fielen, die Geldproduktion vergrößert und umgekehrt bei steigenden Preisen der Geldvorrat (nicht Geldangebot) verkleinert werden sollte. Man dachte auf so einfache Weise das Geldangebot der Nachfrage jederzeit anpassen zu können.

Man hat diesen Vorschlag nie ausgeführt und es ist gut, daß man es nicht tat, denn man hätte damit nur Fiasko gemacht. Denn die, die diesen Vorschlag machten, verwechseln Geldvorrat mit Geldangebot, sie glauben, daß, weil einem großen Kartoffel*vorrat* auch ein gleich großes Kartoffel*angebot* entspricht, dies auch so mit dem Gelde sein muß. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Das Kartoffelangebot, wie überhaupt das Warenangebot entspricht genau dem Vorrat, weil die Aufbewahrung mit schweren Unkosten verbunden ist. Wäre das frühere Geld von der Beschaffenheit der Waren im allgemeinen gewesen, d. h. hätte man das Metallgeld nicht ohne direkte Unkosten aufbewahren können, dann wäre ein Rückschluß vom Vorrat auf das Angebot ganz am Platze gewesen. Aber das war bekanntlich nicht der Fall. Über das Angebot

ihres Geldes verfügten die Inhaber in souveräner Weise. Und es würde kaufmännisch und kapitalistisch kein Pfennig in Umlauf gesetzt, wenn kein Zins dabei herauskam. Kein Zins, kein Geld, mag der Geldvorrat noch so groß sein, mag man den Geldvorrat verhundertfachen.

Nehmen wir nun an, daß mit einer solchen Reform der Emissionsbanken das Ziel (die Beseitigung der chronischen und akuten Krisen) erreicht worden wäre, so würde sehr bald der Augenblick gekommen sein, wo das Land mit Häusern, Maschinenanlagen usw. derart gesättigt gewesen wäre, daß sie den gewohnten Zins nicht mehr einbringen würden. Dann würde das alte Spiel wieder von vorn beginnen: Die Sparer und Kapitalisten würden nicht mit dem Zins heruntergehen wollen und die Unternehmer würden den alten Zinsfuß nicht zahlen können. Durch die Erfahrung von 2000 Jahren wissen die Kapitalisten, daß sie je nach der Anlage 3—4—5 Proz. für ihr Geld erzielen können und daß sie nur eine Weile zu warten brauchen, um diesen Zinsfuß zu erzielen. Also warten sie.

Während die Kapitalisten nun warten, fehlt natürlich die Nachfrage nach Ware und die Preise sinken. Dieses Sinken der Preise macht nun wieder den Handelsstand stutzig, der nun auch in Erwartung der Dinge, die kommen könnten, mit den Bestellungen zurückhält.

So ist also gleich wieder die Absatzstockung, die Arbeitslosigkeit, die Krise fertig — trotz dem großen Geldvorrat.

Allerdings wurde vorgeschlagen, daß der Staat in solchen Fällen den Unternehmern das Weiterarbeiten ermöglichen sollte, indem er ihnen direkt Geld zu billigerem Zinsfuß, nötigenfalls zinsfrei liefern sollte. So hätte der Staat immer wieder durch Neuemission das Geld ersetzt, welches die Sparer und Kapitalisten dem Verkehr entzogen: Aber wo hätte ein solches System hingeführt? Auf der einen Seite bei den Kapitalisten Berge von Papiergeld, für das die Verwendung fehlt, auf der anderen Seite in den Staatskassen entsprechende Berge von Pfandbriefen und Wechseln, und zwar langfristiger Wechsel, und unkündbarer Pfandbriefe, wie es die Unternehmer brauchen!

Es gehört viel Verblendung dazu, um nicht einzusehen, wohin ein solches System geführt haben müßte. Die bei den Privaten aufgestapelten Berge von Papiergeld (schließlich hätte das gesamte Privatvermögen diese Form angenommen) konnten jeden Tag durch irgend ein Ereignis in Bewegung geraten, und da dieses Geld nur auf dem Markte im freien Verkehr mit Waren einlösbar sein sollte, so hätte sich diese Papiergeldmasse in eine plötzliche ungeheure Nachfrage umgewandelt, gegen die der Staat mit den Pfandbriefen und langfristigen Wechseln nicht ankämpfen konnte. So wären denn die Preise gestiegen ins Blaue hinein.

Es ist nun ein Glück, daß wir mit der Geldreform dieser Gefahr entronnen sind, denn das klägliche Fiasko dieser Reform wäre natürlich wieder ausgebeutet worden gegen die Theorie des Papiergeldes, und so wären wir wieder für Jahrhunderte zurückgeworfen worden in die Barbarei des Metallgeldes.

Die Geldreform macht das Angebot des Geldes von jeder Bedingung unabhängig; so viel Geld vom Staate in Umlauf gesetzt wurde, soviel Geld wird angeboten. Das, was man bisher beim Gelde als selbstverständlich voraussetzte, nämlich daß, wie bei den Kartoffeln, das Angebot dem Vorrat stets entsprechen müßte, das wird mit der Geldreform erst zur Tatsache.

Geldangebot = Geldvorrat. Das Geldangebot geht nicht mehr neben dem Geldvorrat einher, es bedeutet keinen Willensakt mehr; Wille und Wünsche sind einflußlos auf das Geldangebot geworden. Die Quantitätstheorie ist jetzt absolut richtig.

Wie könnte es unter solchen Umständen noch zu einer Krise kommen? Geht auch der Zins herunter, fällt der Zins gar auf und unter Null, das Geld wird dennoch angeboten, und gehen die Preise herunter, so hebt sie der Staat einfach wieder durch Vermehrung des Geldvorrats. Die Nachfrage hält also stets und unter allen Umständen dem Angebot die Stange.

Wenn somit die Geldreform die Krisen unmöglich macht, so müssen wir notwendigerweise die Ursachen der Krisen in dem Punkte suchen, wo das frühere Geldwesen sich vom Reformgeld unterscheidet. Und dieser Punkt liegt in der Verschiedenheit der Beweggründe, die das Geldangebot jetzt beherrschen und die es früher beherrschten.

Der Zins war früher selbstverständliche Voraussetzung des gesamten Geldumlaufes — jetzt wird das Geld auch ohne Zins angeboten.

Bei einem eingetretenen allgemeinen Preisrückgang, der schon ein ungenügendes Geldangebot anzeigte, wurden die Privatgeldreserven zurückgezogen (weil niemand bei fallenden Preisen kaufmännisch Waren erwirbt, noch auch ohne Risiko erwerben kann) wodurch der allgemeine Preisrückgang oft in eine panikartige, allgemeine Liquidation mit entsprechendem Preissturz übergehen mußte — jetzt wird das Geld unter allen denkbaren Verhältnissen angeboten.

Bei einer einsetzenden allgemeinen Preissteigerung, die schon ein zu großes Geldangebot anzeigte, wurden alle Privatgeldreserven auf den Markt gebracht, weil jeder an der allgemein erwarteten weiteren Preissteigerung mit möglichst großen Beständen an Waren und Papieren beteiligt sein wollte, wodurch dann das Erwartete auch eintreten mußte und die Preise bis zu der, von dem Angebot sämtlicher Privatgeldreserven gezogenen Maximalgrenze stiegen — jetzt können die Preise überhaupt nicht mehr steigen, weil es keine Privatgeldreserven mehr gibt.

Für die Höhe des Geldangebots, für die Beantwortung der Frage, ob der Kapitalist kaufen sollte oder nicht, waren Ansichten, Meinungen, Gerüchte, falsche und echte Nachrichten, oft nur die Grimasse eines Herrschers, maßgebend. Trafen gutes Wetter und gute Verdauung „tonangebender" Börsenmänner mit irgend einer günstigen Nachricht zusammen, so schlug auch schon die „Stimmung" um, und die, die noch gestern verkauften, sind heute Käufer geworden. So war das Angebot des Geldvorrats wie ein Rohr in der Wüste, das der Wind hin und her weht. Daneben noch das Zufällige der Geldproduktion selbst. Fand man Gold, gut; fand man keins, so mußte man sich eben bescheiden. Während der ganzen Dauer des Mittelalters, bis zur Entdeckung Amerikas, war der Handel auf die von den Römern geerbten Gold- und Silberbestände angewiesen, weil alle damals bekannten „Fundstätten" erschöpft waren. Handel und Verkehr gingen auf ein Minimum zurück, weil die Arbeitsteilung sich wegen Mangels an Tauschmitteln nicht entfalten konnte. Seit der Zeit hat man ja viel Gold und Silber „gefunden", aber wie unregelmäßig sind diese „Funde". Es sind eben Funde.

Zu diesen Schwankungen in den „Goldfunden" traten dann noch die Schwankungen in der Währungspolitik der verschiedenen Länder, die bald

die Goldwährung mittels auswärtiger Goldanleihen (Italien, Rußland, Japan) einführten und so den auswärtigen Märkten Riesensummen entzogen, bald aber die Papierwährung einführten, und dann das Gold wieder auf die fremden Märkte abstießen.

So war das Geldangebot Spielball der verschiedensten sich kreuzenden Umstände.

Und hierin besteht der Unterschied zwischen dem früheren Geldwesen und dem jetzigen Reformgeld; in diesem Unterschied müssen wir die Ursache der Wirtschaftskrisen erkennen.

XX. Der Werttheoretiker.[1])

Ich sag's euch, es geht nicht, das Reformgeld ist unmöglich und mag es auch Jahre, Jahrhunderte lang eine Scheinexistenz führen, es geht geradeaus dem Bankerott entgegen, denn es widerspricht dem Fundamente der Volkswirtschaft, der Wertlehre; ja, noch schlimmer, es geht sogar stillschweigend darüber hinweg, es ignoriert die Wertlehre vollständig. Das muß zur verrufenen Papiergeldwirtschaft, zur Assignatendébâcle führen. Es kommt mit mathematischer Notwendigkeit die Zeit, wo man wieder 1000 livres für ein Pfund Talglichter bezahlen wird.

Geld ohne inneren Wert! Das ist ja Wahnsinn! Wenn dies Reformgeld wenigstens noch ein Zahlungsversprechen enthielte wie der Rubel, der Dollar, die Peseta! Aber selbst das nicht. Mit keiner Silbe wird da dem Inhaber etwas versprochen. Welche Verrücktheit!

Geld! steht da oben auf dem Papierwisch. Wie soll das verstanden sein? Wie kann der Fidibus sich selbst für Geld erklären? Ein Fidibus ist doch niemals Geld; ein Fidibus bleibt ein Fidibus, mag man 1000 mal das Wort „Geld" darauf drucken.

Wie sagte doch die Inschrift unserer ehrwürdigen, gediegenen Reichsbanknoten: „Die Reichsbank zahlt dem Inhaber ohne Legitimation 100 Mk. d. R.-W." Das war eine vernünftige Inschrift, darum konnte sich die Reichsbanknote auch so lange Jahre in Umlauf erhalten, ohne etwas von ihrem Werte einzubüßen. Die Reichsbanknote erklärte sich nicht in verblendeter Eitelkeit für Geld, sondern für einen Lieferschein auf Geld, für einen Sichtwechsel. Und da der Aussteller für durchaus sicher galt, so nahm jeder diese Noten wie bares Geld an. So zirkulierten sie 10—20—30 Jahre lang, ohne daß es jemand eingefallen wäre, sie gegen Gold einzulösen. Aber für Geld an sich konnten sie darum niemals gehalten werden.

Und jetzt auf diesem Reformgeld hat man jedes Zahlungsversprechen einfach gestrichen und das Papier für Geld erklärt. Wenn das Experiment gelingt, so wird man aus Häckerling auch ohne wenn und aber Gold machen können.

---

[1]) Manchem Leser werden die tausend Widersprüche, in die sich der Werttheoretiker hier verwickelt, besser auffallen, wenn er vorher die in dem nachfolgenden Abschnitt: „Warum man aus Papier Geld machen kann" gegebenen Erklärungen liest. Er gewinnt dadurch einen Vergleichspunkt, zugleich auch eine feste theoretische Unterlage und vertiefte Erkenntnis für die selbständige Beantwortung der hier aufgeworfenen Fragen. Auch wird er zur Einsicht gelangen, daß das Papiergeld der beste Widersacher des Wertspukes ist.

Das Geld muß an sich ein volles „Äquivalent“ der im Tausche erhaltenen Waren sein, so daß der Inhaber des Geldes mit dem Material, woraus das Geld gemacht ist, sich als bezahlt erachten kann. Das ist unerläßliche Vorbedingung für die Existenz des Geldes, — auf die Substanz des Geldes kommt es an. Das Geld und seine Substanz sind ein und dasselbe. Des Materials wegen, woraus das Geld gemacht ist, verkauft man die Waren gegen Geld, nicht des Stempels der Münze wegen. Dieser Stempel hat dieselbe Bedeutung wie die Gewichtsangabe auf diesem Paket Schnupftabak. Wie sagte doch unsere erste Autorität auf dem Gebiete des Geldwesens, der große Chevalier: Les monnaies sont des lingots, dont le poids et le titre sont certifiés par l'état (die Münzen sind Metallbarren, deren Gewicht und Feingehalt vom Staate gewährleistet wird). Und Otto Arendt: „Unsere Reichsmark ist nichts als die Bezeichnung für $^1/_{1395}$ Pfund Gold.“ Kurz, das Geld muß „vollwertig“ sein oder wenigstens das Versprechen enthalten, gegen vollwertiges Geld eingelöst zu werden. Wie wahr das ist, geht aus dem Umstande hervor, daß dort, wo die Hoffnung auf baldige Einlösung des Papiergeldes mit „vollwertigem“ Gelde verblaßt, sich auch gleich ein Agio einstellt, wo aber diese Hoffnung erstarkt, das Agio abnimmt. Das Geld muß also „vollwertig“ sein.

Zwar weiß niemand unter uns zu sagen, was eigentlich das Wort „vollwertig“, „innerer Wert“, überhaupt der „Wert“ bedeutet. Versuche, den Sinn dieses Wortes zu fassen, sind ja zu Dutzenden gemacht worden, doch bleibt die „Wertfrage“ ungelöst. Der „Wert“ entzieht sich, wie ja so manche Naturerscheinung, der genauen wissenschaftlichen Beobachtung, aber ist nicht gerade das Geheimnis, welches den „Wert“ umgibt, das Köstlichste an diesem Kleinod, wird nicht gerade dadurch unser ganzes Geldwesen in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt, entzieht es sich nicht so am besten der Nachahmung und Fälschung durch die Papiergeldtheoretiker. Geldpapier können diese machen, aber diesem Papier den „Wert“ verleihen, das verstehen sie nicht und werden es hoffentlich auch niemals verstehen, wenigstens so lange nicht, als man nicht weiß, was „Wert“ ist. Wenn man das Geheimnis, welches den Wert umgibt, erst gelüftet hat, dann wird man vielleicht Geld aus Papier machen können, aber das wird dann auch das Ende des Geldes überhaupt sein, denn wenn jeder Geld machen kann, so hört doch das Geld auf. Darum wird es wohl das Beste sein, in Zukunft die Wertforschung ganz zu untersagen, jede öffentliche Besprechung dieser Frage zu bestrafen, denn so wird das Geheimnis, welches unserem Metallgeld schon seit 2—3000 Jahren so kostbare Dienste leistete, erhalten und wir werden umso schneller aus dieser heutigen ungesunden, unwissenschaftlichen und darum falschen Papiergeldwirtschaft herauskommen. Für alle wissenschaftlichen Untersuchungen genügt es vollauf, wenn wir wissen, daß der Wert „ist“. Wissen wir etwa, was die Elektrizität, die Wärme usw. sind? In das innerste Wesen der Dinge zu dringen ist dem Menschen nicht gegeben; er muß sich mit den Erscheinungen begnügen. Ohne zu wissen, was die Wärme ist, heizen wir das Zimmer, schützen wir uns mit Kleidern gegen die Wärmeausstrahlungen usw., d. h., wir folgen den Ergebnissen der Erfahrung. Nebenher geht die wissenschaftliche Wärmelehre. So auch mit dem Wert. Auf ihn bauen wir unsere ganze Volkswirtschaft auf, wir passen alles im Leben dem Werte an. Und das muß uns genügen.

Daß wir nun nicht wissen, was der Wert ist, gestattet uns aber ebenso wenig, den Wert zu ignorieren, wie wir die Wärme ignorieren können, und darum erscheint mir ein Staat, der unter Verleugnung der Existenz des „Wertes“ Papiergeld fabriziert, ebenso gescheit zu sein, wie ein Mann, der die Wärme leugnet, weil er nicht weiß, was sie ist und darum im Winter nackt herumläuft. O, wir werden schon mit diesem Reformgeld an unserem Leibe erfahren müssen, was der Wert ist. Man kann nicht ungestraft sich über Naturgesetze hinwegsetzen. Die Strafe ist der Handlung nicht auf dem Fuße gefolgt, aber Gottes Mühlen mahlen, wenn auch langsam, umso sicherer.

Der Wert „ist“, zweifellos „ist“ er, wenn wir auch nicht wissen, was er ist, wenn wir ihn auch nicht mit unseren Sinnen wahrnehmen können. Beweist das Wort „Wert“ nicht schon zur Genüge, daß „der Wert“ existiert? Wie wären wir sonst auf das Wort gekommen? Wo ein Wort ist, muß auch ein Gedanke sein, und ein Gedanke kann nicht aus dem Nichts entstehen. Heißt es nicht in der Bibel: Im Anfange war das Wort? Und aus diesem Wort ist Gott, die Welt, ist alles entstanden. So verhält es sich vielleicht auch hier. Im Anfang war das Wort, dieses wurde zu Geld und auf ihm beruht die ganze Volkswirtschaft. Wort, Woert, Wert — ist es nicht ein und derselbe Ausdruck in etwas verschiedener Aussprache? Also im Anfang war der Wert, und der Wert war bei Gott, und Gott war der Wert.

So, jetzt habe ich eine Werttheorie, nun soll mir mal jemand noch Geld ohne Wert, ohne Gott, machen, nun soll noch jemand versuchen, Geld ohne „inneren Wert“ zu fabrizieren!

Dieser Ausdruck „innerer Wert“ verursacht mir zwar einige Verlegenheiten, er steht eigentlich in Widerspruch mit meiner neuen Theorie, ebenso wie mit allen übrigen Werttheorien. Denn darüber sind wir alle einig, daß der „Wert“ nicht materieller Natur ist, daß wir von allen Körpereigenschaften abstrahieren müssen, aber diesen Widerspruch zu lösen, ist ja Zweck der Wertforschung. Vielleicht ist dieser ewige Widerspruch gerade der beste Beweis für die göttliche Herkunft des Wertes. Auf alle Fälle aber wäre dieser ewige Widerspruch der beste Beweis, daß der Wert ist, denn wie kann jemand widersprechen, der gar nicht existiert?

Sei dem nun, wie ihm sei, Tatsache ist, daß, wenn man es auch nicht direkt nachweisen kann, es jeder Kuhjunge aber sofort merkt, daß dieser Fidibus, dieses Reformgeld nicht vollwertig ist. Wie sagt doch der Dichter:

Und was kein Verstand der Verständigen sieht,
Das übet in Einfalt ein kindlich Gemüt.

Und inneren Wert muß das Geld haben, vollwertig muß es sein, sonst ist seine Existenz eine Scheinexistenz, die früh oder spät zur Katastrophe führt. Darum erkläre ich das Reformgeld für unmöglich und wenn mir auch die Tatsachen tausendmal unrecht zu geben scheinen. Die Stunde kommt, wo es offenbar wird, daß dem Reformgeld der „innere Wert“ fehlt, daß der Aussteller ein Fälscher, ein Schwindler war.

Man kauft eine Sache des Nutzens wegen, den man von ihr erwartet, man gibt eine Ware her für Geld, des Nutzens wegen, den man vom Gelde erwartet. Und welchen anderen Nutzen könnte man aus dem

Gelde ziehen, als den, der uns aus der Verarbeitung seines Materials zu Schmucksachen erwächst? Geld ist Gold, Material für Goldschmiede. Das ist doch so klar, so einleuchtend, so selbstverständlich, daß jedes Kind es sehen muß. Wer würde denn für Geld seine Arbeitsprodukte hergeben, welcher Bergmann würde jahraus, jahrein die schauerliche Arbeit unter der Erde verrichten, wenn er nicht Aussicht hätte, seinen Lohn einmal zu goldenem Tafelgeschirr verarbeiten zu können? Der dem Pöbel angeborene und unausrottbare Hang zu Putz und Tand, das ist die wahre Grundlage unseres Geldwesens. Man spricht von Geldgier! Das ist falsch, Goldgier soll es heißen. Geldgierige, geizige Leute, die in Lumpen einherwandeln und sich niemals waschen, um die Seife zu sparen, sind im Grunde genommen nur eitle, putzsüchtige Leute. Rief nicht Diogenes seinem Schüler zu, dessen Hemd aus den Löchern seiner Hose hervorlugte: „Freund, aus deinen Lumpen schaut die Eitelkeit hervor.“ So kann man auch jedem Geizhals zurufen: Aus deinen Lumpen, unter der Schmutzkruste starrt deine grenzenlose Putzsucht, deine Vorliebe für goldenen Tand hervor.

Wo ist nun der Nutzen, den man aus dem Papiergeld ziehen kann? Ein Fidibus für die Tabakspfeife, mehr ist beim besten Willen nicht zu entdecken. Und für einen Fidibus wird man doch keinen Arbeitstag, keine Kuh, kein Glas Bier verkaufen! Damit das Geld als Tauschmittel von Waren dienen kann, muß es selbst eine Ware sein, eine nützliche, durch sich selbst nützliche Ware. Kein erborgter, übertragener Nutzen, sondern eigener, innerer Nutzen, ein Nutzen, der dem Gelde als Eigenschaft anhaftet. Und solchen Nutzen hat das Papiergeld nicht, ich wenigstens vermag ihn nicht zu entdecken, trotzdem ich meine gute Brille aufgesetzt habe. Darum wird auch kein vernünftiger Mensch den Papierwisch für Geld ansehen und noch weniger annehmen, und wer es tut, fällt herein. Zu bedauern sind nur die Einfältigen, die auf den Leim gehen.

Der Fidibus nennt sich selbst „Geld“ und zwar obendrein Mark deutscher Reichswährung.

Der Redakteur der Inschrift wollte sich wohl über die deutsche Wissenschaft lustig machen, es soll wohl ein Jux sein? Eine Mark d. R.-W. das ist ein bestimmtes Quantum Gold, Feingold! Ja so, nein, ich irre, eine Mark d. R.-W. ist, ist ein bestimmtes Quantum abgestempeltes, gemünztes Gold! Aber nein, das kann es ja auch nicht sein, denn ob gemünzt oder nicht, der Stempel ist doch völlig Nebensache. Ein Pfund Schnupftabak ist ein Pfund Schnupftabak, einerlei, ob es die Gewichtsangabe trägt oder nicht. Das Abwägen des Goldes kann doch nichts Wesentliches sein; in den Banken wird ja das Geld nicht gezählt, sondern gewogen. Also eine Mark d. R.-W. ist, ist? Hm! Ich muß doch noch einmal nachlesen, was die Gesetze darüber sagen! Oder einfacher, ich frage meinen Hausknecht, er muß es wissen, denn er arbeitet ja um Lohn, um 10 Mk. d. R.-W. arbeitet er den ganzen Monat.

Aber einerlei, eine Mark d. R.-W. wird dieser Fidibus nie und nimmer sein. Die echte Mark d. R.-W. hat ihren durch die „Produktionskosten“ bestimmten festen inneren Wert, und da der „Wert“ aller Waren auf gleiche Weise bestimmt wird, so ergibt sich auf diese einfache Weise ein sehr einfaches Verhältnis für den Tausch der Produkte. Mit dem

festen inneren Wert des Goldes messen wir einfach, wie mit einem Meterstab, den Wert aller Waren. Zwar wissen wir ja nicht genau, um was es sich da handelt, aber diese Frage geht die Wissenschaft an; was braucht der Pöbel, die Praxis, was braucht mein Hausknecht sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Man rechnet und denkt mit dem Wert, nicht über den Wert. Es genügt, daß wir dem Volke im Werte des Goldes einen festen, unveränderlichen Maßstab für den Tausch aller Waren gegeben haben. Braucht etwa der Schneider etwas von der Theorie des Metermaßes zu wissen? Er gebraucht dieses Maß und das genügt. Mit dem festen inneren Wert des Goldes messen wir und sagen: Dieser Tabak, dieses Bier, dieser Hut kostet oder mißt 5 Mark! Kurz, wie wir die Entfernungen mit dem Metermaß messen, genau so messen wir mit dem genau bestimmten Maß der Mark d. R.-W. alle Dinge. Doch wahrhaftig eine einfache Sache.

Nun kommt da dieses Reformgeld, das nichts wiegt, keine Länge, Breite und Höhe hat, überhaupt keine Eigenschaften besitzt, an dem man mit dem besten Willen keine Spur inneren Wertes entdecken kann, dessen Produktionskosten gleich Null sind, dem man obendrein noch ausdrücklich nachrühmt, daß es keine Produktionskosten verursacht hat, und maßt sich die Fähigkeit an, als Maß für alle Waren zu dienen! Ist das nicht dasselbe, wie wenn wir mit Luft die Biergläser aichen wollten, wie wenn wir das Metermaß aus Gummi herstellten?

Wie viel Zentner dieser Wische wird doch der Wirt für meinen Frühschoppen fordern? Die Makulatur ist ja so billig, und mit der Konkurrenz dieses neuen Geldes wird die Überproduktion an Makulatur noch größeren Umfang nehmen.

Mein Gott, es ist ja zum Lachen, ich habe überhaupt noch nie so viel gelacht, wie heute beim Anblick dieses Reformgeldes. Daher wohl der fabelhafte Durst.

Wilhelm! Hole mir, bitte, einen Krug Bier, hier hast du Geld; kein Reformgeld, keine Makulatur, keinen Schwindel, sondern echtes, gemünztes, deutsches Geld! Aber bitte, eile, ich habe mächtigen Durst.

Ja, wie soll sich da überhaupt ein Verhältnis zwischen Geld und Waren herausstellen, wenn das Geld überhaupt keine körperlichen Eigenschaften hat? Zwar behaupten wir ja dasselbe vom Wert, der Grundlage des Metallgeldes, aber das ist ja eben einer dieser interessanten Widersprüche, die dem Metallgeld so viel Reiz, so viel Anziehungskraft verleihen. Aber was könnte uns an diesem Fidibus reizen? Größe, Gewicht, Geschmack, Geruch, Farbe — nichts ist da. Wo sind denn hier Beziehungen zu den Waren? Wenn wir auch beim Werte absehen müssen von allen chemischen oder physikalischen Eigenschaften, und wenn wir also eigentlich beim Gelde auch ganz vom Werte absehen müssen, so muß doch etwas Greifbares am Gelde verbleiben, um die Waren damit zu vergleichen.

Zwar lese ich hier auf der Rückseite: Der „Preis“ dieses Geldes wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Der Preis des Geldes! Hat man jemals solch sinnloses Geschwätz gehört! Und dann diese Phrase: Nachfrage und Angebot werden den Preis dieses Geldes bestimmen! Man glaubt wahrhaftig, Schulbuben hätten hier ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse zum besten gegeben. Nachfrage und Angebot bestimmen bei Markt-

weibern den Preis des Gemüses, aber beim Gelde handelt es sich um den Wert, nicht um den Preis. Was ist denn überhaupt Nachfrage nach Geld? Natürlich die Bettelei der Krüppel, die Schulden der Offiziere und Studenten! Denn andere Nachfrage nach Geld kenne ich nicht. Und diese Nachfrage zusammen mit dem Angebot, das ist nun hier natürlich die Produktionsfähigkeit der Druckerpresse, die soll uns den Preis des Geldes angeben! Was ist denn Preis des Geldes? Unsinn! Nichts als Unsinn! In keinem meiner Bücher habe ich gelehrt, daß Nachfrage und Angebot den Preis des Geldes bestimmen, und so stillschweigend, als ob sie gar nicht existierten, geht diese Geldreform über meine Bücher hinweg. Warum hat man meine Bücher über den „Wert" nicht zu Rate gezogen, ehe man diese Inschrift redigierte. Deutschland, du blamierst dich ja vor der ganzen Welt!

Wo doch der Wilhelm mit dem Bier bleibt; er wird doch am Ende nicht mit dem 20 Mk.-Stück durchgebrannt sein? In dieser papiernen Zeit muß doch eine solche blanke Münze mit festem inneren Werte eine starke Versuchung ausüben. Ich hätte ihm vielleicht nicht so viel Geld anvertrauen dürfen.

Aber was ist das? Da hört doch die Weltgeschichte auf! Nicht zufrieden damit, daß dies Reformgeld unsere ganze Wissenschaft verhöhnt, indem es den Wert und die Wertlehre ignoriert, nicht zufrieden damit, daß es sich selbst als Geld proklamiert, in flagrantem Widerspruch mit Theorie und Praxis des bisherigen Papiergeldes, nicht zufrieden damit, daß es dem Staate keine Einlösungspflicht auferlegt und die alte Marktweiberphrase, wonach Nachfrage und Angebot den Preis bestimmen, auf die deutsche Währung übertragen will, — greift es jetzt auch noch direkt unseren obersten Grund- und Leitsatz an, nämlich, daß das Geld auch Wertbewahrer sein soll. Man soll diese Papierwische nicht länger als nötig behalten, darum sollen sie täglich im Kurs einbüßen. So lese ich hier. Da hört doch wirklich alles auf! O! die Herrlichkeit wird nicht lange dauern, solche Behandlung läßt sich das Volk doch nicht gefallen. Wie soll man jetzt noch sparen können, wenn das Geld kein „Wertbewahrer" mehr ist? Und wohinauf wird der Zins steigen, wenn niemand mehr spart? Das schlägt doch dem Faß den Boden aus. Das Reformgeld wird man bald satt haben; man wird, wenn nicht das solide Geld mit innerem Werte, dann doch sicher den Wertbewahrer zurückfordern. Man wird, sowie der Reiz der Neuheit verschwunden sein wird, sich der kolossalen Vorteile des Metallgeldes als „Wertbewahrer" erinnern und dieses Geld zurückfordern. Wie schön war doch dieser Wertbewahrer! Einen ungeheuren „Wert" konnte man so, jahraus, jahrein in einem vergrabenen Topf aufbewahren und kein Atom ging dabei verloren. Welche Beruhigung bot doch der 100 Millionen-Kriegsschatz in Spandau! Da lag er, immer bereit, uns seinen „Wert" für die Kriegsführung zu übergeben, denn man darf nie vergessen: G e l d gehört zum Kriegführen! Leider wußte man diesen kolossalen Vorteil der Wertbewahrung durch das Metallgeld nicht allgemein genug zu schätzen; ich wette, mit dieser Eigenschaft des Metallgeldes hätte man, wenn sie nach allen Regeln unserer Wissenschaft ausgebeutet worden wäre, die ganze soziale Frage lösen können. Bot doch diese Eigenschaft die Möglichkeit, alle, ohne Ausnahme a l l e Bürger in Rentner zu verwandeln und die Arbeit ganz überflüssig zu

machen. Und da — Na endlich, da kommt der Wilhelm! Aber das Bier?

„Ich bin in 10 Wirtschaften gewesen. Niemand wollte das Goldstück annehmen; ich müßte zum Goldschmied gehen, sagten sie, und es dort gegen echtes Geld, echtes Papiergeld verkaufen. Sie könnten nur das neue Geld noch gebrauchen, und der Termin für den Umtausch an den Staatskassen wäre verstrichen. Der Juwelier aber wollte mir für das Goldstück nur 15 Mk. geben, nämlich 16 Mk. für das Gold, und 1 Mk. Tiegelgeld, denn, so sagte er, er wüßte nicht, ob das Goldstück den vollen Goldgehalt habe, der Staat habe das Ausprägen von Gold freigegeben und es würden jetzt Goldstücke mit sehr verschiedenem Goldgehalt angeboten. Also wisse er nicht, wie viel Gold darin enthalten sei und er würde es zuerst untersuchen. Morgen könne ich Bescheid holen kommen. So bin ich jetzt gekommen, um zu fragen, ob ich dem Goldschmied das 20 Mk.-Stück für 15 Mk. verkaufen soll?“

Was, du fragst mich, ob du für mein gutes 20 Markstück 15 Mark in Makulatur annehmen sollst? Du bist wohl auch toll geworden? Nein, da warten wir, bis wir für das Goldstück 15 Tonnen Makulatur erhalten. Vorläufig aber, bitte, hole mir schnell das Bier, ich habe gewaltigen Durst.

„Gut, ich gehe gleich, aber, bitte, Geld!“ Ja so, Geld! Aber ich bin doch kein Dummkopf, der Reformgeld annimmt, ich habe nur gutes, echtes Geld, keinen Schwindel. Mein Gott, was mache ich da, wo bekomme ich denn jetzt schnell etwas Makulatur, um diese Bierwirte zu bezahlen, um meinen Durst zu löschen! Ich werde doch meinem Durste zuliebe meinen Theorien, Lehr- und Grundsätzen nicht untreu werden! Wilhelm! suche mal im Papierkorb, dort findest du vielleicht Makulatur und Fidibusse für ein Glas Bier!

„Sie spaßen, der Wirt will keine Makulatur, und Fidibusse dreht er selbst, er will Geld, echtes deutsches Papiergeld, kein Gold, keinen Nürnberger Tand. Sie müssen mir Geld geben, sonst bekomme ich kein Bier! Und Geld, echtes Papiergeld findet man nicht auf der Straße und noch weniger im Papierkorb.“

O, der Durst, der Durst! Hier Wilhelm, bringe diese Uhr zum Juden und laß Dir Geld darauf geben.

Die Sache wird wirklich mehr trocken als spaßig und ich muß mich ernstlich nach Geld umsehen, wenn ich nicht hier neben meinem Goldschatz, neben meinem treuen Wertbewahrer verhungern soll. Aber wie verschaffe ich mir nun dieses Papiergeld? Der Staat allein fabriziert es und er erklärt, nicht mehr zu fabrizieren als nötig ist, um die Nachfrage zu decken. So lese ich hier.

Die Nachfrage nach Geld? Ich gestehe, ich fasse den Inhalt dieses Wortes nicht. Früher ja, da war Nachfrage nach Geld einfach Nachfrage nach Gold für Industriezwecke. Aber Nachfrage nach Papiergeld? Ich muß doch mal einen Blick in dieses Heftchen da „Die Theorie des Reformgeldes“ werfen. Ich weiß ja im voraus, daß es nur Unsinn enthalten kann, aber was tut man nicht alles, wenn man durstig ist?

XXI. Der Lohntheoretiker.

Seitdem die Eisenbahn, die Dampfschiffahrt und die Freizügigkeit den Arbeitern weite Strecken des fruchtbarsten Bodens in Amerika, Asien, Afrika, Australien zur freien Verfügung gestellt haben, seitdem auch unter dem Schutze der Handelsgesetze und im Verein mit der größeren Gesittung und Bildung der Personalkredit sich entwickelte und das Kapital dem Arbeiter zugänglich geworden ist — fehlen die wichtigsten Voraussetzungen für das Walten des Gesetzes des ehernen Lohnes.

Der Arbeiter braucht sich dem Grundbesitzer nicht mehr auf Gnade oder Ungnade zu ergeben; er kann die Sklavenketten zerreißen, den vaterländischen Schmutz von seinen Schuhen abschütteln. Das Landmonopol ist gebrochen. Millionen von Arbeitern haben sich durch die Auswanderung frei gemacht, und mit den Zurückbleibenden muß der Grundbesitzer verhandeln wie mit freien Männern. Denn die Möglichkeit der Auswanderung macht sie tatsächlich frei.

> **Die Not der Grundrentner, die sogen. Not der Landwirtschaft ist hauptsächlich durch die Freizügigkeit bedingt; sie läßt sich nur durch die Wiederherstellung der Leibeigenschaft heben.**

Ich mußte das Gesetz des ehernen Lohnes aufgeben; die Tatsachen sprachen zu sehr gegen mich. Moleschott und Liebig berechneten, daß die zur Aufzucht und Fortpflanzung eines 12 Stunden arbeitenden Menschen nötigen Stickstoffmengen und Kohlehydrate in $^1/_2$ Liter Fischtran und 4 kg Saubohnen enthalten sind. Diese Stoffe kosten aber zusammen nur 17 Pfg. Dazu noch 3 Pfg. für Kartoffelschalen, Kleidung, Wohnung und religiöse Bedürfnisse, das macht im Ganzen 20 Pfg. Über diese eherne Grenze dürfte also der Lohn nicht gehen. Trotzdem ist der Lohn darüber hinausgestiegen, folglich ist es nichts mit dem Gesetze des ehernen Lohnes.

Nun suchte ich mir dadurch aus der Verlegenheit zu helfen, daß ich sagte: Das nach dem Stande der Kultur des Arbeiters zu seinem Leben und zur Fortpflanzung nötige Minimum (Kultur-Existenzminimum) sei der eherne Lohn. Aber diese Phrase klang doch allzu hohl und ich kam damit nicht weit. Denn wie kam denn der mit Saubohnen gefütterte Arbeiter überhaupt zu einer Kultur? Wie konnte der Schlingel aus dem Stalle ausbrechen? An Wächtern fehlte es doch nicht, an schwarzen sowohl wie blauen Wächtern. Übrigens was ist Kultur, was ist das Existenzminimum? Fischtran und Saubohnen bilden das Festgericht der Weber im Eulengebirge am Weihnachtsabend. Mit solchen elastischen Begriffen kann die Wissenschaft nichts anfangen. Nach den Ansichten vieler (Anachoreten, Kyniker usw.) ist die Bedürfnislosigkeit ein Zeichen höchster Kultur, und somit müßte der dem Wechsel der Kultur sich anpassende „eherne Lohn" mit steigender Kultur, mit steigender Bedürfnislosigkeit herabgehen. Sind denn die Weber im Eulengebirge weniger kultiviert als die Mastbürger, die den Tag mit „Frühschoppen" beginnen und fetten Schweinen ähnlicher sind als menschlichen Wesen? Außerdem stimmt es nicht, daß der Lohn einfach mit der Anzahl Schoppen, mit der Qualität des Tabaks steigt. Danach müßte ja der Unternehmer den Lohn nicht nach den Leistungen, sondern nach dem Bauchumfang bemessen!

Der Handelsminister Möller gab im Landtage folgende Durchschnittslohnsätze an, die die Bergarbeiter im Ruhrgebiet bezogen:

1900:	Mk. 4.80	1903:	Mk. 3.88
1901:	„ 4.07	1904:	„ 3.91
1902:	„ 3.82		

Die Löhne waren also im Zeitraum von 3 Jahren um 25 Proz. gefallen! War nun der Kulturzustand der Arbeiter in so kurzer Zeit auch um 25 Proz. gefallen?[1]) Oder sind vielleicht die Arbeiter der Barbarei der „Abstinenz" verfallen? Die Abstinenten kommen ja mit weniger Geld aus, und das wäre ja ein vortrefflicher Grund, um das Lohnminimum auf den niedrigeren Kulturzustand der Abstinenz zu minimisieren. Aber dann fragt es sich, warum die Machthaber so wenig Interesse für die Bestrebungen der Abstinenten zeigen? Könnte man mit Hülfe der Abstinenz und zu Gunsten des arbeitslosen Einkommens den Lohn herabsetzen, wie schnell würde da die Herstellung und der Handel mit alkoholischen Getränken verboten werden! Aber die Machthaber wissen es besser. Hütet euch vor den Abstinenten! Ohne Alkohol läßt sich kein Volk „regieren".

Kurz, es ist nichts mit dem Kultur-Existenzminimum, nichts mit dem Gesetze des ehernen Lohnes. Die Lohnbewegungen vollziehen sich ohne Rücksicht auf den Kulturzustand, und die dümmsten Bauern haben die dicksten Kartoffeln. Dieselbe Lohnerhöhung, die die Arbeiter heute „erkämpft" zu haben glauben, verlieren sie morgen wieder, wenn die Konjunkturen ungünstig sind. Bessern sich die Marktverhältnisse, dann fällt ihnen dagegen die Lohnerhöhung ohne Kampf, ja sogar ohne Forderung von selber zu, wie dem Bauer der erhöhte Weizenpreis ohne Kampf zufällt, sowie aus Amerika böse Ernteaussichten eintreffen.

Lohn! Was ist der Lohn? Lohn, das ist der Preis, den der Käufer (Unternehmer, Kaufmann, Fabrikant) für die ihm vom Produzenten (Arbeiter) gelieferten Produkte zahlt. Dieser Preis richtet sich, wie der Preis aller Waren, nach dem erwarteten Verkaufspreis der Produkte. Verkaufspreis minus Grundrente- und Kapitalzins, das ist der sogenannte Lohn. Das Lohngesetz ist darum in dem Grundrenten- und Kapitalzinsgesetz bereits enthalten. Produkt minus Rente und Zins = Lohn. Ein besonderes „Lohngesetz" gibt es also nicht. Das Wort „Lohn" ist in der Volkswirtschaft überflüssig, denn Lohn und Preis ist eins. Wenn ich weiß, wie der Preis der Ware zustande kommt, so weiß ich auch, was der Arbeiter für seine Produkte erhält.

In dem gleich folgenden Kapitel „Die Zinstheorie" werde ich zeigen, wie es übrigens auch schon allgemeiner anerkannt wird, daß die Besitzer der Produktionsmittel (Fabrikanten) einfach Pfandleiher sind.

Und zu dieser Erkenntnis hat mir die Geldreform verholfen. Die Geldreform befreite mich zunächst von allen Werthallucinationen, indem ja die Existenz dieses Reformgeldes eine lebendige und praktische Widerlegung sämtlicher Werttheorien und des Wertglaubens überhaupt darstellt. Nach dem Wertglauben kam die Reihe an den für volkswirtschaftliche Untersuchungen gänzlich unbrauchbaren Begriff „Arbeit". Denn was ist Arbeit? Die Arbeit kann man nicht an den Armbewegungen, an der Müdigkeit ermessen, sondern nur an dem Produkt. James Watt arbeitet

[1]) Wir nehmen hier an, daß der Reallohn die Schwankungen des Geldlohnes mitgemacht hat. Anderenfalls müßte man ja die sogen. „deutsche Reichswährung" bankrott erklären.

jetzt im Grabe noch mehr als sämtliche Pferde der Welt. Nicht auf die Arbeit, sondern auf das Produkt kommt es an; dieses wird gekauft und bezahlt. Wie das ja bei der sogen. Akkordarbeit klar zutage tritt. Und im Grunde ist alles Akkordarbeit.

Produkte kaufen heißt aber Produkte tauschen, die ganze Volkswirtschaft löst sich so in einzelne Tauschgeschäfte auf, und alle meine Begriffe „der Lohn", „der Wert", „die Arbeit" enthüllen sich als vollkommen zwecklose Umschreibungen der beiden Begriffe „Produkt" und „Tausch".

B. Theorie der Geldreform.

1. Abschnitt. Warum man aus Papier Geld machen kann.

Wenn jemand irgend einen Gegenstand braucht, sei es zu irgend einem persönlichen Zweck, sei es zur Erfüllung irgend einer Verpflichtung, und es trifft sich, daß dieser Gegenstand schon im Besitze anderer und sonst nicht mehr zu finden ist, so wird er sich der Regel nach genötigt sehen, etwas von seiner Habe anzubieten, um den Besitzer der gesuchten Sache zu veranlassen, ihm das, was er braucht, abzutreten. Und selbst dann wird er das tun müssen, wenn dem anderen der gesuchte Gegenstand ganz nutzlos ist. Es genügt, wenn der Eigentümer weiß, daß der andere den Gegenstand braucht oder gar haben muß, dann gibt er ihn sicher nicht umsonst. Und je größer die Verlegenheit ist, je dringender der andere der Sache bedarf, um so höher wird der Besitzer die Forderungen stellen.

Dies ist das Grund- und Hauptgesetz der Volkswirtschaft, des Tausches, des Handels, des Marktes, der Börse, der wirtschaftlichen Beziehungen der Bürger untereinander, und der Bürger zum Staate.

Man kann dieses Gesetz beurteilen, wie man will, man kann es vom menschlichen, christlichen, ethischen Standpunkt als ganz gemeinen Wucher verurteilen, als Brudermord beklagen; Tatsache ist, daß die wechselseitige Ausbeutung der Notlage des Nächsten, die nach allen Regeln der Kunst betriebene wechselseitige Plünderung die Grundlage bildet, auf der die Preise der Waren gebildet werden.

Soll ich durch Beispiele die Wahrheit dieses Satzes beleuchten? Warum erhebt die Post für einen Brief 10 Pfg. und für eine Drucksache 3 Pfg., trotzdem die Leistung der Post bei beiden die gleiche ist? Antwort: Weil die Post sich sagt, daß der Briefschreiber meistens zwingende Gründe für den Brief hat, während der Versand der Drucksache auch unterbleiben könnte, falls das Porto zu teuer wäre. Der Absender des Briefes ist in einer Zwangslage, der der Drucksache nicht — darum muß der Briefschreiber für genau die gleiche Leistung das dreifache Porto zahlen.

Warum erhöht der Bauer den Preis seiner Produkte, sowie er von der Dürre in Indien, von den Heuschrecken in Argentinien, von den Frösten in Dakota Kenntnis erhält? Der Schlingel weiß, daß die üppigen

heimischen Ernten für den Bedarf nicht ausreichen werden und daß er die entstehenden Verlegenheiten der Konsumenten durch bessere Preise wird ausbeuten können. Ihr seid hungrig, ihr braucht meine Sachen, also bezahlt!

Warum gehen im umgekehrten Falle, wenn die Ernte im Auslande reichlich ausgefallen ist, die Preise in Deutschland herunter, trotzdem Deutschland vielleicht gerade eine Fehlernte hatte?

Warum benützt der Unternehmer die Krise, die Arbeitslosigkeit, um die Löhne herunterzudrücken; warum gelingt den Arbeitern der Streik nur in Zeiten geschäftlicher Blüte?

Weil sich der Auszubeutende in einer Not- und Zwangslage befindet.

Warum werden in Deutschland Apotheken mit einem Inventar von 10000 Mark für eine halbe Million verkauft? Weil die Staatskonzession dem Apotheker gestattet, die Notlage der Kranken und Krüppel schonungslos auszubeuten. „Hier ist die Pille, von der du Linderung für deine unerträglichen Schmerzen erwartest, sie kostet mir 10 Pfg. und dir 3 Mk. Wenn dir der Preis nicht gefällt, so laufe zu meinem nächsten Wettbewerber, er wohnt 10 Meilen von hier. Du mußt dich aber beeilen, denn ohne diese Pille bist du in einer Stunde tot.

Warum fordert ein berühmter Arzt für sein Rezept einen höheren Preis als sein unbekannter Kollege? Du hast, sagt er, Vertrauen in meine Kunst, also bezahle.

Ich erinnere hier an das Beispiel aus meiner persönlichen Erfahrung, das ich bereits im ersten Teil dieser Schrift brachte. Ein Haufen Feldsteine mitten in meinem Acker, für dessen Fortschaffung ich gern 100 Mk. bezahlt hätte und für den ich dann 300 Mk. erhielt — bloß weil ein Nachbar Steine für einen Feldweg haben mußte.

Die Arbeitsteilung erzeugt Güter, die dem Arbeiter selbst in der Regel völlig nutzlos sind; z. B. ist das Rezept dem Arzte, die Pille dem Apotheker, der Sarg dem Zimmermann, die Rede dem Pastor und die Grube dem Totengräber zum eigenen Gebrauch meistens nutzlos. Wenn aber jemand kommt, der diese Dinge haben will, so muß er zahlen. Wie viel? Nun, genau so viel, wie der Wettbewerb zu nehmen gestattet. Ist der Wettbewerb durch künstliche oder natürliche Vorrechte beschränkt, so geht der Preis bis an den Grenznutzen, den man von der Sache erwartet.

Wenn ein reicher Mann ins Wasser fällt, und ich bin so glücklich, in dem Augenblick mit einem Stricke da vorbeizugehen, so werde ich für den Strick die Hälfte des Vermögens verlangen. Wenn ich es für weniger tue, so verpflichte ich den Mann zu Dank — aber im regelrechten Handel dankt weder Käufer noch Verkäufer.

Bei einer Terminspekulation stieg in Hamburg der Preis des Kaffees zwischen $3^1/_2$ bis 4 Uhr von 50 auf 200 Mk., trotzdem jeder wußte, daß nach 4 Uhr der Preis wieder auf 50 Mk. fallen würde, und es wurden Millionen umgesetzt zum Preise von 200 Mk. Es hieß eben: Du hast dich verpflichtet, um 4 Uhr nachmittags mitteleuropäischer Zeit so und so viel Sack Kaffee in Hamburg abzuliefern. Wo ist der Kaffee? Ha! Du hast keinen Kaffee? Nun so verschaffe dir den Kaffee, dort in der öffentlichen Auktion kannst du dich damit versehen. Ich bestehe darauf, daß du mir den Kaffee um 4 Uhr hier in Hamburg ablieferst. Um 4 Uhr, hörst du, nicht um 4 Uhr 5 Minuten. Hast du den Kaffee nicht um 4 Uhr abgeliefert, so kaufe ich ihn für deine Rechnung in der Auktion. Ich brauche den Kaffee nicht,

weder um 4 Uhr, noch um 5 Uhr; ich könnte ganz gut die telegraphisch von Hâvre und London bestellten Ladungen abwarten (verzollter und ins Inland versandter Kaffee wurde damals telegraphisch zurückbeordert), aber ich sehe, daß du in Verlegenheit bist, daß die greifbare Ware fehlt, darum, darum ganz allein bestehe ich auf pünktlicher Ablieferung. Denn du hast dir eine Blöße gegeben, und diese will ich jetzt ausnützen, um dich auszuplündern. Hörst du die Stimme des Auktionators? Hörst du, wie der Preis steigt? 100—120—150 Mk. Siehst du, wie der Uhrzeiger sich dem Termin nähert. Noch 10, 9, 8 Minuten und der Preis steigt! Hörst du die Revolverschüsse der Selbstmörder, die hier ihr Vermögen verloren haben, die Freudenrufe der Glücklichen, die die Leiche plündern dürfen. Laufe, eile, kaufe den Kaffee, den du mir um 4 Uhr nachmittags am 17. November 1893 mitteleuropäischer Zeit abzuliefern versprachest, sonst kaufe ich ihn für deine Rechnung an der Börse. 160—170—180 Mk. — nur noch 10 Minuten: Kaufe doch, beeile dich, ich will dir den Kaffee nach 4 Uhr ja wieder für 50 Mk. verkaufen. 190 Mk., 195 — jetzt fällt der Hammer — 200 Mk.! Jetzt zahle die Differenz, 150 Mk. Differenz für den Sack, das macht für 10000 Sack genau $1^1/_2$ Millionen. Jetzt zahle oder erschieße dich.

Sind mehr Beispiele nötig? Vergleiche man doch die Art, wie die Dienstmädchen heute behandelt werden, und wie sie vor 20—30—40 Jahren behandelt wurden. Hochmütige, barsche Behandlung bei schlechtem Lohne früher, und jetzt? Das Mädchen fordert, und ihre Forderungen werden angenommen; das Mädchen herrscht, und ihre Herrschaft muß die Herrschaft erdulden. Die Redensart: „Gute Behandlung wird zugesagt" hat die Adresse gewechselt.

Und es ist durchaus nicht mehr selbstverständlich, daß die widerwärtigsten Arbeiten dem Mädchen überlassen werden. In Nordamerika ist schon vielerorts die allgemeine Regel, daß diese Arbeiten von den Familienangehörigen verrichtet werden.

Woher nun diese Veränderungen? Hat die katholische, evangelische, jüdische, mohammedanische Religion die Menschen gelehrt, die Armen und Gedrückten menschlich zu behandeln; verdanken die Dienstmädchen diese Fortschritte in ihrer Behandlung einer edleren Morallehre? Ach nein, nicht die Religion hat den Menschen veredelt, sondern die Verhältnisse auf dem „Gesindemarkt". Christus hätte noch einmal 19 Jahrhundert lang predigen können, alle Menschen seien Brüder, Kinder Gottes, und Todsünde wäre es, ein Kind Gottes hochmütig zu behandeln, überhaupt seinen Nächsten und Bruder zum Diener zu machen. Es hätte nur dazu beigetragen, den Menschen noch mehr abzustumpfen und zu verrohen. Nicht Theorien, sondern Tatsachen lehren den Menschen, daß das Feuer weh tut und daß, wer sein Dienstmädchen schlecht behandelt, am nächsten Morgen seinen Kaffee selber kochen kann.

Man ersieht hieraus, daß der Egoismus in seiner Wirkung altruistischer ist, als die ultraaltruistische, christliche Morallehre, und daß wir daher mit der wechselseitigen Plünderung, worauf der Handel basiert, das wahre Christentum eher erreichen werden, als mit altruistischen Redensarten.

Wer hat in Nordamerika die Sklaverei abgeschafft? Christus oder der Egoismus der Arbeiter, die ihren Lohn durch die Sklaverei gedrückt sahen? Wer hat für die Abschaffung der Leibeigenschaft agitiert? Die Kirche oder die Machtbedürfnisse der Herrscher, die mit Leibeigenen kein brauchbares Heer schaffen konnten? Wer hat das Gesetz des ehernen Lohnes durchbrochen? Die Marktverhältnisse oder die Bibel?

Ich wiederhole also: Die Ausbeutung der Notlage des Näch-

sten, die durch wirtschaftliche Verhältnisse oder durch die Gesetze geschaffene Zwangslage des Nächsten zu benutzen, um ihn zu drücken und zu schinden, und um für eine möglichst geringe Leistung eine möglichst große Gegenleistung „herauszuquetschen" — das ist das Grundgesetz, auf dem der Warenaustausch fußt. Dies Gesetz beherrscht alle wirtschaftlichen Beziehungen der Menschen unter einander. Die Höhe jeder Leistung wird absolut durch dieses Gesetz begrenzt.

„Brotwucher" nannte man im Reichstag die Politik der Agrarier. Das ist Unsinn. Wucher ist eben der gesamte Produktenaustausch. Die Köchin wuchert um bessere Behandlung, der Arbeiter wuchert um besseren Lohn, der Geistliche um bessere „Besoldung", der Fürst um Erhöhung der „Zivilliste" oder der Apanagen.

Es war nötig, dies festzustellen, denn nur von dieser Erkenntnis aus kann die Möglichkeit der Papierwährung begriffen werden.

Angenommen nun, Müller wäre auf irgend eine Weise in den Besitz eines viereckigen bunten Papierstückes gelangt und Schulz bittet ihn, ihm das Papier zu überlassen, denn er brauche es zu irgend einem Zwecke. Wird Müller ihm das Papier unentgeltlich überlassen? Nein, und erst recht nicht, wenn Schulz merken läßt, daß er das Papier haben muß.

Ist das aber der Fall, so brauchen wir zur Erklärung der Möglichkeit der Papierwährung nur noch nachzuweisen, daß Schulz wirklich in die Lage kommen kann, den Papierfetzen besitzen zu müssen und daß er ihn nur aus den Händen anderer, nicht durch eigene Produktion erlangen kann. Denn, sowie der zur Geldfunktion bestimmte Papierfetzen nicht umsonst zu haben, aber doch notwendig ist für den Verkehr, ist auch die Grundlage für das Geld geschaffen. Denn mit Hilfe dessen, womit man sich das Geld verschafft, mit den Waren, die man in Tausch gibt, vermittelt es den Warenaustausch. Mehr, als daß es etwas kostet, ist als Vorbedingung nicht erforderlich. Das Geld soll nicht umsonst zu haben sein.

Die Unterfrage, ob das aus Papier gemachte Geld von Natur aus besser oder schlechter als das aus Gold gefertigte Geld ist, werden wir später beantworten. Mit unserer Frage, ob und warum man aus Papier Geld machen kann, hat die Qualität des Geldes nichts zu tun. Es handelt sich darum, die Frage zu beantworten, ob ein an sich ganz nutzloser Papierfetzen, ein Fidibus, den der Staat zu Geld erklärt, einen höheren Preis erzielt, als ein entsprechend großes Stück Makulatur.

Wohlverstanden, ich spreche hier nicht von den Banknoten, deren Inhaber Gold zu fordern berechtigt sind, und die nach allgemeiner Ansicht nur dieser Forderung wegen überhaupt etwas gelten (übrigens eine falsche Ansicht), sondern um schlichtes und echtes Papiergeld, dessen Inschrift dem Inhaber keine Einlösung mit irgend einer bestimmten Ware verspricht, also Papiergeld mit der Inschrift:

> „Dieser Papierfetzen ist Geld. Der Inhaber kann damit Ware kaufen, soviel er selbst dafür gegeben hat; vom Staate hat er nichts zu fordern."

Ich will nicht, wie die Katze, um den heißen Brei gehen, ich will unsere Fragen nicht mit neuen Fragen beantworten. Ich verachte die feige Ausflucht anderer Währungstheoretiker, die die Existenz des Papier-

geldes von der Hoffnung auf eine künftige, wenn auch noch so fernliegende Einlösung in Gold ableiten. Ich wiederhole also unsere Frage: Ob ein an sich nutzloser, womöglich schmutziger, stinkender Papierfetzen, den der Staat als Geld in Umlauf setzt, einen höheren Preis erzielen kann, als ein entsprechend großes Stück Makulatur, das der Lumpensammler in der Straße aufhebt?

Und diese Haupt- und Kardinalfrage der Geldtheorie müssen wir, in Übereinstimmung mit dem zu Anfang erwähnten Grundgesetz des Warenaustausches, unumwunden bejahen, vorausgesetzt, daß jemand da ist, der solche Papierfetzen haben will oder haben muß, und daß er sie nur aus den Händen anderer erlangen kann.

Unsere Frage kippt somit zu der Frage um: Ob für solches Papiergeld ein Bedarf, eine Nachfrage entstehen kann?

Nehmen wir nun an, der Staat fordere, unter Zurückweisung jeder anderen Geldart, von jedem, der die Eisenbahn benutzt, die Zahlung mit solchen zu Geld erhobenen Papierfetzen! Wie wird man sich diese verschaffen können? Wird Müller den Fidibus so ohne weiteres verschenken, wenn ihm Schulz sagt, er brauche ihn, um die Fracht für eine Wagenladung zu bezahlen?

Müller hält in seinen Händen den schmutzigen, stinkenden Fidibus, den der Staat von Schulz für Eisenbahnfracht verlangt. Es ist sein Eigentum, er kann sich eine Pfeife damit anzünden. Mehr gestatten ihm die körperlichen Eigenschaften des Fidibus nicht, aber niemand kann ihn zwingen, dem Schulz diesen Fidibus unentgeltlich zu überlassen. Und Schulz braucht den Fidibus, er muß ihn sich verschaffen; diesen oder einen anderen. Also fragt er Müller, wie viel dieser dafür verlangt. Er bietet ihm Heu, Mehl, Honig an, er will ihm bei der Ernte arbeiten helfen, wenn Müller ihm den Fidibus überläßt.

Also ist „Nachfrage" für den Fidibus da, keine Bettelei, sondern wirkliche, materielle, kaufmännische Nachfrage, bestehend in dem Angebot von Waren zur Erlangung des Fidibus.

Hiermit wäre die Möglichkeit des Papiergeldes schon voll bewiesen.

Der unmittelbare Einfluß des Staatsbetriebes zur Erzwingung der Nachfrage für das von ihm in Umlauf gesetzte Geld reicht natürlich viel weiter als bis zur Grenze des weiten Gebietes des Eisenbahnmonopols. Wer mit der Post einen Brief befördern, wer den Telegraphen benutzen, wer ausländisches Getreide verzollen will, muß dies mit Geld tun, das an den Staatskassen akkreditiert ist. Verweigert der Staat jedes andere Geld, ausländisches oder privates, so muß der Interessent sich mit dem staatlichen Papiergeld versehen oder auf den Postdienst usw. verzichten. Aber mit dem Verzicht ist es nicht immer getan, denn mancher würde recht gern auf das Vergnügen verzichten, die Staatssteuern zu bezahlen, wenn es ginge. Die direkten Steuern, das Schulgeld, die Gerichtsbußen müssen bezahlt werden und zwar mit dem Gelde, das der Staat zur Zahlung vorschreibt. Auch das Holz aus den Staatsforsten, die Kohlen, das Salz aus den Staatsbergwerken, die Pacht der Staatsdomänen usw. müssen mit dem Stoff bezahlt werden, den die Staatskassen annehmen.

Jedoch setzt diese Erklärung für die Möglichkeit der Papierwährung den modernen Staatsbetrieb voraus. Genau genommen greift diese Erklärung auch nicht tiefer als wie die Theorie der Banknote. Sie setzt anstelle des Goldschatzes einen anderen Schatz, die Staatsleistungen. Der einzige Unterschied ist der, daß der Schatz, den diese Staatsleistungen

darstellen, vielgestaltig ist. Statt eines gewissen Quantums Gold hat der Inhaber das Recht, so und soviel Tonnenkilometer, soviel Briefmarken, Telegramme, Religionsunterricht usw. zu fordern. Dieses Papiergeld wäre also einfach eine Staatsanweisung statt einer Goldanweisung, und die Nachfrage, die sich für solches Papiergeld einstellt, wäre eine erborgte oder übertragene.

Diese Erklärung genügt aber nicht für den Begriff der reinen Papierwährung. Es soll nachgewiesen werden, daß, wie die Banknote schließlich das Einlösungsversprechen entbehren könnte, das Papiergeld auch ohne Staatseisenbahnen, ohne Steuern, ohne Staatsbetrieb möglich ist. Es soll nachgewiesen werden, daß das Papiergeld einen höheren Preis als die Makulatur erzielen kann, ohne daß dem Inhaber irgend eine bestimmte Leistung (Fracht, Zölle, Briefmarken usw.) zugesichert wird. Kraft seines Privilegs als Geld, als Tauschmittel soll das Geld gesucht und gekauft werden.

Die Produkte der Arbeitsteilung oder die Waren sind von vornherein für den Tausch bestimmt. Nur die Aussicht, die Waren gegen andere Produkte tauschen zu können, veranlaßt die Produzenten, die Urwirtschaft zu verlassen und Waren zu erzeugen.

Nun aber gehört zum Austausch der Produkte ein Tauschmittel, d. h. Geld, denn ohne dieses Tauschmittel wäre man auf den Tauschhandel angewiesen, und allgemein bekannt ist es, wie plump, unsicher und kostspielig der Tauschhandel ist. Das Geld ist die Grundlage und Voraussetzung der Arbeitsteilung, der Warenproduktion. Für den Austausch der Waren ist das Geld unentbehrlich.

Nun bedarf aber wiederum das Geld einer zentralisierten staatlichen Verwaltung. Es gehört zum Wesen des Geldes, daß die Gewerbefreiheit von der Geldindustrie ausgeschlossen bleibe. Stände es jedem frei, Geld nach seinem Belieben zu verfertigen, so würde jeder einfach seine eigenen Produkte als Geld erklären, und damit wären wir wieder beim Tauschhandel angekommen. Das Volk muß sich über irgend einen Gegenstand einigen, den es zu Geld erheben will; und was ist diese Einigkeit anders als der Staat?

Die Ansicht, daß die allgemeine Vorliebe des Volkes für Gold, für goldenen Kram und Flitter, dieses Metall zu Geld gemacht hat, ist falsch, grundfalsch. Wie groß diese Vorliebe ist, erkennt man wohl am besten daran, daß in 99 Proz. aller Familien der goldene Ehering der einzige goldene Gegenstand im Hause ist. Das ist kein Zeichen der Armut, denn auch in wohlhabenden Häusern findet man außerhalb der Geldkassette selten einen goldenen oder vergoldeten Gegenstand. Der Deutsche hat Vorliebe für Musik, und er frönt dieser Vorliebe, indem er oft peinliche Opfer bringt für Anschaffung von Musikinstrumenten. Das nennt man Vorliebe. Was das Volk zwingt, die Produkte gegen Gold zu verkaufen, das ist nicht Vorliebe für dieses Metall, sondern der Mangel an anderen Tauschmitteln. Hat der Kaufmann „Vorliebe“ für irgend eine Ware? Den Profit sucht der Kaufmann in den Waren, sonst sind sie ihm alle gleichgültig. Und dem Golde gegenüber ist jeder Kaufmann, man kauft das Gold nicht, um sich an seinem Anblick zu erfreuen, sondern um es zu verkaufen. Wo ist die „Vorliebe“ für das Silber geblieben, seitdem man das Silber entmünzte? Wer spricht noch vom Silber, wer denkt daran? Trotzdem drehen sich heute die Gedanken des Pöbels mehr denn je um das Geld. In Nordamerika wurden nacheinander Pulver, Tee, Schnapsflaschen, Wampums, Sklavenketten als Geld benutzt. Aber nicht aus allgemeiner Vorliebe für diese Dinge. In Argentinien zirkulieren als Geld zerlumpte, mit Zwirn zusammengenähte, stinkende Papierfetzen. Ist es nun ein Zeichen allgemeiner Vorliebe für

diese ekelhaften Papierwische, wenn sie jedermann annimmt. Mit nichten. Der Staat fabriziert kein besseres Geld, darum muß sich jeder fügen.

Die Summe der Dinge, worüber wir einig geworden sind, liefert das Material zu dem, was wir Staat nennen. Das Geld läßt sich aber nicht vom Staate trennen; wir müssen uns über irgend etwas einigen, denn wenn jeder nach seinem Belieben Geld fabriziert, verschwindet das Geld. Wie nötig diese Einigkeit ist, erkennt man daran, daß man nicht einmal mit der Doppelwährung auskommen konnte.

Also entweder staatliches Geld oder gar kein Geld. Ein Drittes gibt es nicht.

Der Umstand, daß man früher in manchen unentwickelten Ländern, z. B. in Nordamerika während der Kolonialzeit, verschiedene Waren als Tauschmittel benutzte (Pulver, Salz, Felle, Wampums usw.), sagt nichts gegen obigen Satz. Es handelt sich hier nicht um Geld, sondern einfach um Tauschhandel, denn das im Tausche gegen die eigenen Produkte erhaltene Salz (Pulver, Tee usw.) wurde einfach im Hause verbraucht und nicht weitergegeben. Diese Waren zirkulierten nicht, sie kamen niemals nach dem Hafen zurück, sondern wurden ihrer körperlichen Eigenschaften wegen gekauft und verbraucht. Sie mußten also immer durch neue ersetzt werden. Zum Wesen des Geldes gehört es aber, daß das Geld nicht seines Materials wegen, sondern wegen seines Charakters als Tauschmittel gekauft werde, daß es nicht verbraucht, sondern nur als Tauschmittel gebraucht werde. Das Geld zirkuliert, es beschreibt einen Kreis, den es ewig durchläuft. Dem Inhaber ist das Material des Geldes völlig gleichgültig, da er es ja nicht braucht. Giftige, mit Grünspan überzogene Kupfermünzen, verschlissene Silbermünzen, zerrissene beschmutzte Banknoten, glänzende Goldmünzen — alles läuft pari einher. Jeder sieht über das Geldmaterial hinweg, die Quantität allein interessiert ihn. Und wenn wir päpstliche Ablaßzettel zu Geld machten, sie würden in protestantischen Ländern nicht weniger gelten, als in katholischen. Dasselbe kann man aber von den oben genannten Waren, die in Amerika als Tauschmittel dienten, nicht sagen. Da wurde das Pulver genau auf Qualität geprüft, nasses Salz wurde zurückgewiesen, und vom Tabak kaute die ganze Familie erst einen halben Zentner zur Probe, ehe man die Felle dafür hergab.

Man sagt, die allgemeine Vorliebe für die Edelmetalle habe das Gold und Silber zu Geld gemacht. Ich glaube aber, daß im Gegenteil die allgemeine Gleichgültigkeit der Warenproduzenten diesen Metallen gegenüber der Grund gewesen ist, warum die Menschen sich einigen konnten, Gold und Silber als Geld anzuerkennen. Über eine gleichgültige neutrale S a c h e e i n i g t man sich immer schneller, als gegenüber Eigenschaften, die je nach unserer individuellen Anlage verschieden auf uns einwirken. Das Gold hat von allen natürlichen Substanzen die wenigsten Eigenschaften; keinem Stoffe gegenüber sind wir so gleichgültig, wie gegenüber dem Golde — darum konnten wir uns einigen, das Gold zu Geld zu erheben. Das Gold findet industrielle Verwendung in der Schmucksachenfabrikation; aber gerade die, die das Gold als Tauschmittel benutzen, die Warenproduzenten, die Arbeiter, Bauern, Handwerker, Kaufleute putzen sich am wenigsten. Junge Mädchen und Tänzerinnen mögen für das Gold eine Vorliebe haben, aber gerade diese bedürfen des Tauschmittels am wenigsten, weil sie ja keine Waren produzieren. Man wird doch die Tänzerinnen nicht darüber haben bestimmen lassen, was als Geld gebraucht werden sollte. Das weitaus wichtigste Verkehrsmittel, die Voraussetzung der Arbeitsteilung, werden wir doch nicht auf die Putzsucht begründen. Übrigens ist diese allgemeine Gleich-

gültigkeit dem Geldmaterial gegenüber Vorbedingung des Geldes. Wäre diese Gleichgültigkeit nicht vorhanden, so würden die, die eine starke Vorliebe für das Geldmaterial (Gold z. B.) haben, geneigt sein, einen höheren Preis für das Geld zu bezahlen, als die, denen das Gold gleichgültig ist. Das Geld hätte dann, wie gewisse Waren (Bilder, Briefmarken, Altertümer usw.) Liebhaberpreise.

Also, es gibt und es kann nur staatliches Geld geben, wie es ja auch keinen Staat ohne Geld gibt. Die Münze ist die Wiege des Staates.

Mit der Begründung des Staates geht das Ausschreiben von Steuern einher. Diese Steuern werden in einem bestimmten Stoff erhoben, und dieser Stoff ist Geld. Der Staat erzeugt durch die Steuer eine Zwangsnachfrage für jenen bestimmten Stoff. Dieser Zwang macht das eigentliche Wesen des Geldes aus.

Wenn nun der Staat kein anderes Geld macht, als solches aus Papier, so bleibt dem Produzenten nur übrig, seine Waren entweder gegen dieses Papiergeld anzubieten (wodurch dann Nachfrage für dieses Papiergeld entsteht), oder aber auf den Gebrauch des Geldes, auf den Austausch seiner Produkte und auf die Vorteile der Arbeitsteilung zu verzichten.

Wer das vom Staate angefertigte Tauschmittel nicht anerkennen will — muß zur Urwirtschaft oder zum Tauschhandel zurückkehren und sich dabei alle drei Monate vom Steuerexekutor pfänden lassen.

Wir können also sagen: Die Nachfrage für das vom Staate verfertigte Geld ist durch die Arbeitsteilung gesichert — ganz einerlei, aus welchem Stoffe dies Geld verfertigt wurde.

Wer also in den Besitz eines vom Staate ausgegebenen Papierfetzens gekommen ist, der hat in jedem Bürger, der die Arbeitsteilung eingeführt hat (also Waren erzeugt), einen Abnehmer für diesen Papierfetzen, einen Käufer, der bereit und imstande ist, etwas für den Papierfetzen in Tausch zu geben. Ganz einerlei, ob der Papierfetzen neu oder alt ist, ob er nach Petroleum oder Knoblauch stinkt. Mehr noch: Die Besitzer der Papierfetzen wissen, daß die Besitzer der Waren ihnen das Geld abkaufen **müssen**, denn nur durch den Tausch können die Warenbesitzer Nutzen aus ihrem Eigentum ziehen, und ohne die Vermittelung des Geldes ist der Tausch so gut wie unmöglich.

Alle sozialistischen, kommunistischen und anarchischen Wirtschaftssysteme sind, was die Produktion anbetrifft, mehr oder weniger gut ausführbar. Erst dort, wo es sich darum handelt, für die Verteilung der Produkte etwas anderes an die Stelle des Geldes zu setzen, verlieren diese Systeme den Boden unter den Füßen.

Das Papiergeld ist also möglich:

1. Weil niemand einen Gegenstand umsonst weggibt, den ein anderer zu irgend einem Zwecke (hier also zum Tausch der Produkte) braucht oder haben muß;
2. Weil jeder, der Waren verfertigt, diese zum Zwecke des Tausches gegen Gebrauchsgüter, gegen Geld verkaufen muß.
3. Weil nur das vom Staate anerkannte Geld sich im Verkehr behaupten kann.

Es ist schwer, etwas wegzuleugnen, was vor aller Augen liegt und greif- und sichtbar ist.

Die Papierwährung besteht; sie „ist“ in vielen Ländern, und zwar seit vielen Jahren; folglich muß sie wohl möglich sein.

Die Papierwährung **ist** in Österreich, Italien, Spanien, Portugal, Argentinien, Brasilien, Chile, Paraguay u. a. m. In all diesen Ländern kennt man neben metallenen Scheidemünzen nur Papiergeld, und selbst in vielen sogenannten Goldwährungsländern sieht man nichts anderes als Papiergeld neben silbernen Scheidemünzen. So in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Australien, Britisch-Indien, in Belgien, in der Schweiz, in Rußland. Wenn man in all diesen Ländern heimlich das Gold ausführte, so würde man es vielleicht niemals merken; dagegen würde die gesamte Volkswirtschaft augenblicklich zusammenbrechen, wenn man nur versuchen wollte, einen Teil des Papiergeldes dem Verkehr zu entziehen.

P. Leroy Beaulieu, La Science des Finances, Bd. II, S. 622, sagt: „Disons enfin qu'une circulation de papier à cours forcé devrait toujours être moindre que la circulation métallique, dont elle prend la place. Il est certain que le public a besoin pour ses échanges d'une moindre quantité de billets non remboursables qu'il n'avait besoin de monnaie d'or ou d'argent."

Also zu deutsch:

„Kurz, ein Geldumlauf mit Zwangskurs sollte immer geringer sein, als der Umlauf von Metallgeld, an dessen Stelle er tritt. Es steht fest, daß das Volk für Tauschzwecke eine geringere Menge nichteinlöslicher Papierscheine nötig hat, als vorher sein Bedarf an Gold- und Silbergeld war." (Geld ohne Zwangskurs, materiellen wie gesetzlichen, ist überhaupt nicht denkbar und hat auch nirgends bestanden. Auch die vollwichtige deutsche Doppelkrone hat Zwangskurs.)

Trotz dieser allgemein bekannten Tatsachen erklärt man theoretisch die Papierwährung für unmöglich und sucht die Tatsachen zu leugnen.

Man glaubt nämlich in der Papierwährung einen Widerspruch mit dem allgemein als wahr anerkannten Satz entdeckt zu haben, daß Ware nur mit Ware getauscht werden kann, und da man diesen (vermeintlichen) Widerspruch nicht zu lösen vermag, so macht man sich die Sache leicht, indem man einfach das Bestehen der Papierwährung leugnet. Also eine Art Vogelstraußpolitik.

Ware kann nur mit Ware getauscht werden, wie man die Länge nur mit einem Längenmaß messen kann. Niemand wird ein gutes Pferd gegen 1000 Mk. Schulden tauschen. Daran ist nicht zu zweifeln. Darum ist alles, was mit Ware eingetauscht wird, auch Ware, und wenn wir in regelrechten Geschäften Ware gegen Papiergeld hergeben, so ist das ein voller Beweis, daß das Papiergeld, der zu Geld erhobene Papierfidibus, auch Ware ist.

Kann aber ein solcher Fidibus an sich wirklich als Ware, sogar als eine so wichtige und teure Ware angesehen werden?

Was ist denn „Ware" überhaupt? Welche Eigenschaften muß ein Ding vereinigen, um als Ware angesehen zu werden?

1. Es muß dafür eine **Nachfrage** bestehen; d. h. es muß jemand da sein, der den Gegenstand braucht, der ihn haben will oder haben muß und der bereit und imstande ist, eine andere Ware dafür in Tausch zu geben.
2. Um diese Nachfrage zu erzeugen, muß der betreffende Gegenstand dem Käufer natürlich nützlich sein, denn sonst braucht, sucht und bezahlt man den Gegenstand nicht. Flöhe, Unkraut, Gestank sind aus diesem Grunde keine Waren, auch alles nicht, was keinen Eigentümer hat. Ist der Gegenstand aber nützlich, und kann man ihn

nicht umsonst erhalten, so sind alle Bedingungen erfüllt, die einen Gegenstand zur Ware machen.

Nun frage ich: Ist der zu Geld erhobene Papierfidibus, das staatlich allein anerkannte und materiell allein mögliche Tauschmittel der Waren, ein nützliches Ding?

Ist das Ding da, der Fidibus, der dem Handwerker, dem Apotheker, dem Arbeiter, dem Arzt, dem Tanzlehrer, dem König, dem Pastor usw. usw. gestattet, ihre ihnen selbst völlig nutzlosen Produkte oder Leistungen umzutauschen, kein nützlicher Gegenstand?

Man hält den Kaufmann für ein nützliches Mitglied der Gesellschaft. Warum? Weil er den Warenaustausch vermittelt. Ist nun das Handwerkszeug des Kaufmanns, das Geld, nicht auch nützlich? Wie der Metzger mit dem Messer, der Brauer mit den Fässern arbeitet, so arbeitet der Kaufmann mit dem Geld. Er hat kein anderes Handwerkszeug als das Geld.

Wir müssen hier natürlich nicht (wie es in der Regel der Fall ist) an das Material des Geldes, an den Fidibus denken, sondern an das Ganze, an den zum Tauschmittel erhobenen Fidibus. Wir müssen uns das Geld als ein Fabrikat, sogar als ein gesetzlich geschütztes und monopolisiertes **Fabrikat** denken.

Gewiß, wenn wir die Hauptsache am Papiergeld, seine Eigenschaft als gesetzlich allein anerkanntes und praktisch alleinherrschendes Tauschmittel abziehen, so bleibt beim Papiergeld wahrhaftig nur etwas Makulatur zurück, aber ich glaube, daß wenn man von den meisten Waren das Fabrikat abstrahiert und nur das Material beachtet, dann auch nicht viel mehr als Makulatur übrig bleibt. Kratzen wir von einem Ölbild die Farbe zusammen, schlagen wir mit dem Hammer auf eine Scheidemünze, was bleibt? Makulatur. Betrachten wir ein Piano als Brennholz, ein Haus als einen Haufen Steine, ein Buch als Papier, kurz in allen Dingen nur das Material, so sehen wir in den weitaus meisten Fällen auch nicht viel mehr als einen Fidibus, brauchbar nur, um eine Pfeife anzuzünden.

Wir brauchen den Tisch nicht als Brennholz, die Lokomotive nicht als Material für Hochöfen und das Papiergeld nicht als Fidibus. Also, warum zum Teufel spricht man immer vom Fidibus, wenn vom Papiergeld gesprochen wird, warum sprechen wir nicht vom Tauschmittel? Wir betrachten alle übrigen Waren als das, wofür sie bestimmt sind, und wenn wir das auch dem Papiergeld gegenüber tun, so werden wir einsehen, daß es sich hier nicht um ein Stückchen Papier, sondern um ein hochwichtiges, unentbehrliches Fabrikat, um die wichtigste, und nützlichste aller Waren handelt.

Daß dieses Fabrikat so gut wie keine Produktionskosten verursacht, was schadet das? Hat etwa der gesamte, nach Milliarden berechnete Grundbesitz den Menschen Produktionskosten verursacht? Gott schuf die Welt in 6 Tagen, und zum Lohn dafür geht der Mensch jetzt jeden 7. Tag spazieren.

Man sehe also bei der Betrachtung des Papiergeldes ganz vom Fidibus ab; betrachte man dieses Geld als ein Fabrikat, als ein unentbehrliches, nützliches, dabei vom Staate geschütztes und monopolisiertes Pro-

dukt, und ohne Schwierigkeiten wird man im Papiergeld einen Gegenstand erkennen, der alle Eigenschaften einer Ware hat; und statt dann in der Existenz des Papiergeldes einen Widerspruch gegen die Theorie zu erblicken, daß Ware nur mit Ware bezahlt werden kann, wird man im Papiergeld eine neue Bestätigung dieses Lehrsatzes erblicken.

Wer sich die Mühe geben will, die Währungsliteratur durchzustöbern, wird die Beobachtung machen, daß das Geld regelmäßig nicht als ein ganz bestimmten Zwecken dienendes Fabrikat, sondern als ein Rohprodukt für Industriezwecke behandelt wird, das die Geldfunktionen nur interimistisch versieht. Dabei zirkulieren in manchen Ländern Münzen, die vor 100 und 200 Jahren geprägt wurden, während man Waren, die über ein Jahr alt sind, vielfach nur im Trödelladen findet.

Wenn das Geld nur Rohmaterial zu Industriezwecken wäre, so würde jeder es nur kaufen, wie man jede andere Ware kauft, d. h., man würde es nur unter der Bedingung kaufen, daß man es, mit Zins und Profit belastet, wieder weiter verkaufen könnte. Nun rechne einer nach, wie viel ein Maria Theresia-Taler heute gelten müßte, wenn jeder ihn nur mit Zins und Zinseszins (also ohne Profit) weitergegeben hätte!

Für die Anhänger der Goldwährung namentlich gelten die Münzen nach Chevaliers Auslegung als „Metallbarren, deren Gewicht und Feingehalt vom Staate gewährleistet wird“.[1])

Die Anhänger der Papierwährung, die doch dieses Märchen vor allen Dingen hätten widerlegen müssen, gehen, so weit mir bekannt ist, wie die Katze um den heißen Brei, um diese Frage herum. Daß das Geld an sich (also in der Form einer Münze) ein nützliches, unentbehrliches Ding ist, sehen sie nicht ein; darum sehen sie sich auch alle genötigt, bei der Redaktion der Inschrift des Papiergeldes dem Inhaber irgend eine von der Geldfunktion gesonderte Leistung — Gold, Zins, Weizen, Arbeit usw. zu versprechen. Der Tausch der Produkte, den das Geld allein ermöglicht, genügt ihnen als Leistung nicht.

Eine Ausnahme finde ich allein in der Inschrift des von der Provinz Buenos Aires 1869 ausgegebenen Papiergeldes, durch die, so weit mir bekannt, zum ersten Male der Geldbrief an sich (also der Zettel, das viereckige Stück bedruckten Papieres) für Geld erklärt, und in der dem Inhaber keine Einlösung versprochen wird. Die Inschrift lautet:

La Provincia de Buenos Ayres
reconoce este Billete por
un peso
moneda corriente. 10 Enero de 1869.

Übersetzt: Die Provinz anerkennt diesen Zettel für einen Peso (Taler) Landesgeld.

Ich habe nicht erfahren können, ob diese Inschrift ein Produkt der Erkenntnis ist, oder einfach eine Verlegenheitsinschrift, wie die des jetzigen argentinischen Papiergeldes, die dem Inhaber bei Sicht x Taler Papiergeld in Zahlung zu geben verspricht. „La Nacion pagará al portador y á la vista y por medio del Banco de la Nacion 100 Pesos moneda nacional.“ Offenbarer Unsinn, denn ein Peso mon. nac. ist weiter nichts als der gleiche Papiertaler. Die Bank verspricht also dem Inhaber, den Zettel in Zahlung desselben zurückzugeben!

---

[1]) M. Chevalier, La Monnaie, Paris 1866, p. 39: „Je crois devoir insister sur cette notion élémentaire qui peut être signalée à bon droit comme une autre définition de la monnaie, à savoir que les pièces de monnaie sont des lingots dont le poids et le titre sont certifiés.“

Das Geld ist uns als Ganzes, als Fabrikat, durch seine Funktion als Tauschmittel, als Werkzeug des Handels nützlich und unentbehrlich.

Dies ist vielleicht für viele ein neuer Begriff. Wem aber dieser Begriff noch neu sein sollte, der beeile sich, ihn seinem Begriffsarsenal einzuverleiben. Er ist für die Erkenntnis des Geldwesens unentbehrlich. Der Tausch der Produkte, den das Geld vermittelt, ist nicht als eine interimistische, nebensächliche Funktion des Geldes zu betrachten.

Die Verwendung des Goldes zu Schmucksachen trägt heute eher den Charakter einer nebensächlichen, interimistischen Funktion des Goldes, wie ein Vergleich des Alters der Münzen und der Schmucksachen zweifellos ergeben würde. Wie schon erwähnt, zirkulieren Münzen, die schon 100 und 200 Jahre alt sind, wobei noch zu beachten ist, daß diese Münzen zumeist aus dem Material alter, also aus noch älteren Münzen verfertigt wurden.

Man kann sogar das Geld, und besonders das Papiergeld, als die Ware bezeichnen, bei der der Warencharakter am reinsten hervortritt, denn das Geld, und hauptsächlich das Papiergeld, ist nur Ware, kein Gut; es wird nur als Ware benutzt, es wird nicht gekauft, um es zu verbrauchen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Waren gebraucht man das Geld, aber man verbraucht es nicht. Das Geld ist und bleibt „Ware"; sein Nutzen liegt ausschließlich in seinem Gebrauch als „Ware", als Tauschmittel.

Alle übrigen Waren werden (wenn wir von den Kaufleuten absehen) nur zum Verbrauch gekauft. Man verfertigt sie zum Verkauf (Ware), aber man kauft sie zum Verbrauch. Der Verfertiger verkauft Ware, der Käufer kauft Gebrauchsgüter. Nur das Geld allein kauft jeder als Ware. Nur das Geld ist uns als Ware nützlich; das Geld, und vornehmlich das Papiergeld, ist also eigentlich

die einzige nützliche Ware.

Das Geld ist schon als Ware Gebrauchsgut, also nützlich; alle übrigen Waren erweisen sich als nützliche Gegenstände, wenn sie den Konsumenten erreichen, also vom Markte verschwinden, als Ware tot sind.

Die Schwierigkeit für die volle Aufnahme des Geldbegriffs liegt darin, daß sich das Geld mit nichts anderem vergleichen läßt, also ein in sich abgeschlossenes, nach allen Seiten unabhängiges Ganzes bildet. Wiewohl ein konkreter Gegenstand, handelt es sich doch eigentlich um eine Abstraktion, da keiner der Millionen von Begriffen, die unseren Denkschatz bilden, auf das Geld Anwendung findet. Wir müssen das Ding an sich betrachten und von den außerhalb der Geldsphäre liegenden Tatsachen nur wenig oder keine Unterstützung unseres Studiums erwarten. (Am wenigstens aus Tabakswolken und Bierdunst.)

Alles was uns umgibt, selbst das Ding in der Schädelkapsel, womit wir über andere Dinge denken, ist materieller Natur, nur das Geld nicht. Freilich muß es greif- und sichtbar sein, aber nur, damit wir sein Dasein feststellen, es zählen und übertragen können; nicht etwa, weil wir irgend etwas von seinen körperlichen Eigenschaften erwarten. Auf die Zahl allein kommt es beim Gelde an (es muß selten sein, sagen die Theoretiker der Goldwährung). Qualitäten hat das Geld als Körper nicht, wenigstens würde man sie nicht vermissen, wenn sie gänzlich fehlten. (Weil das Gold 30mal weniger Körper, Substanz hat als das Silber — darum allein

zieht man das Gold vor. Bei allen anderen Waren dagegen heißt es — je mehr, desto besser.) Es genügt, daß man das Geld sehen, greifen, zählen kann; alle anderen Eigenschaften der Substanz sind beim Gelde nur lästiger Ballast.

Man kauft den Honig, weil er süß ist, das Bier, weil es berauscht, den Mist, weil er düngt, den Ballast, weil er wiegt, den Meterstock, weil er lang ist. Aber beim Geld verlangt man gar keine Eigenschaft. Eine leere Flasche würde als Geld bessere Dienste leisten, als eine volle. Waren, die nicht innerhalb eines Jahres verkauft werden, d. h. den Konsumenten erreichen, gelten als Lagerhüter. Das Geld läuft 100, auch 1000 Jahre, um und um, und niemals wird es verbraucht. (Ausnahmsweise schmelzen die Juweliere Goldstücke ein); die 30 Silberlinge, die Judas für seinen Verrat empfing, dies selbe Sündengeld, nur mit neuer Prägung, empfängt der Papst vielleicht heute schmunzelnd aus den Händen der Pilger.

Wie gleichgültig das Publikum den körperlichen Eigenschaften des Geldes gegenüber ist, kann man am besten daran ermessen, daß unter tausend nicht einer ist, der zu sagen weiß, wie viel Grammteile Gold er für eine Mark d. R.-W. zu fordern hat. Wer es nicht glaubt, kann ja den Versuch machen.

Darum fordert man auch, daß die Geldsubstanz möglichst wenig Eigenschaften habe; darum ist man auch instinktiv in der Wahl des Geldmaterials nach und nach auf das Naturprodukt gekommen, das von allen natürlichen Körpern am ärmsten mit Eigenschaften versehen ist, nämlich das Gold.

Nicht seiner Farben wegen hat man das Gold zu Geld erhoben, sondern weil es das Minimum an Farbe hat. Nicht seines Gewichtes wegen, sondern im Gegenteil, weil es das Minimum an Gewichtsballast gestattet, nicht des Umfanges, der Größe, der Länge und Breite wegen, sondern weil es ein Minimum an Umfang zuläßt. Auch nicht seines Geruches, seiner chemischen Affinitäten wegen, denn von allen Substanzen hat das Gold die wenigsten. Das Gold rostet nicht, fault nicht, wächst nicht, zergeht nicht, bricht nicht, schneidet, kratzt nicht, verfärbt nicht, verbrennt nicht — es ist leblos, das Urbild des Todes.

Nicht positive, sondern nach allen Seiten hin negative Eigenschaften suchen wir in der Geldsubstanz. Von allen Eigenschaften ohne Ausnahme möglichst **wenig**, das ist die Forderung.

Ist das Geld greif- und sichtbar, so daß man es übertragen und zählen kann, so sind alle Bedingungen erfüllt, die an die Geldsubstanz gestellt werden, denn nur durch die Zahl unterscheidet sich ein Geldstück vom anderen.

Kühl bis ans Herz hinan, gleichgültig, wie der Kaufmann seinen Waren gegenüber, so betrachtet jeder die Geldsubstanz. Kommt man mit dem Schatten des Geldes aus, so zieht jeder den Schatten vor — wie die Existenz und Beliebtheit der Banknoten beweisen.

Je negativer die Eigenschaften der Geldsubstanz, umso positiver ihre Vorzüge. Das ist das ganze Geheimnis der Papierwährung.

Wenn ich zu Anfang sagte, daß das Geld als Ganzes sich mit nichts anderem vergleichen läßt, so schließt das nicht aus, daß einzelne Seiten oder Erscheinungen des Geldwesens doch einen Vergleich zulassen. In Bezug auf die Geldsubstanz z. B. läßt sich das Geld ziemlich gut mit dem Fußballspiel vergleichen. Es kommt den Spielern nicht auf das Leder

oder den Gummi des Balles an, sondern nur auf seinen Besitz: Zerrissen, zerlumpt, beschmutzt, neu, alt — alles ist gleichgültig. Ist der Ball greif- und sichtbar, so kann die Katzbalgerei losgehen. Und um mehr handelt es sich beim Gelde auch nicht. Haben oder nicht haben; ein steter Kampf um seinen Besitz, nicht weil man den Ball an sich braucht, weil man das Geld konsumiert, sondern weil man weiß, daß andere es wiedergewinnen und zu seiner Wiedergewinnung Opfer bringen müssen. Beim Fußball bestehen diese Opfer in Fußtritten, beim Gelde in Waren. Das ist der ganze Unterschied.

Liebhabern von kurzen Begriffserklärungen wird vielleicht diese Definition des Geldes Spaß machen: Das Geld ist der football der Volkswirtschaft.

---

2. Abschnitt. Die Sicherheit des Geldes.

Allgemein hält man eine besondere Sicherung des Metallgeldes (Gold) für überflüssig; wenn man aber vom Papiergeld spricht, so fragt auch schon jeder nach der Sicherheit.

Man glaubt, daß die goldene Münze durch ihr Gewicht an Gold schon vollauf gesichert sei, und bisher hat man noch niemals von einem Vorschlage gehört, die Goldmünzen noch besonders zu sichern.

Sind doch, nach der landläufigen Auslegung des Geldbegriffs, die Münzen einfach Goldbarren, deren Gewicht und Feingehalt durch den Staat gesichert ist. (Otto Arendt: Unsere Reichsmark ist nichts als die Bezeichnung für $^1/_{1395}$ Pfund Gold.)

Falsche, volkstümliche Ansichten lassen sich leider nur durch Tatsachen, durch das Experiment, widerlegen, aber mit dem Gelde läßt sich nur mit Einwilligung des Volkes experimentieren. Woher nun die Tatsachen nehmen, um jene Ansichten zu widerlegen? Wir sind also auf Theorien angewiesen. Um die Notwendigkeit einer Deckung der Goldmünzen den landläufigen Ansichten gegenüber darzutun, müßte man alle Goldmünzen mit einem Hammer breitschlagen und dann den Eigentümern die Metallbarren (die dadurch ja nichts an Feingehalt einbüßen) mit den Worten zurückgeben: Hier habt ihr die Deckung eures Geldes; das, worauf ihr nach eurer eigenen Aussage Anspruch habt; also ein bestimmtes Quantum Feingold geben wir euch zurück. Geld jedoch ist dieses Gold von nun an nicht mehr. Seht zu, wie ihr die Metallbarre nützlich gebrauchen könnt. Wir machen jetzt wieder Geld aus Silber (oder Papier) und nehmen kein Gold mehr an, lehnen auch den Umtausch gegen Silbergeld ab. Die Goldmünze war nach eurer eigenen Ansicht durch ihren Metallgehalt gesichert. Ihr habt diesen Metallgehalt in der Hand. Wir sind durch kein Gesetz gezwungen, euch schadlos zu halten, ihr habt dem Staate Goldbarren geliefert; er hat sie kostenlos in Goldmünzen umgeprägt; jetzt gibt er jedem zurück, was er geliefert hat. Zu fordern habt ihr nichts, denn ihr habt ja nichts geleistet!

Hätte man nach diesem Rezept 1872 bei Einführung der Goldwährung verfahren; hätte man die landläufige Auslegung des Geldbegriffes damals zur Richtschnur in der gesetzlichen Geldbehandlung genommen und jeden

Besitzer von Talern ohne Entschädigung einfach im Besitze des Silbers gelassen, so wären den Bierphilistern am Stammtisch, im Reichstag, auf dem Katheder und in der Reichsbank die Augen geöffnet worden über das, was als wahre Sicherung des Geldes zu betrachten ist.

Tatsache ist, daß, wie die Silbermünzen beweisen, das „gemünzte Geld“ nur äußerst mangelhaft durch seinen Metallgehalt gesichert werden kann. Vor 30 Jahren waren „XXX ein Pfund fein“ (Inschrift des pr. Talers); heute muß man gut zwei Pfund fein geben, um 30 Taler zu erhalten. Kaum 40 Proz. der Münze sind durch den Silbergehalt gedeckt. Und mit dem Golde verhält es sich genau so. Im Jahre 1856 hing es an einem Haare, da wäre das Gold statt des Silbers der Geldprivilegien beraubt worden. In Holland wurde tatsächlich das freie Prägerecht dem Gold entzogen. Hätten die kalifornischen Goldfunde nicht nachgelassen, oder hätte, statt des kleinen Hollands, das mächtige England die Initiative ergriffen, so wäre das Schicksal des Goldes damals besiegelt worden. Was wäre aber heute das Gold ohne die Geldprivilegien? Es hätte wirtschaftlich dieselbe Bedeutung, die das Silber heute hat. Ein Rohstoff für den bedeutungslosesten Zweig des tausendästigen Industriebaumes! Wer spricht heute noch vom Silber; wen interessiert sein Preis?

Dabei braucht man nicht zu glauben, daß, um dem Silber die uralten Geldvorrechte zu entziehen, eine große Volksbewegung nötig gewesen ist. Die ganze „Münzreform“ wurde von einem halben Dutzend Phrasendreschern eingeleitet, begründet und gegen ein anderes halbes Dutzend Phrasendrescher verteidigt. Leere Redensarten, unverdaute Theorien, billige Beteurungen, Behauptungen, Ansichten — das war damals die ganze Währungsdebatte, und alle nachfolgenden waren von derselben Qualität.

Das gilt übrigens für alle Länder. In der Schweiz hat man jetzt beschlossen, eine Zentralnotenbank zu gründen. Die Verhandlungen darüber haben Jahre in Anspruch genommen, aber nicht etwa, weil man Material brauchte, um die Voraussetzungen der Goldwährung auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Mit keinem Worte sind diese erwähnt worden. Nein, man stritt sich — um die Verteilung des Profits und um den Ort, wo die Bank aufgestellt werden sollte!! Und trotz dieser entscheidenden Bedeutung, die man dem Profite beimaß, hat man sich nicht einmal die Mühe gegeben, die Berechnung des erwarteten Profits einer Revision zu unterwerfen. Durch die Zentralisation der Notenausgabe und durch die damit verbundene Einführung des Schecks und Postschecks wird der Bedarf an Noten aber ganz außerordentlich abnehmen und natürlich auch der Gewinn aus der Notenemission.

Bismarck behauptete mit einer Art Stolz, daß er von Währungsfragen nichts verstünde, und jeder Deutsche, der etwas auf sich hielt, gab zu verstehen, daß er mit diesem Judenkram nichts zu tun haben wollte. Vielleicht um sich die Sache noch leichter zu machen, als wie sie durch die allgemeine Gleichgültigkeit schon war, wurde das Gerücht verbreitet, daß es sich um sehr komplizierte Fragen handelte, daß neben der Liebe die Währungsfrage die meisten Verrückten gemacht habe (Bamberger). Dadurch wurde die wissenschaftliche Kritik von der Währung abgehalten, und unter Blinden ist ja der Einäugige König. Tatsache ist, daß bisher keine einzige Voraussetzung der Goldwährung kritisch untersucht wurde. Wenn es von der deutschen Wissenschaft heißt, daß sie nichts ungeprüft voraussetzt, so weist die deutsche Währung keine Spur wissenschaftlicher Bearbeitung auf — denn hier ist eben alles vorausgesetzt und nichts ge-

prüft worden. Ob das die Wirkung erwähnter Abschreckungspolitik ist oder des Bieres, will ich nicht untersuchen; Tatsache ist, daß noch 30 Jahre nach der Münzreform Knut Wicksell sagen konnte:

> „Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß noch in der Gegenwart, viele, selbst der hervorragendsten Nationalökonomen ohne eine wirkliche, logisch durchdachte Theorie des Geldes dastehen.“ [1])

Hier in dieser allgemeinen Gleichgültigkeit des Volkes, der Wissenschaft, der Presse dem Gelde gegenüber liegt die einzige Gefahr, die dem Gelde droht, gegen diese Gefahr müssen wir für Sicherung sorgen. Es geht doch nicht, daß das gesamte Geldwesen, die Grundlage der Volkswirtschaft, von einigen interessierten Personen abhängig gemacht werde.

In jedem Buche über Geldwesen ist das sogenannte „Gresham-Gesetz“ erwähnt. Darnach wird das teurere Geld durch das billigere (sogen. schlechtere) Geld aus dem Verkehr gestoßen.

Haben wir nun in der Goldwährung, in dem Metallgehalt der deutschen Münze einen Schutz gegen die Wirkung dieses Spiels der Kräfte? Haben wir in dem Goldgehalt der Münzen eine Sicherheit, daß diese nicht durch billigere Münzen (Silber, Papier) aus dem Lande gestoßen werden? In dem Goldgehalt der Münzen kann diese Sicherung nicht liegen — denn gerade dieser Goldgehalt würde die Münzen verdrängen.

In den Gesetzen und Pergamenten liegt dieser Schutz auch nicht, denn wie die Erfahrung beweist, genügen bei der allgemeinen Unwissenheit der gesetzgeberischen Körperschaften einige dem Bierdunst angepaßte hohle Phrasen, um diese Körperschaften wie ein Rohr in der Wüste hin- und herzutreiben.

Es ist Tatsache, daß in all den Ländern, wo heute die sogenannte Papierwirtschaft betrieben wird, vorher Gold oder Silber im Verkehr war. So in Frankreich, als John Law seine interessanten Versuche machte, so wiederum in Frankreich, als man zur Assignatenwirtschaft überging, so in Frankreich während des Krieges. In Schottland, in England, in Österreich, in Rußland, in Italien, in Spanien, in Portugal, in den Vereinigten Staaten, in Argentinien, in Indien usw. In all diesen Ländern ging der Papiergeldwirtschaft die Metallwährung voran, in all diesen Ländern hatte man durch den Metallgehalt die Münzen vor Pfuscherei zu sichern gesucht. Und was hat in all diesen Fällen diese „Sicherheit“ genützt? Welche Sicherung boten die Gesetze?

Schwindel, zu Tage liegender Schwindel, liegt in der Behauptung, das Geld sei durch seinen Metallgehalt gedeckt. Ein naiver Glaube gehört dazu, in dem Goldgehalt der Münzen eine Sicherung der Währung zu erblicken.

Den einzigen, den man durch den Metallgehalt der Münze vor dem Spiel der Kräfte, welches man Gresham-Gesetz nennt, einigermaßen schützen kann (die Liquidation der Silbermünzen würde heute ca. 40 Proz. Dividende geben) ist der zufällige Besitzer der Münze. Er kann das Metall verkaufen. Aber was bedeuten die lumpigen 4 Milliarden Mark an gemünztem Golde, die nach Aussage des Reichsbankpräsidenten in Deutschland umlaufen? Was sind diese 4 Milliarden Münze gegenüber den 1000 Milliarden

[1]) Knut Wicksell: Geldzins und Güterpreis.

an Pfandbriefen, Wechseln, Staatsschulden, Pacht- und Mietverträgen usw. usw.? Sind diese 1000 Milliarden etwa auch noch durch die 4 Milliarden in Münzen gegen die Wirkung des Gresham-Gesetzes gedeckt? Kann man denn mit einem Markstück ein Kartoffelfeld bedecken? Genügt ein Regenschirm für ein Regiment?

Schwindel ist die Phrase von der metallenen Sicherung der deutschen Währung. Wirtschaftlich und rechtlich hat eine Mark in Reichsanleihe, Pfandbriefen, Wechseln usw. dieselbe Bedeutung wie eine Mark gemünztes Geld, und wenn man der Ansicht ist, daß die gemünzte Mark d. R. W. einer materiellen Sicherung bedarf, so müßte man der ungemünzten Mark auch eine solche geben.

Nehmen wir an, daß die 4 Milliarden an gemünztem Gelde durch gesetzliche Maßnahmen außer Land gedrängt würden, wie es zu wiederholten Malen in all den oben erwähnten Ländern der Fall gewesen ist — was würde aus den zurückgebliebenen nicht gemünzten 1000 Milliarden d. R. W. werden? Makulatur, ein Spielball in den Händen eines in Währungsfragen völlig unwissenden Parlamentes!

Das gemünzte Geld ist ja nur eine Bagatelle im Vergleich zu den ungemünzten Geldsummen. Darum kann die metallene Sicherung der Münze auch nur die Bedeutung einer Bagatelle haben.

Um der Mark d. R. W. Sicherung zu verleihen, müssen wir einen tieferen Keller, festere stahlgepanzerte Schränke haben, damit auch deren Geschwister eines Schutzes teilhaftig werden. Der Keller der Reichsbank soll nicht 4, sondern 4000 Meter tief sein, damit er nicht mehr von einer Handvoll interessierter Personen erbrochen werden kann, die Währungsgesetze sollen nicht mehr auf Pergament geschrieben, sondern direkt in die Gehirnkapsel des Volkes eingraviert werden. Mit einem Wort: die Mark d. R. W. soll durch die theoretische, währungspolitische Schulung von 10 Millionen Wählern gedeckt und gesichert werden. Nur so kann dem hohlen Geschwätz ein Ende bereitet, nur so können die 4 Milliarden an gemünztem Gelde neben den 4000 Milliarden an ungemünztem Gelde vor Raubzügen gesichert werden.

Im Reichstage sagte der Abg. Kanitz, der Reichsbankpräsident verstünde so wenig von der Theorie des Geldes, wie die Schneider von der Theorie des Metermaßes.

Können wir das Eigentum mit dem Eigentum selber decken und sichern? Ist eine volle Börse vor Dieben sicherer als eine leere? Die Sicherheit des Eigentums liegt nicht in der Festigkeit der Riegel und bei den Säbeln der Polizisten, sondern in dem Willen des Volkes, das Eigentum aufrecht zu erhalten. Gibt es etwa neben den diebessicheren Schränken auch steuersichere Schränke?

Nun, genau so verhält es sich mit der Sicherheit des Geldes. Vor der Allmacht des Staates im Geldwesen, vor dem Walten des Gresham-Gesetzes sind alle materiellen Sicherheiten des Geldes eitel Spreu. Das Geld hat nur eine Sicherheit, das sind gesunde, zum Gemeingut des Volkes gewordene, währungspolitische Anschauungen. Alles andere ist Dunst, Bier, Schimäre. Man kann die Währung mit Gold ebensowenig sichern, wie man die Verfassung des Landes mittels des Pergamentes, worauf sie niedergeschrieben ist, schützen kann.

---

3. Abschnitt. Die Deckung des Papiergeldes.

Eine Ware ist gedeckt, so lange die übliche Nachfrage nicht fehlt, d. h. so lange jemand da ist, der das übliche Quantum Ware oder Geld in Tausch zu geben bereit ist. Sich selbst aber kann keine Ware decken. Ohne Nachfrage wird jede Ware zu nutzlosem Plunder. Was kann der Apotheker mit seinen Pillen machen, wenn die Nachfrage fehlt? Soll er sie selber verschlucken?

So ist es auch mit dem Gelde.

So lange wir uns in die Arbeit teilen, d. h. so lange wir Waren (Tauschobjekte) erzeugen, die wir tauschen müssen, so lange werden wir Geld brauchen, und so lange wir Geld brauchen, wird auch Nachfrage für Geld bestehen.

Die Ware und in letzter Linie die Vorteile der Arbeitsteilung, die bilden also den unerschöpflichen Schatz, die diebessichere Deckung des Geldes.

So lange niemand die Arbeitsteilung stehlen kann, ist auch die Nachfrage für Geld und dadurch auch wieder das Geld selber gedeckt.

Neben der Arbeitsteilung, der Nachfrage für Geld, gibt es keine andere Deckung. Es verhält sich hier mit dem Gelde wie mit dem Weizen (oder jeder anderen Ware). So lange der Hunger nicht abgeschafft wird, ist auch der Weizen als Ware gedeckt; und so lange die Arbeitsteilung Vorteile bietet, wird man Nachfrage nach Geld halten.

Und was hier ganz besonders betont werden soll — die Nachfrage für Geld (die die eigentliche und letzte Deckung des Geldes bedeutet), wird immer und zu allen Zeiten sich genau und haarscharf mit dem Quantum Waren decken müssen, womit die Arbeitsteilung den Markt beschickt.

Und auch das soll hier besonders hervorgehoben werden, daß die Nachfrage für Geld, also die Deckung, völlig unabhängig ist und immer völlig unabhängig sein wird von der Beschaffenheit des Geldes, von der Geldsubstanz, von der Größe der Metallmassen, womit man das Geld „gedeckt“ zu haben glaubt, sei es, daß man das Geld gleich mit einem Metallballast beschwert (Münzen), sei es, daß man diesen Ballast getrennt vom Gelde (Banknoten) in einem Keller aufbewahrt. Ob in der Reichsbank 10 oder aber 1000 Tonnen Gold lagern, hat auf das Angebot von Waren keinerlei Einfluß. Ob wir Geld aus Gold, Silber, Papier oder Guano machen — die Nachfrage für Geld wird immer die gleiche sein, nämlich genau so groß wie das Angebot von Waren. Ist die Warenproduktion groß, so ist die Nachfrage für Geld auch groß. Ist die Warenproduktion klein, so ist der Bedarf an Geld auch klein — denn die Ware — das ist die wahre Nachfrage für Geld, neben der es keine andere Nachfrage für Geld geben kann.

Ware und Geldbedarf sind zwei verschiedene Ausdrücke für die gleiche Sache. Für die Abschätzung der Deckung des Geldes bieten uns die Geldsubstanz, sowie etwaige Metallreserven nicht den geringsten Anhaltspunkt; haben wir aber einen Überblick über die Warenzufuhren, so wissen wir auch, wie weit das Geld gedeckt ist — ganz einerlei, aus welchem Stoffe das Geld gemacht ist.

Wo ist die Deckung der Eisenbahnaktien? Etwa in dem Papier,

woraus sie bestehen, in der Kassette der Schalterbeamten? Nein, sondern in dem Verkehr, in den Gütermassen, die der Bahn zugeführt werden.

Und genau so verhält es sich mit der Deckung des Geldes. Wie die Gütermasse, die der Bahn zur Verladung übergeben wird, unabhängig ist von der Farbe der Güterwagen, so ist auch die Gütermasse, die dem Gelde behufs Austausches zugeführt wird, von allen Eigenschaften der Geldsubstanz unabhängig.

Die Geldsubstanz, wie auch jede andere Reserve ist darum als Deckung des Geldes überflüssig.

Nun wird man sagen, daß die Anpassung des Geldangebots an die Bedürfnisse des Marktes sehr oft die Einziehung eines Teiles (Überschusses) des Geldumlaufes nötig macht und daß die „Deckung“ oder Metallreserve diesem Zwecke dient.

Daß solche Überschüsse entstehen können, wird nicht bestritten, aber falsch ist es, daß man diese Überschüsse mit Metallreserven beseitigen kann, die das freie Prägerecht genießen. Zieht die Bank 100 Millionen Überschüsse an Papiergeld durch Tausch gegen ebensoviel Millionen in Metallgeld aus dem Verkehr, so bleiben die Überschüsse im Verkehr. Geldüberschüsse können also nur dem Verkehr entzogen werden durch Tausch gegen Dinge, die an sich nicht auch Geld sind, z. B. zinstragende Bonds.

Bei einseitig nationalen Geldüberschüssen in Ländern mit Goldwährung geht der Überschuss von selbst außer Landes in Form von Gold. Nur dann wäre hier eine Reserve am Platz, wenn dieser Überschuß größer wäre, als der gesamte Bestand an gemünztem Gelde. Ein Fall, der auf Wunsch, aber auch nur auf Wunsch der Gesetzgeber eintreten kann, indem sie die Ausgabe von entsprechenden Quantitäten von Papiergeld gestatten. Gegen diese Möglichkeit hilft aber auch wieder keine Deckung, wie ich das im vorigen Kapitel zeigte. Übrigens, wird ordnungsmäßig das Papiergeld durch das Diskontieren kurzsichtiger Wechsel in Umlauf gebracht, zeigt sich also ein Überschuß, so braucht man nur den Betrag der fälligen Wechsel einzuziehen, um dem Übelstand abzuhelfen. Metallreserven sind also auch hier überflüssig.

Zur Sicherheit des Geldes gehört, daß sein Preis nicht schwankt, d. h., daß man für dasselbe Geld immer ein gleich großes Warenquantum erhält. Die Deckung des Geldes soll diese Sicherheit erhöhen.

Nun frage ich: Welche Gewähr kann das durch seine Substanz oder durch Metallreserven „gedeckte“ Geld dafür bieten, daß zu allen Zeiten, und unter allen Verhältnissen, im Kriege wie im Frieden und völlig unabhängig von den Interessen der Geldbesitzer immer genau so viel Geld angeboten wird, wie Ware erzeugt und angeboten wird? Und doch wäre dies die Voraussetzung für die Erzielung eines festen Tauschverhältnisses zwischen Ware und Geld; die Voraussetzung also für die Sicherheit des Geldes. Denn Nachfrage und Angebot bestimmen doch das Tauschverhältnis.

Durch welche geheimnisvolle Eigenschaft könnte ein tief in Gewölben vergrabener Goldschatz, könnte die metallene „Deckung“ des Geldes bewirken, daß nicht mehr und nicht weniger Geld als gerade nötig, gegen Waren, oder Waren gegen Geld angeboten werde, um das gewünschte feste Verhältnis im Tausche der Waren und des Geldes zu erhalten? Zersprengt das Gold etwa selbsttätig den Geldschrank, wenn ihn sein Besitzer aus Spekulation, Wucher oder wegen politischer Gerüchte verschließt? Sind die 120 Millionen im Juliusturme schon einmal ausgebrochen, um

einem Geldmangel abzuhelfen? Nein, nicht einmal in 30 Jahren. Kann die „Deckung“ des Geldes verhüten, daß bei ungünstigen Konjunkturen, d. h. wenn die Preise sinken und wegen Geldmangels eine Krise ausbricht, die Kaufleute, Bankiers, Spekulanten usw. mit dem Angebot des Geldes zurückhalten, trotzdem die Nachfrage für Geld (das Angebot von Waren) täglich dringender wird?

Und doch müßte man von der Geldsubstanz, von der Deckung des Geldes solches erwarten, wenn für die Sicherung des Geldes eine Deckung nötig erachtet wird.

Wenn die „Deckung“ des Geldes aber keinen Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot und damit kein festes Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld automatisch erreichen kann, so ist solche Deckung überflüssig. Gehört für die Herbeiführung eines solchen Ausgleiches eine vom Gemeinwohl bestimmte Handlung, so wird der Preis und die Sicherheit des Geldes von dieser Handlung und nicht von der Geldsubstanz abhängig.

Fassen wir hier kurz das in den beiden letzten Abschnitten Gesagte zusammen:

1. Die Geldsubstanz kann an sich keine Währungsänderungen verhindern, weder nach der guten noch nach der schlechten Seite. (Gresham-Gesetz, Abschaffung der Silberwährung, Verdrängung des Metallgeldes durch Papiergeld usw.)
2. Die Geldsubstanz kann nur das gemünzte Geld decken und zwar nur bis zur Höhe des Preises, den das Metall nach Verlust seiner Geldvorrechte etwa noch erzielt. (Der Silbergehalt des Talers ist, seitdem das Silber das Prägerecht verlor, dem Golde gegenüber von 3 Mk. auf 1.20 Mk. gesunken.)
3. Die Geldsubstanz läßt die 1000 mal größeren Summen ungemünzten Geldes ungedeckt.
4. Die Geldsubstanz ist für die Nachfrage nach Geld gleichgültig; sie vermag diese Nachfrage weder zu erwecken, noch zu beherrschen, noch zu beeinflussen. Ob das Geld aus Gold oder Guano gemacht wird — das Angebot von Waren ist immer gleich.
5. Die Geldsubstanz (so weit es sich um Edelmetalle handelt) vermag auch das Angebot von Geld nicht zu beeinflussen, zu beherrschen, zu erwecken. Das Geldangebot wird willkürlich von den Kapitalisten erweitert oder eingeschränkt. (Spekulation, Krisen, Kriegsschatz im Juliusturm, Privatreserven.)
6. Die Geldsubstanz vermag einen automatischen Ausgleich zwischen Angebot von Geld und Waren und damit ein festes Tauschverhältnis nicht herbeizuführen.
7. Die Geldsubstanz ist also als Deckung und Sicherung überflüssig.
8. Das Geld wird durch die Arbeitsteilung gedeckt.
9. Die Sicherung des Geldes kann nur dadurch erzielt werden, daß gesunde währungspolitische Anschauungen Gemeingut des Volkes werden.

Alles andere, — Metallgehalt, Deckung, Reserven, Gesetze, Pergamente usw. ist Schwindel, nichts als Schwindel.

4. Abschnitt. Welchen Preis soll das Geld erzielen?

Wenn das Interesse an der Geldsubstanz nach allen Seiten hin nur ein negatives ist, so ist dafür das Interesse am Preise, den das Geld erzielt, umso größer. Wie viel Ware werde ich für das Geld erhalten im Vergleich mit den Waren, die ich für das Geld gegeben habe? Das ist in der Tat eine sehr interessante Sache; für Gläubiger und Schuldner sogar eine Lebensfrage.

Das „Haben" der Schuldner besteht in der Regel aus Waren, während ihr „Soll" ausnahmslos in einer Geldsumme besteht.

Verschiebt sich nun das Tauschverhältnis der Waren zum Gelde, so verschiebt sich dadurch auch das Verhältnis vom Soll zum Haben. Bei entwickeltem Kreditwesen (Pfand- oder Hypothekarschulden, Staats-, Reichs- und Gemeindeschulden, Privatschulden, Wechselschulden, Miet-, Pacht-, Arbeitsverträgen usw.) genügt dann oft eine nur geringe Verschiebung im Tauschverhältnis der Waren zum Gelde, um eine Volksklasse zugunsten der anderen um Milliarden und aber Milliarden zu belasten.

Die Zinsen und Tilgungsbeträge der Pfandbriefe z. B. und der Staatsschulden müssen von den Schuldnern (Grundbesitzern und Steuerzahlern) durch den Verkauf ihrer Produkte aufgebracht werden. Braucht ein Bauer zu diesem Zwecke bei einem Preise von 260 Mark (Preis vor der Goldwährung) 100 Sack Weizen, so muß er bei einem Preise von 130 Mk. (nach der Währungsreform) demselben Zwecke 200 Sack Weizen opfern. Er verliert also jährlich 100 Sack Weizen, d. h., die Last seiner Schulden ist verdoppelt worden zugunsten seiner Gläubiger. Umgekehrt natürlich würde es sich verhalten, wenn der Weizenpreis von 260 auf 520 gestiegen wäre, dann würde er die Zinsen seiner Schuld und die Tilgungsbeträge statt mit 200 Sack mit nur 50 Sack jährlich bezahlen können.

Muß der Arbeiter für die Verzinsung und Tilgung der Reichs-, Staats- und Gemeindeschulden 100 Mark jährlich an direkten und indirekten Steuern aufbringen, so hängt es ganz davon ab, wie sich das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld gestaltet, ob er jährlich diesen Schulden 10 – 20 oder 50 Tage fronen muß.

Kurz, je gleichgültiger allen die Geldsubstanz ist, umso größere Aufmerksamkeit schenkt man dem Preise, den das Geld erzielt. Fällt dieser Preis, d. h. erhält man für dasselbe Geld weniger Ware als früher (Hausse), so lachen die Schuldner und fluchen die Gläubiger, steigt dagegen dieser Preis (Baisse), so fluchen die Schuldner und die Gläubiger lachen sich den Bauch voll über die Verlegenheit ihrer Schuldner. Was der eine da gewinnt, verliert der andere.

Welchen Preis soll nun aber das Geld erzielen? Sollen wir den Gläubigern oder Schuldnern diese Frage zur Entscheidung vorlegen, soll das Geld von Spitzbuben verwaltet werden?

Antwort: Die Spitzbuben sollen an den Galgen und niemand darf betrogen werden. Das Geld soll über Ort und Zeit hinweg stets und ewig denselben Preis erzielen, den man in Waren dafür bezahlt hat, damit der Schuldner das zurückzahlt, was er selbst in Waren für das geborgte Geld erstanden hat. Keinen Pfennig mehr, keinen Pfennig weniger.

Es versteht sich das von selbst; es braucht keine weitere Begründung.

5. Abschnitt. Wie der Preis des Geldes mit mathematischer Genauigkeit ermittelt werden kann.

Wie der Preis der Waren in Geld ausgedrückt wird, so wird der Preis des Geldes in Waren ausgedrückt. Die Warenpreise haben nur einen Ausdruck, der Geldpreis hat dagegen so viele Ausdrücke, wie es Warenarten, Warenqualitäten und Warenstandorte gibt. Wer sämtliche Preisverzeichnisse und Marktzettel des Landes rückwärts liest, der weiß genau, wie viel das Geld heute gilt.

Will man aber erfahren, ob das Geld im Preise gestiegen oder gesunken ist, so genügt ein Vergleich der Preisverzeichnisse nicht, denn während vielleicht 10 Millionen verschiedener Artikel im Preise stiegen, sind andere Millionen Artikel im Preise gefallen. Dabei ist es auch nicht gleichgültig, welche Artikel im Preise schwanken, ob die Kohle, der Weizen, das Eisen, oder ob dagegen die Straußenfedern, die Stecknadeln, der Pfeffer im Preise fielen.

Ein Beispiel wird das zeigen.

A. kauft:	1 Tabakspfeife	Mk.	1.00
	1 Schachtel Wichse	„	0.50
	1 Dtzd. Stahlfedern	„	0.50
	1 Hut	„	3.00
	1 Paar Stiefel	„	4.00
	1 Hose	„	11.00
		Mk.	20.00

Ein Jahr darauf steckt er wieder 20 Mk. ein, um die gleichen Gegenstände am gleichen Orte zu kaufen. Die Preise haben sich aber verändert; man fordert für:

1 Tabakspfeife	Mk.	1.10	m.
1 Schachtel Wichse	„	0.60	m.
1 Dtzd. Stahlfedern	„	0.80	m.
1 Hut	„	2.50	w.
1 Paar Stiefel	„	3.00	w.
1 Hose	„	10.00	w.
	Mk.	18.00	

Trotzdem also die eine Hälfte dieser 6 Artikel im Preise stieg und die andere im Preise fiel, ist der „Durchschnittspreis“ um 2 Mk. oder 10 Proz. zurückgegangen. Mit obigen Waren gemessen, wird der Käufer einen Preisaufschlag des Geldes von 11 Proz. feststellen; er erhält für sein Geld 11 Proz. mehr Ware als früher.

Um das Gleichgewicht mit früher herzustellen, braucht man nicht das frühere gegenseitige Tauschverhältnis der Waren wiederherzustellen, sondern es genügt, das Geld um 11 Proz. zu verbilligen; alle Waren müßten einfach 11 Proz. höher im Preise stehen. Auf das gegenseitige Verhältnis der Warenpreise hat das Geld ja keinen Einfluß. Wenn gleichzeitig die Wichse im Preise steigt und die Hosen im Preise fallen, so liegt das in der Regel an veränderten Produktions- oder Absatzverhältnissen — nur wenn man im „Durchschnitt“ mehr oder weniger Ware von der gleichen Beschaffenheit für

das gleiche Geld erhält, kann man sagen, daß sich das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld verändert hat. Unbekümmert um die früheren Preise müßte also für obige 6 Artikel ein gleichmäßiger Zuschlag von 11 Proz. eintreten. Dann hätten wir:

1 Tabakspfeife	Mk.	1.10	+ 11 Proz. =	Mk.	1.221
1 Schachtel Wichse	„	0.60		„	0.666
1 Dtzd. Stahlfedern	„	0.80		„	0.888
1 Hut	„	2.50		„	2.775
1 Paar Stiefel	„	3.00		„	3.330
1 Hose	„	10.00		„	11.100
				Mk.	20.000

Dieser gleichmäßige Preisaufschlag für alle Artikel kann nur von einer auf alle Waren gleichmäßig wirkenden Ursache kommen, nicht von Veränderungen in den Produktionskosten, und gleichmäßig auf alle Warenpreise kann nur allein der Geldpreis wirken. Machen wir aus einer Mark zwei, so steigen die Preise um 50 Proz., doch das gegenseitige Tauschverhältnis der Waren bleibt unverändert.

Um die etwa im Geldpreis vorkommenden Schwankungen zu ermitteln, müssen wir also den Durchschnittspreis der Waren ermitteln und diesen mit dem Durchschnittspreis einer früheren Periode vergleichen.

Da hier Milliarden auf dem Spiele stehen, da von dem Geldpreis das Wohl und Weh der Gläubiger und Schuldner abhängt, so bedarf es hier einer exakten Arbeit. Die Methode, die hier angewandt wird, muß dem Einfluß der Privatinteressen entrückt sein und ein mathematisch genaues, wissenschaftlich unanfechtbares Resultat liefern. Sonst würden die Klagen der Gläubiger und Schuldner kein Ende nehmen.

Dieses exakte, unanfechtbare Resultat liefern leider die bisher vorgeschlagenen Methoden nicht. Vor der Schwierigkeit zurückschreckend, die Millionen und aber Millionen von verschiedenen Waren, verschiedener Qualität und verschiedenen Standortes offiziell nach ihrer gegenseitigen Bedeutung zu klassifizieren und deren Preise zu ermitteln, hat man vorgeschlagen, sich mit den Preisen einer beschränkten Anzahl von Waren, und zwar der an den Börsen verhandelten Stapelartikel zu begnügen und die relative Bedeutung dieser Waren nach dem in ihrer Produktion und im Handel beanspruchten Kapital einzuschätzen.

So sind die „Index Numbers“ Jevons', Sauerbecks, Soetbeers u. a. zustande gekommen.

Um das Verständnis dieser für die Volkswirtschaft so außerordentlich wichtigen Materie zu erleichtern, lasse ich hier eine solche Tabelle folgen, indem ich dazu bemerke, daß ich die Zahlen aus der Luft greife und diesen also nur eine illustrative Bedeutung zukommt!

(Vergl. hierzu die Tabelle nebst Erläuterungen auf nebenstehender Seite.)

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn wir

1. die Vollständigkeit einer solchen Aufstellung,
2. die Richtigkeit der Preisermittelung,
3. die Richtigkeit der Berechnung der relativen Bedeutung der einzelnen Waren

voraussetzen, das Ergebnis einwandfrei, sogar mathematisch richtig sein würde.

Tabelle zur Ermittelung der Durchschnittspreise der Stapelartikel.

	1860			1880			1900		
	a Preis	b Quantum	c Sa.	a Preis	b Quantum	c Sa.	a Preis	b Quantum	c Sa.
1. Wolle	1.00	100	100	0.80	90	72	0.70	40	28
2. Zucker	1.00	20	20	0.90	90	81	0.80	110	88
1. Lein	1.00	70	70	1.10	40	44	1.20	10	12
2. Baumwolle	1.00	20	20	0.90	40	36	0.80	60	48
1. Holz	1.00	150	150	1.20	100	120	1.30	80	104
2. Eisen	1.00	50	50	0.80	100	80	0.70	130	91
1. Getreide	1.00	400	400	0.80	300	240	0.75	260	195
2. Fleisch	1.00	150	150	1.20	200	240	1.40	260	364
1. Indigo	1.00	30	30	0.80	5	4	0.75	1	7
2. Petroleum	1.00	10	10	1.10	35	38	1.20	49	58
		1000	1000		1000	955		1000	995

Erläuterungen: Nach obiger Tabelle wäre der Durchschnittspreis obiger 10 Artikel von 1000 im Jahre 1860 auf 955 im Jahre 1880 und auf 995 im Jahre 1900 gefallen.

Das in den 3 Rubriken b angeführte Quantum muß natürlich immer auf eine gleiche Summe (hier 1000) zurückgeführt werden, um das Resultat nicht zu fälschen. Auf die absolute Höhe dieser Summe kommt es natürlich nicht an, sondern nur auf die Richtigkeit der relativen Größe der Einzelzahlen. Würden wir z. B. die Summe der angeführten Zahlen auf 500 oder 100 zurückführen, so würde das Endresultat doch das gleiche bleiben. Das Verhältnis der Zahlen 1000 — 955 — 995 bliebe unangetastet.

Der Preis der ersten Kolonne a versteht sich für ein Quantum Ware, das man für eine Mark erhält, z. B. 220 Gr. Wolle, 1530 Gr. Zucker, 197 Gr. Lein usw. Darum erscheinen hier alle Preise gleichmäßig auf 1 Mk. zurückgeführt. Die folgenden Preise der 2. und 3. Kolonne a von 1880 und 1900 verstehen sich für das gleiche Quantum Ware, das man 1860 für je 1 Mk. erhielt — also wieder für 220 Gr. Wolle, 1530 Gr. Zucker usw.

Um alle Schwierigkeiten, die bei dieser Methode der Preisermittelung zu überwinden sind, möglichst in obiger Tabelle zu vereinigen, habe ich die Artikel so gewählt, daß einem Artikel, der an Bedeutung für die heimische Volkswirtschaft abnimmt, gleich ein anderer folgt, der an Bedeutung zunimmt. So z. B. Wolle und Zucker. Die deutsche Schafzucht ist in den letzten Jahrzehnten stetig zurückgegangen und die Wolle hat darum für die deutsche Volkswirtschaft bei weitem nicht mehr dieselbe Bedeutung wie vor 40 Jahren. Damals wirkten die Preisänderungen der Schafwolle zurück auf den Preis einer ungeheuren Schafherde und auf die Rente gewaltiger Landstrecken, die als Schafweiden benutzt wurden. Heute dagegen ist die deutsche Landwirtschaft kaum noch am Wollpreis interessiert, und wenn dieser heute von 100 auf 50 fiele, so würden 99 Proz. der deutschen Bauern dies kaum erfahren. Nur die relativ geringe Zahl von Wollhändlern, Webern und Tuchhändlern würde davon betroffen.

Dadurch nun, daß in obiger Statistik der Preis mit dem Quantum multipliziert wird, führen wir den Wollpreis auf seine wahre Bedeutung zurück.

Ebenso verhält es sich mit dem Zucker, nur im umgekehrten Verhältnis. Die deutsche Zuckerindustrie ist seit 1860 stetig und stark gestiegen, nicht nur absolut, sondern auch relativ zu den anderen Industriezweigen. Viele Schafweiden sind in Rübenfelder umgewandelt worden, zahllose Bauern, ungeheure Kapitalien an Land, Fabriken, Vorräten sind am Zuckerpreis interessiert, und darum ist auch in obiger Statistik dem Zucker ein stetig wachsender Einfluß eingeräumt worden.

Und ähnlich verhält es sich mit den anderen angeführten Artikeln, Lein und Baumwolle, Holz und Eisen, Getreide und Fleisch, Indigo und Anilin.

Aber diese Vollständigkeit und Richtigkeit voraussetzen, heißt wohl Unmögliches voraussetzen. Es gibt Millionen von verschiedenen Artikeln, und jeder einzelne hat wieder zahllose Qualitätsunterschiede. Man durchstöbere z. B. die Kataloge einzelner Fabriken, z. B. photographischer Artikel, Drogen, Eisenwaren usw. Da findet man 1000 Artikel in einer Hand. Und wie will man offiziell die Preise ermitteln? Die Fabriken haben für die verschiedenen Abnehmer blaue, rote, grüne, weiße Zettel mit verschiedenen Rabattsätzen. Wird man nun den offiziellen Preisermittlern die weißen oder grünen Rabattzettel geben?

Jedoch, wenn es kein anderes, einfacheres Mittel gäbe, um zu diesem einwandfreien, mathematisch genauen Ergebnis zu gelangen, so könnte man sich als Notbehelf mit dem Ungefähr begnügen, und anstatt sämtlicher Waren könnte man etwa 300—400 oder 500 der wichtigsten Stapelartikel zur Statistik heranziehen.

Wenn man dann noch diese Arbeit von den verschiedenen Handelskammern vornehmen ließe und den Durchschnitt dieser Aufzeichnungen nähme, so ließe sich wenigstens vom Standpunkt der Unparteilichkeit gegen Schuldner und Gläubiger nicht viel einwenden.

Auf mathematische Genauigkeit müßte man natürlich verzichten, denn

1. lassen sich Warenpreise durch Mittelspersonen und besonders offiziell genau überhaupt nicht ermitteln,
2. ist die Ermittelung der relativen Bedeutung der verschiedenen Waren eine höchst komplizierte Sache, und dem Staate darf man nur Tagelöhneraufgaben anvertrauen.

Aber, wäre das ein Grund, warum man jetzt auf alle Messungen des Geldpreises verzichten sollte? Das Brod mißt man nicht mit dem Pariser Normalmaß, und auch der Schneider bedient sich dießes Maßes nicht. Trotzdem erklären sich die Käufer mit dem Gebrauch des hölzernen Meterstockes einverstanden. Wäre das Ungefähr einer solchen Preisermittelung des Geldes nicht den windigen Beteuerungen des Reichsbankpräsidenten vorzuziehen? Was wissen wir heute vom Preise des deutschen Geldes? Nichts als was uns unsere persönlichen Beobachtungen oder interessierte Personen ohne Beleg, ohne Beweise zu sagen für gut halten!

Auf die so überaus wichtige Frage: Was gilt eine Mark D. R.-W. heute, und was galt sie gestern? erhält man immer dieselbe geistreiche Antwort: Eine Mark wiegt nach wie vor so und so viel Grammteile Gold und gilt 100 Pfg. Und mehr ist nicht herauszubringen, einerlei an wen man sich wendet.

Dieser blinden Unwissenheit gegenüber wäre also ein ungefähres Maß für die Bewegungen des Geldpreises von großem Vorteil, sowohl praktisch wie theoretisch. Ein solches Maß würde uns vielleicht manche Überraschungen bringen und den Goldanbetern rote Verlegenheiten bereiten, aber ist das ein Grund, warum man darauf verzichten sollte? Nimmt der Richter bei seinen Fragen Rücksicht auf die Verlegenheit des Diebes? Ist ein Talglicht nicht besser als stockfinstere Nacht? Ist der Zweifel, den die Wissenschaft schürt, nicht dem blinden Glauben vorzuziehen?

Seit 30 Jahren werden wir vom Reichsbankpräsidenten mit der Behauptung abgespeist, die deutsche Währung bewähre sich vortrefflich, und seit 30 Jahren warten wir auf den Beweis für diese Behauptung.

Die nach obiger Methode angelegte Preisstatistik würde uns einen Anhaltspunkt geben, um diese Behauptung auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Warum hat man bisher diese Statistik nicht gemacht? Antwort: Weil man das Licht fürchtet, das eine solche Statistik in unsere Währungsverhältnisse und in die Machinationen der Reichsbank werfen würde. Alchimisten hassen die exakte Forschung; die Routine haßt die Wissenschaft.

Jedoch, wir brauchen uns gar nicht in bezug auf die Preisermittelung des Geldes mit dem Ungefähr zu begnügen; wir können den Preis des Geldes mit mathematischer Genauigkeit ermitteln, so oft es als nötig erachtet wird.

In der Zeitschrift „Die Geld- und Bodenreform" habe ich vor einigen Jahren unter dem Titel „Eine neue Methode für die Ermittelung des Geldpreises" ein Verfahren veröffentlicht, wie man den Durchschnittspreis wirklich aller Waren ohne eine einzige Ausnahme, vom Weizen bis zu den Küchenabfällen, unter genauester Berechnung der relativen Bedeutung der einzelnen Waren mit mathematischer Sicherheit ermitteln kann, ohne dabei den Staat, sei es mit der Ermittelung der Preise oder mit der Berechnung der Bedeutung jeder Ware, zu belasten. Diese Arbeit wird nach dieser neuen Methode von den Besitzern und Verfertigern der Ware selbst vorgenommen, und zwar auch für diese ohne nennenswerte Belastung. Mit drei dem Inventurbuche entnommenen Zahlen ist für alle der persönliche Beitrag zur Preisermittelungsstatistik gemacht. Der Staat wird nur nackte Zahlen, keine Preise und Qualitäten zu bearbeiten haben. Für die ganze, dem Staate zufallende Arbeit wird ein Dutzend invalider Unteroffiziere genügen.

Diesem neuen Verfahren für die Ermittelung des Durchschnittspreises der Waren liegt die Inventur-Gewinn- und Verlustrechnung zu Grunde, welche einzelne Kaufleute und Unternehmer aufstellen, wenn sie erfahren wollen, inwieweit ihre Bilanz durch Preisverschiebungen innerhalb ihres Warenlagers beeinflußt wurde.

Es handelt sich hier nicht um den Betriebsgewinn oder Unternehmergewinn, sondern nur um die Gewinne resp. Verluste auf das Inventar. Der Inventurgewinn ist vom Unternehmergewinn (bzw. Verlust) immer nur ein Bestandteil; nur bei reinen Spekulationsgeschäften fallen beide in eins zusammen.

Während der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf der Waren liegt, verändern sich die Warenpreise fortwährend, und wenn der Kaufmann für seine Inventur die Preise der Waren auswirft, so darf er nicht etwa einfach die Einstandspreise (Kostenpreise) anrechnen, sondern er muß die Preise ansetzen, zu denen er die betreffenden Waren am Tage der Inventur würde erstehen können. Handelt er anders, so ist seine Bilanz falsch. Steht der Kostenpreis höher als der Tagespreis (Inventurpreis), so hat der Kaufmann verloren, steht er niedriger, so hat er gewonnen.

Der Regel nach gewinnt der Warenbesitzer auf einzelne Waren, während er auf andere verliert. Zieht er den Gewinn vom Verlust ab, so sagt ihm der Rest, wie viel er im Durchschnitt gewonnen oder verloren hat infolge von Preisänderungen. Bringt er diesen Rest in Vergleich mit seinem Warenkapital, so weiß er in Prozenten, um wie viel im Durchschnitt die Preise seiner Waren seit der Zeit ihres Ankaufes gestiegen oder gefallen sind.

Nehmen wir nun an, daß jeder Unternehmer, Fabrikant, Kaufmann, Landwirt, Handwerker usw. eine solche Rechnung macht (bzw. durch

Gesetz dazu gezwungen wird) und daß jeder das Resultat dieser Rechnung unter Angabe:

1. des Gewinnes (bzw. Verlustes),

2. des Kapitals, worauf sich der Gewinn (bzw. Verlust) verteilt,

einer Zentralstelle meldet, so wird man hier nur diese Ziffern zu summieren brauchen, um festzustellen, um wie viel in Prozenten der Durchschnittspreis aller Waren des Landes gestiegen oder gefallen ist, und zwar wirklich aller Waren ohne Ausnahme, mit genauer Berücksichtigung des Quantums jeder Ware.

Heben sich sämtliche Gewinne und Verluste aus Preisdifferenzen ohne Rest auf, so ist der einwandfreie Beweis erbracht, daß im Durchschnitt die Warenpreise weder gefallen noch gestiegen sind. Überwiegen die Gewinne die Verluste, so wird man sagen, daß die Warenpreise im Durchschnitt gestiegen sind; überwiegen die Verluste, so wird man umgekehrt daraus schließen, daß die Preise gefallen sind. Bringt man den Gewinn (bzw. Verlust) in Vergleich mit der Gesamtsumme, auf die sich der Gewinn verteilt, so kann man in Prozenten feststellen, um wie viel die Preise gestiegen, bzw. gefallen sind, oder mit anderen Worten: um wie viel das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld sich in Prozenten nach der einen oder der anderen Seite verschoben hat.

Trotzdem die ganze Sache einfach und durchsichtig ist, so will ich doch, den seltsamen Vorurteilen und Ansichten, welche selbst viele Fachleute in dieser Angelegenheit beherrschen, Rechnung tragend und um jedem Mißverständnis vorzubeugen, durch Beispiele diese neue Methode zur Ermittelung des Durchschnittspreises der Waren erklären, denn ich halte die Sache für sehr wichtig und freue mich über meinen glücklichen Fund wie ein blindes Huhn, das auch mal ein Korn erwischt.

Beispiele von Inventur-Gewinn- und Verlustrechnungen:

1. des Kaufmanns Müller:

auf Lager:	Inventur Preis[1]):	Betrag:	Einstandspreis[2]):	Betrag:
1000 Strümpfe	2.20	2200.00	2.10	2100.00
300 Hemden	12.50	3750.00	13.00	3900.00
500 Hosen	9.30	4650.00	9.60	4800.00
700 Kragen	4.10	2870.00	3.40	2380.00
2000 Hüte	7.60	15200.00	7.20	14400.00
usw.		Mk. 28670.00		Mk. 27580.00

Inventur- oder Tagespreis	Mk. 28670.00
∸ Einstands- oder Kostenpreis . . .	„ 27580.00
Gewinn:	Mk. 1090.00
oder 3.9 Proz. des Kapitals von . .	Mk. 28670.00

Die Waren, die Kaufmann Müller auf Lager hat, sind zum Teil im Preise gestiegen, zum Teil gefallen, im Durchschnitt aber stehen sie um

[1]) Preis, den Müller zahlen müßte, wollte er die Waren jetzt kaufen, oder zu dem er das Verkaufte ersetzen kann.

[2]) Preis, den Müller gezahlt hat.

3.9 Proz. höher. Müßte er diese Waren heute kaufen, so würde er 28670.00 Mk. dafür auslegen müßen, während sie ihm nur 27580.00 Mk. gekostet haben.

2. des Landwirts Schulze:

Produkte:	Erzielter Preis:	Erlös:	Vorgängiger Preis:	Betrag:
100 Ztr. Rogen	16.00	1600.00	18.00	1800.00
1000 „ Kartoffeln	3.00	3000.00	2.50	2500.00
50 „ Wolle	100.00	5000.00	110.00	5500.00
5000 l Milch	10.00	500.00	9.00	450.00
50 Ztr. Mastochsen	80.00	4000.00	90.00	4500.00
		Mk. 14100.00		Mk. 14750.00

Wirklicher Erlös aus den verkauften Produkten	Mk. 14100.00
Zu den vorgäng. Preisen hätten die gleichen Produkte erbracht	„ 14750.00
Verlust:	Mk. 650.00

d. h. infolge der Preisverschiebungen hat Landwirt Schulze eine Mindereinnahme von 650.00 Mk. gehabt oder 4.7 Proz. seiner Gesamtproduktion. Wären infolge einer gleichmäßig alle Waren treffenden Ursache die Preise um 4.7 Proz. höher gewesen, so hätte er statt 14100 Mk. 14750 Mk. eingenommen.

3. des Grubenbesitzers Schmidt:

Vorrat auf	Jetzt erzielter		Früherer	
Lager:	Preis:	Erlös:	Preis:	Wert:
10000 t Kohlen	20.00	200000.00	18.00	180000.00

Jetzt erzielter Erlös	Mk. 200000.00
Wert zu vorgängigem Preis . . .	„ 180000.00
Gewinn:	Mk. 20000.00

4. des Gießereibesitzers Schuster:

auf Lager:	Tagespreis:	Betrag:	Einstandspreis:	Betrag:
200 t Kohlen	20.00	4000.00	15.00	3000.00
300 „ Eisen	90.00	27000.00	120.00	36000.00
10 „ Messing	200.00	2000.00	180.00	1800.00
50 „ Blei	100.00	5000.00	120.00	6000.00
usw.		38000.00		Mk. 46800.00
			Tagespreis:	„ 38000 00
			Verlust:	Mk. 8800 00

Nehmen wir nun an, daß alle Kaufleute, Unternehmer, Landwirte usw. im ganzen Deutschen Reiche verpflichtet werden, zugleich mit den jährlichen Erklärungen für die Vermögens- und Einkommensteuer anzugeben, welche Gewinne oder Verluste sie durch Preisverschiebungen er-

litten haben, unter Angabe der Summe, auf die sich der Betrag verteilt, so erhalten wir das Material zu folgender Rechnung:

Zusammenstellung der Einzelangaben.

Stadt Aachen:

				Gewinn:	Verlust:
1.	Kaufmann Müller	auf Mk.	28670.00	1090.00	—
2.	Landwirt Schulze	„	14100.00	—	650.00
3.	Grubenbesitzer Schmidt	„	200000.00	20000.00	—
4.	Gießereibesitzer Schuster	„	38000.00	—	8800.00
5.	Tischlermeister A.	„	25000.00	550.00	—
6.	Nadelfabrikant B.	„	140000.00	12000.00	—
7.	Tuchfabrikant C.	„	240000.00	—	16000.00
8.	Drogenhändler D.	„	150000.00	7000.00	—
9.	Kaffeehändler E.	„	300000.00	—	25000.00
10.	Gerbereibesitzer F.	„	170000.00	—	15000.00
	usw.	Mk.	1305770.00	40640.00	65450.00

Gewinne . . . . Mk. 40640.00
Verlust . . . . „ 65450.00
Verlust: Mk. 24810.00
auf Mk. 1305770.00 = 2 Proz.

d. h., damit sich im Durchschnitt Gewinn und Verlust ausgleichen konnten, hätten sämtliche Warenpreise 2 Proz. höher stehen müssen.

Es leuchtet ein, daß, wenn wir diese Zusammenstellung auf sämtliche Besitzer und Verfertiger von Waren im ganzen Deutschen Reich ausdehnen, wir dann einen wirklich treuen Maßstab für den Preis des Geldes gewinnen. Denn durch diese Methode werden sämtliche Produkte des Landes berücksichtigt, und was die Hauptsache ist, jedes Produkt beeinflußt das Endergebnis genau in dem Maße seiner Bedeutung.

Die Veränderungen im gegenseitigen Tauschverhältnis der Waren untereinander beeinflussen das Ergebnis dieser Preisvermittelung des Geldes in keiner Weise — nur das Verhältnis der Waren zum Gelde kommt hier zum Ausdruck.

Die Frage, ob auch die Produktionsmittel (Land, Häuser, Maschinen usw.) in diese Statistik aufgenommen werden sollen, bedarf einer gründlichen Untersuchung. Diese führt aber zur Verneinung dieser Frage. Die Produktionsmittel sind, sobald sie in Gebrauch genommen werden, keine Waren mehr, es sind Güter, die dem Besitzer durch den Gebrauch, nicht als Tauschmittel nützlich sind. Nur in Ausnahmefällen, bei Bankrott, Tod u. dergl. werden sie zuweilen wieder auf den Markt geworfen. Für Dinge aber, die nicht verkauft werden, ist der Preis gleichgültig.

Nur derjenige Teil der Produktionsmittel, der auf die Abnutzung fällt (Abschreibungen), verwandelt sich regelmäßig wieder in Waren und kommt in der Metamorphose der Produkte wieder auf den Markt. In den Warenpreisen findet aber dieser Teil seine gebührende Berücksichtigung.

Der Staat wird also keine Preise, auch nicht die Bedeutung der einzelnen Produkte zu ermitteln haben. Diese ganze Arbeit wird von den Bürgern verrichtet. Die Preisermittelung des Geldes wird dadurch völlig der Politik entzogen und in neutrale Hände gelegt. Das Volk selbst fällt unmittelbar das Urteil in der Währungsfrage.

Dabei wird die Lieferung des ungeheuren Materials, das hier dem Staate zur Verfügung gestellt wird, kaum eine nennenswerte Bürde für den Gewerbetreibenden sein. Die Statistik, die dieser führen muß, erweist sich als sehr nützlich; sie gibt ihm Aufschluß über die Herkunft der Gewinne und Verluste. Für die, die diese Statistik schon führten, handelt es sich um das Abschreiben von 2 Zahlen aus dem Inventurbuche, und den anderen, die solche Berechnungen bisher nicht vornahmen, wird sie die Augen öffnen über die wirkliche Ursache des geschäftlichen Rückganges.

Mit der Empfangnahme der Berichte werden wohl am besten die Steuerämter beauftragt werden. Diese rechnen die einlaufenden Erklärungen auf und melden das Resultat einer Zentrale, wo das Gesamtergebnis dann ohne Mühe ermittelt werden kann.

Der wichtigste Vorwurf, den man dieser Methode machen kann, ist der, daß einzelne, an der allgemeinen Hausse oder Baisse interessierte Personen (Schuldner und Gläubiger) ihre Berichte fälschen werden, daß die Agrarier z. B. die Neigung verspüren werden, eine allgemeine Baisse zum Vorschein zu bringen, um den Staat zu veranlassen, das allgemeine Preisniveau durch vermehrtes Geldangebot zu heben, was ja für die Schuldner einer entsprechenden Entlastung gleich kommt.

Jedoch ist diese Gefahr nicht groß, da der einzelne weiß, wie winzig gering der Einfluß seiner persönlichen Erklärung auf das Gesamtergebnis ist. Wenn z. B. ein Agrarier fälschlich einen Verlust von 1000 Mk. auf einen Umsatz von 10000 Mk. angeben würde, so hätte das für den deutschen Gesamtumsatz von 50 Milliarden so wenig Bedeutung wie ein Tropfen für das Meer. Stellt man zudem noch solche Fälschung als Urkundenfälschung unter Strafe, so wird sich jeder sagen, daß das Risiko in gar keinem Verhältnis zum erwarteten Vorteil ist.

Übrigens kontrolliert eine Erklärung die andere. Meldet die Mehrzahl der Bauern Gewinne, so fällt die Ausnahme auf, und der Fälscher muß erwarten, daß man Aufklärung verlangen wird.

Da in der Regel die Gewerbetreibenden nur jährlich einmal Inventur machen, so könnte mit dieser Methode der Preis des Geldes auch nur einmal im Jahre gemessen werden. Für heutige Verhältnisse wäre das wahrscheinlich ungenügend, da bei der Unregelmäßigkeit im Geldangebot der Preis des Geldes innerhalb eines Jahres großen Schwankungen unterworfen ist. Unter der Geldreform jedoch wird mit dem Umlaufszwang, dem das Geld unterworfen werden soll, das Geldangebot ein durchaus regelmäßiges sein, und darum werden auch plötzliche Preisveränderungen (Krisen) vermieden, bzw. unmöglich werden. Eine einmalige jährliche Messung wird darum voraussichtlich genügen.

Sollte jedoch die Erfahrung die Richtigkeit dieser Voraussetzung nicht bestätigen, so könnte immerhin die zuerst besprochene Methode (Preisermittelung einer beschränkten Anzahl von Waren) zur Aushilfe herangezogen werden. Wenn man den Preis dieser Stapelartikel monatlich ermittelte, so könnte man sich von dem Gang der Preise ein ungefähres Bild machen und vorbeugende Maßregeln gegen Hausse und Baisse ergreifen. Als wirkliches Maß, sozusagen als das Pariser Präzisions- und Normalmaß würde dann die große jährliche Preisermittelung dienen.

Wie man sieht, geht diese Methode einfach über die Wertfrage hinweg; sie ignoriert den sogen. „Wert".

Ware wird mit Ware bezahlt, und nur mit Waren kann das Geld gemessen werden. Den Wert soll jeder als Zugabe erhalten. Ein anderes Maß als Ware gibt es für das Geld nicht. Für das Geld habe ich Waren gegeben, und Waren will ich dafür erhalten. Keine Arbeit (?), keinen Schweiß, kein Blut. Das will ich den Hunden geben. Ich will Kirschen essen, in den Apfel beißen, mich im Lehnstuhl strecken und mich am Feuer wärmen. Wie der Verkäufer, der mir diese Sachen für mein Geld gibt, in deren Besitz gelangt ist, was geht es mich an? Hat er sie gestohlen, hat er sie gefunden, hat er sie selbst produziert — mir ist das einerlei.

Man hat gefragt, ob der Arbeitslohn als Maß des Geldpreises zu gebrauchen sei? Ein windiger, wirrer Gedanke. Die Arbeit läßt sich nur durch den Vergleich ihrer Produkte messen; sieht man von diesen Produkten ab, so bleibt nichts zurück. Der Arbeitslohn aber entspricht nicht dem Arbeitsprodukt. In Form von Zins und Rente werden vom Arbeitsprodukt Abzüge gemacht, und was übrig bleibt, das ist der Lohn. Will man nun den Arbeitslohn zum Maßstab des Geldpreises erheben, so wird man von Staatswegen immer alle Maßregeln ergreifen müssen, damit der Arbeitslohn ewig der gleiche bleibe, denn das Geld muß doch einen über Ort und Zeit hinweg festen Preis behalten. Man wird also von Staatswegen unter Umständen die Abzüge, die das Arbeitsprodukt erleidet (Zins und Rente), erhöhen oder ermäßigen müssen, damit der Lohn der gleiche bleibe!

6. Abschnitt. Wie wird der ermittelte Preis des Geldes dauernd fest erhalten?

Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis, d. h. vom Quantum Waren, das gegen Bargeld, und vom Quantum Bargeld, das gegen Waren angeboten wird, hängt es ab, in welchem Verhältnis Waren gegen Geld ausgetauscht werden.

Warum das so ist, habe ich bereits im 1. Abschnitt gezeigt. Sowie eine Änderung eintritt in dem bisherigen Verhältnis, in welchem Waren und Geld sich zum Zwecke des Tausches einander gegenübertreten — so ändert sich auch sofort das Tauschverhältnis.

Ein festes Tauschverhältnis (Preis) ließe sich also nur erzielen:

1. wenn entweder das Quantum der angebotenen Waren und das Quantum des angebotenen Geldes immer sich gleich bliebe, oder wenn
2. jeder Änderung auf der einen Seite eine entsprechende Änderung auf der anderen Seite auf dem Fuße folgte.

Der erste Fall ist aus den Möglichkeiten völlig ausgeschlossen. Zwar besteht hier eine gewisse Regelmäßigkeit, insofern als die Bedürfnisse des Menschen diesen zu regelmäßiger Arbeit zwingen. Indessen entspricht der Regelmäßigkeit im Arbeitsbedürfnis durchaus keine gleich große Arbeitsleistung, weil die Arbeitsgelegenheit ungleichmäßig ist (Krise, Arbeitslosigkeit, Hochkonjunktur usw.) Dann entspricht aber auch der Arbeit keineswegs ein gleich großes Arbeitsprodukt, weil dieses vielfach von Naturgewalten (Mißernten, mittlere Ernten, gute Ernten bei gleicher Arbeit) mitbestimmt wird. Dann verändert sich auch das Arbeitsprodukt

mit den veränderten Produktionsmitteln (Maschinen, Arbeitsmethoden, Drainage, Kunstdünger, Kulturpflanzen usw.), und auch die Zahl der Produzenten ist keine bestimmte, unveränderliche Größe.

Dabei ist zu bedenken, daß nur die gegen Bargeld angebotenen und verkauften Waren als Nachfrage nach Geld angesehen werden können, daß daher auch die auf dem Kreditwege (Stundung, Wechsel, Tausch) verhandelten Waren von der Nachfrage nach Geld in Abzug kommen. Aber gerade die Masse der so verhandelten Waren ist bald groß, bald klein, je nachdem der Kredit ausgedehnt oder eingeschränkt wird. Die auf dem Kreditwege verhandelten Waren entlasten den Bargeldmarkt unregelmäßig, je nach der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage, wobei noch erschwerend wirkt, daß hohe Warenpreise den Kredit erleichtern, niedrige Warenpreise dem Kredit ungünstig sind. Wir haben also hier die eigentümliche Erscheinung, daß immer dann der Kredit einsetzt und dem Bargeld einen Teil des Warenangebots entzieht, wenn schon zuviel Geld angeboten wird (steigende Preise), und daß umgekehrt regelmäßig der Kredit versagt, sowie die Preise fallen (also zu wenig Geld angeboten wird.) Dies bewirkt dann, daß die bis dahin auf dem Kreditwege verhandelten Waren auf das bereits überlastete Bargeld zurückfallen. Der Kredit wirkt also wie ein Vorspannpferd, das bergab mit aller Kraft zieht, bergauf aber störrisch wird, oder wie ein Flußarm, der sich in der Stromschnelle, wenn das Fahrwasser schon seicht ist, vom Hauptfluß abzweigt, um sich im Flachland, wenn der Strom die Ufer überschwemmt, mit diesem wieder zu vereinigen.

Unter der Geldreform würde es allerdings anders werden. Die Barzahlung, die sich mit der Geldreform einstellt, würde den Kredit bei den Warengeschäften zur Ausnahme machen und auf die reinen Darlehen beschränken; dann würde auch der Umlaufszwang das Geldangebot von allen persönlichen, politischen und wirtschaftlichen Rücksichten unabhängig machen, so daß das Geldangebot immer dem Geldvorrat entsprechen und nur allein mehr von diesem und der materiellen Umlaufsgeschwindigkeit bestimmt würde.[1])

Andere Umstände, die das Warenangebot beeinflussen, wie z. B. die Ausscheidung des Zwischenhandels, die Erschließung neuer Produktionsgebiete durch neue Eisenbahnen, Schiffsverbindungen usw. brauche ich nur kurz zu erwähnen, um zu zeigen, wie vielen Einflüssen das gegen Bargeld angebotene Warenquantum ausgesetzt ist.

Und mit dem Angebot des Geldes (bzw. Nachfrage nach Waren), wenigstens des heutigen Geldes, steht es auch nicht besser. Sogar noch schlimmer. Zwar hat hier die Regelmäßigkeit der täglich sich einstellenden Lebensbedürfnisse die Neigung, aus den Taschen der Konsumenten dem Markte regelmäßig Geld zuzuführen, aber da die große Mehrzahl der Konsumenten keine andere Einnahmequelle kennt als die Arbeit und diese sehr unregelmäßig fließt, so kann auch die große Masse des Volkes die Lebensbedürfnisse nicht regelmäßig befriedigen, und diese führen darum dem Markte auch nur unregelmäßig Geld zu. Wenn wir aber von den Lebensbedürfnissen absehen, so bleibt dem Markte für die Geldzufuhr nur

---

[1]) Näheres über die Wechselwirkung zwischen Kredit und Warenpreisen findet man in meiner Schrift: Die Anpassung des Geldes an die Bedürfnisse des Verkehrs.

noch ein Tor frei, die Profitsucht. Diese aber, die sich ja nur durch Differenzen befriedigen läßt, verlangt, daß das Geld dem Markte nicht in regelmäßigem Flusse, sondern stoßweise zugeführt werde. Regelmäßige Geldzirkulation ist der Tod der Differenzen, und da die Differenz die selbstverständliche Voraussetzung des kapitalistischen Geldangebots ist, so ist auch nur das stoßweise Geldangebot möglich und selbstverständliche Regel.

Das Geld der Konsumenten (Arbeiter) kommt direkt aus den Kassen der Kapitalisten, da die Waren fast ausnahmslos kaufmännisch verhandelt werden.

Das heutige Geld kann nicht anders als stoßweise zirkulieren. Darum sehen wir auch, wie die Banken sich bald füllen, bald leeren; wie die Reichsbank den Diskonto bald auf 7 Proz. erhöht (1900), bald auf 2 Proz. (1901) ermäßigt. Die Hoffnung auf Profit, die jede allgemeine Preissteigerung erweckt und nährt, führt dem Markte das verscharrte Geld massenhaft zu und bewirkt, daß das Erwartete wirklich eintrifft, so daß die Hoffnung auf Profit, die Erwartung einer allgemeinen Hausse an sich genügt, um solche Hoffnung in Erfüllung gehen zu sehen. Die Hoffnung auf eine allgemeine Hausse genügt, um sie materiell zu begründen!!

Henry George: Der Hauptfehler der Geldsysteme, daß ihre Mittel sich zurückziehen, wenn sie am nötigsten sind, hat zweifellos einen wichtigen Anteil an der Schaffung der sogen. „schweren Zeiten". (Fortschritt und Armut, S. 276, Reclam.)

Umgekehrt bewirkt die Furcht vor einem „Rückschlage", den schon der geringste allgemeine Preisfall erwecken kann, daß dem Markte das Geld wieder massenhaft entzogen wird, wodurch das Gefürchtete wirklich auch eintreffen muß. Die Furcht also vor einer Krise, sofern sie nur allgemein geteilt wird, genügt an sich, um eine Krise zu erzeugen.[1])

Hohe Preise — leere Banken; niedrige Preise — volle Banken. Jede Alarmnachricht aus irgend einem Teile der Welt hat eine sofortige Einschränkung des Geldangebots zur Folge; jede erfreuliche Nachricht macht das Geld flüssiger. Wie geringe Temperaturschwankungen die Butter fest, weich oder flüssig machen, so ist das Geldangebot heute flüssig, morgen steif und übermorgen starr, je nachdem der politische Wind aus Nord, West, Süd oder Ost weht.

Zu dieser Unregelmäßigkeit im Angebot des vorhandenen Geldes (Geldvorrat) kommen noch die Schwankungen in der Produktion neuen Geldes, indem einerseits die Produktion des Goldes schwankt, dann die Verwendung des Goldes zu Geldzwecken in den verschiedenen Ländern schwankt, indem einzelne Länder bald die Goldwährung aufgeben, bald diese wieder einführen.

Was müßte nun gegenüber diesen fortwährenden Schwankungen im Angebot von Waren und Geld geschehen, damit die Preise unverändert bleiben? Antwort: Wir müssen entweder das Angebot von Waren, entsprechend den Änderungen im Geldangebot erweitern oder einschränken,

---

[1]) Prager: Die Währungsfrage in den Vereinigten Staaten, S. 90: „Ich bekenne, sagte Präsident Grant, ich wünsche Geld in beschränktem Maße thesauriert zu sehen. Das sichert eine gute Grundlage für die Zeit des Bedarfs." Was nennt aber Grant „Bedarf"?

je nachdem mehr oder weniger Geld angeboten wird, oder aber wir müssen umgekehrt das Geldangebot erweitern oder einschränken, je nachdem das Warenangebot zu- oder abnimmt.

Nach dem ersten dieser beiden Rezepte hat man bisher gehandelt: Fielen die Preise, d. h. wurde mehr Ware als Geld angeboten, so schränkte man die Warenproduktion ein, man beschränkte die Arbeitszeit, entließ einen Teil der Arbeiter, und wenn das nicht half, so stellte man den Betrieb ganz ein. Man sprach von Überproduktion.

Die Begleiterscheinungen dieser gewaltsamen Anpassung des Warenangebots an das Geldangebot sind: Die Wirtschaftskrise, der Bankrott der Schuldner, die Bereicherung der Gläubiger, Defizit im Staatshaushalt, Arbeitslosigkeit, Streik, Hunger, Elend, Revolten und Ratlosigkeit.

In dem Steigen und Fallen der Preise sehen die Anhänger der Goldwährung durchaus keinen Fehler der Währung. Sie sagen, es wäre über den „Bedarf" hinaus produziert worden, daher gingen die Preise herunter. Sie verschweigen dabei (ob aus Egoismus oder aus Dummheit, will ich nicht untersuchen), daß, wenn das Gold zusammen mit den Waren auch über den „Bedarf" hinaus produziert worden wäre, dann die Preise nicht gefallen wären, keine Krise ausgebrochen, keine Arbeitslosigkeit eingetreten sein würde. Sie verschweigen auch (aus Dummheit oder Böswilligkeit), daß der Warenbedarf des Kaufmanns nicht mit dem Warenbedarf des Konsumenten identisch ist und daß der Kaufmann keinen „Bedarf" an Waren hat, sowie kein Profit herausgeschlagen werden kann, das heißt, sobald die Preise zu sinken beginnen. Sie verschweigen (aus Böswilligkeit oder Unwissenheit), daß der Mangel an Bedarf die notwendige Folge, nicht aber die Ursache des Preisrückganges ist. Sie vermeiden, aus Angst, der Goldwährung eine Blöße zu geben, die lichtvolle Tatsache zu erwähnen, daß bei einer Baisse der Handel überhaupt rechnerisch unmöglich wird und daß, wenn der Absatz stockt, das Warenangebot wächst und dringender wird, wodurch die Preise erst recht fallen müssen.

Diese Begleiterscheinungen solcher Stabilisierung des Tauschverhältnisses zwischen Waren und Geld würden völlig vermieden werden, wenn man, nach dem zweiten Rezepte handelnd, das Geldangebot dem Warenangebot anpaßte, wenn man Geld, frisches, neues Geld fabrizieren ließe und für dessen Angebot sorgte, so oft und so lange die Preise nach unten gerichtet sind, wenn man von dem in Umlauf befindlichen Gelde Summen zurückzöge, so oft und so lange die Preise nach oben gerichtet sind. Mit anderen Worten: Man gibt die Produktion frei, man läßt alle nach ihren Bedürfnissen arbeiten und paßt dem dann sich einstellenden Warenangebot die Nachfrage an, indem man für ein entsprechendes Angebot von Geld sorgt.

Verfährt man nach diesem einfachen und vernünftigen Vorschlage, so ist die Währung gesichert, der Durchschnittspreis der Waren bleibt fest, der Kaufmann weiß, daß der Verkaufspreis nicht unter den Einstandspreis fallen kann. Sein „Bedarf" ist daher unbeschränkt, und so lange der Kaufmann „Bedarf" an Waren hat, gibt es keine Absatzstockung, keine Krise, keine Arbeitslosigkeit, keinen Bankrott, kein Defizit.

Solange die Goldwährung besteht, ist freilich dieser Vorschlag unausführbar,

1. weil die Goldwährung eine internationale Einrichtung ist und nach gleichmäßigen, international geltenden Grundsätzen behandelt werden muß;
2. weil zur beliebigen Geldfabrikation der Stoff (Gold) fehlt;
3. weil es unmöglich ist, das Angebot des vorhandenen Geldes zu erzwingen.

Mit dem gemeinen Papiergeld ist dieser Vorschlag ebenfalls unausführbar, weil der Staat das Angebot des ausgegebenen Geldes nicht beherrscht. Das Geld muß doch gegen Waren angeboten werden, wenn es auf die Preise wirken soll. Die, die diese Emissionsreform befürworten, namentlich Michael Flürscheim, erwarten von ihr die Beseitigung des Kapitalzinses. Träfe das aber ein, so würde für alle Sparer und Geldbesitzer jeder Grund fehlen, um das Geld überhaupt wieder in Verkehr zu bringen. Denn, wie der Profit die Voraussetzung des kaufmännischen Geldangebots ist, so ist der Zins die Voraussetzung für das kapitalistische Geldangebot. Kein Zins — kein Geld, so würde es auf der ganzen Linie heißen. Man würde das Papiergeld in diebessicheren Schränken aufheben und zur Schatzbildung zurückkehren, dem Staate die Sorge überlassend, wie er die so dem Verkehr entzogenen Papiergeldmassen durch neue Emissionen ersetzen kann. Michael Flürscheim spricht in seinen beiden letzten Schriften [1]) von Staatsbanken und Staatsdarlehen an Unternehmer usw. als Mittel, um das Geld in Umlauf zu setzen. Wohinaus das führen würde, ist leicht einzusehen. Auf der einen Seite ein täglich um Millionen wachsender Berg von Papiergeld in Händen der Sparer, auf der anderen Seite ein entsprechender Berg von Eisenbahnobligationen und langfristigen Wechseln (die Unternehmer können nur langfristiges oder unkündbares Geld brauchen)! Auf der einen Seite Geld, Milliarden und aber Milliarden, das sich alle Tage auf den Markt stürzen kann; auf der anderen Seite die materielle Unmöglichkeit, die in Bewegung geratende Papiergeldlawine mit den langfristigen Wechseln, unkündbaren Forderungen zum Stehen zu bringen. Der gezeigte Weg führt also geradeaus zur Assignatenwirtschaft. Wer auf dem Geldmarkt Herr sein will, der muß nicht allein das Monopol der Notenfabrikation besitzen, sondern er muß auch das von ihm ausgegebene Papiergeld dauernd unter seiner unmittelbaren Kontrolle behalten. Das Geld muß, völlig unabhängig von den Wünschen und Begierden der Inhaber, fortgesetzt angeboten werden, es muß unter „Angebotszwang" stehen — nur so wird verhindert, daß es sich der Kontrolle des Emissionsamtes entzieht.

In Übereinstimmung mit diesem Vorschlag fordert die Geldreform:

1. Zwangsweisen Umlauf für die gesamte ausgegebene Papiergeldmasse, was durch das Reformgeld in wirksamster Weise erreicht wird;
2. Einziehung des Überschusses beim Steigen der Preise;
3. Ausgabe des Fehlenden beim Fallen der Preise.

Mit diesen Vollmachten kann das Emissionsamt dafür bürgen, daß das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld unter allen Umständen, im Kriege wie im Frieden, bei politischen Wirren, Fehlernten, Hunger, Pest und Revolten fest bleiben wird, heute, morgen, immer. Aber an diesen Vollmachten darf nichts abgeschnitten werden, namentlich ist der Umlaufszwang eine unumgängliche Forderung der Währung, denn nur durch den „Umlaufszwang" lassen sich die Millionen kleiner und großer privater Geldreserven auflösen, die sich, in völliger Übereinstimmung mit den Gesetzen des Profits, immer nur dann auf den Markt ergießen, wenn schon zu viel Geld angeboten wird (Hausse) und sich immer dann vom Markte zurückziehen, wenn das Geldangebot knapp ist (Baisse).

Als die Reichsbank gegründet wurde, bestand noch eine Anzahl anderer deutscher Emissionsbanken, die im ganzen ein paar hundert Millionen in Umlauf hatten. Diese geringfügigen Summen störten aber schon dermaßen die Manöver der Reichsbank, daß diese auf eine Beseitigung dieser Neben-

[1]) Michael Flürscheim: Clue to the economic Labyrinth, 547 S. London, Swan Sonnenschein & Co.; derselbe: Die Krankheit des Wirtschaftskörpers. Wien, Carl Konegen.

emissionsbanken zu dringen sich veranlaßt sah. Diese kleineren Emissionsbanken betrieben jedoch genau dieselbe Politik, die die Gesamtheit der Privatgeldreserven befolgt. Vom Standpunkt der Währung aus betrachtet, haben Privatreserven oder Emissionen genau die gleiche Bedeutung. Zieht ein Kapitalist seine Reserven ein, so übt das auf den Markt denselben Einfluß aus, wie wenn eine Emissionsbank Noten einzieht. Wirft ein Kapitalist seine Reserven auf den Markt, so ist die Wirkung auf die Preise die gleiche, wie wenn eine Emissionsbank Noten ausgibt. Also, wenn die Reichsbank es für nötig hielt, die Beseitigung der kleinen Emissionsbanken zu fordern, warum forderte sie nicht auch die Auflösung der in ihrer Gesamtheit hundertmal größeren Privatgeldreserven?

Diese Behandlung der Währung durch die Geldreform geht stillschweigend über die tiefsinnige Frage hinweg, ob die Preise fielen, weil der „Wert" der Waren gesunken, oder ob vielleicht der „Wert" des Geldes gestiegen war. Sie überläßt die Beantwortung dieser Frage denen, die einen neuen Beweis für die Wahrheit des Wortes Bambergers erbringen wollen, daß die Liebe und die Währungsfrage die meisten Verrückten gemacht haben.

---

7. Abschnitt. Der Massstab für die Qualität des Geldes.

Bekanntlich bringen die Anhänger der Goldwährung den Aufschwung, den die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, absolut sowohl wie relativ, genommen haben soll, in unmittelbare Beziehung zur Goldwährung. Seht diese Millionen von rauchspeienden Schloten! Das sind die modernen Opferaltäre, wo dem Herrn der Dank des Volkes für die Goldwährung gebracht wird!

An sich hat die Behauptung, daß die Währung einen wirtschaftlichen Aufschwung erzeugen oder wenigstens ermöglichen kann, nichts Auffälliges. Denn das Geld vermittelt den Warenaustausch, und ohne Warenaustausch gibt es keine Arbeit, keinen Profit, keinen Verkehr, keine Hochzeit. Sowie der Warenaustausch stockt, werden alle Fabriken geschlossen.

Obige Behauptung enthält also durchaus nichts, was von vornherein verblüffen könnte. Im Gegenteil, frage man die Fabrikanten, die Reeder, usw., ob sie mit dem vorhandenen Maschinen- und Menschenmaterial nicht noch mehr Waren erzeugen könnten? Sie werden übereinstimmend sagen, daß eine Grenze nur durch den Absatz ihrer Produkte gezogen wird. Und den Absatz vermittelt das Geld.

Daß in den Verdienstansprüchen der Goldwährung stillschweigend die Behauptung miteingeschlossen liegt, daß ihre Vorgängerin (die Doppelwährung) den wirtschaftlichen Aufschwung gehemmt habe, ist an sich auch durchaus nicht verblüffend. Wenn das Geld den Fortschritt fördern kann, so muß es ihn auch hemmen können. Dem Gelde werden ganz andere Wirkungen zugeschrieben als die Herbeiführung einiger Jahrzehnte der Blüte oder des Zerfalls. So wird z. B. der Untergang des römischen Weltreiches nicht, wie bisher, den Barbaren, den Latifundien, der Sittenverderbnis zugeschrieben, sondern ganz einfach dem dauernden Rück-

gang der Preise, der mit der Erschöpfung der spanischen Silbergruben einsetzte.[1])

Auch an dieser Ansicht ist durchaus nichts Auffälliges; ja sie steht sogar in Wechselbeziehung zu der Ansicht, daß wir den jetzigen wirtschaftlichen Aufschwung der Goldwährung zu verdanken haben.

Über eine andauernde allgemeine Baisse, einen Haufen protestierter Wechsel, ungelöschter Hypotheken, kann das bestgefügte Reich stolpern und stürzen. Jedes Reich ist schließlich nur ein Bündel von Einzelwirtschaften, und wenn diese gedeihen, dann gedeiht auch das Ganze. Wie kann es aber in der Wirtschaft gut gehen, wenn die Preise sinken — 10 — 20 — 100, ja 1000 Jahre lang sinken, wie es der Fall war während des Mittelalters? Woher soll die Unternehmungslust kommen, wenn die Unternehmer vom Warenumsatz erfahrungsgemäß nur Verluste erwarten können? Eine solche langandauernde Baisse muß mit Notwendigkeit schließlich das Aufgeben der Arbeitsteilung zur Folge haben. Und die Arbeitsteilung ist doch die wirkliche Quelle des Wohlstandes.

Mit der Entdeckung Amerikas kam wieder Geldmaterial nach Europa, und mit dem reichlicher umlaufenden Gelde zogen die Preise an, der Handel war rechnerisch wieder möglich, und mit der Möglichkeit des Warenumsatzes konnte die Arbeitsteilung wieder aufgenommen werden. Die Finsternis, die Baisse, schwand, das Mittelalter war zu Ende.

In Deutschland klagen die Grundbesitzer seit Einführung der Goldwährung über den Rückgang der Preise, über die Schwierigkeiten, auf die sie stoßen, den Zins der Hypotheken aufzubringen. Man ist ihnen ja mit den Zöllen zu Hilfe gekommen, aber wie viele Güter wären ohne diese Hilfe unter den Hammer gekommen? Und wer hätte diese Güter gekauft? Es hätten sich Latifundien gebildet, genau wie im alten Rom. Und die Latifundienwirtschaft soll doch den Untergang Roms verursacht haben!

Also, die Behauptung der Goldwährungsleute enthält nichts Auffälliges; nur handelt es sich um den Beweis. Denn der behauptete wirtschaftliche Aufschwung könnte vielleicht auch andere Ursachen haben. Die Schule z. B., oder das starke Heer, das den Frieden aufrechterhielt; die vielfachen technischen Erfindungen, die die Arbeit befruchteten, das deutsche Weib, das für einen zahlreichen, gesunden Arbeiterstamm sorgte, usw. Kurz, es fehlt nicht an Nebenbuhlern, die der Goldwährung die Lorbeeren streitig machen.

Also Beweise! Wir brauchen einen Maßstab für die Qualität des Geldes! Es handelt sich hier darum, festzustellen, ob die Goldwährung den Austausch der Waren (einen anderen Zweck hat das Geld nicht) derart erleichtert hat, daß der behauptete wirtschaftliche Aufschwung als eine Folge dieser Erleichterung eine genügende Erklärung findet.

Also der Austausch der Waren soll uns den Maßstab für die Qualität des Geldes liefern, und es wäre müßig, ihn anderswo zu suchen.

Hat nun die Goldwährung den Warenaustausch erleichtert, so muß sich das in einer

Sicherung oder Beschleunigung oder Verbilligung

des Warenaustausches zeigen, und diese Sicherung, Beschleunigung und Verbilligung des Warenaustausches müßte sich in allererster Linie in

[1]) Francis A. Walker: Money p. 81.

einer relativen Abnahme in der Zahl der Kaufleute zeigen. Das ist klar und braucht weiter nicht bewiesen zu werden. Verbessern wir die Straßen, die zum Transport der Waren dienen, so nimmt die Leistungsfähigkeit der Fuhrleute zu, und bei gleicher Gesamtleistung muß die Zahl der Fuhrleute abnehmen. Seit Einführung der Dampfschiffe hat sich der Seeverkehr verhundertfacht, doch hat die Zahl der Seeleute abgenommen. Kellner, Köche, Lakaien nehmen heute die Stelle der Matrosen ein.

So müßte es also auch im Handel sein, wenn die Goldwährung der Muschelwährung gegenüber ähnliche Vorteile bietet, wie die Dampfkraft gegenüber dem Winde, oder wie das Dynamit gegenüber dem Keil.

Tatsächlich erleben wir aber mit der Goldwährung eine genau entgegengesetzte Entwicklung:

> „In einer Zeit, in der die Vermittlungstätigkeit (also der Handel) in der Gesellschaft von 3 und 5 auf 11—13 Proz., ja teilweise auf 31 Proz. der Selbsttätigen gestiegen ist, in der diese Vermittlung (also die Handelsspesen) einen steigenden Teil der Preise ausmacht usw. usw." sagt Prof. Schmoller (s. Die Woche S. 167, Artikel „Der Handel im 19. Jahrhundert").

Und so ist es tatsächlich. Der Handel wird nicht leichter, sondern mit jedem Tage schwerer. Um die Waren abzusetzen, braucht man mit dem goldenen Tauschvermittler nicht weniger, sondern mehr Leute als früher. Es geht dies auch aus der deutschen Berufsstatistik hervor. Diese Statistik ist zwar recht stümperhaft geführt worden, indem sie die Kaufleute mit dem Verkehrspersonal und den Schenkwirten zusammenwirft, sie bestätigt aber trotzdem die Behauptung Schmollers, wenn anders man nicht annehmen will, daß die Zahl der Bierwirte ins Ungeheuerliche gestiegen ist.

Nach oben genannter Statistik waren im Handel, Verkehr und in der Schenkwirtschaft beschäftigt:

1882: 1570318 Personen = 8.3 Proz. der Erwerbstätigen,
1895: 2338511 „ = 10.5 „ „ „

Oder, wenn wir die Zugehörigen, also Frauen, Kinder, Dienstboten usw., kurz alles, was unmittelbar vom Nettoprofit zehrt, hinzurechnen:

1882: 4531008 Personen = 10 Proz. der Bevölkerung
1895: 5966846 „ = 11.5 „ „ „

Diese Zahlen liefern also den Beweis, daß unter der Herrschaft der Goldwährung als Tauschvermittler die Tauschvermittelung derart erschwert wurde, daß die Bedienungsmannschaft des Tauschvermittlers von 8.3 auf 10.5 erhöht werden mußte; sie liefern den zahlenmäßigen Beweis, daß die Goldwährung den Handel erschwert hat.

Man wird vielleicht hier einwenden, daß in den letzten Jahrzehnten viele Produzenten von der Urwirtschaft zur Arbeitsteilung übergegangen sind, zumal auf dem Lande, wo immer weniger für den eigenen Verbrauch, immer mehr für den Markt gezogen wird, was natürlich wieder mehr Kaufleute nötig macht. So werden z. B. heute nur mehr ganz selten Spinnräder gebraucht; und die kleinen Dorfhandwerker, die man direkt mit Feldfrüchten bezahlte (Tauschhandel), müssen Fabrikniederlagen weichen.

Auch erzeugt der Arbeiter heute mit Hilfe der verbesserten Produktionsmittel mehr Ware als früher (qualitativ oder quantitativ), so daß auch da-

durch eine bedeutend größere Menge Waren auf den Markt geworfen wird, die wiederum mehr Handelspersonal benötigt. Ist ein Kaufmann nötig, um den Kattun von 10 Webern zu verschleißen, so werden 2 Händler nötig — wenn sonst alle Verhältnisse gleich bleiben — sobald die 10 Weber mit verbesserten Webstühlen das doppelte Quantum Kattun auf den Markt werfen.

Der Einwand ist richtig. Aber dann bitte ich dagegen auch wieder zu berücksichtigen, daß die mit dem Handel verbundene materielle Arbeit durch mancherlei neue Einrichtungen außerordentlich erleichtert wurde. So durch das Dezimalsystem der Markwährung (das von der Goldwährung ja unabhängig ist, wie das englische Münzsystem zeigt), durch das einheitliche metrische System für Maße und Gewichte, durch das in den verbesserten Schulen herangezogene Handelspersonal, durch das einheitliche, verbesserte Handelsrecht, durch das Konsulatswesen, durch die außerordentlichen Vorteile, die die Post dem Handel bietet (10 Pfg. Porto für Briefe durch das ganze deutsche Reich, Postaufträge Postnachnahmen, Postkarten, Postpakete, Postanweisungen), ferner durch Telegraph und Telephon. Dann die Schreib- und Rechenmaschinen, die Stenographie, die Vervielfältigungsapparate, die Kopierpresse, die Fahrräder für das Laufpersonal, das verfeinerte Reklamewesen, das Bankwesen mit dem Scheck- und Girokonto, Konsumvereinswesen, kurz die unzähligen Verbesserungen, die seit 30 Jahren in die Technik des Handels eingeführt wurden. Und schließlich die größere allgemeine Bildung des Kaufmanns, die ihm doch auch bei der Arbeit zugute kommen und seine warenabsetzende Leistungsfähigkeit vermehrt haben muß. Andernfalls müßte man ja diese Bildung für überflüssig und den Kaufmann für unklug erklären, der einen gebildeten Kommis besser bezahlt als den ungebildeten. Denn warum zahlt er ihn besser? Weil er mehr leistet, d. h. mehr Ware absetzt, als der ungebildete.

Erachten wir nun die oben erwähnte Mehrproduktion an Waren durch die größere Leistungsfähigkeit des kaufmännischen Apparates als ausgeglichen, so behält die Steigerung der vom Handel lebenden Personenzahl von 10 auf 11.5 Proz. der Bevölkerung ihre ganze Kraft als Indizienbeweis gegen die behauptete Vorzüglichkeit der Goldwährung.

Dabei geben obige Zahlen nur die Personen an, die unmittelbar vom Handel leben, während uns eigentlich der Bruttoprofit interessiert. Und dieser ist, dem Augenschein nach zu urteilen, wohl auch allgemein gestiegen. Auch muß berücksichtigt werden, daß von der Zahl nicht auf die Gesamteinnahmen der Kaufleute geschlossen werden kann, indem die Kaufleute in der Regel und durchschnittlich ein höheres Einkommen haben.

Um zu wissen, welche Wirkung eine Währungsreform auf den Handel ausübt, müßte der Bruttohandelsprofit, d. h. der Abstand zwischen Fabrik- und Detailpreis der einzelnen Waren statistisch ermittelt werden. Verkaufspreis minus Einstandspreis = Bruttoprofit. Dann wäre es möglich, zu berechnen, wie viel der Handel dem Lande kostet und wie sich das Geldsystem bewährt. Es würde sich da vielleicht zeigen, daß der Handel heute wirklich, wie vielfach behauptet wird, ein volles Drittel der Gesamtproduktion aufzehrt.

Die Ladenmiete beträgt vielfach die Hälfte der Hausmiete, und nicht selten sogar die Hälfte des ganzen Umsatzes. Die meisten Gasthöfe auf dem Lande und in kleinen Städten werden fast ausschließlich von Geschäftsreisenden unterhalten. Diese stellen auch die Mehrzahl der Eisenbahnreisenden. Bekanntlich sind die meisten Tageszeitungen auf die Geschäftsreklame angewiesen.

Im Auslande sind die Verhältnisse nicht anders. Nach „The World's Almanac" 1898 waren als Agenten, Bankiers, Makler, Buchhalter, Kommis, Reisende, Hausierer, Groß- und Kleinhändler, Händler 1910775 männliche Personen beschäftigt, von insgesamt 18820950 erwerbstätigen männlichen Personen, also auch über 10 Proz. Und der Handel ernährt diese Personen

gut, wie man das an den amerikanischen Krämerstöchtern sehen kann, die nicht selten Milliarden für einen lumpigen, europäischen Grafentitel zahlen. Woher kommen diese Milliarden? Vom Schacher. Wer hat sie bezahlt? Der Konsument. In welcher Form? In den Preisen der Ware.

Unter der Einladung zum Beitritt in den „Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung" vom Mai 1895, welche an alle gerichtet ist, „die die Überzeugung teilen, daß die Goldwährung sich als eine der heilsamsten Grundlagen der nationalen Wohlfahrt erwiesen hat", stehen die Namen von 37 Kommerzienräten neben denen von 17 Hochschulprofessoren. Daß die Kommerzienräte ihre persönliche Wohlfahrt, die sie unter der Goldwährung genossen haben, mit der nationalen Wohlfahrt identifizieren, läßt sich begreifen, denn der Reichtum blendet gar oft die, die ihm nachjagen, aber von den Hochschullehrern könnte man eine objektivere Betrachtungsweise verlangen. Wie sind denn diese Professoren zu der „Überzeugung" gelangt, daß sich die Goldwährung „als eine der heilsamsten Grundlagen der nationalen Wohlfahrt erwiesen hat"? Zu einer „Überzeugung" gehören Beweise, und wo sind diese? Sind es die Krisen, die mit so erstaunlicher Regelmäßigkeit das Land verheeren, oder die allgemeine Unzufriedenheit, die sich in den Wahlen kundgibt, oder die Not der Grundbesitzer, die in den Zöllen Schutz vor der Goldwährung sucht, oder der steigende Handelsprofit, die steigende Zahl des vom Handel benötigten Personals? Oder kommt diese Überzeugung einfach von dem Lichte, das die Millionen jener 37 Kommerzienräte ausstrahlen?

Auf irgend eine Weise müssen doch jene 17 deutschen Universitätsprofessoren zu der genannten Überzeugung gelangt sein, sonst enthält ihre Erklärung eine leichtsinnige Behauptung in einer der heikelsten politischen Angelegenheiten.

Aber es ist mit jener „Überzeugung" wie mit allem, was auf die Währung Bezug hat — es ist Schwindel, Dunst, Leichtsinn, mit einem Worte — Bier. Behauptungen, nichts als leichtfertige Behauptungen, für die nicht einmal ein Bedürfnis nach Beweisen empfunden wird. Als ob es sich um den Bart des Kaisers, um eine Bagatelle handelte.

Nehmen wir an, daß von dem Urteil dieser 17 Professoren über die Wirkung der Goldwährung Leben und Tod eines angeklagten Verbrechers abhängig gewesen wäre — ob sie dann nicht vorsichtiger zu Werke gegangen wären, ob sie sich nicht in letzter Stunde, bevor sie die Einladung des „Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung" unterschrieben, gefragt hätten, auf welche Weise sich eigentlich die Goldwährung als eine der „heilsamsten Grundlagen" der nationalen Wohlfahrt „erwiesen" hat? Ich glaube das ganz bestimmt.

Und doch, was gilt hier das Leben eines Menschen gegenüber den Tausenden, denen die Währung Wohlstand oder Elend, Erfolg oder Bankrott, Überschuß oder Defizit, Ehre oder Zuchthaus, Hochzeit oder Selbstmord bringen kann?

Also, bitte, laßt diese dreisten Behauptungen, schafft die Beweise herbei, sucht den Durchschnittssatz des Bruttohandelsprofits zu ermitteln, und dann wollen wir die Frage beantworten, wie sich die Goldwährung als Vermittlerin des Warenaustausches bewährt hat.

---

8. Abschnitt. Kurze Kritik der Goldwährung.

Bessermachen, das ist immer die wirksamste Kritik, und ich habe gezeigt und bewiesen, daß das Reformgeld den Zweck des Geldes unendlich viel besser als das Gold erfüllen würde. Der Zweck des Geldes ist der Warenaustausch, und diesen Zweck erfüllt das Reformgeld rein, ohne irgendwelche Nebenwirkungen. Das Reformgeld würde eben nur als Tauschmittel gebraucht werden können, nicht wie das Gold noch nebenbei zu anderen, dem Warenaustausch oft entgegengesetzten Zwecken.

Man kann mit dem Reformgeld ebensowenig Wucher treiben, wie der Arbeiter mit seiner Arbeitskraft wuchern kann. Man kann mit dem Reformgeld ebensowenig spekulieren, wie man mit Salat spekulieren kann. Man kann mit dem Reformgeld ebensowenig Zins erpressen, wie man das mit Realkapitalien (Stroh, Wolle, Holz usw.) tun kann. Man kann das Angebot des Reformgeldes zur Erlangung von Gewinndifferenzen ebensowenig verschleppen, wie man das Angebot von Kartoffeln verschleppen kann. Man kann den Preis des Reformgeldes ebensowenig beeinflussen, wie man den Preis der Briefmarken beeinflussen kann. Das Reformgeld ist der Habgier und Profitsucht Privater entrückt — es ist Tauschmittel, nur allein Tauschmittel, weiter nichts als Tauschmittel.

Da nun in diesen Tatsachen die denkbar wirksamste Kritik der Goldwährung liegt, so wäre ich der Aufgabe wohl enthoben, mich mit den zahllosen großen und kleinen Fehlern der Goldwährung zu befassen, um so mehr, als ich im Laufe dieser Untersuchung keine Gelegenheit vorüber gehen ließ, um die Geschwüre der Goldwährung bloßzulegen.

Da jedoch eine direkte Kritik neue Vergleichspunkte für das Reformgeld liefert, so will ich hier kurz die Hauptfehler der Goldwährung zusammenstellen, indem ich Punkt für Punkt untersuchen werde, ob das Gold die Eigenschaften hat, die die Befürworter der Goldwährung von einem guten Tauschmittel selbst verlangen. Ich folge hier der Reihe nach den Forderungen, die Michel Chevalier[1]) an eine Ware stellt, die als Geld gebraucht werden soll:

1. sie muß eine Ware an sich sein, d. h. sie muß irgend ein Bedürfnis befriedigen und dieses Bedürfnisses wegen gesucht werden.

Das will soviel heißen, daß neben dem Bedürfnis nach Geld (Tauschmittel) noch ein Bedürfnis für das Geld*material* vorhanden sein muß. Daß dies aber gar nicht der Fall ist, habe ich bereits mit großer, der Bedeutung der Angelegenheit entsprechender Ausführlichkeit in meiner Antwort auf die Frage: „Warum man aus Papier Geld machen kann" gezeigt.

Gesetzt aber den Fall, das Geld müsse auch aus sonst noch allgemein begehrtem Rohmaterial verfertigt werden, so wird man ohne weiteres zugeben müssen, daß von allen Materialien das Gold das weitaus entbehrlichste, überflüssigste und am wenigsten begehrte ist. Außerhalb der Geldbörsen findet man nur noch in einzelnen reichen Familien goldene Gegenstände, während man bei der großen Masse der Arbeiter, Bauern und Handwerker umsonst nach weiterem goldenen Geräte sucht. Beruhte die Währung wirklich auf dem Bedarf an goldenem Geräte, so müßte man das eine tönerne Unterlage nennen.

---

[1]) Michel Chevalier: „La Monnaie" S. 15.

Weil das Gold Geld ist, darum wird es heute allgemein geschätzt, begehrt; — wäre das Gold kein Geld, so würde es die allgemeine Aufmerksamkeit noch weit weniger erregen, als das Silber, von dem niemand mehr spricht, seitdem es nicht mehr Geld ist. Die Geldprivilegien, deren sich das Gold in der ganzen Welt erfreut, haben im Laufe der Jahrtausende einen Glorienschein um dieses Metall gewoben, und man hat sich gewöhnt, die Macht des Geldes zu den Eigenschaften des Goldes zu rechnen — was ganz und gar falsch ist. Ein Fußtritt — und das Silber war gestürzt.[1]) Ein Ballen Papier nebst einer lithographischen Presse — und aus ist es nach dem Gresham-Gesetz auch mit dem Golde. Ist aber das Gold entmünzt, dann wird man erst sehen, welch armselige Rolle das Gold noch als Metall in der Volkswirtschaft spielt. Wenn es zur Geldfabrikation nötig wäre, daß das Geldmaterial aus einem allgemein begehrten Stoff bestände, so könnte man mit Gold ganz sicher kein Geld machen.

2. Bei gleichem Werte (?) muß die Ware leichter zu befördern sein, als die Mehrzahl der anderen Waren; d. h. in einem geringen Rauminhalt muß ein großer Wert (?) enthalten sein, damit jeder den Gegenwert der benötigten Waren bequem tragen kann.

Auf deutsch: Das Geld soll möglichst wenig wiegen. Mit dieser Forderung wird nun jeder einverstanden sein, unter der Bedingung natürlich, daß der Vorteil der Frachtersparnis ein für allemal im Preis des Geldes verrechnet und nicht durch den Geldbesitzer auf Kosten der Waren in Form eines Abzuges einkassiert werde. Andernfalls müßten ja die Frachtersparnisse beim Transport des Geldes von den Waren bezahlt werden, und was man bezahlen muß, ist doch kein Vorteil mehr. Müssen diese Ersparnisse den Geldkapitalisten bezahlt werden, dann ist es für den Verkehr gleichgültig, ob das Geld schwer oder leicht ist, ob man für den Transport von 100 Mk. einen Lastträger, eine Schubkarre oder einen Wagen braucht.

Der Beweis nun, daß beim Metallgeld (und dem gemeinen Papiergeld) diese Bedingung erfüllt ist, wurde bis jetzt noch nicht erbracht. Chevalier, wie alle Anhänger der Metallwährung, setzt dies voraus, ohne die Frage überhaupt zu stellen. Es gilt für alle als selbstverständlich, daß es so ist. Und doch ist nichts daran selbstverständlich, vielmehr scheint mir das Gegenteil selbstverständlich, nämlich, daß sich der Geldkapitalist (Sparer, Bankier) alle Vorteile des Geldes gegenüber den Waren von denen bezahlen läßt, die das Geld für den Austausch ihrer Produkte brauchen, und zwar in Form einer der Dauer der Benutzung entsprechenden Vergütung, also als Zins.

In dem, dem Zinsproblem gewidmeten Schlußartikel dieses Buches wird der direkte Beweis erbracht, daß der Zins weiter nichts als eine vom Geldkapitalisten erhobene Vergütung ist, in der alle Vorzüge, die die Benutzung des Geldes als Tauschmittel den Produzenten bietet, in Geld umgerechnet werden.

---

[1]) In Frankreich, Spanien u. a. L. ist nicht das Gold im Sprachgebrauch gleichbedeutend mit Geld, sondern das Silber (L'argent, plata) bedeutet gleichzeitig Silber und Geld.

Demnach müssen die Produzenten für die Benutzung des Geldes bezahlen, und von Vorteilen wäre somit keine Rede.

Natürlich, wer mit der Fiktion eines „festen, inneren Wertes“ des Geldes rechnet, der wird sich obige Frage niemals stellen.

Aber abgesehen von diesen Schwierigkeiten: Warum verlangt man, daß das Geld wenig wiege? Man betrachtet das Geld als eine gemeine Ware, die man des Nutzens wegen kauft, die der Gebrauch oder Verbrauch dieser Ware bietet, und da müßte es doch, wie überall, heißen: „je mehr, desto besser“.

Kauft man das Geld des Goldes wegen, so wird doch niemand einen Vorteil darin erblicken, daß er „möglichst wenig“ Gold für seine Waren erhält, und was dem Individualinteresse so allgemein frommt, das kann dem Kollektivinteresse auch nicht schaden. Sonst könnte man auch sagen: Es ist im öffentlichen Interesse gut, wenn das Getreide möglichst teuer ist, damit die Bauern für das benötigte Quantum Gold ein möglichst geringes Gewicht an Getreide zu Markt zu tragen brauchen.

Aber gerade die Forderung, daß das Geldmaterial wenig wiegen soll, beweist, daß es sich im Geldverkehr gar nicht um das Gold dreht, sondern um das Geld. Nur nach Anerkennung dieses Satzes hat obige Forderung einen vernünftigen Sinn. (Keine Metallwährungstheorie aber kann diesen Satz anerkennen, ohne in sich selbst zusammenzubrechen.)

Wie steht es nun mit dem Gewichte des Goldes? Genügt das Gold der obigen Forderung? Durch welche Kräfte werden denn die Banknoten in den Verkehr gebracht und darin erhalten, wenn nicht durch das zu große Gewicht des Goldes? Eine goldene Banknote würde doch immer einer schmutzigen, stinkenden Papier-Banknote vorgezogen werden, und dieser Vorzug würde das Pari aufheben. Aber das Gold ist für den Verkehr zu plump, zu schwer; daher die Möglichkeit, Banknoten im Verkehr zu erhalten. Ein Pfund Gold gilt verhältnismäßig nur wenig im Handel, ein Pfund in Geld ist dagegen schon eine große Belästigung. Wie soll man das tragen? Man kann es nicht, wie anderes Gepäck, wie den Regenschirm, ablegen, der Diebe wegen oder weil man es vergessen könnte; man kann aber auch nicht ein Pfund in der Tasche tragen, denn es würde das Gehen erschweren. Dieser Umstand aber ganz allein erklärt die Existenz der Banknote, die die Behauptung, das Gold wöge für die Praxis des Verkehrs nicht zu viel, direkt Lügen straft. Das Nebeneinander von Gold und Papier kann nur durch das für den Verkehr zu große Gewicht des Goldes erklärt werden. Und was hier vom Golde gesagt wird, gilt noch mehr für das Silber — das doch auch nach dem Ausspruch Chevaliers den Ansprüchen des Verkehrs 2000 Jahre genügt hat und zwar „de la façon la plus complète“, also tadellos.

Nun wird man einwenden, daß dieser Nachteil der Goldwährung durch die Ausgabe von Papiergeld ja wieder gut gemacht werden kann. So sei es, aber dann ist es doch offenbar Schwindel, wenn behauptet wird, das Gold entspräche an sich den Anforderungen des Verkehrs in Bezug auf das Gewicht des Geldes, und daß man das Geld des Goldes wegen kauft. Daß das Papiergeld Vorspanndienste leistet, ist doch schließlich kein Vorzug des Goldes. Dann wäre es ja schließlich auch ein Verdienst des Postgaules, daß der Telegraph noch schneller ist als er. Wenn das Papiergeld überall einspringen muß, wo das Gold seines Ge-

wichtes wegen versagt, dann kann man ja auch Ziegelsteine zu Geld machen. Denn auch über einen Haufen Ziegelsteine kann man Noten ausstellen, zumal wenn sich der Verkehr jahraus, jahrein mit den Noten begnügt, wie das doch mit den Goldnoten der Fall ist. Sind denn die Silberbarren, die in Washington zur Deckung der Silberzertifikate seit 10—20—30 Jahren aufbewahrt werden und niemals ihren Platz verlassen, für den Verkehr „leichter" als Ziegelsteine? Leicht und schwer ist alles, was bewegt werden muß, und sollen die Banknoten das Metall ersetzen, so kommt das Gewicht dieses Metalls überhaupt nicht mehr in Betracht. Wer interessiert sich etwa für das Gewicht der Steine, die dem Kölner Dom als Fundament dienen?

3. Das Geldmaterial darf nicht dem Verderben ausgesetzt sein, damit man das Geld intakt aufbewahren kann, ohne besondere und unaufhörliche Sorge. D. h. durch die Aufbewahrung des Geldes soll niemand zu Schaden kommen.

Auch dieser Forderung genügt das Gold angeblich auf vollkommene Weise — de la façon la plus complète. Und zwar nicht allein nach der Ansicht Chevaliers.

Doch niemals wohl hat man mit weniger Umsicht und größerer Kurzsichtigkeit die Ansprüche aufgezeichnet, die man an ein gutes Geld, an ein brauchbares Tauschmittel stellen darf, als hier.

Das Geld ist eine ausschließlich volkswirtschaftliche Einrichtung, denn innerhalb der Familie und des eigenen Privatbetriebes braucht niemand Geld. Darum muß auch das Geld vom Standpunkt der Volkswirtschaft und nicht von dem des Privatmannes betrachtet werden. Der Zweck des Geldes allein soll uns sagen, wie das Geld beschaffen sein soll, und darum dürfte das Geld auch nur unter der Bedingung schadlos für den Inhaber aufzubewahren sein, daß der Volkswirtschaft kein Schaden erwachse.

Was geschieht nun, wenn, wie z. B. beim Ausbruch eines Krieges, die Geldbesitzer sich plötzlich der unbegrenzten Haltbarkeit des Goldes erinnern und jeder in der Verfolgung seiner eigenen persönlichen Interessen das Geld dem Verkehr zu entziehen sucht, um es in sicheren Verwahr zu nehmen? Braucht der Verkehr denn im Kriege kein Geld mehr; braucht man im Kriege nicht mehr zu arbeiten und die Produkte auszutauschen? Was würde geschehen, wenn die Eisenbahnwagen je einzelnen Privatpersonen gehörten, die sie in Friedenszeiten dem Publikum vermieten, sie aber beim ersten Kriegsgerücht gleich zurückfordern wollten?

Nun, ebenso verhält es sich mit dem Gelde. Ohne Geld kann man die Produkte der Arbeit nicht austauschen, denn könnte man das in Kriegszeiten, so wäre das Geld im Frieden erst recht überflüssig. Auf die Zurückziehung (Aufbewahrung) des Geldes folgt also Absatzstockung, und Absatzstockung ist gleichbedeutend mit Krise, Arbeitslosigkeit, Defizit, Bankrott und Fäulnis. Nämlich Moder und Fäulnis für die nicht verkauften oder ausgetauschten Arbeitsprodukte. So daß, wenn auch dem einzelnen Geldbesitzer durch das Aufbewahren des Goldes kein unmittelbarer Schaden erwächst (vom Zinsverlust abgesehen), die Volkswirtschaft durch den Rückzug und die Aufbewahrung des Geldes Verluste erleidet, die den gesamten Geldbestand oft um ein Vielfaches übersteigen mögen.

Und das nennt man dann die Fähigkeit haben, ohne Schaden aufbewahrt werden zu können.

Diese Eigenschaft des Goldes, durch Aufbewahrung keinen direkten Schaden zu nehmen, unterstützt bei Alarmnachrichten die Panik; statt das Volk zu beschwichtigen, hat diese unheilvolle Eigenschaft des Goldes zur Folge, daß jeder der erste an den Schaltern der Bank sein will.

Leroy-Beaulieu: Man drängte sich an den Schaltern zum Umtauschen der Banknoten gegen gemünztes Geld, das dann aufbewahrt oder vergraben wurde. Das Metallgeld kann zweierlei Zwecken dienen, es kann umlaufen oder angesammelt werden; in Frankreich erreichen diese Ansammlungen ungeheure Beträge. Derjenige Teil des Publikums, der der Anlage in beweglichen Werten mißtraut, errichtet kleine Schatzkammern, im Vertrauen auf den dauernden Wert von Gold(?) und Silber(?). Im Gegensatz hierzu fällt es niemandem ein, unter der Herrschaft des Zwangskurses Banknoten oder Staatsschuldscheine anzusammeln; man entledigt sich ihrer durch Umtausch gegen bewegliche Werte und Waren, und jeder nimmt davon nur soviel an, als er für seine nächsten Einkäufe benötigt; sie gehen von Hand zu Hand, da jeder ihre Entwertung befürchtet. (Übersetzt aus seinem Werke: La science des Finances II, S. 629 und 642.)

Das hier zuletzt Gesagte ist nur teilweise wahr; denn die Furcht vor weiteren Einbußen wechselt ab mit der Hoffnung auf Gewinn, und diese Hoffnung erzeugt die entgegengesetzten Erscheinungen. Unter der Geldreform werden Furcht und Hoffnung ganz aus den Elementen der Geldzirkulation verschwinden.

Indem nun jeder wie beim Ausbrechen eines Löwen aus der Menagerie nur an sich selber denkt und rücksichtslos mit Fäusten und Füßen wirtschaftet, gehen alle zu Grunde. Es kracht überall, zu Tausenden zählt man die Fallimente, so daß selbst viele von denen, die ihr Geld in Sicherheit brachten, an den sonstigen Folgen ihrer Handlung zugrunde gehen. Auf diese traurige Art hält das Gold „seinen Wert auf das Vollkommenste aufrecht".

Könnte man das Geld nicht ohne persönlichen Schaden aufbewahren, etwa wie die Kartoffeln, so könnten überhaupt keine Panik und keine Krise ausbrechen, weil das Geld im Verkehr bleiben müßte, und der persönliche Schaden, den die Inhaber an ihrem Gelde erleiden, würde durch die Sicherung des Tausches der Produkte sich in einen unberechenbaren Vorteil für die Volkswirtschaft verwandeln.

4. „Das Geldmaterial soll homogen, für alle Münzen völlig gleichmäßig sein, damit man mit einfachen Mitteln seine Natur mit Bestimmtheit feststellen kann."

Daß das nun mit der Goldwährung nicht ist, noch sein kann, ersehen wir an der Zusammensetzung unseres Geldbestandes. Kupfer, Nickel, Silber, Gold und Papier bilden doch keine homogene Masse. Übrigens ist diese Homogenität gar nicht erforderlich; Beweis: die Existenz unseres Münzen-Mischmasches. (In der Schweiz zirkulieren Münzen mit tausend verschiedenen Prägungen; jeder Nachkomme Tells führt in seinem Portemonnaie eine vollständige Ahnengalerie sämtlicher Fürstenhäuser Zentraleuropas mit sich). Homogen, gleichartig muß das Geld sein, aber nicht

in bezug auf sein Material, sondern auf seinen Preis. Die einzelnen Stücke müssen unter sich völlig gleich im Preise sein. Dieses ist nun heute der Fall, denn für 100 schmierige Kupferstücke erhält man ein Silberstück von 100 Pfg., und für 20 schwere Silberstücke erhält man ein blankes, federleichtes Goldstück von 20 Mark. Aber ist es ein Verdienst des Goldes, daß es so ist? Die Münzen sind so heterogen, ungleichartig wie nur möglich in bezug auf ihr Material, und wenn sie trotzdem in ihrer wesentlichen Eigenschaft homogen sind, so beweist das, daß die Forderung Chevaliers zum mindesten überflüssig ist.

5. „Das Geldmaterial soll bis ins Unendliche teilbar sein, damit daraus die kleinsten Münzen hergestellt werden können; auch soll das Material durch die Teilung nichts von seinen Vorzügen verlieren, und die Teile sollen wieder leicht zu einem Ganzen vereinigt werden können."

Genügt nun das Gold wirklich, wie Chevalier behauptet, dieser Forderung „de la façon la plus complète"?

Die Rechnungseinheit der verschiedenen Länder mit Goldwährung sind: die Mark, der Shilling, der Dollar, die Lira, die Peseta usw., jedoch nicht eine einzige dieser Einheiten hat man aus Gold machen können!! Warum nicht? Weil das Gold nicht genügend teilbar ist; weil ein Frank, eine Mark aus Gold überhaupt nicht mehr greifbar sein würde. Und das Geld muß doch vor allen Dingen greifbar und ohne Mikroskop sichtbar sein, um übertragbar zu sein. Sogar das Fünffache der Rechnungseinheit, das goldene Fünfmarkstück, hat man zurückziehen müssen, weil es sich zwischen den Falten schwieliger Fäuste verlor. Nun kommt aber nicht die Einheit allein in Betracht, sondern auch ihre Unterabteilungen. Ein Pfennig, ein Centime, ein Penny aus Gold wäre ein Goldstäubchen in der halben Größe eines Cholerabazillus! Die Teilstücke der Einheit hat man, wie diese selbst, aus anderem Material als Gold machen müssen; Kupfer, Nickel, Silber haben über die Mängel des Goldes hinweggeholfen.

Es ist also nichts mit der gerühmten Teilbarkeit des Goldes. Da man aus praktischen Gründen keine Münzen unter tausend Pfennigen (eigentlich ist der Pfennig die Rechnungseinheit) aus Gold machen kann, so ist das Gold für Münzzwecke nicht teilbarer als irgend eine Ware im Preise von 10 Mark (Hut, Suppenschüssel, Kanarienvogel usw.). Der Verkehr verlangt Münzen von 1, 2, 5, 10, 20, 50 Pfg., von 1, 2, 3, 5, 10, 20, 50, 100, 500, 1000 Mk., und von diesen 16 Teilungen hat man 2, sage und schreibe nur zwei, aus Gold machen können! Trotzdem genügt das Gold den Anforderungen des Geldverkehrs in bezug auf Teilbarkeit „de la façon la plus complète".

Wer durch die Brille der Liebe schaut,
Der hat den Blick der Musen,
Der sieht im Buckel seiner Braut
Nur einen zweiten Busen.

6. „Das Geldmaterial soll so viel wie möglich(!) vor Preisschwankungen geschützt sein, namentlich vor jenen plötzlichen Preisänderungen, welche bei Bodenprodukten durch die Ungleichheit der Ernten und

bei den Industrieerzeugnissen durch die Umwälzungen in den technischen Einrichtungen vorkommen."

Wie das Gold dieser Forderung entspricht, können wir leider mit Genauigkeit nicht sagen, denn wir haben bis heute noch kein geeichtes Maß, um die Bewegungen des Geldpreises zu messen!

Wir haben Maße für Bier, für Leinwand, für Speck. Wir messen die Tiefe des Meeres, die Höhe der Berge, die Entfernung der Gestirne, die Stärke des Lichtes, die Gewalt des Dampfes, die Flucht der Zeit. Aber für die Herstellung eines Maßes für das Geld — haben wir noch keine Zeit gefunden. Als Beweis für die Behauptung, das Gold wäre genügend fest im Preise, um als Geld zu dienen, muß uns also der in allen Sprachen, von jedem Narren ausgedrückte Glaube (Beteuerung, Versicherung) gelten, daß das Gold in dieser Beziehung allen Anforderungen genügt, und zwar wieder „de la façon la plus complète".

Um die genauen Preisschwankungen des Geldes zu ermitteln, bedarf es statistischer Ermittelungen, aber um die groben Schwankungen zu verraten, genügen auch einzelne Tatsachen, und eine solche Tatsache liefert uns das gegenseitige Verhalten der beiden Edelmetalle (Gold und Silber), die Jahrtausende als Geld benutzt wurden und in bezug auf Festigkeit des Preises allen Ansprüchen genügen sollen und zwar „de la façon la plus complète". Solange beide Metalle das Prägerecht genossen, mußte das Tauschverhältnis dieser Metalle unverändert bleiben (wie bei Nickel- und Kupfermünzen), und für naive Geister genügte diese Tatsache, um daraus zu schließen, daß, wie das Tauschverhältnis der beiden Metalle sich nicht veränderte, so auch nicht das Verhältnis beider Metalle zu den Waren.

Es genügte nun, das Prägerecht für eines der Metalle aufzuheben, um den ganzen Schwindel aufzudecken. Nicht nur, daß infolge der unmittelbaren Wirkung dieser Maßregel das Gold auf das Doppelte seines in Silber ausgedrückten Preises stieg, sondern auch jetzt noch schwankt dieser Preis unausgesetzt. Wo der Sünder ist, ob es das Gold oder das Silber ist, ob beide die „Schuld" daran tragen, wollen wir hier nicht untersuchen; diese Frage hat für uns kein Interesse, sie läßt sich übrigens auch nicht beantworten, ohne andere Elemente in die Gleichung zu bringen.

Eines steht aber fest, nämlich, daß die beiden Geldmetalle innerhalb 30 Jahren um 100 Proz., sage und schreibe hundert Prozent, voneinander gewichen sind. Wenn nun die beiden Edelmetalle einander gegenüber so bedenkliche Schwankungen durchmachen, so darf man wohl annehmen, daß Ähnliches auch den Waren gegenüber festgestellt werden könnte.

Der Hinweis Chevaliers auf die in der Industrie und in der Landwirtschaft vorkommenden heftigen Preisschwankungen, infolge Erfindung neuer Maschinen oder infolge meteorischer Einflüsse, war für seinen Zweck zum mindesten überflüssig. Denn bei keiner Ware spielen solche und ähnliche Einflüsse eine größere Rolle als gerade beim Golde. Wer sich dafür interessiert, der lese die Statistik der Welt-Goldernte nach und vergleiche sie z. B. mit der der Welt-Weizenernte. Der Weizen wird mehr oder weniger nach Bedarf produziert, die Ernten sind nicht immer in jedem Lande gleich, sie gleichen sich aber im großen und ganzen ziemlich gut aus. Beim Gold dagegen hängt alles vom Zufall ab. Man

„findet“ einfach das Gold, heute viel, morgen wenig, übermorgen nichts, je nach dem „Glück“, genau wie in einer Lotterie.

Trotz der Schwankungen der Ernten ist der Preis des Ackerbodens im allgemeinen fest. Die Aktien der Goldminen dagegen schwanken oft von 0 auf 1000 in kurzer Zeit. Wer Ackerland als Handelsartikel kauft, der spekuliert; wer aber Goldminenaktien kauft, der spielt.

So wurden nach Soetbeers Berechnungen jährlich gefunden:

1851/60: 2018 Tonnen Gold
1861/70: 1885 „ „
1871/80: 1715 „ „
1881/90: 1067 „ „

Also trotz stark vermehrter Bevölkerung fiel die Goldernte von 2018 im Jahre 1851 auf 1067 im Jahre 1881.

Was wäre nun aus dem Preise des Goldes geworden, wenn dieser von den Funden allein abhängig wäre?

Nun ist letzteres allerdings nicht der Fall. Die Produktion einer Ware hat Einfluß auf den Preis nur mittelbar durch ihren Einfluß auf das Angebot, denn Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis, nicht die Produktion, und wenn auch das Angebot der Waren im allgemeinen sich genau mit dem Vorrat oder der Produktion deckt, so kommt es doch auf das Angebot an. Besonders beim Gold und Geld darf das nicht vergessen werden, da das Angebot des vorhandenen Goldes und Geldes durchaus nicht vom Vorrat abhängig ist, wie ich das des öfteren schon erklärt habe, und wie man das ja am besten beim Kriegsschatz in Spandau beobachten kann.

Wie soll aber ein Gegenstand einen festen Preis erzielen, dessen Produktion vom Zufall abhängig, und dessen Angebot vom Vorrat unabhängig ist?

Diese Frage soll man mir beantworten, ehe ich der Beteuerung Glauben schenken kann, das Gold genüge „de la façon la plus complète“ allen Ansprüchen des Handels.

7. „Der Gegenstand, der als Geld dienen soll, muß imstande sein, eine zarte (délicat) Prägung anzunehmen, damit man beim ersten Blick das Geld erkennt.“

Hier sieht man so recht deutlich, wie Chevalier zu seinen Forderungen gelangt ist. Er hat einfach kritiklos das Gold als das Ideal eines Geldmaterials angesehen, dann dem Golde alle äußeren Eigenschaften abgeguckt und gesagt: so und nicht anders muß das Geldmaterial sein.

Wenn jemand ein passendes Material für irgendeine Industrie sucht, so muß er doch vor allen Dingen den Zweck im Auge behalten. Das fällt aber Meister Chevalier, wie all seinen Knappen, nicht im Traume ein; an den Zweck denkt er nicht. Nicht die Bedürfnisse des Handels sagten ihm, wie das Geld sein soll, sondern umgekehrt scheint er der Meinung gewesen zu sein, der Handel müsse sich nach dem Golde richten.

Wäre das Gold giftig, so hätte er sicher nicht unterlassen, zu sagen: Das Geldmaterial muß giftig sein, zur ewigen Erinnerung daran, daß Christus für Gold verraten wurde.

Wenn das Gold Gestank verbreiten würde, so wäre Chevalier mit der

Forderung vorgetreten: Das Geldmaterial muß einen durchdringenden Gestank verbreiten, damit jeder, der eine Münze verliert, diese mit dem Geruchssinn leicht wiederfindet oder auch, damit der Kaufmann die Zahlungsfähigkeit der Kunden nach dem Geruche beurteilen kann.

Zufälligerweise läßt sich das Gold leicht prägen, darum fordert Chevalier generell vom Geldmaterial, daß es sich genau wie das Gold prägen lasse, als ob von der Prägbarkeit allein die Möglichkeit abhängig wäre, einen Gegenstand zu kennzeichnen. Natur und Kunst liefern Millionen von Erkennungszeichen, warum soll nun gerade durch Prägung das Geld gezeichnet werden?

Was bleibt nun übrig von all den genannten Eigenschaften, von allen den Axiomen der Goldwährung?

So gut wie nichts.

Das Geldmaterial braucht an sich keine Ware zu sein, denn das Geld ist Ware (wie ich das in dem Artikel „Warum man aus Papier Geld machen kann“ gezeigt habe). Das Gold ist für Geldzwecke gleichzeitig zu leicht und zu schwer. Die Forderung der Homogenität ist überflüssig. In bezug auf Teilbarkeit genügt das Gold den Anforderungen nicht, denn von den siebzehn verschiedenen Geldstücken, die der Verkehr gebraucht, hat man nur zwei aus Gold machen können. Die Eigenschaft des Goldes, vor Rost und Fäulnis geschützt zu sein, erweist sich als verderblich für den Handel. Die Forderung der Prägbarkeit ist überflüssig, da als Erkennungszeichen irgend eine Eigenschaft des Geldmaterials, die auf irgend einen unserer fünf Sinne wirkt, benutzt werden kann.

Würde ich aufgefordert, die Eigenschaften zu nennen, die man von einem guten, brauchbaren Geldmaterial fordern kann, so würde ich sagen:

1. Das Geldmaterial soll greif- und sichtbar sein, von allen sonstigen Eigenschaften das Minimum. Vornehmlich soll das Gewicht des Geldmaterials den Preis des Geldes nicht beeinflussen, damit man sowohl einen Pfennig, wie auch das unbegrenzt Vielfache davon bequem in der Tasche tragen kann.
2. Das Geldmaterial soll möglichst wenig oder nichts kosten, damit der Staat völlig unabhängig von den Materialkosten die Geldfabrikation den Bedürfnissen des Marktes anpassen kann.
3. Das Geldmaterial darf überhaupt einer geordneten Verwaltung des staatlichen Geldmonopols nicht im Wege stehen.

Und würde ich aufgefordert, einen Stoff (Natur- oder Kunstprodukt) zu nennen, den ich für die Geldfabrikation als geeignet halte, so würde ich sagen „Papier“. — Warum?

Weil gerade das Papier ein Minimum der in Betracht kommenden Eigenschaften besitzt. Weil Papier so gut wie nichts wiegt, weil der Preis des Papiergeldes nicht von seinem Gewicht abhängig ist, weil man sowohl einen Pfennig wie 1000 Mk. aus demselben Papiergewicht herstellen kann. Weil das Papier in unbegrenzter Menge vorhanden ist, weil das Papiergeld eine geordnete Verwaltung des Geldes gestattet, weil Papiergeld in der Herstellung nichts kostet, weil der Staat mit Papiergeld seine Rechte vor Fälschern besser schützen kann, weil man mit Papiergeld alles machen kann, was man will — Pfuschereien, Schwindel, aber

auch gesundes, ehrbares Geld. An sich ist es völlig passiv; es erwartet Befruchtung und Tod von dem, der es zu verwalten hat. Liegt diese Verwaltung in den Händen des Volkes (wie das in der Republik und in den konstitutionellen Monarchien der Fall ist), so fällt das Geld genau so aus, wie es das Volk haben will. Papierwirtschaft, Schwindel, Betrug, wenn die ausschlaggebende Majorität aus Dieben sich rekrutiert; honest money, sound currency, wenn sich diese Majorität aus ehrbaren Leuten zusammensetzt — vorausgesetzt natürlich, daß sie überhaupt wissen, was Geld ist und wie es verwaltet werden soll.

Dem Golde gegenüber kann sich der Volkswille nur in der Annahme oder Ablehnung der Goldwährung betätigen. Von dem Augenblick an, wo die Goldwährung zur Annahme gelangt, verliert das Volk jede Kontrolle über die Währung, denn jeder staatliche Eingriff führt sofort zum Bruche der Goldwährung. Die Interessen des Volkes treiben auf der Goldwährung hilflos, wie ein Wrack auf den Wogen des Meeres. Denn die Goldwährung ist eine internationale Währung. Wer in einem Atem von Goldwährung und deutscher Reichswährung spricht, der spricht baren Unsinn. Wo die Goldwährung besteht, gibt es keine nationale Währung. Wenn die deutsche Mark in einem bestimmten Verhältnis zum Golde steht, so enthält der Ausdruck Mark d. R.-W. (deutscher Reichswährung) eine contradictio in adjecto, wie Sancho Panza sagt. Nicht der Volkswille, das Parlament, der Zar herrscht hier, sondern das Interesse einer internationalen Clique, zumeist aber der tolle, blinde Zufall.

Diese Kritik der Goldwährung und ihrer Theorie könnte man ins Unendliche ausdehnen, denn es wäre nicht schwer, in der „Lehre der Goldwährung" jedes einzelne Wort in Widerspruch mit seinem Vorgänger zu bringen. Ich will den Leser aber nicht unnütz ermüden und diese Kritik mit der Wiedergabe zweier Artikel beschließen, die bereits in der Zeitschrift: „Die Geld- und Bodenreform" erschienen sind. Der ganze bodenlose, ja geradezu liederliche Leichtsinn, auf dem die Goldwährung aufgebaut ist, tritt hier klar zutage.

---

9. Abschnitt. Der sogenannte Wert und die Goldwährung.

„Der jeweilige Zustand der Münze ist im höchsten Grade charakteristisch für die Entwicklungsstufe, die die Wissenschaft erreicht hat. Wie das Geld, so die Welt."

Wilhelm Roscher.

„Die Lehre vom Wert ist für die national-ökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung."
Knies.

Das deutsche Goldgeld ist vollwertig, d. h. sein Geldwert ist durch seinen Stoffwert voll und ganz gedeckt. Feinsilber ist nur

„In der Lehre vom Wert ist beinahe alles streitig, von den Benennungen angefangen."

Zuckerkandel.

„Trotz unzähliger Bestrebungen war und bleibt die Lehre vom Wert eine der unklarsten, verworrensten und strittigsten Partien unserer Wissenschaft."

v. Boehm Bawerk.

„Die Wertlehre ist bei dem leitenden Einfluß der Wertvorstellung auf das wirtschaftliche Tun und Lassen ganz besonders wichtig, sie ist aber noch sehr im Schwanken."

Schäffle.

Diese Aussprüche entlehne ich der Schrift Friedrich Gottls, die den vielversprechenden Titel führt: Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie. Kritische Studien zur Selbstbesinnung des Forschens im Bereiche der sogen. Wertlehre.

S. 53/5 dieser Schrift finden wir eine Zusammenstellung von Antworten, die die namhaftesten Wertforscher auf die Frage: Was ist der Wert? geben. Es sind, genau gezählt, 36 = 3 Dtzd. Einige hiervon, die kürzestgefaßten, will ich hier mitteilen:

1. „Die Macht der Natur über den Menschen." Carey.

2. „Verhältnis der Produktionskosten zur Brauchbarkeit."

Engels.

3. „Maß der Nutzleistung."

Knies.

4. „Kaufkraft." J. B. Say.

5. „Abstrakt menschliche Arbeit."

Marx.

halb so viel wert wie der geprägte Taler, und ähnlich steht es mit unserm deutschen Silbergeld: es ist unterwertig, sein Stoffwert ist geringer als sein Geldwert.

Karl Helfferich:
Die Währungsfrage, S. 1.

Von jeher haben gesunde Staaten den größten Wert auf ein Geld gelegt, dessen innerer Wert und dessen Wertbeständigkeit von niemand angezweifelt wird.

Ebenda, S. 46.

Gold und Silber erfreuten sich allseitiger Wertschätzung, man sammelte sie demnach, um sich Kaufkraft zu sichern, sie dienten also als Wertbewahrer. Bald waren die Münzen nicht mehr bloß Tauschwerkzeug, man gewöhnte sich vielmehr, die Werte aller Erzeugnisse gegen den Geldwert abzuschätzen. Das Geld wurde Wertmesser. Wir schätzen alle Werte in Geld ab. Alle Wertveränderungen nehmen wir als Änderungen gegen den Geldwert wahr. Der Geldwert scheint die feste Elle zu sein, die alles gleichmäßig mißt. Beruht der Geldwert auf den Metallen, so steigt er mit diesen; wird er vom Edelmetallwert losgelöst, so usw. usw.

Otto Arendt:
Leitf. der Währungsfrage.

In den Ländern, wo das Geld dazu dient, den Wert aufzuspeichern..

Yves Guyot:
La Science économique, S. 131.

Wie man das Bier in Fässern transportiert und aufbewahrt, so verschickt und bewahrt man den Wert im Geld. Das Geld ist Werttransportmittel; eine ideale Wertkonserve.

X. Y. Z.

Wie reimt sich nun das alles zusammen? Links sehen wir, daß auf die Frage „Was ist der Wert" heute niemand eine Antwort wagen darf,

ohne sich einem Hagel widersprechender Theorien auszusetzen. Rechts sehen wir, wie die Lösung der Währungsfrage auf Grund irgend einer „Wertvorstellung“ versucht wird. Links die Behauptung, in der Lehre vom Wert sei beinahe alles streitig, von den Benennungen angefangen; rechts vollständige Verleugnung der Wertfrage. Oben aber wieder thront die Behauptung, Währung und Wissenschaft gingen Hand in Hand.

Wenn das deutsche Geld so innig mit dem sogen. „Wert“ verknüpft wird, wie es Arendt und Helfferich tun, wenn das Geld mit dem sogen. „Wert“ steht und fällt, bezieht sich da nicht notwendigerweise alles, was über den sogen. „Wert“ gesagt wird, unmittelbar auf das Geld? Wenn in bezug auf den „Wert“ alles streitig ist, von den Benennungen angefangen, ist dann „bei dem leitenden Einfluß der Wertvorstellung auf das wirtschaftliche Tun und Lassen“ nicht auch in bezug auf das Geld alles streitig, von den Benennungen angefangen? Wenn wir fragen „Was ist der Wert“, so muß diese Frage für jeden, der auf Grund des „Wertes“ die Währungsfrage behandelt, genau dieselbe Bedeutung haben, wie wenn wir fragen „was ist eine Mark d. R.-W.“?

Wie kann man nun angesichts solcher Verhältnisse die Hoffnung hegen, die Währungsfrage unter Zurücksetzung bzw. Verleugnung der „Wertfrage“ im wissenschaftlichen und praktischen Sinne zu erledigen? Kann man ein Haus bauen, ohne für ein Fundament zu sorgen? Kann man auf die „unklarste“, „verworrenste“ und „strittigste“ Partie der Volkswirtschaft, auf einem Moraste von Widersprüchen, des Landes weitaus wichtigste Einrichtung, die Währung, begründen? Das ist ja eine wahnsinnige Hoffnung. Wer auf Grund irgend einer „Werttheorie“, irgend einer „Wertvorstellung“ die Währungsfrage zu lösen unternimmt, wird immer nur eine persönliche Lösung finden. Allgemeine Gültigkeit, d. h. die Lösung der Währungsfrage, wird seine Lösung erst dann erreichen können, wenn er vorher seiner Werttheorie, die er als Ausgangspunkt seiner Untersuchung gebrauchte, allgemeine Anerkennung verschafft hat. Denn der Wert ist ja für die national-ökonomische Wissenschaft „von fundamentaler Bedeutung“. Das hätten sich Arendt und Helfferich sagen sollen, bevor sie sich an die Lösung „der“ Währungsfrage heranwagten.[1])

Nehmen wir an, Arendt und Helfferich wären beide von zwei verschiedenen Werttheorien ausgegangen, und beiden wäre es gelungen, „ihre“ Währungsfrage zu lösen, d. h. sie hätten die Währung mit ihrer Werttheorie in Übereinstimmung gebracht. Was wäre da gewonnen? Müßten sie mit dem Kampfe um die Anerkennung ihrer Lösung nicht bei ihrer Werttheorie anfangen? Nehmen wir an, alle „Wertforscher“ verlegten sich auf die Lösung „der“ Währungsfrage, so würde der Erfolg solcher Bestrebungen uns bestenfalls zehn Dutzend verschiedene Lösungen der Währungsfrage verschaffen. Ja, genau genommen, wir würden, da Währung und Wissenschaft ja Hand in Hand gehen, uns statt der Doppelwährung einer Polywährung, einer 100fachen Währung, erfreuen. Jede dieser Theorien würde um die öffentliche Gunst buhlen, um die Währung

[1]) In einem Briefe teilt mir Dr. Helfferich mit, daß er in seinem neuen Buche „Das Geld“ seine Theorie des „Wertes“ bekannt gibt.

in ihren Bereich zu bringen, denn, wie Schäffle sagt: „Bei dem leitenden Einfluß der Wertvorstellungen auf das wirtschaftliche Tun und Lassen“ usw. usw.

Eine schöne Aussicht, zu der uns die „Wertvorstellung“, die Arendt, Helfferich & Cie. geführt haben! Der Streit um die Währung wird, solange irgend eine Wertvorstellung die Grundlage der Währung bildet, mit Notwendigkeit in einen Streit um den „Wert“ auslaufen.

Was bedeutet nun in den Schriften Arendts und Helfferichs das Wort „Wert“? Das müssen wir wissen, ehe wir das erste Blatt beider Schriften umwenden können. Wir müssen genau wissen, was dieses Wort alles zu tragen hat, sonst können wir ja betrogen und bestohlen werden, ohne es zu merken. Also, heraus mit der Sprache. Bedeutet das Wort im Sinne Careys „die Macht der Natur über den Menschen“? Bezeichnen die Ausdrücke „vollwertig“, „Wertbewahrer“, „Stoffwert“, „innerer Wert“ usw. das Maß der Nutzleistung, wie Knies den „Wert“ erklärt? Ist es, wie Say meint, „Kaufkraft“? Ist es die „abstrakt menschliche Arbeit“ Marxs? Oder ist es einfach, wie Ricardo sagt: „Die Menge irgend eines anderen Dinges, das für ein Ding eingetauscht wird“? Jede einzelne dieser Wertvorstellungen ist von der anderen grundverschieden, und bei der „fundamentalen Wichtigkeit“ der Sache müssen sie auch die Währungsfrage anders stellen, andere Lösungen fordern.

Die Notwendigkeit einer Erklärung über ihre persönliche „Wertauffassung“ werden also Arendt und Helfferich nicht wohl leugnen können, und sie täten gut, sich damit zu beeilen und nicht zu warten, bis es zu spät ist. Denn die „Wertforschung“ scheint eine für die Währungsforscher sehr heikle Wendung zu nehmen. Wie wäre es, wenn es sich bei näherer Betrachtung herausstellte, daß der Ausdruck „Wert“ leer, gedankenlos ist? Wie wäre es, wenn die kritische Wertfrage: „Ist der Wert?“ einfach verneint werden müßte? So sagt Gottl S. 71 in seiner bahnbrechenden Schrift:[1]) „Es würde wirklich nicht mehr überraschend erscheinen, wenn uns die kritische Wertfrage bei **ihrer Erledigung zu einem Abspruch des Wertgedankens führen sollte**“.

Einen Wertbegriff kann man billigerweise von den Währungsforschern ebensowenig verlangen, wie von den Wertforschern, auch nicht einmal eine mehr oder weniger klare Vorstellung, aber den Wertgedanken, den Wertglauben mußte man eigentlich voraussetzen können. Wenn es auch nur ein traumhafter Gedanke, ein angetaufter Glaube wäre. Als sie die Worte schrieben — Wertbewahrer, innerer Wert, vollwertig usw. usw. — da müssen sie doch zum mindesten „wach“ gewesen sein! Sie müßten wach gewesen sein; ob sie es wirklich waren, wird die Erledigung der kritischen Wertfrage zeigen.

Wir besitzen, wie Gottl das sehr schön zeigt, für die Frage: „Was ist der Wert?“ eine reiche Auswahl von Antworten, so daß jeder diese Frage heute nach seinem Geschmacke, nach seinen Bedürfnissen beantworten kann; aber für die kritische Wertfrage: „Ist der Wert?“ sind wir ganz auf uns selbst angewiesen. Die Bejahung dieser Frage gilt eben als selbstverständlich; in allen volkswirtschaftlichen Schriften wird einfach

---

[1]) Gottl: Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie. Fischer, Jena.

vorausgesetzt, daß die Waren eine eigentümliche, nur in ihnen zu findende **Eigenschaft** haben, die man „**Wert**" nennt. Einen Nachweis, daß diese Eigenschaft „ist", wird man überall umsonst suchen, und wo ein solcher Nachweis versucht wird, da geschieht es auf so oberflächliche Weise, daß man sich sagen muß, der Verfasser habe sich im Ernste nie gefragt, ob in den Waren wirklich etwas da ist, eine notwendige Eigenschaft, die man „Wert" nennt, ob das, was er zu besprechen gedenkt, wirklich „ist".

So sagt z. B. Karl Marx, einer der wenigen, die überhaupt einen Augenblick bei der Frage: „Ist der Wert?" verweilt haben: Eine gewisse Ware, ein Zentner Weizen z. B., **tauscht sich** (!) mit x Stiefelwichse, oder mit y Seide, oder mit z Gold usw. Was besagt das? Daß ein Gemeinsames von derselben Größe in zwei verschiedenen Dingen ist? (Kap. B. I. S. 3.)

Dieses, auf solche Weise „entdeckte" Gemeinsame nennt Marx „Wert". Mehr sagt er nicht auf die Frage: „Ist der Wert?", und auf das Gesagte baut er seine drei dicken Bände!

Wäre nun dies das ganze Beweismaterial für das Dasein einer besonderen, auf die Waren sich beschränkenden Eigenschaft, also für den „Wert", so könnte man die Frage: „Ist der Wert?" schon gleich hier verneinen, denn der Tausch der Waren ist doch wesentlich anders, als wie ihn Marx beobachtet hat. Wenn sich die Waren wirklich tauschten, also aus eigenem Drange, aus eigener Kraft, und in einem dieser Kraft entsprechenden Verhältnis, ohne unser Zutun, so müßte man notwendigerweise eine Kraft oder Eigenschaft voraussetzen, die diesen Tausch bewirkt. Dann aber würde man diese Kraft sicherlich auch im physikalischen Kabinet erzeugen können. Wir müßten da in der Stiefelwichse und in der Seide eine Kraft vermuten, die, ähnlich der Schwerkraft, an die Ware gebunden ist, die mit der Ware entsteht und vergeht. Aber das ist doch nicht der Fall, die Waren tauschen sich nicht, sondern werden getauscht, die Rolle, die dabei die Waren spielen, ist eine leidende (passive); der Tausch selbst ist eine willkürliche Handlung, wie jede andere menschliche Handlung. A wirft eine Wurst, um eine Speckseite herunterzuholen, B opfert einen Schuß Pulver für einen Hasen, C arbeitet im Schweiße seines Angesichts um den Preis der Ernte, D opfert 10 Stunden Arbeit für einen Hut, und für denselben Hut opfert E 10 Mark. Ob A, B, C, D und E auch morgen dasselbe tun werden, tun würden, ist fraglich, weil in der Zwischenzeit ein Wechsel der Verhältnisse eingetreten sein kann. Die Waren stehen eben nicht unter sich in Beziehung, sondern zu den Käufern. Fehlt der Käufer, so fehlt auch äußerlich jede Verbindung zwischen den Waren. Warum gibt aber Müller x Stiefelwichse für y Seide? Aus denselben Gründen, wegen deren Schmidt auf den Fischfang geht, wegen deren Schultze Kartoffeln pflanzt. Warum gibt aber Müller gerade x und nicht 2 x oder $\frac{x}{2}$ Stiefelwichse für y Seide? Für die Beantwortung dieser Frage brauchen wir auch keine besondere Eigenschaft der Waren vorauszusetzen. Hier reicht die Theorie der Preise vollständig aus. Aus tausend Gründen gibt Müller heute x Stiefelwichse für y Seide. Nicht eine den Waren eigentümliche, den Waren entströmende Kraft bestimmt das Tauschverhältnis, sondern äußere Verhältnisse, die sogen. Konjunkturen, tausend verschiedene, sich kreuzende Umstände. Alle Erscheinungen des Marktes, ohne eine einzige Ausnahme, lassen sich mit der Regel: „Nachfrage und

Angebot bestimmen den Preis" erklären, und wenn behauptet wird, der „Wert" wäre für die nationalökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung, und die „Wertvorstellung" übe auf das wirtschaftliche Tun und Lassen einen leitenden Einfluß, so sind das Behauptungen, für die es schwer fallen würde, einen Beweis zu erbringen. In der Praxis gibt es nur Preise; ein Kaufmann legt dem Worte „Wert" keinen anderen Sinn unter als den Preis, den er nach Lage der Dinge wahrscheinlich wird erzielen können, oder wird bezahlen müssen. In den Hauptdokumenten der Volkswirtschaft, in den Inventar- und Hauptbüchern der Kaufleute erscheinen ausschließlich Preise, und zwar solche, die man voraussichtlich würde zahlen müssen. Wenn man aber in der Praxis und Theorie ohne diesen sogen. „Wert" auskommt, wenn man in der Praxis überhaupt keinen Platz für etwas anderes als den Preis hat, so scheint mir das ein schlagender Beweis dafür zu sein, daß die Frage: „Ist der Wert?", die kritische Wertfrage, wie sie Gottl nennt, verneint werden muß.

Die Sache ist also höchst verdächtig, und die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß sich die „Wertfrage" zu guter Letzt in einen Wertskandal verwandelt, einen Skandal, ähnlich dem, der am Hofe jenes Königs so viel Aufregung verursachte, dessen Minister über die Pracht des königlichen Hemdes in Entzücken gerieten, obschon der König kein Hemd hatte und nackt in den Straßen lief. Jeder behauptet, den „Wert", das Hemd zu sehen, keiner hat den Mut, es einzugestehen, daß er in der Tatsache des Tausches nichts Zwingendes für die Anerkennung einer besonderen, „Wert" zu nennenden „Eigenschaft" der Waren erkennt.

Freilich, die „Wertforscher" können nicht in diesen Skandal verwickelt werden, wohl aber alle diejenigen, die, ohne je einen Wertgedanken, eine Wertvorstellung, einen Wertbegriff gehabt zu haben, vorgeben, auf den „Wert" die Landeswährung, ja ganze ökonomische Systeme gegründet zu haben.

Dieser Gefahr könnten sich Arendt und Helfferich jetzt noch entziehen und zwar dadurch, daß sie die ganze „Wertlehre", die „Wertfrage", einfach verleugnen und sagen, für sie wäre „Wert" und Preis eins.

The value of a thing
Is just as much as it will bring.

Damit schaffen sie sich die ganze Wertlehre einfach vom Halse und können mit Gemütsruhe der Erledigung der kritischen Wertfrage entgegensehen. Freilich würde eine solche nachträgliche Erklärung einige Korrekturen nötig machen, und etwa $^9/_{10}$ ihrer Schriften müßte als barer Unsinn einfach gestrichen werden. Was aber macht das aus, wenn dadurch die Ehre aus dieser schrecklichen „Wertdébâcle" gerettet werden kann. So z. B. dürfte der Ausdruck „innerer Wert" nicht mehr gebraucht werden, denn setzen wir hier Preis an Stelle von Wert und sagen „innerer Preis", so tritt der ganze Unsinn, den dieses Wort deckt, ins helle Sonnenlicht. Ebenso verhält es sich mit dem Ausdruck „Wertbewahrer", denn der Preis einer Sache liegt doch außerhalb der Sache, und wie kann man da von Preisbewahrer sprechen? Der Preis des Geldes, das man in der Bank so schön verwahrt weiß, besteht vielleicht aus der Arbeits-

kraft eines Tagelöhners, aus einem Korb Äpfel, und während wir den „Wert“ des Geldes verwahrt dünken, geht sein „Preis“ zugrunde.

Die „Geld- und Bodenreform“ fühlt sich frei von jeder „Werthalluzination“, für sie genügt der Preis, um die Währungsfragen erschöpfend behandeln zu können. Die Geldreform leugnet, daß die Waren eine spezifische, „Wert“ zu nennende Eigenschaft haben. Alle Eigenschaften der Waren sind stofflicher Natur.

Auf die Frage: „Was ist der Wert?“ antwortet Ricardo: „Die Menge (und Qualität) irgend eines anderen Dinges, das für ein Ding eingetauscht wird“. Mit dieser Antwort leugnet Ricardo jeden Unterschied zwischen Wert und Preis, denn das Ding, das ich für ein anderes Ding gebe, ist nichts weiter als der Preis dieses Dinges. Ist aber Preis und Wert gleichdeutig, so leugnet damit Ricardo das Dasein einer besonderen, den Waren eigentümlichen, „Wert“ zu nennenden Kraft.

Und das ist auch der Standpunkt der Geldreform.

---

10. Abschnitt. Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt.[1]

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis der Waren, und das Angebot richtet sich nach dem Vorrat. Wächst der Vorrat, so wächst auch das Angebot; nimmt der Vorrat ab, so geht auch das Angebot zurück. Vorrat und Angebot fallen somit in eins zusammen, und statt: „Angebot und Nachfrage“ könnte es ebenso richtig heißen: „Vorrat und Nachfrage“ bestimmen den Preis. Die Voraussetzungen der Quantitätstheorie werden durch diese Fassung sogar besser hervorgehoben.

Die Quantitätstheorie, die für alle Waren ohne wesentliche Einschränkung als richtig anerkannt wird, hat man auch auf das Geld übertragen und gesagt, daß der Preis des Geldes vom Geldvorrat bestimmt wird; doch hat die Erfahrung gezeigt, daß das Geldangebot vom Geldvorrat nicht so beherrscht wird, wie nach der Quantitätstheorie vorauszusetzen ist. Während der Geldvorrat oft unverändert bleibt, ist das Geldangebot den größten Schwankungen unterworfen. Die Reservoirs des Geldes (Banken, Geldschränke, Strümpfe und Koffer) sind zuweilen überfüllt, manchmal leer, und dementsprechend ist auch das Geldangebot heute groß, morgen klein. Oft genügt ein Gerücht, um alles Geld vom Markte und Angebot zurück in die Reservoirs zu bringen; oft bewirkt ein Telegramm, das noch obendrein gefälscht sein mag, daß dieselbe Hand, die noch eben den Beutel fest zuschnürte, die Märkte des Landes mit Geld überschüttet.

[1]) Knut Wicksell: Ich hegte schon den Verdacht und wurde durch ein eingehenderes Studium besonders von Tookes und seiner Anhänger Schriften mehr und mehr in demselben bestärkt, daß es neben der Quantitätstheorie in Wirklichkeit keine zweite gibt, welcher der Name einer durchgeführten, in sich zusammenhängenden Theorie des Geldes beigelegt werden könnte. Ist somit jene Theorie falsch — oder insoweit sie falsch ist — so gibt es bis heutigen Tages eben nur eine falsche Theorie des Geldes. — Geldzins und Güterpreise S. III.

Für das Geldangebot ist Vertrauen und Mißtrauen jedenfalls viel entscheidender, als der Geldvorrat, und wenn wir eben von den Waren sagten, daß Vorrat und Nachfrage den Preis bestimmen, so könnte man vom Gelde ebenso richtig sagen, daß Stimmung und Nachfrage seinen Preis bestimmen. Gewiß, der Geldvorrat ist für das Geldangebot nicht gleichgültig, denn dieser Vorrat zieht dem Angebot nach oben eine Grenze. Es kann schließlich nicht mehr Geld angeboten werden, als wie der Vorrat gestattet. Aber, während für die Waren im allgemeinen die obere Grenze des Angebots (d. i. der Vorrat) auch gleichzeitig die untere bildet, so daß Angebot und Vorrat regelmäßig in eins zusammenfallen, ist beim Gelde eine untere Grenze überhaupt nicht zu erkennen, es sei denn, daß man Null als diese untere Grenze ansehen will.[1])

Ist Vertrauen da, so ist auch Geld da, hat hingegen Mißtrauen die Oberhand, so bleibt das Geld verborgen. Das ist eine uralte Erfahrung.

Wenn aber — wie diese uralte Erfahrung beweist — das Geldangebot nicht regelmäßig und ausnahmslos dem Geldvorrat entspricht, so ist auch der Preis des Geldes vom Geldvorrat unabhängig, und die Übertragung der Quantitätstheorie auf das Geld ist nicht statthaft.

Versagt aber die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber, so ist auch die Produktionskostentheorie nicht auf das Geld anwendbar, denn die Produktionskosten können preisbestimmend nur mittelbar durch ihren Einfluß auf die Quantität, d. i. den Vorrat wirken, und dieser Vorrat ist, wie wir sahen, nicht regelmäßig und allein entscheidend für das Geldangebot.[2])

Bei den Waren im allgemeinen verhält es sich so, daß, wenn die Produktionskosten abnehmen, die Produktion zunimmt. Mit der wachsenden Produktion wachsen der Vorrat und das Angebot, und mit dem wachsenden Angebot fällt der Preis. Aber bei den Edelmetallen ist es durchaus nicht gesagt, daß mit dem wachsenden Vorrat auch gleich das Angebot wächst, und noch weniger, daß das Angebot stets dem Vorrat entspricht. Beweis: Die Silberbestände in Washington.

Beide Theorien, die Quantitäts- und Produktionskostentheorie, versagen also dem Gelde gegenüber, und den Grund, warum sie versagen müssen, hat man in den Edelmetalleigenschaften des Geldmaterials zu suchen. Der Kriegsschatz in Spandau wäre längst zu Schutt und Staub vermodert, ohne diese Eigenschaften des Goldes, und auch die Silberpolitik der Vereinigten Staaten wäre ohne diese Eigenschaften des Silbers nicht denkbar gewesen. Wenn das Gold gleich den Waren dem Zerfall ausgesetzt wäre, so würde das Geldangebot stets haarscharf dem Geldvorrat entsprechen. Vertrauen und Mißtrauen vermöchten das Geldangebot

---

[1]) Einen klaren Beweis, daß der Geldvorrat nicht gleichbedeutend mit Geldangebot ist, hat man in dem Kriegsschatz, der seit Jahren in Spandau bei Berlin vergraben liegt. Das dort aufgehäufte Geld ist in 30 Jahren nicht einmal angeboten worden.

[2]) Dr. Georg Wiebe: Zur Geschichte der Preisrevolution des 16. und 17. Jahrh. S. 318: Die bloße Vermehrung des Geldvorrats kann an sich nicht preissteigernd wirken; das neu hinzugetretene Geld muß auch auf dem Markt kaufend Nachfrage erzeugen. Dies ist die erste Einschränkung, die gegenüber jener Theorie gemacht werden muß.

Hume: Geld, das nicht angeboten wird, hat auf die Preise den gleichen Einfluß, wie wenn es vernichtet worden wäre.

nicht zu beeinflussen. In Kriegs- und Friedenszeiten, bei guten und schlechten Konjunkturen, stets würde das Geld angeboten werden, niemals würde sich das Geld vom Markte zurückziehen können. Das Geld würde sogar angeboten werden, wenn mit dem Umsatz ein sicherer Verlust verbunden wäre, genau wie bei den Kartoffeln das Angebot nicht davon abhängig ist, ob der Eigentümer einen Gewinn einheimst oder nicht. Kurz, Vorrat und Nachfrage würden, wie den Preis der Waren, so auch den des Geldes bestimmen.

Der Preis einer Ware, die, wie der Kriegsschatz in Spandau und die Silberbestände in Washington, jahrzehntelang in feuchten, unterirdischen Verließen aufbewahrt werden kann, ohne den geringsten Schaden zu nehmen, deren Angebot nicht einem inneren Triebe folgt, sondern allein vom menschlichen Ermessen abhängig ist, ist aller Fesseln ledig. Der Preis einer solchen Ware anerkennt kein ökonomisches Gesetz; für sie besteht keine Quantitäts- und Produktionskostentheorie, für ihr Angebot ist der Profit allein maßgebend.

Ein solches Geld ist, wie schon Karl Marx richtig bemerkt, von Haus aus Kapital, d. h. es wird nur so lange und so oft angeboten, wie ein Profit (Mehrwert) herausgeschlagen werden kann. Kein Profit, kein Geld! (Natürlich spreche ich hier nicht vom Gelde des gemeinen Konsumenten, sondern vom regelrechten kaufmännischen Geldangebot.)

Nun könnte wohl mancher geneigt sein, anzunehmen, daß, da der Wunsch, Profite zu realisieren, eine lebendige und regelmäßig drängende Kraft ist, auch der aus ihr entspringende Impuls dem Geldangebot eine ebensogroße Gleichmäßigkeit verleihen muß, wie diejenige ist, die das Warenangebot charakterisiert. Das gesetzmäßige, das natürliche Element, von dem die Regelmäßigkeit des Geldangebots erwartet werden kann, wäre dann zwar nicht die Quantität, resp. die Höhe der Produktionskosten, sondern der Profit, was bei der großen Verwandtschaft der hier treibenden Kräfte auf eins hinausläuft. Kurz, man wird sagen, daß das Interesse an einem regelmäßig wiederholten Profit auch ein regelmäßiges Geldangebot zur Folge haben muß.

Diese Annahme hat ebensoviel Beruhigendes, wie Bestechendes an sich, und tatsächlich scheint man auch bei ihr Halt gemacht zu haben, wenigstens gehen die Untersuchungen über die Elemente des Geldpreises nie über diese Annahme hinaus. Hierzu mag wohl auch so eine Art „horror vacui“, eine Scheu vor dem Leeren, beigetragen haben. Man sieht, daß, wenn auch diese Annahme sich als falsch erwiese, die Goldwährung in sich selbst zusammenbrechen würde. Und auf diese Eventualität scheint man durchaus unvorbereitet zu sein. Man schrickt vor der Leere, die das Bersten dieser letzten Säule der Goldwährung schaffen würde, zurück und schließt vor dieser Perspektive lieber die Augen.

Aber alle diese Bedenken vermögen doch nicht auf die Dauer die Tatsache zu verhüllen, daß obige Annahme falsch ist.

Das Geld wird angeboten, so oft und so lange ein Profit realisiert werden kann. Kein Profit, kein Geld. Wenn nun alle Bedingungen für einen Profit regelmäßig erfüllt wären, so wäre das Angebot auch regelmäßig. — Aber hier gerade hapert es.

Der Profit kann nur so lange realisiert werden, als das Tauschverhältnis zwischen Geld und Ware stabil bleibt, oder sich „en hausse“ be-

wegt. In diesen Fällen kann die Ware, die kaufmännisch erworben wird, mit Profit weitergegeben werden, d. h. der Verkaufspreis wird regelmäßig über dem Einstandspreis stehen. Aber, wenn eine allgemeine Baisse prophezeit wird, wenn der Kaufmann annimmt, daß in der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf liegt, die Preise unter den heutigen Stand sinken werden, dann ist es dem Kaufmann unmöglich gemacht, einen Profit herauszuschlagen, und er verschiebt das Angebot von Geld auf spätere Zeiten.

Bei jeder erwarteten Baisse (gleichgültig ob die Erwartung begründet ist oder nicht) wird also das Geldangebot ins Stocken geraten.

> Dieser Satz, von fundamentaler Bedeutung für jedes Währungssystem, mit alleiniger Ausnahme des Reformgeldsystems, ist, so viel ich weiß, zuerst von den Bimetallisten aufgestellt worden. Namentlich hat Emile de Laveleye die Wichtigkeit dieses Satzes nachdrücklich betont. Leider hat er die letzten Folgerungen nicht gezogen. Die Anhänger der Goldwährung haben diese Wahrheit aus Verlegenheit oder verbrecherischen Absichten immer totgeschwiegen.

Darum ist auch die Annahme, wonach im Profit ein automatischer Regulator des Geldangebots zu erblicken ist, falsch. Die Hinfälligkeit dieser Annahme wird aber noch viel deutlicher erkannt werden, wenn man die nächsten Folgen der durch die voraussichtliche (aber noch nicht eingetroffene) Baisse verursachten Stockung im Geldangebot einige Schritte weit verfolgt.

Weil man eine Baisse erwartet, d. h. weil man befürchtet, daß das allgemeine Geldangebot nicht Schritt halten wird mit dem Warenangebot, wird das Angebot von Geld verschoben — und weil man das Angebot des Geldes verschoben hat, tritt das, was man befürchtete, ein. Das heißt mit anderen Worten, daß die Furcht vor einer Baisse an und für sich genügt, um eine Baisse zu erzeugen, denn, sowie das Geldangebot verschoben wird, muß bei dem immer dringenden Warenangebot die Baisse eintreten.

Bei einer voraussichtlichen Hausse tritt natürlich das Umgekehrte ein. Die Hausse sichert nicht allein den Profit, sondern sie vergrößert ihn um den Betrag der Hausse. Der Verkaufspreis setzt sich dann zusammen aus: Einstandspreis + Profit + Hausse. Deshalb wird, sobald eine allgemeine Hausse gewittert wird, der Geldvorrat bis auf den letzten Heller in Ware umgesetzt. Das Geld fließt den Märkten in Strömen zu, und weil das Geld so reichlich angeboten wird (aber auch nur deshalb), tritt das, was man erwartete, wirklich ein.

Die Hausse zieht also das Geld an; sie macht das Geld mobil, sie leert die Reservoirs. Die Baisse dagegen stößt das Geld ab, sie führt zur Schatzbildung, sie fegt das Geld vom Markte weg. Mit anderen Worten: wenn das Geldangebot schon übergroß ist, dann strömt es von allen Seiten herbei; wenn es aber an Geld fehlt, so zieht sich das Angebot zurück.

Das ist das Gesetzmäßige bei einem Gelde, dessen Angebot vom Profite reguliert wird.

Nun ist oft gesagt worden, wenn auch nicht im Zusammenhang mit obiger Erkenntnis, daß die Emissionsbanken beauftragt und befähigt sind,

den Geldumlauf dadurch zu regeln, daß sie mittels ungedeckter Banknoten die „natürlichen“ Schwankungen im Geldangebot ausgleichen.

Es ist deshalb vorauszusehen, daß man sich jetzt dieser Umstände erinnern wird, sobald es sich herausstellt, daß der Profit den Geldumlauf nicht automatisch zu regulieren vermag. Man wird sich an die Emissionspolitik der Banken klammern, als an die rettende Planke im Schiffbruch der Goldwährung.

Welche Ironie! Die stolze Goldwährung, die vor dem Zusammenbruch nur durch die Stütze „ungedeckter“ Banknoten bewahrt werden kann! Die Banknoten lauten auf Gold, kursieren angeblich nur, weil sie auf Gold lauten, und dabei sind sie es, die die Goldwährung aufrecht erhalten! Sieht das nicht aus wie ein Wrack, das auf der Ladung schwimmt?

Aber, ganz abgesehen von diesem inneren Widerspruch — die Behauptung selbst, daß die Emissionsbanken das Geldangebot regulieren oder regulieren können, ist falsch.

Eine Regulierung des Geldangebots, d. h. eine Anpassung an die Nachfrage, wird heute nirgendwo betrieben, und sie kann auch aus dem einfachen Grunde nicht heute betrieben werden, weil bis dato kein Staat über ein offizielles Maß für den Geldpreis (Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld) verfügt.

Solange der Handel den verlangten Diskont bezahlt, wird überall lustig weiter diskontiert bzw. emittiert, ganz einerlei, wie die Preise stehen, ganz einerlei, ob die Warenpreise en hausse oder en baisse notieren.

Nach den Warenpreisen fragt überhaupt kein Bankdirektor; — Zins und Sicherheit — das sind seine einzigen Sorgen. Zudem würden auch die Emissionsbanken mit ihren heutigen Befugnissen niemals imstande sein, die Emissionen dem jeweiligen Bedarf anzupassen. Die einzige Waffe der Emissionsbanken — die Diskontopolitik — reicht für diesen Zweck nicht aus, ja, sie wirkt in der Regel sogar dem Zwecke entgegen.

Eine Herabsetzung des Diskontos ist für die Unternehmer gleich einer Verminderung der Produktionskosten, und da diese den Preis der Waren mitbestimmen, so wirkt die Herabsetzung des Diskontos verschärfend auf die Baisse. Durch die Herabsetzung des Zinsfusses wird das Anlage suchende Geld außerdem noch über die Grenze gejagt — ein neuer Anlaß für die Verschärfung der Baisse.

Mit der Herabsetzung des Diskontos kann ebensowenig eine Baisse, wie mit der Diskontoerhöhung eine Hausse verhütet werden. Bei einer erwarteten Baisse würde selbst eine Herabsetzung des Diskontos auf Null die Bankvorräte nicht mobilisieren, ebensowenig wie bei einer Hausse ein Diskontosatz von 10 und mehr Prozent ein Hindernis wäre für den Umsatz des Geldes. Eine regelrechte Hausse wirft so reichlich viel ab, daß der Diskonto oft als „quantité négligeable“ betrachtet wird, besonders auch deshalb, weil ja mit dem Ertrag der diskontierten Papiere dem Markte eine immer größere Geldmasse, der Hausse immer neue Nahrung zugeführt wird. Je mehr diskontiert wird, desto größeren Umfang nimmt die Hausse an, desto größer wird die Differenz zwischen Einstand und Verkauf, desto nebensächlicher wird die Höhe des Diskontosatzes. In der

Theorie wäre sogar ein Diskontosatz von 100 Proz. kein Hindernis für den Handel.

Mit der Diskontopolitik läßt sich also keine vernünftige Emissionspolitik betreiben, und tatsächlich haben ja auch bisher selbst die tollsten Sprünge des Diskontosatzes weder vermocht, Hausse- und Baisseperioden zu vermeiden, noch ihre Folgen abzuschwächen.

Auf die Warenpreise kann man nicht mittels des Zinsfußes einwirken. Auf eine Hausse kann man nur durch direkte Verweigerung des Diskontos einwirken, und auf die Baisse durch vermehrtes Angebot von Geld. Dabei müßte dieses Geld unmittelbar gegen Waren angeboten werden. Wollte man sich damit begnügen, Geld herzustellen und gegen Zins (oder selbst zinsfrei) anzubieten, so würde man nichts erreichen. Geld ist ja genug da, aber niemand getraut sich es anzubieten, aus Furcht vor der Baisse.

Kurz, das Geldangebot wird nicht vom Geldvorrat beherrscht; ob wir dabei die lithographische Presse der Emissionsbanken zum Geldvorrat rechnen oder nicht, ändert daran nichts. Geld, dessen Angebot den Profit zur Voraussetzung hat, dessen Angebot von den Ansichten, Hoffnungen, Befürchtungen der Kapitalisten abhängig ist, ist psychologischen, nicht wirtschaftlichen Gesetzen unterworfen, und wenn wir den Präsidenten der Reichsbank durch einen Irrenarzt ersetzten — die sogen. deutsche Reichswährung könnte durch diesen Wechsel nur gewinnen.[1])

---

11. Abschnitt. Die Zinstheorie der Geldreform.[2])

Ihr wußtet nicht, wo Ihr das Kapital fassen solltet und standet vor ihm, wie eine nach Blut dürstende Meute vor einem Stachelschwein.
Proudhon (Mülberger S. 97).

Einleitung.

Als Prüfstein für die Richtigkeit der hier entwickelten Zinstheorie, wie auch, um dem gerade in dieser Frage so sehr in uralten Vorurteilen befangenen Leser das Verständnis zu erleichtern, schicke ich folgende kurze Robinsonade voran.

Robinson hatte bekanntlich seine Wohnung aus Gesundheitsrücksichten auf der Südseite des Berges errichtet, während sein Feld sich auf der nebligen, aber fruchtbaren Nordseite befand. Er war nun gezwungen, seine Produkte über den Bergrücken nach Hause zu schleppen. Um sich diese Arbeit zu erleichtern, beschloß er, einen Kanal um den Berg herum zu ziehen. Drei Jahre sollte diese Arbeit in Anspruch nehmen, und zwar

[1]) E. Nasse: Für sich allein dürfte es den Kreditanstalten nicht möglich sein, auch durch das bereitwilligste Kapital zu dem niedrigsten Diskonto eine steigende Bewegung der Preise hervorzurufen. Es muß erst eine andere Anregung hinzukommen, damit von der angebotenen Kaufbefähigung auch wirklich Gebrauch gemacht wird. (Zeitschr. für die ges. Staatswissenschaften XXI, Bd. 1865, S. 146. — Vgl. Wicksell: Geldzins und Güterpreise S. 80.)

[2]) Abdruck aus der Zeitschrift: Die Geld- und Bodenreform.

mußte die Arbeit, um eine Versandung zu verhüten, unausgesetzt betrieben werden. Er mußte sich also 3 Jahre im voraus mit Proviant versehen. Er schlachtete mehrere Schweine und bedeckte das Fleisch dick mit Salz. Er füllte ein tiefes Loch in der Erde mit Getreide und deckte es sorgfältig zu. Er gerbte ein Dutzend Hirschfelle und verarbeitete sie zu Kleidern, die er in einer Kiste verschloß, nachdem er vorsichtshalber als Mottenscheuche noch die Parfümdrüse eines Stinktieres hineingelegt hatte.

Kurz, er sorgte reichlich und, nach seiner Ansicht, auch gut für die nächsten drei Jahre.

Wie er nun dabei war, noch eine letzte Berechnung darüber anzustellen, ob „sein Kapital“[1]) für das geplante Unternehmen auch ausreichen würde, sah er mit Erstaunen einen Menschen auf sich zuschreiten, der offenbar ein Schiffbrüchiger war.

Hallo! Mr. Robinson, rief der Fremdling schon von weitem, mein Kahn ist hier zerschellt, aber es gefällt mir gut hier, und ich will mich ansiedeln. Kannst du mir mit einigen Vorräten aushelfen, bis ich einen Acker urbar gemacht und die erste Ernte eingeheimst habe?

Hui! wie schnell flogen bei diesen Worten die Gedanken R.s von seinen Vorräten auf den Zins und auf die Herrlichkeit des Rentnerlebens! Er beeilte sich also, die Frage zu bejahen.

Vortrefflich! antwortete der Fremdling, aber ich will dir sagen, Zins zahle ich nicht; sonst ernähre ich mich lieber von Jagd und Fischfang. Meine Religion verbietet mir sowohl, Zins zu nehmen, wie auch Zins zu zahlen.

R.: Das ist aber eine eigentümliche Religion. Aus welchem Grunde glaubst du denn, daß ich dir ein Darlehen aus meinen Vorräten machen werde, wenn du mir keinen Zins gibst?

Fr.: Aus Eigennutz, lieber Robinson, aus purem Eigennutz. Auf Grund deines wohlverstandenen Interesses, weil du dabei gewinnst und sogar ziemlich viel.

R.: Das, Fremdling, mußt du mir erst vorrechnen. Ich gestehe, daß ich nicht einsehe, welchen Vorteil ich haben kann, dir meine Vorräte zinsfrei zu leihen.

Fr.: Nun, ich will dir alles vorrechnen, und wenn du es mir nachrechnen kannst, so wirst du mir das Darlehen zinsfrei geben und dich noch bei mir bedanken. Ich brauche zunächst Kleider, denn du siehst, ich bin nackt. Hast du einen Vorrat an Kleidern?

R.: Die Kiste da ist bis oben voll.

Fr.: Aber erlaube mal, Robinson, wirklich, ich hätte dich für gescheiter gehalten! Wer wird denn Kleider für drei Jahre in Kisten vernageln, Buckskin, den Lieblingsfraß der Motten! Außerdem müssen diese Kleider immer gelüftet und mit Fett eingerieben werden, sonst werden sie hart und brüchig.

R.: Du hast recht, aber wie sollte ich es anders machen? Im Kleider-

[1]) Ich mache hier darauf aufmerksam, daß diese Vorräte sowohl dem Wesen wie der Bestimmung nach die reinste Form dessen darstellen, was man gemeinhin „Kapital“ nennt.

schrank sind sie nicht besser geborgen, im Gegenteil, hier sind die Ratten und Mäuse noch zu den Motten zu rechnen.

Fr.: O! die Ratten wären auch so in die Kiste gedrungen, sieh, da haben sie schon genagt.

R.: Hol' doch der Teufel diese Tiere. Ich weiß mich nicht davor zu retten!

Fr.: Was? Du weißt dich nicht vor den Mäusen zu schützen, und du sagst, du hättest rechnen gelernt? Ich will dir sagen, wie man sich bei uns der Mäuse erwehrt, und der Ratten, und der Motten, und wie man sich gegen das Brüchigwerden, und gegen Diebe und gegen den Schimmel und den Staub schützt. Leihe mir diese Kleider auf ein, zwei, drei Jahre, und ich verpflichte mich, dir neue Kleider zu machen, sobald du welche brauchst. Du bekommst so ebensoviele Kleider zurück, wie du mir geliefert hast, und zwar werden diese Kleider, weil neu, bedeutend besser sein, als wenn du sie aus dieser Kiste ziehst. Abgesehen davon, daß sie nicht mit Stinktieröl parfumiert sind. Willst du das tun?

R.: Ja, Fremdling, ich will dir die Kiste mit den Kleidern überlassen, denn ich sehe ein, daß es für mich vorteilhaft ist, dir auch ohne Zins die Kleider zu überlassen.

Fr.: Nun zeige mir mal deinen Weizen. Ich brauche sowohl für Saat wie für Brot.

R.: Dort, an dem Hügel habe ich ihn vergraben.

Fr.: Du liebe Unschuld! Du hast den Weizen für drei Jahre in einem Erdloch vergraben? Und der Schimmel, die Käfer?

R.: Das weiß ich, aber was sollte ich machen? Ich habe die Sache nach allen Seiten überlegt und nichts besseres für die Aufbewahrung gefunden.

Fr.: Da, nun bücke dich mal. Siehst du die Käferchen an der Oberfläche herumspringen? Siehst du das Gemüll? Und hier diese Schimmelbildung? Es ist höchste Zeit, daß der Weizen herausgehoben und gelüftet werde.

R.: Es ist zum Verzweifeln mit diesen Vorräten. Wenn ich doch nur wüßte, wie ich mich verteidigen soll gegen diese tausendfältigen Zerstörungselemente der Natur!

Fr.: Ich will dir sagen, Robinson, wie wir das bei uns zu Hause machen. Wir bauen einen luftigen, trockenen Schuppen und schütten auf den gut gedielten Boden den Weizen aus. Und regelmäßig alle drei Wochen wird der Weizen sorgfältig gelüftet, indem wir mit Schaufeln die ganze Masse umwerfen. Dann halten wir eine Anzahl Katzen, stellen Fallen auf, um die Mäuse zu fangen, versichern das Ganze gegen Feuer und erreichen so, daß der jährliche Verlust nicht mehr als 10 Proz. beträgt.

R.: Aber bedenke doch, diese Arbeit, diese Kosten!

Fr.: Ha, du Superkluger! Du scheust die Arbeit und willst keine Kosten? Ich will dir sagen, wie du es dann anfangen mußt. Leihe mir deinen Vorrat, und ich werde dir das Gelieferte aus meinen Ernten in

frischer Qualität zurückzahlen, und zwar Pfund für Pfund, Sack für Sack. So sparst du die Arbeit, einen Schuppen zu bauen, brauchst das Getreide nicht umzuschaufeln und keine Katzen zu füttern, verlierst nichts am Gewicht und hast statt alten Korns immer saftiges, frisches Brot. Willst du?

R.: Mit tausend Freuden nehme ich den Vorschlag an.

Fr.: Also du lieferst mir das Korn zinsfrei?

R.: Versteht sich, zinsfrei und mit Dank meinerseits.

Fr.: Ich kann aber nur einen Teil gebrauchen, ich will nicht alles haben.

R.: Wenn ich dir nun den ganzen Vorrat anbiete, mit der Verpflichtung, mir für je 10 Sack nur 9 zurückzugeben?

Fr.: Ich danke, denn das hieße ja Zins erheben — zwar keinen positiven, sondern negativen Zins — und statt des Gebers wäre der Nehmer Kapitalist. Aber meine Religion verbietet den Wucher, sie verbietet auch den negativen Zins. Ich kann aber meiner Religion ein Schnippchen schlagen. Ich werde deinen Weizenvorrat unter meine Aufsicht nehmen, den Schuppen bauen und alles Nötige besorgen. Dafür wirst du mir für je zehn Sack jährlich zwei als Lohn bezahlen. Bist du damit einverstanden?

R.: Mir ist es gleich, ob deine Leistung unter dem Titel Wucher oder Arbeit gebucht wird. Ich gebe dir also zehn Sack, und du lieferst mir acht Sack zurück. Einverstanden.

Fr.: Ich brauche aber noch andere Sachen. Einen Pflug, einen Wagen und Handwerkszeug. Willst du mir das alles auch zinsfrei überlassen? Ich verspreche, dir alles in gleicher Qualität zurückzuerstatten — für einen neuen Spaten einen neuen Spaten, für eine neue Kette eine neue, rostfreie Kette!

R.: Gewiß bin ich dazu bereit. Denn jetzt habe ich von all diesen Vorräten nur Arbeit. Neulich war der Bach übergetreten und hatte den Schuppen überschwemmt, alles mit Kot bedeckend. Dann riß der Sturm das Dach fort, so daß alles verregnete. Nun haben wir trockenes Wetter, und der Wind treibt Sand und Staub in den Schuppen. Rost, Fäulnis, Bruch, Trockenheit, Licht und Dunkelheit, Holzwürmer, Termiten, alles ist unausgesetzt an der Arbeit. Noch ein Glück, daß wir keine Diebe und Brandstifter haben. O, wie freue ich mich, jetzt mit dem Kredit die Sachen so schön und ohne Arbeit, Kosten und Verlust aufbewahren zu können.

Fr.: Also du siehst jetzt den Vorteil, den du hast, mir die Vorräte zinsfrei zu überlassen?[1])

R.: Unumwunden erkenne ich es an. Aber warum, so frage ich mich jetzt, bringen drüben „in the old country" solche Vorräte dem Besitzer Zins ein?

---

[1]) „Knut Wicksell: Wert, Kapital und Rente S. 83: „Indessen behauptet Boehm Bawerk, daß die gegenwärtigen Güter den künftigen mindestens gleichstehen, da sie ja nötigenfalls für die Verwendung in der Zukunft einfach „aufbewahrt werden können". Das ist gewiß eine große Übertreibung. Boehm Bawerk erwähnt freilich eine Ausnahme von dieser Regel, nämlich in betreff von Gütern, die dem Verderb unterworfen sind, wie Eis, Obst u. dgl. Allein dasselbe

Fr.: Die Erklärung mußt du im Gelde suchen, das drüben solche Geschäfte vermittelt, und wenn du willst, so will ich dir suchen helfen.

Man kann der Frage nach der Ursache des Zinses sehr verschiedene Ausdrücke geben, die dem Sinne nach ungefähr dasselbe sagen, trotzdem aber für den Adressaten durchaus nicht gleichgültig sind.

Die gewöhnliche Frage ist: Warum Zins auf Darlehen bezahlt werden muß?

Mit dieser ersten Frage, die wir die „gemeine Zinsfrage" nennen können, wird erfahrungsgemäß jeder, selbst der vor- und umsichtigste Kopf, stracks in den Sumpf geleitet. Diese Frage enthält für die Antwort keinerlei Anhaltspunkte. Dieselbe natürliche Geistesrichtung, die den Glauben an einen einzigen Gott hervorgerufen hat, die den Apfel zur Erde fallen läßt, natürlich nur weil der Apfel schwer ist, verleitet den Gefragten regelmäßig dazu, die Ursache des Zinses in einer einzigen Quelle zu suchen. Mit dieser gefährlichen Frage bürdet man jedem eine ungeheure Arbeit auf, unter deren Last er regelmäßig zusammenbricht. Den ganzen langen Weg von Turgot, Smith bis zu Bawerk, Wicksell, der, ähnlich den Wüstenstraßen durch Gerippe, d. h. Gerippe bankrotter Theorien markiert ist, muß der Forscher zurücklegen, um erschöpft und mutlos an dem Punkte anzulangen, auf den man ihn durch eine andere Fassung der Frage in den meisten Fällen von vornherein hätte stellen können.

Diese zweite Frage, die wir die „kaufmännische" nennen wollen, weil sie auf der Voraussetzung gewisser, als Gemeingut zu betrachtender, kaufmännischer Vorkenntnisse beruht, lautet: Warum gleichen sich bei Darlehen oder Anleihen Nachfrage und Angebot niemals aus, warum bleibt das Angebot regelmäßig der Nachfrage gegenüber im Rückstand?

Die Antwort auf diese Frage ist ja auch nicht unmittelbar aus der Frage selbst zu schöpfen, aber sie gibt dem Gefragten wenigstens die Richtung an, in der er vordringen muß; sie markiert die Untiefen der Straße. Er wird durch die Frage an das erinnert, was er schon weiß, nämlich daß Nachfrage und Angebot bei Anleihen darüber bestimmen, ob der Geber Zins fordern kann, der Nehmer Zins zahlen muß und wie hoch dieser Zins sein wird. Er wird darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um ein Verhältnis handelt, und wird sich also hüten, den Fußtapfen derjenigen zu folgen, die die Ursache des Zinses in einem einzigen Punkte der Volkswirtschaft, auf einer Seite der Gleichung suchen. Selbst noch ein Laie und Barbar, wird er doch die Gefahren, die die erste Frage umgeben, zu vermeiden wissen, und statt mit listigen Blicken nach einem einzelnen winzigen Punkte der Volkswirtschaft auszuschauen, wird er die Elemente des Zinses zu scheiden versuchen in solche, die dem Ausgleich

trifft ja in höherem oder niedrigerem Maße bei allen Nahrungsmitteln ohne Ausnahme zu. Ja, es gibt vielleicht keine anderen Güter als etwa die edlen Metalle oder Steine, deren Aufbewahrung für die Zukunft nicht spez. Arbeit und Fürsorge erheischt, wozu noch das Risiko kommt, daß sie dennoch durch Unfälle, wie Feuer u. dgl. verloren gehen können."

(Für Gold, Edelsteine, Wertpapiere gibt es jetzt in den Banken besondere Kammern für Privatgebrauch. Aber man muß hier eine Miete bezahlen, um deren Betrag „das gegenwärtige dem künftigen" Gut mindestens nachsteht.)

zwischen Nachfrage und Angebot bei Anleihen förderlich, und solche, die ihm hinderlich sind. Er wird sich vielleicht bei der Abschätzung des Gewichtes der einzelnen Elemente von seinen persönlichen Wünschen leiten und verleiten lassen, aber eines doch wird ihm klar werden, daß es viele Umstände sind, die auf den Zins einwirken müssen, Umstände, die sich sämtlich in fortwährend wechselnder Stärke gegenseitig beeinflussen müssen.

Aber, je klarer ihm wird, daß sowohl das Angebot wie die Nachfrage bei Anleihen in bezug auf Größe wie auf Dringlichkeit den stärksten Schwankungen unterworfen sein müssen, um so rätselhafter wird für ihn die Tatsache, daß das durch die Zinshöhe geoffenbarte Verhältnis zwischen diesen zwei Größen von einer staunenswerten, fast ehernen Beharrlichkeit ist. Er wird sich fragen, was das für Kräfte sein können, die bewirken, daß der reine Zins, d. h. der von Risikoprämie und Ristorno entblößte Zins (s. Anhang) seit Jahrtausenden mit fast planetarischer Regelmäßigkeit um 3 oder 4 Proz. als festen Punkt kreist.

Und jetzt erst wird ihm bewußt, daß in der ihm gestellten Frage ein Sinn liegt, daß der Zins, und vornehmlich die Stetigkeit des Zinses, wirklich eine rätselhafte Erscheinung ist.

Die Frage: warum Silber und Gold heute in ihrem gegenseitigen Tauschverhältnis schwanken, enthält für niemand etwas Rätselhaftes; dagegen ist die Frage: warum früher Gold und Silber Jahrhunderte lang in einem fast unveränderlichen Tauschverhältnis standen, sicherlich einer Untersuchung würdig. Ebenso verhält es sich mit dem Zins. Daß sich Nachfrage und Angebot bei Anleihen nicht immer ausgleichen können, und daher zeitweise der Zins erscheinen muß, — das muß für jeden selbstverständlich sein, der den Zins als ein Produkt eines Tausches oder Verhältnisses ansieht. Nein, nicht der Zins an sich enthält ein Problem, sondern die ausnahmslose Regel des Zinses und seine außergewöhnliche Beständigkeit — das ist das Rätselhafte am Zins. Die Tatsache, daß sich Angebot und Nachfrage bei Anleihen seit Jahrtausenden im Verhältnis von 100 zu 105 einander gegenüberstehen, die Tatsache, daß sich dieses Verhältnis wohl zeitweise um einen Punkt nach oben oder unten, aber niemals auf und unter pari verschoben hat, das ist das eigentliche Zinsproblem, das Rätsel, das der Lösung harrt.

Wir sehen nichts Merkwürdiges in dem Umstand, daß Perlen und Kartoffeln in ihrem gegenseitigen Tauschverhältnis schwanken. Wenn wir aber die Beobachtung machten, daß diese beiden Dinge seit historischen Zeiten ausnahmslos im Verhältnis von 1 zu 105 ausgetauscht worden sind, daß sich dieses Verhältnis zuweilen um einen Punkt nach oben oder unten verschob, aber niemals auf und unter 100 fiel, so würde eine solche Tatsache eine Erklärung fordern.

So fragt Boehm Bawerk: Warum soll der Druck der Konkurrenz auf den Anteil des Kapitalisten nie so stark werden können, daß er den Wert dieses Anteils auf den Wert des Kapitalstückes selbst herabdrückt? Warum erzeugt und verwendet man nicht soviel Exemplare einer Kapitalsart, bis diese Verwendung gerade nur mehr den nackten Ersatz des Kapitalstückes einträgt? Sowie dies geschähe, wäre aber wieder der Mehrwert und mit ihm der Zins eliminiert. Geschichte und Kritik des Kapitalzinses. S. 195.

Der große Vorsprung, den die Frage Nr. 2 der ersten gegenüber bietet, liegt also darin, daß sie das Problem von vornherein zu einer Handels-, Markt- oder Tauschfrage stempelt. Die Forscher sind durch die Frage Nr. 1 stets verleitet worden, in der Produktion den Grund des Zinses zu suchen. Sie sahen den Vorteil, den der Hobel dem Jakob bietet, und hielten es für selbstverständlich, daß dieser Vorteil auf dem Markte bezahlt werden muß. Hätten sie die Anleihe mehr vom Gesichtspunkte des

Tausches aus betrachtet, so wäre ihnen aufgefallen, daß auch Wilhelm Vorteil hat, den Hobel zu verleihen, um ihn später, wann er ihn wieder selber braucht, neu, frei von Rost und Staub, in moderner, vielfach verbesserter Konstruktion zurückzuempfangen.

Da der Verkauf der infolge verbesserter Produktionsmethoden verbesserten Produkte zu den Preisen der früheren (schlechteren) Produkte nach Ansicht vieler Währungstheoretiker an sich kein Symptom einer allgemeinen Baisse ist, so hätte, wenn wir diese Ansicht gelten ließen, Wilhelm nicht allein einen neuen, sondern auch noch einen verbesserten Hobel zurückzufordern.

Sie hätten dabei wohl auch an den Warenaustausch gedacht, der beiden Tauschenden den Vorteil bietet, für etwas, das sie in Überfluß haben und oft gar nicht verwerten können, ein Gut einzutauschen, das sie vielleicht aus peinlicher Verlegenheit rettet, ohne daß dieser gegenseitige Vorteil Gegenstand einer besondern Verrechnung werde. Es wäre ihnen dabei vielleicht die Übereinstimmung aufgefallen, die zwischen Anleihen und Warenaustausch in dem Sinne besteht, daß der Schuldner eine Sache erhält (Saatgut z. B.), die er jetzt brauchen kann und die er später aus dem Überfluß (Ernte) zurückerstatten wird, während der Gläubiger aus dem Überfluß eine Sache hergibt, die er erst später wieder brauchen wird, deren Aufbewahrung ihm in der Zwischenzeit Kosten aller Art verursachen würde und die ihm jetzt der Schuldner, wenn er sie braucht, verlustfrei, in frischer Qualität zurückerstatten wird. Kurz, sie hätten Gegenwart und Zukunft, die bei Anleihen ja

den eigentlichen Gegenstand des Tausches

ausmachen, einfach als gewöhnliche Waren angesehen, deren Tauschverhältnis, wie etwa das zwischen Perlen und Kartoffeln, von tausend äußeren Umständen beeinflußt wird.

Und in diesem Stadium ihrer Betrachtungen hätten die Forscher nicht umhin gekonnt, die Veränderungen zu untersuchen, die das Dazwischentreten des Geldes auf die Bedingungen solcher natürlichen, in Realkapital abgeschlossenen Anleihen hervorrufen muß.

Man sagt gewöhnlich, die Realkapitalien würden in Form von Geld ausgeliehen, ohne weiter zu untersuchen, welche Folgen eine solche Formveränderung (man denke sich Lebensmittel in „Form" von Geld!) für die Bedingungen der Anleihen nach sich ziehen muß.

Eine erfreuliche Ausnahme bietet uns Knut Wicksell in seiner gehaltvollen Studie: Geldzins und Güterpreise. Er sagt Seite 125:

„Der Umstand, daß die Anleihen in Geld abgeschlossen werden, bedingt einen Unterschied nicht nur in der Form, sondern auch in der Realität der Sache, denn da die Realkapitalien in Wirklichkeit nicht mehr geliehen und verliehen, sondern gekauft und verkauft werden, ist eine erhöhte Nachfrage nach ihnen nicht mehr eine Nachfrage von Borgern, welche den Realzins, sondern eine Nachfrage von Käufern, welche die Güterpreise zu erhöhen die Tendenz hat."

Leider hat sich Wicksell mit dieser Feststellung begnügt und den Einfluß dieser Tatsache auf die Bedingungen der Leihkontrakte nicht in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen. Wicksells Untersuchungen gründen voll und ganz auf der, wie es scheint, für ihn völlig selbstverständlichen Voraussetzung, daß sich der Geldzins dem Zins des Realkapitals anschmiegen muß, trotzdem diese Voraussetzung mit obiger Feststellung in klar zu Tage liegendem Widerspruch steht. Das ist auch der Grund, warum Wicksell sich nicht einmal fragt, was eigentlich aus dem Geldzins werden würde, falls der Realkapitalzins auf Null fiele. Würde sich in diesem Falle auch der Geldzins dem Realkapitalzins anschmiegen, d. h. auf Null fallen? Und warum nicht? — Wicksell geht in seinen Untersuchungen im

allgemeinen mit großer Umsicht zu Werke, er sondiert das Terrain mit zahlreichen Annahmen, aber diese Annahme, die doch ziemlich nahe liegt, und deren Beantwortung seine Voraussetzung sofort der Selbstverständlichkeit beraubt haben würde, hat er merkwürdigerweise nicht untersucht.

Und dieses Stadium der Untersuchung soll jetzt der Standpunkt sein, von dem aus wir hier unsere Untersuchung einleiten wollen. Alles, was davor liegt, ist für uns gleichgültig, denn es gehört der Geschichte, der Geschichte menschlicher Irrungen an. Für Greise, die nur mehr in ihren Erinnerungen zu leben vermögen, für Geschichtsschreiber der Zinslehre mag es anziehend sein, zu wissen, wie man sich zur Zeit Abrahams die Zinserscheinung erklärte, allein für Vorwärtsstrebende ist es vor allen Dingen nötig, sich in das Tatsachenmaterial zu vertiefen.

Also nicht mit der Prüfung der tausend verschiedenen Zinstheorien wollen wir uns hier aufhalten, sondern wir wollen unsere Zeit zu einer eingehenden Untersuchung verwenden über:

1. Die Natur des Realkapitals selbst.
2. Ursprung und Grenze der Nachfrage für Realkapital.
3. Ursprung und Grenze des Angebots von Realkapital.

Was sind es also für Sachen, die der Unternehmer braucht, in deren Anschaffung auch heute noch der Betrag des geliehenen Goldes sich unmittelbar auflöst? Es sind die Materialien, die er verbraucht und die die Arbeiter mit dem Lohngeld kaufen. Alles sehr nützliche, aber im allgemeinen ebenso häßlich anzuschauende, wie schwer aufzubewahrende, faulende, stinkende, gefährliche, umfangreiche, zerbrechliche, rostende Gegenstände, in der Regel Rohstoffe, Zwischenprodukte und Halbfabrikate. Vielleicht empfiehlt es sich einmal, die Stapelartikel unter den Realkapitalien namentlich aufzuführen. Es braucht der

Landwirt	Fabrikant
Kartoffeln	Kohlen, Schwefelsäure
Stroh, Heu	Grüne Häute
Sämereien	Wolle, Teer
Thomasschlacken	Benzin, Chlorkalk
Guano, Poudrette	Leim, Gerberlohe
Dreck, Mist, Jauche	Lumpen, Chemikalien
Maschinen, Werkzeuge	Drogen, Dampfkessel
Säue, Kühe	Fabrikgebäude
Wagenschmiere	Maschinen

Baumeister	Bahnunternehmer
Holz, Eisen	Schubkarren
Ziegelsteine	Pferde
Kalk, Zement	Dynamit
Bausteine	und
Gips, Farben	Arbeiter,
Glas, Tapeten	und
Dachziegel	Arbeiter
Handwerkszeuge	und
	Dynamit

Und was kauft der Arbeiter mit seinem Lohngeld, mit dem glänzenden, prächtigen Gold, das der Unternehmer geliehen hat?

Brot und Kartoffeln, Kartoffeln und Brot, dazu Heringe, Bier, Würste,

grobes Tuch und das Recht, in einer überfüllten, übelriechenden Wohnung zu hausen.

Und womit der Kaufmann handelt, das ersehen wir am besten aus den Hamburger Einfuhrlisten. Es wurden seewärts eingeführt vom 6. bis 12. Dezember 1904:

Albumin	K.	67
Aloe	K.	134
Ammoniak, schwefelsaures	Sck.	2560
Ananas	K.	3315
Anchovis	Kll.	56
Antimonblei	Blöcke	7880
Antimonium'	Kll.	524
Apfelsinen	$^1/_1$ K.	39687
Aprikosen	K.	410
Asbest	Ball.	227
Asphalt	Tns.	500
	Kll.	7616
Austern	Fß.	107
Balata	Kll.	125
Bambus	Bd.	36
Bananen	Kll.	2600
Barumbinoxyd	Fß.	13
Baryt	Fß.	34
Baryt, kohlensaures	Sck.	1545
Baumwolle	Ball.	7435
Baumwollabfall	Ball.	2057
Baumw.-Saatm.	Sck.	86570
Bauxite	Sck.	320
Beeren (Wachholder-)	Sck.	271
Benzoesäure	Fß.	5
Besenwurzeln	Ball.	393
Biertreber	Sck.	9801
Bimsstein	Kll.	48
Birnen, getrocknet	K.	3405
Blasen	Fß.	7
Blätter, getrocknet (o. n. B.)	Kll.	78
„ Coca-	Ball.	96
„ Galax-	Kll.	10
„ Hirschzungen-	Ball.	30
„ Palm-	Kll.	64
„ Patchuli-	Bll.	1
Bleche	Kll.	329
Blei	Kll.	26828
Bleiglätte	Kll.	32
Bleiweiß	Fß.	170
Blumen, getrocknet	Kll.	41
Blumenzwiebeln	K.	189
Blüten, Macis-	K.	13
Bohnen	Sck.	1027
Borax	Fß.	20
Boraxkalk	Sck.	4360
Borsten	K.	140
Bretter	St.	17249
	Bd.	2111
Bretter (Kisten-)	Bd.	3790
Buchweizen	Bushels	54585
Butter	Fß.	1122
Calciumcarbid	Trommeln	827
Cappern	Fß.	42
Carbol	Fl.	10
Carbonschwärze	Fß.	200
Carborundum	Kll.	34
Cardamom	K.	89
Cassia (o. n. B.)	K.	100
Cellulose	Ball.	104
Cement	Kll.	775
Ceresin	Kll.	150
Champignons	K.	6
Chlorkalk	Fß.	27
Chokolade	K.	4
Chromalaun	Fß.	21
Cichorien	K.	75
Cigaretten	K.	37
Cigarren	K.	82
Citronen	K.	8207
Citronensäure	Fß.	6
Cognac	Fß.	57
Creosot	Kll.	15
Cyancalium	K.	234
Cycaswedel	K.	108
Därme	Fß.	2073
Dattelkerne	Sck.	55
Datteln	K.	7231
Dextrin	Sck.	40
Dividivi	Sck.	7520
Drogen (o. n. B.)	Kll.	228
Dung	Sck.	5
Eichenextrakt	Fß.	100
Eier	K.	208
Eigelb	Kll.	90
Eis	Schiffslad.	1
Eisen	Tns.	309
„ Stangen	Kll.	1668
Eisenoxyd	Kll.	4
Eisenplatten	Kll.	64
Elefantenzähne	St.	332
Elfenbein	Kll.	26
Erbsen	Sck.	7208
Erde (Walker-)	Sck.	200
Erdnüsse	Sck.	100
Erdnußmehl	Sck.	4849

usw. 10 Spalten.

(K. = Kisten; Kll. = Kolli: Sck. = Sack; Fß. = Faß; Tns. = Tons = 1000 kg)

Aus solchen und ähnlichen Dingen besteht also das flüssige und anscheinend so begehrenswerte Realkapital, d. h. das Kapital, um dessenwillen die Geldanleihen auch heute noch gemacht werden. Und aus

solchen Dingen bestand unmittelbar der Besitz der Kapitalisten zur Zeit, als das Geld die Leihgeschäfte noch nicht vermittelte.

Nun vergleiche man die Lage eines solchen Kapitalisten mit derjenigen eines Bankiers? Wirklich, man müßte schon in einer rein idealen Welt leben, um nicht sofort einzusehen, daß es nicht immer gleichgültig sein kann, ob man mit dem Besitzer von Geldkapital oder mit dem Besitzer von Realkapital über eine Anleihe unterhandelt, daß die Bedingungen für geliehenes Gold andere sein müssen, als für geliehenen Dreck, trotzdem der Bauer Dreck braucht und nicht Gold.

Ich habe es nicht nachgerechnet, aber ich glaube nicht, daß man mit dem gesamten Bestand an Bargeld das Realkapital erstehen kann, welches die Bauern allein in ihren Misthaufen angelegt haben. Dafür zeugen folgende Sprüche, die ich einem Bauernkalender entnehme: Zeige mir deinen Mist, und ich sage dir wer du bist. — Mist ist kein Heiliger, aber er bewirkt Wunder. — Mist und der Ackerbau gehören zusammen wie Mann und Frau. — Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Mist.

Was kann der Realkapitalist mit allen diesen schönen Dingen anfangen? Verleihen kann er sie. Gewiß, er kann sie verleihen, aber er **kann** sie nicht allein verleihen, er **muss** sie verleihen. Und zwischen können und müssen weiß man auf dem Markte zu unterscheiden.

Es war vielleicht unartig von mir, den Schleier zu lüften, der das nach allgemeiner Ansicht so sehr begehrenswerte Kapital (das wirkliche, reale Kapital) den Blicken entrückt; aber angesichts der Tatsache, daß man in allen volkswirtschaftlichen Schriften als Muster von Realkapitalien regelmäßig nur Fischangeln, Hobel und ähnliche niedliche Dingelchen anführt, hielt ich es für geboten, es einmal grob, aber klar auszusprechen, daß der Besitz von Realkapital so viel heißt, wie ein steter Kampf gegen Fäulnis, Gestank, Moder, Feuersgefahr, Schimmel, Überschwemmung, Mäuse, Motten, Ratten, Bruch, Explosionen usw. usw. Ich hielt es für angezeigt, denn niemand hat es bisher getan — daran zu erinnern, daß der anscheinend so sehr begehrenswerte Besitz von Realkapital nur Kosten und Verluste bedeutet, und daß es gegen diese Verluste nur ein einziges bewährtes Mittel gibt, nämlich die sofortige, nötigenfalls bedingungslose Verleihung.

Der Einwand, daß die Besitzer von Realkapital sich dem in der Sache selbst begründeten Zwange sofortiger Verleihung dadurch entziehen können, daß sie andere, bequemere Waren, z. B. Edelsteine, Edelmetalle oder auch Wein (der sogar immer besser werden soll) dafür eintauschen, ist leer und zeugt von sehr beschränkter kaufmännischer Begabung. Nehmen wir an, das Volk betrachte Edelsteine, Edelmetalle, Wein usw. für die beste Spareinlage! Wo bliebe da der Preis dieser Dinge in guten Jahren, wenn jeder sparen kann, und infolge dessen jeder Perlen kaufen will? Und wo bliebe der Preis der Perlen, wenn in schlechten Zeiten, da alle Welt Brot und keine Perlen sucht, letztere (also das Ersparnis) massenhaft zu Markte getragen werden? Ich glaube, ein einziges Experiment dieser Art würde genügen, um jedermann klar zu machen, daß das gemeine Realkapital und seine (eventuell auch bedingungslose) Verleihung als Sparanlage immer noch besser wäre, als Perlen und Edelmetalle, für die, wenn man sie kauft, kolossale Preise verlangt werden und für die, wenn man sie verkaufen muß, jedes Angebot fehlt.

Es ist ja eine in volkswirtschaftlichen Schriften wenig gebräuchliche Sitte, sich an die Sinne, statt an den Verstand zu wenden, aber mir ist es gleichgültig, ob ich den fünf Sinnen oder dem Verstande das Geständnis erpresse, daß der Realkapitalist ein dringendes und unaufschiebbares

Bedürfnis empfindet, seine Sache zu verleihen. Übrigens, ohne die Sinne anzurufen ist es gar nicht möglich, sich und anderen ein klares Bild von dem Kontrast zu machen zwischen Geld- und Realkapital. Man muß das Realkapital sehen, fühlen, riechen — dann erst hat man einen ungefähren Begriff von der Sache.

Ein Realkapitalist, Besitzer eines Lagerhauses voll der nützlichsten Realkapitalien, und ein Geldkapitalist, Besitzer einer den obigen Realkapitalien gleichen Geldsumme, unternehmen eine Reise und schließen ihr Kapital ab. Nach einem Jahr kehren beide zurück und unterwerfen ihr Eigentum einer Revision. Der Geldkapitalist wird selbst mit Hilfe eines Chemikers keinen Unterschied feststellen können, während derselbe Chemiker Mühe haben wird, die einzelnen Realkapitalien noch von einander zu unterscheiden. Ersterer wird nichts abzuschreiben brauchen, letzterer wird sich sagen: Besser ist es doch, das Kapital zinslos zu verleihen. Der Geldkapitalist wird (eine genügend große Summe vorausgesetzt) beobachten, daß das Geld auf dem Markte im Preise gestiegen ist, weil das Geldangebot um den Betrag seines Kapitals abgenommen hatte, der Realkapitalist dagegen wird eine solche Preissteigerung nicht wahrnehmen, weil durch Neuproduktion sein dem Verkehr entzogenes Kapital schon längst ersetzt wurde.

Von allen in unseren Museen aufbewahrten Reliquien des Altertums sind nur die aus Edelmetall hergestellten Gegenstände von etwelchem praktischen Nutzen.

Ich muß nun den Leser bitten, zur Vervollständigung dieses Begriffes im Geiste den Unterhandlungen beizuwohnen, die den Naturaldarlehen vorangehen mochten zur Zeit, als noch keine Edelmetalle den Tausch und die Anleihen vermittelten.

Dem Realkapitalisten ist also Besitz und Wartung der eben aufgeführten Stapelartikel unter den Realkapitalien lästig geworden, und er beschließt, die Sachen möglichst bald, und natürlich zu den für ihn günstigsten Bedingungen zu verleihen. Er fragt also zunächst in seinem Bekanntenkreise herum; aber die Borger wissen, daß, wenn sie es auch eilig haben mögen, der Kapitalist es noch eiliger hat. Sie beschließen also, zurückzuhalten, um den Kapitalisten mürbe zu machen und für günstige Bedingungen vorzubereiten.

Bei Geldanleihen der Borger fällt diese Waffe in den Unterhandlungen fort. Der Geldkapitalist ist durch Zurückhalten nicht mürbe zu machen. Er kann in Ruhe warten, er läßt auf alle Fälle die Borger an sich herankommen. Die Unterhandlungen finden regelmäßig in seinem Hause statt.

In der Meinung, es wäre in seiner Nachbarschaft wirklich kein Bedarf an Kapital, greift der Kapitalist zur Reklame, er schickt sogar einen Reisenden herum, nicht, um sein Kapital zu vertauschen, denn der Tausch würde ihn ja nicht aus der Verlegenheit ziehen, sondern um die Sachen zu verleihen. Aber der Reisende stößt überall auf die gleiche Sprödigkeit der Abnehmer, und in seinen Berichten ist das Wort „Überproduktion“ auf jeder Seite zu lesen.

Man beachte hier, daß es sich nicht um eine Überproduktion an Waren, sondern um Überproduktion an Kapital handelt; daß diese Überproduktion nicht auf das Tauschverhältnis und auf den Lohn drückt, sondern auf den Zins, bzw. die Anleihebedingung. Zur Zeit des Tauschhandels konnte es überhaupt keine allgemeine Warenüberproduktion geben, sondern nur Überproduktion an Kapital. Genau genommen also eine Überproduktion an gegenwärtigen, im Vergleich zum Bedarf an künftigen Produkten.

Aber der Realkapitalist kann nicht warten, er empfindet den steten, fruchtlosen Kampf gegen die Elemente der Natur, die seinen Besitz zu vernichten drohen, als eine stets wachsende Last. Er muß sich seiner

Sachen entledigen, so oder so, und zwar sofort. Da nun, anscheinend wenigstens, niemand Verwendung für sein Kapital hat, so sucht er es selbst als Unternehmer in der Reproduktion zu verwerten. Er denkt also an die Erweiterung seines Unternehmens und sucht dazu Arbeiter. Aber hier stößt er auf eine neue, unerwartete (für den heutigen Sozialpolitiker höchst lehrreiche) Schwierigkeit. Die Arbeiter erhöhen ihre Forderungen. Warum? Nun; ist nicht das Angebot von Realkapital an sich eine Nachfrage nach Arbeit und Arbeitern? Wozu braucht man denn das Realkapital? Zur Produktion. Und zur Produktion braucht man Arbeiter. Darum deckt sich die Nachfrage nach Arbeitern stets scharf mit dem Angebot von Realkapital; Realkapital und Arbeiterbedarf ist ein und dasselbe.

Ein vermehrtes Angebot von Geldkapital treibt zwar den Lohn auch in die Höhe, aber gleichzeitig damit auch die Preise der Waren, so daß die Lohnerhöhung rein nominell bleibt. Auf die materielle Erhöhung der Löhne, die nur auf Kosten des Zinses, der Renten, des Profites erfolgen kann, übt ein verstärktes Angebot von Geldkapital direkt keinen Einfluß.

Kann man sich denn eine Nachfrage nach Arbeitern denken, ohne ein entsprechendes Angebot von Realkapital? Kann man sich eine Nachfrage nach Brot denken, ohne ein gleich großes Angebot von Geld? Wie das Angebot etwas durchaus Materielles ist, so muß auch die Nachfrage vergegenständlicht sein, falls sie nicht einfache Bettelei bedeuten soll. Wie wir in dem Vorrat an Weizen auch gleich das genaue Maß für das Angebot von Weizen haben, so haben wir in dem Vorrat an Realkapital auch unmittelbar das Maß und die Grenze des Angebots von Kapital, die Grenze für den Bedarf an Arbeitern. Es ist also klar, daß mit jeder Vermehrung des Vorrats an Realkapital die Lage der Arbeiter dem Kapital gegenüber gestärkt wird, wie auch mit jeder Vermehrung des Weizenvorrats sich die Lage der Brotesser bessern muß. Jede Vermehrung des Vorrats an Realkapital bedeutet also unmittelbar eine Erhöhung der Löhne, einen größeren Anteil der Arbeiter an den Produkten der Arbeit. Man beachte aber wohl, daß es sich hier nur um das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital handelt, nicht um das Tauschverhältnis der Produkte, und daß erhöhte Lohnforderungen, die auf ein größeres Angebot von Kapital zurückführen,

unabwälzbar

sind. Die Lohnerhöhung erfolgt auf Kosten des Zinses, und von einer Entschädigung des Kapitalisten durch ein verändertes Tauschverhältnis zwischen seinen Produkten und denen der übrigen Kapitalisten kann keine Rede sein, da es sich um eine allgemeine Erscheinung handelt. Ein verändertes Tauschverhältnis zu Gunsten des einen müßte sich doch notwendigerweise auf Kosten der anderen vollziehen. Folglich muß die Mehrforderung der Arbeiter vom Kapital selbst getragen werden.

Für den Unternehmer als solchen ist die durch das vermehrte Angebot von Realkapital hervorgerufene Lohnerhöhung eine höchst gleichgültige Sache — ob der Zins hoch oder niedrig, ob schließlich auch gar kein Zins mehr aus dem Realkapital herausgeschlagen werden kann, bleibt auf den nackten Unternehmergewinn ohne Einfluß. Der Zins gehört ja dem Kapital, dem Kapitalisten.

Unser Realkapitalist will aber als Kapitalist, nicht als Unternehmer

entlohnt werden. Nicht der Unternehmergewinn reizt ihn zur Erweiterung seines Betriebes, sondern die Sorge um sein angehäuftes Realkapital, für welches er weder zinszahlende Borger, noch Arbeiter findet, deren Lohnforderungen noch Zins oder Mehrwert übrig lassen. Ob er sich also an die Unternehmer (oder Borger) wendet oder unmittelbar an die Arbeiter, bleibt sich vollkommen gleich. Überproduktion an Realkapital bedeutet eben den Tod des Zinses, ja, wenn wir den Namen Kapital für Produktionsmittel vorbehalten, die Zins abwerfen, so bedeutet Überproduktion an Realkapital den Tod des Kapitals überhaupt.

Aber die Natur der Realkapitalien läßt unseren Mann nicht schlafen. Diese Kapitalien müssen untergebracht werden, koste es, was es wolle, koste es selbst den letzten Rest eines Zinses. Jetzt packt unser Kapitalist kurz entschlossen seine Kapitalien auf einen Wagen und fährt damit zu Markte, zum Kapitalmarkt, zum Markt, wo die Kapitalisten und Borger sich zu treffen pflegen. Er will seine Sache verleihen, nicht tauschen, denn, ich wiederhole es, was könnte er denn für sein Kapital eintauschen? Er will keine gegenwärtigen Produkte, denn er braucht sie nicht; er will zukünftige Produkte, eine Forderung auf spätere Zeiten, und das Angebot zukünftiger Produkte steht dem Angebot gegenwärtiger Produkte gegenüber heute im Rückstand. Das ist seine Sorge. Bisher bezahlte man für die gegenwärtigen Produkte ein Agio, Aufgeld, Zins — jetzt scheint es, als ob das zukünftige Produkt den Zins beanspruchen wollte.

Man beachte hier, wie der materielle Zwang, sich des Realkapitals zu entledigen, sich immer härter fühlbar macht. Man vergleiche damit den Geldkapitalisten, der gegen alle Geschäftsgewohnheiten seine Bank schon bei helllichtem Tage um 4 Uhr schließt, und den man noch niemals, Absatz suchend, hat hausieren gehen sehen.

Nun steht der Realkapitalist auf dem Markte unter einem aufgeschlagenen Zelte, vor ihm sein Kapital — Kartoffeln, Schwefelsäure, Dynamit, Tuch, usw. usw. Das alles will er verleihen; es ist eine Auswahl der nützlichsten, unentbehrlichsten Realkapitalien, Dinge, in deren Anschaffung sich heute gewöhnlich das geborgte Gold unmittelbar auflöst. Die Preise dieser Dinge kommen hier gar nicht in Betracht, nur über die Bedingungen der Darlehen soll verhandelt werden. Jetzt nähert sich ein Bauer, er braucht Saatkartoffeln. Wie viel Prozent, fragt er? Fünf Prozent, ist die Antwort des Kapitalisten. Positiv oder negativ, erkundigt sich der Bauer weiter, mit der Hand auf die langen Reihen von Kapitalisten, auf das große Angebot, weisend. Natürlich meine ich positiv, antwortet der Kapitalist. Dann will ich noch etwas warten, sagt der Bauer, und geht. Aber der Kapitalist faßt den Bauer beim Kittel. Wir wollen handeln, sagt er, wie viel Prozent bietest du? Ich biete überhaupt keinen positiven Zins und will nur über die Höhe des negativen Zinses unterhandeln, erwidert der Bauer. Ich biete dir 95 für 100 (also 5 Proz. negativ); denn siehe, Freund, dieses große Angebot von Kapital, siehe die geringe Nachfrage! Beachte, wie die Löhne gestiegen sind, wohl der beste Beweis, bezw. der einzig gültige Beweis, daß das Kapital im Übermaß angeboten wird. Beachte ferner, daß es schon anfängt zu dunkeln, daß das Barometer gefallen ist. Siehe, wie es dort wetterleuchtet! Beachte, daß es dir nicht angenehm ist, mit diesen Realkapitalien durch Nacht und Wind nach Hause zu fahren, um nächste Woche wieder hier zu sein.

Beachte auch, daß deine Sachen nicht besser werden, und du wirst dich überzeugen, daß mein Angebot nicht unvorteilhaft ist.

Wir wollen den Kuhhandel nicht weiter verfolgen. Das bis jetzt Gehörte genügt, um uns zu zeigen, daß bei der Verleihung von Realkapital tausend Umstände sich fühlbar machen, die bei der Verleihung von Geld heute vollkommen ausgeschlossen sind. Wer dürfte es heute wagen, dem Geldkapitalisten gegenüber Zweifel auszusprechen, ob der verlangte Zins positiv oder negativ gemeint ist? Wem würde es einfallen, den Bankier daran zu erinnern, daß sein Kapital durch längeres Lagern nicht besser wird, daß es schon spät, daß die Wege aufgeweicht sind, daß das Barometer ein Gewitter anzeigt? Und doch sind das alles Umstände, die auf die Bedingungen der Anleihe bei Realkapitalien einen sehr bestimmenden Einfluß ausüben müssen. Wie ja auch ähnliche Umstände heute auf den Arbeitskontrakt ihren Einfluß ausüben. Ausgehungerten, arbeitslosen, total verarmten Männern gegenüber kann man eine Lohnherabsetzung immer leichter durchsetzen, als bei Arbeitern, die entweder selbst einen Zehrpfennig (Streikkasse) besitzen, oder die auf die Unterstützung anderer Arbeiter rechnen können.[1])

Unsere erste Frage nach der Ursache des Zinses lautete: Warum wird Zins bezahlt? Dann fragten wir: Warum sich Nachfrage und Angebot niemals bei Darlehen ausgleichen? Im jetzigen Stadium unserer Untersuchung können wir eine dritte Frage einschieben, die schon kritischer lautet: Ist der Zins, wenn es sich um die Verleihung von Realkapitalien (Naturaldarlehen) handelt, eine

selbstverständliche Voraussetzung jeder Anleihe?

Von der Beantwortung dieser Frage wird es abhängen, ob die Unentgeltlichkeit des Kredites oder die Beseitigung des Zinses überhaupt möglich ist. Denn die Anleihen werden der Realkapitalien wegen gemacht, und wenn die Natur der Verhältnisse derart ist, daß der Zins als selbstverständlich zu betrachten ist, so müssen wir die Unentgeltlichkeit des Kredites als eine utopistische Träumerei betrachten, die durch keine Reform irgendwelcher Art jemals verwirklicht werden kann.

Wie wenig die natürlichen Schwächen des Realkapitals selbst von den grimmigsten Gegnern des Zinses beachtet und ausgebeutet werden, geht am besten aus der Polemik über Kapital und Zins zwischen Bastiat und Proudhon (herausgegeben von Arthur Mülberger) hervor. So antwortet Proudhon auf den dritten Brief Bastiats (S. 119): „Wie Sie sehr richtig sagen, mein Herr, wenn mein Kapital „mir nichts mehr einbringen soll, werde ich es, statt es auszuleihen, behalten, und der Arbeiter, weil er mir den Zehnten nicht geben will, wird feiern müssen."

Man beachte hier, daß in dieser Polemik Real- und Geldkapital, wie allgemein üblich, durcheinander geworfen werden, und daß Bastiat in seinem Briefe den Begriff „Kapital" wie folgt vergegenständlicht: Ein Haus, ein Sack Getreide, ein Hobel, ein Stück Geld, ein Schiff (S. 61). Ich frage also hier, ob Bastiat und Proudhon als Kapitalisten und Besitzer eines Hauses, eines Sackes Getreide, eines Hobels, eines Schiffes, wenn es darauf angekommen wäre, wirklich bei ihrer Drohung geblieben wären? Hätten sie das Angebot des Landwirts, der ihnen zwar keinen Zins, aber frisches Getreide zurückzuerstatten versprach, zu guter Letzt nicht doch für vorteilhafter gefunden, als das Getreide dem Verderben auszusetzen?

Bastiat leugnet die Möglichkeit der Unentgeltlichkeit des Kredites und bleibt

[1]) Marx war anderer Ansicht, er sagt: „Waren- und Geldbesitzer begegnen sich auf dem Markte als ‚ebenbürtige' Warenbesitzer!" Bd. I, S. 180.

hartnäckig dabei, daß die Gerechtigkeit für die Leistung des Kapitalisten eine Gegenleistung des Borgers fordert. Diese Forderung wiederholt er auf jeder Seite seiner sechs Briefe. „Ist das Recht auf Entgelt ein Attribut des Kapitals wie der Arbeit selbst? Das ist die Frage, die gelöst werden muß, um einen Schluß für oder gegen die Unentgeltlichkeit des Kredits zu ermöglichen.“ (Fünfter Brief S. 157.)

Und Proudhon gibt die Notwendigkeit einer Gegenleistung unter den bestehenden Verhältnissen unumwunden zu, und keinem von beiden fällt es auf, daß die integrale Rückerstattung des Darlehens in Form eines Sackes Weizen neuer Ernte, eines neuen, modernen Hobels, eines neugebauten, modernen, vielfach verbesserten Schiffes, usw. usw. an sich schon eine ganz bedeutende Gegenleistung ist.

Wilhelm lieh dem Jakob vor 30 Jahren eine Nähmaschine im Preise von Mk. 150, eine Jagdflinte Mk. 100, eine Tonne Weizen Mk. 265, alles zusammen Mk. 515, zinslos. Heute zahlt Jakob zurück. Er kauft eine ganz bedeutend bessere Maschine für Mk. 100, ein Repetiergewehr für Mk. 50 und eine Tonne La Plata-Weizen für Mk. 165, zusammen Mk. 315, dazu legt er noch zum Ausgleich 200 Mk. in bar. Ist das nun keine Leistung?

Freilich, wenn wir hier Real- und Geldkapital durcheinander werfen und Gold an die Stelle des Realkapitals setzen, so zerfällt besagte Gegenleistung in nichts.

Bastiat nennt selbst die Verwechslung von Real- und Geldkapital die Quelle aller ökonomischen Irrtümer, mit deren Hilfe es leicht wird, die Fragen zu verwirren (S. 132). Aber es fällt ihm nie ein, diese Erkenntnis zum Führer in seinen Untersuchungen zu nehmen.

Der eben betrachtete Kuhhandel gründete auf der Voraussetzung eines den gegenwärtigen Bedarf übersteigenden Angebots von Realkapital; mit andern Worten, der Vorrat an Produktionsmitteln war größer als das Angebot von Arbeitskräften.

Die Konkurrenz der Unternehmer hatte alle Arbeiterreserven zur Produktion herangezogen, und es verblieb ein Rest an Realkapital, der wegen Mangels an Arbeitern unbeschäftigt war. Dieser Rest oder Überschuß, der natürlich auch Beschäftigung suchte, hatte durch die Wirkung der Konkurrenz die Löhne bis auf die Maximalgrenze heraufgetrieben, d. h. bis zur Beseitigung des Zinses.

Die Unentgeltlichkeit des Kredites steht und fällt mit der Möglichkeit des hier Vorausgesetzten. Ist es materiell möglich, daß es überhaupt und zeitweise wenigstens zu einer Überproduktion an Realkapital kommt, so muß es auch möglich sein, daß der Kredit zeitweise unentgeltlich sei. Wir haben also zunächst die Frage zu beantworten, ob die materiellen Kräfte für die Produktion einer Überproduktion an Realkapital (Überproduktion gemessen mit dem Wegfall des Zinses) vorhanden sind und auch nicht erlahmen würden, wenn der Reiz des Zinsgenusses in Wegfall käme.

Unvorsichtige Leser werden hier vielleicht schon triumphierend auf die ziemlich allgemein angenommene chronische Überproduktion an Waren hinweisen und sagen: Diese Waren, die dort in Übermaß erzeugt wurden, sind es nicht Realkapitalien? Der Unternehmer kann diese Kapitalien nicht erlangen, weil der Vermittler, das Geld, fehlt, aber das Dasein dieser Waren zeigt, daß wir jetzt schon eine chronische Überproduktion in Realkapital haben, und daß ohne das Dazwischentreten des Geldes die Unentgeltlichkeit des Kredites jetzt schon Tatsache, und zwar eine alte Tatsache, wäre.

Die Folgerung ist jedoch eine leichtsinnige. Würde nämlich das Hindernis weggeräumt werden, das dem Austausch der die Überproduktion vorstellenden Waren im Wege steht, so würde höchst wahrscheinlich nur ein geringer Teil derselben dem Anleihenmarkt zuströmen. Denn das, was

uns heute als Überproduktion erscheint, ist nicht so sehr ein Vorrat an fertigen Erzeugnissen, als ein Vorrat an unausgefüllter Arbeitszeit, ein Vorrat an unbeschäftigten Arbeitern. Wird aber die Arbeiterreserve zur Produktion herangezogen und damit die scheinbare Überproduktion beseitigt, so werden diese Arbeiter sich doch vor allen Dingen erst satt essen, ehe sie an Ersparnisse denken, ehe sie das Angebot bei Darlehen beeinflussen. Und wenn wir auch in der Überproduktion einen Vorrat zu viel erzeugter Waren annehmen wollen, so ist zu bedenken, daß diese Waren durchaus nicht in Händen von Kapitalisten sind, die imstande wären, diese Waren auf Jahre hinaus zu verleihen. Gewiß ist Kapital Produkt, aber Produkt im Besitz von Leuten, die es nicht verkaufen, sondern verleihen wollen. Nein, die Überproduktion an fertigen Erzeugnissen wird (falls sie wirklich vorhanden ist) im Besitz ihrer Erzeuger, also der Unternehmer selbst sein, die selbst wieder dem Kapitalisten gegenüber verschuldet sind. Gelingt es dem Unternehmer, nach Überwindung der Krise seine Überproduktion an Waren abzusetzen, so hat er gewöhnlich Eiligeres zu tun, als den Erlös dieser Produkte dem Anleihenmarkt zuzuführen. Darlehen können nur von Kapitalisten gemacht werden, also von Leuten, die vor allen Dingen in der Gegenwart gut versorgt sind und auch noch etwas für die Zukunft voraus haben. Und diese Kapitalisten besitzen Geld, Geldforderungen oder Waren, deren Absatz gesichert ist, weil sie sie nur in dieser Voraussetzung übernehmen. Also von einem einfachen Übergang der Überproduktion an Waren auf den Kapitalmarkt kann keine Rede sein. Wird das Hindernis beseitigt, das dem Austausch jener Waren im Wege steht, so werden diese Waren als Genußgüter einfach von ihren Besitzern verbraucht.

Die Überproduktion an Waren beweist m. E. überhaupt nichts von dem, was für die Theorie der Unentgeltlichkeit des Kredits verwertet werden könnte; sie ist nur ein Beweis, daß der Tausch unterbrochen wurde, in der Regel eine Folge einer eingetretenen Baisse, Folge unzureichenden Geldangebots. Werfe man einige handvoll Banknoten, Goldkörner auf den Markt, so daß mit der vergrößerten Nachfrage die Baisse in Hausse umschlägt, — und von der Überproduktion wird keine Spur mehr zu sehen sein.

Gewiß, die Waren-Überproduktion und ihre Ursache, die Baisse und Krise, ist der Bildung von Kapital hinderlich, da doch der Absatz der Produkte Vorbedingung für die Produktion und Kapitalbildung ist, aber an sich bedeutet sie keine Kapitalstauung. Am besten ließe sich das praktisch beweisen, wenn man es erreichen könnte, daß bei eingetretener Überproduktion an Waren alle Anleihen in Realkapitalien abgeschlossen würden. Es würde sich da zeigen, daß die Besitzer jener übererzeugten Waren von solcher Einrichtung keinen Gebrauch machen könnten, weil sie einfach nicht in der Lage sind, als Kapitalisten ihre Habe zu verleihen. Sie wollen ihre Waren vertauschen gegen andere ihnen fehlende Sachen.

Die einzigen Beweismittel für die Möglichkeit der Unentgeltlichkeit des Kredits liegen m. E.

1. in der gewaltigen modernen Produktionskraft;
2. in dem Sparsinn des Spießbürgers, des normalen Menschen;
3. in der Erleichterung des Sparens durch die Beseitigung des Zinses, wobei natürlich das Geldsparen ausgeschlossen sein muß.

Hierzu kämen als Hilfstruppen in Betracht:

1. die Möglichkeit, durch die Geldreform der Wirtschaftskrisen Herr zu werden, die ja mehr Kapital verschlingen als die Unternehmer selbst;
2. die Möglichkeit, mittels der Geldreform die Handelsspesen auf einen geringen Bruchteil des jetzigen Betrages herabzusetzen, was eine entsprechende Lohnerhöhung herbeiführen und die Arbeiter in die Lage versetzen würde, größere Ersparnisse zu machen (natürlich in Form von Realkapital);
3. die Verstaatlichung der Grundrente zugunsten der Steuerzahler durch die Bodenreform.

Da letztere drei Faktoren nur für die Geld- und Bodenreformer Beweiskraft haben, so will ich mich an die ersten drei Faktoren halten. Sie reichen für meine Zwecke übrigens für sich aus.

1. Die Produktionskraft. Ich glaube, niemand ist darüber im Zweifel, daß wenn die Produzenten sich völlig ungehindert ins Zeug legen könnten, daß, wenn alle Reserven an Arbeitern und Arbeitszeit herangezogen würden, das heutige Verhältnis von Angebot zu Nachfrage bei Anleihen sich bald von 105 auf pari verschieben würde. Denn es ist ja ein relativ wirklich lächerlich kleiner Mangel an Realkapital, der dem Zins die Daseinsbedingungen bereitet. Eine Vermehrung des Bestandes an Realkapital um vielleicht nur 10 Proz. würde die heutige Nachfrage ohne Rest decken. Freilich darf kein Export von Kapital diesen Ausgleich verhindern, denn die Unentgeltlichkeit des Kredites ist kein Problem, das von einem Volke allein gelöst werden kann. Es ist ein internationales Problem.

Wenn Europa in dem kapitalarmen Ausland keinen Abnehmer hätte für seine Produktionsüberschüsse, so wäre entweder die Unentgeltlichkeit des Kredits schon längst zur Tatsache geworden, oder Wirtschaftskrisen hätten die Bildung dieser Überschüsse verhindert. Unter dem jetzigen Geldsystem wäre natürlich letzteres eingetreten.

Wäre der Tausch, der mit der Produktion Hand in Hand gehen muß, heute völlig ungehindert, träte nicht mit jedem Anlauf zu vermehrter Produktion und vermehrtem Angebot auch gleich und automatisch ein Preisrückgang ein (infolge ungenügenden Geldangebots), der Tausch und Handel unmöglich macht und die Produktion unterbricht, — an der Produktionskraft würde es sicherlich nicht fehlen, um alle Arbeiter quantitativ mit Produktionsmitteln zu sättigen.

Wie groß die Produktionskraft ist in Ländern, die planmäßig mit geschulten Kräften an die Arbeit gehen, sieht man an Amerika. Gestern noch das beste Absatzfeld für alle europäischen Kapitalüberschüsse, ist dieses Land schon heute zum Kapitalexport, von der Nachfrage zum Angebot übergegangen. Dabei ist zu beachten, daß dieses Land noch gleichzeitig für jährlich fast eine Million Einwanderer Unterkunfts- und Arbeitsmittel liefern mußte, und daß die teuersten Exportartikel, die fetten Erbinnen von Milliarden gratis bei den europäischen Fürsten abgesetzt werden.

Bau des Panamakanals mit amerikanischem Kapital, Kolonisation der Philippinen, der Sandwichinseln und Westindiens. Besiedelung Kanadas mit

hunderttausenden von kapitalkräftigen amerikanischen Farmern. Placierung deutscher und japanischer Renten in New York usw. —

2. Der Sparsinn. Spart man des Zinsgenusses wegen oder für den Winter des Lebens und der Jahreszeit? Zu beachten ist hier, daß man nicht von einer Sparsitte, sondern allgemein von einem Sparsinn spricht. Die Sinne (oder Instinkte) waren aber alle ausgebildet, lange bevor an Zinsen gedacht wurde. Die Not lehrte den Menschen sparen zu einer Zeit, da sein Gehirn noch plastisch war, und so hat sich das Sparen zu einem erblichen Sparsinn ausgebildet. Man spart, um über schlechte Zeiten hinwegzukommen. Die Bienen sparen, die Hamster sparen, der Bär spart (durch Fettansatz), aber von Zinsen ist in der Natur nirgendwo eine Spur zu sehen. Ja, wie lange ist es denn her, daß die Sparer direkt auf Zinsen spekulierten? Wie lange ist es her, daß der Strumpf und die Strohmatratze noch allgemein als Sparkasse angesehen wurden? Und die Menschen sollen früher ebenso sparsam gewesen sein wie heute. Gewiß, der Zinsgenuß spornt auch zum Sparen an, aber es ist eine Tatsache, daß in Europa, wo der Zinsfuß am niedrigsten ist, am intensivsten gespart wird. Diese Tatsache beweist ja, ich gestehe es, direkt nicht viel, weil man einwenden kann: Es kann in Europa viel gespart werden, weil der Zinsfuß so niedrig ist, aber mit dieser Einwendung fällt man ja dem 3. Beweismittel in die Hände. Denn wenn eine Ermäßigung des Zinses schon an sich die Löhne so beeinflußt, daß dem Sparer das Sparen erleichtert wird, um wie viel mehr muß dann die völlige Beseitigung des Zinses das Sparen erleichtern, das Sparen fördern? Rechnen wir, daß dem Arbeiter für die Verzinsung des Kapitals, das er in der Fabrik besetzt, 5 Proz. des Arbeitsproduktes abgezogen werden (bei 5 Proz. Zinsfuß und einem Verhältnis von 10000 Mk. Kapital auf 1000 Mk. jährlicher Löhne), so macht das auf 1000 Mk. Lohn 500 Mk. Zins. Diese 500 Mk. an Zins muß also der Arbeiter zuerst für den Kapitalisten sparen, ehe er an sich denken kann. Man spart aber immer nur das letzte Ende des Einkommens, und darum muß ein Arbeiter, der 1500 Mk. Einkommen hat, leichter 500 Mk. sparen können, als 1 Mk. bei 1000 Mk. Einkommen.

Die Beweise, die ich hier zusammentrage, sind natürlich keine zwingenden Beweise, denn das Problem greift hier gleich in die Psychologie über. Der Mann, der 1000 Mk. verdient, kann leichter 50 Mk. sparen als 1 Mk. bei 950 Mk. Einkommen. Aber wird er es tun? Wird ein Mann mit 1000 Mk. Einkommen ebenso die Notwendigkeit zu sparen einsehen, wie ein Mann, der nur 950 Mk. Einkommen hat? Ich glaube das, kann es aber natürlich nicht beweisen. Ob er es tut, kann nur die Erfahrung lehren. Man sagt allerdings, daß der Mittelstand im allgemeinen vorsichtiger ist und mehr Sparsinn zeigt als der Tagelöhner, und eine Lohnerhöhung bedeutet ja eine Annäherung an den Mittelstand, eine Verschmelzung der Stände. Aber ist der größere Sparsinn des Mittelstandes nicht vielleicht eine Folge geringerer Kraft, geringeren Sicherheitsgefühles dieses Standes? Ein Tagelöhner hat in seinen Fäusten vielleicht eine festere Unterlage als mancher Mittelstandsbürger, der sich nur auf Urkunden, verbriefte Rechte usw. berufen kann. Fäuste bieten jedenfalls mehr Sicherheit als Pergamente, und der Sparsinn entspringt einem Ohnmachts- und Schwächegefühl. Jedoch auch die Kraft der Fäuste läßt nach,

und mit zunehmendem Alter wird auch den Tagelöhner ein Ohnmachtsgefühl beschleichen, das ihn ans Sparen mahnen wird.[1])

Wir haben bisher nur das Angebot von Realkapital berücksichtigt, wie es sich der Unentgeltlichkeit des Kredits gegenüber verhalten würde; es ist jedoch klar, daß die Nachfrage auch ein Wort mitzusprechen haben würde, denn die Unentgeltlichkeit des Kredites kann doch kaum ohne Einfluß auf die Nachfrage für Darlehen bleiben, ja mancher wird sogar geneigt sein, von vornherein anzunehmen, daß durch die Beseitigung des Zinses die Nachfrage nach Kapital ins Blaue hinein wachsen müßte und daß schon aus diesem Grunde ein Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot bei Anleihen, und damit natürlich auch die Unentgeltlichkeit eine unmögliche Sache sei.

So sagt z. B. Bastiat in dem bereits erwähnten Briefwechsel mit Proudhon (S. 164): „Ich werde für den Rest meiner Tage umsonst ein schönes Haus auf dem Boulevard mieten, mit einem auserwählten Meublement, und dazu noch eine Million. Mein Beispiel wird ohne Zweifel ansteckend sein, und es wird eine Unmasse Erborger in der Welt geben. Wenn dann nur die Darleiher nicht fehlen, so werden wir alle ein fröhliches Leben führen.“ Und auf diesen Unsinn bleibt Proudhon die Antwort schuldig.

Diese Annahme jedoch ist unbegründet, wie ich das gleich ausführlich zeigen werde. Immerhin ist es sicher genug, daß die Unentgeltlichkeit des Kredites Umwandlungen hervorbringen muß, in der Nachfrage nach Kapital sowohl, wie auch namentlich in unserer Gedankenwelt. Wer in den Produktionsmitteln immer ein Kapital gesehen hat, das Zins abwirft, wer von Kindesbeinen an immer mit Zins gerechnet hat, wer in dem Zins die Kraft erblickt, die heute den gesamten Wirtschaftsbetrieb in Gang erhält, dem wird es sicherlich schwer fallen, sich gleich in die wirtschaftlichen Verhältnisse hineinzudenken, die die Unentgeltlichkeit des Kredits begleiten.

Da ist zunächst die Frage: Wer denn noch Häuser, Maschinen, Fabriken errichten würde, wenn man das alles so wie so mietefrei haben kann? Antwort: Niemand. Aber, heißt es dann, es wird doch immer ein Bedarf, eine Nachfrage nach solchen Dingen bestehen; nicht jeder wird ein Haus, nicht jeder Arbeiter eigene Produktionsmittel besitzen. Ist aber die Hervorbringung dieser Sache, die Deckung der Nachfrage abhängig gemacht von einer Miete, so wird auch immer Miete gezahlt werden müssen. Wirft aber das immobilisierte Kapital Zins ab (man beachte den Sprung von Miete auf Zins), so ist nicht einzusehen, warum nicht auch das mobile (flüssige) Kapital Zins abwerfen soll, da doch ersteres ein Produkt des letzteren ist?

Hierzu ist zu bemerken: Miete und Zins sind nicht dasselbe. Die Miete von Häusern, Maschinen, Fabriken setzt sich (abgesehen von der Grundrente) zusammen aus:

---

[1]) Knut Wicksell geht in seiner Studie „Geldzins und Güterpreise“ von der genau entgegengesetzten Voraussetzung aus; er meint nämlich, das Angebot von Realkapital sei schon durch rein physische Verhältnisse begrenzt. S. VI. Welcher Art diese Verhältnisse sind, sagt er nicht. Wenn er dabei nicht an den Boden gedacht hat, dann stimmt die Behauptung nicht, denn die Realkapitalien sind Arbeitsprodukte, also wie diese selbst physisch so gut wie unbegrenzt.

1. dem Zins für das in den Baukosten verwendete mobile Kapital,
2. der Abnutzungsprämie (Feuerversicherung und Abschreibungen).

Fällt also auch infolge der Unentgeltlichkeit des Kredits der erste der beiden Bestandteile der Miete fort, so bleibt doch der zweite Teil. Diese Abnützungsprämie, durch welche der Besitzer wieder nach und nach in den Besitz des ursprünglichen, in der Herstellung des Immobils verausgabten flüssigen Kapitals gelangt, ist je nach der Natur der Sache bald größer, bald kleiner. Für Häuser mag sie (mit Reparaturkosten und Versicherungen) 2 oder 3 Proz. ausmachen, für Fabriken das doppelte und für Maschinen das 5fache.

Nun fragt es sich: Würde noch jemand ein Interesse daran haben, flüssiges Kapital, für welches sonst kein Zins bezahlt wird, in Häusern usw. zu immobilisieren, wenn zwar die Abnutzungsprämie, aber kein Kapitalzins gefordert werden kann?

Der Ausdruck „Immobilisieren" gilt hier nicht in dem absoluten Sinne, den man ihm gewöhnlich beimißt. Ein Immobil, das in Abnutzungsprämien zerfällt, von dem jährlich ein Teil abgeschrieben werden muß, ist doch nichts Immobiles mehr. Ein Haus verbraucht sich ebenso wie ein Hemd, nur langsamer. In Berlin sollen viele kaum 30 Jahre alte Häuser umgebaut worden sein, weil sie den Anforderungen der Neuzeit nicht mehr entsprachen. Hier käme also ohne Reparaturen und Versicherung eine Abnutzungsprämie von mehr als $3^1/_3$ Proz. der Baukosten zur Verrechnung.

Ich glaube diese Frage ohne weiteres bejahen zu können, denn das Immobil würde in diesem Falle einem den Mietern gemachten Darlehen gleichen, das in der Abnutzungsprämie ratenweise und zinsfrei zurückgestellt wird.

Und diese Form der Sparanlage, d. h. die ratenweise Zurückerstattung, wäre für die meisten Sparer gerade die bequemste und sicherste. Der Sparer hat im Hause das Pfand seines Darlehens; dann ist es für ihn angenehmer, jährlich einen Teil seines Guthabens zu erhalten, als wenn ihm das Darlehen am Verfalltage des Wechsels, des Schuldscheines usw. zurückbezahlt wird — was ihn dann zwingt, wieder eine neue Anlage zu suchen. Dabei hat es jeder Sparer in der Hand, durch die Wahl des Immobils die Rückzahlung in kürzerer oder längerer Zeit zu bewirken. Da von Zinsen keine Rede mehr ist, und man sich mit dem Gedanken vertraut machen muß, daß das Gesparte ein Ende nehmen wird, so wird (wenn wir von bezl. Versicherungsgesellschaften absehen) jeder Sparer dasjenige Immobil als Sparanlage benutzen, dessen Abnutzungsrate mit derjenigen seines eigenen Lebens übereinstimmt — so daß die gänzliche Abnutzung des Immobils mit seinem Todestage zusammenfällt. Für etwaige Rechenfehler kann man ja etwas reichlich rechnen, und wer sehr vorsichtig ist, kann sich in eine Versicherung einkaufen. Junge, gesunde Leute werden darum wohl tun, steinerne Häuser als Sparanlage zu wählen, kränkliche Leute werden Häuser aus Fachwerk vorziehen, die sogenannten Todeskandidaten werden sich für die Maschinenanlagen mit hohen Abnutzungsprämien entschließen, und die Greise werden einfach Vorräte anlegen.

Wirkliche Immobilien, d. h. solche Werke, die Jahrhunderte lang gebrauchsfähig bleiben, bei denen eine Abnutzung kaum in Anschlag kommt (Tunnel, Kanäle, Nivellierungen, Ausroden von Waldboden, Eisenbahndämme

usw. usw.) können der Regel nach nur auf Grund von Konzessionen, die mit Enteignungsrechten verbunden sind, ausgeführt werden. Es sind öffentliche Arbeiten, und wenn Private sie für eigene Rechnung ausführen, so behält doch der Staat die Aufsicht über Tarife usw. Mit der Unentgeltlichkeit des Kredits wird daher der Staat die Tarife so berechnen, daß der Unternehmer aus den Überschüssen sein Kapital ratenweise tilgen kann. Ist das geschehen, so fällt das Unternehmen an den Staat zurück. Es würde sich in solchen Fällen auch nur um ein Privatdarlehen an den Staat mit ratenweiser Abzahlung handeln, mit dem einzigen Unterschied, daß der Gläubiger ein Pfand in Händen hat und daß die Ratenzahlungen in den Frachtsätzen erhoben werden.

Wir ersehen aus alledem, daß die Unentgeltlichkeit des Kredites kein Hindernis dafür wäre, daß auch fernerhin die sogenannten „Immobilien" als Sparanlagen betrachtet würden und daß zinsfreie Wohnungen nicht dasselbe wie mietefreie Wohnungen bedeuten. Erstere sind möglich, falls die Unentgeltlichkeit des Kredites möglich ist, letztere sind unter keinen Umständen möglich.

Nun haben wir uns noch mit der weitverbreiteten Ansicht zu beschäftigen, daß die Nachfrage bei Anleihen für Unternehmerzwecke ins Fabelhafte, ins Blaue hinein wachsen würde, falls der Zins in Wegfall käme.

Diese Annahme setzt voraus, daß der Unternehmer dem Arbeiter Zins (oder sogenannten Mehrwert) selbst dann noch ankreiden könne, wenn derselbe Arbeiter (Personalkredit vorausgesetzt) Kapital zinsfrei für die Anschaffung eigener Produktionsmittel erhalten kann und den Unternehmer, als Besitzer der Produktionsmittel, gar nicht mehr braucht.

In dieser Annahme steckt also die Behauptung, daß der Unternehmer dauernd in der Lage bleiben würde, seine Produkte mit Zins belastet abzusetzen, während er — soweit es sich um den Besitz des Kapitals handelt — in jedem kreditwürdigen Arbeiter einen ebenbürtigen Konkurrenten hat. Dies aber widerspricht dem Gesetze der Konkurrenz, wenn anders wir nicht diese Behauptung so deuten müssen, daß es nicht genügend kreditfähige Arbeiter (oder Arbeiterassociationen) gibt, um sich als Konkurrenz unter den Unternehmern fühlbar zu machen.

Rechnet man im Durchschnitt 15 Mann auf ein Unternehmen und, nach Abzug des Grundkapitals, 1000 oder 2000 Mark Kapital auf den Arbeiter, so müßte man unter 15 Mann immer wenigstens einen finden, dem man 15—30,000 Mark Kredit eröffnen kann. Für heutige Verhältnisse, d. h. unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Alkoholkonsums der Arbeiter, scheint das etwas viel, aber diese Verhältnisse sollen sich ja bedeutend bessern und, so weit ich unterrichtet bin, soll es ja heute schon zahlreiche abstinente Arbeiter geben, so daß es bald nicht mehr schwer fallen würde, unter 15 Arbeitern wenigstens einen völlig nüchternen Mann zu finden. Und viel mehr als Nüchternheit ist für den persönlichen Kredit zu Produktionszwecken nicht notwendig. Ich will nicht sagen, daß mit der Unentgeltlichkeit des Kredits jeder Abstinent ein konkurrenzfähiger Unternehmer wird; nein, ich behaupte hier nur, daß mit der Abstinenz die Masse, aus der sich die Unternehmer rekrutieren, wachsen würde und damit auch die Konkurrenz der Unternehmer unter sich.

Wenn aber der Unternehmer aus der Unentgeltlichkeit des Kredites keinen unmittelbaren Vorteil ziehen kann, wenn der ganze Vorteil eines solchen wirtschaftlichen Zustandes dem Lohne zugute kommt, welchen Anlaß hätte dann der Unternehmer, sein Unternehmen zu erweitern? Und welchen Anlaß hätte endlich auch der Arbeiter, sich eigene Produktions-

mittel anzuschaffen, wenn ihm diese von seinem bisherigen Unternehmer zu gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden, wie vom Sparer oder Kapitalisten, d. h. zinsfrei? Die Abnutzungsprämie, die der Unternehmer von den Produkten des Arbeiters abziehen würde, müßte ja immer so ziemlich übereinstimmen mit den Abschlagszahlungen, die der Gläubiger vom Arbeiter fordern würde.

Man darf hier nie die Tatsache aus dem Auge lassen, daß jede Erweiterung des Unternehmens auch wieder eine entsprechend größere Anzahl Arbeiter beansprucht. Die Möglichkeit einer allgemeinen Betriebsvergrößerung ist also nicht allein durch den Vorrat an Kapital, sondern durch die Zahl der Arbeitslosen scharf begrenzt. Von dem Augenblick an, wo alle Reserven an Arbeitszeit und Arbeitern zur Arbeit einberufen sind, kann keine allgemeine Betriebserweiterung mehr stattfinden. Höchstens um Versuche in dieser Richtung kann es sich handeln, die vom Wettbewerb der Unternehmer unter sich ausgehen, aber jeder einzelne Versuch in dieser Richtung kann immer nur die eine Wirkung haben: eine allgemeine Lohnerhöhung.

Für die Vergrößerung der Betriebe (mehr Pflüge, mehr Webstühle, vierfaches Eisenbahngeleise, mehr Häuser, Schiffe) ist daher die Unentgeltlichkeit des Kredites durchaus kein Reizmittel; eine solche Vermehrung kann nur vom Wachstum der Bevölkerung gefordert werden.

Anders verhält es sich mit der Verbesserung der Produktionsmittel, mit der Einführung arbeitsfördernder Maschinen. Aber solche Verbesserungen hängen nicht vom Zins ab, sondern von Erfindungen, meistens vom Zufall.

Wollte man auch heute Unternehmern die Mittel zinsfrei zur Verfügung stellen, um arbeitsparende Einrichtungen zu treffen — man würde sie damit in Verlegenheit setzen. Immerhin sind Erfindungen von allgemeiner Bedeutung schon oft gemacht worden (Dampfkraft), und wenn sich eine ähnliche Erfindung heute wiederholte, so daß man mit geliehenem Kapital durch Verbesserung der Produktionsmittel bei gleicher Arbeit ein nennenswertes Mehr erzeugen könnte, so würde der Anleihemarkt vielleicht einem »Run« ausgesetzt sein. Es würde zu weit führen, wollte ich den Einfluß eines solchen Ereignisses auf das Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage bei Anleihen ins einzelne verfolgen; es genüge hier, daran zu erinnern, daß solche arbeitsparenden Erfindungen infolge der gewachsenen Ergiebigkeit der Arbeit unmittelbar wieder das Angebot bei Anleihen vermehren, wodurch sich der Ausgleich bald wieder herstellen muß. Ich brauche hier nur an die Eisenbahnen zu erinnern, die ungeheure Kapitalien verschlungen, diese aber gleich wieder, tausendfach vergrößert, wiedergegeben haben.

Für die Verbesserung der Gewehre z. B. liegen Millionen und aber Millionen bereit, doch fehlt die Nachfrage für diese Millionen, weil niemand heute anzugeben weiß, wie man das Gewehr verbessern könnte. Für eine wirklich brauchbare Flugmaschine liegen ungezählte Milliarden zur Verfügung des Erfinders — er meldet sich leider nicht. Darum kann es als ausgemacht betrachtet werden, daß sich jedes Land zu jeder gegebenen Zeit quantitativ und qualitativ mit Produktionsmitteln sättigen läßt.

Man behauptet ferner, daß die Beseitigung des Zinses manches Unternehmen noch möglich machen würde, das heute der Zinsen wegen,

die man von jedem Unternehmen erwartet, nicht ausgeführt werden kann, so z. B. der Bau menschenwürdiger Wohnungen für alle.

In diesem Satz geht offenbar der Mahlzeit die Verdauung voran. Der Zins wird erst dann auf Null fallen können, wenn alle die gedachten Werke, im Umfange der sich bei Zinsfreiheit einstellenden Nachfrage, ausgeführt sein werden — denn die Unentgeltlichkeit des Kredits kann nur die Folge allgemeiner Sättigung sein, d. h. der Vorrat an Realkapital muß den gegenwärtigen Bedarf voll decken können. So lange eine ungedeckte Nachfrage nach Realkapital (Häusern z. B.) besteht, kann die Unentgeltlichkeit des Kredites sich nicht einstellen; für Häuser z. B. wird der Mietspreis über der Abnutzungsprämie stehen, also Zins enthalten. Da nun zusammen mit dem Zinsfuß auch die Hausmiete fallen wird und mit der Ermäßigung der Hausmiete das bestehende große Ausdehnungsbedürfnis der Stadtbewohner sich in Nachfrage nach größeren Wohnungen verwandelt, so ist es klar, daß noch große Kapitalien verbaut werden müßten. Diese Kapitalien (natürlich Realkapital) müssen also zuerst produziert, gespart und verbaut werden, ehe die Unentgeltlichkeit des Kredites zur Tatsache werden kann. Aber auch hier wäre es ein Fehler, wenn wir das Ausdehnungsbedürfnis für eine blaue, unbegrenzbare Größe halten wollten. Jede größere Wohnung beansprucht mehr Mobiliar, verursacht mehr tägliche Arbeit für die Hausfrau, sowie Kosten für Licht und Feuerung. Die Abnutzungsprämie verschlingt immer eine verhältnismäßig hohe Summe. Dann beansprucht die größere Wohnung mehr Baugrund und Grundrente, und wenn auch letztere durch die Grundrentensteuer dem Staate zugeführt wird, so muß sie doch direkt vom Mieter getragen werden, ja, es ist sogar anzunehmen, daß in vielen Fällen der Unterschied in der um den Kapitalzins herabgesetzten Baumiete einfach der Grundrente, der Staatskasse zu gute kommen würde. Somit würden die größeren täglichen Unkosten der größeren Wohnung, zusammen mit der vergrößerten Abnutzungsprämie und der gestiegenen Grundrente dem Ausdehnungsdrange ziemlich enge Grenzen ziehen.

Die Wohnung ist jedoch neben den gewerblichen Anlagen das einzige Bedürfnis, dessen Deckung die Immobilisierung größerer Kapitalien beansprucht. Wenn wir auch dem Jäger ein zweites Gewehr, dem Bauer einen zweiten Pflug, dem Weber einen zweiten Webstuhl zinsfrei anbieten — sie werden das Angebot zurückweisen — denn abgesehen davon, daß diese Gegenstände Platz beanspruchen und gehütet werden müssen, so bedeutet zinsfrei nicht mietfrei, es bleibt für alles Realkapital immer eine Abnutzungsprämie zu zahlen, die auch dann noch zu zahlen ist, wenn der Pflug gar nicht benutzt wird, sondern in der Ecke verrostet.

Alle übrigen großen Werke, wie Eisenbahnen, Kanäle, Entwässerungen usw. können nur auf Grund einer Konzession, also durch Vermittelung des Staates, unternommen werden. Da handelt es sich nicht mehr um Waren, die dem Gesetze des Wettbewerbes unterworfen sind, sondern um Monopole und gesetzlich festgesetzte Tarife, von deren Annahme die Erteilung der Konzession und der Enteignungsrechte abhängig gemacht wird. Werden nun vom Staate die Tarife auf Grund der Unentgeltlichkeit des Kredites berechnet, so ist es klar, daß solche Konzessionen nur solange nachgesucht werden, als wie auch Kapital zinsfrei

angeboten wird. Diese Unternehmungen werden also unmittelbar von der Unentgeltlichkeit des Kredites abhängig sein und diese Unentgeltlichkeit zur Voraussetzung haben. Sie können unmöglich in größerem Umfang in Angriff genommen werden als die Produktion von Realkapital gestattet, sie können die Nachfrage nach Kapital nicht auf eine die Zinsfreiheit gefährdende Höhe treiben. Genau genommen werden solche Werke nur solange unternommen werden können, als die Kapitalüberschüsse Neigung zeigen, den Zins unter Null zu drücken (also bei negativem Zins).

Solange wir bei Anleihen das wirklich benötigte Realkapital im Auge behalten, stoßen wir also, wo wir auch die Sonde der Unentgeltlichkeit des Kredites anlegen, nirgendwo auf Widerstand. So wenig auf seiten der Nachfrage wie auf seiten des Angebots stießen wir auf materielle Hindernisse, die den zinsfreien Darlehen im Wege stehen.

So weit es sich um das bei Anleihen wirklich gesuchte, um das Realkapital handelt, ist die Bahn **zur Unentgeltlichkeit des Kredites frei**.

Wohlverstanden, es ist nicht gesagt, daß zu allen Zeiten, an allen Orten, unter allen Verhältnissen sich Nachfrage und Angebot bei Darlehen stets ausgleichen **müssen**. Nein, das habe ich nicht gesagt. Was ich sage und behaupte, ist, daß sich Nachfrage und Angebot von Realkapital ausgleichen können, daß einem solchen Ausgleich kein materielles Hindernis im Wege steht, weder auf Seiten des Angebots noch auf seiten der Nachfrage. Es gibt Zeiten, in denen mehr konsumiert als produziert wird, in Kriegen und bei Fehlernten z. B., und namentlich auch in Wirtschaftskrisen. Daß dann, wenn die Arbeit wieder aufgenommen wird, das Realkapital selten ist und die Besitzer von solchem gegenüber der Nachfrage im Vorteil sind und sich diesen Vorteil mit Zins bezahlen lassen, ist selbstverständlich. Aber gerade weil das so überaus selbstverständlich ist, muß die Möglichkeit des entgegengesetzten Falles auch selbstverständlich sein.

Dies vorausgesetzt, können wir unseren Fragen nach der Ursache des Zinses nun endlich eine Fassung geben, die der Lösung des Zinsproblemes alle Türen öffnet, ja dieser Lösung ganz nahe auf den Leib rückt.

Sie lautet:

Warum ist der Zins bei Gelddarlehen eine **selbstverständliche** Bedingung, während doch den Realkapitalien gegenüber diese Bedingung durchaus nicht als selbstverständlich angesehen werden kann?

Die Antwort auf diese Frage liegt auf der Hand: weil das Geldkapital nicht wie das Realkapital einem unmittelbaren, unabwälzbaren Zwangsangebot unterworfen ist. Niemand wird durch die Natur seines Kapitals gezwungen, das Geld zu verleihen. Kann man doch das Geld ohne Unkosten aufbewahren. Kann man heute keinen Zins ausbedingen, so schließt man das Geld einfach wieder ein. Denn das Geldkapital ist unverwüstlich. Seit mehr als 30 Jahren lagern in Spandau in einem Erdloch 100 Millionen, und nicht ein Pfennig ist davon verloren gegangen. Von den Sorgen des Realkapitalisten ist mit der Einführung des herkömmlichen Geldes nichts auf den Geldkapitalisten übergegangen. Ich habe diese Realkapitalien vor den fünf Sinnen des Lesers vorbeidefilieren lassen; er weiß, was es für Dinge sind. Nun vergleiche er diese Real-

kapitalien mit dem Gelde, dann wird er wissen, warum der Zins beim Gelde selbstverständlich ist und beim Realkapital nicht.

Noch deutlicher wird der Kontrast zwischen Real- und Geldkapital jedoch hervortreten, wenn wir uns beide Kapitalien dem Einfluß einer Vermehrung ausgesetzt denken. Nehmen wir an, durch irgend ein Ereignis erführe das Realkapital eine Verdoppelung. Was wäre die Folge? Natürlich doppelt starkes Angebot bei Anleihen und eine entsprechende Verschiebung in den Bedingungen der Anleihe (und des Lohnes).

Die gleiche Annahme beim Geldkapital hätte einfach einen Preisfall des Geldes den Waren gegenüber zur Folge, jedoch auf den nackten Zins, auf die Bedingungen der Anleihe wäre ein solches Ereignis ohne Einfluß. Man könnte den Vorrat an Gold, Silber oder Papiergeld um das 10-, 100- und 1000fache vergrößern, von diesem Vorrat würde niemals ein Heller zinsfrei ausgeliehen werden.

Als mit der Entdeckung Amerikas Europa mit Geldmetall überschwemmt wurde, blieb der Zins; als John Law Papiergeld nach Wunsch des Volkes ausgab, blieb der Zins; als Marat die Zügel der Assignatenfabrikation in die Hand nahm, blieb der Zins; als die kalifornischen Abenteurer die Geldfabrikation der Welt beherrschten, blieb der Zins. Als man in Deutschland in dem eroberten französischen Golde schwelgte, blieb der Zins; als man in Argentinien in Papiergeld schwelgte, blieb der Zins; jetzt da man in Mexiko in Silbergeld schwelgt, bleibt der Zins. Kurz, man kann das heutige Geldkapital behandeln und mißhandeln wie man will, Zins wird es unter allen Umständen abwerfen.

Unter allen überhaupt denkbaren Verhältnissen bleibt der Zins ein selbstverständlicher Begleiter des herkömmlichen Geldes.

Das ist eine Tatsache, die sich nicht bestreiten läßt, und diese Tatsache wollen wir jetzt als Grundlage benutzen, um das Verhältnis zwischen Geld- und Realkapital zu beleuchten.

Ich will, der allgemeinen Ansicht entgegen, den Nachweis erbringen, daß nicht der Geldzins sich dem Zins der Realkapitalien anpaßt, sondern daß umgekehrt der Zins der Realkapitalien voll und ganz vom Geldzins beherrscht und begrenzt wird. Ich will zeigen, wieso, wenn der Geldzins selbstverständlich ist, auch das Realkapital stets und unter allen Umständen Zins abwerfen muß. Ich will beweisen, daß die nackte sogen. Mehrwertrate, auch wenn sie vom Realkapitalisten, vom Unternehmer erhoben wird, weiter nichts als gemeiner Geldzins ist, nichts als ein Tribut, den das Geld für die Vermittlung des Warenaustausches erheben und auf alle Fälle erpressen kann.

Zunächst erinnere ich daran, daß mit der Ausbreitung und Vertiefung der Arbeitsteilung der Tausch und damit auch das Geld immer unentbehrlicher wird. Der unmittelbare Tausch, der sogen. Tauschhandel, ist heute für alle Waren so gut wie ausgeschlossen, und damit ist die Übergabe der Ware an den Handel, an den Kaufmann, zu einem materiellen Zwang geworden. So gut wie alle Waren werden heute kaufmännisch verhandelt. Der Kaufmann übernimmt die Produkte der Arbeitsteilung, die Waren, er bezahlt den Produzenten mit Geld und verkauft die Waren an den Konsumenten gegen Geld.

Die Kreditverkäufe werden wir später bei Ermittelung der Zinsgrenzen besprechen.

Der Kaufmann muß also den Geldbetrag der Waren vorschießen, denn zwischen Kauf und Verkauf liegt Zeit. Der Kaufmann diskontiert die Waren, ähnlich wie die Bank die Wechsel diskontiert. Da aber **selbstverständlich** niemand Geld ohne Zins vorschießt oder verleiht, so ist es klar, daß der Kaufmann den Austausch der Waren von einer entsprechenden Zinsvergütung abhängig machen wird.

In den Handel wird also keine Ware aufgenommen, die nicht eine Zins-Belastung verträgt.

Ob dieser Zins dem Konsumenten im Preise zugerechnet oder dem Produzenten (Arbeiter) im Lohne abgerechnet wird, ist gleichgültig — da die Produzenten gleichzeitig Konsumenten sind.

Das heißt: Der Preis, den der Kaufmann nach Lage der Verhältnisse für die Waren zu erlangen hofft, muß unter allen Umständen ausreichen, um den Lohn des Arbeiters zu bezahlen und um den Geldvorschuß zu verzinsen. Daneben muß der Preis natürlich noch eine Entschädigung für die Arbeit des Kaufmannes abwerfen. Betrachten wir den Detailpreis der Ware als den Reallohn des Arbeiters, so geht von diesem Lohne als erster und eherner Bestandteil der sogen. Mehrwertrate (Unterschied zwischen Detailpreis und Lohnausgaben) der Zins des kaufmännischen Geldvorschusses ab. Von dem Reallohne des Arbeiters zieht der Kleinhändler dem Großhändler, der Großhändler dem Unternehmer, der Unternehmer dem Arbeiter den Zins ab.

Kann der Zins nicht aus dem bestehenden Verhältnis zwischen Detailpreis und Lohnausgaben herausgeschlagen werden, so wird der Handel, die Vermittlung des Geldes abgelehnt und der Arbeiter feiert, wenn er es nicht für vorteilhafter hält, in seinen Lohnansprüchen dem Zins Platz zu verschaffen.

Es ergibt sich aus diesem Verhältnis, daß alle in den Handel aufgenommenen, vom Gelde konfirmierten, vom Gelde zu Rittern des Kapitals geschlagenen Waren an sich Kapital sind, d. h. es sind Waren, deren Marktverhältnisse vom **Gelde** als Tauschvermittler im Voraus so vorbereitet wurden, daß der zu erwartende Erlös neben allen anderen Spesen auch noch den üblichen Zins decken kann. Das Geld ist also der eigentliche Quartiermacher des Warenkapitals.

Kapital kann nur gegen Kapital ausgetauscht werden; wenn also die Waren gegen Geld, das an sich Kapital ist (d. h. das Geld hat die Macht, Zins zu erheben) ausgetauscht werden sollen, so müssen die Waren erst zu Kapital gemacht werden.

Nehmen wir an, der Staat beabsichtigt eine monopolisierte Ware — Salz z. B. — zu einem festen Preise zu verkaufen. Wie kann er das erzwingen. Unzweifelhaft nur in der Weise, daß er die Produktion der Nachfrage anpaßt, die sich zu dem festgesetzten Preise einstellt. D. h. der Monopolist erreicht den gewünschten Preis durch Beherrschung der Produktion. Ganz gleich verlaufen die Sachen beim allgemeinen Austausch der Waren, den das Geld vermittelt und beherrscht. Wie das Salz notwendigerweise die für die Erzielung des festgesetzten Preises nötigen Marktverhältnisse vorfindet, so finden auch regelmäßig die im Handel aufgenommenen Waren das Terrain für die Zinsforderung vorbereitet.

Die vom Handel aufgenommenen Waren sind also auf alle Fälle Kapital, weil das Geld Kapital ist, und das Geld ist Kapital, weil es den Warenaustausch monopolisiert, beherrscht und nach Bedarf beschränken und unterbrechen kann.

Wenn aber die Waren nur als Kapital zirkulieren können, so müssen notwendigerweise auch die Produktionsmittel Kapital sein, denn die Produktionsmittel sind ja alle aus Waren entstanden (Land- und Naturprodukte natürlich ausgenommen). Das sogenannte flüssige Kapital, nämlich das, was mit dem geliehenen Gelde heute gekauft wird, ist heute notwendigerweise Kapital, und das immobilisierte Kapital — also Fabriken, Werkzeuge, Maschinen — ist durch Verarbeitung von flüssigem Kapital entstanden. Wer würde aber ein Warenkapital zu Maschinen usw. verarbeiten, wenn die Maschinen nicht auch Kapital wären und den gleichen Zins erheben könnten, den die Ware und das Geld erheben kann. Also, weil das Geld an sich Kapital ist, muß auch die Ware Kapital sein, und weil die Ware Kapital ist, müssen auch sämtliche Produktionsmittel Kapital sein.

Wir sehen manchmal, daß während einer Krise Unternehmer auch ohne Kapitalzins weiterarbeiten. In diesen Fällen sind die Produktionsmittel solcher Unternehmer kein Kapital mehr. Diese Ausnahmen brauchen keine Erklärung, denn sie sind durch die Krise erklärt.

Die Errichtung neuer, die Unterhaltung und Erweiterung der bestehenden gewerblichen Unternehmungen wird begrenzt von der Rentabilität, und unter Rentabilität ist der Zins zu verstehen, den das gleiche Quantum baren Geldes eintragen würde.

Keinem Arbeiter werden daher Produktionsmittel zur Verfügung gestellt werden, wenn er sich keinen Lohnabzug gefallen lassen will, der das von ihm besetzte Kapital verzinst, denn nur unter dieser Voraussetzung hat der Unternehmer sein Geld in die Produktionsmittel „gesteckt".

Wie das Geld die Warenerzeugung den für die Erhebung des Zinses nötigen Absatzverhältnissen anpaßt bezw. beschränkt, so beschränkt auch wieder das Geld die Konkurrenz der Unternehmer den Arbeitern gegenüber so weit wie nötig, um den Zins des Unternehmens von den Produkten der Arbeiter abziehen zu können.

Genau wie die kaufmännische Profitrate, so enthält auch der Unternehmergewinn den Zins des in das Unternehmen „gesteckten" Geldes als ehernen Bestandteil, als Grundlage aller Berechnung, als selbstverständliche Voraussetzung jeder industriellen Gründung.

Das industrielle Kapital, welches der Arbeiter in der Fabrik besetzt, kann man als einen Geldvorschuß des Unternehmers betrachten, der in der Maschinenanlage usw. ein Pfand dieses Vorschusses behält und der die Abnutzungsprämie und den Zins dem Arbeiter an seinen Produkten abzieht. Wenn wir vom Bodenkapital absehen, so ist das ganze industrielle Kapital ein Geldkapital, denn es ist mit Geldkapital gekauft, getauscht, zusammengestellt, zusammengetragen worden. Am besten geht das aus dem ersten Blatte des Hauptbuches jedes Unternehmens hervor; dort ist das Gründungskapital mit einer Summe Geldes angegeben. Im Anfang war das Geld, und das Geld wurde zu einer Fabrik, und die Fabrik war das Geld.

Daß die Tätigkeit der Kapitalisten im allgemeinen, der einfachen Geldverleiher sowohl, wie der Kaufleute und Unternehmer sich auf einen Geldvorschuß beschränkt, hat auch u. a. Karl Marx erkannt und es wiederholt mit anerkennenswerter Deutlichkeit ausgesprochen. (S. Bd. I S. III—138. 154—173—186 usw.)

Marx war aber so vollkommen vom Glauben beherrscht, Ware und Geld seien völlig ebenbürtige Größen, daß er dieser Beobachtung nicht nur keine weitere Bedeutung beimaß, sondern daß er die Unebenbürtigkeit dieser beiden Dinge selbst

dort nicht wahrnimmt, wo er sie selbst entschleiert. So sagt er Bd. 1 S. 110: „Geld, das dazu bestimmt wird, Ware zu kaufen, um sie zu verkaufen, verwandelt (!) sich in Kapital, wird Kapital und ist schon seiner Bestimmung (!) nach Kapital.“ So sei es. Aber, so hätte sich hier Karl Marx fragen müssen: Auf wessen Kosten verwandelt sich das Äquivalent in Kapital? Doch ganz allein auf Kosten der Ware, die er noch eben dem Gelde als völlig ebenbürtige Größe zur Seite gestellt hat. Sieht das nicht aus wie ein Ochse, der aus dem Geschirr auf den Wagen springt, die Peitsche ergreift und auf seinen Gefährten einhaut! Außerdem gehört wohl noch etwas mehr dazu als das Wort des Besitzers, um einem Ding, mir nichts, dir nichts, die Eigenschaft zu verleihen, sich anderen Größen gegenüber als Kapital zu erweisen. Wenn der Wunsch, einen Profit einzuheimsen, genügt, um irgend ein aus dem Verkehr gerissenes Ding, sagen wir einen Besen, zu Kapital zu machen, so wundert man sich, daß nicht alles und jedes „zu Kapital bestimmt“ wird. Aber, heißt es: Das geht nicht an, ein Ding kann nur auf Kosten der anderen Kapital sein. Ganz recht, aber diese Einwendung beantwortet die Frage nicht, warum sich gerade das Geld und nicht der Besen nach dem Willen des Besitzers in Kapital verwandeln kann. Das Geld muß also Eigenschaften haben, die die Wünsche seines Besitzers unterstützen, Eigenschaften, die den Waren im allgemeinen abgehen, sonst ist die Sache unerklärliche Hexerei. Unter Äquivalenten gibt es kein Kapital.

Marx bestimmt ein Geldstück A dazu, sich der Arbeitskraft B gegenüber als „Kapital“ zu erweisen. Aber B sieht in A sein „Äquivalent“ und hegt den dreisten Wunsch, dasselbe Kunststück A gegenüber zu versuchen.

Daß ihm das nicht gelingen wird, wissen wir. Aber warum nicht, wenn beides, A und B, ebenbürtige Größen sind? Ja, aber der Besitzer von A kann warten, das Geld läuft nicht fort, während B, die Arbeitskraft, eine gar vergängliche Sache ist. Der Besitzer der Arbeitskraft muß seine Ware verkaufen unter Strafe, sie zu verlieren, während der Besitzer des Geldes verlustfrei ausgeht. Ganz recht, aber dann sind A und B doch keine Äquivalente, wenn B unter Verkaufszwang steht, A aber nicht. Geben wir dem Kapitalisten statt des Goldes solche Dinge in die Hand, die der Besitzer von B mit dem Lohngeld kauft, z. B. Salat, Kartoffeln, Brot usw., Dinge, die ebenso vergänglich sind wie die Arbeitskraft selbst — ob da noch der Wunsch (!) und die Bestimmung (!) des Besitzers dieser Sachen genügen würden, um diese in „Kapital“ zu verwandeln?

Ein Geldstück kann sich einem andern Geldstück gegenüber nicht als Kapital aufspielen, auch wenn sein Besitzer es zu dieser Rolle bestimmt. Warum nicht? Weil beide Geldstücke vollkommene Äquivalente sind. Aus demselben Grunde aber ist Geld, das sich der Ware gegenüber in Kapital verwandelt, nicht gleichzeitig Äquivalent dieser Ware. Das hätte sich Marx auf S. 110 des ersten Bandes sagen müssen, dann hätte seine Untersuchung vielleicht einen anderen Weg eingeschlagen.

Wenn man das Größenverhältnis zwischen Geldkapital und Realkapital (Häuser, Fabriken, Eisenbahnen, Waren, Vorräte, Vieh usw. usw.) betrachtet und sich sagen muß, daß der Riese nur deshalb Zins abwirft, weil der Zwerg es befiehlt, so erkennt man erst, welche Macht in den Geldprivilegien steckt, diesen Privilegien, von denen wohl jeder fabelt, deren Ursprung und materielle Unterlage aber nur wenige zu untersuchen sich veranlaßt gesehen haben.

Das kolossale Mißverhältnis zwischen diesen Größen, und der Umstand, daß in den meisten Ländern das Geldkapital noch obendrein nur aus einem stinkenden Haufen klebrig-schmutziger Zettel besteht, ist die Ursache, warum man im allgemeinen dem Geldwesen so wenig Beachtung schenkt.

So sagt z. B. Dr. Knut Wicksell in seiner Schrift: Geldzins und Güterpreise: Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß noch in der Gegenwart viele, selbst der hervorragendsten Nationalökonomen ohne eine wirkliche, logisch durchdachte Theorie des Geldes dastehn, ein Umstand, welcher der modernen Diskussion auf diesem Gebiete selbstverständlich nicht besonders förderlich gewesen ist.

Aus der Größe dieses Mißverhältnisses erwachsen auch die meisten Zweifel an der Wirksamkeit der Geldreform, die sich rühmt, allein für sich das gesamte mobile und immobile Kapital, mit alleinigem Ausschluß des Grundkapitals derart zu beeinflussen, daß es nach und nach die Macht einbüßt, Zins zu erheben.

Und doch, wie mancher von denen, die sich durch das genannte Größenverhältnis verblüffen lassen, hat nicht schon einer Parade auf dem Tempelhofer Felde beigewohnt, wo ein winziges Männlein mit einem Zeichen seines fast unsichtbaren Spießes eine ungeheure, dunkle Masse in Bewegung setzt, die mit dröhnendem Schritte den Erdboden erschüttert.

Und wie mancher hat schon viel größere Massen von Arbeitern feiern und arbeiten sehen, je nachdem das Produkt der Arbeit mit 100 oder 101 abgesetzt werden konnte? Ich persönlich habe in Buenos Aires 45 000 feiernde Arbeiter in den Straßen demonstrieren sehen, die nur deshalb ohne Brot und Arbeit waren, weil der Präsident die Aufrechterhaltung der auf eine allgemeine Herabsetzung der Preise zugespitzten Währungsgesetze proklamiert hatte. Es genügte dann, daß eine Revision genannter Gesetze in Aussicht gestellt wurde, um alle Fabriken wieder zu öffnen. Wer die Macht besitzt, durch Einziehung von Geld eine Baisse und durch Ausgabe von Geld eine Hausse zu erzwingen, der hat auch die Macht, ähnlich dem General auf dem Paradefeld, der gesamten industriellen Tätigkeit Halt oder Vorwärts zu kommandieren. Ich selbst mache mich anheischig, bloß mit den verkrüppelten Befugnissen der Reichsbank in kürzester Zeit die Kaufleute und Unternehmer zur Verzweiflung zu bringen, die Arbeiter aufs Pflaster zu werfen, die Eisenbahnzüge anzuhalten, die Gruben zu ersäufen, um dann acht Tage, nein 48 Stunden darauf den tollsten Boom, den die Welt gesehen, in Szene zu setzen. Kurz, ich mache mich anheischig, auf Kommando Boom und Krise in gewünschter Reihenfolge vom Stapel zu lassen. Und dabei ist die Macht der Reichsbank gegenüber der Geldreform als ein verkrüppeltes Zwerglein anzusehen, denn während die Reichsbank in jeder Privatgeldreserve des In- und Auslandes, ja sogar in jedem Goldgräber einen Konkurrenten besitzt, der die Wirksamkeit ihrer Manöver, wenn nicht zu durchkreuzen, so doch zu erschweren vermag, wird mit der Geldreform die staatliche Emissionsbank absolute Beherrscherin des Geldmarktes. Niemand, weder die Goldgräber, noch Privatreserven im In- und Ausland werden unter der Geldreform die absolute Macht der Emissionsbank einschränken — denn die Geldreform löst alle Privatreserven auf, sie entzieht den Goldgräbern die Emissions-, den Ausländern die Interventionsrechte.

In der Behauptung, daß das gesamte, nach hunderten von Milliarden zählende Kapital vom Gelde beherrscht wird, daß das gesamte Kapital Zins abwerfen **muss**, bloß weil das herkömmliche Geld **selbstverständlich** Zins erheben und nötigenfalls erpressen kann, liegt also durchaus nichts Absonderliches. Absonderlich ist diese Behauptung nur für diejenigen, die, je mehr sie von Geldprivilegien sprechen, fabeln, schwatzen, desto weniger mit diesen Privilegien rechnen.

Trotz der Tiefe der Auffassung, die Proudhon an zahlreichen Stellen seines bereits erwähnten Briefwechsels mit Bastiat über die Rolle des Geldes durchblicken läßt, wußte er doch nur wie alle anderen über das Wesen der Geldprivilegien zu fabeln. Er sagt z. B. S. 121: „Ganz anders würde es sein, wenn Gold und Silber

nur gewöhnliche Waren wären; wenn man den Besitz von Talern nicht höher anschlüge als den Besitz von Getreide, Wein, Öl oder Leder; wenn die einfache Fähigkeit, zu arbeiten, dem Menschen die gleiche Sicherheit böte, wie der Besitz von Geld. Unter jenem Monopol der Zirkulation und des Tausches wird der Zins für den Kapitalisten eine Notwendigkeit."

Welcher Kontrast! Auf der einen Seite der leidenschaftlichste Kampf gegen die Wirkungen der Geldprivilegien, und hier die liederlichste, nachlässigste Gleichgültigkeit gegenüber dem Wesen dieser Privilegien. Warum sind denn Gold und Silber keine gewöhnlichen Waren? Warum werden sie höher angeschlagen? Warum geht denn dieser höhere Anschlag nicht einfach in den Preis des Goldes über, — wie das doch bei jeder anderen Ware geschieht. die höher angeschlagen wird?

In den vorangehenden Ausführungen habe ich mich bemüht, diese Geldprivilegien ans Tageslicht zu ziehen. Aber das gewonnene Bild erscheint in den Umrissen noch sehr verschwommen, und ich will jetzt versuchen, das Bild in schärfere Linien einzufassen.

Es fragt sich nämlich, wodurch der Zins begrenzt wird, warum der Kapitalist sich in der Regel mit 3 bis 4 Proz. begnügen muß, warum das Geld, welches den Austausch der Waren nach Wunsch vermitteln und unterbrechen kann, für die Vermittlung nicht $^1/_4$ oder gar die Hälfte als Tribut verlangt. Je mehr, desto besser muß es doch hier wie überall heißen.

Die Konkurrenz der Geldverleiher zur Erklärung dieser Tatsache heranzuziehen, ihr (wie es in der Regel geschieht) einen regulierenden Einfluß auf den Zins beizumessen, geht nicht an, weil ein solcher Einfluß durch die Reaktion in den Warenpreisen sofort neutralisiert wird. Denn wächst auch das Angebot bei Darlehen über das gewöhnliche Maß, etwa durch die Emissionen der Notenbank, oder durch die Emissionen der Goldgräber, oder einfach durch den Import fremden Geldes, durch die Heranziehung vergrabener Reserven, so steigen sofort die Warenpreise, und das erhöhte Preisniveau verschlingt das ganze Mehr der Darlehen, so daß für Darlehen nicht mehr übrig bleibt als ehedem. Braucht ein Unternehmer Rohstoffe, Maschinen usw., so hängt es von den Preisen ab, wieviel Geld er borgen muß. Wird der Geldbedarf der Unternehmer mit neuem Geld gedeckt (Emissionen, Goldfunde), so steigen die Preise und es steigt auch gleichzeitig die Summe, die der Unternehmer braucht. Statt 1000 Mk. muß er 1500, 2000 Mk. borgen — so daß trotz vermehrten Geldbestandes kein Pfennig mehr für Darlehen verfügbar bleibt. Das Verhältnis vom Angebot zur Nachfrage bei Darlehen läßt sich also durch Geldproduktion nicht ändern. Ich habe vorhin genug Beispiele aus der Währungsgeschichte aller Länder angeführt, aus denen wir ersehen können, daß eine vermehrte Konkurrenz unter den Geldkapitalisten noch **niemals** den Zins hat herabsetzen können. Im Gegenteil, die Erfahrung zeigt, daß vermehrtes Geldangebot, wenn auch nicht den reinen Zins, so doch den Zinsfuß regelmäßig heraufdrückt. Es gibt kein besseres Mittel um den Zinsfuß heraufzutreiben, als eine stetige Vermehrung des Geldumlaufes, als eine stetige Vergrößerung in der sogenannten Konkurrenz der Geldverleiher.

Soll jedoch die Konkurrenz der Geldverleiher ohne Einfluß auf die Warenpreise bleiben, so muß sie sich darauf beschränken, **die aus der Zirkulation einlaufenden Gelder**, die verfallenen und einkassierten Wechsel, Schuldscheine, Dividenden, Renten usw. usw. wieder in Umlauf zu setzen. Im normalen Verlauf der Dinge bleiben ja auch die dar-

geliehenen Gelder auf diese Summen beschränkt. Man verleiht tatsächlich immer nur die fällig gewordenen, vom Schuldner dem Umlauf entnommenen Gelder. Im normalen Verlauf der Dinge wird kein Dollar angeboten und der Zirkulation übergeben, der nicht vorher der Zirkulation entzogen wurde. Man berieselt den Markt mit dem Gelde, das man durch Entwässerung dem Markte entnommen hat.

Kann man unter solchen Verhältnissen nun von einer Konkurrenz der Geldkapitalisten reden? Die Konkurrenz von außen treibt die Warenpreise hoch und läßt den Zins unberührt, die von innen jedoch vermag nur Löcher auszufüllen, indem sie neue Löcher gräbt. Soll mehr Geld leihweise angeboten werden, so muß vorher entsprechend mehr Geld dem Verkehr entzogen werden — anders geht die Sache nicht. Es verhält sich hier genau wie mit einem Teiche, dessen Wasserspiegel dadurch gehoben werden soll, daß man das Saugrohr einer Pumpe in den Teich leitet und das geförderte Wasser dem Teiche wieder zuführt. Stellen wir, um den Zins herabzudrücken, eine doppelte Anzahl Sparer und Geldkapitalisten an, so ist der Erfolg genau derselbe, wie wenn wir, statt mit einer Pumpe, den Wasserspiegel des erwähnten Teiches durch die Konkurrenz von 2, 5 und 100 Pumpen zu heben versuchten.

Ich beobachtete einst einen biederen Basken, der sich mit beiden Füßen auf sein gestürztes Maultier stemmte und es dadurch aufzurichten suchte, daß er es mit aller Kraft am Schwanze zerrte. Der gleichen Hilfe, die dem Maultier hier zuteil wurde, erfreuen sich die Borger durch die Konkurrenz der Kapitalisten.

Es gibt daher keine Konkurrenz bei Gelddarlehen, denn sie ist sachlich unmöglich.

Dies ist auch die tiefere und letzte Ursache, warum die Diskontopolitik der Emissionsbanken weder den Zins noch die Preise zu regulieren vermag, warum alle auf eine bloße Reform der Diskontopolitik gestützten Feldzüge gegen den Zins (die Nationalbank Proudhons, die freien Banken Bastiats, die Vorschläge Flürscheims) zur Assignatenwirtschaft oder zum Bankrott führen müssen.

Wo aber die Konkurrenz fehlt, da richtet sich die Forderung schließlich nur mehr danach, was der Abnehmer allenfalls noch zahlen kann oder zahlen will, und in dem Zins, d. h. dem reinen Zins, haben wir somit nicht die Minimalgrenze des Zinses zu erblicken, die durch die Konkurrenz der Geldkapitalisten gezogen wurde, sondern die

Maximalgrenze des Zinses,

den die Geldkapitalisten durch Unterbrechung des Warenaustausches überhaupt noch erpressen können. Genau wie der Preis einer patentierten, konkurrenzlosen Ware oder eines Grundstückes nach dem in Geld umgerechneten Nutzen, den der Käufer erwartet, berechnet wird, und nicht durch die von den Produktionskosten gezogene Grenze der Konkurrenz.

Es fragt sich nun, welche Kräfte oder Dinge dem Zins die Grenze nach oben ziehen? Mancher wird hier gleich an den famosen ehernen Lohn des Tagelöhners denken, oder an den Grenznutzen, der aus dem in Realkapital umgesetzten Geldkapital erwartet werden kann. Aber dieser sogenannte eherne Lohn hat sich doch im Schmelztiegel der Erfahrung als allzu reich an organischen Stoffen erwiesen, um noch zu den Mineralien gerechnet werden zu können. Und den Grenznutzen des Realkapitals mit 4 Proz. zu berechnen, heißt doch den Nutzen der Realkapitalien lächerlich gering einschätzen.

Dennoch muß die Grenze des Zinses durch irgend einen Grenznutzen gezogen werden, denn anders läßt sich die Maximalgrenze des Zinses nicht finden. Nur liegt dieser Nutzen viel näher, als wo wir ihn eben suchten. Wir schweiften in der Ferne und suchten den Nutzen des Geldes in dem Nutzen der Realkapitalien, die man mit dem Gelde kaufen kann, während dieser Nutzen im Gelde selber steckt. Wir müssen den Grenznutzen des Geldes im Tauschmittel, nicht im Realkapital suchen. Wenn das Geld uns nicht als Tauschmittel nützlich wäre, wie ließe sich dann das Dasein des Geldes erklären? Die Produzenten verzinsen doch das Geldkapital nicht zum Vergnügen. Es ist der Nutzen, den man aus dem Gelde als Tauschmittel zieht, der dem Verkehr das Geld aufzwingt. Diesen Nutzen des Geldes haben die Zinstheoretiker, haben überhaupt die Nationalökonomen in ihren Studien ganz vergessen. Keiner verweilt einen Augenblick bei der Frage: Wie groß mag dieser Nutzen sein, wer kassiert die diesem Nutzen entsprechende Gegenleistung ein?

Die Sparer oder Geldkapitalisten haben es in der Hand, die täglich fällig werdenden Gelder dem **Verkehr zurückzugeben oder es nicht zu tun;** von ihnen hängt es also ab, ob die Produzenten und Besitzer von Waren sich beim Austausch ihrer Waren des Geldes bedienen können oder ob sie sich auf andere Weise behelfen müssen.

Folglich können die Sparer und Geldkapitalisten eine Leistung von den Produzenten fordern, und zwar wird diese Leistung dem Höchstmaß des Nutzens entsprechen müssen, der aus der Benutzung des Bargeldes beim Austausch der Produkte erwächst, da, wie wir gesehen haben, eine Konkurrenz unter den Geldkapitalisten unmöglich ist.

Mit andern Worten:

Der Grenznutzen, der aus der Benutzung des Geldes als Tauschmittel gezogen werden kann, liefert die Maximalgrenze des nackten Zinses.

Man sagt oft, das Geld habe den Tauschhandel beseitigt. Das ist wahr nur soweit, als man unter Tauschhandel die roheste Form des Tauschhandels, die Bezahlung der Ware mit Ware, bezeichnet. Wenn wir aber den Warenaustausch unterscheiden in Handel, der mit bar Geld, und Handel, der ohne bar Geld vermittelt wird, und den ersten mit Geldwirtschaft und den zweiten mit Tauschhandel bezeichnen, so kann natürlich von einer völligen Beseitigung des Tauschhandels nicht mehr geredet werden. Es werden noch immer sehr viele Waren ohne Vermittlung des Bargeldes ausgetauscht, so namentlich im Außenhandel, der so gut wie gar kein Bargeld beansprucht.

Man hält den Tauschhandel überhaupt für viel schwerfälliger als er tatsächlich wohl sein mag und übersieht, daß die meisten unserer Handelseinrichtungen (Märkte, Warenhäuser, Stundung, Wechsel, Clearinghouses usw.) eher eine Ausbildung des Tauschhandels, als eine solche der Geldwirtschaft bedeuten. Denkt man sich zum Tauschhandel einen Kaufmann, der mit allen Produkten handelt (Warenhaus), so fällt dadurch allein schon die Hauptschwierigkeit weg, die ja darin bestehen soll, gerade den Mann zu finden, der mir meine Sachen abkaufen und mich mit der Sache bezahlen kann, die ich selber brauche, denn hier im Warenhaus findet er alles, was er braucht, den Käufer und Verkäufer in einer Person.

Wenn diese Art des Warenaustausches nicht weiter bestünde und

sich auch im Notfall nicht weiter ausbilden ließe, wenn die Waren ausnahmslos gegen Bargeld verkauft werden müssten, wenn es keinen anderen Ausweg gäbe, um die Waren an den Mann zu bringen, als deren Verkauf gegen Bargeld, so würde (bei dem Mangel an Wettbewerb unter den Geldverleihern) die Macht des Geldes und damit auch der Zins genau

bis zum Grenznutzen der Arbeitsteilung

hinaufreichen. Das heißt, der Zins, den die Geldkapitalisten und Sparer beanspruchen würden, wäre so hoch, daß die Produzenten sich fragen müßten, ob es nicht besser wäre, zur Urwirtschaft zurückzukehren, statt Waren zu erzeugen.

Wenn der Suezkanal der einzige Weg nach Indien wäre, so könnte die Verwaltung das Kanalgeld bis zum Grenznutzen des Handels mit Indien heraufschrauben. Jetzt bleibt der Tarif begrenzt durch den Wettbewerb der Kamele und des Kapweges.

Solange aber dem Austausch noch andere, wenn auch unbeholfenere Auswege (Umwege) zu Gebote stehen, kann natürlich der Geldzins nicht höher als bis zu dem Punkte steigen, wo jene Auswege den Wettbewerb eröffnen können. Darum ist aber auch der Geldzins weiter nichts als der in Geld umgerechnete Unterschied zwischen der Leistungsfähigkeit des Tauschhandels und der des Geldes.

Mit anderen Worten:

Durch den Zins wird das Bargeld auf das gleiche ökonomische Niveau aller übrigen Tauschmittel herabgesetzt.

Von öffentlichem Vorteil ist also das Geld heute nicht. Den Nutzen, den sein Gebrauch bietet, beanspruchen die Geldkapitalisten für sich. Es verhält sich mit dem Gelde genau so wie mit einer Eisenbahn, die für ihre Tarife nur den Wettbewerb der Lastwagen zur Richtung nimmt. Eine solche Bahn könnte man ohne öffentlichen Schaden entbehren.

Der Wege, um den Gebrauch des Geldes zu umgehen, gab es und gibt es mehrere. Man kann sich mit Wechseln behelfen, besonders bei größeren Summen, im Großhandel, als Reserven, überhaupt im Verkehr der Kaufleute unter sich. Der Wechsel ist ja immerhin ein plumpes Tauschmittel; er ist an Ort, Verfallzeit, Datum, Firma gebunden, seine Sicherheit steht der des Bargeldes nach, und wo man über Papiergeld verfügt, da ist die leichte Transportfähigkeit des Wechsels auch kein Vorzug mehr. Aber die Nachteile des Wechsels sind nicht unberechenbar große, und fordert der Geldkapitalist zu hohe Zinsen, so tritt der Wechsel in Wettbewerb. Ist Seide zu teuer, so nimmt man Wolle.

Die Agrarier sind immer bereit, der Börse, wie überhaupt dem Handel Steuern und Lasten aufzuerlegen. Sie sind wohl der Meinung, der Kaufmann trage diese Lasten persönlich. Sie würden daher auch staunen, wenn man ihnen vorrechnete, daß jede Belästigung des Handels, jede Steuer vom Kaufmann mit Kommission und Zins auf den Konsumenten genau ebenso abgewälzt wird, wie Zölle, Frachten, Verpackung, Risiko usw. Wer den Handelsprofit erhöhen will, braucht nur den Handel zu erschweren.

Noch mehr aber würden die Agrarier Augen und Mund aufreißen, wenn man ihnen vorrechnete, daß die Wechselsteuer unmittelbar den Kapitalzinsfuß erhöht und daß wegen der paar lumpigen Millionen, die diese kindische Steuer einbringt, der Staat für seine Schulden und der Agrarier für seine Hypotheken jährlich hunderte von Millionen mehr an Zins aufbringen müssen!

Und doch ist es zweifellos so. Belastet man den Weizen mit einer

Steuer, so steigen die Surrogate (Roggen, Hafer, Mais) im Preise, belasten wir dagegen die Surrogate, so steigt der Weizen im Preise.

Ebenso ist es hier. Wir besteuern mit der Wechselabgabe das erste und wichtigste Surrogat des allgemeinen Tauschmittels, des baren Geldes — folglich muß die Pacht des Bargeldes (der Zins) steigen. Wenn wir den Gebrauch der Wechsel, wie überhaupt aller Geldsurrogate durch Prohibitivsteuern unmöglich machten, so würde der Zinsfuß gleich alle Wuchergrenzen überschreiten. Der Grenznutzen der Arbeitsteilung wäre Eichstrich des Zinsfußes.

Man kann auch die verkauften Waren stunden, bis der Käufer mit eigenen Produkten zahlen kann. Das ist im Vergleich zur Barzahlung auch sicher ein plumpes Mittel, aber man kann sich doch im Notfall, wenn der Gebrauch des Geldes zu kostspielig wird, damit behelfen; man hat in diesem Notbehelf eine Waffe, um übertriebene Ansprüche der Geldkapitalisten zurückzuweisen. Im Großhandel, namentlich im Überseeverkehr, kommt dieses Hilfsmittel im größten Maßstab zur Anwendung, und hier muß der Geldkapitalist schon sehr bescheidene Ansprüche stellen, wenn sein Geld mit diesem Behelf des Handels konkurrieren soll.

Dann gibt es viele Fälle, wo es fraglich ist, ob die Arbeitsteilung, die Produktion von Waren, überhaupt noch von Nutzen ist. So namentlich in der Landwirtschaft und in den Hausindustrien der Frauen. Ein Bauer z. B. kann die Kartoffeln verkaufen und mit dem Gelde Fleisch kaufen; er kann aber auch die Kartoffeln selbst verfüttern. Ob er sich für ersteres entscheidet, hängt von einem Rechenexempel ab, in dem 1 oder 2 Proz. sehr oft den Ausschlag geben werden. Wird nun der Tausch durch die Zinsansprüche des Geldes um 1 oder 2 Proz. verteuert, so verzichtet der Bauer auf den Tausch und er behilft sich mit der direkten Verfütterung der Kartoffeln. An diese Grenze in der Rentabilität der Arbeitsteilung reicht ein bedeutender Teil der Produktion heran, besonders in Kleinbetrieben. Manche Arbeiter, besonders in Dörfern und kleinen Städten, vermögen viele ihrer Bedürfnisse durch eigene Produktion zu decken, sie können aber auch in Fabriken für den Markt arbeiten, und die Entscheidung, ob sie dieses oder jenes tun sollen, wird gar oft von einer geringen Differenz gegeben werden. Kurz, ein verhältnismäßig großer Teil der Produktion steht auf der Nutzengrenze der Arbeitsteilung, wobei noch zu beachten ist, daß gerade diese, aus den kleinsten Betrieben kommenden Waren nur mit Bargeld verhandelt werden.

Allen diesen auf dem Wege der Stundung und mittels Wechsel austauschbaren Waren, wie auch den Waren gegenüber, die auf der Nutzengrenze der Arbeitsteilung stehen, ist die Macht des Geldkapitals eine begrenzte. Bei einem sehr bedeutenden Teile der Produktion ist die Benutzung des Geldes zu umgehen, ja, wenn man den Freunden des Scheckwesens, des Systems der Abrechnungsstellen usw. Glauben schenken muß, so ließe sich sogar der weitaus größere Teil des Warenumsatzes mit Geldsurrogaten obiger Art vermitteln; was ich freilich persönlich für eine Übertreibung halte.

Ist nun der Vorteil, den das Bargeld als Tauschmittel gegenüber den oben erwähnten Hilfsmitteln des Handels bietet, eine ebenso konstante Größe, wie die des nackten Zinses? Wenn ja, dann ist die Erklärung für die überraschende Beharrlichkeit der Zinshöhe gefunden und die

Richtigkeit unserer Theorie, sowohl hinsichtlich der Ursache des Zinses wie auch in bezug auf die Grenzen des Zinses, nach allen Seiten hin erwiesen. Und mir scheint, daß wir es hier auch tatsächlich mit einer konstanten Größe zu tun haben. Dem Wechsel, der Stundung und auch dem direkten Tausche gegenüber hat das Bargeld seit jeher wohl immer die gleichen Vorzüge aufzuweisen gehabt wie jetzt; das heutige Geldwesen ist noch genau dasselbe wie vor 2000 Jahren, und es ist nicht einzusehen, durch welche Vorgänge im Handel die Vorzüge dieses Geldes gegenüber den anderen Hilfsmitteln des Warenaustausches größer oder kleiner werden konnten.

Die Sicherheit vielleicht ausgenommen; aber die veränderte Sicherheit des Wechsels kommt in der Risikoprämie und in einer entsprechenden Veränderung des Zinsfußes zum Ausdruck, so daß der Parallelismus nicht gestört wird.

Desgleichen können wir auch annehmen, daß der Umfang derjenigen Produktion, die auf der Nutzengrenze der Arbeitsteilung balanciert, verglichen mit der gesamten Produktion, eine konstante Größe ist, da diese Grenze mit der Arbeitsteilung zusammen sich erweitern oder verengern muß.

Beispiel: Zwei Städte sind durch mehrere Straßen verbunden, die eine davon, die gerade, ist um 5 Proz. kürzer als alle übrigen, so daß ihre Benutzung eine Ersparnis von 5 Proz. an Fracht bedeutet. Die gerade Straße ist Privateigentum, die anderen sind frei. Da nun die Fuhrleute zu den 5 Prozent Frachtersparnis noch die Annehmlichkeit der Zeitersparnis haben, so kann der Eigentümer ein Barrieregeld von 5 Proz. der Frachtkosten erheben und doch den gesamten Verkehr an sich reißen.

Über diese 5 Proz. hinaus kann jedoch das Barrieregeld nicht gehen, denn sonst werden die anderen Straßen benutzt, und unter 5 Proz. zu gehen ist nicht nötig, da die Konkurrenz fehlt. Und dieser Satz von 5 Proz. wird ewig der gleiche bleiben, ob auch sonst alle Verhältnisse ringsum sich ändern mögen.

So ähnlich verhält es sich mit dem Gelde, den Geldsurrogaten und dem Zins. Das Geld ist die gerade Straße für den Austausch der Produkte, alle übrigen Straßen (Geldsurrogate) sind länger, und der Zins sagt in Prozenten, wie viel länger sie sind. Da nun die gerade Straße, das Geld, seit seiner Einführung nicht an Geradheit eingebüßt hat und die Umwege, also die Geldsurrogate, nicht länger und krümmer geworden sind, so mußte auch das Barrieregeld, der Zins, immer gleich hoch bleiben.

In dieser rohen Form vermag dieses Beispiel natürlich nur die Maximalgrenze des Zinses zu illustrieren, für alle übrigen Erscheinungen im Zinswesen ist dieses Beispiel nutzlos. Um es für diese Zwecke verwenden zu können, müßte man das Eigentumsrecht auf die gerade Straße in Aktien zerlegen und diesen Straßenaktien den Charakter eines staatlich privilegierten Geldes (Tauschmittel) erteilen. Dann würden wir folgendes beobachten:

1. Der Staat erteilt den Straßenaktien gesetzlichen und materiellen Umlaufszwang, indem er alle Abgaben in solchen erhebt, auch alle Tarife (Post, Telegraph, Eisenbahn, Zölle) in Geld (also Straßenaktien) berechnet.

2. Da die Straßenaktien auf alle Fälle 5 Proz. an Dividenden abwerfen, so wird niemand Waren mit diesen Aktien kaufen, um damit zu handeln, wenn er nicht bestimmt weiß, daß er sie zu Preisen wieder absetzen kann, die ihn mindestens für den Dividendenverlust entschädigen werden. Gestatten die Warenpreise dieses nicht, so bleiben die Waren liegen (Überproduktion).

3. Die Besitzer der Straßenaktien werden keine Fabriken errichten, Arbeiter beschäftigen, d. h. Löhne zahlen, wenn sie nicht sicher sind, daß zwischen Lohnausgaben und Verkaufspreisen der Waren Raum für eine ausreichende Entschädigung ist für die durch die Veräußerung der Straßenaktien ihnen entgehenden Dividenden. D. h. die Arbeitskraft muß zu Preisen angeboten werden, die einen den Dividenden der Straßenaktien mindestens gleichen „Mehrwert“ abwerfen.

4. Wächst die Zahl der Fabriken (Produktionsmittel) und infolge davon auch die Nachfrage nach Arbeitern dergestalt, daß die Löhne jene durch die Dividenden-

entschädigung gezogene Grenze überschreiten, so ziehen die Inhaber der Straßenaktien es vor, die Aktien zu behalten, statt sie in Löhnen zu veräußern. Die Arbeiter feiern alsdann, oder setzen ihre Ansprüche herunter (Arbeitslosigkeit).

5. Wird der Arbeitslohn so tief herabgedrückt, daß mehr als 5 Proz. an Mehrwert herausgeschlagen werden kann, so treten die Geldsurrogate in Wettbewerb, und die Straßenaktienbesitzer müssen ihre Ansprüche herabsetzen, wenn sie nicht auch die Dividenden verlieren wollen (Geldüberfluß in den Depositenbanken).

Also Waren, Produktionsmittel, Arbeitskraft werden in Kapital verwandelt, weil das Tauschmittel, das Geld, die Straßenaktie an sich ein Kapital ist.

Zusammenfassung.

Ursachen des Zinses.

Der Zins ist bei Geldanleihen unter allen Umständen eine selbstverständliche Voraussetzung der Darlehen. Bei Naturaldarlehen ist der Zins weder selbstverständlich, noch Voraussetzung.

Der Zins ist selbstverständlich, weil das Geld keinem natürlichen Angebotszwang unterworfen ist (im Gegensatz zum Realkapital, das bedingungslos angeboten werden muß). Dieser Mangel eines Angebotszwanges gestattet dem Geldkapitalisten, dem Verkehr das Geld nach Belieben zu übergeben oder zu entziehen, während andererseits eine Konkurrenz unter den Geldkapitalisten sachlich nicht möglich ist und der Warenaustausch die Vermittlung des Geldes nicht ohne Nachteil entbehren kann.

In vielen Fällen, z. B. im Verkehr des Privatmannes mit dem Staat (Post, Telegraph, Eisenbahn, Schulgeld, Zölle, Steuern, Monopole, Domänen und Jagdpacht usw.) ferner auch im Verkehr mit völlig fremden Personen, zumal auf Reisen, ist der Gebrauch des baren Geldes gar nicht zu umgehen.

Das Realkapital wirft heute den gleichen Zins wie das Bargeld ab, weil seine Erzeugung vom Geldkapital abhängig ist, von ihm begrenzt und beherrscht wird. Es wird keine Fabrik gegründet, von der man nicht erwartet, daß sie mindestens den gleichen Zins abwirft, den das Geld vom Warenaustausch zu jeder Zeit erpressen kann.

Grenzen des Zinses.

Eine Konkurrenz besteht unter den Geldkapitalisten niemals und unter keinen Umständen. Sie ist materiell unmöglich. Infolge dieses eigentümlichen Umstandes muß der Zins regelmäßig an den Grenznutzen heranreichen, der aus der Verwendung des Geldes gegenüber den anderen Hilfsmitteln des Tausches erwächst. Der Zins mißt den Qualitätsunterschied, der zwischen dem Bargeld und den übrigen Tauschmitteln besteht. Wenn der Verkehr mit Wechseln auskommen könnte, würde niemand einen Wechsel gegen Bargeld diskontieren, denn in diesem Falle wären Wechsel und Bargeld als Tauschmittel ebenbürtige Größen.

Die überraschende Beharrlichkeit in der Zinshöhe findet ihre natürliche Erklärung in der gleichgroßen Beharrlichkeit des Qualitätsunterschiedes zwischen Bargeld und den übrigen Hilfsmitteln des Warenaustausches.

Unter Grenzen des Zinses ist natürlich hier nur derjenige Zins gemeint, den das Geld aus eigener Macht infolge seiner Überlegenheit den Geldsurrogaten gegenüber erheben kann. Das hindert aber nicht, daß der Zins aus anderen Gründen zeitweise diese Grenzen durchbrechen kann, denn der Elemente, die das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage beeinflussen, gibt es ja viele. Bis jetzt hat aber das Geld regelmäßig alle anderen Elemente übertrumpft.

Daß der Realkapitalzins den Geldzins nicht dauernd überschreiten kann, läßt sich auf folgende Weise (wie mir scheint) genügsam erklären:

Ein höherer Zinsertrag des Realkapitals als der Geldzins reizt natürlich zur Gründung neuer Unternehmungen, also zu einer Nachfrage nach Geld, und es entsteht dadurch die Neigung zu einer Erhöhung des Geldzinses. Der Geldzins kann aber nicht, nach unserer Theorie, einen bestimmten Stand übersteigen, ohne eine ausgedehnte Verwendung von Geldsurrogaten hervorzurufen, was wiederum eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus zur Folge haben muß. Eine allgemeine Preissteigerung erzeugt aber erfahrungsgemäß fieberhafte industrielle Tätigkeit (Einstellung der Arbeiterreserve, Tag- und Nachtschicht, Überstunden) und hat notwendigerweise steigende Produktionsüberschüsse zur Folge. Diese Überschüsse, die sich wieder in Produktionsmittel verwandeln, bedeuten an sich eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitern (10 Fabriken brauchen mehr Arbeiter als 9), also Lohnerhöhung. Diese Lohnerhöhung drückt dann den Zins des Realkapitals wieder auf die Grenze des Geldzinses hinab.

Die Probe auf das Exempel.

Ort: Ein geschlossener Handelsstaat; der Bequemlichkeit halber als Insel gedacht. Die Insel besitzt ein einziges Exemplar einer Baumgattung (z. B. Nußbaum). Um diesen Baum läßt der Staat eine Mauer errichten, die Früchte (Nüsse) werden monopolisiert und als Geld in Umlauf gesetzt. Der Staat verschafft diesem Gelde dadurch Umlaufszwang, daß er die Steuern nach „Nüssen" berechnet und in Nüssen erhebt und exekutorisch eintreibt. Also gesetzlicher Kurszwang. Dann werden die Produkte der Staatsdomänen (Holz, Salz, Wild, Eisenbahnfrachten, Telegraph, Post, indirekte Steuern, Schulgeld, Gerichtsbußen usw. usw.) und vornehmlich auch die Grundsteuer (bei durchgeführter Bodenreform) gegen „Nüsse" als Geld verkauft, und gleichzeitig der Umlauf und die Fabrikation von anderen Geldarten verboten, so daß alle Warenbesitzer auf den Gebrauch der Nüsse als Geld und Tauschmittel angewiesen sind. Also materieller Kurszwang. Das Tauschverhältnis zwischen Waren und Nüssen wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Viele Nüsse = großes Angebot von Nüssen = hohe Warenpreise; wenig Nüsse = kleines Angebot von Nüssen = niedrige Warenpreise.

I. Als Rechnungseinheit gilt zunächst **das Gramm**, d. h. die Nüsse werden gewogen und nach Gewicht verkauft. Die Rechnungen, Wechsel, Tarife, Steuerzettel lauten auf X Gramm Nüsse.

Den durch das Eintrocknen der Nüsse (Gewichtsabnahme) erwachsenden Verlust trägt der Inhaber; genau so wie heute der Inhaber der Waren den aus ihrer Aufbewahrung erwachsenden Verlust persönlich zu tragen hat.

Wer nun ein Kilo in Nüssen durch den Verkauf seiner Produkte einkassiert, der hat, wenn er die Nüsse nach einiger Zeit nachwiegt, nur mehr 950 — 900 — 850 usw. Gramm. Es kann also nicht daran gedacht werden, die Nüsse (das Geld) zu sparen. Wer Geld (Nüsse) eingenommen hat, sieht sich durch die Natur dieses Geldes gezwungen, sich desselben auf irgend eine Weise zu entledigen, und zwar sofort. Wer sparen will, muß dies auf irgend eine andere Weise tun; im Gelde selbst

findet er keinen Rückhalt mehr. Im übrigen steht es ihm frei, seine Ersparnisse nach Gutdünken anzulegen. Er kann ein Haus kaufen, Maschinen, Aktien, Vorräte erwerben, er kann auch das Geld anderen verleihen, indem er Wechsel, staatliche und private Schuldverschreibungen erwirbt. Er kann alles das verrichten, was man heute in der Regel mit dem Gelde tut.

Wir können wohl hier annehmen, daß der Grundbesitz gegen solches Geld nicht, oder nur zu Phantasiepreisen verkäuflich wäre. Im allgemeinen wird Ware gegen Ware, Kapital gegen Kapital vertauscht, Renten abwerfendes Land also nur gegen Zins tragendes Geld.

Nur eines kann er nicht. Die Ausnahmen in dieser Regel kann er nicht mitmachen. Er wird das Geld nicht infolge politischer oder wirtschaftlicher Konjunkturen auf unbestimmte Zeit dem Markte entziehen können, er wird das Angebot nicht deshalb, weil ihm der Zinsfuß nicht zusagt, verschleppen können. Sein Geld muß er unter allen Umständen immer wieder sofort in den Verkehr bringen, ganz einerlei ob Krieg in Aussicht ist, ob die Arbeiter um einer Lohnerhöhung willen streiken — der Umsatz des Geldes kann nicht vom Profit, Mehrwert, Zins abhängig gemacht werden. Der Zins ist keine selbstverständliche Voraussetzung jeder Anleihe.

II. Drehen wir den Spieß um. Als Rechnungseinheit gilt nicht das Gramm (Gewicht), sondern das Stück (die Zahl). Die Steuerzettel, Wechsel, Rechnungen, Preise lauten auf eine Anzahl Nüsse. Das Gewicht der Nüsse hat daher für den Inhaber keine Bedeutung mehr; die Nüsse gelten alle gleich — ob alt, ob frisch, ob leicht, ob schwer, es sind einfach Nüsse, genau so wie heute frische und alte Münzen gleich hoch geschätzt werden, genau so wie heute sich niemand daran stößt, daß die Silbermünzen nicht die Hälfte des ihrem Preise entsprechenden Silbers enthalten. Der Staat ersetzt die unbrauchbar gewordenen durch neue, und zwar kostenfrei für den Inhaber.

Der Verlust, der dem Inhaber sonst aus der Aufbewahrung des Geldes (Nüsse) erwuchs, fällt weg. Durch das Aufbewahren nimmt die Zahl der Nüsse nicht ab; eine heute durch den Verkauf von Waren eingenommene Summe ist noch nach Jahr und Tag genau die gleiche.

Resultat: Die Nüsse werden als die beste und sicherste Ware, die auf dem Markt zu finden ist, betrachtet, als Sparmittel angesehen und entsprechend behandelt. Wer Überschüsse macht, d. h. wem es gelingt, mehr Produkte zu verkaufen als er kauft, der behält den Unterschied in Form von Geld, und diesen Überschuß setzt er in Waren um, nur unter der Bedingung eines besonderen Vorteiles (Profit). Niemand hat noch einen Vorteil, solches Geld zinsfrei zu verleihen; kann man keinen Zins erheben, so behält man das Geld einfach zu Hause; der Zins wird zur selbstverständlichen Voraussetzung jeder Anleihe.

Die Nuß wird zum Kapital, sie zirkuliert nur noch als Kapital, der Kaufmann ersteht Waren, der Unternehmer bezahlt die Arbeiter nur unter der Bedingung, daß Ware und Arbeit zu Preisen abgesetzt werden können, die für den Geldvorschuß eine besondere Vergütung (Mehrwert) gewähren.

Im Falle I war die Nuß zwar Geld, aber als solches doch nicht besser, als die Waren im allgemeinen. Es war als Sparmittel nicht besser als irgend eine Ware; es diente ausschließlich seinem unmittelbaren Zwecke,

dem Warenaustausch. Es konnte niemals und unter keinem Vorwand dem Verkehr entzogen werden. Wie die Kartoffeln nicht deshalb dem Markte entzogen werden können, weil der Preis zu niedrig erscheint, so war auch das Sinken und der gänzliche Wegfall des Zinses kein Hindernis für das Angebot des Geldes bei Anleihen.

Im Falle II war die Nuß ebenfalls Geld, aber gleichzeitig eine Ware wie sie sonst auf dem Erdenrund nicht wieder zu finden ist, denn ihr Angebot konnte ohne Schaden für den Inhaber auf unbestimmte Zeit verschoben werden, während gleichzeitig die Nachfrage durch Gesetz gesetzlich verbürgt war. Wer mit dem Staatsbetrieb in Berührung kam, mußte sich vorher mit Nüssen versehen, aber bei dem Mangel an Angebotszwang (wie er im Falle I durch die Natur des Geldes herbeigeführt wurde) stand es dem Inhaber des Geldes frei, das Geld (Nüsse) anzubieten oder es nicht zu tun. Für eine Zwangsnachfrage war gesorgt, aber ein ausgleichendes Zwangsangebot fehlte. Der Bürger mußte seine Steuern mit Nüssen bezahlen; wo er diese herholen sollte, das war seine persönliche Sache. Mittelbar oder unmittelbar mußte er sich das Geld vom Kapitalisten oder Sparer holen. Dieser Mangel eines Angebotszwanges angesichts einer gesetzlich erzwungenen Nachfrage erhob das Nußgeld zu **Kapital**, d. h. es wurde nur unter der Bedingung der Zinszahlung (Profit, Mehrwert) angeboten.

Und so muß es sein, wenn eine Sache als Kapital sich anderen Waren gegenüber aufspielen will; sie muß den Zins zur Bedingung stellen und die Annahme dieser Bedingung erpressen können. Der Wunsch des Kapitalisten genügt nicht, wie es Marx glaubte; dieser Wunsch bleibt ein frommer Wunsch, wenn er nicht durch besondere Eigenschaften des Dinges unterstützt wird.

Keine Ware, kein irdischer Gegenstand, auch das Gold und Silber[1]) nicht, ist von Natur aus Kapital, aber auch das Geld ist von Haus aus kein Kapital, wenn es demselben natürlichen Angebotszwang unterliegt, dem die Waren im allgemeinen unterworfen sind. Das haben wir im Falle I gesehen. Um ein Kapital zustande zu bringen, müssen die Vorrechte des Geldes mit den eigentümlichen Vorzügen der Edelmetalle vereinigt werden. Ein „Kapital“ ist also ein Kunstprodukt. Besteht Freiheit im Angebot, gesetzlicher Zwang in der Nachfrage — so wird das Geld zum Kapital.

Es ist leicht, eine Maschine wieder in Gang zu bringen, wenn man weiß, wo der Schaden ist. Ebensoleicht ist es, das soziale Zinsproblem zu lösen, wenn das wissenschaftliche Problem erledigt ist. Und ich glaube, letzteres Problem mit der vorangehenden Untersuchung in seinen Hauptzügen gelöst zu haben.

Falls ein Verdienst darin liegt, so will ich doch die Ehre dieses Verdienstes nicht auf meinem heiteren Gemüte und Gewissen lasten lassen. Diese Ehre mag dem Manne zukommen, der einst den Ausspruch tat:

„Das Gold ist eine am Eingange zum Markte aufgestellte Schildwache, deren Losung lautet: Niemand wird durchgelassen.“

Denn mit diesen Worten hat Meister Proudhon das Zinsproblem im wesentlichen gelöst. Ihm mag also billigerweise die „Ehre“ erwiesen werden; sie schadet

---

[1]) Wenn Gold kein Geld wäre, so würde niemand Gold borgen. Seitdem das Silber entmünzt wurde, hat niemand mehr eine Silberanleihe gemacht.

ihm übrigens auch nichts mehr, denn er ist tot. Leider starb Proudhon, ehe er mit seinen Untersuchungen zu Ende war, aber jener Ausspruch zeigt deutlich, daß er der Lösung auf den Fersen war. Er brauchte sich nur noch die Frage vorzulegen: Warum unterbricht das Gold den Warenaustausch? um in der Antwort, die diese Frage geradezu herausfordert, den Ariadnefaden des Problems zu finden.

Zur Lösung des sozialen Zinsproblems, zur Beseitigung des Zinses als chronische, wirtschaftliche Erscheinung, brauchen wir an Stelle des herkömmlichen Geldes nur ein Tauschmittel einzuführen, das dem gleichen Angebotszwang unterworfen ist wie das Realkapital, so daß der Zins bei Darlehen nicht mehr eine selbstverständliche Voraussetzung ist. Das erreichen wir mit der Geldreform.

Der Angebotszwang, der in der Natur des Realkapitals fest begründet ist, wird mit der Geldreform auf das Geldkapital übertragen, so daß die natürlichen Verhältnisse, die zur Zeit des Tauschhandels obwalteten, wieder hergestellt werden, unter Umgehung der Schwierigkeiten, die diesem Handel anhaften. Der Tausch der Produkte wird alsdann nicht mehr davon abhängig gemacht werden können, daß diese Produkte Kapital bleiben und Zins abwerfen; eine künstliche Beschränkung des Warenaustausches im Interesse des Zinses wird nicht mehr möglich sein. Und aus demselben Grunde wird auch die Produktion von Produktionsmitteln nicht mehr davon abhängig sein, daß diese Produktionsmittel „rentieren“, also außer der Abnutzungsprämie noch Zins abwerfen.

Genau wie beim Tauschhandel wird auch unter der Geldreform eine allgemeine Überproduktion an Waren (Reserven an Arbeitern und an Arbeitszeit) sachlich unmöglich sein, und der Überschuß der Produktion über den Konsum wird nicht mehr die Türen der Fabriken versperren, sondern die der Sparer und Kapitalisten. Man wird, statt von einer Überproduktion an Waren, von einer Überproduktion an Kapital sprechen, und darüber werden nicht die Produzenten (Arbeiter) klagen, sondern die Kapitalisten.

Die Beseitigung des Goldes, sagt Proudhon, eröffnet den Waren unbegrenzten Absatz, der Arbeit unbegrenzte Gelegenheit.

12. Abschnitt. Die Bestandteile des Brutto-Zinses (Zinsfuss).

Den Zinsfuß zerlegt man ganz allgemein in:

1. den reinen Kapitalzins (Nettozins);
2. die Risiko-Prämie;

aber zeitweise enthält der Zinsfuß noch ein drittes Element, nämlich

3. eine Vergütung für einen erwarteten Preisfall des Geldes (Verlust an Kaufkraft), die man nicht unpassend mit Ristorno bezeichnen könnte.

Um die Natur dieses dritten Bestandteiles des Bruttozinses richtig zu erfassen, ist die Erkenntnis unerläßlich, daß zwischen einer allgemeinen Preissteigerung und einer Erhöhung des Zinsfußes ein innerer Zusammenhang besteht.

Wird eine allgemeine Preissteigerung erwartet, so wird die Aussicht

auf den zu erwartenden Gewinn natürlich die allgemeine Kauf- oder Anlagelust wecken, da ja jeder sich mit möglichst großen Beträgen an den zu erwartenden Differenzen beteiligen möchte. Wer über bares Geld verfügt und solches bisher in Darlehen verwertete, sucht selber das Geschäft zu machen, und die anderen, die mit geliehenen Geldern zu arbeiten pflegen, vergrößern ihre Ansprüche an die Geldinstitute bis zur Grenze ihres Kredites.

Mit dem gemessen, was mit dem erborgten Gelde erstanden wird, nimmt der materielle Inhalt der Geldschulden im gleichen Verhältnis zur Preissteigerung ab; man bezahlt am Verfalltage nominell die gleiche, materiell aber eine geringere Summe als die erhaltene zurück. Hat z. B. jemand für den Betrag eines diskontierten Wechsels Waren, Aktien, Grundstücke gekauft, die am Verfalltage 10 Proz. höher im Preise stehen, so kann er mit neun Zehnteln dieser Waren den Wechsel einlösen.

Es ist also klar, daß eine erwartete allgemeine Preissteigerung die Ansprüche an die Geldverleiher vergrößern muß und daß diese dadurch in die Lage versetzt werden, einen höhern Zinsfuß ausbedingen zu können.

Die Erhöhung des Zinsfußes ist somit darauf zurückzuführen, daß nach allgemeiner oder vorherrschender Ansicht eine Preissteigerung im Anzuge ist. Sie beruht in letzter Linie darauf, daß die Borger hoffen, sich ihrer Verbindlichkeiten mit einem Teil der für das geborgte Geld erstandenen Waren entledigen zu können.

Die Erhöhung des Bruttozinses kann man also ganz gut als eine Rückvergütung für den in der allgemeinen Preissteigerung bedingten Verlust an Kaufkraft des Geldes auffassen. Bedenkt man, daß die Geldverleiher sich vor diesem Verlust durch den Verkauf des Geldes (Ankauf von Waren, Aktien usw.) schützen können und daß sie auf dieses Auskunftsmittel nur deshalb verzichten, weil die Erhöhung des Zinsfußes sie teilweise wenigstens entschädigt, so wird es ganz klar, daß es sich bei der Erhöhung des Zinsfußes nur um eine Rückvergütung handelt, die mit dem Kapitalzins ebensowenig zu tun hat wie die Risikoprämie.

Natürlich wird dieses dritte Element des Zinsfußes sofort verschwinden, sowie die erwartete allgemeine Preissteigerung sich verwirklicht hat; nicht die eingetretene Preissteigerung, sondern die Erwartung einer solchen, die Hoffnung auf einen künftigen, noch nicht zur Tat gewordenen Preisunterschied reizt zum Kauf, zur Anlage des Geldes, und bewirkt, daß die Ansprüche an die Geldinstitute steigen. Sowie die Hoffnung auf eine weitere Preissteigerung schwindet, fehlt auch der Reiz zum Kauf, und die Gelder kehren zur Bank zurück. Dann fällt der Zinsfuß; der Ristorno scheidet aus den Elementen des Zinsfußes aus. Selbstverständlich verschwindet bei einem erwarteten allgemeinen Preisrückgang sofort jede Spur eines Ristornos aus dem Zinsfuß.

Die Höhe des Ristornos richtet sich natürlich ganz nach dem Umfang der erwarteten allgemeinen Preissteigerung. Erwartet man eine sprungweise, schnelle und starke Preissteigerung, so werden die Ansprüche an die Geldinstitute auch gleich in dasselbe Tempo verfallen, und der Zinsfuß wird sprungweise, schnell und stark steigen.

Als man vor 4 Jahren in Deutschland (weil stark à la hausse spekuliert wurde) eine allgemeine Preissteigerung erwartete, stieg der Zinsfuß

auf 6 Proz.; kurz darauf erwartete man einen Rückschlag, und der Zinsfuß fiel auf 3 Proz. Den Unterschied können wir hier getrost auf Rechnung des Ristornos setzen. Heute, am 11. Dezember 1905, erhöhte die Reichsbank den Diskonto auf 6 Proz. und den Lombardzinsfuß auf 7 Proz. Und heute wie immer fällt diese Erhöhung des Zinsfußes zusammen mit einer allgemeinen und starken Preissteigerung. In Argentinien stand der Zinsfuß zeitweise auf 15 Proz., und zwar damals, als die unausgesetzte Vermehrung des Papiergeldbestandes alle Preise sprungweise in die Höhe trieb; nachher, als man anfing, das Papiergeld einzuziehen, fiel der Zinsfuß unter 5 Proz. Hier haben wir einen Ristorno von 10 Proz. zu verzeichnen. In Kalifornien gab es eine Zeit, wo 2 Proz. für einen Monat nicht als übermäßiger Zinsfuß betrachtet wurde. So sagt Henry George, und das war damals, als man in Kalifornien massenhaft Gold fand.[1])

Da es für eine allgemeine Preissteigerung keine Grenze gibt (für 1 Pfd. Kerzen zahlte man in Paris 100 livres in Assignaten), so kann auch dem Ristorno keine Grenze gesteckt werden. Es lassen sich ganz gut Verhältnisse denken, unter denen Zinsfuß resp. Ristorno auf 20, 50, ja 100 Proz. steigen würden. Es kommt ganz darauf an, wie hoch die allgemeine Preissteigerung geschätzt wird, die man bis zum Fälligkeitstag erwartet. Wenn sich z. B. die Nachricht verbreitete, es sei unter der Eisdecke Sibiriens ein neues Dorado entdeckt worden, das alles bisher Dagewesene an Ergiebigkeit überragte, und würden als Bestätigung dieser Nachricht auch schon große Goldverschiffungen gemeldet, so ist es sicher, daß eine allgemeine Kauflust eintreten und daß die Ansprüche an die Geldverleiher ins Grenzenlose steigen würden. Der Zinsfuß würde infolge dieser Goldfunde eine nie gesehene Höhe erreichen. Bis zur vollen Höhe der von der allgemeinen Preissteigerung erwarteten Differenz wird der Ristorno natürlich nicht steigen können, da ja sonst der erwartete Verdienst durch den Diskont vorweg genommen würde. Der Ristorno wird der erwarteten Differenz aber umso näher kommen, je begründeter oder gesicherter die erwartete allgemeine Preissteigerung erscheint.

Es sind in verschiedenen Ländern auf Drängen der Gläubiger Gesetze erlassen worden, die darauf zugespitzt waren, die Preise der Waren auf ein niedrigeres, früheres Niveau herabzusetzen (durch Einziehung des im Übermaß verausgabten Papiergeldes, durch die Entmünzung des Silbers usw.). Noch vor wenigen Jahren bestand in Argentinien ein solches Gesetz, welches das allgemeine Niveau der Preise von 3 auf 1 herabsetzen sollte.

Wenn man heute in irgend einem Lande, den Wünschen der Schuldner nachgebend, umgekehrt die Warenpreise durch progressive Vermehrung des Geldumlaufs in die Höhe triebe, so zwar, daß man mit Bestimmtheit darauf rechnen könnte, in einem Jahre die Preise im allgemeinen 20 Proz. höher zu sehen, so würde die Sicherheit der erwarteten Differenz den Ristorno jenen 20 Proz. sehr nahe bringen.

---

[1]) Prof. Helfferich schrieb mir: Es wird Sie vielleicht interessieren, daß der Parallelismus zwischen Warenpreisen und Diskontosätzen, auf den Sie in dem Artikel „Der reine Zins eine eherne Größe" aufmerksam machen, von mir bereits im Jahre 1899 in einer akademischen Antrittsrede festgestellt worden ist, die unter dem Titel „Die Wirkungen der gesteigerten Geldproduktion" als X. Stück in meiner im Jahre 1900 herausgegebenen „Studie über Geld und Bankwesen" abgedruckt ist (s. auch „Das Geld" S. 525), (s. auch die Bemerkung am Schlusse dieses Abschn.).

Die Anerkennung des Ristornos als eines besonderen Bestandteils des Zinsfußes ist für die Erklärung der meisten Erscheinungen auf dem Gebiete des Zinswesens unentratbar.

Wie will man, um nur ein Beispiel anzuführen, die Tatsache erklären, daß gewöhnlich Zinsfuß und Sparkasseneinlagen zusammen steigen, wenn man andererseits nicht den Grundsatz fahren lassen will, daß der Zins vom Lohn abgezogen wird?

Die Zergliederung des Zinsfußes in Zins, Risiko und Ristorno löst diesen scheinbar unlösbaren Widerspruch auf völlig befriedigende Weise. Von dem Zinsfuß geht nur der reine Kapitalzins vom Lohne ab, der Ristorno löst sich in die erhöhten Warenpreise auf. Folglich ist der Arbeiter (dessen Lohn ja auch die Bewegung nach oben mitmacht) an dem erhöhten Zinsfuß völlig unbeteiligt. Er bezahlt erhöhte Warenpreise und erhält entsprechend höhern Lohn. Das gleicht sich aus. Der Borger zahlt höhern Zinsfuß und erzielt einen erhöhten Preis. Das gleicht sich auch wieder aus. Der Kapitalist erhält sein Geld gestäupt und geschunden zurück, aber dafür einen erhöhten Zins. Das gleicht sich nicht minder aus. Nun fehlt noch die Erklärung für die erhöhte Spareinlage. Diese muß man nun in der Tatsache suchen, daß bei einer allgemeinen Preiserhöhung der Waren (Hochkonjunktur) es niemals an Arbeitsgelegenheit fehlt.

Also nicht der Zins, sondern nur der Zinsfuß steigt zusammen mit den Sparkasseneinlagen.[1])

---

13. Abschnitt. Der reine Kapitalzins eine eherne Grösse?

Wir haben eben gezeigt, daß, solange eine allgemeine Preissteigerung in Aussicht steht (bei sogenannten Hochkonjunkturen), der Zinsfuß zum Kapitalzins und der Risikoprämie noch ein drittes Element, den Ristorno, aufnimmt. Es ergibt sich daraus, daß, wenn wir die Schwankungen des

---

[1]) E. Laveleye, La Monnaie, Paris 1891, S. 323: „Zu einer Zeit, wo der Geldvorrat (d. h. das Geldangebot) zunimmt, steigt der Zinsfuß entsprechend der erhöhten Nachfrage, wie es seit 1853 oft beobachtet wurde. Dies erklärt sich aus dem Umstand, daß der Geldüberfluß eine Preissteigerung bewirkt (vorausgesetzt, daß das Angebot dem Überfluß entspricht); die Erhöhung der Preise wirft für alle Unternehmungen reichliche Gewinne ab; diese Unternehmungen vermehren sich und erfordern reichliches Kapital, was wiederum für dieses einen höheren Zinsfuß hervorruft.

Wird dagegen das Geldangebot knapp, so sind auch die Begleiterscheinungen völlig entgegengesetzter Art, und der mittlere Zinsfuß verringert sich genau mit dem Zeitpunkt, wo mit der eintretenden Geldknappheit die Krise ausbricht."

E. Nasse: Oft sehen wir auf den großen Handelsplätzen Diskonto und Preise gleichzeitig sinken und lange in tiefer Depression verharren, bis irgend eine anderweitige Ursache die Unternehmungslust plötzlich weckt. Zeitschrift für die ges. Staatswissenschaft, 1865, XXI. Bd., S. 146. Aus Wicksell: Geldzins und Güterpreise S. 80.

Ebenda: Für sich allein dürfte es den Kreditanstalten nicht möglich sein, auch durch das bereitwilligste Kapital zu dem niedrigsten Zins eine steigende Bewegung der Preise hervorzurufen, es muß erst eine andere Anregung hinzukommen, damit von der angebotenen Kaufbefähigung auch wirklich Gebrauch gemacht wird.

Kapitalzinses feststellen wollen, die Zinsfuß-Sätze der verschiedenen Zeiträume nicht so ohne weiteres miteinander verglichen werden können. Das würde zu ebenso falschen Schlüssen führen, wie wenn man die Sätze des Geldlohns verschiedener Perioden oder Länder ohne Rücksicht auf die Warenpreise miteinander vergleichen wollte.

Da aber, wie bemerkt, der Ristorno nur zusammen mit einer allgemeinen Aufwärtsbewegung der Warenpreise auftritt und zugleich mit dieser wieder verschwindet, so können wir als sicher voraussetzen, daß der Zinsfuß während der sogenannten Baisseperioden, deren die Geschichte mehrere aufweist, nur aus Kapitalzins und etwaiger Risikoprämie besteht. Der Zinsfuß aus solchen Perioden eignet sich also vortrefflich zur Ermittelung der Bewegungen des Kapitalzinses.

Eine solche Periode allgemeinen und unaufhaltsamen Preisrückganges war bekanntlich die Zeit vom 1. Jahrhundert v. Chr. bis Columbus. Während dieser langen Periode war der Geldumlauf ausschließlich auf Gold und Silber beschränkt (also ohne Papiergeld), dabei waren die Fundgruben dieser Metalle, namentlich die spanischen Silberminen erschöpft, und das aus dem Altertum stammende Gold war durch Zinsverbote (wenn auch unwirksame) an der Zirkulation behindert und ging nach und nach verloren. Der allgemeine Preisrückgang ist also durch allgemein anerkannte Tatsachen reichlich begründet und wird auch von keiner Seite bestritten.

In dem Werke Gustav Billeters: „Die Geschichte des Zinsfußes im Gr. Römischen Altertum bis auf Justinian" finde ich nun folgende Angaben, die, wie mir scheint, auf gewissenhafter Prüfung des Tatsachenmaterials beruhen:

S. 163: In Rom finden wir für den Zinsfuß seit Sulla (82—79 v. Chr.) schon die wesentlichen Typen fixiert: 4—6 Proz.

S. 164: Cicero schreibt gegen Ende des Jahres 62: Solide, zahlungsfähige Leute bekommen zu 6 Proz. Geld in Hülle und Fülle. Billeter fügt hier bei: Man sieht, daß darin schon eine Tendenz zum Sinken angedeutet liegt; in der Tat werden wir bald darauf schon einen niedrigeren Satz finden.

S. 167: Der Zinsfuß war in den Kriegszeiten (um das Jahr 29) 12 Proz., d. h. selbst solide Leute mußten soviel bezahlen. Von 4—6 Proz. war man also zu 12 Proz. gelangt. Nun wurde rasch wieder der ehemalige Stand von 4 Proz. erreicht.

Bemerkung. Der vorübergehende Zinsfuß von 12 Proz. in Kriegszeiten ist vielleicht durch eine besonders große Risikoprämie genügend erklärt.

S. 180: Römische Kaiserzeit vor Justinian: Für sichere Anlagen finden wir 3—15 Proz., und zwar ist 3 Proz. recht vereinzelt, der Satz erscheint deutlich als der niedrigste, auch bei rentenartigen Anlagen. 15 Proz. ist ganz vereinzelt, 12 Proz. nicht eben selten, aber doch nicht typisch, 10 Proz. vereinzelt. Der eigentliche Typus liegt zwischen 4—6 Proz., wobei innerhalb dieser Sätze sich weder eine zeitliche noch eine örtliche Differenzierung nachweisen läßt, sondern durchweg nur eine solche nach der Art der Anlage, indem 4 Proz. einen niedrigeren Typus, 6 Proz. den ganz normalen, 5 Proz. den dazwischen liegenden Satz für sehr gute Anlagen, bezw. auch einen normalen Satz für Anlagen gewöhnlicher, durchschnittlicher Sicherheit darstellt. Als ausgesprochen mittlere Zinsrate finden wir ebenfalls 4—6 Proz. (nie 12); als Kapitalisierungsrate 4 Proz. und $3^1/_2$ Proz.

S. 314: Die Zeit des Justinian (527—565 n. Chr.). Ziehen wir die Schlußresultate. Wir sehen, daß unter besonderen Umständen die Kapitalisierungsrate bis gegen 8 Proz. ansteigen oder bis auf 2 Proz. oder gegen 3 Proz. sinken kann. Was die mittleren, durchschnittlichen Sätze anbetrifft, so fanden wir 5 Proz. als wahrscheinlich normal durchschnittlich, vielleicht ein wenig zu hoch; 6,7 Proz. ebenfalls als mittlere Rate, aber jedenfalls etwas hoch gegriffen, so daß dieser Satz nicht mehr als ganz gewöhnliches Mittel gelten kann. Wir werden also wohl am richtigsten von etwas unter 5 bis gegen 6 Proz. die eigentliche Mittellage ansetzen.

Die Untersuchungen Billeters schließen hier mit der Zeit Justinians ab. Fassen wir kurz die gemachten Angaben zusammen:

Zur Zeit Sullas (82—79 v. Chr.) bezahlte man 4—6 Proz. Zur Zeit Ciceros (62 v. Chr.) war zu 6 Proz. Geld in Hülle und Fülle zu haben. Nach einer durch Krieg verursachten kurzen Unterbrechung (29 v. Chr.) behauptete sich wieder der ehemalige Zinsfuß von 4 Proz. Während der Römischen Kaiserzeit vor Justinian war der eigentliche Typus 4—6 Proz. Während der Regierung Justinians (527—565) betrug der mittlere Zinsfuß 5—6 Proz.

Was bedeuten nun diese Zahlen? Nun, daß während eines Zeitraumes von 600 Jahren der Zinsfuß fast genau den gleichen Stand einnahm wie heute, 1½ Jahrtausend später. Der Zinsfuß stand vielleicht mit 4—6 Proz. eine Kleinigkeit höher als heute, aber diesen Unterschied kann man vielleicht auf Rechnung der Risikoprämie setzen, die im Altertum und Mittelalter höher angesetzt werden mußte, als heute, wo Religion, Moral und Gesetz den Zins in Schutz genommen haben.

Diese Zahlen beweisen, daß der Zins unabhängig ist von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen; diese Zahlen schlagen den verschiedenen Zinstheorien und namentlich den Nutzungstheorien (die einzigen, die wenigstens noch den Schein für sich haben) direkt ins Gesicht. Wenn man für ein modernes Produktionsmittel, z. B. Dampfdreschmaschine, Selbstbinder, Repetiergewehr, Dynamit usw. denselben Zins zahlt, wie vor 2000 Jahren für Sichel, Dreschflegel, Armbrust oder Keil, so beweist dies doch klar genug, daß der Zins nicht von der Nützlichkeit oder Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel bestimmt wird.

Diese Zahlen bedeuten, daß der Zins Umständen sein Dasein verdankt, die schon vor 2000 Jahren und während eines 600jährigen Zeitraumes in fast genau der gleichen Stärke wie heute ihren Einfluß ausübten. Welche Umstände, Kräfte, Dinge sind das? Keine einzige der bisherigen Zinstheorien gibt uns auch nur eine Andeutung für die Beantwortung dieser Frage.

Billeters Untersuchungen schließen leider mit Justinian ab und, soweit ich unterrichtet bin, fehlen zuverlässige Untersuchungen über den folgenden Zeitraum bis Columbus. Es wäre übrigens wohl auch schwer, für diesen Zeitabschnitt zuverlässiges Material zusammenzutragen, wenigstens aus den christlichen Ländern, weil das Zinsverbot immer strenger gehandhabt wurde, weil mit dem fortschreitenden Mangel an Geldmetallen der Geldverkehr und der Handel immer mehr zusammenschrumpften, und dann auch, weil die lokalen Herabsetzungen des Münzfußes, die jetzt größeren Umfang annehmen, den reinen Kapitalzins im Zinsfuß nicht mehr erkennen lassen.

Wenn Papst Clemens V. auf dem Konzil zu Vienne (1311) weltliche Obrigkeiten, welche zinsfreundliche Gesetze erlassen, mit der Exkommunikation bedrohen konnte,[1]) so zeigt das, wie schwach der Handel damals war, wie vereinzelt Darlehensgeschäfte vorkamen. Einzelnen Sündern gegenüber konnte der Papst mit Strenge auftreten; wäre der Handel damals lebhafter und die Übertretung des Zinsverbotes eine alltägliche Erscheinung gewesen, so hätte sich der Papst keine solche Drohung erlauben dürfen. Beweis dafür ist die Tatsache, daß mit der Belebung des Verkehrs durch das amerikanische Gold auch die kanonische Gegnerschaft des Zinses sofort abflaute.

---

[1]) Böhm-Bawerk — Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien S. 27.

Mit der Entdeckung Amerikas beginnt die Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts. Die Preise stiegen unaufhaltsam, und der Zinsfuß wurde mit einem schweren Ristorno belastet. So darf man sich nicht wundern, wenn der Zinsfuß während dieser ganzen Zeit sehr hoch stand.

Adam Smiths „Inquiry into the nature of wealth“ entlehne ich folgende Zahlen: 1546 wurden 10 Proz. als die gesetzlich zulässige Grenze des Zinsfußes erklärt, 1566 wurde dies Gesetz durch Elisabeth erneuert, und 10 Proz. blieb gesetzlich zulässig bis 1624.

Um diese Zeit war die Preisrevolution im wesentlichen beendet und die allgemeine Preissteigerung in ein ruhiges Tempo verfallen.[1]) Gleichzeitig mit dieser Entwickelung geht denn auch der Zinsfuß zurück, 1624 wurde der Zins auf 8 Proz., dann, kurz nach der Restauration der Dynastie der Stuarts (1660), auf 6 Proz. herabgesetzt, und 1715 auf 5 Proz.

„Diese verschiedenen gesetzlichen Regelungen scheinen sämtlich dem Zinsfuß im freien Marktverkehr erst gefolgt, nicht aber ihm voraufgegangen zu sein.“ So sagt Adam Smith.

Seit Königin Anna (1703/14) scheint 5 Proz. eher über als unter der „market rate“ gewesen zu sein. Natürlich, denn zu dieser Zeit war die Preisrevolution beendet, und der Zinsfuß bestand jetzt nur noch, wie während des Mittelalters, aus Kapitalzins und Risikoprämie.

„Vor dem letzten Krieg (sagt Smith) borgte die Regierung zu 3 Proz., und vertrauenswerte Privatleute in der Hauptstadt, sowie in vielen anderen Landesteilen zu $3^1/_2$, 4 und $4^1/_2$ Proz.“

Also genau dieselben Verhältnisse, die wir jetzt haben.

Soll ich noch mehr statistisches Material zusammentragen zum Beweis, daß der reine Zins eine eherne Größe ist, daß der reine Kapitalzins nicht unter 3 Proz. fällt, nicht über 4 Proz. steigt, daß alle Schwankungen des Zinsfußes nicht auf Schwankungen des Kapitalzinses zurückzuführen sind? Wann ist in der Neuzeit der Zinsfuß gestiegen? Immer nur zusammen mit den Güterpreisen. Nach den kalifornischen Goldfunden stieg der Zinsfuß so hoch, daß die verschuldeten Agrarier trotz den erhöhten Getreidepreisen über Notstand klagten; mit der Erschöpfung der Goldminen fielen die Preise — zusammen mit dem Zinsfuß. Dann kamen die Milliarden, hohe Preise, hoher Zinsfuß. Mit dem großen Krach fielen die Preise, fiel auch der Zinsfuß. Während der letzten Hochkonjunktur 1897 bis 1900 war auch der Zinsfuß gestiegen; dann sind die Preise wieder gefallen, und der Zinsfuß war auch wieder niedrig. Kurz, rechnet man überall vom Zinsfuß den auf Rechnung der allgemeinen Preissteigerung zu setzenden Ristorno ab, so bleibt als Zins eine eherne Größe zurück.

Warum fällt der Zins niemals unter 3, warum geht der Zins nicht auf Null zurück, und wenn es auch nur vorübergehend wäre, einen Tag im Jahre, ein Jahr im Jahrhundert, ein Jahrhundert in zwei Jahrtausenden?

Warum steigt der Zins nicht zuweilen auf 10—20—50 Prozent, wenn auch nur vorübergehend, ausnahmsweise, zur Bestätigung der Regel, zum Beweise für die Richtigkeit der Annahme, daß Nachfrage und Angebot nicht allein den Zinsfuß, sondern auch den reinen Kapitalzins bestimmen?

---

[1]) Dr. George Wiebe — Geschichte der Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts s. Tabelle 376.

I. Tabelle. **Parallelismus zwischen Zinsfuss und Preisen,**

als Beweis für die Behauptung, daß der reine Zins eine eherne Größe ist.

Jahrdekade	1553—1560	1561—1570	1571—1582	1583—1592	1593—1602	1603—1612	1613—1622	1623—1632	1633—1642	1643—1652	1653—1662	1663—1672	1673—1682	1683—1692	1693—1702	1703—1714	1715—1724	1725—1734	1735—1744	1745—1754	1755—1764	Preis-Vorschlag in Prozent und aufs Jahr umgerechnet.
Durchschnittspreis von 79 Waren	182	155	171	198	243	251	257	282	291	331	308	324	348	319	339							
Jährlicher Vorschlag Punkte:	—	23	16	27	45	8	6	25	9	40	00	16	24	00	20							
Prozent.	—	1.66	1.00	1.55	2.20	0.3	0 2	1.00	0 3	1.30	00	0.5	0.8	00	00							
Gesetzl. Zinsfuß 10%																						2.20
9%																						1.80
Obiger Durchschnittspreis 8%																						1.40
7%																						1.00
6%																						0.60
5%																						0.20
4%																						0.00

Als Beleg für obige Behauptung, daß der reine Zins eine unveränderliche, fast eherne Größe ist, habe ich die beiden Diagramme S. 268 und 270 ausgearbeitet, aus denen hervorgeht, daß die Schwankungen des Zinsfußes auf die Schwankungen der Warenpreise (Ristorno) zurückzuführen sind. Hätten wir eine unveränderliche Währung gehabt, so wäre der Zinsfuß seit 2000 Jahren unverändert auf 3—4 Proz. stehen geblieben.

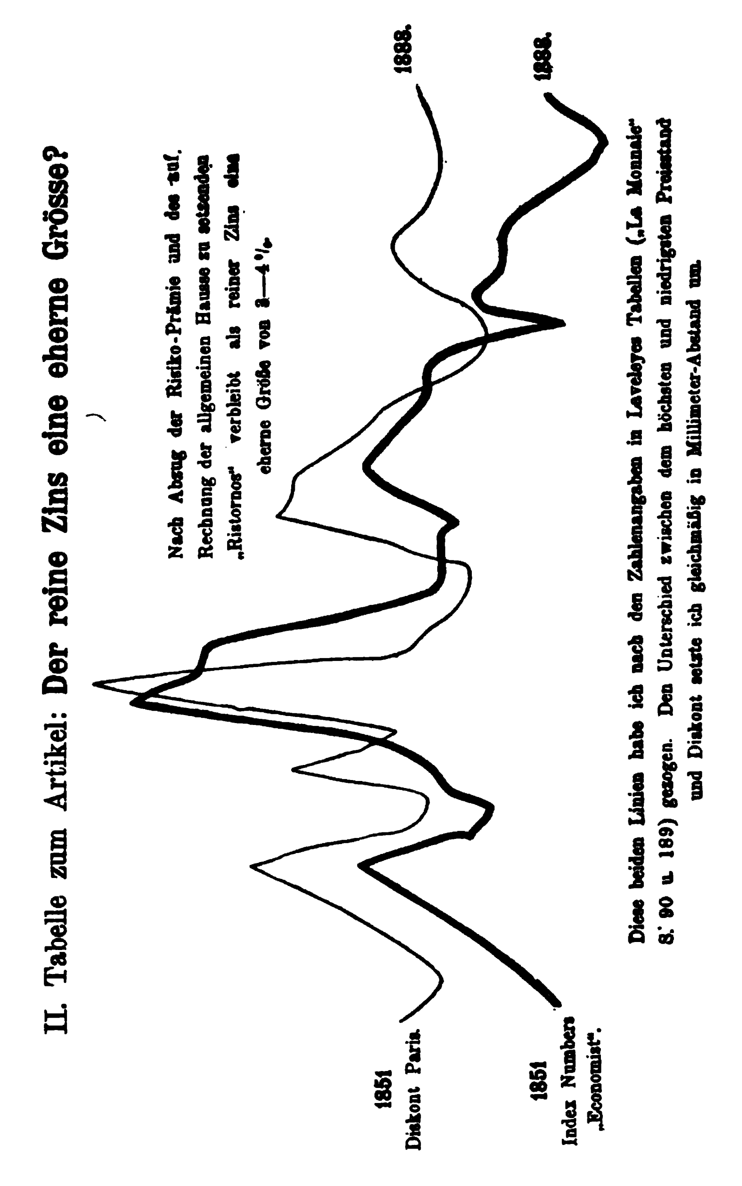
Erklärungen zu nebenstehender Tabelle I.

Die Zinslinie in vorstehendem Diagramm habe ich nach den eben angeführten Angaben Adam Smiths konstruiert. Es handelt sich hier um den gesetzlichen Zinsfuß, nicht um den Marktzinsfuß, auf den es eigentlich ankommt. Smith behauptet zwar, „daß, wie es scheint, der gesetzliche Zinsfuß den Verhältnissen mit großer Sorgfalt angepaßt worden sei" (made with great propriety), aber aus den plötzlichen Sprüngen von 10 auf 8 und 6 Proz. geht hervor, daß diese gesetzlichen Regulierungen wie alle Gesetze zögernd und dann stoßweise den Tatsachen folgten. Der gesetzlich zulässige Zinsfuß war ein Schutz gegen den Wucher, er zeigte die Grenze des Wuchers an, stand also, wie auch heute noch, durchweg höher als der gemeine Marktzinsfuß.

Die Preislinie habe ich nach der Tabelle S. 376 aus George Wiebes Geschichte der Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrhunderts ausgearbeitet. Dieser Tabelle haften die schweren Fehler an, die in dem 5. Abschnitt dieses Buches „Wie der Preis des Geldes ermittelt werden kann" angegeben sind. Safran, Muskatblumen, Ingwer beeinflussen hier das Resultat genau so stark wie Weizen, Vieh, Gewebe. Außerdem sind die Erhebungen auf 97 Artikel, und von 1580 ab sogar auf 47 Artikel beschränkt. (Wiebe erwähnt diese Mängel übrigens auch selbst.) Da W.'s Tabelle nur bis 1713 reicht, habe ich die Verlängerung bis 1764 nach Angaben aus verschiedenen Büchern gezogen, die sämtlich darin übereinstimmten, daß seit 1713 die Preise stetig abwärts gingen. Dies ist auch wahrscheinlich, denn von 1700 bis 1740 ging nach Soetbeers Berechnungen die Geldproduktion (Gold und Silber) nicht voran, während doch mit der wachsenden Bevölkerung der Geldbedarf stieg. In England allein stieg im Zeitraum von 1680/1780 die Bevölkerung von 5 1/2 auf 9 1/2 Millionen. Außerdem fand von 1640 ab keine Herabsetzung des Münzfußes mehr statt. Also Gründe genug, um eine Baisse wahrscheinlich zu machen.

Auch muß in Betracht gezogen werden, daß Wiebe alle Preise auf Silbergewicht zurückgeführt hat. Auf die Höhe des Zinsfusses wirken aber nur die nominellen Preise, nicht die Silberpreise, da die Rückzahlung der Darlehen sich nach dem nominellen Betrag der Schuld richtet.

Wenn nun obige beiden Linien nur im Grundzug übereinstimmen, so muß man die Erklärung in den angedeuteten Mängeln des Materials suchen, nach dem sie gezogen wurden.



Erklärungen zur Tabelle II.

Der Parallelismus der beiden Linien springt hier schon viel deutlicher in die Augen, weil die Linien nach besserem Material gebaut sind. Einmal nähert sich der Diskontosatz viel mehr dem Marktzinsfuß als die gesetzlich auf Jahre hinaus festgesetzte Wucherzinsrate, dann nähern sich auch die „Index numbers“ des Economist viel mehr dem wirklichen Durchschnittspreis der Waren, weil hier die relative Bedeutung der Waren berücksichtigt wird.

Wenn man erst über völlig sauberes Material verfügen wird, dann wird auch wahrscheinlich der schon jetzt deutlich wahrnehmbare Parallelismus in Kongruenz übergehen.

Bisher entzogen sich die Faktoren, die die Zinsfußrate bestimmen, jeder wissenschaftlichen Kontrolle. So stimmt Prof. Dr. Karl von Diehl in einer Schrift „Über das

Verhältnis von Wert und Preis im ökonomischen System von Karl Marx" (S. 25) diesem zu, wo er sagt, „daß es keine natürliche Rate des Zinses gebe, da die Bildung der Zinsfußrate etwas durchaus Gesetzloses und Willkürliches ist." III, 1, S. 341.

Dem ist aber, wie wir uns überzeugten, durchaus nicht so. Bei näherer Betrachtung zeigt sich im Gegenteil, daß hier alles „gesetzmäßig" zugeht. Und „willkürlich" ist die Bildung der Zinsfußrate nur insofern, als man willkürlich die Zinsfußrate von 3 Proz. ab aufwärts, auf jede beliebige Höhe treiben kann. Man braucht nur gesetzlich zu bestimmen, daß mittels Neuemissionen die Warenpreise jährlich um 5—10—15 Proz. heraufgesetzt werden, so wird auch der Zinsfuß auf 8—13—18 Proz. (3 Proz. + 5—10—15 Proz. Ristorno) steigen. Eine Sache aber, die sich willkürlich behandeln läßt, ist nicht „gesetzlos", da sie doch den Gesetzen folgt, wonach sich die Handlungen richten. (Übrigens sind die Begriffe „Gesetzlos" und „Willkür" Gegensätze, wenigstens in dieser Angelegenheit.)

---

14. Abschnitt. **Die Einlösung des im Titel Versprochenen.**

Es kann keinen Augenblick bezweifelt werden, daß mit der Bodenreform die gesamten Grundrenten in den allgemeinen Lohnfonds ausgeschüttet werden. Ein Abzug vom Arbeitsertrag **kann** mit der Bodenreform unter dem Titel „Grundrente" nicht mehr stattfinden. Es ist ja niemand mehr da, um einen solchen Abzug einzukassieren.

Ebensowenig darf man aber auch daran zweifeln, daß nach Beseitigung der Metallwährung und nach internationaler Einführung der Geldreform der Zins schnell und unaufhaltsam fallen, und zwar bis auf und sogar unter Null fallen wird.

Es wird dann auch eine Schmälerung des Arbeitsertrages unter dem Titel „Zins" nicht mehr stattfinden. Mit der Geldreform wird die bisherige Überproduktion an Waren sich in eine Überproduktion an Kapital verwandeln und den Zins in einem Meer von Kapital ersäufen.

Damit ist aber das, was der Haupttitel dieses Buches verspricht, eingelöst — das Recht auf den vollen Arbeitsertrag ist verwirklicht.

Die übrigen Nebenleistungen der Geldreform, wie die Beseitigung der Wirtschaftskrisen, der Arbeiterreserve, der Arbeitslosigkeit, des Zwischenhandels, der Preisschwankungen, der Spekulation, der Kreditverkäufe, kurz all der kleinen Nebenerscheinungen des Metallgeldes, gibt die Geldreform in den Kauf. Wie groß auch immer diese Errungenschaften der Geldreform einzeln und absolut betrachtet uns erscheinen mögen — gegenüber der Beseitigung des Zinses und der Privatgrundrenten treten sie völlig in den Schatten.

Aber, im Untertitel wird auch die Erledigung der Politik und der volkswirtschaftlichen Wissenschaft versprochen, und diesem Teil meiner Versprechungen gelten folgende Ausführungen.

Politik nennt man den Kampf, den die wirtschaftlichen Interessengruppen untereinander führen, soweit dieser Kampf die Gesetzgebung berührt. Vom Augenblick an, wo die Privatinteressen nicht mehr von den Gesetzen berührt werden können, gibt es keine Politik mehr. Und dieser Fall tritt mit der Bodenreform ein, denn mit der Bodenreform erhält die Gewerbefreiheit eine wurzelechte Grundlage, indem allen Bürgern ohne irgendwelche Ausnahme die zum Betriebe der Gewerbe nötigen Stoffe (Land und Rohprodukte) unter völlig gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden. Wie könnte da das Gesetz, die Politik, einzelnen Bürgern oder Gewerben (Klassen und Stände gibt es unter der Boden-

reform selbstverständlich nicht mehr) Sondervorteile auf Kosten der anderen zuwenden? Ich habe mir diese Frage öfters beim Kühehüten, also unter den denkbar besten äußeren Verhältnissen vorgelegt — ich habe nichts gefunden. Ohne Verfassungsbruch, ohne die Freizügigkeit und Gewerbefreiheit anzutasten, läßt sich tatsächlich nach der Bodenreform aus der Politik kein Kapital mehr schlagen. Und wenn die Politik keinen Profit mehr abwirft, so fehlt ihr der Impuls, die Lebenskraft.

Ich habe dann den Weg der Politik rückwärts verfolgt, die Politik der letzten Jahre in ihre Bestandteile zerlegt und diese Bestandteile unter die Lupe genommen. Grundrente, nichts als gemeine Grundrente habe ich entdecken können. Höchstens stößt man dann und wann in der Politik noch auf einen Kampf um Staatssinekuren, aber selbst dieser entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Nebenprodukt der Grundrenten. Die Grundrentner, die die Gesetzgebung beherrschen, bedürfen, um sich diese Herrschaft zu erhalten, der Unterstützung eines zahlreichen Beamtenstandes (Geistliche, Offiziere, Professoren, Beamten aller Art mit einem König voran), und diese Unterstützung müssen sie natürlich mit hohen Gehältern kaufen. Könnten die Grundrentner ohne diesen Apparat die Herrschaft behalten, so würden sie die Fürsten und Geistlichen gern entbehren und den Offizieren, Professoren, Beamten nicht mehr als den gemeinen Arbeitslohn bewilligen.

Ob sie das bewußt oder unbewußt tun würden, bleibt sich dabei völlig gleich. Unbewußte Handlungen entsprechen unseren Interessen in der Regel am besten. (Die Verdauung z. B.).

In Japan z. B., wo es keine Grundrentner geben soll, fehlt auch die Staatskirche, und den Offizieren gibt man da die Kost der Soldaten. Natürlich, denn da die japanische Regierung auf keine besondere Bevölkerungsklasse Rücksicht zu nehmen braucht und selbst nicht aus einer Klasse hervorgeht, so braucht sie keine Kirche zur Stütze; das Volk ist ihre Stütze. Aus demselben Grunde wird nach Einführung der Bodenreform die deutsche „Regierung" ihre jetzige Leibgarde entbehren können und diese auflösen. Die Entstaatlichung der Kirche, sowie die Abschaffung der sonstigen Sinekuren folgt der Bodenreform von selbst.

In Nordamerika, wo mit dem Verschwinden des Freilandes die Grundrente stetig wächst, lassen sich auch schon Wandlungen im Charakter der herrschenden Klassen nachweisen, Wandlungen, die bedenklich nach Autokratie, Monarchie, Militarismus, Staatskirche, Sinekuren, Knute, kurz nach Grundrente schmecken.

Die katholische Kirche in Frankreich erklärte bisher (d. h. solange sie Staatskirche war) die Privatgrundrente für eine ehrliche, unantastbare, heilige Einnahmequelle, im Gegensatz zu Moses, der Kauf und Verkauf von Land direkt verboten hatte.

Jetzt, da die Kirche vom Staate getrennt werden soll, wird die katholische Kirche den Grundrentnern die Heeresfolge nicht mehr zu leisten brauchen, und es ist daher möglich, daß die katholische Kirche ihre Ansichten über Grundrenten im mosaischen Sinne nachprüfen wird. Sie wird jedoch wahrscheinlich hierin vom Staate überholt werden, denn, ist eine Regierung innerlich einmal so weit erstarkt, daß sie die Kirche entbehren kann, so fehlt auch nicht mehr viel, daß sie sich auch von den Grundrentnern lossagen kann. In diesem Sinne erblicke ich in der Entstaatlichung der Kirche in Frankreich den ersten Schritt zur Bodenreform. Ob dieser Schritt mit Bewußtsein des Zieles geschah, ist dabei gleichgültig.

Im I. Teil dieses Buches habe ich bereits auf diese antipolitischen Wirkungen der Bodenreform aufmerksam gemacht, aber es schadete nichts,

wenn ich hier zum Schlusse nochmals diese hochinteressante Nebenwirkung der Bodenreform hervorhob — dies um so mehr, als die Bodenreformer allgemein wenig Gewicht darauf legen. Mit der Bodenreform wird tatsächlich die Politik erschöpft und erledigt; die Bodenreform ist der Beelzebub, der alle anderen politischen Teufel verschlingt. Darum wird auch die Bodenreform den letzten und heißesten politischen Kampf geben, und wenn dieser Kampf ohne Kartätschen ablaufen soll, so muß er mit überwältigender Macht schnell zu Ende geführt werden.

In der Natur sehen wir immer, daß der Angreifer ganz unverhältnismäßig stark bewaffnet ist, so daß der Angegriffene meistens gar nicht an Widerstand denkt. Die Katze ist tausendmal schwerer als die Maus; die Giftschlange lähmt durch Biß und Blick die Beute; durch den Stoß des Habichts aus den Wolken wird das Huhn meistens gleich getötet. Untersucht man das Fell eines alten Löwen, Bären, Tigers, die vielleicht tausend Morde auf der Seele haben — selten findet man eine Narbe, eine Spur des Kampfes. Einen eigentlichen Kampf findet man nur bei Rivalen, die dasselbe Weibchen begehren. Die Natur ist eben barmherzig und sucht unnützen Schmerz zu verhindern. So wünsche ich mir auch die Einführung der Bodenreform. Nicht mittels knapper Mehrheit, die zum Widerstand reizt und in diesem Falle, bei dem bekannten Hochmut und aggressiven Charakter der Agrarier, sicher zu einem ungeheuren Aderlaß führen würde — sondern durch eine gewaltige, niederschmetternde Mehrheit, die mit dem ersten Tatzenschlage die Widerstandskraft des Gegners bricht.

Neben der Erledigung der Politik verspricht der Untertitel dieses Buches noch die Erledigung der volkswirtschaftlichen Wissenschaft! Und auch dies Versprechen will ich noch einlösen.

Was bleibt nun heute, nach der Wiedereinsetzung des Preises als Fundament der Volkswirtschaft noch übrig, was einem Problem ähnlich wäre, zu dessen Erklärung man mehr als Fleiß und handwerksmäßige Arbeit nötig hätte? Die ganze Volkswirtschaft löst sich nach Überwindung des Wertspukes einfach in eine Kette von Preisen auf, und diese Preise richten sich jetzt mit der Geldreform ausschließlich nach dem Quantum der vorhandenen Waren und des vorhandenen Geldes. Die nackte Quantitätstheorie herrscht jetzt brutal und absolut auf der ganzen Linie — bei den Waren (wo sie schon immer geherrscht hat) und beim Gelde. Die uralte Fassung: „Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis" ist zu einer sinnlosen Umschreibung der Quantitätstheorie geworden, indem es eine selbständige, vom Quantum des Geldvorrats unabhängige Nachfrage nicht mehr gibt. Der Vorrat an Waren und der Vorrat an Geld bestimmen das Tauschverhältnis, d. h. die Preise, — und mehr als Preise gibt es in der Volkswirtschaft nicht.

Mit den ersten Strahlen der Sonne verschwinden die Gespenster, mit dem Auftreten des Reformgeldes verschwand der Wertspuk. Das Papiergeld ist überhaupt von jeher schon ein ungläubiger Thomas im Kreise der Wertapostel gewesen; die Erklärungen, die man für die Existenz des Papiergeldes gab, waren so fadenscheinig und gezwungen, daß, wenn die Inschriften des Papiergeldes (worin meistens eine Einlösung versprochen wurde) nicht da gewesen wären, diese Erklärungen auch äußerlich in sich zusammengebrochen wären. Mit der herausfordernden Inschrift, die das Reformgeld trägt, räumt die Geldreform mit dem letzten Rest dieses Spinnstubenspukes auf. „Dies ist Geld", so heißt es auf dem Fidibus, der dem Reformgeld als Material dient, und wo könnte in diesem schä-

bigen, durchsichtigen Papierfetzen der „Wert“ seine Spukkammern aufschlagen?

Nach Überwindung des „Werthindernisses“ und nach Wiederanerkennung der **Preise** als der wahren Grundlage der Volkswirtschaft fällt das Gebäude volkswirtschaftlicher Probleme in nichts zusammen.

Zum Beweise hierfür lasse ich hier einen Artikel aus der Feder des Herrn **Ernst Frankfurth** folgen über eine viel umstrittene Frage.

Wir werden hier sehen, wie leicht die verwickeltsten Fragen sich in ihre Bestandteile auflösen lassen, sowie man sich von allen Werthalluzinationen freigemacht hat und folgerichtig den Preis der Waren (des Lohnes) zur Richtung für die Untersuchung nimmt. Der Artikel, der auch noch für die Single Tax Bodenreformer von grundsätzlicher Bedeutung ist, lautet:

Wer bezahlt die Grundsteuer.[1])

„Eine Steuer auf die Grundrente fällt ausschließlich auf die Eigentümer des Grund und Bodens. Es gibt keinerlei Mittel und Wege, die sie in den Stand setzen könnten, diese Steuer auf andere abzuwälzen.“

John Stuart Mill.

„Jede dauernde Verbesserung am Grund und Boden, jede Eisenbahn und jeder Weg, jede Verbesserung der allgemeinen Verhältnisse der Gesellschaft, jede Erleichterung der Produktion, jede Anregung zur Konsumtion erhöht die Grundrente. Der Grundeigentümer hat Glück im Schlaf.“

Prof. Thoralt Rogers.

Diese beiden Zitate finde ich so beieinanderstehend unter der Rubrik „Erlesenes“ in einer Bodenreformzeitschrift.[2]) Sie gehören auch zusammen, denn während der eine Satz auf die Privatgrundrente als den Feind zeigt, soll der andere das Mittel zu seiner Bekämpfung angeben. Aus noch einem Grund gehören diese beiden dicht zusammen, denn sie — widersprechen sich, und ein Widerspruch wirkt immer am besten, wenn er dicht bei der Behauptung steht. Der zweite Satz, auf die Grundsteuer angewandt, sagt: Jede Verbesserung der Verhältnisse, die die Allgemeinheit dadurch erzielt, daß sie eine Grundsteuer erhebt, daß sie sich also durch Schmälerung des Einkommens der Grundeigentümer bereichert, kommt den Grundeigentümern wieder zu statten. Durch die **Steuerverwendung wird** dem Grundeigentümer wiedergegeben, was ihm durch die Steuererhebung genommen wurde. Dagegen die andere Behauptung: Eine Grundsteuer kann nicht abgewälzt werden! Also, wie wirkt nun die Steuer? Lassen sich durch eine Steuer überhaupt Vermögensverschiebungen zwischen Grundrentner und Arbeiter erzielen? Läßt sich das oben[3]) aufgestellte Lohngesetz durch eine Steuer korrigieren? Sehen wir zu.

Der Wettbewerb sorgt dafür, daß der Preis aller Waren, die nicht monopolisiert werden können, aus Arbeitslohn, Handelsspesen und Kapitalzins sich zusammensetzt. Werden solche Waren besteuert

---

[1]) Dieser Artikel war für die Zeitschrift „Die Geld- und Bodenreform“ bestimmt. Der Herr Verfasser erlaubte mir, ihn hier zu verwenden.

[2]) Deutsche Volksstimme 1899, Seite 396.

[3]) D. h. in diesem Buche entwickelte.

(durch Zölle, Brausteuer usw.) so steigt ihr Verkaufspreis. Die Steuer wird abgewälzt. Wäre das nicht möglich, so müßte der Lohn die Steuer tragen, und das wäre hier nur möglich, wenn die besteuerte Ware zu den Konsumartikeln des Freiländers gehörte. (Jede Besteuerung des Arbeitsertrages auf Wüst-, Öd- und Freiland setzt den allgemeinen Arbeitslohn herab). Die beiden anderen Bestandteile des Preises (Handelsspesen und Kapitalzins) sind für die Steuerbeamten unerreichbar. Besteuert man den Zins, so entzieht sich das Kapital der betreffenden Industrie, um sich anderen nicht besteuerten Gewerben, nötigenfalls im Ausland, zuzuwenden. Der Wettbewerb in dem besteuerten Gewerbe nimmt ab, und die Preise der besteuerten Produkte steigen. Besteuert man den Kaufmann, so schlägt dieser die Steuer plus Kommission auf den Preis, genau wie er das mit den Zöllen, Frachten, Stempelabgaben tut, denn der Lohn des Kaufmanns (der reine Handelsgewinn) richtet sich, wie der der qualificierten Arbeit, nach dem allgemeinen Arbeitslohn. Den Kaufmann kann man nur mit einer Steuer fassen, die gleichzeitig auch den Lohnarbeiter, in letzter Linie also den Freiländer trifft. Sonst ist der Kaufmann, genau wie der Lohnarbeiter steuerfrei; er wälzt alles von sich ab.

Anders verhält es sich beim Grund und Boden. Auf wen kann der Grundbesitzer die Steuer abwälzen? Auf den Lohn? Nein, denn, wie gesagt, der Lohnarbeiter steht so wie so schon auf dem „Goldpunkt", d. h. er steht vor der Frage: Wandere ich aus oder bleibe ich? An ihn darf sich der Grundbesitzer nicht mit dem Steuerzettel wenden, denn sonst wirft ihm der Arbeiter die Schaufel vor die Füße und wandert aus.

Und an den Kapitalisten kann er sich auch nicht wenden, denn sonst kündigt ihm dieser die Hypothek. Weigert der deutsche Junker sich, den üblichen Zins zu zahlen, so zahlt ihn der italienische, der russische oder der amerikanische. Das Geldkapital kennt ja (wie die Flugmaschine) keine Grenze.

Folglich bleibt wohl dem Grundbesitzer weiter nichts übrig, als die Steuer zu bezahlen? — Es kommt darauf an, was mit dem Steuerertrag geschieht.

Käme ein fremder Eroberer und erhöbe diese Grundsteuer, um seine Soldaten damit zu unterhalten, so müßten, das ist sonnenklar, die Grundbesitzer die Steuer ganz unbedingt tragen. Der Arbeitsertrag auf deutschem Boden würde um den Betrag des Tributs abnehmen, während doch der Arbeitsertrag des Freiländers in Amerika von diesem Tribut unberührt bliebe. Und es ist doch der Unterschied in den beiden Erträgen, der die Grundrente ausmacht. Also in diesem Falle ist die Grundsteuer unabwälzbar. Der Grundrentner muß sie allein tragen.

Nun ist es aber doch nicht die Regel, daß man seine Steuern an fremde Eroberer zahlt, und der „Singletax Bodenreformer" wünscht die Grundsteuer doch nur, weil der Staat die Steuergroschen im Interesse seiner lieben Kinder verwenden soll. Das Steuergeld kommt also ordnungsmäßig allen wieder zugute — auch dem Arbeiter. Welchem Arbeiter? Nun, dem deutschen Arbeiter — dessen Lohn abhängig ist

von dem Ertrag der Arbeit auf Wüst- und Ödland oder Freiland in Sibirien. Der Ertrag der Grundsteuer soll dem deutschen Arbeiter zugewendet werden in Form einer Alterspension, Witwenpension, eines Schulgelderlasses, oder auch einfach in Form eines baren Zuschusses zu seinem kargen Lohn. Das ist der Wunsch der Singletaxer.

Nehmen wir der Einfachheit wegen an, der Staat erhöbe eine allgemeine Grundsteuer, um mit ihrem Ertrage den Lohnarbeitern einen baren Zuschuß (Wohnungsgeldzuschuß, Getreide- und Fleischzollzuschuß) zu gewähren. Was dann? Wird durch diesen Zuschuß der „Goldpunkt" für den Auswanderer nicht heraufgerückt; wird der Arbeiter dem Grundbesitzer noch die Schaufel vor die Füße werfen und mit der Auswanderung drohen, wenn dieser es versucht, die Grundsteuer durch Lohnkürzung auf den Arbeiter abzuwälzen? Sicher nicht, denn der Zuschuß des Staates hat das Einkommen des Arbeiters über den Arbeitsertrag des Freiländers erhoben, und einen höheren Lohn als den Ertrag der Arbeit auf Wüst-, Frei- und Ödland braucht kein Grundbesitzer zu zahlen. Folglich wird der Grundbesitzer die ihm auferlegte Steuer durch Lohnkürzung einfach von sich abwälzen. Nicht ganz — die Kosten der Steuererhebung, die dem Arbeiter ja nicht zugute kommen, muß der Grundbesitzer tragen.

Es kommt also darauf an, wie der Ertrag der Grundsteuer verwendet wird, und solange das nicht gesagt wird, ist die allgemein gehaltene Frage, ob die Grundsteuer abwälzbar ist oder nicht, gar nicht zu beantworten.

Es könnte ja auch vorkommen, daß mit dem Ertrag der Grundsteuer solche Werke verrichtet würden, die den Anbau von Wüst- und Ödland erleichtern, oder die uns das Freiland wirtschaftlich näher rücken. In diesem Falle würde der Arbeitsertrag auf Frei-, Wüst- und Ödland, und damit zusammen auch der allgemeine Arbeitslohn, auf Kosten der Grundrente steigen. Dann wäre die Grundsteuer nicht nur nicht abwälzbar, sondern der Grundbesitzer müßte sie sogar doppelt zahlen, einmal an den Staat, dessen Gegenleistung in diesem Falle dem Grundbesitzer nichts nützt, ein andermal an den Arbeiter, dessen Lohn mit Hilfe der Grundsteuer gehoben wurde.

Ein Beispiel möge dieses ebenso interessante wie lehrreiche Spiel der Kräfte beleuchten.

Nach dem Vorschlag der „Singletax Bodenreformer" erhebt der Staat eine kräftige Grundsteuer von — sagen wir 1000 Millionen jährlich, um damit

1. einen Ersatz für die abzuschaffenden Lebensmittelzölle zu schaffen,
2. die Dampfer zu unterstützen, die uns das Getreide der Freiländer bringen, und zwar der Einfachheit wegen in Form eines Frachtzuschusses für jede eingeführte Tonne Weizen.

Durch diesen staatlichen Zuschuß fallen natürlich die Frachtkosten, die der Freiländer zu zahlen hat, sein Arbeitsertrag steigt, und da dieser Arbeitsertrag die Höhe des allgemeinen Lohnsatzes bestimmt, so ist es unvermeidlich, daß auch der Grundbesitzer höhere Löhne zahlen muß und zwar auf Kosten seiner Grundrenten, da die Lohnausgaben von der Grundrente nicht abgewälzt werden können.

Also wird, wie gesagt, der Grundrentner die Steuer in diesem Falle doppelt zahlen müssen.

Es kommt also darauf an, in welche Kanäle die Grundsteuererträgnisse geleitet werden; kommt der Grundsteuerertrag dem Bebauer von Wüst-, Öd- und Freiland zugute, so trifft diese Steuer den Grundrentner doppelt; kommt sie jenem Freiländer nicht zugute, sondern wird sie zu nationalen Wohlfahrtseinrichtungen verwendet, so kann der Grundrentner sie von sich auf den Arbeiter abwälzen; wird die Grundsteuer erhoben, um den Prinzessinnen eine Aussteuer zu geben, oder um einem fremden Eroberer einen Kriegstribut zu zahlen, so ist sie unabwälzbar.

So erledigt Frankfurth diese scheinbar so verwickelte Frage. Wie einen verwickelten Knäuel, den man beim richtigen Ende erfaßt hat. Aus dem Problem wird eine einfache Rechnung, ein Preisverzeichnis. Fast könnte man die Rechenmaschine dazu verwenden. Eine mechanische Operation.

Greifen wir aus dem Problemhaufen der Volkswirtschaft eine andere Frage heraus, blindlings, irgend eine Frage:

Wer bezahlt die Kornzölle, das In- oder Ausland?

Wir zergliedern diese Frage in die verschiedenen Tauschgeschäfte oder Preise, von denen sie einen Komplex darstellt.

1. Preis. Die Pacht, die der Pächter dem Besitzer zu bezahlen hat und die nach der Ricardoschen Rententheorie bestimmt wird. (Dies Ricardosche Grundrentengesetz ist auch nichts als ein Komplex von Preisen).

2. Preis. Der Lohn, dessen Gesetz von der Rententheorie sich ableiten läßt und auch wieder nur einen Komplex von Preisen darstellt. Der Lohn ist gleich dem Arbeitsertrag auf Freiland.

3. Preis. Erhöhung der Grundrente durch den Zoll. Entsprechende Herabsetzung des Arbeitsertrages auf Freiland. Entsprechende Herabsetzung des allgemeinen Lohnsatzes.

4. Preis. Auswanderung der deutschen Industriearbeiter nach dem Freiland, um den hohen deutschen Brotpreisen, den niedrigen Löhnen zu entgehen und um die niedrigen Getreidepreise des Freiländers zu genießen.

5. Preis. Erhöhung des Arbeitsertrages des Freiländers, weil er das Getreide jetzt an Ort und Stelle an die sich um ihn her ansiedelnden Industriearbeiter verkauft und so Fracht und Zoll spart.

6. Preis. Nochmalige Erhöhung des Arbeitsertrages des Freiländers, weil die von ihm benötigten Waren jetzt an Ort und Stelle von den Industriearbeitern hergestellt werden, und er so auch wieder Fracht, Zoll, Verpackung, Handelsspesen darauf spart.

7. Preis. Rückwirkung des so erhöhten Arbeitsertrages des Freiländers auf die deutschen Lohnsätze.

8. Preis. Rückgang der deutschen Grundrente infolge dieser Lohnerhöhung.

Somit lautet die Antwort auf die gestellte Frage: Die Zölle erhöhen anfänglich die deutsche Grundrente, setzen den Arbeitsertrag des Frei-

länders herab und drücken die Löhne. Dann steigt der Arbeitsertrag des Freiländers, die Löhne steigen und die Grundrente fällt.

Ich behaupte nicht, daß obige Darstellung die Frage erschöpft, noch auch, daß sie richtig sei. Darauf kommt es mir hier nicht an. Ich will hier nur zeigen, wie sich dem von allen Wertvisionen freien Geiste die wirtschaftlichen Probleme vorstellen, wie sich alles in einzelne Tauschhandlungen zergliedern läßt.

Der unglückselige Wertspuk hat die einfachsten, natürlichsten Vorgänge in Probleme verwandelt, mit deren Lösung sich nun die Wissenschaft beschäftigt. Natürlich kann die Wissenschaft diese ihr gestellte Aufgabe niemals lösen, da diese Probleme auf einer Vision beruhen, von einer Halluzination geschaffen wurden. Mit dem Wertspuk verschwinden natürlich sowohl die durch ihn geschaffenen Probleme, als auch die sich mit diesen „Problemen“ beschäftigende Wissenschaft. Erklären wir den ersten „Wertvisionär“ zu einem Narren, so paßt hier aufs Haar das Sprichwort: Ein Narr stellt mehr Fragen als tausend Weise beantworten können.

Die Komik der durch die „Werthalluzinationen“ geschaffenen Lage läßt sich am besten mit folgender chinesischen Anekdote illustrieren:

Eine deutsche Frau will ihrem chinesischen Koch die Herstellung einer Suppe zeigen, worin ein Ei eine „fundamentale Rolle“ zu spielen hat. Sie bricht das herbeigeholte Ei auf, findet, daß es faul ist und wirft es zum Fenster hinaus. Die Suppe wird dann ohne das Ei fertig gemacht. Der Chinese hat sehr gut aufgepaßt und soll nun am nächsten Tag die Suppe selbständig machen. Sie schmeckt aber nicht wie sie soll. Darum will die gnädige Frau am nächsten Tag die Herstellung der Suppe überwachen. Der Chinese hat alles bereit gestellt. Er macht genau alles wie es ihm gezeigt wurde. Er nimmt das Ei und — wirft es unbesehen zum Fenster hinaus. Erstaunte Frage! „Ja“, antwortet der Brave, „Sie haben doch auch das Ei zum Fenster hinausgeworfen!“

Genau so verhält es sich mit dem Preis der Waren als Fundament der Volkswirtschaft. Adam Smith (oder sein Vorgänger) warf den Preis der Waren nach flüchtiger Betrachtung zum Fenster hinaus, weil er nichts damit anzufangen wußte. Natürlich entstand dadurch eine Lücke, die ausgefüllt werden mußte, und dazu brauchte Smith (oder sein Vorgänger, auf den Namen kommt es nicht an) — eine Vision, einen Spuk, dem er den Namen „Wert“ gab.

Seine Nachfolger, die scharf aufgepaßt haben, wie. man es machen muß, werfen nun seither ebenfalls den Preis der Waren — unbesehen — zum Fenster hinaus und bauen auf der Vision Smiths lustig weiter — obschon den meisten der Spuk gar nicht oder in einer ganz anderen Gestalt erscheint. (Siehe die 100 verschiedenen Wertdefinitionen.) Natürlich stürzen dann beim ersten kritischen Lufthauch solche Spukgebilde in sich zusammen.

Der „Wert“, sagt Knies, ist für die national-ökonomische Wissenschaft von „fundamentaler Bedeutung.“ Recht hat der Mann, denn indem dieser sogenannte Wert ein Trugbild an Stelle des Preises setzte — **entzog er der Volkswirtschaft das Fundament.**

Die Geldreform setzt den Preis wieder als Fundament der Volkswirtschaft ein und erledigt damit die Wissenschaft, die aus dem Wertspuk hervorging.

Aufforderung an die Sozialdemokraten!

Mit der Theorie ist dem Arbeiter nicht geholfen: er will in den Genuss des vollen Arbeitsertrages gelangen, und zwar er selbst, nicht sein Enkel. Die Theorie kann ihm nur sagen, wie er es anzufangen hat, um in diesen Genuß zu gelangen. Das Übrige ist seine Sache. Er muß sich das Recht auf den vollen Arbeitsertrag erkämpfen.

Zu diesem Kampfe gehört Einigkeit. Seid einig, einig, einig! Aber wie diese Einigkeit herbeiführen? Der fromme Wunsch allein genügt dazu nicht. Die Arbeiter müssen einig sein über die Mittel, die zu ergreifen sind, um sich in den Genuß des vollen Arbeitsertrages zu setzen. Und das wiederum können sie nur unter der Bedingung, daß sie alle fest von der Wirksamkeit und Ausführbarkeit dieser Mittel überzeugt sind. Sobald Zweifel herrschen, hört die Einigkeit auch schon auf.

Zweifel aber wieder entstehen dort, wo die Dinge verwickelt, nebelhaft, unsichtig erscheinen.

Es muß also ein einfacher, kristallklarer Gedanke sein, der als Bindemittel zu dienen hat, der die Arbeiter vereinigen soll.

Durch äußerliche Mittel, durch Organisation, kann die Einigkeit nicht erreicht und viel weniger in kritischen Zeiten erhalten werden. Die Einigkeit muß von einer inneren, natürlichen Anziehungskraft herrühren, die alle Teile ohne äußeren Zwang, ohne fremdes Zutun unwiderstehlich zusammenzieht. Eine Einigkeit ohne „Führer“, ohne „Organisation“, ohne „Parteileitung“; eine zwanglose, aus gemeinsamer innerer Überzeugung quellende Einigkeit soll es sein. Keine Einigkeit wie bei einem Faß, dessen Dauben auseinanderfallen, wenn der äußere Reifen berstet; nein, eine Einigkeit, wie bei einem Magnete, um dessen Pol die Eisenteilchen sich immer und immer, ohne je zu versagen, neu gruppieren.

Diese innere Einigkeit kann nur von einer Idee ausgehen, die an sich wahr, einfach, selbstverständlich, der Kritik enthoben ist. Eine Idee, die sich nicht durch Sophisten verdunkeln läßt und die hell genug strahlt, um den Fabrikstaub, den Tabaksqualm und den Bierdunst zu durchdringen.

Eine solche gemeinsame, einfache und zugleich strahlende Idee fehlt den Arbeitern heute, denn das, was sie jetzt vereinigt, ist nichts als ein gemeinsamer Wunsch, ein gemeinsamer Name. Wünsche sind aber schlechte Bindemittel.

Woran denkt man heute, wenn der Name „Sozialdemokratie“ erwähnt wird? An einen zusammengetrommelten Haufen von 4 Millionen müden, bestaubten Menschen, die von dem gemeinsamen Wunsch beseelt sind, möglichst bald, und bevor sie die Schwindsucht packt, in den Genuß des vollen Arbeitsertrages zu gelangen. Dieser Haufen wird von einer „Parteiorganisation“ zusammengehalten, von einer „Parteileitung“ und von einer Anzahl „Führer“ zu bestimmten, vorläufig wenigstens noch sehr billigen Handlungen angeregt, deren Beziehung zu dem ersehnten Ziel den meisten nicht klar ist. Das ist alles. Berstet der Organisationsreifen, so fällt der Haufen in Krümelchen auseinander, eine Beute der Wölfe.

Fragt man nach der Idee, die diesen Haufen zusammengebracht hat, so erhält man karge, unklare, in der Regel überhaupt keine Antwort, oder man wird auf ein Werk von drei fettleibigen Bänden verwiesen, in denen

eine — Werttheorie verarbeitet wird. Eine einzige von den 700 verschiedenen Werttheorien!

Nur wenige aus dem bestaubten Haufen haben von der von ihnen den Kapitalisten kontraktmäßig verkauften Arbeitskraft so viel unterschlagen können, um des Abends bei einer schlechten Lampe, umgeben von schreienden Kindern und eingehüllt im Dampfe des Wäschekessels das Werk lesen zu können (von einem Studium kann unter solchen Verhältnissen überhaupt nicht die Rede sein), und von diesen wenigen war vielleicht nicht einer im Besitze der

kaufmännischen Bildung,

die unentratbar ist, um die leitenden Grundsätze auf ihre Richtigkeit selbständig nachprüfen zu können.

Ich persönlich muß gestehen, daß ich bei den wiederholten Versuchen „Das Kapital" zu studieren, regelmäßig bei der auf den ersten Seiten des ersten Bandes stehenden Behauptung hängen blieb, wonach „sich die Waren gegenseitig tauschen" (x Stiefelwichse tauscht sich gegen y Seide) und daß wir aus solcher Tatsache (?) auf die Existenz einer den Waren gemeinsamen Eigenschaft (?), „den Wert", zu schließen haben. Bei der grundsätzlichen Bedeutung, die Marx diesem sogen. Wert beimißt, schien es mir nötig, in der Praxis des Handels die Bestätigung für die Existenz der genannten „Eigenschaft" zu suchen, — doch habe ich sie nicht finden können. Die ganze Volkswirtschaft ist nichts als Tausch, doch nirgendwo tritt „der Wert" zum Vorschein. Was der Kaufmann „Wert" nennt, ist der ungefähre Preis, den man voraussichtlich für eine Ware erzielen kann. Mehr nicht.

Über die S. 90 entwickelten Papierwährungstheorien, wie über den S. 129 beschriebenen Verkauf der Arbeitskraft (weiter bin ich nie gekommen) kann man nur lachen. Diese Erklärungen für die Möglichkeit des Papiergeldes kann nur jemand gelten lassen, der mit einem schreienden Säugling auf dem Arme sich in diese heikelste Frage der Volkswirtschaft vertiefen muß. Die Unterhandlungen des Unternehmers mit dem Arbeiter über den Verkauf der „Arbeitskraft" setzen, so wie sie Marx skizziert, das absolute Walten des Gesetzes des ehernen Lohnes, die Abwesenheit freien Bodens und des Kredits voraus. Wer dieses Gesetz nicht anerkennen kann, muß die Lust verlieren, den Marx'schen Ausführungen weiter zu folgen.

An die Stelle des Gesetzes des ehernen Lohnes (das in der Lohnpolitik zum Fatalismus führt) ist nun in Theorie und Praxis die Theorie des „Lohnkampfes" getreten. Der Arbeiter muß mit dem Kapitalisten um seinen Lohn „kämpfen", und als „Waffe" betrachtet der Arbeiter die Gewerkschaft, die Organisation, die Disziplin, den Befehl, den Gehorsam, die Streikkasse. Eine total verkehrte Ansicht, die die Lohnpolitik der Arbeiter in falsche Bahnen geleitet und zur Folge hat, daß die „Lohnkämpfe" nur zu oft in Niederlagen enden. Denn in Wahrheit handelt es sich nicht um Kämpfe, sondern um Lohnhandel; (die Marktweiber kämpfen nicht, sondern handeln um den Preis) und bei diesem Handel stützt sich der Arbeiter bewußt oder unbewußt, direkt oder indirekt auf die Freizügigkeit, auf die Auswanderung, auf das Freiland. Wenn die Entlassung die einzige Waffe des Kapitalisten ist, so ist die des Arbeiters die Freizügigkeit. Solange der Arbeiter mit einem Fuß auf Freiland, mit dem anderen in der Fabrik steht, wird er siegen; zieht er den Fuß vom Freiland zurück, so ist er auch schon verloren. Die „Lohnkämpfe" müssen also sich darauf beschränken, das Freiland durch Abschaffung der Zölle und Verbilligung der Frachten (Frachtsubventionen auf ausländisches Getreide) wirtschaftlich näher zu rücken. —

Die Arbeiter verlassen sich auf ihre „Führer", auf die „Parteileitung". Wehe also, wenn die Führer uneinig werden, denn dann ist es wieder aus mit der Einigkeit des großen Haufens, und die Erfüllung des Herzenswunsches muß bis zur Wiederherstellung der Einigkeit verschoben werden.

Solange die „Führer“ nun an den Wertspuk glauben, halten sie zusammen; verschwindet die Wertvision, so bleibt von ihrem Programm nichts übrig als die Mahnung: Seid einig, einig, einig!

Und welche Macht kann schließlich die „Parteileitung“, trotz aller „Disziplin“, über den Haufen haben, wenn dieser die „Führer“ nicht nach Weg und Ziel fragen darf, ohne sie zum Bekenntnis ihrer völligen Ratlosigkeit zu zwingen! Ein „Führer“ muß doch Weg und Ziel kennen! Solange die Führer vom Haufen weiter nichts fordern als billige Stimmzettel, mag alles gehen; wird es aber einmal Ernst, fordern sie das Aufgeben langgehegter Illusionen oder gar blutige Opfer, dann wird die Frage nach dem Programm des Zukunftstaates an die „Parteiorganisation“ gestellt, und wenn sie dann diese Frage nur mit einer — Werttheorie beantworten kann, ergeht es ihr schlecht.

Will man die Einigkeit von innen heraus herbeiführen, die ideale, keines Führers bedürftige Einigkeit, so muß auf die Frage nach dem

Programm des Zukunftsstaates

jeder Arbeiter, ohne zu räuspern und ohne Umschweif die Antwort geben können, und zwar eine klare, übereinstimmende Antwort. Die Antwort auf die Frage nach dem Programm des Zukunftsstaates muß daher einem allen Arbeitern geläufigen, darum auch einfachen, selbstverständlichen und kristallklaren Gedanken entspringen und so bündig und scharfkantig sein, daß der Fragesteller für immer verlernt, die Frage mit der heute üblichen höhnischen Grimasse zu begleiten und überhaupt die Lust verliert, sie zu wiederholen.

Eine solche, den Fürwitz sättigende und betäubende Antwort ist

die Geld- und Bodenreform.

Der Gedanke, dem beide Reformen entspringen, ist selbstverständlich, von kindlicher Einfachheit, wie geschaffen, um als Einigungs- und Sammelruf zu dienen. Man braucht den Gedanken nur ins Volk zu schleudern — jeder, dem der Hunger die Sinne schärft, wird ihn erfassen und festhalten. Und dann ist das allgemeine Bindemittel gefunden, die Gefahr der Uneinigkeit für immer beseitigt.

In dem Sammelruf „Hie Geld- und Bodenreform“ ist Weg und Ziel, das ganze Programm des Zukunftstaates ausgedrückt.

Darum rufe ich den Sozialdemokraten zu: Setzt an Stelle eures Wertspukes die Geld- und Bodenreform in euer Programm ein! Erhebt einen einfachen, starken, wuchernden Gedanken zu eurem Führer, einen Gedanken, der alle beherrscht, allen Geist und Feuer einflößt, der, wohin er fällt, auch Wurzel schlägt, und dessen

unmittelbare Ausführbarkeit

allen den Mut zu frischen Taten beseelt.

Ankündigung.

3. Jahrgang.

Die Geld- und Bodenreform.

Zeitschrift für die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag.

Erscheint nach Bedarf. Der Preis richtet sich nach den Druck- und Versandkosten, bzw. nach der Größe der Auflage und wird regelmäßig mit dem 10. Druckbogen durch Nachnahme erhoben. Höchstbetrag Mk. 2.50 für je 10 Druckbogen, bei freier Zustellung.

Zu beziehen durch: Georg Blumenthal — 31 Elbingerstrasse, Berlin.

Jeder, der das in diesem Buche gesteckte Ziel für erstrebenswert hält und sich von der Wirksamkeit der vorgeschlagenen Mittel überzeugt hat, kann vorläufig nichts Besseres tun, als den Gedanken der Geld- und Bodenreform bei jeder Gelegenheit zur Sprache zu bringen. Hierzu eignet sich nichts besser, als die Verteilung von Mustern des Reformgeldes und einzelnen Nummern dieser Zeitschrift.

Überall, wo man rücksichtslos die Wahrheit sucht, geht die Geld- und Bodenreform siegreich aus den Debatten hervor. Massenhaft liefern die Tagesereignisse dem Geld- und Bodenreformer Gelegenheit zum Angriff, Waffen zur Verteidigung. Die Geld- und Bodenreform greift ja unsere Politik und Volkswirtschaft an der Wurzel an, und darum finden sich auch Anknüpfungspunkte in jeder wirtschaftlichen und politischen Tat.

Wer von der hohen Warte der Geld- und Bodenreform den wirtschaftlichen und politischen Kampf betrachtet, findet sich, so verwickelt die Sachen manchem erscheinen mögen, immer sofort zurecht. Und wo bei öffentlichen Verhandlungen das Verwickelte der Verhältnisse benutzt wird, um eigennützige Zwecke zu verbergen (wie beim Schutzzoll z. B.), da weiß der Geld- und Bodenreformer Wahrheit und Dichtung sofort zu sichten und durch Anknüpfung an einfache, für jeden durchsichtige Grundsätze die Diskussion auf die in allen Fällen entscheidende Frage zurückzuführen: Bist du Freund oder Gegner der Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag? Wenn Gegner, so ist jede fernere Aus-

sprache überflüssig, jede Verständigung unmöglich. Es handelt sich dann zwischen uns einfach um eine Machtfrage. — Rüste dich, wir werden dich angreifen.

Der Gedanke der Geld- und Bodenreform ist kerngesund in Wurzel, Stamm und Zweigen. Wer von ihm ausgeht, fußt auf festem Boden, und wer nur einigermaßen die wirtschaftlichen Tatsachen kennt, bleibt Sieger, einerlei, von welcher Seite er angegriffen wird.

Die Verteidiger der heutigen Wirtschaftsordnung vom Standpunkt des Privatgrundbesitzes, der Metallwährung, irgend einer Wert- oder Zinstheorie sind den Angriffen der Geld- und Bodenreform ebenso schutzlos ausgesetzt wie der mit der Lanze bewaffnete Wilde dem Blei des Hinterladers.

Darum braucht kein Geld- und Bodenreformer vor einem Angriff zurückzuschrecken und Gegenangriffen aus dem Wege zu gehen. Es läßt sich einfach kein vernünftiges Wort gegen die Geld- und Bodenreform sagen.

Darum aber sollte auch jeder Freund dieser Reform immer einzelne Nummern der Zeitschrift: „Geld- und Bodenreform", sowie Muster des Reformgeldes in der Tasche haben, um die Besprechung politischer und wirtschaftlicher Fragen herauszufordern. Denn, die Sieger in solchen Debatten sind schließlich Sieger bei den Wahlen, und mehr als ein Wahlsieg ist nicht nötig, um das Recht auf den vollen Arbeitsertrag zu verwirklichen.

Mancher, der persönlich für die sofortige Durchführung der Geld- und Bodenreform stimmen würde, hält den durchgreifenden Charakter dieser Reform für ein Hindernis. Doch das ist eine irrige Ansicht.

Die Zeiten sind vorbei, wo man das Volk noch mit kleinen Abschlagszahlungen vertrösten konnte. Der Arbeiter will nicht mehr teilen, er will alles haben, den ganzen, vollen Arbeitsertrag, und zur Erfüllung dieser durchgreifenden Forderung sind ebenso durchgreifende Mittel nötig.

Die Zeit ist reif für die Geld- und Bodenreform, überreif sogar, denn die Geduld der Massen ist nahezu erschöpft. Nur die Hoffnung auf den Zukunftsstaat hat bisher den Arbeiter vor verzweifelten Taten zurückgehalten, aber dieser Zukunftsstaat, die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag, die restlose Beseitigung des ganzen arbeitslosen Einkommens muß bald Tatsache werden, sonst wird keine Parteiorganisation, kein Führer, kein Bebel, keine Disziplin die Massen im Zaume halten und Deutschland vor Schreckenszeiten bewahren können, wie sie jetzt über Rußland hereingebrochen sind. Seit der Erstürmung der Bastille, seit drei vollen Generationen vertröstet der Vater den Sohn auf den „Zukunftsstaat", und wahnsinnig wäre die Hoffnung, daß dieser Trost noch eine Generation seine bändigende Kraft behalten wird. Die Arbeiter haben es satt, auf die Zukunft vertröstet zu werden und, statt für Weib und Kind, für Zins und Rente zu arbeiten.

Das sieht auch heute jeder ein, der die Entwickelung der Dinge mit offenem Auge betrachtet — und kein weitsichtiger Mann wird darum der Geld- und Bodenreform den Radikalismus zum Vorwurf machen. Eine durchgreifende Reform, die eine friedliche Entwickelung ermöglicht, das ist es, was man heute geradezu verlangt. Und diesem Bedürfnis entspricht die Geld- und Bodenreform.

Wer also etwas für diese friedliche Entwickelung tun will, der suche den Gedanken der Geld- und Bodenreform ins Volk zu bringen, der bestelle diese Zeitschrift. Ein Exemplar bei beschränkten Mitteln; 5—10—50—100 Exemplare, wer sich den Luxus leisten kann. Es werden nur Druck- und Versandkosten berechnet. Direkte Geldunterstützungen sind weder nötig noch erwünscht. Die beste Unterstützung ist immer die persönliche Propaganda.

Wer aber etwas Vernünftiges zur Sache zu sagen hat, und sei es nur ein Gedanke, ein Satz, der unterstütze die Redaktion mit seiner Feder. Es wird mit Dank angenommen. Solche Mitteilungen sind an die Schriftleitung: Silvio Gesell in Hauts-Geneveys (Schweiz) zu richten.

Jahrgang I und II

können direkt vom Herausgeber: **Silvio Gesell in Hauts-Geneveys (Schweiz)** bezogen werden. Preis Mk. 2.50 für jeden Jahrgang bei freier Zusendung.



Weimar. — Druck von R. Wagner Sohn.


HARVARD LAW LIBRARY
3 2044 054 467 337